3.90
I 3

aus O IV 121/34, Dehnkamp in Gen.

Sozialdemokratischer Parteitag

in Leipzig 1931

vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus

Protokoll



J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin 1931

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Büro des Parteitags	4
Anwesende Gäste	4
Tagesordnung	5
Konstituierung des Parteitags und Begrüßungsansprachen	7—31
Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse	32—52
Aussprache über das Referat Tarnows, Schlußwort Tarnows	81, 86
Die Überwindung des Faschismus	87—108
Bericht der Reichstagsfraktion	108—123
Aussprache über die Referate Breitscheids und Sollmanns	124—168
Schlußwort der Genossen Breitscheid und Sollmann	169—186
Bericht der Mandatsprüfungskommission	187—189
Partei und Jugend	190—206
Aussprache über das Referat Ollenhauers	206—228
Schlußwort des Genossen Ollenhauer	228—230
Bericht des Parteivorstandes	
a) Allgemeines	231—242
b) Kasse	243—248
Bericht des Frauenbüros	248—251
Bericht des Reichsausschusses für soz. Bildungsarbeit	252—255
Bericht der Kontrollkommission	255—259
Aussprache über den Bericht des Parteivorstandes	259—271
Schlußwort zum Bericht des Parteivorstandes	271—277
Bericht der Beschwerdekommission	277—279
Schlußansprache	279—282
Erledigte Anträge	283—298
Ergebnis der namentlichen Abstimmung	299—300
Liste der Delegierten	301—311
Parteiprogramm	312
Agrarprogramm	312
Richtlinien zur Wehrpolitik	312
Organisationsstatut	312
Sprechregister des Parteitags	313
Sachregister des Parteitags	314—315
Bücherverzeichnis	317, 318

Büro des Parteitags

Vorsitzende:

Otto Wels, Berlin; Richard Lipinski, Leipzig

Schriftführer:

Otto Thielemann, Braunschweig
Otto Kunze, Stolp
Alfred Haude, Görlitz
Artur Zimmermann, Altenburg
Karl Hermann, Kassel
Emilie Daum, Wuppertal
Bruno Steinert, Niederneuschönberg i. Erzg.
Johanna Haas, Worms
Leo Hofmann, Regensburg

Mandatsprüfungs- und Beschwerdekommission:

Wilhelm Krüger, Berlin
Flora Franken, Zeitz
Georg Lowig, Nürnberg
Alfred Faust, Bremen
Emil Krauß, Schneeberg i. Erzg.
Karl Palmer, Berlin
Hubert Schmitts, Soest
Karl Koch, Aschersleben
Emmi Lanzke, Hannover

Anwesende Gäste:

Austerlitz, Österreich; Longuet und Grumbach, Frankreich; Buchinger, Ungarn; Dan, Rußland; Hansen, Dänemark; Heller, Kern, Soukup, Stirin, Tschechoslowakei; Huysmans, Vandervelde, Belgien; Korrink, Woudenberg, Holland; Liebenstein, Palästina; Mau, Danzig; Möller, Wallin, Schweden; Saragat, Italien; Donau, Internationales Arbeitsamt; Leipart, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund; Gellert, Jeuthe, Schubert, Arbeiter-Turn- und -Sportbund; Wildung, Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege; Höltermann, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Tagesordnung

Sonntag, den 31. Mai 1931, abends 6 Uhr:

Vorversammlung. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Konstituierung des Parteitags. Wahl der Mandatsprüfungs- und Beschwerdekommission

Montag, den 1. Juni 1931, und folgende Tage:

1. Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse

   Referent: Fritz Tarnow
2. Die Überwindung des Faschismus

   Referent: Dr. Rudolf Breitscheid
3. Bericht der Reichstagsfraktion

   Berichterstatter: Wilhelm Sollmann
4. Partei und Jugend . . . Referent: Erich Ollenhauer
5. Bericht des Parteivorstandes
   a) Allgemeines . . . . . Berichterstatter: Max Westphal
   b) Kasse . . . . . Berichterstatter: Friedrich Bartels
6. Bericht der Kontrollkommission

   Berichterstatter: Wilhelm Bock
7. Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission
8. Erledigung der Anträge soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung nicht erledigt sind

Eröffnungssitzung

Sonntag, den 31. Mai 1931, nachm. 6 Uhr

In dem mit roten Farben festlich geschmückten Saale des Leipziger Volkshauses wurde am Sonntag, dem 31. Mai 1931, nachmittags 6 Uhr, der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eröffnet. Vor der Rednertribüne ruht ein schwarzumflortes Bild des ehemaligen Reichskanzlers Hermann Müller das Gedächtnis an den allzu früh entschlafenen Parteiführer wach.

Nach schwungvollen Gesangsdarbietungen der Michaelschen Chöre ergreift zu einer Begrüßungsansprache das Wort

Lipinski (Leipzig): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Zum zweiten Male hat der Bezirk Leipzig und hat der Bezirksvorstand Leipzig die Ehre, den Parteitag in Leipzigs Mauern zu begrüßen. Zwar haben 1919 und 1922 außerdem zwei Parteitage der USP. in Leipzig getagt; aber wir haben uns im Jahre 1922 die Bruderhand gereicht und sind heute wieder die geeinigte Sozialdemokratische Partei.

In den 22 Jahren, die verstrichen sind, haben sich die politischen Verhältnisse völlig geändert. Ich will hier keine Gedächtnisrede halten, aber doch darauf hinweisen, daß an dem Parteitag des Jahres 1909 in diesem Saale eine Reihe führender Parteigenossen teilgenommen haben, die wir längst nicht mehr unter uns wissen. Aus dem Protokoll habe ich festgestellt, daß 27 führende Parteigenossen an dem damaligen Parteitage teilnahmen, die längst nicht mehr unter uns weilen. Die lange Liste der Namen will ich nicht verlesen, sondern nur einige Namen herausgreifen: Auer, Bebel, Singer Molkenbuhr usw. Diese Namen zeigen, wie stark der Verlust für die Partei gewesen ist. Aber es ergibt sich auch, daß immer wieder die Partei neue Kräfte aus der Arbeiterklasse zu ziehen in der Lage ist. In den 22 Jahren zwischen dem ersten und dem zweiten Gesamtparteitage in Leipzig hat die Sozialdemokratie große Erfolge gehabt.

Wir hätten uns schon früher bemüht, den Parteitag nach Leipzig zu bekommen, hatten aber nicht die Verantwortung übernehmen wollen, weil damals noch das sächsische Vereinsgesetz herrschte, dessen Handhabung sich besonders reaktionär gegen die Arbeiterklasse auswirkte; denn Sachsen war ja damals bereits das Probierland der Reaktion. Die Nadelstichpolitik, die mit dem sächsischen Vereinsgesetz getrieben wurde, ist in Deutschland sprichwörtlich geworden und hat praktisch das Sozialistengesetz um nahezu 12 oder 15 Jahre verlängert. Damals bestand der alte Obrigkeitsstaat, und erst als das Reichsvereinsgesetz geschaffen worden war, als das reaktionäre sächsische Vereinsgesetz beseitigt war, wagten wir, einen Parteitag in Leipzigs Mauern abzuhalten. Aber täuschen wir uns nicht: Bürgertum und Staat waren damals Feinde der Arbeiterklasse; das Bürgertum benutzte alle Mittel, um gegen die Sozialdemokratie zu wüten. In Sachsen war der Ordnungsblock tätig; in Sachsen war jeder Sozialdemokrat im gesellschaftlichen Verkehr geächtet. In breiter Front stand das Bürgertum der Arbeiterklasse gegenüber, und in zähem Ringen haben wir der Reaktion ein Stück Boden nach dem anderen streitig gemacht. So sind wir in Sachsen allmählich vorwärts gekommen. Ich erinnere nur daran, daß der alte Klassenstaat, der Obrigkeitsstaat das allgemeine Wahlrecht, das in Sachsen seit 1867 bestand, beseitigte und das Dreiklassenwahlrecht einführte, auf Grund dessen auch der letzte Sozialdemokrat aus dem Landtag entfernt wurde. Dann kam jene große Welle der Reichstagswahl des Jahres 1903. Damals rechneten wir in Sachsen mit der Reaktion ab und konnten den Erfolg erzielen, daß von 23 sächsischen Wahlkreisen 22 der Sozialdemokratie zufielen. Nur im

dunklen Wendenwinkel Bautzen wurde noch ein Reaktionär gewählt. Wir errangen damals für Sachsen den Ruhmestitel des roten Königreichs.

Genossinnen und Genossen! Heute haben Sie eine Demonstration erleben können, wie sie wohl noch kein Parteitag in diesem Umfange gesehen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Als wir den ehrenvollen Auftrag bekamen, den Parteitag vorzubereiten, war unsere erste Auffassung: wir müssen gegenüber dem Faschismus eine wuchtige Kundgebung veranstalten und in ihr zeigen, daß es der Wille der Arbeiterklasse, der Wille der Sozialdemokratie ist, den Faschismus zu überwinden, die Diktatur unmöglich zu machen und ein Bekenntnis für die Demokratie und für den Sozialismus abzulegen. In dem ersten Zirkular, das an die Parteigenossen hinausgegangen ist, habe ich gesagt: diese Demonstration muß größer werden als sie je ein Parteitag gesehen hat. Der Rat der Stadt Leipzig hat sein Teil dazu beigetragen, daß der Erfolg auf unserer Seite liegt. (Bravo!) Gegen den Willen der Stadtverordnetenfraktion, gegen den Willen des Stadtparlaments hat man sich den Luxus erlaubt, in Leipzig einen Bannkreis zu errichten und diesen Bannkreis nicht nur auf den inneren Stadtbezirk zu beschränken, sondern auch auf den Reichsgerichtsplatz auszudehnen. Natürlich hat das Ministerium auf Verlangen des Rates diese Bannmeile geschaffen. Aber als ich im Februar mit dem neuen Oberbürgermeister Dr. Goerdeler sprach, erklärte er sich bereit, dem Parteitage den Augustusplatz zur Verfügung zu stellen. Der Augustusplatz ist ein großer historischer Platz, der mit seinen 40 000 Quadratmetern Flächeninhalt vielleicht auch die Demonstration in gedrängter Form hätte aufnehmen können. Aber der Oberbürgermeister hatte im Januar oder Februar der Reichswehr diesen Platz zur Abhaltung einer Parade nicht zur Verfügung gestellt mit der Begründung, daß man einen einmal geschaffenen Bannkreis aufrechterhalten müsse. Er glaubte damals, daß bis zur Zeit des Parteitages diese Wunde bei der Reichswehr verharscht wäre. Ministerium und Polizei haben sich nun zuerst auch bereit erklärt, den Augustusplatz für den Parteitag zur Verfügung zu stellen; dann aber kamen Bedenken, eine Instanz verschanzte sich hinter der anderen, und schließlich hat der Rat beschlossen, den Augustusplatz nicht freizugeben. Die Ironie bei der Sache ist, daß Sie heute mit behördlicher Genehmigung durch den Bannkreis marschiert sind. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Heiterkeit.) Sowohl der Aufmarsch wie der Rückmarsch — der Rückmarsch in noch viel höherem Maße als der Hinmarsch — führten direkt durch das Herz des Bannkreises. Gerade das Verbot zeigt, daß trotz des neuen Staates immer noch die alte Reaktion lebt. Das hat den Ansporn dafür gegeben, daß wir bei der Kundgebung eine Massenbeteiligung zu verzeichnen hatten, wie sie noch nie dagewesen ist. Wir haben schon einmal eine Riesenkundgebung in Leipzig gehabt, und zwar am 1. November 1908, als wir gegen die Wahlrechtsverschlechterung in Sachsen Stellung nahmen. An dieser Kundgebung waren etwa 80 000 Personen beteiligt. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich die Zahl der Teilnehmer an unserer heutigen Demonstration auf das Doppelte schätze. (Sehr wahr!) Ich glaube, man kann dem Herrn Oberbürgermeister von Leipzig und dem Rat der Stadt Leipzig noch obendrein den Dank dafür abstatten, daß sie die Agitation für unsere Kundgebung so lebhaft gefördert haben. (Starker Beifall.)

Genossinnen und Genossen! In den Novembertagen 1918 versank der alte Klassenstaat, versank die Monarchie und entstand die junge Republik, die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, allgemeines Wahlrecht, ein neues Vereins- und Koalitionsrecht sowie die Anfänge einer Wirtschaftsdemokratie, die Anfänge einer Gemeinwirtschaft brachte. Aber zugleich war ein Neuaufleben der Reaktion und die Einsetzung aller Kräfte festzustellen, um die junge Republik wieder zu beseitigen, um in Wirtschaft und Staat das alte Herrschaftsregiment der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse wieder aufzurichten. Wie sich die Dinge verhältnismäßig geändert haben, möchte ich Ihnen nur an einigen Zahlen zeigen. Am 1. Juli 1909 zählten wir in Leipzig 27 189 Mitglieder, darunter 3800

Frauen. Heute zählen wir im Leipziger Bezirk trotz Spaltung, trotz kommunistischer Agitation 43 679 Mitglieder, darunter 11 500 Frauen. (Bravo!) Heute verfügen wir im Bezirk über 247 Ortsvereine. (Erneutes Bravo.) Damals hatten wir im ganzen Bezirk 259 Gemeindevertreter. Heute haben wir 1682 Gemeindevertreter, 58 besoldete Bürgermeister und 48 Stadträte. (Lebhafte Rufe: Bravo!) Damals hatten wir nur Anfänge der Jugendbewegung, Anfänge der Bildungsbestrebungen und Anfänge einer geschlossenen, festgegliederten Parteiorganisation durch Bildung von Sekretariaten. Heute haben wir eine gut ausgebaute Kinderfreundebewegung, eine Jugendbewegung, ein Jugendkartell mit etwa 51 000 Jugendlichen der sich zum Sozialismus bekennenden Organisationen. (Bravo!) Heute haben wir ein reges Parteileben. Während wir damals nur über ein Parteisekretariat verfügten, haben wir heute fünf Parteisekretariate, ein Jugendlichensekretariat, ein Bildungs-, ein Wohlfahrts- und ein Kommunalsekretariat. Das zeigt, daß ein langsamer, aber stetiger Aufstieg stattgefunden hat, allen Quertreibereien der KPD. zum Trotz.

Wir stehen heute inmitten einer riesigen Wirtschaftskrise mit einem Millionenheer von Arbeitslosen. In dieser Situation steht die SPD. allein im Kampfe gegen den Faschismus, im Kampf für die demokratische Staatsform. Auf diesem Parteitage werden wir nach Wegen zu forschen haben, auf denen es möglich ist, die politische und wirtschaftliche Demokratie, den Sozialismus zu erlangen. Und nun möchte ich den jugendfrischen Stürmern, die meinen, wir seien nicht vorwärtsgekommen, denen es nicht schnell genug ging, zwei geschichtliche Tatsachen ins Gedächtnis rufen. Sie finden in Ihren Mappen ein Werk: „Die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Leipzig." Zum ersten Male ist es nach Öffnung der Archive möglich gewesen, die Anfänge der Arbeiterbewegung in Leipzig darzustellen. Allerdings ist die Arbeit noch nicht vollständig; sie war auch nicht für den Parteitag berechnet, sondern sie war unabhängig davon in Angriff genommen worden. Aber an Hand der dort gesammelten Urkunden können wir heute doch feststellen, welche Wegstrecke wir vorwärtsgekommen sind. Ich habe ein Ratsregulativ aus dem Jahre 1841 ausgegraben, aus dem sich folgendes ergibt. Ein Schneidergeselle, der im Wochenlohn stand, durfte nicht mehr als 25 Neugroschen bis 1 Taler 10 Neugroschen Lohn verlangen, der Tagarbeiter nicht mehr als 11 Neugroschen 8 Pfennig bis 12 Neugroschen 5 Pfennig. Der Meister durfte dem Tagarbeiter kein Frühstück geben, und die Arbeitszeit ging im Sommer von früh um 5 bis abends um 8 Uhr. Wer diese Ratsvorschriften verletzte, wurde mit Gefängnis bis zu 14 Tagen oder mit Geldstrafen bedacht, die das Zwei- bis Dreifache des Arbeitslohnes ausmachten. Nun ermessen Sie, wie wir durch die Organisation der Arbeiter aus dem Obrigkeitsstaat herausgekommen sind und wie die Arbeiterklasse sich in schweren jahrzehntelangen Kämpfen eine Position nach der anderen eroberte! 90 Jahre Wirtschafts- und Weltgeschichte sind in der Entwicklung der Menschen eine knappe Zeitspanne, für die Arbeiterklasse bilden sie aber eine riesige Periode bis zur heutigen Entwicklung.

Ein zweites Beispiel! Wir stehen inmitten des Kampfes gegen den Faschismus. Es ist uns gelungen, ihn aus der Angriffs- in die Verteidigungsstellung zu stellen und manche meinen, es sei heute nicht so schlimm mit dem Faschismus. Sie befinden sich in einem Hause, das ein lebendiger Beweis dafür ist, wie der Faschismus mit den Errungenschaften der Arbeiter aufräumen würde. (Sehr richtig!) Es war am 19. März 1920; ich kam von einer Beratung mit dem General Senfft v. Pilsach während des Kapp-Putsches, in der er mir versicherte, daß er der Arbeiterklasse gegenüber freundschaftlich gesinnt sei. Aber in dem Augenblick in dem ich das den Parteigenossen mitteilte, fielen die Brandgranaten in das Volkshaus und zerstörten den vorderen Bau fast völlig. Was die Brandgranaten nicht zerstörten, das besorgte Benzin der Reichswehr hinterher. In einem späteren Entschädigungsprozeß mußte General Senfft v. Pilsach zugeben, daß er mir die Unwahrheit gesagt hatte, daß er schon zu diesem Zeit-

punkt die Absicht hatte, das Volkshaus als die geistige Zentrale der Leipziger Arbeiterklasse zu vernichten. (Entrüstete Rufe: Pfui!) Vom Mittwoch zum Donnerstag — dies geschah am Freitag — hatten wir von nachmittags um 4 Uhr bis zum anderen Tag 4 Uhr früh mit der Reichswehr, den Zeitfreiwilligen, mit dem Rat der Stadt verhandelt, mit dem Ergebnis, daß ein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, der die Entscheidung über den Ausgang der Kämpfe in die Hände der Sozialdemokratie legte. Anstatt nun daran zu gehen, diese Situation praktisch auszunutzen, haben wir uns zwecklosen Diskussionen hingegeben, in denen z. B. ein Parteigenosse auftrat und erklärte: „Wir dürfen einen solchen Versailler Vertrag nicht durchführen." Damit gewann die andere Seite Zeit, und als wir nachmittags erneut berieten und den Vertrag noch einstimmig annahmen, war bereits bei der Reichswehr der Beschluß gefaßt, das Volkshaus zu vernichten. Als wir dann am anderen Tage einen Plan für die Beendigung des Kampfes ausarbeiten wollten, fielen die Granaten. Darum heißt es jetzt aus der Geschichte zu lernen. In Zeiten schwersten Kampfes ist es nicht am Platze, zu diskutieren, sondern in solchen Zeiten muß gehandelt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Denn von der Entschlußkraft des Augenblicks hängt oft das Geschick der Arbeiter für lange Zeit ab. (Sehr wahr!) Daher wünsche ich, daß der Parteitag bei seinen ernsten Beratungen aus der Geschichte lernt und die besten Waffen für den Kampf wider den Faschismus, die besten Waffen für die Befreiung der Arbeiterklasse für die Erreichung des Sozialismus findet, damit die Arbeit des Parteitages zum Segen der Gesamtpartei ausschlägt. (Lebhafte Rufe: Bravo!)

Das ist der Wunsch, den ich im Namen des Bezirksvorstandes, im Namen der Sozialdemokratischen Partei dem Parteitage übermittle. Willkommen in Leipzigs Mauern zu intensiver, fruchtbringender Arbeit! (Lebhafter Beifall.)

Parteivorsitzender **Wels** (stürmisch begrüßt): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Mit leuchtendem Rot ist der Saal geschmückt, doch wenn Ihre Blicke sich auf dieses Pult lenken, dann ist eine Unterbrechung darin. (Die Delegierten erheben sich.) Schwarzer Trauerflor umhüllt das uns allen bekannte Bild unseres Freundes Hermann Müller, des Mannes, der seit Jahren an der Spitze der Partei stand und seit 25 Jahren berufen war, im Parteivorstande entscheidend und verantwortlich die Geschicke der Partei mitzuführen. Was Hermann Müller war, ist aus Anlaß seines Ablebens in Hunderten von Artikeln und in vielen Gedächtnisreden gesagt worden. Es gab keine Versammlung, in der Arbeiter sich zusammenfanden, mochten die Organisationen politische, gewerkschaftliche oder sonstige Spezialaufgaben haben, in der seiner nicht gedacht wurde als eines Mannes, hervorgegangen aus der Arbeiterklasse, der ein Typ dafür war, welche Kräfte in der Arbeiterschaft selbst lebendig sind und aus ihr gehoben werden können zum Wohle des Volkes, zum Wohle des Ganzen. Über die Grenzen Deutschlands hinaus war die Trauer allgemein. Ein Mann von eisernem Fleiß, ein Mann von starker Willenskraft, eine Kämpfernatur ohnegleichen, ein Mann hart gegen sich, ein Mann von unbegrenzten Fähigkeiten, in die schwierigsten Materien sich einzuarbeiten, ist von uns gegangen, und sein Verlust wurde von uns am stärksten erst dann gefühlt, als wir uns verlassen sahen, als die Pforten des Todes sich für ihn geöffnet hatten und er von uns ging.

Ich glaubte diese Worte an die Spitze meiner Begrüßungs- und Eröffnungsrede stellen zu müssen. Ich kann nicht wie auf früheren Parteitagen, wenn ich die Ehre hatte, in ihrem Auftrag die Arbeiten des Parteitags zu eröffnen, die Toten, die namhaft in der Arbeiterbewegung national und international tätig gewesen waren, mit Namen zu nennen und ihre Verdienste, wenn auch noch so kurz zu schildern. Zu groß ist die Ernte, die der Schnitter Tod in unseren Reihen gehalten hat; national und international sind die Verluste empfindlich. Wir haben Ihnen ein Gedenkblatt, das die Erinnerung an diejenigen, die von uns gegangen sind, wachhalten soll, überreicht und werden

diese Gepflogenheit auch in Zukunft pflegen. Wir werden uns dabei bewußt sein, daß wir nicht aller derer gedenken können, die den gewaltigen Bau der sozialdemokratischen Organisation, der gewerkschaftlichen Bewegung, überhaupt der gesamten Arbeiterbewegung in ihren vielen Verästelungen aufbauen halfen. Die ungenannten Soldaten sind es vor allem, Parteigenossen, die die Kraft der Partei darstellen, ohne die auch die glänzendste Führernatur und Führereigenschaft versagen müßte, diejenigen, die durch ihre Mitarbeit am Aufstieg der Partei, durch ihre Tatkraft als Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse gewirkt haben. Sie alle schufen unvergängliche Werte. Sie haben nicht umsonst gelebt, nicht umsonst gestritten.

Neben ihnen gedenken wir der in diesem Jahre besonders zahlreichen Toten, die auf dem Schlachtfeld der Arbeit dahinsanken, besonders derer, die für kargen Lohn tief unter der Erde fronden mußten und durch ihr Leben und ihre Qual allein uns schon die Legitimation für unsern erbitterten Kampf gegen diesen menschenmordenden Kapitalismus auf Tod und Leben geben, bis der Sozialismus und die Menschheit siegen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Gestatten Sie mir, im Namen des Parteivorstandes dem Vertreter der Leipziger Lokalorganisation unsern herzlichsten Dank für die bereitwillige Übernahme unserer Aufforderung auszusprechen, dem Parteitag in diesen Mauern ein gastliches Dach zu bereiten. Es ist ein Symbol, daß dieser Parteitag 1931 in demselben Saale wie der Parteitag 1909 tagt, den damals als ersten Gast die Leipziger Arbeiterschaft in diesem Hause beherbergen konnte, allerdings nicht in demselben Gebäude, das, weil das Haus der Leipziger Arbeiterschaft während des Kapp-Putsches durch Feuer vernichtet wurde, inzwischen vergrößert und durch die opferbereite Hingabe des Leipziger Proletariats neu und schöner erstanden ist.

Es verbindet sich für uns diese Erinnerung an den Parteitag von 1909 und mit diesen Räumen das Alte mit dem Jungen. Ich sehe eine ganze Anzahl von Kämpfern aus der damaligen Zeit heute im Saale, und sehe, daß an die inzwischen gefallenen Kräfte neue und junge getreten sind, bereit, mit dem letzten Hauche der Idee des Sozialismus zum Siege zu verhelfen.

Meinen Dank für den ganzen Parteitag an die Leipziger und sächsische Arbeiterschaft, die mit ihrer gewaltigen Kundgebung den Parteitag begrüßt hat! Hunderttausende waren es, die heute das Gelöbnis für die Partei erneuert haben. Auch hier wieder eine Erinnerung an 1909! Auch damals wollte die Reaktion in dem roten Sachsen die Abhaltung des Parteitags verhindern. Damals hat sich die Arbeiterschaft durchgesetzt, und unter begeisterter Teilnahme der arbeitenden Bevölkerung konnten die Vertreter des deutschen Proletariats in dem neuen Volkshause ihre Beratung abhalten. Heute war der Aufmarsch stärker und zeigte den unaufhaltsamen Sieg des Sozialismus. Da marschierten neben den Alten, die schon seit Jahrzehnten für die Bewegung des Proletariats gearbeitet haben, die 4 Jahre lang den Schmutz und Dreck der Kriegsfront erlebt haben und mit ihrem Körper das Vaterland schützten, das nach ihrem Willen ein Vaterland des arbeitenden Volkes werden sollte, — da marschierte die sozialistische Arbeiterjugend, halbe Kinder noch und trotzdem in den Erwerbskampf gestellt, in den Kampf der Arbeiterklasse um die Befreiung aus dem kapitalistischen Joch und die Gestaltung einer höheren Gesellschaftsordnung. Da marschierten die roten Falken, die Organisation der Kinderfreunde, auf die wir alle nicht nur mit Rührung, sondern mit ganz besonderem Stolz blickten. Noch drücken sie die Schulbank, aber in ihren Freistunden sammeln sie sich, um einen neuen Gemeinschaftsgeist zu pflegen und sich sittlich und körperlich für den Kampf um den Sozialismus vorzubereiten. In den Kinderrepubliken haben die Kinderfreunde und rote Falken der staunenden Welt gezeigt, was sie erstreben. Die Kundgebung, die uns draußen bis zur Eröffnung des Parteitages gefesselt hielt, war eine Feierstunde für uns alle, wie wir sie selten erlebt haben. (Stürmisches Bravo! und Händeklatschen.)

Sie soll uns unvergessen bleiben. Sie ist ein Bekenntnis der arbeitenden Massen für die Sozialdemokratische Partei und wird über unsern Verhandlungen leuchten. Sie wird eine bleibende Erinnerung auch in dem Alltag unseres Kampfes sein.

Dieser Alltag unseres Kampfes läßt uns noch einmal auf die Verhandlungen des Parteitages von 1909 zurückblicken. Die damalige Tagesordnung hat mit der jetzigen eine so frappante Ähnlichkeit, daß es sich lohnt, darauf hinzuweisen. Damals hieß es in dem Bericht des Parteivorstandes:

> Zwei Jahre schwerster Krise, steigender Arbeitslosigkeit gegenüber dem Jahre 1908, gegenüber dem Jahre 1907! Immer stärker und stärker wirkt der Niedergang auf die Entwicklung unserer Organisation und auf die Verbreitung der Parteipresse.

Am 12., 13. und 14. Februar 1909 haben Gewerkschaften und Partei in Berlin eine Arbeitslosenzählung vorgenommen und über 100 000 Arbeitslose ermittelt. In dem damaligen sozialen Kaiserreich gab es keine offizielle Zählung, sondern Partei und Gewerkschaften zählten. In dem Bericht des Parteivorstandes wird die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf über 1 Million angegeben. Damals bestand eine Arbeitslosenversicherung, eine Arbeitslosenunterstützung anders als durch die Gewerkschaften nicht. Es heißt dann weiter:

> Die Arbeitslosigkeit drückt nicht nur insofern auf das Einkommen der Arbeiter, als an Stelle von Überstundenverdienst Perioden der Arbeitslosigkeit treten, sondern auch für den vollbeschäftigten Arbeiter sinkt das Einkommen. Die Not der Arbeiter wird verschärft, weil in der Zeit, als das Einkommen der Arbeiter sank, eine Erhöhung der Lebensmittelpreise eintrat. Die Roggenpreise stiegen 1907 auf eine selten erreichte Höhe und die Weizenpreise erreichten im Frühjahr 1909 den Gipfelpunkt. Der im Jahre 1906 in Kraft getretene Wuchertarif trat in dem Augenblick in vollste Wirkung, als infolge der Krise die Löhne zurückgingen. So sind die Klagen aus allen Organisationen verständlich, daß die Zahl der Genossen zurückgeht, die Organisationen geschwächt werden, Mitglieder und Abonnenten durch die Arbeitslosigkeit gezwungen werden, Parteizugehörigkeit und Parteiabonnement aufzugeben.

Die Identität der Verhältnisse mit den heutigen ist geradezu plastisch und unsere Verhandlungen werden von diesen Schwierigkeiten, unter denen wir alle leben, stark getragen sein. Aber ein großer Unterschied ist doch zwischen heute und damals.

1909 mußten wir berichten, daß die Organisation zurückgeht. Das Handbuch der Sozialdemokratischen Partei aber sagt ihnen, daß wir im verflossenen Jahr über 100 000 Mitglieder gewonnen haben (Lebhafter Beifall.), und daß nach dem Abschluß des Berichtes unter der Parole: Wo bleibt der zweite Mann? die Mitgliederzahl noch erheblich gestiegen ist. (Erneuter Beifall.) Diese Parole: Wo bleibt der zweite Mann? wirkte auf unsere Gegner zunächst verblüffend. Heute sehen wir, wie Kommunisten und Nazis diese Parole sich zunutze zu machen suchen. Wir haben nicht nur Mitglieder gewonnen, sondern wir wissen auch, daß die Werber dabei gewinnen, weil sie sich aus den Massenkolonnen loslösen, Menschen beobachten und kennenlernen und zu behandeln lernen. Ich erkläre: Wir lassen in dieser Parole nicht nach, bis sie erfüllt ist! Wir müssen die Seele der Menschen erobern. Wir haben die Aufgabe, den ganzen Menschen in unsere Organisation als Kämpfer einzugliedern.

Was wäre die Sozialdemokratische Partei, was wären die anderen Massenorganisationen und die Arbeiterklasse ohne die hingebende Arbeit dieser Funktionäre! Wir wissen es: niedrigerer Lohn, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Wohnungselend, Unterernährung! Alle Plagen des kapitalistischen Systems lasten auf ihm, eine Welt von Feinden steht ihm entgegen. Aber wir wissen es: Nichts, nichts kann seine Treue, seine Opferbereitschaft und Überzeugung von

unserm endlichen Sieg erschüttern. Die Funktionäre arbeiten für die Partei, sie arbeiten für den Sozialismus, wenn Körper und Geist nach tötender Fron im Betrieb müde geworden sind und die Stunden endlich herankommen, die sie eigentlich für Muße und Erholung brauchten. Stundenlange Wanderungen durch Sturm und Moor auf dem Lande werden nicht gescheut, um an Kundgebungen der Sozialdemokratie teilzunehmen. Treppauf und treppab wird gearbeitet, um neue Kämpfer für die große Bewegung zu gewinnen. Wir marschieren gemeinsam. Auch wenn zeitweise greifbare politische Erfolge ausbleiben, wir arbeiten mit größtem Elan weiter, auch bei vorübergehenden Mißerfolgen, denn für uns geht es nicht um diese oder jene Tagesforderung, so wichtig sie auch für den einzelnen oder selbst die Gesamtheit sein mag, sondern es ist immer das sozialistische Ziel, dem wir unbeirrt nachstreben, es ist Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft.

Wie stark der Gedanke des Sozialismus in den breiten Volksmassen Wurzeln geschlagen hat, zeigt am besten die Tatsache, daß die reaktionärste Bewegung unserer Zeit, die Nationalsozialistische Partei, den Begriff des Sozialismus und den Namen des Arbeiters schändet, indem sie sich seiner bedient. Schwerindustrielle und Großbanken zählen sich zu den Freunden der Hitlerpartei. Hohenzollernprinzen, abgetakelte Generale sind die bevorzugten Förderer der Bewegung. Und das nennt sich dann eine sozialistische, eine Arbeiterpartei! (Sehr gut!) So lächerlich diese Prostituierung dieser uns so teuren Begriffe ist, so zeigt sie uns doch die allgemeine Erkenntnis, daß es aus dem Elend der kapitalistischen Wirtschaft als Ausweg nur den Sozialismus geben kann, und daß der Kampf um den Sozialismus nur von einer Klasse, nämlich der Arbeiterklasse geführt werden kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Diese Erkenntnis wird von den Nationalsozialisten mißbraucht, um ihre reaktionären Pläne durchzuführen. Es gibt keine Lüge, keine Fälschung, keine Verleumdung, die nicht von den Hakenkreuzlern in den Dienst ihrer Sache gestellt würde. Ehrenworte werden gegeben, um gleich gebrochen zu werden; Eide werden geschworen, von denen man weiß, daß sie nicht der Wahrheit entsprechen. Noch im September 1930 hat Hitler in Leipzig im Hochverratsprozeß gegen die Reichswehroffiziere in Ulm verkündet, daß Köpfe im Sande rollen würden, wenn seine Partei zur Macht gekommen sei. Jetzt aber schwört er vor einem Berliner Gericht, daß die Nationalsozialistische Partei keinen anderen Gedanken habe, als auf friedliche, auf unblutige Art zur Herrschaft zu gelangen —, nichts mehr von Putsch und Rebellion! Jetzt fließt sein Mund über von Legalität. Im Zeichen dieser Legalität soll der Monarchismus in Deutschland wiederhergestellt werden, sollen aber auch alle politischen Freiheiten und alle sozialen Rechte vernichtet werden, die die Arbeiterklasse Deutschlands in jahrzehntelangen opferreichen Kämpfen errungen hat! Als wir heute durch die Straßen marschierten und die Internationale dauernd von den Mauern Leipzigs wiedertönte, trat zu mir ein Genosse aus einem Land, in dem der Faschismus herrscht, unser Genosse Buchinger, der aus dem jahrelangen Exil nach Ungarn zurückkehren konnte. Er sagte: Wenn wir das in Budapest spielten, sind uns dafür 10 Jahre Gefängnis sicher. (Pfuirufe.) Dabei ist der ungarische Faschismus noch nicht einmal die allerschärfste Spielart des Faschismus. Auch derjenige, der behauptet, es könne nicht schlimm werden und sei nicht gefährlich, wenn der Faschismus käme, kann aus dieser Äußerung lernen. Am Begrüßungsabend werden unsere ausländischen Freunde aus jenen Ländern vor Tausenden von Leipziger Parteigenossen berichten und ein plastisches Bild von den Segnungen des Faschismus geben können.

Wir sagen heute: Wehe den Nationalsozialisten. Wir sagen allen, die mit ihnen sympathisieren: Wir pfeifen auf eure Erklärungen von Legalität. Wir wissen, hinter dieser Erklärung verbirgt sich nackte Reaktion, die brutalste Willkür, die Restauration aller volksfeindlichen Einrichtungen vergangener Zeiten; euer

Musterland ist Italien. Auch in Italien war der Faschismus, als ihr um die Massen warbt, demokratischer als die Demokratie, sozialistischer als die Sozialisten, republikanischer als die Republikaner und noch marxistischer als die Marxisten, um die Diktatur an die Stelle der Demokratie, die Monarchie an die Stelle der Republik, Terror und Gewalt an die Stelle des Gemeinschaftsgedankens zu setzen. Unsere Antwort darauf ist: Mag sich auch ein Teil des deutschen Bürgertums feig vor den Großsprechereien ducken, mögen Großgrundbesitzer, Schwerindustrielle, Bank- und Börsenfürsten und alle Fürstlichkeiten sich dieser Arbeiterpartei zuwenden, — die deutsche Arbeiterbewegung ist die deutsche Sozialdemokratie und wird es sein und wird siegen. (Stürmisches Bravo! und Händeklatschen.)

Legal oder illegal, — wenn die Nationalsozialisten den Versuch machen sollten, die von ihnen verkündete reaktionäre Gewaltherrschaft über Deutschland zu errichten, wird die deutsche Arbeiterschaft den Kampf mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu führen wissen. Wir wollen nicht mit den Waffen der Barbaren kämpfen, aber die Millionen des werktätigen Volkes stehen bereit, um bis zum letzten die demokratischen Freiheiten und die sozialen Rechte zu verteidigen. Das erklären wir in vollster Würdigung der schwierigen Wirtschaftslage, in der sich das deutsche Volk befindet. Wir wissen, daß Kommunisten und Hakenkreuzler die einen des andern Schrittmacher sind. Wir wissen, daß die von ihnen beabsichtigte gewaltsame Auseinandersetzung nicht nur den politischen Zusammenbruch herbeiführen, sondern auch die jetzige wirtschaftliche Krise bis zur wirtschaftlichen Katastrophe des deutschen Volkes treiben muß.

Es war nicht etwa Furcht vor den Prahlereien der Deutschnationalen und Faschisten nach dem 14. September, die unsere taktische Haltung in den letzten Monaten bestimmte, sondern diese entsprach durchaus den Grundsätzen der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterbewegung, daß nämlich aber auch jeder Versuch unternommen werden muß, um die schweren wirtschaftlichen und politischen und unlösbar scheinenden Probleme auf gütliche Weise zu lösen. Wir wissen, daß wir mit dieser Taktik des Ausweichens die härtesten Anforderungen an die Disziplin und die Selbstaufopferung unserer Anhänger gestellt haben. Wir sind stolz darauf, daß trotz der von uns getriebenen, gewiß nicht populären Taktik die Massen des arbeitenden Volkes zu uns stehen, unsere Kaders geschlossen geblieben sind, unsere Organisation von Monat zu Monat und weiter gestärkt wird. (Bravo!) Die Aufgaben, die heute der Demokratie gestellt sind, stellen an jeden, an Führer und Geführte die höchsten Anforderungen. Die Demokratie kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie von gegenseitigem Vertrauen durchflutet ist. Dieses Vertrauen ist nicht nur eine Sache des Gefühls, sondern fordert Verstand und Einsicht in die sachlichen Zusammenhänge des Lebens.

Wir stehen in einem Abwehrkampf von weltgeschichtlicher Bedeutung für die Demokratie und damit für den Sozialismus. Demokratie oder Diktatur, das ist die Frage! Der Erfolg hängt von dem Vertrauen ab, das in den hüben und drüben kämpfenden Heereskörpern zwischen Führern und Massen besteht. Kommunisten und Faschisten versuchen seit Jahren dieses Vertrauen in der Arbeiterbewegung zu untergraben. Um so stärker — das unterstreiche ich mit vollem Nachdruck — wird bei uns die Erziehung zur Demokratie identisch mit der Vertrauensfrage in der Demokratie. (Lebhaftes Bravo!) Mißtrauen ist eine demokratische Tugend. — Gut! — Aber wer jetzt im Lager der Demokratie nichts anderes zu tun hat als Mißtrauen zu säen, der besorgt die Arbeit der Apostel der Diktatur (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.), der schwächt die Demokratie. Jeder politische Abc-Schütze hat erkannt, und nur Verleumder können etwas anderes sagen, weil alle Welt weiß, daß die Politik der Regierung, die jetzt an der Spitze des Reiches steht, nicht unsere Politik ist. (Sehr richtig!) Wir haben niemals ein Zweifel daran gelassen, daß wir jede Verantwortung für die Handlungen der gegenwärtigen Reichsregierung ablehnen müssen.

Das bezieht sich vor allem auf die Wirtschaftspolitik. Der Erfolg der Hakenkreuzler vom 14. September 1930 hat die ersten Ansätze einer wirtschaftlichen Belebung zerstört. Damals ist die Kapitalkraft der deutschen Wirtschaft um Milliardenkredite geschwächt worden. Der erste nationalsozialistische Erfolg ist also dahin zu werten, daß die Wirtschaftslage in Deutschland noch weiter verschlechtert wurde und damit die Arbeitslosigkeit auf die Riesenzahl des letzten Winters erhöht wurde. Leider hat sie ihr Ende in dieser Steigerung wahrscheinlich noch nicht erreicht. Trotz alledem müssen wir der Regierung den Vorwurf machen, daß sie eine Wirtschaftspolitik geführt hat, die dem kurzsichtigen Standpunkt eines selbstsüchtigen Unternehmertums mehr entsprach als den Interessen der Massen der breiten Bevölkerung. Die Sozialdemokratische Partei und die deutschen Gewerkschaften haben seit langem in programmatischen Kundgebungen und eingehenden Plänen die Wege gewiesen, die zur Gesundung der deutschen Wirtschaft führen sollten. Wir verlangen die Hebung der Massenkaufkraft durch Herabsetzung der Warenpreise auf den Stand der Weltmarktpreise und die Erhaltung der Kaufkraft der arbeitenden Klasse durch eine Sicherung des Arbeitslohnes. Wir fordern den energischen Ausbau des Handelsvertragssystems vor allen Dingen mit den Ländern, in denen wir unsere Industrieerzeugnisse absetzen können. Wir zeigen, wie die Ergiebigkeit der Landwirtschaft durch die Schaffung besseren Verhältnisses zwischen landwirtschaftlicher Erzeugung und städtischen Verbrauchs gesteigert und dadurch der Agrarkrise wirksam begegnet werden könnte. Wir fordern im Parlament und die Gewerkschaften fordern die allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, um so Hunderttausenden von Volksgenossen wiederum Arbeitsplätze zu verschaffen. Nichts von dem ist geschehen, und die Folge davon ist nicht allein die weitere Verschärfung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern im Zusammenhang damit steht auch die unausgesetzt sich steigernde Verschlechterung der Finanzlage im Reich und allen anderen öffentlichen Körperschaften. Auch hier sehen wir das, was man im alten Österreich so als Fortwursteln bezeichnete. Wie oft schon haben wir in der letzten Zeit von Sanierungsprogrammen, von Finanzreformen gehört. Aber alles ist immer und immer wieder beim alten geblieben. Man hat unser Finanzsystem nicht weiter entwickelt, sondern es zuungunsten der Arbeiterklasse, zugunsten der besitzenden Klassen verändert.

Auch hier, Parteigenossen, hat es die Sozialdemokratie an wegweisender Kritik nicht fehlen lassen. Wir haben den Standpunkt der Volksgemeinschaft zum Ausgangspunkt unserer Auffassungen gewählt. Von da aus ist es eine selbstverständliche Forderung, daß in Zeiten wirtschaftlicher Not die besitzenden Klassen in verstärktem Maße zu den Lasten des Staates herangezogen werden. Diese Forderung hat nichts mit Sozialismus zu tun. Sie müßte von allen Parteien unterstützt werden, die so gern von dem gemeinsamen Vaterland sprechen, wenn die besitzlose Klasse für dieses Vaterland Opfer bringen soll. Bei der Aufbringung der Staatslasten aber versagen regelmäßig die vaterländischen Gefühle der besitzenden Klassen und ihrer Parteien. Sie gehen offenbar darauf aus, die Massenbelastung zu verstärken und die Besitzbelastung zu erleichtern. Ich will nur einen krassen Fall der Selbstsucht der besitzenden Klassen anführen. Im Frühjahr dieses Jahres war es nicht einmal möglich, die Erhöhung der Zuschläge auf die Einkommensteuer über 20 000 Mark durchzusetzen. Ich erinnere weiter daran, daß bisher auch die Herabsetzung der hohen Pensionen, die Anrechnung der Nebenverdienste auf diese Höchstpensionen an dem Widerstand der Besitzparteien mit Einschluß der Nationalsozialisten gescheitert sind.

Die ungünstige Entwicklung der wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Verhältnisse konnte natürlich auf den Stand unserer Sozialpolitik nicht ohne Einfluß bleiben. Unsere sozialpolitischen Einrichtungen sind den härtestens Anstürmen ausgesetzt. Aber, Parteigenossen, wenn je das Wort von der gegenseitigen Hilfe, die das oberste Gebot des Volksstaates sein soll, verwirklicht werden müßte, dann in unseren Zeiten der allgemeinen Verelendung! Was aber

haben wir feststellen müssen? An den Ausgaben für die Reichswehr ist bisher nichts erspart worden. Jetzt will man daran gehen, 50 Millionen durch Nichtausgeben zu ersparen. An den Ausgaben für soziale Zwecke dagegen hat man gespart, wo man es nur irgend konnte.

Es ist das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, das Verdienst der sozialdemokratischen Fraktion, daß es gelungen ist, die Angriffe des Unternehmertums auf die Sozialgesetzgebung bisher im allgemeinen abzuschlagen. Wir dürfen weiter feststellen, Parteigenossen, daß die Deutsche Republik, daß das deutsche Volk im Jahre immer noch rund 12 Milliarden für soziale Einrichtungen ausgibt und sich damit immerhin noch neben anderen Nationen sehen lassen kann. Dennoch sind die auf Drängen der Unternehmerverbände eingeführten sozialpolitischen Verschlechterungen — Erwerbslosenversicherung und Krankenversicherung — so erheblich, daß wir die größten Anstrengungen machen müssen, um sie wieder zu beseitigen.

Von welchem Geist die besitzenden Klassen gegenüber der Sozialgesetzgebung erfüllt sind, dafür zeugen die zahllosen Aufsätze, die Reden und die Denkschriften, die in den letzten Jahren von den Unternehmerverbänden veröffentlicht worden sind. Wenn man aber diese reaktionäre Gesinnung vom Standpunkt des Unternehmertums auch begreift, dann muß man es doch geradezu als eine Schande bezeichnen, wenn eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, gleichfalls in der gehässigsten Weise die deutsche Sozialgesetzgebung herabzusetzen sucht. Vor wenigen Tagen haben wir es in Braunschweig erlebt, daß einer der prominentesten Führer der Nationalsozialisten, Herr Frantzen, die Arbeitslosen in seinem Strafbefehl wegen des Schulstreiks als Armengeldempfänger bezeichnete. (Pfuirufe.) In der kaiserlichen Zeit, die doch die Nationalsozialisten wieder herstellen wollen, war es der größte Schimpf, Armengeldempfänger zu sein. Wer Armenunterstützung erhielt, ging seiner politischen Rechte verlustig, wurde Staatsbürger zweiter Klasse. Herr Frantzen weiß, daß Arbeiter und Angestellte ein gesetzliches Recht auf die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung haben. Es ist ihm und seiner Partei nicht aufgefallen, daß es keine höhere und schönere Pflicht für den Staat geben kann, als für die Opfer der Krise, für die Opfer der Arbeit und für die Opfer des Alters zu sorgen.

Parteigenossen, diese Fragen sind müßig. Das Beispiel sei nur erwähnt, um der arbeitenden Klasse noch einmal deutlich zu zeigen, was ihrer wartet, wenn erst die Nationalsozialisten zur Herrschaft über Deutschland zugelassen werden sollten. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die hohen Reparationszahlungen, die Deutschland zu leisten hat, zur Verschärfung unserer wirtschaftlichen Not beigetragen haben. Die Sozialdemokratische Partei hat niemals ein Hehl aus ihrer Anschauung gemacht, daß zuerst für Brot und dann erst für Reparationen gesorgt werden müsse. Wenn wir den Dawesplan und dem Youngplan zugestimmt haben, dann geschah das nicht, weil wir mit der hohen Belastung des deutschen Volkes zugunsten anderer Staaten einverstanden wären, sondern weil wir damit nur noch Schlimmeres für unser Volk verhüten wollten. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß wir mit dem Dawesplan der Ruhrbesetzung ein Ende machten, daß der Youngplan die Lasten herabsetzte und die Befreiung der Rheinlande unter Hermann Müllers Arbeit herbeiführte. Aber gerade, Parteigenossen, weil wir durch unsere außenpolitische Haltung die wirtschaftliche Vernichtung des deutschen Volkes verhindert und die ursprüngliche Höhe der uns auferlegten Lasten wesentlich herabgemindert haben, dürfen wir für uns eine weitere Herabsetzung der Reparationsabgaben in Anspruch nehmen und die schließliche Beseitigung dieser Lasten fordern, damit Deutschland nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich die Gleichberechtigung unter allen Völkern der Erde und im Völkerbund gewinnt. (Händeklatschen.)

Parteigenossen, wir können Verträge halten ohne die Bindung für uns, sie für alle Ewigkeit erhalten zu müssen. (Sehr wahr!) Denn das hieße:

völliger Stillstand der Entwicklung, das hieße mit anderen Worten, daß die starken Männer in Versailles der Weisheit letzten Schluß geprägt hätten. Es ist aber eine vollendete Demagogie, wenn diejenigen, die den Zusammenbruch des deutschen Volkes verursacht haben, die mitschuldig daran sind, daß der Weltkrieg bis zum Weißbluten unseres Volkes fortgesetzt worden ist, wenn diese Verbrecher an der deutschen Nation jetzt die Sozialdemokratie, den Marxismus beschuldigen, die Reparationslasten erst herbeigeführt zu haben. Dieses blöde Geschwätz ist ja bereits mit der Feststellung abgetan, daß Herr Adolf Hitler, der vor dem 14. September die Youngketten zerreißen wollte, nach den Wahltagen den Engländern und Amerikanern versicherte, daß die Nationalsozialisten, wenn sie an die Herrschaft kommen sollten, gar nicht daran denken würden, die bestehenden Verträge zu verletzen. Dieselben Nationalsozialisten die vor der Wahl keinen Pfennig an unsere ehemaligen Kriegsgegner zahlen wollten, haben nach der Wahl im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages einen Antrag niederstimmen helfen, der die Einstellung aller Reparationszahlungen verlangte.

Nachdem ich mich pflichtgemäß mit den Nationalsozialisten befaßt habe, Parteigenossen, lassen Sie mich noch wenige Worte auch auf die Kommunisten verwenden. Anläßlich des Leipziger Parteitages hat die Zentrale der Kommunistischen Partei ein Rundschreiben an alle ihre Funktionäre, Redaktionen und Redner von nicht weniger als 30 eng beschriebenen Schreibmaschinenseiten versandt. (Hört! Hört!) Tarnows Referat, Breitscheids Referat, Ollenhauers Referat, alle sind im voraus schon widerlegt. (Heiterkeit.) Man kündigt an: lest jetzt die neue Broschüre, die in unseren Verlagen unter dem Titel herauskommt: Wo bleibt der zweite Mann?

Für beide Parteien, für die Nationalsozialisten und für die Kommunisten, das wissen wir, arbeitet die Wirtschaftskrise, arbeitet die Not. Hieße es nicht die Frucht siebzigjähriger Arbeit daransetzen, müßten wir nicht vor Scham in die Erde sinken, das Erbe, das uns von der vergangenen Generation übertragen worden ist, verschleudert zu haben? Der Anschauungsunterricht, das Erleben dessen, was die italienische Bevölkerung zu leiden hat, was den russischen Arbeitern und Bauern zugemutet worden ist, legt die Unfähigkeit jener Parteien hinreichend an den Tag.

Es ist noch nicht lange her, daß ich von unserem allverehrten Großmeister Karl Kautsky einen Brief erhielt, in dem er auf die wirren Meinungsverschiedenheiten hinwies, die auch in den Kreisen der Arbeiterschaft oft genug zum Ausdruck kommen, und in dem er weiter den Wechsel von den Kommunisten zu den Nationalsozialisten glossiert. Wenn der Nationalsozialist Scheringer zu den Kommunisten hinüberwechselt und uns nun in der Roten Fahne über den Klassenkampf belehrt und Karl Kautsky über den Marxismus Anschauungsunterricht erteilen will, dann lachen darüber die Hühner. (Sehr richtig!) So urteilslos ist das Lesepublikum, daß Kautsky sagt: Wir haben es für eine kurze Zeit schwer, aber kurz wird diese Zeit sein, sie wird einige wenige Jahre dauern; denn die Generation der Unbildung, die Generation, die aus dem Krieg hervorgegangen ist und dem Schlagwort nachläuft, wird wieder von einer Generation ersetzt werden, die den Marxismus, die den Sozialismus in seiner Wahrheit begreift.

Wir müssen das große Erbe unbeirrbar festhalten. Das Wort war für mich nicht notwendig, aber ich sage es hier, weil ich weiß, wie viele es gibt, die schwanken, die nach anderen Wegen suchen als die, die wir seit Jahrzehnten gegangen sind. Parteigenossen, es gibt niemand in der deutschen Sozialdemokratie, der dem großen Experiment, das die Bolschewisten in Rußland unternommen haben, der Durchführung des Fünfjahresplans, Mißlingen wünschte. Die Eingliederung von 125 Millionen Menschen in den Wirtschaftsprozeß der Welt ist ein Erfolg. Der Kampf, der sich drüben vollzieht, der in der gewaltsamen Aufforstung der Industrie neben der Enteignung der Kulaken, der Groß-

bauern, vor sich geht, ist kein rein wirtschaftlicher Kampf, er ist vielmehr der Kampf um die politische Macht zwischen Kommunisten und Großbauern. Mißlingt der industrielle Fünfjahresplan, kann er das flache Land, die Kolchosen, nicht mit Traktoren und anderen Maschinen bedienen, dann ist auch die Kollektivierung des flachen Landes, die zu 50 Prozent vorgenommen worden ist, dahin. Das bis zur Durchführung des Fünfjahresplans in Angriff genommene Aufsteigen einer wohlhabenden Bauernschicht, die zur politischen Beherrscherin des Landes wird, wird von neuem beginnen.

Um diesen Kampf zu verstehen, Parteigenossen, brauchen wir nur darauf hinzuweisen, was sich im Jahre 1789 in Frankreich vollzogen hat. Nur sind die heutigen Vorgänge für uns übersichtlicher. Für die Zeitgenossen der Revolution von damals waren aber die Vorgänge auch unübersichtlich. Der russische Bauer hat das Land, das er sich im Jahre 1917 genommen hat, gegen die Weißgardisten, gegen die Wrangel und Denikin verteidigt, und er verteidigt es heute gegen die Kommunisten. Das konnten wir infolge unserer Beschäftigung mit der Agrarpolitik gar nicht anders erwarten. Parteigenossen, die Sowjets, die Machtorgane in Rußland, waren vielleicht im Jahre 1918 einmal die Organe des russischen Massenwillens, aber 1931 ist nicht mehr 1918. Heute ist der Einfluß der Sowjets überall bedeutungslos, ebenso wie die Betriebsräte und die Gewerkschaften in den Städten jeden Einfluß verloren haben. Das Schicksal Tomskis, des Führers der russischen Gewerkschaften, der kaltgestellt wurde, beweist das auf das deutlichste. In Rußland herrscht allein die Diktatur der Bürokratie über das Proletariat und über die Bauern. Der Arbeiterstaat Rußland ist nur noch ein Märchen für gutgläubige Kinder. Deshalb schlußfolgere ich dennoch nicht, daß die Leiter des Sowjetstaates nur Komödie spielen, wenn sie von Sozialismus reden. Aber die Erscheinungen in Rußland zeigen uns doch die Wahrheit der großen Lehre von Karl Marx: die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein. Die sozialistische Wirtschaft setzt eine Reife der wirtschaftlichen Entwicklung voraus, die in Rußland vollkommen fehlte, und die auch heute noch sehr weit zurück ist. Diesem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung entspricht ein Proletariat, das für die sozialistische Wirtschaft und für die sozialistische Gesellschaft unreif ist. Der russische Arbeiter ist kein richtiger Proletarier, ihm fehlt die generationenlange Erziehung des englischen und des deutschen Industriearbeiters. Er ist als Arbeiter nur ein Bauer in der blauen Bluse, ohne politische und gewerkschaftliche Schulung. Das ist nicht seine Schuld, sondern das ist die Folge der Rückständigkeit des Landes. Wenn jetzt Rußland nach außen hin als der Arbeiterstaat gilt, dann steht für uns fest, und jeder kann es beobachten: er ist es lange nicht mehr! Der Kriegskommunismus dauerte höchstens bis zum Jahre 1921. Jetzt aber sehen wir in Rußland einen neuen Versuch, die produktiven Kräfte des Landes in staatskapitalistischer Form zusammenzufassen, und wir stellen fest, daß die roten Fahnen des Kommunismus in Rußland nur dazu dienen, um die kapitalistische Wirtschaft zu verhüllen.

Parteigenossen! In Rußland wird jetzt mit dem Fünfjahresplan versucht, das zu leisten, was in anderen Ländern der Kapitalismus geleistet hat: Aufbau einer Großindustrie auf Kosten der werktätigen Massen, genau so, wie die Großindustrie in Deutschland, in England und in anderen Ländern aufgebaut worden ist. Herr der Fabrik aber wird der russische Arbeiter dadurch ebenso wenig, wie es der deutsche und der englische Arbeiter geworden ist. Die Diktatur — das ist das Entscheidende — hindert nämlich die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Reife der Arbeiterklasse.

Die Zeitungen brachten vor kurzem die Meldung über das Auftreten des Herrn Litwinow im Europaausschuß zu Genf. Herr Litwinow schlug einen wirtschaftlichen Nichtangriffspakt vor. Das war ein Friedensangebot an die kapitalistische Welt. Wenn Herr Litwinow noch den Sozialismus repräsentierte, müßten wir uns mit seinem Vorschlag des näheren befassen. Aber in Genf

stand nicht der Vertreter der Weltrevolution, sondern der Vertreter der staatspolitischen Unternehmung Rußland vor den Repräsentanten der angeblich morsch und brüchig gewordenen privatkapitalistischen Wirtschaft der Welt und versuchte, Partner zu finden. Kommunismus ist Kapitalismus und nicht Sozialismus! Dieses Spottwort, das drüben in Genf geprägt worden ist, zeigt deutlicher als alles andere, wie man in kapitalistischen Kreisen über diese Bestrebungen denkt. In Rußland erstickt unter der drakonischen Zensur jedes freie Wort. Versammlungs- und Meinungsfreiheit gibt es nicht. In Rußland herrscht völlige Kirchhofsruhe.

Lassen Sie mich zum Schluß ein Wort von Rosa Luxemburg, die ja hier in Leipzig so lange tätig war, zitieren. Rosa Luxemburg schrieb:

> Mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erliegen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Preß- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf, erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein. Im Grunde also eine Cliquenwirtschaft, eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker.

Das schrieb Rosa Luxemburg im Sommer des Jahres 1918, und die Gegenwart gibt ihr recht. Bei all der Not in Rußland wäre es vielleicht nicht unmöglich, daß dennoch eine leistungsfähige Wirtschaft entstände, aber sozialistisch — das merke sich jeder! — wäre sie nicht. Denn Sozialismus heißt Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Solange nicht die Gesellschaft über die Produktionsmittel verfügt, sondern nur eine Parteigruppe, solange kann von Sozialismus nicht die Rede sein. Das Proletariat kann nicht von noch so wohlwollenden Intellektuellen befreit werden. Aufgeklärter Absolutismus ist nicht die Regierungsform der sich bildenden neuen sozialistischen Gesellschaft. Die Herrschaft der Gesellschaft über die Produktionsmittel braucht die Freiheit, die Demokratie. Wenn der faschistische Senator Enrico Ferri sagte, der Faschismus in Italien sei im Grunde nur eine Welle der Reaktion, des Bolschewismus der Nachkriegszeit, so ist nach dem, was ich schon sagte, bewiesen, daß der Faschismus auch in den kapitalistischen Ländern seine Existenzberechtigung verloren hat. Bolschewismus und Faschismus sind Brüder. Sie basieren auf der Gewalt, auf der Diktatur, mögen sie sich noch so sozialistisch und radikal gebärden. Ohne Freiheit des politischen Willens, ohne Freiheit der Meinung, der Presse und der Organisation sind sie und müssen sie bleiben Zerrbilder des Sozialismus. Sie geben der Arbeiterschaft nicht die Möglichkeit, ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Der Sozialismus aber kann nur aus dem freien Willen der arbeitenden Massen werden. Er läßt sich nicht einführen. Er muß das Werk der Massen selbst sein, und die tiefste aller Lehren, die wir aus den russischen Verhältnissen ziehen, ist die: ohne Demokratie ist der Sozialismus unmöglich.

Parteigenossen! Darum ist die Haltung der deutschen Sozialdemokratie so eindeutig und so klar. Darum ist unsere Gesamtpolitik stets darauf gerichtet, den Interessen des arbeitenden Volkes zu dienen. Nach der Wahl vom Mai 1928 haben wir unter der Führung Hermann Müllers die Regierungsbildung übernommen. Wir wollten zeigen, daß wir uns der Verantwortung bewußt waren, die der Wahlerfolg uns auferlegte. Im Vorjahre ist er nicht erfolgt, weil die besitzenden Klassen befürchteten, daß eine Regierung unter sozialdemokratischer Beteiligung in der Krise zuviel für das arbeitende Volk tun könnte.

Wir brauchen nur die Zeit des Kabinetts Hermann Müller mit der des Kabinetts Brüning zu vergleichen. Wir wissen, daß die Grundlage, auf der wir den Kampf geführt haben, die richtige ist. In voller Offenheit haben wir unsere

Tätigkeit in unserem Jahrbuch dargelegt. Der Parteitag wird zu prüfen haben, ob unsere Taktik richtig war. Mit voller Offenheit werden wir auch neue Waffen zu schmieden haben, die dem Befreiungskampf des arbeitenden Volkes dienen.

So wollen wir an die Arbeit unseres Parteitages gehen mit dem besten Willen, ihn zu einem leuchtenden Punkt in der Weiterentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung zu machen. Unsere Beschlüsse werden getragen sein von dem hohen Gedanken, unserer Kampfgemeinschaft zu dienen. Mögen wir in Einzelfragen verschiedener Meinung sein, so gilt es doch für die Gesamtarbeit, so gilt doch für den Parteitag bloß die eine Lösung: Kampf für die Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Ketten der kapitalistischen Wirtschaft, Kampf für die Errichtung einer Gesellschaftsordnung auf sozialistischer Grundlage! Nieder mit der Reaktion! Es lebe der Sozialismus! Es lebe die deutsche Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall!)

Damit erkläre ich den Parteitag im Auftrage des Parteivorstandes für eröffnet.

Ich bitte nunmehr um Vorschläge für die Wahl der Vorsitzenden des Parteitages.

Auer (München) beantragt, mit der Leitung des Parteitages Otto Wels und Richard Lipinski zu beauftragen und ferner den Parteiveteranen Wilhelm Bock in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste für die Partei zum Ehrenvorsitzenden zu ernennen.

Der Parteitag stimmt unter stürmischem Beifall diesem Antrage zu.

Als Vertreter der Stadt Leipzig erhält darauf das Wort

Bürgermeister **Schulze** (Leipzig): Hochverehrte Anwesende! Genossinnen und Genossen! Ich habe die Ehre, Sie im Namen der Stadt Leipzig zu Ihrer Tagung herzlich willkommen zu heißen und Ihnen die besten Wünsche für Ihre Verhandlungen zu übermitteln. Diese Verhandlungen sind ja nicht nur für die Sozialdemokratische Partei von allerhöchster Bedeutung, sondern wohl für die ganze deutsche Republik. Der Parteitag der Sozialdemokratie findet in einer Zeit fürchterlicher Not statt. Die arbeitende Bevölkerung Deutschlands verelendet immer mehr. Dieses Elend ist verursacht durch die noch nie dagewesene Wirtschaftskrise, die ja im Mittelpunkte Ihrer Verhandlungen stehen wird. Ganz Deutschland, gleichviel, zu welcher Partei der einzelne gehört, schaut heute und in den kommenden Tagen voll Erwartung und Hoffnung nach Leipzig. Jeder hofft, daß auf diesem Parteitage Wege für eine Beseitigung des Elends, für eine Beseitigung der Krise gewiesen werden. Besonders wir, die wir in der Kommunalverwaltung tätig sind, sehen mit großem Interesse den Ergebnissen des Parteitages entgegen. Sie wissen alle, daß die Städte und Gemeinden bald am Ende ihrer Kraft angelangt sind. Das Reich hat in den letzten Jahren immer mehr und mehr die Lasten der Erwerbslosigkeit auf die Städte und Gemeinden abgewälzt. Am 1. April 1929 hatten wir in Leipzig für 4400 Erwerbslose zu sorgen, am 1. Mai dieses Jahres aber für 26 648 Erwerbslose. (Hört! Hört!) Die Zahl der Erwerbslosen hat sich also versechsfacht. Es ist ja bisher immer möglich gewesen, die Mittel für die Erwerbslosen zur Linderung ihrer ärgsten Not noch aufzubringen. Das war aber nur dadurch möglich, daß in den Haushaltplänen der Gemeinden ganz rigoros die Ausgaben gedrosselt wurden. Auch wir in Leipzig haben in dem Haushaltplan für 1931 streichen müssen, was nur irgend gestrichen werden konnte. Diese Streichungen werden sich natürlich auf fürsorgerischem und kulturellem Gebiet katastrophal auswirken. Aber der Augenblick ist nicht mehr fern, wo es einfach nichts mehr zu streichen gibt, und das bedeutet für die Städte und Gemeinden den Zusammenbruch. Ich bitte Sie, diese Situation der Gemeinden, der Zellen der deutschen Republik, bei Ihren Verhandlungen mit zu berücksichtigen.

Wenn ich als Vertreter der Stadt Leipzig Ihren Verhandlungen einen recht guten Verlauf wünsche, so vor allem deshalb, weil ich überzeugt davon bin, daß Sie das nötige Verständnis für die unerträglich werdende Sorgenlast der Gemeinden aufbringen werden. Wir hoffen, daß Sie uns Wege zeigen, die uns Hilfe in unserem Elend bringen. Daher kommen wir mit großem Vertrauen zu Ihnen, zu der SPD., der stärksten Partei Deutschlands. In diesem Sinne begrüße ich Sie und wünsche Ihrer Tagung den besten Verlauf. (Beifall.)

Darauf trägt Genosse Max Mattke (Leipzig) einen Prolog, „Der große Hammer", Dichtung von Max Barthel, vor, der mit starkem Beifall aufgenommen wird.

Auf Antrag des Genossen **Hünlich** (Rüstringen) werden zu Schriftführern gewählt: Otto Thielemann (Braunschweig), Otto Kunze (Stolp), Alfred Haude (Görlitz), Artur Zimmermann (Altenburg), Karl Hermann (Kassel), Emilie Daum (Wuppertal), Bruno Steinert (Niederneuschönberg i. Erzgeb.), Johanna Haas (Worms), Leo Hoffmann (Regensburg).

Für die Mandatsprüfungskommission schlägt **Dietrich** (Erfurt) folgende Mitglieder vor: Wilhelm Krüger (Berlin), Flora Franken (Zeitz), Georg Lowig (Nürnberg), Alfred Faust (Bremen), Emil Krauß (Schneeberg i. Erzgeb.), Karl Palmer (Berlin), Hubert Schmitts (Soest), Karl Koch (Aschersleben), Emil Lanzke (Hannover).

Die Vorgeschlagenen werden einstimmig gewählt.

Feststellung der Geschäfts- und der Tagesordnung

Die vorgelegte Geschäftsordnung wird unverändert genehmigt. Zur Tagesordnung liegt zunächst ein Antrag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses vor, die Nr. 3 und 4 umzustellen, so daß nach dem Punkt 2 der Punkt 4, „Bericht der Reichstagsfraktion", zur Verhandlung kommt, womit die Diskussion über die Punkte 2 und 3 verbunden werden könnte.

Der Parteitag stimmt dieser Änderung der Tagesordnung zu.

Außerdem liegen zur Tagesordnung vor die Anträge 1, 2 und 3; der Antrag Nr. 4 ist zurückgezogen.

Vorsitzender **Wels** bemerkt zu dem Antrag Nr. 1, der Parteivorstand und die Leitung des Parteitages hätten sich bereiterklärt, einem dem Parteivorstand namhaft gemachten Genossen eine längere Redezeit von etwa einer halben Stunde zu konzedieren. Zu diesem Verfahren sei der Parteivorstand deshalb gezwungen, weil der Referent des Parteivorstandes über einen großen Komplex der Arbeiten der Reichstagsfraktion zu berichten habe und es infolgedessen unmöglich sei, zu dem einen Punkt der Panzerkreuzerfrage ein Referat und ein Korreferat erstatten zu lassen.

Petrich (Gera): Genossinnen und Genossen! Ich möchte Sie bitten, dem Antrage Nr. 1, der eigentlich eine Selbstverständlichkeit darstellt, zuzustimmen. Dieser Antrag stützt sich auf die gute Tradition der Partei in der Vorkriegszeit. (Widerspruch.) In der Vorkriegszeit war es in der Partei üblich, daß zu Fragen, über die in der Partei zwei deutlich sich voneinander abhebende Meinungen bestanden, Korreferate gestattet wurden. Es ist bedauerlich, daß wir den Antrag Nr. 1 erst aus den Organisationen heraus stellen mußten. (Vereinzelte Rufe: Sehr richtig!) Auf dem Magdeburger Parteitage des Jahres 1910 wurde — es handelte sich um die süddeutschen Budgetbewilliger, über die zu Gericht gesessen werden sollte — von den Genossen, die auf der Seite dieser Budgetbewilliger standen, das Recht der Verteidigung verlangt, und Bebel hat darauf geantwortet, das sei eine Selbstverständlichkeit. Es liege lediglich ein Versehen vor. Ludwig Frank hat darauf das Korreferat bekommen. Heute liegt

die Situation ähnlich. Gerade die Frage des Panzerkreuzers und auch noch eine Reihe anderer Vorgänge in der Fraktion sind in den Organisationen leidenschaftlich umstritten. (Vereinzelte Rufe: Sehr wahr!) Deshalb muß über diese Dinge ausgiebig gesprochen werden, und ich bitte Sie daher, dem Antrag Nr. 1 Ihre Zustimmung zu geben.

Künstler (Berlin): Auch ich bin der Auffassung, daß über die Panzerkreuzerfrage auf dem Reichsparteitage offen und klar gesprochen werden soll. Aber ich kann nicht einsehen, daß den neun Genossen, die gegen die Fraktion gestimmt haben, ein besonderes Korreferat zugebilligt werden soll. (Sehr richtig!) Mit demselben Recht könnten auch die 24 Genossen, die gegen die Groenerpolitik eingestellt waren, sich aber der Fraktionsdisziplin untergeordnet haben und von dem alten Brauch ihre Haltung bestimmen ließen, hinauszugehen, ein Korreferat für sich verlangen. Auf dem Parteitag steht nach meiner Auffassung die Panzerkreuzerfrage, überhaupt die Wehrfrage, grundsätzlich und politisch zur Diskussion, und nicht das Verhalten der einzelnen Abgeordneten. Ich bitte daher, dem Antrage des Parteiausschusses zu folgen. Im übrigen sage ich ganz offen: der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hat in diesem Augenblick wichtigere Aufgaben zu lösen. (Zustimmung.)

Vorsitzender **Wels:** Wir haben eine große Reihe von Fragen, über die wir verschiedener Meinung sind. Ich verwahre mich dagegen, daß Parteigenossen, die in einer bestimmten Frage gegen den Beschluß der Fraktion gehandelt haben, ein besonderes Rederecht für sich in der Partei beanspruchen könnten. (Sehr wahr!) Wenn Vergleiche mit früheren Vorgängen gezogen werden sollen, so muß ich sagen, daß der Genosse Petrich die Geschichte der Parteitage studieren möge; er kennt sie nicht genug. (Sehr richtig!) Wenn das richtig wäre, was er sagte, dann wäre es für jeden leicht, sich ein besonderes Rederecht zu verschaffen; er brauchte nur vor dem Parteitag etwas besonderes anzurichten, was Empörung hervorruft. Ich habe in Magdeburg und früher immer wieder bewiesen, daß ich in der Geschäftsführung das halte, was ich versprochen habe. Ich bitte, sich auch diesmal hiermit zu begnügen; es könnte sonst der Antrag kommen, daß die Geschäftsordnung für alle gleichmäßig zu gelten hat.

In der Abstimmung wird darauf mit übergroßer Mehrheit gemäß dem Vorschlage des Parteivorstandes beschlossen.

Kleineibt (Löbau): Die wichtigste Frage, die der Parteitag zu lösen hat und die für den Sozialismus in Deutschland auf Jahre und Jahrzehnte entscheidend sein wird, ist, ob der Parteitag ein Programm aufstellen kann, das uns der Lösung der Krise näherbringt. Es handelt sich nicht nur darum, die Krise zu mildern, sondern vor allem darum, zu zeigen, daß wir als Sozialisten in der heutigen Zeit in der Lage sind, einen Ausweg aus der Krise zu zeigen. Niemals hatte das Wort Sozialismus mehr Geltung als heute. So sehr ich überzeugt davon bin, daß der Genosse Tarnow die Wirtschaftslage aus gründlicher Kenntnis der Situation beleuchten wird, so ist es doch menschlich selbstverständlich, daß diese Beleuchtung einseitig (Widerspruch.), subjektiv sein wird; sie wird auf alle Fälle bestimmt sein von den Lebensumständen, dem Beruf dieses einen Mannes. Wir müssen den Weg, den wir zu gehen haben, genau erkennen; denn sonst werden wir straucheln, weil wir einfach die Vertiefungen des Weges nicht sehen. Es kommt darauf an, daß die Partei in diesem wichtigsten Punkte wenigstens die Möglichkeit hat, nicht nur hier, sondern auch draußen, die verschiedenen Meinungen gegeneinander abzuwägen. Es handelt sich nicht so sehr um die theoretische Frage, ob die gegenwärtige Krise die letzte oder die vorletzte ist, sondern um die eminent praktische, die Etappen des Wegs ins Freie zu bestimmen.

Da verschiedene Meinungen vorhanden sind und gegeneinander abgewogen werden sollen, ist es Pflicht der Gerechtigkeit, gleiche Bedingungen zu schaffen, damit nicht der Genosse, der das Referat und das Schlußwort hat, den Wettlauf — bildlich gesprochen — kurz vor dem Ziel beginnt, während der andere die ganze Strecke durchlaufen muß und in den 10 Minuten doch den ganzen Komplex nicht aufrollen kann. Diese Gerechtigkeit nach beiden Seiten ist um so notwendiger, als immer wieder der Vorwurf erhoben wird, die Linke besitze kein positives Programm. Man gebe ihr die Gelegenheit. Ich bitte, um der Sache der Partei willen, diesem Antrag zuzustimmen.

Vorsitzender **Wels:** Ich kenne in der Partei keine Rechte und keine Linke und kann Referate für rechts und links nicht einräumen. Falls dieses Axiom wieder geprägt werden sollte, werde ich dem schärfstens entgegentreten. Der Vorredner weiß noch gar nicht, was Tarnow sagen will, fordert aber ein Korreferat. Vielleicht hat er etwas davon läuten hören, daß Parteiausschuß und Vorstand an einer Resolution gearbeitet haben, die Tarnow vorgelegt hat, und der zugestimmt worden ist, ohne daß dabei rechts und links sich in die Haare kamen. Wir aber sollen uns solche Begründungen gefallen lassen, nur damit nach außen hin die Bedeutung der besonderen Gruppe und die Hoffnungen gewisser Kreise gesteigert werden!

Dr. **Breitscheid** (Berlin): Schlechter ist ein schlechter Antrag nicht begründet worden. Woher will Kleineibst wissen, was Tarnow sagen will. Wie kann er dann sagen, er werde eine Meinung vertreten, die einer bestimmten Gruppe nicht gefällt. Selbstverständlich gibt jeder Referent seine subjektive Meinung wieder. Ebenso könnte auch zu meinem Referat ein Korreferent gefordert werden, denn auch ich hoffe meine subjektive Meinung sagen zu können, um sie dann durch die Diskussion klären zu können. Warum soll es nur zwei oder drei verschiedene Richtungen über die Wirtschaftsfrage geben! Selbstverständlich muß ein solcher Antrag abgelehnt werden, der nur dadurch zu erklären ist, daß gewisse Parteimitglieder unter allen Umständen als Opposition angesehen werden wollen. (Bravo!)

Der Parteitag beschließt, unter Ablehnung der gestellten Anträge, es bei der vom Parteivorstand und Parteiausschuß vorgeschlagenen Tagesordnung unter Ernennung der angegebenen Referenten zu belassen und die Bestellung von Korreferenten abzulehnen.

Vorsitzender **Wels:** Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, eine große Anzahl von Delegierten unserer ausländischen Bruderparteien unter uns zu begrüßen.

Als Vertreter der Sozialistischen Arbeiterinternationale begrüße ich den Genossen Vandervelde (Händeklatschen), der schon heute mittag auf dem Meßplatz bei der Riesenkundgebung den Massen der sächsischen Arbeiterschaft die Grüße der Sozialistischen Arbeiterinternationale übermitteln konnte.

Ich begrüße seinen Landsmann, den Genossen Camille Huysmans, den langjährigen Sekretär der Internationale, der sich in unserem Herzen durch seine Arbeit für den Aufbau der zweiten Internationale ein dauerndes Denkmal errichtet hat. Ich gratuliere ihm namens der deutschen Partei zugleich nachträglich zu seinem 60. Geburtstag herzlichst. (Stürmischer Beifall.) An dem morgigen Begrüßungsabend werden unsere ausländischen Genossen die Grüße ihrer Nationen der sächsischen Arbeiterschaft übermitteln können. Für alle zusammen wird heute abend nur noch der Genosse Huysmans das Wort ergreifen.

Aus Frankreich begrüßen wir den Genossen Longuet und Grumbach. Grumbach ist uns von früheren Parteitagen nicht unbekannt und rückt uns insbesondere durch seine politische Arbeit im französischen Parlament als einer der Wortführer in Fragen der Außenpolitik des französischen Sozialismus in der Beobachtung nahe.

Wir begrüßen den Genossen Dan als Vertreter der russischen Sozialdemokraten und denken dabei an den Verleumdungsfeldzug gegen die Menschewiki in Rußland, der dort zur höheren Ehre des Bolschewismus geführt wurde, und an die zahllosen Opfer bolschewistischer Willkür, die um der Freiheit der Demo-

kratie willen in den Kerkern und Verbannungsorten Rußlands wie im zaristischen Rußland schmachten. (Händeklatschen.)

Wir haben als alten Bekannten unter uns Genossen Möller aus Schweden mit seinem Kameraden Wallin, die uns die Grüße der schwedischen Sozialdemokraten übermitteln. (Bravo!) Die schwedische Sozialdemokratie hat insofern gegen uns ein wesentliches Manko, als sie niemals Kämpfe um den echten Ring des Marxismus führen mußte. Ihre politischen Erfolge aber stellten sie trotzdem in die Reihen der Arbeiterparteien, die im Kampf für den Sozialismus und die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft in den ersten Reihen stehen. (Bravo!)

Den Genossen Buchinger aus Ungarn habe ich vorhin bereits begrüßt. Die Geschichte dieses Emigranten schildern, hieße die ganze Leidensgeschichte des ungarischen Proletariats seit den Tagen der Räteherrschaft aufrollen, als nach jener Pendelschwingung nach links der Pendel nach rechts überschlug, wo er von Horty und Bethlen festgehalten wird mit der Entrechtung der Arbeiterschaft und der Errichtung von Deportations- und Zwangslagern für Sozialisten.

Wir begrüßen aus der Tschechoslowakei die beiden Genossen Stivin und Soukup. Wir begrüßen es mit Freude, daß der Zusammenschluß der deutschen und der tschechischen Sozialdemokraten, der jahrelang unmöglich erschien, nun doch zur Tatsache geworden ist, und sehen mit Freude unter uns den Genossen Dr. Heller als Vertreter der deutschen Sozialdemokraten. (Bravo!)

Schwer fällt es mir, Worte der Begrüßung zu dem Genossen Austerlitz, dem Chefredakteur der Wiener Arbeiterzeitung zu sagen, dem Mann mit der spitzesten Feder, denn ich weiß nicht, was er mir, wenn ich ihn nach Verdienst lobe, antut. Darum sage ich, seine Geschichte hat er sich selbst geschrieben in den vielen Bänden der Wiener Arbeiterzeitung. Wir freuen uns, ihn als den Vertreter der österreichischen Bruderpartei begrüßen zu können.

Unsere italienischen Genossen haben den Genossen Sarragat mit ihrer Vertretung beauftragt. Der Faschismus, der Tod Matteottis, der Matteotti-Fonds, für den wir alle in der Welt sammelten, hat die italienische Sozialdemokratie uns zu einem besonders teuren Gut gemacht. Wenn wir an unsere italienischen Freunde denken, denken wir an die Unterdrückung schlechthin. Wenn wir an die Möglichkeiten unserer Zukunft denken, steigt immer wieder das mahnende Wort Turattis auf, der bei der Enthüllung des Denkmals für Matteotti im Volkshaus zu Brüssel sagte: Parteigenossen, wahrt die Demokratie, auf daß ihr nicht weint, wie wir weinen, weil wir in einer Stunde einmal die Demokratie gering achteten.

Wir begrüßen den Genossen Hansen als Vertreter der dänischen Sozialdemokratie. Unter dänischer sozialistischer Leitung steht der dortige Volksstaat nicht ohne Erschütterungen. Aber die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ist dort mit Sicherheit fundiert durch die Einigkeit, die alle auszeichnet. (Bravo!)

Der Genosse Woudenberg übermittelt uns die Grüße der holländischen Bruderpartei und der Genosse Mau aus Danzig, der trotz der Weisheit des Friedensdiktats als Danziger zu uns gehört. (Bravo!)

Ich begrüße den Genossen Theodor Leipart als Vertreter des ADGB. (Bravo! und Händeklatschen.) Er weilt unter uns zum Zeichen der engen Kampfverbundenheit um die Rechte der Arbeiterklasse gegen jeden, der sie bedrohen will. (Bravo! und Händeklatschen.)

Ich begrüße den Genossen Donau, der im Auftrage des Genossen Albert Thomas unsern Verhandlungen folgt, um dem internationalen Arbeitsamt den Niederschlag unserer Auffassungen zu vermitteln, ferner den Genossen Kreuzburg, Gellert und Jeuthe vom Sportkartell bzw. den im Sportkartell zusammengeschlossenen Arbeiterturnern, die heute durch ihren Vorbeimarsch uns ein Zeichen ihrer Größe und inneren Geschlossenheit und Disziplin gegeben haben. (Bravo! und Händeklatschen.)

Ich heiße sie alle herzlich willkommen.

Camille **Huysmans:** Ich bin von den vielen Delegierten der verschiedenen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien beauftragt, in ihrer aller Namen den Kongreß aufs herzlichste zu begrüßen. Diese Ehre verdanke ich vielleicht dem Umstand, daß ich viele Jahre internationaler Sekretär gewesen bin und die deutsche Sprache während des Krieges nicht ganz vergessen habe. (Bravo!) In der sehr schweren Lage, in der Sie sich befinden, wollen wir Ihnen sagen, daß wir uns mit Ihnen in Ihrem Kampf um die Errungenschaften des Proletariats solidarisch fühlen, in Ihrem Kampf für die internationale Gerechtigkeit, in Ihrem Kampf für die Demokratie in Deutschland, und nicht weniger für die Verteidigung der deutschen Republik und für Ihre gesunde Politik des Friedens gegen Militarismus und Faschismus. Wir hoffen, daß diese Politik der Vernunft in Deutschland, dank dem festen Willen und der wachsenden Kraft der deutschen Sozialdemokratie, siegreich bleiben wird, einem Willen, der nicht allein auf der nationalen Lage in Deutschland zugespitzt ist, sondern auch auf der internationalen Verwirrung in ganz Europa. Wir glauben, daß die allgemeine ökonomische Krise eine organische Krise des Kapitalismus ist. Sie trifft nicht allein Deutschland, sondern auch England, Amerika. Sie beweist, daß der Kapitalismus unhaltbar geworden ist. (Sehr richtig!) Neue Produktionsverhältnisse zu schaffen, ist die große Aufgabe, die wir in allen Ländern unternehmen müssen. Das ist die geschichtliche Mission des internationalen Sozialismus.

Ich schließe, indem ich den tiefsten Eindruck aller ausländischen Delegierten wiedergebe, den wir heute nachmittag gehabt haben: Hoch voran die sozialdemokratische Jugend Deutschlands! (Bravo! und Händeklatschen.) Hoch die Kämpfer von morgen, hoch diese herrlichen Buben und Mädel, die uns die Garantie geben, daß unsere Arbeit fortgesetzt wird, die große Arbeit zur Endbefreiung des Proletariats. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Wels:** Ehe ich die heutige Sitzung schließe, danke ich dem Genossen Huysman für seine herzlichen Worte und will ihm die Auffassung der deutschen Arbeiterschaft dahin zum Ausdruck bringen, daß wir uns stark und gerüstet fühlen, die Republik zu sichern und zu schützen. Wer heute den Aufmarsch des Reichsbanners, dieser Schutzformation für die Republik, erleben konnte, unter der Führung des zweiten Vorsitzenden Höltermann sah, weiß, daß es sich hier um eine Truppe handelt, die in straffster Disziplin bereit ist und für die Interessen der Republik marschiert, wenn die bürgerlichen Parteien die Republik verlassen sollten. Reichsbanner und Republik gehören zusammen, wie die Sozialdemokratie für die Republik steht und kämpft, weil sie die Republik als den Boden ansieht, auf dem sie für ihre Ideale eher zu kämpfen hat als in den Ländern der Reaktion.

So dehne ich auch meine Dankesworte von vornhin auf die Kameraden vom Reichsbanner aus. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Zum Schluß der Eröffnungssitzung tragen die Michaelschen Chöre den Männerchor: „Wo bleibt der zweite Mann?“ eindrucksvoll vor.

Schluß der Sitzung 9.15 Uhr.

Ansprachen auf dem Meßplatz

Sonntag, den 31. Mai 1931

Longuet (Paris): Ich überbringe Ihnen die Grüße der französischen Arbeiterschaft. Ihre gewaltige Demonstration zeigt die Macht der deutschen Sozialdemokratie. Euer Kampf ist auch unser Kampf. Vor einigen Tagen versammelte sich die französische Sozialdemokratie zu ihrem Parteitag in Tours. Die Debatten bewegten sich um die Probleme des Militarismus; um die Frage, wie der Völkerfrieden zu sichern sei. Sie standen unter dem Zeichen des

Kampfes gegen den Krieg. Ihre Demonstration bezeugt den Willen zum Widerstande gegen den Faschismus, die Bewegung, die unter dem Zeichen Adolf Hitlers steht. Auch wir führen den Kampf gegen den Faschismus in unserem Lande. Die Aufrüstungspolitik beherrscht die ganze Welt. Wenn nicht die Abrüstungskonferenz in Genf eine Erleichterung bringt, dann werden die nächsten Wahlen zeigen, daß das französische Volk mit den französischen Sozialisten geht. (Stürmischer Beifall.)

Austerlitz (Wien): Ich überbringe Ihnen die brüderlichen Grüße der österreichischen Arbeiterklasse. Wir verfolgen Ihren Kampf mit größter Aufmerksamkeit. Alle, die wir unter den roten Fahnen gehen, wissen, daß wir unter dem Elend dieser alten verfluchten Welt zu leiden haben. Es gilt, das erhabene Ziel des Sozialismus zu erkämpfen. Wir wissen, daß der Hauptwiderstand in Deutschland zu leisten ist. Aber wir wissen auch, und diese Demonstration bürgt dafür, daß der Kampf siegreich bestanden wird, wenn die deutsche Arbeiterschaft die Führung hat. Der Faschismus trägt in jedem Lande Firmenschilder besonderer Art. Hier Nationalsozialisten, dort Erwachende Ungarn, bei uns die Hahnenschwänzler. In Wahrheit ist ihr gemeinsames Ziel nur die Wiederherbeiführung der alten Despotie. Bewaffnen wir uns gegen die Urgewalt, die aus der Tiefe dringt.

Niemals sich beugen,
Kräftig sich zeigen!

Das ist immer unser Mahnruf gewesen. Es lebe die deutsche Sozialdemokratie.

Soukup (Prag): Ich entbiete Ihnen die Grüße der tschechoslowakischen Arbeiterschaft. Wir sind überwältigt von diesem gewaltigen Bild. Es ist das größte, das ich je im Rahmen der Sozialistischen Internationale gesehen habe. Die deutsche Sozialdemokratie wird siegen. Es lebe der Sozialismus auf der ganzen Welt!

Vandervelde (Belgien): Ich bedaure nur, daß ich zu Ihnen nicht in Ihrer Sprache sprechen kann, um Ihnen das Gefühl der Bewunderung für Ihre gewaltige Manifestation darzubringen. Ihr seid die Demarkationslinie des Kampfes gegen den Faschismus in Europa. Die deutsche Sozialdemokratie ist die größte Partei der Internationale, ja die größte Partei überhaupt. Wir kommen demnächst auf dem Internationalen Kongreß in Wien zusammen, und ich versichere Ihnen, daß wir mit vollem Herzen bei dem Kampfe der deutschen Sozialdemokraten sind. Die Sozialisten in Belgien und Frankreich sind der Überzeugung, daß Deutschland nicht länger als das Volk der Besiegten betrachtet werden darf. Es gilt, die Kriegslasten, die Reparationen gerechterweise auf die starken Schultern zu übertragen. Eine Sicherung aber insbesondere des Friedens wird nur möglich sein durch die Abrüstung in allen Staaten. So kämpfen wir für den Völkerfrieden. Es lebe die deutsche Sozialdemokratie! Es lebe die Internationale!

Ansprachen bei der Begrüßungsfeier

zum Reichsparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Liebmann (Leipzig): Genossen, Genossinnen, Freunde! Im Auftrage des Bezirksvorstandes heiße ich Sie hier heute abend herzlichst willkommen. Wir begrüßen den Parteitag, wir begrüßen die verehrten Gäste und hoffen, daß Sie von dem heutigen Abend ein angenehmes Erlebnis haben werden. Wir werden jetzt einige Gäste hören, die uns ein paar Worte der Begrüßung zu sagen haben. Als ersten hören wir den Genossen Grumbach aus Frankreich.

Grumbach (Frankreich): Verehrte Parteifreunde, Genossinnen und Genossen! Im Auftrage der Sozialistischen Partei Frankreichs, im Auftrage ihrer 100 Mann starken Parlamentsfraktion überbringe ich dem Parteitag und der hinter der deutschen Sozialdemokratischen Partei stehenden Arbeiterschaft herzliche Wünsche für ihre Kämpfe und den Ausdruck unserer tiefen Hoffnung, daß es euch trotz Not, trotz Elend, trotz aller Gewalten, die gegen euch sind, trotz aller Demagogie, ob sie nun von rechts oder von links kommt, trotz aller Probleme, die vor euch stehen, gelingen möge, diejenigen zurückzuschlagen, die sich gegenwärtig oft als die besten Verteidiger deutscher Interessen hinstellen, in Wirklichkeit aber im Auslande, insbesondere bei uns in Frankreich, demjenigen Waffen liefern, die gegen die Interessen der deutschen Arbeiter sind. (Beifall.) Ob ein anderer oder ich auf der Tribüne der französischen Kammer steht, im Kampfe für die für den Weltfrieden, für die Ruhe der Menschheit notwendigste Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland — immer sind die Waffen, die unsere Gegner gegen uns anwenden, nicht aus dem Arsenal eurer Aktion, nicht aus euren Reden und Zeitungen geholt, sondern Hitler steht auf ihren Fahnen geschrieben. Jedesmal, wenn wir um Verständnis für euer Land werben, um Verständnis für alles, was Krieg und Nachkriegszeit dem deutschen Volke auferlegt hat, jedesmal, wenn wir für die Zusammenarbeit mit euch kämpfen, jedesmal, wenn wir die Mahnung aussprechen, daß die Texte von Verträgen nichts Ewiges sein können, sondern daß wir Frieden miteinander haben müssen — jedesmal werden uns die Manifestationen eurer Völkischen, eurer Stahlhelmer, die Artikel des „Völkischen Beobachters“ entgegengehalten. Hier finden unsere Nationalisten im Kampfe gegen die Deutschen die Argumente, die sie wollen.

Um so wichtiger sind die Argumente, die uns die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft in die Hand gibt, jene Argumente, die im französischen Volke trotz alledem jenes Vertrauen für die deutsche Republik geschaffen haben, ohne das kein Friede auf die Dauer möglich sein würde. Heute mittag nach der Sitzung bin ich mit meinem Freunde Vandervelde und Huysmans auf einen Friedhof in der Richtung zum Völkerschlachtdenkmal gegangen. Nicht das Denkmal hat uns am tiefsten erschüttert, sondern ein anderes Erlebnis. Wir standen vor einem Grabe, auf dem geschrieben stand: Hier liegt unser einziger Sohn, der im Kriege gefallen ist. Dabei saßen eine alte Mutter und ein alter Vater. Der Schmerz war schon still, der Gram war schon verklungen. Aber tagtäglich gehen diese alten Leute wohl zum Grabe. Man fühlte ihre Einsamkeit und den Schmerz um den toten Sohn heraus. Wenn ich denke, daß dieser Schmerz der Schmerz von Millionen war und ist, dann kommt es mir wie ein Wahnsinn vor, daß wir überhaupt noch für den Frieden und gegen den Krieg sprechen müssen. (Stürmischer Beifall.) Was an uns liegt in Frankreich, was wir tun können, um diesen jahrhundertealten, unseligen, menschenmordenden, völkerzerstörenden Zwist zwischen den beiden Nachbarvölkern, die sich ergänzen und freundschaftlich zusammenarbeiten müßten, auszuschalten, was wir tun können, um den Ruf: Nie wieder Krieg! zur Wahrheit werden zu lassen, werden wir nicht verfehlen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Wir haben das Vertrauen, daß die deutsche Sozialdemokratie trotz Hakenkreuz und Sowjetstern schließlich mit uns in den Ozean der Vernunft, des Friedens und des wahren Sozialismus münden wird, daß auf diesem Ozean eines Tages der Kahn des europäischen Friedenswillens und der europäischen Zusammenarbeit treiben wird, daß Deutschland und Frankreich endgültig Freundschaft schließen werden, die durch keinen Sturm mehr zerstört werden kann. (Stürmischer Beifall.)

In diesem Sinne arbeiten wir, in diesem Sinne arbeitet Europa! Ich rufe euch, wie die Jungen, die gestern an uns vorübergezogen sind: zu: Freund-

schaft! Freundschaft und Vertrauen, Freundschaft in der Zusammenarbeit, Freundschaft in der Erkenntnis der Schwierigkeiten, die noch vorhanden sind und in der Erkenntnis der Hindernisse, die durch Presselügen, durch kapitalistische Wirtschaftsphänomene und durch alles, was die Vergangenheit auf unsere Schultern geladen hat, geschaffen werden. Wir wollen nicht Sklaven der Vergangenheit sein, wir wollen unsere Zukunft selber gestalten, wie es die Zehntausende von Kindern tun werden, die gestern auf den Straßen demonstriert haben. Vor 14 Tagen empfing ich zusammen mit dem Gewerkschaftsvertreter der französischen Gewerkschaften die 300 Kinder deutscher streikender Arbeiter, die wir mit den französischen Arbeitslosenkindern zusammenbringen, um in diese Kinder ein Stückchen Vertrauen an die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich hineinzupflanzen. Auch wir wollen uns sagen: Wir Alten, wir Älteren, wir Mittleren und wir Jüngeren wollen für die ganze Jugend die Zukunft in Frieden vorbereiten. In diesem Sinne: Glückauf und Freundschaft! (Stürmischer Beifall.)

Buchinger (Ungarn): Parteigenossinnen und Genossen! Ich überbringe Ihnen die herzlichsten brüderlichen Grüße des schwergeprüften ungarischen Proletariats. Ich war gestern Zeuge der erhebenden Kundgebung und hatte dabei das Gefühl, daß das deutsche Proletariat sich trotz alledem und alledem auf einer Höhe gezeigt hat, die für viele Ländern zunächst unerreichbar ist. Der Genosse Wels hat gestern in seiner Begrüßungsrede erwähnt, wie ich aufseufzte, als ich auf der Kundgebung die Internationale hörte, und wie ich ihm sagte, daß man in Ungarn in den Kerker kommen kann, wenn man dieses Lied singt. (Pfuirufe.) Ich habe gestern aber auch andere Wahrnehmungen machen können. Überall flatterten die roten Fahnen um mich, und ich finde keine Worte, um dem Schmerze Ausdruck zu geben, der mich überkommt, wenn ich die Mitteilung machen muß, daß es in Ungarn vorkommt, daß Arbeiterfrauen durch Gendarmen aus den Versammlungslokalen hinausgewiesen werden, wenn sie rote Kleider tragen. (Bewegung.)

Genossen, ich habe auch beobachtet, daß die deutschen Arbeiter entsprechend den sehr schweren Zeiten recht bescheidene Kleidung tragen, aber zu uns in Budapest, das über eine Million Einwohner hat, kommen die Arbeiter bloßfüßig und die Frauen in Fetzen und Lumpen gekleidet in die Versammlungen. Ich weiß ganz genau, Genossinnen und Genossen, daß Ihnen in dieser schweren Zeit die sozialen Leistungen gekürzt werden und daß Sie auch sonst allerlei zu erdulden haben, in Ungarn jedoch gibt es auch bei dieser Massenarbeitslosigkeit keine, verstehen Sie wohl: gar keine Arbeitslosenunterstützung! (Bewegung.) Ich kenne die politischen Zustände in ihrem Lande, ich weiß, wieviel Sie durch die unverschämten Provokationen Ihrer Gegner, zum Beispiel der Nazis, zu leiden haben, aber bei uns in Ungarn sitzt diese Sorte von Leuten in allen Ämtern und auf den Ministerbänken! So schwer wirkt sich immer noch die Katastrophe aus, die das ungarische Proletariat vor mehr als einem Jahrzehnt über sich ergehen lassen mußte.

Ich möchte Sie bitten, Genossen, es nicht als das Kompliment eines Gastes hinzunehmen, sondern als wirkliche Tatsache, wenn ich sage, daß wir, wenn wir das ungarische Proletariat, ganz besonders die jüngere Generation, aufrichten und in seinem Glauben an den Sozialismus stärken wollen, ihm die ruhmreiche Geschichte der deutschen Sozialdemokratie erzählen. (Bravo!) Dann erzählen wir unserem Proletariat von den schweren Zeiten des Bismarckschen Ausnahmegesetzes, dann erzählen wir ihm davon, daß es in der deutschen Sozialdemokratie immer glänzende geistige Kämpfe gegeben hat, dann erzählen wir ihm, daß die Kämpfe des deutschen Proletariats in diesem letzten Jahrzehnt trotz alledem geeignet sind, die deutsche Sozialdemokratie auch weiter als das zu betrachten, was sie in der Internationale stets gewesen ist und hoffentlich auch bleiben wird: als die Lehrmeisterin der internationalen sozialdemokratischen Parteien. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir sind der festen Überzeugung, daß trotz der schweren Zeit die deutsche Sozialdemokratie die Schlüsselstellung an der Front des internationalen Sozialismus auch in Zukunft behaupten wird, daß sie beitragen wird zum Siege des deutschen Proletariats und des Proletariats der ganzen Internationale. (Lebhafter Beifall.)

Dan, Rußland (herzlich begrüßt): Genossinnen und Genossen! Es gereicht mir zur ganz besonderen Freude, Sie aus Anlaß eines Sozialdemokratischen Parteitages hier in Leipzig begrüßen zu können, denn ich verdanke gerade einem sozialdemokratischen Parteitag, der vor neun Jahren in Leipzig tagte, meine Freiheit, ja vielleicht auch mein Leben, so sonderbar das klingen mag. Es war im Januar 1922, als ich mit vielen sozialdemokratischen Genossen von den Bolschewisten in Moskau eingekerkert worden war, wobei man uns erklärte, daß wir nun auf Jahre hinaus ins Gefängnis und in die Verbannung wandern müßten. Damals protestierten wir gegen dieses Urteil durch einen Hungerstreik. Gerade in die Zeit dieses Hungerstreiks fiel der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Nur durch den heftigen Protest dieses Parteitages und sein Eingreifen zu unseren Gunsten wurde ich mit meinen Genossen aus dem Gefängnis befreit, und es wurde uns gestattet, statt nach Sibirien nach Deutschland abzureisen. (Hört! Hört! und Heiterkeit.) Es war damals die Zeit, als das verblendete, aber doch revolutionäre russische Proletariat noch nicht so geknebelt war wie heute; es war die Zeit, als die russische Arbeiterklasse noch mitsprechen konnte und als die Bolschewisten gezwungen waren, der öffentlichen Meinung der Arbeiterschaft in den westeuropäischen Ländern in weitem Umfange Rechnung zu tragen. Es war die Zeit, als die Bolschewisten noch auf die Stimme der europäischen Arbeiterklasse hörten, als noch keine kapitalistischen Delegationen und Deputationen nach Moskau wanderten (Sehr gut!), als es noch kein Bündnis zwischen Stalin einerseits, Mussolini und Kemal Pascha anderseits gab. (Heiterkeit und Rufe: Sehr wahr!)

Wir Sozialdemokraten setzen nach wie vor alle unsere Hoffnungen auf die Rettung der russischen Revolution von der ihr drohenden konterrevolutionären Gefahr, auf die Fortschritte der europäischen Arbeiterschaft und vor allem der deutschen Arbeiterschaft. In ihrem Siege sehen wir die Gewähr dafür, daß auch in Rußland trotz des jetzigen kläglichen Zusammenbruchs die Revolution erhalten bleiben wird.

Als ich gestern sah, wie stundenlang Reihe um Reihe kräftige jugendliche mutige Leute mit leuchtenden Augen, mit wehenden Fahnen und klingendem Spiel, trotz Gewitter und Regen durch die Straßen Leipzigs schritten, da habe ich mir gesagt: unsere Hoffnung wird uns nicht trügen, nach dem Unwetter des Kapitalismus wird die Sonne des menschlichen Glückes, wird die Sonne des Sozialismus aufgehen, und die Strahlen dieser Sonne werden, wenn nicht uns, so diese junge Generation, auf die die deutschen Arbeiter, auf die wir alle stolz sein können, beleuchten. Erst wenn die Sonne des Sozialismus in den fortgeschrittenen Ländern aufgeht, wird sie mit ihren Strahlen auch unser Land, auch unsere revolutionäre, aber unglückliche Heimat beleuchten.

Ja, Genossinnen und Genossen, die Sonne des Sozialismus wird nach dem Unwetter des Kapitalismus aufgehen; aber diese Sonne, die Sonne des Menschenglücks, ist keine Naturgabe, sie muß erkämpft werden, erkämpft durch die harten Arbeiterhände, erkämpft durch die heiße Glut der Herzen, erkämpft aber auch durch den kühlen, zielbewußten Klassenverstand. Alle diese Eigenschaften vereinigt in sich die deutsche Sozialdemokratie, und das gibt uns die Zuversicht, daß die deutsche Sozialdemokratie wie bisher so auch weiterhin sein wird: die Vorkämpferin der Menschheit im Kampfe um das Glück, im Kampfe um den Sozialismus. Wenn wir die deutsche Sozialdemokratie hochleben lassen, so gelten unsere Grüße vor allem dieser aufgehenden Sonne des Sozialismus. In diesem Sinne lebe hoch die deutsche, lebe hoch die internationale Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Heller (Tschechoslowakei): Genossinnen und Genossen! Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Ihnen namens der deutschen Arbeiter und Angestellten der Tschechoslowakei die herzlichsten Grüße zu übermitteln. An den Rändern Bayerns, Sachsens und Schlesiens leben bei uns 3½ Millionen Deutsche, die in ihrer Sprache, in ihrer Kultur, ihren Sitten, vor allem aber auch in ihren wirtschaftlichen Lebensbedingungen vollständig den angrenzenden Bewohnern Deutschlands gleichen. Aus dieser Gleichheit der Sprache, Sitte und Kultur gehen die gleichen politischen Verhältnisse hervor. So wie Sie haben auch wir deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei die gleichen politischen Gegner: Deutschnationale, Klerikale, Wirtschaftspartei, Kommunisten und selbstverständlich auch Nationalsozialisten, denen besonders in der letzten Zeit die bürgerliche Jugend, die bürgerliche Intelligenz in ihrem politischen Unverstand in Scharen zuläuft. Bei uns sind die Nationalsozialisten kein so gefährlicher Feind wie bei Ihnen; denn in unserem Lande wird die Glut nationalistischer Empörung ein wenig gedämpft durch die Furcht vor tschechoslowakischen Bajonetten. Aber wir wissen, daß ein Sieg des Nationalsozialismus hierzulande auch für uns die traurigsten Folgen hätte, und aus diesem Bewußtsein, aus der engen Nachbarschaft, der innigen Verbundenheit, mit der unsere Völker und Arbeiter persönlich und politisch mit den Arbeitern Deutschlands leben, geht selbstverständlich ein ganz besonderes Verständnis, eine ganz besondere Anteilnahme der deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakei an den Verhältnissen und Begebenheiten im Deutschen Reiche, vor allem aber an dem Schicksal der Deutschen Sozialdemokratischen Partei hervor.

Genossinnen und Genossen! Wir haben schwere Zeiten durchgemacht. Wir, die wir in der Schule Viktor Adlers aufgewachsen sind, mußten nach dem Umsturze Jahre hindurch eine Politik treiben im Gegensatz zu unseren tschechischen Genossen. Das war schwer; denn in niemand — ich kann das ruhig sagen — lebt ein stärkerer Geist des Internationalismus als in den deutschen Arbeitern der Tschechoslowakei. Es war eine schwere Aufgabe für uns, Jahre hindurch auf der einen Seite der Barrikaden stehen zu müssen und unsere tschechischen Genossen auf der anderen Seite der Barrikaden zu wissen. Aber diese Zeit ist jetzt vorüber. (Bravo!) Seit fünf Jahren gehen deutsche und tschechische Proletarier, deutsche und tschechische Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei, Hand in Hand im Parlament, und draußen in den Versammlungen veranstalten wir unsere Maikundgebungen gemeinsam und gehen vollständig miteinander. (Lebhafter Beifall.) Genosse Huysmans weiß ein Lied von den Schwierigkeiten, die wir haben überwinden müssen, zu singen; denn er war ja auch einmal bei uns. Aber seit eineinhalb Jahren sitzen deutsche und tschechische Sozialdemokraten gemeinsam in der Regierung der Tschechoslowakei. Was an uns liegen wird, werden wir tun, sowohl in der Regierung wie außerhalb der Regierung oder in der Opposition. Wir wollen ohne Not die Macht, die wir heute in unserem Lande ausüben können, nicht aus der Hand geben. (Bravo!) Aber wir wissen, was es bedeutet, daß an den Grenzen dieses Staates Sozialdemokraten ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben, und dieser Gedanke ist für alle unsere Entschlüsse mitbestimmend.

Unsere Politik machen wir gemeinsam mit unseren tschechischen Genossen und ohne Rücksicht auf das Bürgertum, das bei uns wie bei Ihnen restlos der Reaktion verfallen ist. Aus dieser unmittelbaren Anschauung Ihrer Verhältnisse, aus diesem, ich möchte sagen Über-den-Zaun-Gucken, wie wir es Ihnen gegenüber jeden Tag tun können, aus dieser räumlichen Nachbarschaft geht unsere ganz besondere Verbundenheit hervor.

Wir haben gestern hier in Leipzig einen herrlichen Tag verlebt. Wir wissen, daß mit uns in Deutschland die proletarische Jugend ist. Wie bei Ihnen, so ist es auch bei uns. Auch wir haben im letzten Monat an vielen Orten unserer Republik Jugendveranstaltungen gehabt, die gleichfalls gezeigt haben, daß die deutsche Arbeiterjugend der Tschechoslowakei im Lager der Sozialdemokraten steht. (Lebhaftes Bravo!) An dieser Jugend, die verbunden ist mit den alten, erfahrenen Genossen, werden alle Anschläge der Reaktion, mögen sie sich wie immer nennen, scheitern; an dieser Jugend und an dem Kampfgeist, dem Kampfeswillen der Sozialdemokratischen Partei wird die Reaktion aller Länder zerschellen und zerstieben. (Stürmischer Beifall.)

Hansen, Dänemark (stürmisch begrüßt): Im Auftrage der Dänischen Sozialdemokratischen Partei und im Namen der dänischen Parteifreunde überbringe ich der deutschen Bruderorganisation zu ihrem bedeutungsvollen Parteitag unsere herzlichsten Grüße. Wir geben dem Wunsche Ausdruck, daß es Ihnen gelingen möge, Beschlüsse zu fassen und Richtlinien aufzustellen, die für Ihre Partei von Erfolg und auch von Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung sein werden. Wir sind nicht im geringsten darüber im Zweifel, mit welchen Schwierigkeiten Sie zu kämpfen haben. Aber jeder, dem ernstlich an der internationalen Arbeiterbewegung in Zukunft gelegen ist, muß der deutschen Bruderorganisation den besten Erfolg in ihrer Arbeit und in diesem Kampfe wünschen. Wie unser Parteigenosse, der jetzige Staatsminister Stauning, 1927 in Kiel sagte, wollen wir friedlich und freundschaftlich als Nachbarvölker nebeneinander leben, um den Chauvinisten nicht das Bild von Gegnern zu bieten, was sie so gern ausnutzen möchten.

Wir haben bei den letzten Wahlen in Dänemark 42 Prozent sämtlicher abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokratische Partei vereinigen können. (Bravo! und Händeklatschen.) Dadurch haben wir mit den sogenannten Radikalen oder Demokraten eine Koalitionsregierung bilden können. Diese Regierung ist jetzt unter Führung unseres Parteigenossen Stauning dabei, das wieder aufzurichten, was die frühere reaktionäre Regierung der Arbeiterklasse zerstört hat. Wir stehen im Begriff, die Reformvorschläge zum Schutz der Arbeitslosen, zur Verbesserung der Invaliden- und Altersrentenempfänger, zur Inangriffnahme der bedeutungsvollen großen öffentlichen Wegearbeiten durchzusetzen. Wir versuchen, das Siedlungswesen zum Vorteil der Landarbeiter auszunutzen. Alle diese Pläne sollen zum Vorteil der Arbeiterklasse in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Ich erwähne noch den Vorschlag der Regierung, die Militärordnung vollständig zu verändern, die verhältnismäßig teuer und nutzlos ist, und abzurüsten. (Händeklatschen.) Denn die beste Ordnung zur Bewahrung des Friedens ist und bleibt die Abrüstung. (Anhaltender Beifall.)

In unserer Verfassung ist ein Folkething und ein Landsthing, d. h. ein Reichstag und ein Landtag vorgesehen. Unsere Regierung hat die Mehrheit im Reichstag, aber nicht im Landtag. Das hat zur Folge, daß sie nicht alles durchführen kann, was sie möchte. Deshalb besteht auch innerhalb der Arbeiterkreise eine gewisse Unruhe. Besonders schlimm ist, daß unsere politischen Gegner diese Unzufriedenheit auszunutzen versuchen, um unsere Regierung möglichst wieder zu stürzen. Wir müssen das verhindern und werden es verhindern können, wenn die Einigkeit der Arbeiterklasse gewahrt wird. In diesem Sinne möchte ich auch hier der Hoffnung Ausdruck geben, daß bei Ihnen in Deutschland die Einigkeit der Arbeiterklasse unter Führung der deutschen Sozialdemokratie zur die deutsche Sozialdemokratie und für die internationale Sozialdemokratie erhalten bleiben möge. (Bravo! und Händeklatschen.)

Gustav Möller (Schweden): Genossinnen und Genossen! Ich habe die Ehre, Ihnen Grüße aus dem hohen Norden zu bringen. Ich wollte Ihnen eigentlich eine kleine Geschichte von Odalen erzählen, unterlasse es aber aus Zeitmangel. Jedenfalls sind Ihre Sorgen so viel größer als unsere, daß sie gar nicht zu vergleichen sind. Nach meiner innersten Überzeugung gibt es eine Aufgabe, die alle anderen weit überragt, und das ist die Verteidigung der demokratischen Republik gegen Angriffe von rechts und links. Was die deutsche Sozialdemokratie in dieser Richtung tut, ist nicht nur für Deutschland von allergrößter Bedeutung, sondern für die ganze Welt, weil das gleichzeitig eine Arbeit für die Bewahrung des Völkerfriedens ist. Deshalb hoffe ich, daß Ihnen Erfolge in dieser Richtung beschieden sein mögen, und daß nicht Streitigkeiten über taktische Fragen die Deutsche Republik aufs Spiel setzen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Erster Verhandlungstag

Montag, den 1. Juni 1931, 9 Uhr

Vorsitzender **Lipinski**: Ich eröffne die Sitzung des Parteitages. Zunächst habe ich einige Begrüßungsschreiben zu verlesen. Zunächst ist vom Jugendtag in Falkensee (Osthavelland) ein Begrüßungsschreiben eingegangen. Ferner begrüßt die litauische sozialdemokratische Emigration den diesjährigen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie und entsendet ihren Wunsch, daß diese Tagung der mächtigsten sozialdemokratischen Partei der Welt im Geiste der Solidarität und Entschlossenheit verlaufen möge und die gegenwärtigen Lebensaufgaben der deutschen Arbeiterschaft helfen möge zu lösen. Da die litauische Sozialdemokratie eine blutige faschistische Diktatur im Lande zu bekämpfen hat, weiß sie sehr wohl die Vorteile der demokratischen Staatsform für den Aufbau des Sozialismus, aber auch die Notwendigkeit des einheitlichen und energischen Vorstoßes der Arbeiterschaft gegenüber einer faschistischen Gefahr zu würdigen. Die litauische Sozialdemokratie entsendet aus faschistischen Gefängnissen ihren brüderlichen Gruß der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft und zugleich die Versicherung, daß der Kampf der deutschen sozialistischen Demokratie gegen den Faschismus zugleich dazu beitragen werde, der faschistischen Herrschaft im benachbarten Litauen ein Ende zu bereiten. Die bulgarische Sozialdemokratie sendet einen ähnlichen Gruß an den Parteitag. Ferner die Sozialdemokratie Georgiens und die Sozialdemokratische Partei Estlands.

Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse

Tarnow (Berlin): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Wir haben gestern die gewaltige Demonstration der arbeitenden Massen — um mit den gestrigen Worten des Genossen Wels zu reden — als eine Feierstunde erlebt, mit dem Gefühl festlicher Erhebung und stolzer Freude. Aber wer unter uns hätte nicht beim Anblick dieser Massen auch ein Gefühl tiefer Rührung empfunden! (Sehr richtig!) Denn im Geiste sahen wir alle unter diesen eine übermächtige, unheimliche Erscheinung: das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Es war bei unseren Massen, und wenn sich hier und da an den Straßenecken Gruppen gebildet hatten, auch Proletarier, aber nicht mit im Takte der Demonstration, die Gesichter von Leidenschaft und Haß gegen uns verzerrt: Auch hinter diesen armen Teufeln stand das Gespenst der Arbeitslosigkeit. (Sehr wahr!) Und wenn am 14. September dieses Gespenst nicht neben der Wahlurne gestanden hätte, dann würde auch dieser Tag in der Geschichte Deutschlands ein anderes Gesicht bekommen haben.

Fast 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland, 20 Millionen in der kapitalistisch-zivilisierten Welt! Mit ihren Angehörigen zusammen eine der größten Nationen auf dem Erdball, ein riesengroßes Volk, losgelöst von der Versorgungsexistenz!

Parteigenossen, wir wissen, daß solche Krisen natürliche Erscheinungen des kapitalistischen Systems sind, aber wir wissen auch, daß es keine Naturkatastrophen sind, daß diese periodischen Hungersnöte, die die kapitalistische Wirtschaft über die Menschen ausgießt, nicht auf ein Versagen der Natur zurückzuführen sind. Nein, die Abhängigkeit von der Natur haben wir überwunden. Die älteren Generationen waren immer von der Sorge erfüllt, daß der Nahrungsspielraum auf unserem Erdball nicht ausreichen würde, wenn die Bevölkerung immer zahlreicher würde. Aus dieser Sorge sind wir längst befreit. So zahlreich die Menschen sich auch vermehrt haben, die Versorgungsmöglichkeiten sind immer noch schneller gewachsen als die Bevölkerungszahl. Die Natur ist gebändigt, aber was die Menschen noch nicht gelernt haben, ist die Bändigung auch der Wirtschaft, die Herstellung einer vernünftigen Wirtschaftsordnung.

Parteigenossen! Die Aufgabe durchzuführen, das ist unsere historische Mission. Wir klagen das kapitalistische System an! Im Reichstag hat kürzlich mal der Führer der Deutschen Volkspartei, Herr Dingeldey, diese Anklage mit der Bemerkung zurückgewiesen, das kapitalistische System habe innerhalb eines Jahrhunderts für viermal mehr Menschen eine viermal bessere Versorgung erzielt. Über diese Größenanordnung will ich nicht streiten. Wir wollen anerkennen, daß in der kapitalistischen Zeitepoche die Produktivität und der Reichtum der Gesellschaft schneller gewachsen sind als in irgendeiner früheren Periode. Aber die Differenz zwischen den Versorgungsmöglichkeiten und der tatsächlichen Versorgung der Menschheit ist in der kapitalistischen Wirtschaft ebenfalls unausgesetzt gewachsen, und deswegen klagen wir an.

Wir klagen die kapitalistische Wirtschaft an, daß sie aus der Vernunft der Produktivität den Unsinn der Wirtschaftskrise, aus der Wohltat des Reichtums die Plage der Entbehrung macht. Wir klagen sie an, daß sie an gefüllten Scheuern die Massen hungern läßt. Wenn nur halb soviel Energie auf die Verteilung dessen, was produziert wird, verwandt worden wäre wie auf die Produktion und ihre Steigerung, dann hätte die soziale Frage längst aufgehört, noch ein Problem zu sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen! Wenn wir die wesentlichsten Erscheinungen der Krise ins Auge fassen, dann müssen wir sagen, daß die wichtigste Erscheinung neben der furchtbaren Arbeitslosigkeit die außerordentliche und sprunghafte Steigerung der Produktivität der Wirtschaft ist. Der Krieg hat den glänzendsten Beweis dafür erbracht, daß die Produktivität der modernen Wirtschaft überhaupt keine Grenze kennt, daß sie die erstaunlichsten Sprünge machen kann, wenn nur von der Bedarfsseite her der Stachel angesetzt wird. Aber es ist ja das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft, nicht daß Bedarf schlechthin, sondern daß ein zahlungsfähiger Bedarf da sein muß, damit produziert werden kann. Wenn ein solcher Bedarf da ist, auch wenn er sich noch so sprunghaft steigert, dann wird die Produktion damit auch immer fertig. Das haben der Krieg und die erste Nachkriegszeit schlagend bewiesen. In der kapitalistischen Gesellschaft gibt es keine zahlungsfähigere Kundschaft als die Generale der Armeen. Was sie anforderten, wurde geliefert. Rüstungsindustrien wurden in aller Welt aus dem Boden gestampft. Technische Probleme wurden auf militärische Kommandos über Nacht gelöst. Ödländereien verwandelten sich plötzlich in Kulturland, und wo der arbeitende Mensch millionenweise in die Schützengräben zog, trat die Arbeitsmaschine in die ökonomische Front hinein. Alles zunächst für den gefräßigen Bauch des Krieges. Als dieser Bedarf nach Kriegsschluß aufhörte, entstand ein neuer Bedarf. Die Millionen Soldaten mußten wieder in zivile Bürger umgewandelt werden, die Industrien mußten von der Kriegsproduktion auf die Friedensproduktion umgestellt werden. Die Produktion dehnte sich weiter aus, bis auch diese einmalige Bedarf befriedigt war. Dann blieb nur noch der Bedarf der armen Teufel, die aus sozialer Not ein Recht zu haben glauben, die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu fordern. Den zu befriedigen, ist aber nicht der Sinn der kapitalistischen Wirtschaft. Jetzt war zuviel Produktion da, jetzt sollte die Produktion nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft eingeschränkt werden. Aber man kann die produktiven Kräfte zwar leicht entfesseln, man kann sie jedoch nicht ebenso leicht wieder in die Fesseln schlagen. Die produktiven Kräfte sind eben noch ungebärdiger als der Zauberbesen in der Goetheschen Ballade. Sie gehorchen nicht einmal der

Beschwörungsformel des kapitalistischen Zaubermeisters: In die Ecke Besen —, Besen sei's gewesen! Nein, der Besen folgte dieser Aufforderung nicht. Die Lebensmittel wuchsen weiter in einer Fülle, als ob es darauf ankäme, alle Menschen satt zu machen und nicht nur diejenigen, die zahlen können. Die Rohstoffe quollen weiter, die verarbeitenden Kräfte wuchsen weiter, als ob es nötig wäre, allen Bedarf der Menschen an allen Lebensgütern zu befriedigen. Als ob so etwas der Sinn der kapitalistischen Wirtschaft sein könnte. Er ist es nicht.

Parteigenossen! Es ist ganz unmöglich, eine auch nur einigermaßen zulängliche Darstellung von der Totalität dieser Erscheinungen zu geben. Wo man hineinpackt in die Produktionswirtschaft, überall ist es interessant, überall stößt man auf Ausdehnung und Leistungssteigerung. Es sind erst einige Jahre her, daß der bekannte Professor Werner Sombart auf einer Tagung des Vereins für Sozialpolitik die auch damals schon sehr verblüffende These aufstellte, das Tempo in der Entwicklung der Produktivität sei in seinem Höhepunkt bereits überschritten, es zeige sich bereits in der großen Entwicklungslinie ein Nachlassen der Produktivität, und es sei das Schicksal der Zukunft, daß sich die Produktivitätssteigerung in dem bisherigen Tempo gar nicht mehr fortsetzen lasse. Warum? Er folgerte das aus der natürlichen Beschränkung der Rohstoffe, und er wies auf die Statistik der Kohlenförderung hin, die seine Behauptung in der Tat zu beweisen schien. In den letzten drei Jahrzehnten vor dem Kriege ist in jedem Jahre die Weltkohlenförderung um 4 Prozent gestiegen, in der ganzen Zeit von 1913 bis 1928 aber insgesamt nur um 4 Prozent. Also, wenn auch noch ein Zuwachs, so aber doch bereits ein starkes Nachlassen im Tempo. Das ist eine so verblüffende Erscheinung, daß es sich lohnt, die wirklichen Vorgänge, die dahinter stehen, etwas näher kennen zu lernen.

Wenn Herr Sombart neben seiner Statistik auch einen Blick auf die Wirklichkeit geworfen hätte, dann würde er nämlich bald erkannt haben, daß seine Statistik ihn belügt. Sie belügt ihn nicht insofern, als die Zahlen etwa falsch wären, aber sagt ihm nicht, daß eine Tonne Kohle von heute doppelt so schwer wiegt wie eine Tonne Kohle vom Jahre 1913, nämlich dann, wenn man die Ausnutzung der Kohle wiegt. Es ist sogar noch etwas mehr als doppelt so viel. Nach den Feststellungen des deutschen Enqueteausschusses gebrauchte man zur Erzeugung von 10 Kilowattstunden Elektrizität im Jahre 1913 10½ bis 11 Kilogramm Kohle, im Jahre 1927 nur noch 5½. (Hört! Hört!)

Ähnlich sind die Ziffern in den Vereinigten Staaten von 32 auf 17½ englische Pfund gesunken. In der englischen Elektrizitätserzeugung sind 1929 9½ Millionen Tonnen Kohlen verbraucht worden. Noch im Jahre 1921 hätte man für den gleichen Zweck 14½ Millionen Tonnen verfeuern müssen. In den Vereinigten Staaten ist auf den Eisenbahnen von 1921 bis 1927 der Kohlenverbrauch je Tonnen-Kilometer um 19 Prozent gesenkt worden, in Deutschland von 1913 bis 1928 um 19,3 Prozent.

Die ungeheure Kohlenverschwendung unter zahllosen Dampfkesseln ist eingeschränkt worden durch die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft. Dazu kommt die gewaltige Ausdehnung der Erdölproduktion von 53 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 184 Millionen im Jahre 1928. Die Tatsache, daß seit der Vorkriegszeit rund 40 Prozent der Weltwirtschaftstonnage auf Ölfeuerung umgestellt ist, bedeutet für den Kohlenverbrauch einen Ausfall von 42 Millionen englische Tonnen jährlich. Schließlich auch noch der Ausbau der Wasserkräfte. Italien z. B. hat vor dem Krieg 10½ Millionen Tonnen englische Kohle eingeführt und erspart heute davon 9 Millionen Tonnen durch den Ausbau seiner Wasserkräfte.

In den Vereinigten Staaten hat sich die landwirtschaftliche Bevölkerung von 1909 bis 1928 um 4 Millionen vermindert, während die Ackerfläche um 18 Prozent vergrößert worden ist, und der Produktionsertrag je Beschäftigten um 30 Prozent gestiegen ist. Man begreift diese Entwicklung an der Tatsache, daß

dort die Zahl der Traktoren von 80 000 im Jahre 1918 auf 852 000 im Jahre 1929 angestiegen ist. Noch viel bedeutsamer und revolutionärer für die Getreidewirtschaft der ganzen Welt ist der Siegeszug des Mähdreschers, der die landwirtschaftlichen Großbetriebe in industrielle Getreidefabriken verwandelt. In den Vereinigten Staaten gab es 5000 Mähdrescher im Jahre 1921 und 37 000 im Jahre 1929, in Westkanada zählte man 1922 erst zwei, 1929 bereits 7255 solcher Maschinen. In Argentinien bewältigt der Mähdrescher heute schon 30 Prozent der gesamten Weizenfläche. Der Aufwand an menschlicher Arbeitskraft ist beim Mähdrescher gegenüber den besten anderen Erntemaschinen auf ein Sechstel reduziert, die Erntekosten sind dabei auf 45 Prozent der früheren gesunken. Man hat in Nordamerika eine Weizensorte gezüchtet, die fast zwei Wochen schneller reift. Das bedeutet einen gewaltigen Zuwachs an Anbaufläche in solchen Gegenden, für die bisher die Reifezeit nicht ausreichte. In Java ist durch die Verbesserung der Sortenwahl innerhalb von zwei Jahren auf der gleichen Fläche der Zuckerertrag um 50 Prozent erhöht worden. Das Resultat: Die Weltzuckerproduktion ist gegenüber 1923 von 18,8 auf 27,5 Millionen Tonnen gestiegen.

Nach den amtlichen Angaben des Handelsamtes der Vereinigten Staaten ist in den Fabrikbetrieben der Arbeitsertrag je Arbeiter von 1919 bis 1929 um 45 Prozent gestiegen. Obwohl die Gesamtproduktion in den statistisch erfaßten Betrieben um 36 Prozent gewachsen ist, hat sich die Arbeiterzahl von 9 Millionen auf 8,1 Millionen vermindert. Im Bergbau ist die Arbeitsleistung um 40 Prozent gestiegen, die Belegschaft um 7 Prozent zurückgegangen. Bei den Eisenbahnen insgesamt ist trotz größerer Verkehrszahlen die Belegschaft um 15 Prozent zurückgegangen.

Solche gewaltigen Sprünge der Produktivität haben längst aufgehört, spezifisch amerikanische Wirtschaftswunder zu sein. Sie vollziehen sich überall in der Welt und nirgends so amerikanisch wie in Deutschland. Ein Beispiel aus dem Enquete-Bericht über die deutsche Eisenindustrie:

„Die Thyssenhütte in Hamborn erzeugte früher 75 000 Tonnen Stahl und hatte 10 000 Arbeiter; heute stellt sie 170 000 Tonnen her und hat 9900 Arbeiter. Der Hörder Verein machte 40 000 Tonnen und hatte 9600 Arbeiter; er macht heute 85- bis 90 000 Tonnen und hat 5700 Arbeiter." (Hört! Hört!)

In den letzten Wochen hat das Institut für Konjunkturforschung ein Sonderheft über die industrielle Produktion in Deutschland herausgegeben. Auch dort findet man zahlreiche ähnliche Einzelbeispiele. In den Deutschen Kalksteinwerken war die Beschäftigungsziffer in den Jahren 1924, 1926 und 1929 mit rund 14 000 die gleiche. Die Produktion war 1926 um 31 Prozent, 1929 um 88 Prozent größer als 1924. (Hört! Hört!) In den Zementfabriken wurde 1929 eine größere Produktion erreicht als 1913, obwohl die Belegschaftsziffer um 40 Prozent niedriger und die Arbeitszeit kürzer war. (Hört! Hört!) In den Kokereien ist von 1926 bis 1929 die Belegschaftsziffer von 20 000 auf 19 300 zurückgegangen, die Menge der verkokten Steinkohle um rund 50 Prozent gestiegen.

In den Braunkohlenbrikettfabriken hat sich von 1913 bis 1929 die Belegschaftsziffer um 50 Prozent, die Produktionsziffer um annähernd 100 Prozent vergrößert. In den gesamten Hochöfen- und Stahlwerken des heutigen Reichsgebietes hat sich von 1913 bis 1929 die Belegschaftsziffer von 27 000 auf 21 000 vermindert, die Roheisenerzeugung ist von 750 000 auf über 1 Million Tonnen vermehrt worden. (Hört! Hört!) In den Flußstahlwerken ist die Belegschaft von 32 400 auf 30 800 zurückgegangen, die Erzeugung von 11,8 auf über 16 Millionen Tonnen gestiegen. (Hört! Hört!)

Diese Aufzählung könnte noch sehr lange fortgesetzt werden, und auch dann wäre es nur erst ein Bruchteil der Wirklichkeit. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Zentralen Unternehmervereinigung in den Vereinigten Staaten hat die gegenwärtigen Verhältnisse folgendermaßen gekennzeichnet:

„Eine Entwicklung, die im 19. Jahrhundert Jahrzehnte gebraucht hätte, kann heute in einem einzigen Jahre oder in wenigen Jahren zurückgelegt werden." (Sehr gut!) Das heißt also, daß die Versorgung der Menschen und der allgemeine Lebensstandard heute in einem Jahre um ebensoviel verbessert werden könnte als früher in Jahrzehnten. Welch eine glänzende Perspektive unter einer vernünftigen Wirtschaftsordnung, welch ein Hohn auf die Zivilisation und die menschliche Vernunft, wenn man sich ansieht, was die kapitalistische Wirtschaftsordnung daraus gemacht hat. (Stürmische Zustimmung.)

Zu den allerletzten, denen diese Erkenntnis aufgehen wird, werden sicher einige deutsche Professoren der Nationalökonomie gehören. (Sehr wahr! und Heiterkeit) Auf der letzten Tagung des Vereins für Sozialpolitik im vergangenen Jahre in Königsberg, schon mitten in dem Elend der Krise, hat der Münchner Professor Adolf Weber folgendes Bekenntnis abgelegt, und er hat es im Druck seines Vortrages noch als besonders bedeutungsvoll unterstrichen:

„Weder die Erfahrung noch die theoretische Überlegung geben uns auch nur den mindesten Anhalt dafür, daß sich eine Wirtschaftsordnung denken läßt, in der besser und nachhaltiger für die Steigerung des Realeinkommens der Arbeitenden in der Gesellschaft gesorgt werden kann als in der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaft möglich ist."

(Große Heiterkeit und Rufe: Hört! Hört!) Die Arbeitermassen, und ich glaube, darüber hinaus die Massen des Volkes haben darüber eine ganz andere Auffassung, und wenn sie mit ihrer Auffassung auch nicht alle Professoren für sich haben können, so sicher die Logik des gesunden Menschenverstandes. (Sehr gut!) Beides zusammen kann man nicht immer für sich haben. (Erneute Rufe: Sehr gut! und Heiterkeit.)

Die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege. Die Tatsachen der produktiven Entwicklung in der Wirtschaft stehen in einem schroffen Gegensatz zu den unausgesetzten Klagen des Unternehmertums über den Rückgang der Wirtschaft, über die Unmöglichkeit, die Wirtschaft wieder auf die Beine zu bringen. Sie wissen ja: das verruchte „marxistische System" hat das alles verhindert, die hohen Steuern, die hohe Sozialbelastung, der Achtstundentag, die hohen Löhne und die Zwangstarife. Das alles — so haben wir es wenigstens immer gehört — war eine Strangulierung der Wirtschaft, und darunter soll eine wirtschaftliche Fortentwicklung nicht möglich gewesen sein.

Nun, unmittelbar nach dem Kriege konnte einen allerdings das Grauen überkommen, wenn man an die Zukunft dachte und in die Verhältnisse hineinsah.

Der Krieg hatte furchtbare Zerstörungen mit sich gebracht. Der Produktionsapparat war ruiniert, die Rohstofflager, die Warenlager und Lebensmittelvorräte waren wie ausgekehrt, das Kapital, das in der Volkswirtschaft notwendig ist, war zum größten Teil vernichtet. Dazu kam die moralische und politische Isolierung des deutschen Volkes, die eine Isolierung von den Hilfsmitteln und den Kräften der Weltwirtschaft bedeutete.

Der Krieg war letzten Endes darum geführt worden, daß der Konkurrent auf dem Weltmarkte vernichtet werden sollte. Nach der nationalistischen Moralanschauung, die in allen Ländern dieselbe ist, hat derjenige, der den Krieg verliert, das Schicksal zu tragen, das ihm der Sieger auferlegt. Wir hatten also in dieser Situation zu erwarten, daß Deutschland in der Tat als wirtschaftliche Großmacht ausgetilgt würde, daß die Sieger ihm nicht gestatten würden, wieder in seine weltwirtschaftliche Position hineinzukommen. Es gehörte ein ungeheurer Mut dazu, unter dieser Perspektive die Führung des deutschen Volkes zu übernehmen; ein ungeheuer entwickeltes Verantwortungsbewußtsein. Es ist das Verdienst unserer Partei, diesen Mut aufgebracht und damit das deutsche Volk gerettet zu haben (lebhafte Zustimmung), damit auch wieder die

Existenzgrundlage für die deutsche Wirtschaft hergestellt zu haben. (Sehr wahr!) Es ist eine unerhörte Heuchelei, wenn die Kreise, die damals zunächst in den Mauselöchern saßen und sich nicht hervorwagten, nachher, als sie die Toleranz der Republik begriffen hatten, aus ihren Kellern hervorkrochen und in das Rettungswerk hineinfuhrwerkten, alles sabotierten, soweit sie es konnten, wenn diese Kreise heute davon reden, das „marxistische System" habe die Wirtschaft ruiniert.

Das deutsche Volk hätte nach den schrecklichen Kriegsjahren nicht auch noch mehr als fünf schreckliche Inflationsjahre über sich ergehen lassen müssen, wenn gewisse Kreise etwas zeitiger zu der Erkenntnis gekommen wären, daß die Voraussetzung für die Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes nach dem Kriege darin bestand, das Tor zur Weltwirtschaft wieder aufzustoßen und Deutschland wieder an die Hilfsmittel der Weltwirtschaft anzuschließen.

Wir brauchen nicht zu vergessen, daß selbst Leute wie Stresemann erst einige Jahre brauchten, bis sie das begriffen hatten. (Sehr richtig!) Wenn unsere Partei nicht früher auf dem Posten gewesen wäre, dann wäre ein vollständiger Zusammenbruch der Ökonomie Deutschlands unvermeidlich gewesen.

Erst vom Jahre 1924 an, erst mit der Annahme des Dawesplanes, mit der Öffnung des ausländischen Kapitalmarktes beginnt ein wirklicher Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Wir haben darüber einige statistische Daten. Das Institut für Konjunkturforschung hat eine Schätzung des gesamten Volkseinkommens durchgeführt. Wenn man den Geldwert von 1925 für das Vorkriegseinkommen zugrunde legt, so würde das Volkseinkommen im Jahre 1913 62,2 Milliarden Mark betragen haben. Wie tief es in der Inflationszeit gesunken war, kann man nicht errechnen. Wir wissen nur, daß es sehr tief lag, im Jahre 1925 war es schon wieder wesentlich angewachsen, stand aber erst auf 54,3 Milliarden, 1926 auf 55,6 Milliarden, 1927 auf 59,7 Milliarden, 1928 auf 64,5 Milliarden und 1929 auf 65,4 Milliarden Mark. In einem halben Jahrzehnt ist also das Gesamtvolumen des deutschen Volkseinkommens von unter 50 auf über 65,4 Milliarden Mark gestiegen. (Hört! Hört!)

Der Produktionsindex stand, wenn man ihn 1924 gleich 100 annimmt, nach dem Institut für Konjunkturforschung im Jahre 1926 auf 114, 1927 bis 1929 auf rund 140. Das ist eine Steigerung der gesamten Produktionsleistung um 40 Prozent in diesem Zeitraum. Die Gesamtsumme der volkswirtschaftlichen Güterumsätze ist von 172 Milliarden im Jahre 1925 auf 217 Milliarden in den Jahren 1928 und 1929 gestiegen. Der Güterverkehr auf der Reichsbahn betrug im Jahre 1913 im heutigen Reichsgebiet 467 Mill. Tonnen, 1925 nur 409 Mill. Tonnen, 1927 bereits wieder 489 Mill. Tonnen, war also größer als in der Vorkriegszeit. Die deutsche Warenausfuhr, dieses Lebenselement der deutschen Wirtschaft, ist gestiegen von 6,5 Milliarden im Jahre 1924 auf 13,5 Milliarden im Jahre 1929. Trotz der Weltkrise hat sich mengenmäßig unser Warenexport auch im Jahre 1930 im wesentlichen gehalten. Alles das sind trockene Zahlen; aber sie beweisen uns: es ist nicht wahr, daß die deutsche Wirtschaft unausgesetzt zurückgegangen wäre; wahr ist, daß sie in einem Tempo angestiegen ist, das vielleicht in der ganzen Wirtschaftsgeschichte einzigartig ist. Trotz der „marxistischen Wirtschaft", trotz der hohen Soziallasten, trotz der hohen Löhne, über die die Unternehmer geklagt haben.

Keine Kapitalbildung? Allerdings wird, wenn man diese Tatsache feststellt, behauptet: ihr seht nur die äußere Fassade; gewiß, wir haben unsere Wirtschaft wieder sehr schön aufbauen können, aber ihr vergeßt ganz und gar, daß dieser Aufbau nicht aus den Leistungen der deutschen Wirtschaft stammt, sondern aus den Auslandskrediten, so daß also der neue deutsche Produktionsapparat eigentlich gar nicht das Eigentum der deutschen Wirtschaft, sondern der ausländischen Kapitalgeber ist. Auch diese Behauptung können wir glücklicherweise statistisch etwas nachprüfen. Wir haben gewiß eine Auslandsverschuldung. Wenn ein volkswirtschaftliches Kapital, das in Generationen

aufgebaut worden ist, in wenigen Kriegsjahren vernichtet wird, dann kann man das nicht in wenigen Jahren schon wieder besitzen. (Sehr richtig!) Selbstverständlich mußten wir Auslandskapital hineinnehmen. Der Sinn dieser Auslandsverschuldung mußte aber bei vernünftiger wirtschaftlicher Überlegung der sein, das Auslandskapital zur Ankurbelung der Wirtschaft zu verwenden und dann mußte allerdings die Wirtschaft aus sich selbst heraus auch entsprechend größere Leistungen aufbringen.

Wie steht es nun damit in Wirklichkeit? Wir hatten Ende 1929 eine Auslandsverschuldung von insgesamt 27 Milliarden Goldmark. Demgegenüber stand aber auch schon wieder eine Summe von 10 Milliarden deutscher Guthaben im Auslande — ohne die Kapitalien, die ohne polizeiliche Abmeldung auswanderten. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Denn die können ja statistisch nicht erfaßt werden. Es bleibt also eine effektive Verschuldung von 17 Milliarden übrig; davon haben wir aber rund 8 Milliarden auf Reparationskonto zahlen müssen, so daß für den Einbau in die deutsche Wirtschaft nicht einmal 10 Milliarden Auslandskapital verwendet werden konnten. Was ist aber in Wirklichkeit investiert worden? Darüber haben wir eine interessante umfangreiche Statistik des Konjunkturinstituts. Danach sind in den Jahren 1924 bis 1929 in der deutschen Wirtschaft investiert worden

für Neuanlagen 26,8 Milliarden Mark,
für Ersatzanlagen 26,2 Milliarden Mark,
für Vorratsvermehrung 12,7 Milliarden Mark,
insgesamt 65,7 Milliarden Mark.

Diese Statistik kann nicht einmal vollständig sein, aber sie allein beweist schon, daß die innere Kapitalbildung in diesen Jahren einen Umfang gehabt hat, der nicht hinter den besten Jahren der Vorkriegszeit zurücksteht. (Hört! Hört!) Das ist die Tatsache gegenüber der ewigen Behauptung, die Wirtschaft wäre so gedrosselt gewesen, daß überhaupt eine Kapitalbildung nicht möglich gewesen sei.

Damit soll nicht gesagt sein, daß wir keine Kapitalnot hätten. Die Kapitalnot ist da, weil in wenigen Jahren das erforderliche volkswirtschaftliche Kapital in der eigenen Wirtschaft nicht neugeschaffen werden kann; Kapitalnot ist aber auch deswegen da, weil das vorhandene Kapital unvernünftig verwendet worden ist, weil durch große Fehlinvestionen das vorhandene Kapital verschwendet wurde. Es gibt kein Rezept, das uns erlaubte, auf absehbare Zeit auf die Inanspruchnahme des ausländischen Kapitals zu verzichten. Das einzige, was wir vernünftigerweise tun können, ist, daß wir den Bezug dieses Kapitals erleichtern, und daß wir dafür sorgen, dieses Kapital billiger zu bekommen als bisher. Darauf ist die ganze Politik unserer Partei eingestellt gewesen. Das bedeutete eine Außenpolitik, die uns wieder kreditwürdig in der ganzen Welt machte (Sehr richtig!), die uns aus der Stellung wieder herausbrachte, in die wir durch den Krieg gekommen sind, aus der Stellung, die früher gewisse südamerikanische Staaten hatten, die für die Unsicherheit ihrer Verhältnisse eine Risikoprämie zahlen mußten. Diese Risikoprämie zahlen wir heute auch noch. (Sehr gut!)

Dafür, daß die Hugenberg und Hitler in der Republik ihre Kriegstänze in voller Freiheit aufführen dürfen, bezahlt das deutsche Volk eine zusätzliche Zinsbelastung, die sich neben den Reparationslasten sehen lassen kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Besteht eine Wirtschaftsanarchie? In Kiel hat der Genosse Hilferding eine Analyse der kapitalistischen Wirtschaft der Gegenwart gegeben, und er kam zu der Feststellung, daß wir uns in einer Periode befinden, in der die ungebundene Unternehmerkonkurrenz in organisierten Kapitalismus umgewandelt würde. Ich muß heute über Wirtschaftsanarchie reden. (Hört! Hört!) Organisation ist aber der Gegensatz von Anarchie. Hat sich die Entwicklung rückläufig vollzogen oder hat Hilferding damals eine falsche Analyse

vorgenommen, oder muß ich heute zu Unrecht über Wirtschaftsanarchie sprechen? Nichts von dem!

Der Monopolkapitalismus organisiert zwar, aber er organisiert Wirtschaftsbezirke und nicht die Volkswirtschaft; er hebt in der Gesamtwirtschaft die Anarchie nicht auf, er verlegt sie nur in andere Größenordnungen. Der organisierte Kapitalismus hat den ökonomischen Bürgerkrieg Mann gegen Mann aufgehoben und ihn in einen ökonomischen Bandenkrieg umgewandelt. (Sehr wahr!)

Aber der Krieg selbst mit allen seinen Zerstörungen ist geblieben, und die Zerstörungen sind jetzt in vieler Beziehung noch schlimmer; denn der organisierte Kapitalismus schießt mit Granaten, wo früher nur Flintenkugeln flogen.

In den privatwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisationen der Kartelle, der Trusts und anderer marktbeherrschender Organisationen — man muß dabei nicht bloß immer an die ganz Großen denken; das System der Zwangsinnungen, das wir in Deutschland allmählich bekommen haben, liegt nämlich in derselben Richtung (Zustimmung) — liegt ein Strukturwandel im kapitalistischen System der zweifellos die Krise verschärft hat und ihren Ablauf verlangsamt. Das ist am deutlichsten sichtbar in der Störung des Preismechanismus. Nach der kapitalistischen Theorie brauchen sich bekanntlich die Menschen gar nicht um die Wirtschaft zu kümmern; da läuft alles ganz von selbst und immer in der allerschönsten Ordnung. Man muß nur die Wirtschaft sich selbst überlassen, dann regulieren die sogenannten ökonomischen Gesetze, die Marktgesetze, alles automatisch. Auf dem Glauben an den sicheren Automatismus beruht die Vorstellung, daß diese kapitalistische Wirtschaft ein vernünftiger Zustand sei. Aber nun kann der Mechanismus ja gar nicht mehr funktionieren. Er ist gestört worden, nicht nur, weil die marktbeherrschenden Organisationen sich dem Druck auf die Preise widersetzt und verhindert haben, daß die Preise so sinken konnten, wie es sonst der Fall gewesen wäre, sondern auch deshalb, weil die ganze Reihenfolge der notwendigen Preissenkung in der Krise durch die marktbeherrschenden Organisationen umgedreht worden ist. Früher — darüber sind sich die Konjunkturforscher einig — stürzten in einer Krise erst die Rohstoffpreise, und das setzte sich über die Halbfabrikatpreise fort bis in die Spitze der Produktionspyramide; wenn an der Basis der Sturz anfing, waren die Voraussetzungen für die Überwindung der Krise eingeleitet. Heute sitzen an der Basis der Produktion die monopolkapitalistischen Organisationen, und gerade da ist der Widerstand gegen die Preissenkung am heftigsten. Heute verläuft in der Krise die Reihenfolge der Preissenkung genau umgekehrt wie früher, sie hat angefangen bei der Fertigindustrie, und erst zuletzt waren die Kartellorganisationen der Schwerindustrie zu bewegen, überhaupt in eine Preissenkung einzutreten. Das ist eine Störung des Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft, die krisenverschärfend wirken muß.

Aber vielleicht noch viel schlimmer als diese Auswirkung des organisierten Kapitalismus ist die Tatsache der Störungen auf dem Kapitalmarkte. Die richtige Kapitalverteilung ist eine wesentliche Voraussetzung für den störungsfreien Ablauf der Wirtschaft, und die kapitalistische Theorie nimmt an, daß die Kapitalverteilung automatisch immer richtig laufen müsse. Denn das Kapital geht ja dahin, wo es die beste Rentabilität hat und flieht von den Stätten sinkender Profite. In der freien Konkurrenzwirtschaft wird die Rentabilität durch den Absatzmarkt gemacht. Ist an einer Stelle Überproduktion, dann sinken die Preise, die Betriebe dieses Wirtschaftszweiges werden unrentabel, und das Kapital ergreift schaudernd die Flucht. Wo andererseits die Produktion noch nicht für den Bedarf ausreicht, wachsen die Profite, steigt die Rente, und das Kapital kommt angeflogen wie die Motten zum Licht. Das ist der automatische Ausgleich, der ja auch einigermaßen plausibel ist. Aber nun kommt der organisierte Kapitalismus. Er schafft künstliche Rentabilität mit Hilfe der Preisdiktatur. Er kann eine Überproduktion machen, ohne daß die Preise sinken;

und er kann seine Betriebe weit über die Ausnutzungsmöglichkeit ausbauen, ohne daß die Rentabilität sinkt. Das Kapital reagiert aber nur auf die Rentabilität und fragt nicht danach, wie sie zustande kommt. So fließt das Kapital der Monopolwirtschaft zu, auch wenn die Produktionsanlagen schon viel zu groß sind. So muß notwendigerweise der organisierte Kapitalismus zu einer Fehlleitung des Kapitalstroms innerhalb der Volkswirtschaft führen, und das ist in einem gewaltigen Ausmaße geschehen. Dadurch wurde aber die Volkswirtschaft an anderen Stellen, wo das Kapital erforderlich gewesen wäre, trocken gelegt. Der Enquetebericht gibt von der Eisenindustrie ein besonders anschauliches Beispiel für Fehlleitung und volkswirtschaftliche Vergeudung von Kapital trotz der Kapitalknappheit.

Dadurch wird in doppelter Hinsicht die Volkswirtschaft gestört, einmal durch die falsche Kapitallenkung, zum anderen aber auch dadurch, daß die Gesamtwirtschaft mit Kapital belastet wird, das, auch nach der kapitalistischen Rechnung, gar nicht mehr da sein dürfte. Nach der kapitalistischen Theorie gibt es ja nicht nur einen Profit, sondern auch ein Kapitalrisiko, und wenn Unternehmen nicht mehr mitkommen können, wenn sie durch bessere Unternehmungen überflüssig gemacht worden sind, müssen sie verschwinden, und das Kapital ist verloren. Der Monopolkapitalismus hat aber diese Rechnung aufgehoben. Er erzwingt auch für die schon längst gestorbenen Kapitalien immer noch eine Rente. Sie kennen diesen Vorgang praktisch ganz genau. Die Kartellorganisationen kaufen überflüssige Betriebe auf und legen sie still. Die Stillegung bedeutet: wir brauchen diese Betriebe nicht, sie sind volkswirtschaftlich überflüssig und also wertlos. Sie werden stillgelegt, das Kapital verschwindet aber nicht, sondern bleibt in der Bilanz des Monopols erhalten. Es ist ja den Besitzern der stillgelegten Betriebe ausgezahlt worden, und die Summe muß vom Kartell verzinst werden. Das tut man selbstverständlich nicht aus den Taschen der Kapitalisten, sondern aus den Taschen der Verbraucher. Wenn die Unternehmer, wie das so oft geschieht, ihre Betriebsrechnung aufmachen, um damit zu beweisen, daß sie nur noch Verluste, aber keine Gewinne haben, dann müssen wir ihnen sagen:

> Stellt erst einmal eure Bilanzen richtig, reduziert gefälligst erst einmal das Kapital auf den tatsächlichen Wert der Unternehmungen und setzt nicht fingierte Werte von Produktionsanlagen hinein, die überhaupt nicht mehr da sind, oder von Produktionsanlagen, die nicht mehr funktionieren können, weil ihr eine Überkapazität geschaffen habt. (Sehr richtig!)

Die Überkapazität hat keinen Rentenanspruch, es ist schon schlimm genug, daß sie eine Kapitalvergeudung bedeutet, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Künstliche Verkümmerung der Wirtschaft durch Kapitalsperre. Die Kapitalnot wäre sicher nicht so drückend geworden, wenn nicht außerdem noch eine geradezu wahnsinnige Politik auf dem Gebiete der Auslandskreditbeschaffung betrieben worden wäre. Sie wissen, was ich meine. In der Zeit, in der es möglich gewesen wäre, für die deutsche Wirtschaft langfristige und billige Auslandskredite zu bekommen, hat man künstlich Barrieren aufgerichtet und gesagt: laßt um Gottes willen nicht zu viel Kredit in unsere kapitalarme Wirtschaft hinein.

Wenn neben den Verhältnissen auch Persönlichkeiten für die Notlage, in der wir sind, verantwortlich gemacht werden müssen, dann wird Herr Dr. Schacht wohl nicht auf die Ehre verzichten wollen, dabei genannt zu werden. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.)

Er kann wirklich den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, dabei hervorragend mitgewirkt zu haben. Er hat oft es damit begründet, daß die Absperrung vom Auslandskapital aus währungspolitischen Gründen notwendig gewesen sei. Vor dem Enqueteausschuß hat er aber kein Hehl daraus gemacht, daß es im Grunde

andere Motive waren. Er wollte Reparationspolitik machen, wollte Politikern und Staatsmännern zeigen, was sie für Stümper seien, wie man schnell die Reparationslasten aufheben kann, wenn man nur die richtige Methode anwende. Schacht hat sich eingebildet, wenn wir keine Auslandskredite mehr bekommen, werden wir keine Reparationen zahlen können, und dann werden die Gläubigerstaaten schleunigst vom Mitleid ergriffen zusammentreten und beschließen, Deutschland braucht keine Reparationen mehr zu zahlen. Wenn der verflossene Reichsbankpräsident halb so viel politischen Verstand besäße, wie er damals amtliche Machtvollkommenheiten hatte, wäre er nie auf diesen naiven Einfall gekommen. (Sehr richtig!) Die deutsche Wirtschaft hat es bezahlen müssen, besonders die Kommunen, daß diese Politik gemacht wurde. Die Kommunen hätten damals leicht ihre kurzfristige Verschuldung an deutsche Inlandsbanken mit einer Zinsverpflichtung von 9 bis 13 Prozent in langfristige Auslandsanleihen für 7 und 8 Prozent umwandeln können. Schacht hat das verhindert: die Kommunen blieben an der Strippe der kurzfristigen Verschuldung hängen.

Das war nicht nur eine zusätzliche Zinsbelastung. Wir haben in Berlin das schmerzliche Ereignis erlebt, daß unter dem unerträglichen Druck dieser kurzfristigen Verschuldung die kommunalen Elektrizitätswerke an die Privatwirtschaft verkauft werden mußten. Diese Wirkung ist Schacht ganz gewiß nicht unsympathisch gewesen. An dem Tage dieses Verkaufs ist er mit einem glänzend bezahlten Aufsichtsratsposten in die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen eingetreten. (Hört! Hört!) Es mag ein Zufall sein, daß es am selben Tage war. Aber daß diese beiden Tatsachen im Zusammenhang miteinander stehen, wird der Herr Dr. Schacht uns erlauben müssen zu vermuten. Er kann sich allerdings darauf berufen, daß es nicht der erste Fall ist, daß Beamte aus ihren Staatsstellungen in hochbezahlte Stellungen der Privatwirtschaft übergehen, wenn sie vorher in ihrer amtlichen Eigenschaft Entscheidungen zu treffen hatten, die der Privatgesellschaft, in die sie später eingetreten sind, große finanzielle Vorteile brachten. (Sehr richtig!) Wenn das Unternehmertum von der Korruption der öffentlichen Verwaltung und des öffentlichen Lebens redet, werden allerdings diese Fälle niemals mit aufgezählt. (Zuruf: Das sind auch keine Sozialdemokraten!)

Es vollziehen sich auch andere Strukturwandlungen im Unternehmertum und seinen Funktionen. In Kiel hatte schon Hilferding darauf hingewiesen. Der Typ des individuellen Unternehmers, der die tragende Säule des ganzen ideologischen Gebäudes des Kapitalismus darstellt, ist aus dem Schwerpunkt der Wirtschaft hinausgedrängt worden. In der Mitte stehen die privatgesellschaftlichen Unternehmungsformen. Die Zahl der Aktiengesellschaften und anderen Gesellschaften ist ungeheuer angewachsen und sie sind es, die heute das Wirtschaftswesen beherrschen, nicht mehr der individuelle Unternehmer. Das hat vom Gesichtspunkt der sozialistischen Möglichkeiten aus eine sehr große Bedeutung. Nach der kapitalistischen Ideologie gibt es wirtschaftlichen Fortschritt überhaupt nur durch die Initiative, den Erfindungsgeist, den Wagemut des persönlichen Unternehmers, der, angestachelt durch die Aussicht auf Profit, die wirtschaftliche Entwicklung vorwärtstreibt. Damit er aber keine volkswirtschaftlichen Dummheiten machen kann, ist ihm die Gefahr des Kapitalrisikos zur Seite gegeben, so daß der Gesellschaft nichts passieren kann. So wird die Profitgier als eine volkswirtschaftliche Tugend idealisiert, als die Kraft, die die Wirtschaft vorantreibt, die uns Erfindungen bringt, Ausdehnung und Steigerung der Produktivität. Nur der individuelle Unternehmer kann das nach der kapitalistischen Ideologie! In der sozialistischen Wirtschaft dagegen, wo man den „festbesoldeten Wirtschaftsbeamten" hat, ohne eigenes Profitinteresse, da hört angeblich aller wirtschaftlicher Fortschritt auf.

Was ist aus dieser freien Unternehmerpersönlichkeit geworden? Nach der Betriebszählung von 1925 waren zwar von allen wirtschaftlichen Unternehmungen noch 94 Prozent persönliche Inhaberbetriebe, aber in ihnen waren nur

noch 45 Prozent der überhaupt Beschäftigten. Die gesellschaftliche Unternehmungsform hat sich immer mehr in den Mittelpunkt der gesamten Wirtschaft gestellt.

Die Zahl der Aktiengesellschaften ist von 2143 im Jahre 1886 auf 11 344 im Jahre 1929, das gesamte Aktienkapital von 4,8 auf 23,7 Milliarden gestiegen. Die unaufhaltsame Konzentration, die sich in diesen Ziffern ausdrückt, wird noch weiter dadurch illustriert, daß nach der Konzernstatistik für 1927 nicht weniger als 62 Prozent des gesamten Aktienkapitals konzernmäßig untereinander verbunden war.

Das Vordringen der Gesellschaftsform ist ein Beweis dafür, daß diese Unternehmensart auch im freien Konkurrenzkampf dem persönlichen Unternehmer überlegen ist. Und dabei haben sich doch die Leiter dieser gesellschaftlichen Unternehmungen von der freien Unternehmerpersönlichkeit zum Wirtschaftsbeamten entwickelt. Sie unterscheiden sich von den öffentlichen Beamten nicht mehr dadurch, daß sie ein persönliches Kapitalrisiko zu tragen hätten, wohl aber dadurch, daß sie ihre Einkommensbegriffe aus der Zeit, wo sie noch Kapitalrisiko zu tragen hatten, beibehalten haben. (Sehr richtig!) Das Unternehmertum wird nicht müde, nach Sparsamkeit auf allen Gebieten zu schreien. Es predigt der öffentlichen Verwaltung ebenso Enthaltsamkeit wie den Arbeitern, weil das der Not unserer Zeit entspräche.

Was man über die Einkommensverhältnisse der leitenden Persönlichkeiten in den Gesellschaftsunternehmungen erfährt, das läßt aber nichts davon erkennen, daß wir uns in einer so furchtbaren Notlage befinden. Selbst amerikanische Wirtschaftler, die ja auch den Dollar nicht verachten, haben gelegentlich schon ihr Erstaunen über die hohe Dotierung der Unternehmerfunktion in der deutschen Wirtschaft ausgedrückt. Auch wir mußten gelegentlich eine heftige Kritik üben an den zu hohen Gehältern in der öffentlichen Wirtschaft. Die privaten Unternehmerkreise sind in dieser Kritik aber sehr viel heftiger. Es liegt aber tatsächlich so, daß die öffentlichen Wirtschaftsbetriebe durch die Gepflogenheit der Privatwirtschaft in eine üble Lage gebracht werden, weil die Einkommensbegriffe des privaten Unternehmertums natürlich abfärben auf die Denkweise der öffentlichen Wirtschaftsführer.

Wie sich die Gehälter der leitenden Persönlichkeiten verändern, wenn öffentliche Betriebe dem privatwirtschaftlichen Einfluß unterstellt werden, dafür haben wir einige sehr anschauliche Beispiele bei der Reichsbahn und der Reichsbank. Durch einen Antrag unserer Fraktion im Reichstage haben wir diese Gehälter ja erfahren. Der Generaldirektor der Reichsbahn erhielt danach neben freier Dienstwohnung ein Jahresgehalt von 122 000 Mark. Der Reichsbankpräsident bekommt 200 000 Mark, die Mitglieder des Reichsbankdirektoriums je 100 000 Mark. Das sind Gehälter, die zum Teil das Vielfache eines Ministergehalts betragen (Hört! Hört!) und damit allerdings immer noch nicht die Gehälter erreichen, die in den großen privatwirtschaftlichen Unternehmungen gezahlt werden. Es scheint also, als ob die Funktion der Wirtschaftsbeamten doch nicht als so minderwertig eingeschätzt wird, wie man das nach der Ideologie des Kapitalismus eigentlich annehmen müßte. Und so hat sich auch durch diese innere Entwicklung in der kapitalistischen Wirtschaft ein immer sehr wirkungsvolles Argument gegen die sozialistische Wirtschaft erledigt.

Der Angriff auf die Löhne. Das kapitalistische Unternehmertum benutzt die ungeheure Arbeitslosigkeit zu einem skrupellosen und brutalen Angriff auf die Löhne. Es wäre lächerlich, dahinter ernsthafte volkswirtschaftliche Überlegungen zu vermuten, wie es manchmal versucht wird.

Dieser Kampf gegen den Lohn ist seinen Motiven nach nichts weiter als soziale Brutalität, die Befriedigung eines Machtkitzels, der sich in dieser Zeit bei den Unternehmern regt, und eine stupide volkswirtschaftliche Tradition, die den kapitalistischen Enkel genau so denken läßt wie den kapitalistischen Urgroßvater, (Sehr richtig!) nur daß zur Zeit des Urgroßvaters die Dinge etwas anders aussahen als heute, besonders wenn man sich die Funktion des Lohnes in der Volkswirtschaft näher ansieht. Es ist nämlich etwas ganz anderes, ob wir 20 Prozent der Bevölkerung als Lohnarbeiter haben oder 70 Prozent. Im ersteren Falle kommt es für die gesamte Wirtschaft nicht darauf an, wie diese 20 Prozent leben, zumal wenn sie als die untersten Schichten überhaupt große Bedürfnisse nicht befriedigen können. Wenn aber 70 Prozent der Bevölkerung auf Lohneinkommen angewiesen sind, dann steckt darin die entscheidende Kaufkraft der ganzen Nation. (Sehr richtig!) Beschneidet man diese Kaufkraft, dann muß das auf die Wirtschaft zurückwirken, muß zu einer Einschränkung des Absatzes führen.

Je weiter die kapitalistische Wirtschaft fortschreitet, desto zahlreicher wird die Klasse der Lohnarbeiter. Um so abhängiger wird aber auch die kapitalistische Klasse von der Klasse der Lohnarbeiter, denn sie wird abhängig von der Konsumkraft der Lohnarbeiter. (Sehr richtig!) Das ist einer der fundamentalen Widersprüche im kapitalistischen System, daß der Kapitalist nicht anders handeln kann, als immer den Lohn zu drücken, denn davon hängt, wie er sich einbildet, sein Profit ab, und daß dennoch die kapitalistische Wirtschaft in ihrer Gesamtheit das Gegenteil erforderte, nämlich eine Erhöhung der Löhne, eine Stärkung der Kaufkraft. Daß heute die Senkung der Löhne überhaupt nicht mehr durch eine Senkung der Preise in der Kaufkraft ausgeglichen werden kann, ist eine Tatsache, die wir oft genug festgestellt haben, und die sich einfach daraus ergibt, daß der Lohnfaktor in den Preisen nur noch eine kleine Rolle bei unserem heutigen Wirtschaftssystem spielt. Daß die Löhne z. B. in den Hochofenbetrieben nur 7 Prozent der Gestehungskosten ausmachen, in den Textilindustrien 15 bis 18 Prozent, in der Automobilindustrie 20 Prozent usw., diese Liste werden Sie schon oft gelesen haben.

Die kapitalistische Wirtschaft kommt also hier nicht weiter. Sie kommt in Widerspruch zwischen ihren eigenen Bedürfnissen und den Handlungen, zu denen sie nach den Trieben, die im kapitalistischen System stecken, gezwungen ist.

Imerhin steckt auch in dieser Methode eine kapitalistische Logik. Es ist zwar heute nicht so, daß die Kapitalisten große Hoffnungen haben, durch eine Senkung der Löhne den Export wesentlich steigern zu können. Sie wissen auch ganz gut, daß sie für ihre Produktion einen Absatz haben müssen; aber sie glauben, daß deswegen keineswegs der Konsum ebenso schnell steigen müsse wie die Produktion. Die Produktion kann tatsächlich steigen und der Absatz auch, und trotzdem kann der Konsum zurückgehen. Die Kapitalisten produzieren ja nicht nur Konsumgüter, sondern ihre eigenen Kapitalgüter, d. h. Produktionsmittel. Wenn wir auch glauben, der Konsum sei das Wichtigste und deswegen sei die Wirtschaft überhaupt nur da, für die Kapitalisten ist die Kapitalerzeugung der eigentliche Sinn der Wirtschaft. Die technische Methode der Kapitalakkumulation vollzieht sich in der Anhäufung von Produktionsmitteln. Es ist also logisch, daß die Kapitalisten lieber Produktionsmittel als Konsumgüter erzeugen. Das ist aber nicht das gesellschaftliche Interesse, das auf mehr Verbrauchsgüter und nicht auf überflüssige Produktionsgüter gerichtet ist. Das gesellschaftliche Interesse heißt: mehr Brot!, das kapitalistische Interesse: mehr Backöfen! Damit ist der Gegensatz zwischen gesellschaftlichem und kapitalistischem Interesse am besten ausgedrückt.

Aber dann kommt unvermeidlich der Zeitpunkt, wo das große Loch in der Rechnung sichtbar wird, das große Loch auch in der kapitalistischen Rechnung. Der schöne Glaube, daß die Anhäufung von Produktionsmitteln immer eine Vermehrung des Kapitals sei, erweist sich dann als ein Trugschluß. Nun stellt es sich heraus, daß der tatsächliche Kapitalwert eines Unternehmens sich nicht danach berechnet, was hineingesteckt wird, sondern danach, was an absatzfähigen Erzeugnissen wieder herauskommt. Und wo nichts mehr herauskommen kann, weil der Absatz fehlt, da reduziert sich das investierte Kapital auf den Ab-

bruchswert der Fabrikanlagen und den Schrottwert der Maschinen. Dann kommt der große Zerstörungsprozeß, der Abbau der überschüssigen Produktionsanlagen, und dann wird die Vergeudung des volkswirtschaftlichen Kapitals deutlich sichtbar als vergebliches Opfer, das durch die Entbehrungen des Konsums aufgebracht worden ist. (Sehr richtig!) Das ist die berüchtigte Echternacher Springprozession der kapitalistischen Wirtschaft. Drei Schritt in der Konjunktur voran, und dann immer wieder zwei Schritte in der Krise zurück. Aufbauen, um immer wieder zerstören zu müssen, zerstören müssen, um wieder aufbauen zu können. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn das kapitalistische Unternehmertum glaubt, den Zusammenbruch seines Kapitalgebäudes verhindern zu können durch eine gewaltsame Verkürzung der Löhne, dann müßte es an den Tatsachen schon begriffen haben, welch' ein großer Irrwahn das ist. Die Kaufkraft weiter vernichten kann ja nichts anderes bedeuten, als die Wirtschaft zu zerstören. Her mit der 40-Stunden-Woche!

Es scheint aber, als ob die Altersschwäche des kapitalistischen Systems untrennbar mit einer Verkalkung auch des kapitalistischen Denkapparates verbunden ist. Vor 10 Jahren hatte der damalige kommandierende Admiral der deutschen Industriekapitäne, der verstorbene Hugo Stinnes, mit einem großen Ausblick auf die Zukunft auf das Feierlichste proklamiert: Wenn das deutsche Volk nicht den Mut aufbringt, sich vom Achtstundentag loszusagen und zum Zehnstundentag zurückzukehren, dann kann es niemals wieder seine alten Lebensbedingungen finden. Das wurde damals weit in der öffentlichen Meinung als ein Evangelium aufgenommen und noch lange nachher blieb es der Unternehmerweisheit höchster und letzter Schluß.

Es ist immerhin bemerkenswert, daß heute doch niemand mehr so recht den Mut hat, sich noch zu dieser These zu bekennen. Die offenkundigen Tatsachen haben diese Diskussion erstickt oder vielmehr ins Gegenteil verschlagen. Es ist nicht mehr die Rede davon, daß der Achtstundentag zu kurz ist, man kann nur noch darüber diskutieren, um wieviel er zu lang ist. Der Arbeitsmarkt redet in dieser Beziehung eine deutliche und eindeutige Sprache. In Konjunkturzeiten wird er nicht mehr leer, und in der Krise füllt er sich an bis zum Bersten, und wird zur ständigen Gefahr für den Bestand der Gesellschaft überhaupt. (Sehr richtig!)

5 Millionen auf dem Arbeitsmarkte, und diese Ziffer ist ja auch erschreckenderweise in diesen Monaten der saisonmäßigen Entlastung nur wenig zurückgegangen. Kann man jetzt überhaupt noch die Hoffnung haben, daß selbst bei einem Ansteigen der Konjunktur der Arbeitsmarkt wieder normal werden könnte?

Parteigenossen! Beim Arbeitslosenproblem, befürchte ich, sieht es noch schlimmer aus, als es mancher für gewöhnlich ansieht. Die Industrie stößt ab. Sie nimmt nicht mehr wie früher auf. Das ist aber nicht das einzigste. Wenn wir in der großen Entwicklungslinie die Dinge betrachten, haben sich nämlich neben der produktiven Wirtschaft Beschäftigungsgebiete aufgetan, die in einem schnelleren Tempo Personen aufnahmen, als der Bevölkerungszuwachs ausmachte. Diese Beschäftigungsgebiete liegen in der Güterverteilung. Wir haben eine starke personelle Aufblähung des Handels nicht allein aus volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern als eine Flucht vor der Arbeitslosigkeit. (Sehr richtig!) Sehr viele, die einen anderen Weg nicht mehr sahen, haben sich in den Handel hineingeflüchtet. Darin steckt eine zusätzliche Arbeitslosigkeit. Wir bezahlen dafür auch eine zusätzliche Arbeitslosenunterstützung, nämlich durch die erhöhte Preisspanne zwischen Gestehungskosten und Konsumentenpreisen. (Sehr richtig!) Das ist kein erwünschter Zustand und die öffentliche Meinung ist darauf aufmerksam geworden. Diese Tatsachen werden durch zwei Ziffern illustriert: Vor dem Krieg 70 Prozent des Erlöses aus den volkswirtschaftlichen Gütern an die Produktion und 30 Prozent an die Güterverteilung; heute nur noch 57 Prozent an die Produktionswirtschaft und 43 Prozent an die Güterverteilung. (Hört!

Hört!) Das ist ein ungesunder Zustand. Wir werden in Zukunft auf diese Beschäftigungsgebiete einen sehr starken Druck bekommen, so daß dort die Rationalisierung erst noch einziehen wird. In dieses Gebiet, das bisher Menschen aufgenommen hat, die in der Landwirtschaft oder sonst überflüssig wurden und uns zuwuchsen, werden in Zukunft Menschen nicht mehr im gleichen Maße aufgenommen werden können, sondern auch von dort abgestoßen werden.

Darum ist unsere Forderung der 40-Stunden-Woche keine vorübergehende Forderung für die Krise, sie ist vielmehr Dauerforderung, wie wir heute vor der Öffentlichkeit feststellen wollen (Bravo!), das wichtigste Kampfobjekt der Arbeiterklasse, der politischen wie der gewerkschaftlichen für die nächsten Jahre. (Lebh. Beifall u. Händeklatschen.) Endgültige Krise des Kapitalismus? Was sollen wir aus der gegenwärtigen ökonomischen Krise für Schlußfolgerungen für den Bestand des kapitalistischen Systems ziehen? Einige Genossen glauben, die Zeichen dafür sehen zu können, daß es sich diesmal nicht mehr um eine der zyklusmäßigen Krisen des kapitalistischen Systems handelt, sondern daß wir die entscheidende Krise des kapitalistischen Systems vor uns haben, die endgültige Krise, die mit dem Zusammenbruch des Kapitalismus enden müsse. In der Partei ist ja ernsthaft die Zusammenbruchstheorie schon längst nicht mehr vertreten worden. Das ist natürlich kein absolut schlüssiger Gegenbeweis, daß nun nicht doch die kapitalistische Wirtschaft in eine Sackgasse geraten sein könnte, aus der es ein Herauskommen nicht mehr gibt, außer durch eine vollständige Umwandlung des Systems. Ich glaube aber, daß man mit solchen Prophezeiungen sehr vorsichtig sein muß, weil ja möglicherweise die Tatsachen selbst früher oder später den Gegenbeweis liefern könnten. Die gegenwärtige Krise ist zweifellos umfangreicher und in ihren Wirkungen tiefer als alle früheren Krisen. Das erklärt sich zu einem Teil aus dem Eingriff des Weltkriegs in das ganze Getriebe der Weltwirtschaft. Es erklärt sich auch daraus, daß die Verbundenheit der Volkswirtschaften in der Weltwirtschaft sehr viel enger geworden ist. Es erklärt sich weiter aus den künstlichen Störungen durch die Politik und Reparationszahlungen, und schließlich auch durch die Strukturwandlungen innerhalb des kapitalistischen Systems. Die Krise muß auch schon deswegen schwerer sein, weil eine Industriekrise mit einer Agrarkrise zusammengefallen ist, was wir bisher nur einmal in der Weltwirtschaftsgeschichte erlebt haben.

Trotz dieser noch nie dagewesenen Häufung von Krisenursachen glaube ich, daß die Wirtschaft die Wege finden wird, die wieder zum Aufstieg führen, und ich befinde mich damit, soweit ich übersehen kann, in Übereinstimmung mit ziemlich allen Wirtschaftstheoretikern in unseren Reihen. Die starke Senkung der Zinssätze und der Rohstoffpreise sind nach allen früheren Krisenerfahrungen auch schon die sichtbaren Anzeichen dafür, daß ein Umschwung sich vorbereitet, was natürlich noch nichts über die Zeitdauer sagt.

Nun stehen wir ja allerdings am Krankenlager des Kapitalismus nicht nur als Diagnostiker, sondern auch — ja, was soll ich da sagen? — als Arzt, der heilen will?, oder als fröhlicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann und am liebsten mit Gift noch etwas nachhelfen möchte? (Heiterkeit.) In diesem Bild drückt sich unsere ganze Situation aus. (Sehr gut!) Wir sind nämlich, wie mir scheint, dazu verdammt, sowohl Arzt zu sein, der ernsthaft heilen will, und dennoch das Gefühl aufrechtzuerhalten, daß wir Erben sind, die lieber heute als morgen die ganze Hinterlassenschaft des kapitalistischen Systems in Empfang nehmen wollen. Diese Doppelrolle, Arzt und Erbe, ist eine verflucht schwierige Aufgabe. (Sehr richtig!) Wir könnten uns in der Partei manche Auseinandersetzung ersparen, wenn wir uns dieser Doppelrolle immer bewußt bleiben würden. Aber wir sind es nicht immer. Manchmal glaubt der eine, die Notlage derjenigen, die davon abhängen, daß der Patient gesund wird, erfordere, alles zu tun, um den Patienten zu heilen; der andere meint, jetzt, wo er schon röchelt, sei es richtig, ihm den Gnadenstoß zu geben.

Der Patient selbst barmt uns gar nicht so sehr, aber die Massen, die dahinter stehen. (Sehr richtig!) Wenn der Patient röchelt, hungern die Massen draußen. (Sehr richtig!) Wenn wir das wissen und eine Medizin kennen, selbst wenn wir nicht überzeugt sind, daß sie den Patienten heilt, aber sein Röcheln wenigstens lindert, so daß die Massen draußen wieder mehr zu essen bekommen, dann geben wir ihm die Medizin und denken im Augenblick nicht so sehr daran, daß wir doch Erben sind und sein baldiges Ende erwarten.

Ich will die Frage nicht aufwerfen, ob denn, wenn wir mit dem Gedanken spielen wollten, die Gelegenheit zum totalen Zusammenbruch zu benutzen, um diesen Zusammenbruch gewaltsam herbeizuführen und zu beschleunigen, in der gegenwärtigen Krise durch einen vollständigen Zusammenbruch wirklich die kapitalistische Wirtschaftsordnung erledigt wäre. Ich könnte mir denken, daß etwas anderes zusammenbricht als das kapitalistische System. Diese Frage brauchen wir aber nicht weiter zu prüfen, sondern die andere:

Was bedeutet denn überhaupt ein Zusammenbruch der Wirtschaft, von dem in radikalen Kreisen die Rede ist
— ich denke dabei an die Kommunisten. (Heiterkeit.) Welche Vorstellungen verbinden sich mit dieser Zusammenbruchsidee? Ich wundere mich, daß mir niemand zuruft: Wir haben doch schon den Zusammenbruch der Wirtschaft!! Ja, den haben wir, aber er reicht doch offenbar noch nicht aus, um das kapitalistische System zu erledigen. Wir müssen also einen ganz anderen Zusammenbruch haben, der etwas noch viel Schlimmeres bedeutet, als wir im Augenblick erleben. Wenn ich an die heutigen Leiden der Massen draußen denke, diese Leiden noch unerhört vermehren wollen, das können wir ja gar nicht! (Sehr richtig!) Und wenn wir den Mut dazu fänden, dann wären wir bald eine Bewegung ohne Arbeiterklasse. (Sehr richtig!)

Denn man soll sich darüber keinen Täuschungen hingeben: Wenn man die Empfindungen, die die deutsche Arbeiterklasse, wenn auch manchmal nur im Unterbewußtsein, hat, ganz genau untersucht, dann will die organisierte Arbeiterschaft den Sturz des kapitalistischen Systems, aber sie will nicht den Zusammenbruch der Wirtschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Sie will den Sozialismus als eine Verbesserung ihrer Lage, nicht aber als eine noch weitere Verschlechterung. (Lebhaftes Händeklatschen.)

Ich habe noch nirgends klare Vorstellungen darüber gefunden, was diejenigen, die von einem völligen Zusammenbruch träumen, sich darunter eigentlich vorstellen. Das einzig Konkrete ist der Hinweis auf die russische Wirtschaft. Ich kann mir, offen gesagt, auch nicht viel anderes vorstellen. Wenn man versuchen will, den Sozialismus mit einem Schlage herzustellen, muß man, glaube ich, so verfahren wie in Rußland. (Sehr richtig!)

Das russische Beispiel. Aber was bedeutet dieses Beispiel für uns, Parteigenossen? Wir brauchen uns gar nicht einmal so sehr damit zu beschäftigen, wie dieses Beispiel in Rußland selbst gewirkt hat. Die Einbildung, als ob das russische Experiment für das russische Volk die Befreiung aus sozialer Not schon gebracht hätte, wird ja niemand von uns teilen wollen. Das russische Volk ist seit 14 Jahren in einem Höllental des Elends herumgeführt worden, das schlimmer ist als das Elend in der kapitalistischen Wirtschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Es wäre sicher töricht von uns, wenn wir mit einer gewissen Schadenfreude auf den Zusammenbruch der russischen Wirtschaft warten wollten. (Sehr wahr!) Das wäre, abgesehen von allem anderen, schon aus taktischen Gründen nicht angebracht. Die Bolschewiki haben zur Mißkreditierung der sozialistischen Idee in aller Welt so viel getan (sehr wahr!), daß wir Sozialisten wünschen müssen, es möchte ihnen auch einmal ein großer positiver Erfolg gelingen. Ich wünsche alles Gute für die russische Wirtschaft, aber wir sind gezwungen, die Nutzanwendung aus dem russischen Beispiel unter Berücksichtigung der ökonomischen und sozialen Struktur, die wir haben, zu ziehen, auch unter Berücksichtigung der Kulturhöhe unseres Volkes. (Zustimmung.) Soviel ist sicher: die deutsche

Arbeiterklasse würde sich in ein solches Elend nicht hineinführen lassen, sie würde nicht Jahrzehnte darin verbleiben, ohne sich gegen das Regime zu erheben. Es gäbe keine Gewalt der Diktatur, die eine Arbeiterklasse von der Aufklärung und von den Kulturbedürfnissen der deutschen davon abhalten könnte, sich gegen ein solches Regime mit Gewalt zu erheben. (Sehr wahr!)

Was müssen wir tun, Parteigenossen, wenn wir das russische Beispiel auf unsere Verhältnisse anwenden wollen? Wir müssen zuerst die verschiedenartige Struktur der beiden Volkswirtschaften miteinander vergleichen. In Rußland entfielen nach der Volkszählung vom Jahre 1925 nicht weniger als 87 Prozent der Bevölkerung auf die Landwirtschaft. Die soziale Revolution, die in Rußland für die Landwirtschaft durchgeführt worden ist, war eine verflucht einfache Sache — bis auf die letzten Jahre, wo man angefangen hat, auch dort große Dummheiten zu machen. Aber während des ersten Jahrzehnts und noch etwas länger bestand die soziale Revolution für die Landwirtschaft doch nur darin, daß man den Landproletariern, soweit der Boden ausreichte, ein Stück Ackerland gab und dann das Gebot aufstellte: Bleib auf dem Lande und nähre dich redlich! Man stellte einfach die These auf: Wer auf dem Lande lebt, der hat die Grundlagen seiner Existenz in der eigenen Hand, um den braucht sich die Gesellschaft nicht weiter zu kümmern. Damit war für sechs Siebentel des ganzen Volkes die soziale Frage vorläufig mal gelöst und das Experiment konnte sich auf das übrige Siebentel konzentrieren, auf den geringen Ausschnitt der Industrie- und Verkehrswirtschaft innerhalb der russischen Volkswirtschaft. Daß die soziale Frage nicht durch die Aufforderung: Bleib auf dem Lande und nähre dich redlich, gelöst wurde, wissen wir alle. Wie die russische Landwirtschaft von furchtbaren sozialen Krisen geschüttelt worden ist, wie die hungernden Massen, die verzweifelt in die Städte strömten, immer wieder erbarmungslos auf das Land hinausgejagt worden sind, ist bekannt.

Wir erkennen nicht an, daß die soziale Frage für die russische Bauernschaft gelöst sei. Aber, Parteigenossen, gemessen an dem, was in der russischen Industriewirtschaft geschehen ist, ist die Lage der russischen Landwirtschaft noch glänzend gewesen. Wenn wir das russische Beispiel nachahmen wollen, müssen wir fragen: wie wirkte es in der Industriewirtschaft? Da bedeutete es völlige Zertrümmerung des gesamten Produktionsapparates. Jahre hindurch sind die Leistungen der Industriewirtschaft auf einen lächerlichen Bruchteil dessen zusammengeschrumpft, was früher da war. Wenn die russische Industriearbeiterschaft in dem ersten Jahrzehnt ihres nachrevolutionären Daseins von dem hätte leben müssen, was sie selbst erzeugte, dann wäre sie durch Hunger und Verelendung dezimiert worden. Das ist aber das Problem für uns. Wie man mit einem einzigen Ruck eine Industriewirtschaft vom kapitalistischen auf das sozialistische System umstellen kann, das wissen wir nicht, und darüber gibt uns das russische Beispiel keine andere Antwort, als daß wir es so unmöglich machen können. Der Übergang ist gar nicht anders vorstellbar als in der Form eines Umwandlungsprozesses, und zwar in Etappen, ein Prozeß, bei dem die gesellschaftlichen Kräfte in der Wirtschaft sich fortgesetzt über die privatwirtschaftlichen Kräfte hinaus weiterentwickeln müssen, bei dem aber in jeder Situation die Wirtschaft selbst erhalten bleiben muß.

Das sind die Voraussetzungen für die Lösungen, die wir anwenden könnten. Wer etwa erwartet hat, daß ich ein geheimnisvolles Generalrezept aus meinem Manuskript hervorziehen und dem Parteitag vorlegen würde, und daß wir dann alle in dem beseligenden Bewußtsein nach Hause gehen könnten, das Allheilmittel für die Überwindung der ökonomischen Krise und die Verwirklichung des Sozialismus gefunden zu haben, wird enttäuscht werden müssen.

Wie kann die Krise überwunden werden? Ich bin nicht in der Lage, ein ganz neues Mittel, ein Generalrezept vorzulegen, das mit einem Schlage helfen könnte. Ich habe auch keine Vorstellungen von einer sogenannten

„revolutionären Aktion", mit der die Krise kurzerhand aus der Welt geschafft werden könnte. Ich kann nur Richtlinien angeben für eine Wirtschaftspolitik im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten. In der Resolution ist ein ganzer Katalog solcher Maßnahmen aufgeführt. Solange wir die kapitalistische Ordnung noch nicht beseitigt haben, müssen wir der Wirtschaft diejenigen Mittel sichern, die sie nach der kapitalistischen Wirtschaftstechnik gebraucht. Dazu gehört nach der gegenwärtigen Situation in erster Linie eine ausreichende Kapitalversorgung. Es ist unmöglich, aus der eigenen Volkswirtschaft heraus in kurzer Zeit ausreichendes Kapital herzustellen, denn das scheitert schon an der ganzen Konstruktion der kapitalistischen Wirtschaft selbst. Die Vorstellung, daß man die Kapitalbildung beschleunigen könne durch Einschränkung des Konsums hat ja durch die gegenwärtigen Zustände einen vollkommenen Zusammenbruch erlitten. Noch auf lange Zeit hinaus sind wir genötigt, den Weltkapitalmarkt in Anspruch zu nehmen, und unsere Politik muß danach gerichtet sein, diese Möglichkeiten zu erweitern und zu erleichtern.

Das führt uns auf den Boden der internationalen Politik. Die großen Stauungen im internationalen Kapitalverkehr sind wesentlich verursacht worden durch politische Faktoren, und die Gespanntheit der Weltpolitik verhindert auch, daß der Kapitalstrom wieder in normale Bahnen kommt. Wir müssen auf diesem Boden zusammenwirken mit der internationalen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und versuchen, in allen Staaten die nationale Politik in diesem Sinne zu fördern.

Neben der Forderung nach einer endgültigen Sicherung des Weltfriedens und der internationalen Abrüstung, neben der Forderung, daß die internationale Politik sich bewußt der Regelung des Kapitalstroms annimmt und Maßnahmen trifft gegen die Kapital- und Steuerflucht aus den einzelnen Ländern, haben wir auch klipp und klar die Forderung aufgestellt, daß ein Strich gemacht werden muß durch die Reparationszahlungen, und wir wissen, daß das nicht möglich ist, wenn nicht gleichzeitig ein Strich durch die internationalen Kriegsschulden gemacht wird.

Diese Forderung bedeutet keine Schwenkung in unserer Reparationspolitik. Wenn wir immer für eine Verständigung eingetreten sind, dann haben wir das getan, weil es der einzigste Weg war, um überhaupt zu einer Erleichterung und schließlichen Beseitigung der Reparationen zu kommen. Deshalb sind wir wie kein anderer berufen, angesichts der gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Lage Deutschlands, angesichts aber auch der Tatsache, daß nun ganz deutlich geworden ist, wie dieses Reparationssystem ein Störenfried für die ganze Weltwirtschaft ist, die Forderung nach Beseitigung der Reparationen zu stellen.

Für die innere Wirtschaftspolitik fordern wir eine scharfe Kontrolle des Monopolkapitalismus, und wir haben dafür ja schon einen fertigen Gesetzentwurf dem Reichstage vorgelegt. Wie wir international den Abbau der Zollmauern fordern, so fordern wir das selbstverständlich auch im Rahmen unserer internationalen Politik. Wir wissen, daß der Abbau der Zollmauern nicht mit einem Schlage bewerkstelligt werden kann, und daß wir das auch nicht einseitig von Deutschland aus machen können, wenn nicht die übrigen Staaten bereit sind, in der gleichen Linie mitzumachen. Wir müssen aber auf das entschiedenste protestieren gegen die deutsche Politik der letzten Zeit, die eine entgegengesetzte Tendenz eingeschlagen hat, und für agrarische Produkte in eine geradezu wahnsinnige Hochschutzzollpolitik hineingesteuert ist. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten der Landwirtschaft. Wir haben uns damit ja in Kiel sehr eingehend beschäftigt, und ich glaube nicht, daß das Agrarprogramm, das wir damals aufgestellt haben, revisionsbedürftig wäre. Wenn man nicht etwa die Meinung vertreten will, daß man nach der Entwicklung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse eine Landwirtschaft in Deutschland überhaupt nicht mehr halten könne — und diese Auffassung wird sicher niemand von uns vertreten — dann liegen die Möglichkeiten für eine vernünftige Agrarpolitik in unserem Agrarprogramm verankert.

Wir fordern weiter eine systematische Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik, eine planmäßige Auftragsregelung durch die öffentliche Hand. Je mehr die kapitalistische Wirtschaft bei der Gesamtregelung der Volkswirtschaft versagt, und wir haben gesehen, daß sie nach ihrer inneren Strukturveränderung immer mehr versagen muß, um so dringlicher wird diese Aufgabe für den Staat und die anderen Organe der Gesellschaft.

Aus demselben Grunde fordern wir eine Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf die Banken und die Kreditinstitute, um den Kapitalverkehr zu regeln und die verderblichen Fehlanlagen von Kapital zu verhindern. Wenn irgendwo das privatkapitalistische System versagt hat, dann sicher auf dem Gebiete des Kapitalverkehrs, und deswegen muß hier der öffentliche Einfluß eingesetzt werden.

Wir fordern einen weiteren Ausbau der öffentlichen Wirtschaft. Abgesehen von allem andern heißt auch das eine Verstärkung der Möglichkeiten, systematische Konjunkturpolitik zu treiben.

Die Forderung nach der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche habe ich schon ausführlicher begründet, ebenso die Notwendigkeit einer aktiven Lohnpolitik zur Erhöhung des Reallohnes und zur Verstärkung der Massenkaufkraft. Daß wir die Sozialpolitik und die sozialen Einrichtungen zu verteidigen haben, für ihren weiteren Ausbau kämpfen müssen, ist selbstverständlich, nicht nur aus sozialen Gründen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen.

Genossen, ich glaube, daß die Frage, ob man mit solchen Maßnahmen tatsächlich auf die Krise einwirken kann, unter uns gar nicht strittig ist, höchstens die, ob es neben den hier genannten noch andere Möglichkeiten gibt. Dann würde es eine dankbare Aufgabe der Diskussion sein, die Vorschläge noch zu ergänzen. Nur, Parteigenossen, lassen Sie uns darüber klar sein, daß es ein Generalrezept nicht gibt!

Es gibt nur eine Generalidee für uns, den Sozialismus. (Zustimmung.) Wenn wir aber diese Idee konkretisieren, wenn wir uns die Möglichkeiten der praktischen Aktion vorstellen, dann löst sich die Generalidee in ein System der praktischen Politik auf, das aus zahlreichen Einzelmaßnahmen besteht, die wir versuchen müssen, durchzusetzen.

Wenn nun in der Diskussion etwa gesagt werden sollte: ja, die Forderungen dieses Programms erkennen wir alle an; sie sind ganz schön und gut. Aber da heißt es Abbau der Zölle und in Wirklichkeit werden die Zölle ja fortgesetzt erhöht! Was bedeuten diese Forderungen, wenn wir doch nicht in der Lage sind sie durchzusetzen? Wenn Sie diese Frage aufwerfen wollen, dann möchte ich Sie allerdings bitten, das nicht bei meinem Referat zu tun, sondern vielleicht bei dem Bericht der Reichstagsfraktion. (Heiterkeit.) Natürlich müssen wir auch darüber diskutieren, aber hier habe ich nicht über die Möglichkeiten der praktischen Politik zu reden, sondern ich habe für die Wirtschaftspolitik Richtlinien und Zielpunkte aufzustellen. Dabei weiß ich selbstverständlich, daß das Maß und das Tempo dessen, was wir durchsetzen können, nicht durch Parolen bestimmt wird. (Sehr wahr!) Das hängt von dem Ausmaß der politischen Kraft ab, die wir einsetzen können.

Die Aussichten des Sozialismus. Aber, Genossen, wie sieht es denn dabei mit den Aussichten zur Verwirklichung des Sozialismus aus? In dem Chaos der gegenwärtigen ökonomischen Zustände empfinden wir bitterer als sonst, daß der sozialistischen Bewegung bisher noch nicht gelungen ist, das verderbliche kapitalistische System zu beseitigen. Heißt das aber, daß wir überhaupt noch nicht vorangekommen wären auf diesem Wege? Wer das behaupten wollte, würde nur beweisen, daß er die tatsächliche Entwicklung nicht erkennt oder nicht

begreift. (Sehr richtig!) Es ist nicht so, als ob nur erst die Keime einer künftigen sozialistischen Ordnung heute schon sichtbar wären.

Es sind bereits starke Fundamente und tragende Konstruktionen für den sozialistischen Bau der Zukunft vorhanden, und wenn die Nebel dieser ökonomischen Krise sich verzogen haben werden, dann wird man deutlich sehen, daß auch in dieser Zeit die sozialistischen Fundamente stärker, die kapitalistischen schwächer geworden sind.

Die kapitalistische Grundthese heißt: volle Unabhängigkeit der Wirtschaft vom Staat.

Wo ist die kapitalistische Freiheit geblieben? Heute sehen wir, daß überall in der Welt die Staatsmänner sich über die Überwindung der Krise mehr die Köpfe zerbrechen als die Privatwirtschaftler. Heute erkennen die Kapitalisten selber schon an, daß ihr eigenes System allein nicht mehr ausreicht, um die Wirtschaft in Ordnung zu halten, daß die gesellschaftliche Hilfe, die Hilfe des Staates gar nicht mehr entbehrt werden kann, daß nur mit dem Einsatz der gesellschaftlichen Macht, der gesellschaftlichen Organe, des gesellschaftlichen Willens die Funktion der Gesamtwirtschaft noch möglich ist.

Parteigenossen, wer wollte leugnen, daß das absolute und relative Anwachsen der öffentlichen und genossenschaftlichen Wirtschaft im Rahmen der kapitalistischen Gesamtwirtschaft fortgesetzt zunimmt und bereits eine große Bedeutung erlangt hat? Es ist vielen unserer Genossen nicht immer im Bewußtsein, daß unsere öffentlichen Wirtschaftsbetriebe bereits einen Gesamtumsatzwert von 13½ bis 14 Milliarden darstellen und damit ein wirtschaftliches Volumen repräsentieren, das ungefähr dem der gesamten deutschen Landwirtschaft entspricht, ein bereits sehr großer nichtkapitalistischer Sektor im kapitalistischen System.

Und diese Entwicklung wird ergänzt durch die innere Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft selbst, durch das Zurückdrängen der individuellen Unternehmerpersönlichkeit durch gesellschaftliche Unternehmungsformen. Es ist so, wie vor einer Reihe von Jahren schon der bürgerliche Professor Schmalenbach den Unternehmern zurief: Sie sind, wenn auch unbewußt, Vollstrecker des Testaments des großen Sozialisten Karl Marx.

Nicht zuletzt aber dürfen wir übersehen in der Entwicklung die Ausdehnung der sozialen Funktionen des Staates, den wachsenden Zwang für die Wirtschaft zu sozialen Leistungen. Sozialismus heißt Übernahme der Wirtschaft, um sie ausschließlich dem gesellschaftlichen, dem sozialen Interesse dienstbar zu machen. Wir sind in der Entwicklung noch nicht so weit, daß die Wirtschaft schon in den Händen der Gesellschaft liegt. Aber wir haben doch schon die Gesellschaftsordnung so weit umgestaltet, daß in einem ganz anderen Maße, als das früher denkbar erschien, die sozialen Opfer der kapitalistischen Wirtschaft von der Gesellschaft versorgt werden. (Sehr richtig!)

Hilferding hat schon in Kiel Karl Marx zitiert, der nach dem Zustandekommen des ersten Arbeitszeitgesetzes in einem kapitalistischen Staate diesen Vorgang als einen bedeutsamen und grundsätzlichen Sieg der politischen Ökonomie des Proletariats über die politische Ökonomie der Bourgeoisie kennzeichnete. Wir haben in der Folgezeit solcher Siege so viele errungen, daß uns der Blick für die grundsätzliche Bedeutung, nämlich der Überleitung zur sozialistischen Ordnung, allmählich verloren gegangen ist. (Sehr richtig!) Es hieße aber die großen historischen Erfolge unserer Bewegung verkleinern und unterschlagen, wenn wir uns dieser Tatsachen nicht immer bewußt sein wollten. Und das hat natürlich auch eine ungeheure praktische Bedeutung für die Arbeiterschaft.

So groß das Elend heute ist, um wieviel würde es noch größer sein, wenn die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung noch in ihrer ursprünglichen Gestalt bestände?

Was wurde in früheren Krisen für die Krisenopfer getan? Sie wissen, daß damals nur die erbärmliche und entehrende Armenunterstützung vorhanden war, aber beileibe nicht etwa für die Arbeitslosen, sondern nur für arbeitsunfähige alte und gebrechliche Leute. Um ein Bild von den Größenordnungen, die hier in Betracht kommen, zu geben, darf ich darauf hinweisen, daß einmal für das Jahr 1855, mitten in einer schweren Dauerkrise, ähnlich der heutigen, eine Statistik über die Gesamtkosten der Armenfürsorge gemacht worden ist. Im ganzen Reichsgebiet sind damals ganze 91 Millionen Mark für die Armenfürsorge ausgegeben worden. (Stürmisches Hört! Hört!)

Was den Arbeitslosen in der Vorkriegszeit an Unterstützung zur Verfügung stand, das waren allein die gewerkschaftlichen Unterstützungen, und wir waren sehr stolz darauf, diese soziale Versorgung durchgeführt zu haben. Aber um welche Summen handelte es sich dabei? Im Jahre 1907 zum Beispiel haben die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften insgesamt 5¼ Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben. Die Höchstsumme wurde im Jahre 1913, dem Jahre der höchsten Arbeitslosigkeit, mit 13 Millionen erreicht. Die Aufwendungen der staatlichen Arbeitslosenversicherung im Jahre 1930 haben sich auf rund 3 Milliarden belaufen! Die gesamten Aufwendungen der Krankenversicherung, Invaliden- und Angestelltenversicherung wie der Arbeitslosenversicherung betrugen im Jahre 1929 6968 Millionen, im Jahre 1913 waren es 1144 Millionen. Die Zuschußleistung aus öffentlichen Mitteln war 1913: 58½ Millionen; 1929: 1576 Millionen (Hört! Hört!)

Wenn ich auf diesen Fortschritt hinweise, dann nicht, um damit sagen zu wollen, daß wir auf diesen Lorbeeren ausruhen könnten. Nein, wir sind davon überzeugt, daß die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft damit noch längst nicht erschöpft ist, und daß anderseits mit dem vermehrten Zwange zu sozialen Leistungen auch die produktive Leistungsfähigkeit der Wirtschaft selbst gefördert wird. In diesem Zusammenhange aber muß die Arbeiterklasse begreifen, daß in diesen Dingen auch ein Stück verwirklichter Sozialismus steckt, und daß die Erweiterung der sozialen Funktionen der Gesellschaft eben auch Entwicklung zum Sozialismus bedeutet.

Dazu, Genossinnen und Genossen, gehören auch noch die psychologischen Voraussetzungen. Die materialistische Geschichtsauffassung erklärt das gesellschaftliche Bewußtsein aus dem ökonomischen Sein. Wenn das richtig ist, müßten wir annehmen, daß bei der immer deutlicher erkennbaren Unfähigkeit des kapitalistischen Systems das gesellschaftliche Bewußtsein sich in der Richtung einer Abkehr vom Kapitalismus umformen müßte. Sehen wir das? Wenn wir in das öffentliche Leben der Gegenwart hineinsehen, dann sehen wir eine starke „antimarxistische" Bewegung. Wenn uns auch die Tatsache, daß die kapitalistische Klasse in eine verstärkte Abwehrbewegung kommt, nur bestätigen würde, daß der Sozialismus auf dem Marsche ist, so könnte uns aber doch beunruhigen, daß zum erstenmal in der politischen Geschichte eine große Bewegung mit erheblichen Massen von Proletariern und proletarischen Mittelschichten gegen uns politisch ins Feld geführt werden kann. Aber diese Massen, die sich unter dem Hakenkreuz versammelt haben, sind wahrhaftig alles andere als Preiskämpfer für den Kapitalismus. Im Gegenteil. Sie sind in Bewegung gesetzt worden durch die radikalsten antikapitalistischen Parolen und Phrasen. Diese armen Teufel fühlen die brutale Faust des Kapitalismus im Genick, sie möchten sich davon befreien, aber sie wissen nur noch nicht wie.

Es kommt gar nicht darauf an, daß die nationalsozialistischen Phrasen von denen, die sie erfunden haben, nur als Aushängeschild benutzt und nicht ernst gemeint sind. Ich brauche mich hier mit der Lächerlichkeit dieser Phrasen, mit der Idee, den Kapitalismus zu erhalten und nur die Kapitalzinsen gesetzlich abschaffen zu wollen, nicht weiter zu beschäftigen. Von Wichtigkeit ist nur die Tatsache, daß die großen Hilfstruppen der antimarxistischen Bewegung von einer scharfen Feindschaft gegen das kapitalistische System erfüllt sind. Sie haben schon geletnt, den Kapitalismus zu verfluchen. Sie haben nur noch nicht den Sozialismus begriffen. (Sehr gut!) In der Geschichte unserer Bewegung war erst

der utopische Sozialismus, dann der wissenschaftliche, erst die gefühlsmäßige Ablehnung der geltenden Wirtschaftsordnung, dann das verständnismäßige Erfassen des Weges, der zum Ziele führt. Diese Entwicklung wird sich auch sicher bei großen Teilen der Massen, die heute zur Hakenkreuzfahne schwören, wiederholen, und dann dürfte sich herausstellen, daß im „Braunen Hause" in München letzten Endes mehr Rekruten für uns gedrillt werden als für den Kapitalismus. (Sehr richtig!)

Aber sehen wir weiter in die gesellschaftliche Ideologie der Gegenwart hinein. Wo gibt es denn überhaupt noch entschiedene Verteidiger dieses Systems, die es mit gefestigter Überzeugung vertreten, außer dem Kreis der unmittelbaren Nutznießer natürlich? Aber bei großen Teilen des selbständigen Mittelstandes und sogar bis weit in die Reihen des Unternehmertums hinein sind heute zum mindesten bange Zweifel entstanden, ob wirklich angesichts der gegenwärtigen Tatsachen das kapitalistische System der ökonomischen Weisheit letzter Schluß sei. Einen besonders starken Beweis für die Umwandlung der gesellschaftlichen Ideologie gegen den Kapitalismus und für eine neue Gesellschaftsordnung, die keine andere als die sozialistische sein kann, haben wir in den letzten Wochen erfahren durch den neuen Papstbrief. Da heißt es eindeutig:

„Sehen wir doch auf der einen Seite ungeheure Vermögen in der Hand ganz weniger Überreicher zusammengeballt, aber auf der anderen Seite eine unübersehbare Masse von Nur-Lohnarbeitern, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft. Eine Neuordnung der ganzen Wirtschaft ist daher unerläßlich."

Man rühmt ja der katholischen Kirche nach, daß ihre Führung immer eine gute Nase für gesellschaftliche Bewußtseinswandlungen habe, und deshalb ist dieser Stellungswechsel von einer nicht leicht zu unterschätzenden Bedeutung.

Wo ist die These von der Göttlichkeit der Wirtschaftsordnung geblieben und von der Unantastbarkeit dieser göttlichen Einrichtung?

Es ist schon ein Umschwung im gesellschaftlichen Bewußtsein da und das ist nichts anderes als der Reflex der ökonomischen Wandlungen.

Als der Weltkrieg tobte, haben alle Friedensfreunde und Vorkämpfer der Friedensidee die Köpfe hängen lassen und geglaubt, ihre ganze Arbeit sei endgültig verloren und vergeblich gewesen, die Völker würden nie vom Wahnsinn des Krieges befreit werden. Als der Krieg vorbei war, hat sich gezeigt, daß die furchtbaren Erfahrungen des Weltkrieges mehr für die Aufklärung der Völker getan haben als alle Friedensaufklärungen. (Zuruf: Noch nicht genug!) Nicht genug, aber doch schon so viel, daß in allen Teilen der Welt Millionen neuer Anhänger sich dem Ruf angeschlossen haben: „Nie wieder Krieg!". Wir dürfen darauf vertrauen, daß auch diese ökonomische Weltkrise in allen Ländern Millionen neuer Anhänger unter die Fahne des Sozialismus treiben und zu dem Ruf vereinigen wird: „Hinweg mit dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung! (Stürmischer Beifall.)

Aussprache zum Referat Tarnow

Ströbel (Chemnitz): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Nach den beinahe zweistündigen Ausführungen des Referenten stehen mir nur zehn Minuten zur Verfügung. Infolgedessen bin ich gezwungen, die Gegenstände, die ich behandeln möchte, nur stichwortartig zu berühren. Die deutsche Krise ist m. E. kein unvermeidliches Schicksal, so sehr sie mit dem Wesen des Kapitalismus und den Zuständen unserer gegenwärtigen Weltwirtschaft verbunden ist. Ich möchte

hervorheben, daß für Deutschland besondere Krisenumstände vorliegen, die mit den Krisenumständen anderer Länder nichts zu tun haben. Die Verschärfung der deutschen Wirtschaftskrise ist im wesentlichen die Folge einer gewissen kapitalistischen Selbstzerstörungswut in Deutschland. Nach dem Ruhrkriege haben wir eine Broschüre von Kurt Geyer erhalten, die im „Vorwärts"-Verlag erschienen ist, und in der davon die Rede war, daß Deutschland in die damalige Krise hineingeführt wurde durch die Tätigkeit dreier Verderber Deutschlands: Helfferichs, Havensteins und Stinnes'. Heute stehen wir vor einer ähnlich verhängnisvollen Wendung. Auch heute sind drei Verderber Deutschlands an der Arbeit: Schacht, Hugenberg und Hitler. (Sehr richtig!) Das Bedeutsame aber ist, daß diese drei Namen sehr gut durch die Namen dreier beliebiger Vertreter unserer heutigen Regierung ersetzt werden könnten (Sehr wahr!), weil die heutige Regierung leider zum großen Teil die Politik macht, die von Schacht, Hugenberg und Hitler gefordert wird.

Es ist falsch, immer nur auf die Weltkrise und auf die weltwirtschaftlich und weltpolitisch wirkenden Krisenursachen hinzuweisen; denn Amerika, England und Deutschland haben im einzelnen ganz verschiedenartige Krisenursachen. Der Bankkrach in Neuyork konnte Deutschland an sich nicht allzuviel schaden, höchstens, daß das verschleppte deutsche Kapital sich bei diesem Krach in Dunst und Rauch aufgelöst hat. Amerikanisches Kapital wäre im Gegenteil gerade infolge des Bankkrachs leichter für Deutschland zu haben gewesen (Zustimmung), wenn nicht Schacht, Hugenberg, Hitler und ihre Gesinnungsgenossen dafür gesorgt hätten, daß die für die Bekämpfung der Krise so notwendige Kapitaleinfuhr nicht erfolgte.

In bezug auf die deutsche Konsumschrumpfung ist die Weltagrarkrise und die deutsche Agrarkrise nicht von wesentlicher Bedeutung gewesen. Nach amtlichen Berechnungen kam gerade im Jahre 1930 nur ein Kaufkraftausfall von 500 Millionen gegenüber dem gesamten Kaufkraftausfall von 11,5 bis 13,5 Milliarden in Frage.

Die Ausfuhrstockung spielt als wesentliche Ursache für die deutsche Krise auch keine Rolle, weil sich ja in den letzten Jahren die deutsche Ausfuhr stark vermehrt hat, und erst im Jahre 1930, in der Zeit der sich bereits vorbereitenden Krise, zurückgegangen ist.

Wenn wir das alles berücksichtigen, so sehen wir, daß für Deutschland außer der Fehlrationalisierung, über die Tarnow bereits das Nötige gesagt hat, ganz besondere Umstände vorliegen. Ich möchte aber noch hervorheben, daß wir infolge der Fehlrationalisierung bereits 1926 eine Krise gehabt haben, und zwar eine Arbeitsmarktkrise, eine Arbeitslosigkeit, der erst die Produktionsstockung folgte, daß aber diese Krise rasch überwunden wurde, indem man ausländisches Kapital einführte und vor allem die Löhne nicht herabdrückte. Die wirklichen Krisenursachen sind Fehlrationalisierungen, die Freisetzung menschlicher Arbeitskräfte durch die Rationalisierung, die politische Unterbindung der Auslandskredite durch die bereits erwähnten Verderber Deutschlands, die kolossale Kapitalflucht und der seit 1929 einsetzende verhängnisvolle Lohnabbau.

Ferner ist festzustellen, daß diese Krise auch nicht durch einen Zuwachs der Erwerbstätigen verursacht worden ist, weil nach amtlichen Berechnungen im Jahre 1931 sogar eine Abnahme des Arbeitsangebots um 25 000 Personen eingetreten ist, seit 1926/27 aber ein Aufstieg der Produktion, nach dem Produktionsindex eine Steigerung gegenüber 1924 auf 101,8, also um nicht weniger als 73 Prozent.

Auch die Steigerung des Volkseinkommens ist zu erwähnen, und man könnte den Zahlen des Genossen Tarnow noch hinzufügen, daß nach den sehr sorgfältigen und bisher nicht widerlegten Berechnungen Woytinskys das Volkseinkommen sogar um 20 Milliarden höher war, nämlich mindestens 90 Milliarden betragen hat. Wir erlebten also eine Steigerung der Kapitalbildung, eine Steigerung

des Volkseinkommens; wir hatten eine blühende deutsche Wirtschaft, eine Hochkonjunktur, bis die drei Verderber Deutschlands durch die von mir kurz gekennzeichneten Maßnahmen dazu beitrugen, daß die durch weltwirtschaftliche Umstände mitbedingte Krise in Deutschland zu einer furchtbaren Zerstörung führte.

Die Gefahr, daß die drei Verderber Deutschlands ihr Werk vollenden und uns wirklich in eine Wirtschaftskrise stürzen, die nicht überwunden werden kann, die Gefahr, daß die Zahl der Arbeitslosen auf 6 bis 7 Millionen, vielleicht noch mehr, im nächsten Winter wächst, wird außerordentlich gesteigert durch die einsichtslose Politik, die auch von der Regierung Brüning getrieben wurde und die von sozialdemokratischer Seite leider nicht mit der gebührenden Energie gebrandmarkt und bekämpft worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich kann auf die Mittel zur Bekämpfung der Krise nicht näher eingehen; sie stehen sowohl in der Resolution des Parteivorstandes als in der Resolution, die von Graf und Petrich eingereicht worden ist. Ein wesentliches Moment der Krisenbekämpfung sehe ich darin, daß eine Kapitalinvestition in Höhe von mehreren Milliarden in der deutschen Wirtschaft erfolgen muß, um die vorgeschlagenen Notstandsarbeiten durchzuführen, durch die allein die Krise gemildert, vielleicht überwunden werden kann, da steuerliche Mittel während der Krise nicht in dem erforderlichen Umfange eingehen werden. Es wäre sehr gut und durchaus durchführbar, dem ins Ausland geflüchteten Kapital, das uns so bitter fehlt, eine Zwangsanleihe aufzuerlegen, die vielleicht eine Milliarde ergeben könnte. Außerdem brauchen wir dringend jene zwei Milliarden, von denen im „Daily Herald" usw. die Rede gewesen ist. Wollen wir diese zwei Milliarden hereinholen, dann müssen wir eine andere auswärtige Politik treiben, eine Politik des wirklichen Friedens, und wir dürfen friedenstörende Momente, wie das Zollunionsprojekt, nicht so fatalistisch und ohne Gegenwehr über uns ergehen lassen, wie es leider der Fall gewesen ist. Meiner Ansicht nach ist es ein Skandal, wie der „Vorwärts" diese für den Frieden Europas so bedeutsame Angelegenheit behandelt hat. Der „Vorwärts" hat überhaupt gar keine Stellung dazu genommen.

Dann müssen wir auf das achtgeben, was in Chequers geschieht. Jene verhängnisvollen Bestrebungen der Verderber Deutschlands, die zum Teil auch in der Regierung sitzen, müssen wir zurückweisen und bekämpfen, wir müssen einen Massensturm in Deutschland entfesseln, eine große politische und gesellschaftliche Bewegung zugunsten einer Anleihe entfachen, und dürfen uns, so wenig natürlich gegen eine Milderung der Reparationen einzuwenden ist, nicht in eine nationalistische Einheitsfront hineindrängen lassen, in der die Reparationsfrage in den Vordergrund gestellt wird. (Sehr richtig!)

Zum Schluß möchte ich hervorheben, daß auch die Zollunionsfrage noch nicht erledigt ist. Sie wird von dem Internationalen Gerichtshof behandelt; aber die Regierung Brüning hat erklärt, das sei eine juristische Frage. Nein, es ist keine juristische, sondern eine eminent politische Frage. Wir dürfen nicht wieder auf eine Art Lokalisierungsschwindel hereinfallen, wie er uns im Jahre 1914 so teuer zu stehen gekommen ist. (Zustimmung.) Wir dürfen uns nicht wieder einbilden, daß die Sache zwischen Deutschland und Österreich lokalisiert und auf ein rein juristisches Gleis abgeschoben werden könnte, sondern wir müssen hervorheben, daß wir die Kredite, die wir zur Ankurbelung der Wirtschaft brauchen, nur erreichen werden, wenn wir eine europäische Friedenspolitik treiben. Auf allen diesen Gebieten muß die Partei eine ganz andere Aktivität entfalten. (Beifall.)

Graf (Leipzig): Genossinnen und Genossen! Ich bin dem Genossen Tarnow für sein Referat dankbar, weil ich daraus nicht nur viel gelernt habe, sondern mich auch freue, mit welcher Energie er gegen die Wirtschaftsanarchie im Zeitalter des Kapitalismus zu Felde gezogen ist, zumal ich die Empfindung hatte, als ob bei ihm mittlerweile in dieser Beziehung aus einem Saulus ein Paulus geworden ist. Ich will mit ihm nicht über die Theorie in seinem Referat polemisieren, da ich weiß, daß in puncto Ursachen und Heilung der Wirtschaftskrise die Ansichten sämtlicher Theoretiker auch in unseren Reihen auseinandergehen und sich die Ansichten einzelner besonders in den letzten Jahren oft sehr geändert haben. Einige Punkte des Referats möchte ich aber herausgreifen.

Bei der jetzigen Wirtschaftskrise handelt es sich nicht nur um eine Konjunkturkrise, sondern um eine Strukturkrise in der Weltwirtschaft. Das ist deshalb von großer Bedeutung, weil die Folgen einer Strukturkrise Dauerwirkungen sind und sich nicht von heute auf morgen eliminieren lassen, und weil die Dauerwirkungen es sind, auf die wir uns besonders einstellen müssen. Tarnow hat sicherlich recht, daß auf diese Krisenzeit eine Periode der Hochkonjunktur oder besseren Konjunktur noch einmal und vielleicht wieder kommen kann. Aber zwischen zwei Konjunkturen liegen in Zukunft doch die Wirkungen der Strukturkrise, die in der nächsten Zeit das wirtschaftliche Niveau der Masse auf einem Tiefstand halten wird; das wird auch Genosse Tarnow nicht leugnen können.

Ich unterstreiche alles, was er über die Wirkung der Krise innerhalb der Industrie gesagt hat. Er hätte sich aber über die Krise in der Landwirtschaft stärker verbreiten sollen; denn die Wirtschaftsanarchie herrscht nicht allein in der Industrie, sondern in demselben Maße in Deutschland, vielleicht sogar in einem stärkeren Grad bei der Landwirtschaft. Hier gerade handelt es sich um Veränderungen, die nicht von heute auf morgen verschwinden werden.

Es ist richtig, daß die Industrialisierung heute die ganze Erde ergriffen hat, nicht allein in den Kolonialländern, sondern es sind, was ich für besonders bedeutungsvoll halte, nach der Balkanisierung Europas nach dem Kriege in den einzelnen kleinen Staaten verschiedene Industrien künstlich hochgepäppelt worden, und das wirkt wieder auf die Industrien in den verschiedenen kapitalistischen Ländern ein.

Zu dem Problem Sowjetrußland sollten wir uns sachlicher einstellen. (Bravo! und Händeklatschen.) Wir sollten uns gegenüber diesem Problem weniger pharisäerhaft verhalten. (Bravo!) Denn es gibt auch bei uns Elend, es gibt bei uns auch verelendete Massen, Wohnungsnot und Hunger — nicht allein dort drüben. (Sehr richtig!) Wenn wir den Verhältnissen in Sowjetrußland gerecht werden wollen, dürfen wir nicht die heutigen russischen Arbeiter mit uns vergleichen, sondern wir müssen das heutige Rußland mit dem zaristischen Rußland der Vorkriegszeit vergleichen. (Händeklatschen.) Wir müssen dabei bedenken, daß wir 4 Jahre Krieg erlebten, Rußland aber 8 Jahre, und unter anderen Umständen als wir. Wir müssen weiter bedenken, daß sich die wirtschaftliche Umwandlung in Rußland auf dem Wege der Selbstfinanzierung vollzieht, während seinerzeit die Industrialisierung der europäischen Staaten in erster Reihe durch fremde Finanzierung herbeigeführt wird. (Unruhe.) Jede derartige Selbstfinanzierung ist notwendigerweise mit einer Verelendung der Bevölkerung verbunden. (Stärkere Unruhe.)

In bezug auf die Agrarwirtschaft müssen wir bedenken, daß in vielen Ländern in der Nachkriegszeit die Latifundienwirtschaft auf der feudalen Basis zerstört wurde und der Kleinbauernwirtschaft Platz gemacht hat, daß aber die Latifundienwirtschaft und in manchen Gebieten die Kleinbauernwirtschaft mit Hilfe des Finanzkapitals auf dem Wege ist, wieder in eine Latifundienwirtschaft auf kapitalistischer Basis verwandelt zu werden.

Die Verlagerung der Agrarproduktion hat dazu geführt, daß bei einer niedrigeren Grundrente in den Überseestaaten viele Produkte billiger produziert werden können als bei uns. Die Folge davon ist, daß man bei uns die Agrarproduktion mit Hilfe der Zollgesetzgebung auf einem technisch und organisatorisch überholten Stand hält. In der Zeit von 1926/1927 bis Anfang 1931 ist der Weizenpreis auf dem Weltmarkt von 240 Mark per Tonne auf 100 Mark heruntergegangen, und in Deutschland in der gleichen Zeit von 250 Mark auf 340 Mark gestiegen. In der gleichen Zeit ist der Roggenpreis auf dem Weltmarkt von 212 Mark auf 70 Mark die Tonne gefallen, in Deutschland stieg er von 180 Mark

auf 250 Mark. Das ist Anarchie auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Eine Weizenproduktion bei 25 Mark Zoll ist gesellschaftlich überflüssig und bedeutet eine Vergeudung gesellschaftlicher Arbeit und einen Raubbau am Volksvermögen. (Sehr richtig!)

Auch bei der Konjunkturkrise, die niemand von uns leugnet, ist zu beachten, daß sie einen anderen Verlauf nimmt, weil der Kapitalismus mittlerweile andere Entwicklungsbahnen eingeschlagen hat. Die Technik schreitet so schnell vorwärts, daß das in einen Betrieb investierte Kapital oft noch nicht abgeschrieben ist, wenn der Betrieb schon wieder erneuert werden muß und neue Maschinen und neue Erfindungen eingebaut werden müssen. Dieses noch nicht amortisierte Kapital wird aber von dem heutigen Unternehmer in die Preiskalkulation einbezogen. Diese Entwicklung läßt sich vom privatkapitalistischen Standpunkt aus nicht anders durchsetzen als mit Hilfe einer Konzentration des Kapitals unter Aufrechterhaltung der hohen Preise.

Genosse Tarnow hat sehr richtig über die Rationalisierung gesprochen. In einer kapitalistischen Gesellschaft ist aber Rationalisierung immer eine Fehlrationalisierung, weil sie immer zugunsten des einzelnen Unternehmers erfolgt, während die Opfer der Rationalisierung der gesamten Gesellschaft zur Last fallen. Das hat niemand besser bewiesen als Otto Bauer in seinem jüngst erschienenen Buch: Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg. Die Ungerechtigkeit besteht vor allen Dingen darin, daß unsere heutigen Unternehmer die Lasten dieser Krise und ihrer eigenen Fehlrationalisierungen mit Hilfe ihres Einflusses auf die Politik auf die breiten Massen der Bevölkerung abwälzen können.

Genosse Ströbel hat sehr richtig gesagt, daß in diesem Zusammenhang auf die Fehler in der deutschen Politik in den letzten Jahren, aber auch auf die Fehler in unserer Politik aufmerksam gemacht werden müsse. Hierauf einzugehen wird an anderer Stelle der Ort sein.

Auch ich bin der Ansicht, daß wir noch nicht mit einem Zusammenbruch des Kapitalismus im Augenblick zu rechnen haben. (Hört! Hört!) Womit wir aber rechnen müssen, ist unter Umständen ein Zusammenbruch der Massen. (Sehr richtig!) Die Rebellionen, die in der letzten Zeit an den verschiedensten Stellen in Europa, Amerika und sonstwo erfolgten, sollten uns ein Menetekel sein. Und da kommt es darauf an, wenn sich die Massen in Bewegung setzen, wer sie führen wird. (Händeklatschen.) Es wird darauf ankommen, ob die Massen zu uns das Vertrauen haben oder zu Hitler oder zu Thälmann. Unsere Politik muß darauf eingestellt sein, daß wir die Führung behalten. Es kommt daher auch im Augenblick nicht darauf an, daß wir über die Güte des einen oder des anderen Krisenlinderungsmittels diskutieren. In der jetzigen Situation müssen wir uns darauf einstellen, daß alle Abwehrmaßnahmen **schnell** wirken. (Händeklatschen.)

Jenssen (Gera): Bei der weitgehenden geistigen Demokratie in unserer Partei glaube ich wohl, daß der billigen Broschüre, die in der Parteidruckerei über das Referat des Genossen Tarnow hergestellt wird, wenigstens bei der zweiten Auflage auch die Diskussion angehängt wird, damit sie den Parteigenossen im Lande zugänglich wird. Das stellt einen Minderheitsschutz dar, den der Genosse Breitscheid mit größtem Erfolg im Völkerbund für die Armenier vertrat. (Heiterkeit.)

Theoretische Ausführungen kann man in 10 Minuten nur in Bouillonwürfelform machen, die aber vom Parteitag nicht so gut verdaut werden.

Ich möchte zu einer Reihe von theoretischen Feststellungen sprechen, die Tarnow in zu ansprechende Bilder aufgelöst hat. Da wir keine kommunistische Partei sind, sind die kommunistischen Zukunftsvorstellungen für uns ohne Belang. Es sind deshalb auch wohl andere Leute damit gemeint gewesen. Kein Mensch von uns will den Zusammenbruch des Kapitalismus in einer Form, daß unter seinen Trümmern die Arbeiterklasse begraben wird, sondern wir wollen aus dem Kampf um den Umbau des Kapitalismus und aus dem Zusammenbruch gewinnen.

Wir wissen, daß diese Krise eine andere Krise ist. Aber wir sind nicht mehr in einer Sturm- und Drangperiode des kapitalistischen Lebens, wie sie Parvus in einer Broschüre: Die Gewerkschaften und die Handelskrise, geschildert hat. Wir bekommen nicht wieder eine solche Hochkonjunktur von 1895 bis 1914. Wenn wir die Krise mildern, wird die Arbeitslosigkeit bleiben, und die Tendenz zur Verelendung der Massen wird sich bei einzelnen Erfolgen selbst außerordentlich steigern. Daraus ergibt sich sowohl die ökonomische wie die politische Folgerung, daß wir die Erweiterung des gemeinschaftlichen Sektors in der kapitalistischen Wirtschaft mit aller Energie anstreben müssen und uns nicht damit beruhigen dürfen, daß die Kartelle und Trusts die Vorläufer des Sozialismus seien. Der Hilferding-Ledererſche Vorschlag der Sozialisierung der Kohlenindustrie unterscheidet sich doch wesentlich vom Kohlensyndikat. Wir müssen diese Ziele des Sozialismus als in Etappen zu erreichende Formen der Wirtschaft hinstellen, um durch die Einsicht die Kraft der Massen zu steigern. Wir leben in einer Zeit, wo die Einsicht der Massen eine viel größere Bedeutung hat, weil die politischen Möglichkeiten viel größer und verhängnisvoller sein können. Denn da dürfen wir eins nicht außer acht lassen, daß die Krise zwar im einzelnen gemildert werden kann und gemildert werden muß, daß aber heute der Sozialismus als eine Aufgabe vor uns steht, die wir mit allen Kräften lösen müssen, um den Zusammenbruch des Kapitalismus durch einen Umbau zu ersetzen. Soweit Zusammenbruchtendenzen da sind, müssen wir sie in politische Kraft transformieren. Das wird nur zu leicht vergessen und bei dem Tempo der Entwicklung nicht genügend beachtet, genau wie der alte Satz von Hegel, daß die Quantität in die Qualität umschlägt. Es ist etwas anderes, mit Brüning zu sozialisieren, als wenn man mit den Menschenmassen selbst gegen Brüning sozialisieren will zum Nutzen der Demokratie. Darauf kommt es nämlich an, daß wir erkennen, daß diese Krise zu mildern ist, daß aber der Sozialismus heute als eine ökonomische politische Aufgabe vor uns steht, die nicht nur agitatorische, sondern praktisch politische, theoretische und psychologische Bedeutung allerersten Ranges hat. Das bedeutet, daß zwischen Tarnow und mir eine ziemliche Übereinstimmung besteht, da auch er den Sozialismus anerkennt, daß er aber wohl im Tempo doch erheblich anderer Meinung ist.

Der Zusammenbruch wird vom Kapitalismus besorgt. Es wird sehr davon abhängen, wie weit es uns gelingt, die Massen gegen den Zusammenbruch zu mobilisieren. Deshalb dürfen wir bei dieser Krise nicht vergessen, daß es eine andere Krise ist und sie deshalb auch andere Mittel zur Bekämpfung erfordert, und daß das Ziel des Sozialismus heute eine ganz andere politische Bedeutung im Klassenkampf hat.

Für den Aufstieg ist das Elend allein nicht genügend, sondern Marx sagt: Aus dem Elend und aus der sozialen Erkenntnis muß eine organisierte und moralisch kräftige Arbeiterklasse erwachsen. Meine ablehnende Stellung gegen den Bolschewismus ist bekannt. Die Bedingungen der Sozialisierung in Westeuropa sind doch wesentlich andere als in Rußland. Wenn wir die Schlüsselindustrien und die wirklich rentablen Industrien in den Vordergrund rücken und nicht so peu à peu à la Wirtschaftsdemokratie, dann werden wir, wenn wir diese Ziele erreichen, eine ungeheure ökonomische Macht auch über den anderen Teil der Wirtschaft erreichen. Ich weiß die Wirtschaft zu schätzen, aber ohne Kampf gibt es nichts gegen die Kartelle zu erreichen. Wenn man den Massen nicht große Ziele zeigt, werden sie nicht mit der nötigen Energie kämpfen. Das Aktionsprogramm ist wichtig, aber nur als Etappenprogramm in den Grenzen, die der Aktion der Sozialisierung gesteckt sind. Die Sozialisierung ist ein Prozeß, aber in jedem Prozeß gibt es einen Moment, wo das Tempo den Charakter ändert, stehe die Rationalisierung, die durch ihr rasendes Tempo in ihrem Charakter gegen früher vollständig verändert ist. Deshalb täuschen wir uns nicht über die Gefahren, die uns im Winter drohen, über den Abbau der Sozialpolitik und die Krisenverschärfung! Alle diese schrecklichen Zustände wer-

den wir nur überwinden, wenn wir die Aktivisierung und Stärkung der Massenorganisationen mit der Losung erreichen: Sozialisierung als Ziel im Kampf um Etappen, Sozialisierung als praktische Aufgabe der sozialistischen Jugend, der Huysmans gestern das begeisterte Hoch brachte und die unsere Hoffnung ist, wenn wir sie mit dem Geist des Marxismus und dem Willen des Revolutionärs erfüllen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Crispien (Parteivorstand): Wenn Ströbel eine warme Stellungnahme der Partei zur österreichisch-deutschen Zollunion vermißt hat, so will ich auf die politische Seite dieser Frage, die bei einem anderen Punkt der Tagesordnung nachgeholt werden kann, nicht eingehen, sondern nur wirtschaftlich folgendes sagen: In unserem Aktionsprogramm steht die bekannte Forderung nach der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Darin ist die Stellung unserer Partei zu diesem Problem klar ausgesprochen. Damit sagen wir: Wir wollen einen Zusammenschluß aller europäischen Länder in einer großen Wirtschaftsgemeinschaft, nicht als eine Interessenten-Organisation gegen andere Kontinente, sondern im Dienst der internationalen wirtschaftlichen Solidarität. Darin liegt ferner, daß wir jede Tendenz der Auflösung der europäischen Völker in Interessengruppen innerhalb Europas bekämpfen, die sich durch Zoll- und Wirtschaftsgrenzen gegeneinander abschließen. Durch diese klare Stellungnahme können wir vor jeder Kritik durchaus bestehen. Wir werden jeden Zusammenschluß fördern, aber immer mit der Tendenz des Aufgehens aller Völker in die allgemeinen Interessen, die allein jedem Volk das Lebensrecht zu wahren vermögen.

Ich bestreite die These, daß wir uns jemals in Reparationsfragen in einer Einheitsfront mit den Nationalisten befunden hätten. Ich verweise darauf, daß die Reparationspolitik von uns Sozialdemokraten auf dem Wege der friedlichen Verständigung zwischen gleichberechtigten Völkern gegen alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme und auch gegen die Kommunisten durchgekämpft ist. (Sehr richtig!) Wir konnten diese Politik bisher aufrechterhalten. Ich hoffe, daß uns das auch in Zukunft gelingen wird.

Genosse Graf hat in unserer Stellungnahme gegen Rußland eine genügende Sachlichkeit vermißt. Ich vermisse leider viel an Solidarität nicht nur mit unseren Parteigenossen in Rußland, sondern auch an internationaler Solidarität mit dem gesamten russischen Proletariat. (Sehr richtig!) Ich verstehe nicht, wie ein Sozialdemokrat, der nicht oberflächlich und stimmungsgemäß, sondern in engster Zusammenarbeit mit den russischen Sozialdemokraten die Dinge in Rußland beobachtet, nicht hochgeht, wenn er daran denkt, auf wessen Kosten die wahnsinnigen bolschewistischen Experimente durchgeführt werden sollen. (Sehr richtig!) Wenn das Experiment von Sowjetrußland richtig ist, daß der Mensch Nebensache geworden ist, daß der Mensch nichts anderes ist als Objekt einer Machtpolitik, einer Clique von Führern, die sich auf nackte und brutale Gewalt stützen, dann hat der Sozialismus seinen Sinn verloren. (Sehr richtig!) Entweder die Bolschewisten haben recht, wenn sie die Menschen zugunsten einer forcierten, künstlichen Steigerung einzelner Produktionsgebiete innerhalb der gesamten Produktion in Rußland vergewaltigen. Oder aber unsere These ist richtig, daß der Sozialismus nicht ohne die bewußte, freudige Mitarbeit der breiten Massen und ohne die Achtung der Menschen verwirklicht werden kann. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Wer in diesen Kardinalfragen nicht unerschütterlich klar ist und fest bleibt, leistet der internationalen Arbeiterbewegung einen schlechten Dienst. (Sehr richtig!) Er beschönigt die Dinge, wenn er einer klaren Stellungnahme ausweicht, er verschleiert die großen prinzipiellen Gegensätze und trägt nicht dazu bei, daß verderbliche Erscheinungen so rasch wie möglich überwunden werden. Auch die These: In Rußland sind andere Verhältnisse als im Westen Europas, und wir haben keinen Grund, uns in diese Dinge einzumischen, die in Rußland vor sich gehen, wird von dem russischen Proletarier als eine Herabsetzung seiner Menschenwürde empfunden. Sie sagen, ein Sozialdemokrat muß die bolschewistischen Methoden für alle Völker und für alle Kontinente verwerfen. (Sehr richtig!) Man kann sie auch nicht damit zu entschuldigen versuchen, daß man sagt: Na ja, in Rußland leben die Menschen in halbbarbarischem Zustand, und deshalb kann man dort nur mit barbarischen und unmenschlichen Mitteln operieren.

Genosse Graf hat ferner behauptet, in der kapitalistischen Gesellschaft müsse jede Rationalisierung eine Fehlrationalisierung sein. Das ist der Standpunkt der Maschinenstürmer aus der vorsozialistischen Zeit und der Standpunkt Gandhis im heutigen Indien. (Sehr richtig! und Unruhe.) Wie kann ein geschulter Marxist eine solche These aufstellen! Die Rationalisierung ist ein Fortschritt in der Entwicklung der produktiven Kräfte. Genau wie seinerzeit die Maschine. Wobei wir nicht verkennen, daß die Rationalisierung, solange sie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft erfolgt, nach dem kapitalistischen Interesse orientiert ist und, absolut gesehen, zwar auch ein Fortschritt in der Produktionsentwicklung ist, aber auf Kosten der breiten Massen. Unsere Aufgabe muß es sein, die fortschrittliche Entwicklung durch unsere praktische Politik, durch unseren Kampf um die Macht zum Segen der Massen zu machen. (Sehr richtig!)

Genosse Graf schloß damit, daß er sagte, die Massen müssen entweder zur Sozialdemokratie oder zu Hitler und Hugenberg Vertrauen haben. Ob die Massen zur Sozialdemokratie Vertrauen haben, hängt nicht zuletzt von uns selbst ab. (Sehr richtig!) Wenn wir nicht selbst das Verständnis der Massen für die ungeheuer schwierige Position unserer Partei im gegenwärtigen Deutschland herbeiführen und das Vertrauen zu unserer Führung stärken, wie sollen wir das Vertrauen bei den Massen erringen, die heute noch in blindem Unverstand leben! (Sehr gut!) Wenn man nach Beispielen sucht, so kann ich auf Österreich und andere Länder verweisen, wo sich jeder Parteifunktionär verpflichtet fühlt, für dieses Vertrauen bei den Massen zu arbeiten. (Sehr richtig!) Bei uns haben es sich viele sehr bequem gemacht. Sie wirken als diejenigen, die keinerlei Verantwortung für die Politik und Taktik der Partei tragen. (Lebhafte Zustimmung.) Demgegenüber muß ich sagen: Ich kenne keinen Sozialdemokraten, der ein wirklicher Sozialdemokrat ist, der nicht von sich behauptet: Nicht die Führer, die Fraktionsgenossen im Reichstag sind die Verantwortlichen, sondern ich selbst bin genau so mitverantwortlich (Händeklatschen), ich bin bereit, diesen Teil der Verantwortung mit den anderen Genossen in allen Situationen zu tragen. Haben wir das ins Bewußtsein der Massen gehämmert, dann stehen wir stark genug da, um mit allen Widerständen fertig zu werden. (Bravo! und Händeklatschen.)

Petrich (Gera): Genossinnen und Genossen! Ich hatte nicht die Absicht, gegen die Ausführungen des Genossen Crispien zu polemisieren, aber das, was er zuletzt sagte, fordert doch den schärfsten Widerspruch heraus. (Sehr richtig!) Wenn er glaubt, daß die Meinungsverschiedenheiten, die in der Partei bestehen, nur daraus zu erklären wären, daß es Genossen gäbe, die sich vor der Verantwortung scheuten, dann glaube ich, sind Sie, Genosse Crispien, in einem schweren Irrtum. (Zurufe.) Der Genosse Crispien hat gesagt, es gäbe Parteigenossen, die glaubten, sie brauchten das, was von seiten der Fraktion und der Parteiführung geschehe, nicht mitzuverantworten! Wenn es sich um sachliche Unterschiede handelt, die in jeder Partei vorhanden sind, und wenn diese Unterschiede schon in der Auffassung der Massen selbst zum Ausdruck kommen, dann glaube ich, daß die Formulierung des Genossen Crispien völlig daneben geht. (Sehr gut!) Ich glaube, auf eine so bequeme Art kann man sich die Dinge doch nicht erklären. Die Ursachen liegen tiefer. Ich möchte den Genossen Crispien, den ich sonst sehr hoch schätze, bitten, die Ursachen der Krise sachlicher zu prüfen und nicht nur gegen bestimmte Genossen Angriffe zu richten.

Ich möchte sagen, daß eigentlich zwei Referate zur Diskussion stehen: das Referat des Genossen Wels von gestern und das Referat des Genossen Tarnow von heute. In dem Referat des Genossen Wels sind schon viele Fragen vorweggenommen, die den Parteitag beschäftigen werden. Es wurde eine sehr breite Darstellung über die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland gegeben, ebenso

über die Verhältnisse in Rußland. Ich glaube jedoch, daß ein wichtiger Punkt weggeblieben ist, nämlich die Stellung der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Politik, überhaupt die ganze Gefährdung der Sozialpolitik durch die ökonomische und politische Entwicklung in Deutschland. Das hätte zum Ausdruck gebracht werden müssen, denn ich glaube, daß dieses Problem die Massen brennend interessiert.

Das Referat des Genossen Tarnow enthält viel, dem man vorbehaltlos zustimmen kann. Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß Genosse Tarnow heute eine Auffassung über die Entwicklung des Kapitalismus vertreten hat, die wir bisher von ihm nicht kannten. (Zurufe.) Ich weise auf seine Ausführungen über den organisierten Kapitalismus hin, in Verbindung mit der Frage der Wirtschaftsdemokratie. In der Zeit der guten Konjunktur haben wir darüber andere Dinge gehört. Wenn der organisierte Kapitalismus, wie er sich uns heute darstellt, wie ihn Genosse Tarnow zum Ausdruck brachte, dann sind meiner Meinung nach alle weitgehenden Schlußfolgerungen weggefallen, die man in der Zeit der guten Konjunktur aus dem organisierten Kapitalismus und den Möglichkeiten der Wirtschaftsdemokratie gezogen hat. Trotz der weitgehenden Übereinstimmung mit dem, was Tarnow hier vorgetragen hat, sind wir doch nicht der Aufgabe enthoben, zu sagen, daß das, was wir heute zu hören bekommen haben, sehr stark wirklichkeitsfern gewesen ist. Ich bin gewiß kein Verächter der Theorie, aber man muß natürlich aus der Theorie auch die konkreten Schlußfolgerungen ziehen, um den Massen sagen zu können, was die Stunde geschlagen hat. Ich glaube, Genosse Tarnow, die Massen draußen warten ungeduldig darauf, daß wir ihnen sagen, welcher Weg aus dem gegenwärtigen Elend hinausführen kann. (Zurufe.) Das ist nicht mit der Klarheit und Nüchternheit zum Ausdruck gebracht worden, wie ich es erwartet habe. Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise zeichnet sich der Kapitalismus durch die höchste Aktivität aus, während die Massen die Krise und alles damit verbundene Leid, das die kapitalistische Regierung Brüning den Massen aufgepackt hat, hinnehmen müssen.

Parteigenossen, aus diesem Dilemma müssen wir in absehbarer Zeit herauskommen. Wir müssen den Massen einen Weg zeigen können, der wenigstens aus den Widersprüchen herausführt, in die wir uns verstrickt haben. Genosse Tarnow hat gemeint, das sei eigentlich die Aufgabe des Fraktionsberichterstatters. Ich glaube jedoch, daß neben dem Fraktionsberichterstatter auch Genosse Tarnow als Referent die Aufgabe hatte, uns einen Weg zu zeigen. Wenn es notwendig ist, neben den vielen ökonomischen Ursachen auch von den psychologischen Voraussetzungen der Krise zu sprechen, dann kommen wir auf den Punkt, wo wir durch unsere widerspruchsvolle Haltung gegenüber den gegenwärtigen ökonomischen Problemen in wachsende Schwierigkeiten geraten. Darüber täuschen uns keine noch so schönen Redensarten hinweg, Genosse Crispien.

Ich will mich konkreter ausdrücken. Wir erklären in der Presse und in Versammlungen, die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning sei nur geeignet, die Krise zu verschärfen, die Schwierigkeiten zu steigern, die Not ins Unendliche wachsen zu lassen. Auf der anderen Seite müssen wir diese Regierung tolerieren. Das ist der Widerspruch, in den wir in zunehmendem Maße hineingeraten sind. Wenn es uns nicht gelingt, Genossen, in absehbarer Zeit aus diesem unglücklichen Zirkel herauszukommen, dann sehe ich allerdings sehr skeptisch. Ich bin nicht so optimistisch wie der Genosse Crispien. Wir haben hier mit der Wirklichkeit und mit der Einstellung der Massen zur Wirklichkeit zu rechnen. Deshalb unterstreiche ich mit allem Nachdruck, daß wir unsere Kraft darauf konzentrieren müssen, wie wir aus der gegenwärtigen unhaltbar gewordenen Situation herauskommen.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit zum Schluß auf unsere Wirtschaftsresolution hinlenken. Wir gehen in ihr in wesentlichen Punkten über das hinaus, was Genosse Tarnow formuliert hat. Ich möchte nur auf die Kartellkontrolle hinweisen. Das, was der Genosse Tarnow darüber gesagt hat, kann sich kein Mensch konkret vorstellen. Wir sagen von der Kartellkontrolle, daß sie mit dem Ziel in Angriff genommen werden müsse, die Kartelle und Konzerne in Körperschaften der öffentlichen Wirtschaft überzuleiten. Ich wollte nur auf diesen Punkt hingewiesen haben, um Ihnen zu zeigen, daß wir nicht nur Ausstellungen zu machen haben, sondern auch praktische Vorschläge machen. Wir brauchen dreierlei: Klarheit, Sammlung und Kühnheit. (Beifall.)

Bieligk (Leipzig): Genossen! Der Genosse Crispien hat recht scharfe Worte gegen Genossen Graf gefunden, der nichts anderes verlangt hat, als daß die Sozialdemokratische Partei gegenüber den russischen Problemen künftig eine sachliche Haltung einnehmen solle. Auch wenn der Genosse Crispien gegen diesen Vorschlag mit noch so viel Lungenkraft vorgeht, dürfen wir doch die Tatsache nicht übersehen, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern immer größere Massen von Arbeitern wieder eine gewisse Hoffnung bekommen, wenn sie nach Rußland sehen. Wir dürfen nicht übersehen, daß deutsche Arbeiter in den letzten Monaten nach dem 14. September sich den Kommunisten in größerem Umfange zugewandt haben als vorher. Das ist nicht allein wegen ihrer Enttäuschung über die Politik der Sozialdemokratie geschehen, sondern meiner Ansicht nach auch deshalb, weil sie glaubten, daß von Rußland aus irgendeine Erleichterung der Wirtschaftskrise kommen könnte. Wir können die Verhältnisse nicht so wie bisher von einer einzigen Seite ansehen, sondern wir müssen die wirklichen Verhältnisse in Rußland sachlich und gerecht untersuchen. Ich persönlich weiß mich bestimmt frei von jeder kritiklosen Begeisterung gegenüber Rußland, ich halte es aber für außerordentlich gefährlich, wenn in der deutschen sozialdemokratischen Presse jeder ungünstige Vorgang, der sich irgendwo in Rußland feststellen läßt, mit einer unendlichen Schadenfreude aufgemacht wird, wenn die Arbeiterklasse in den Kampf gegen Sowjetrußland geführt wird, statt in den Kampf gegen den Faschismus.

Genossen, der Fünfjahresplan, der jetzt in Rußland durchgeführt wird, hat, wie ich weiß, bei vielen Arbeitern und auch in anderen Kreisen die Auffassung hervorgerufen, daß in Rußland ein gewaltiger Versuch unternommen wird, daß vielleicht sogar durch ihn die Schwierigkeiten überwunden werden können. Der Genosse Otto Bauer (Wien), gewiß ein unverdächtiger Zeuge, hat in seinem neuesten Buche über die Rationalisierung und Fehlrationalisierung ein ganz anderes Urteil gefällt, als es viele von uns tun. Bauer ist anderer Meinung als Crispien, der eben gesagt hat, daß durch den Versuch mit dem Fünfjahresplan der ganze Sozialismus diskreditiert würde. Bauer sagt wörtlich:

> Der Sieg der Reaktion in Rußland würde das Proletariat, die privilegierte Klasse des Sowjetsystems, blutiger Rache, grausamer Unterdrückung preisgeben. Die Reaktion in Rußland würde die Reaktion in der Welt stärken. Der Zusammenbruch des großen Versuches würde den Glauben an die Möglichkeit einer sozialistischen Produktionsweise in der ganzen Welt für geraume Zeit erschüttern.
>
> Aber so ungeheuer groß diese Gefahren sind — je weiter die Periode, innerhalb derer der Fünfjahresplan durchgeführt werden soll, fortschreitet, desto eher erscheint es doch denkbar, daß die Sowjetunion durch die Zone der größten Gefahr unerschüttert hindurchkommen, daß sie das mit dem Fünfjahrplan gesteckte Ziel annähernd erreichen wird.

Das klingt anders, als es eben der Genosse Crispien gesagt hat! Ich kann aber bei der Kürze der Zeit nichts mehr darüber sagen.

Wir alle wissen, Parteigenossen, daß der Versuch des Fünfjahresplans den russischen Arbeitern schwere Opfer auferlegt. Die Erwerbslosenunterstützung in Rußland ist beseitigt, eine große Lebensmittel- und Bedarfsmittelknappheit ist zum Teil die Folge dieses Versuches. Ich weiß auch, daß unsere Parteigenossen in Rußland mit dem schärfsten Terror niedergehalten werden, daß gerade dieser Terror die Entwicklung der russischen Arbeiterschaft außerordentlich hemmen

muß. Wir alle sind uns einig, daß wir gegen diesen Terror schärfstens protestieren müssen. Aber wenn wir diese Stellung einnehmen, dann dürfen wir nicht andererseits an die Seite der bürgerlichen Hetze gegen Sowjetrußland treten. Wir müssen, so unangenehm das manchen sein mag, immer noch auf dem Boden der Beschlüsse des Kongresses von Marseille stehen, bei dem die Solidarität der gesamten internationalen Arbeiterklasse mit dem revolutionären Rußland und seinem Proletariat zum Ausdruck gekommen ist. Wir müssen auf das entschiedenste alle Versuche zurückweisen, die deutsche Politik irgendwie an der Seite der anderen Mächte gegen Sowjetrußland einzustellen. Wenn ihr dieser Meinung seid, Genossen, dann weise ich euch darauf hin, daß eine ganze Reihe von Artikeln des Sozialdemokratischen Pressedienstes vorgelegen hat, die sich in einer so niedrigen Hetze gegen Sowjetrußland gefallen haben, wie sie niemals in der sozialdemokratischen Presse hätte getrieben werden dürfen! (Sehr wahr!) Wir wenden uns auf das entschiedenste dagegen. Auch für die Bekämpfung der Wirtschaftsanarchie ist es nicht gleichgültig, welche Haltung die deutsche Sozialdemokratie gegenüber der Sowjetunion einnimmt. Wenn es richtig ist, was Genosse Tarnow sagte — und es ist richtig —, daß Rußland jetzt ein großes Höllental darstellt, so darf nicht vergessen werden, daß dieses Höllental auch anderswo zu finden ist. Was heute Millionen von Arbeitern in allen Ländern der Welt erleben müssen, sollte uns doch dazu zwingen, daß wir uns auch auf dem Parteitag für wirtschaftspolitische Maßnahmen entschließen, die geeignet sind, diese Qualen wenigstens in Deutschland zu verkürzen. Wir müssen dadurch mit dazu beitragen, die Arbeiterklasse der politischen Macht zuzuführen, unsere Organisationen zu aktivieren, damit die Arbeiterklasse eher an die Macht kommt. Wir müssen auch in ganz anderem Maße als bisher dem Kampfe der sowjetrussischen Arbeiter im Aufbau des Sozialismus Helfer und kein Gegner sein! (Beifall.)

Mäder (Altenburg): Aus den bisherigen Darlegungen geht in aller Deutlichkeit hervor, daß sich die Partei in einer außerordentlich bedrängten Lage befindet. Ich bin der Überzeugung, daß es notwendig ist, den Ursachen dieser Bedrängnis mit aller Gründlichkeit nachzugehen. Die politische Krise, in der wir uns befinden, ist eine beinahe zwangsläufige Folge der gegenwärtigen ökonomischen Krise. Ich bin deshalb der Auffassung, daß die Partei ihren grundsätzlichen Standpunkt gegenüber der Krise deutlich aufzeigen sollte. Ich gehe im folgenden auf die Darlegungen des Genossen Tarnow kurz ein. Genosse Tarnow hat heute eine ganze Anzahl von politischen und ökonomischen Maßnahmen angegeben, die nach seiner Meinung angewandt werden müssen, um die augenblickliche Krise zu mildern. Darüber hinaus aber will das Proletariat vom Parteitag etwas Grundsätzliches hören. Es will hören, wie der Sozialismus aussieht, dem es entgegengeführt werden soll, um zu erkennen, inwiefern unsere Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise von den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Reformvorschlägen abweichen.

Einen Teil der vorgebrachten Krisenerklärungen halte ich für falsch. Ich bin nicht der Auffassung, daß Überproduktion eine Ursache jener unerhörten Krise sei, in der wir uns befinden. Wenn einerseits zahlreiche Warenlager überfüllt sind, auf der anderen Seite aber 5 Millionen Arbeitslose hungern, so liegt das vorwiegend daran, daß die vorhandenen Waren nicht so ausgetauscht werden, wie es notwendig wäre. Rationalisierung ist ja im Grunde genommen das wirtschaftliche Entwicklungsprinzip vom Steinbeil bis zur modernen Maschine. Ich bin deshalb der Meinung, daß diejenigen, die die Rationalisierung für die Krise verantwortlich machen wollen, sich im Grunde genommen die Argumente der Maschinenstürmer zu eigen machen.

Die Behauptung, die Kriegswirkungen und die großen Reparationszahlungen seien schuld an der Krise, lehne ich ab. Ich erinnere daran, daß auch Amerika und neuerdings auch Frankreich Arbeitslosigkeit haben, vom Siegerlande England mit seinen 2¾ Millionen Arbeitslosen gar nicht zu reden. Auch eine Reihe anderer Erklärungen des Wesens der Krise kann ich nicht unterschreiben. Genosse Naphthali hat am 25. Januar 1931 vor den Berliner Funktionären der Metallarbeiter erklärt: „Ich habe keine Vorstellung davon, was in Deutschland oder den modernen Industrieländern dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft in diesem Augenblick folgen sollte.“ Es ist meiner Ansicht nach sehr notwendig, daß wir in dieser Zeit, da die Partei in eine absolute wirtschaftspolitische Passivität geraten ist, uns vergegenwärtigen sollten, was zu geschehen hat, wenn die Partei zur politischen Macht kommt.

Es ist eine ganze Anzahl von Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht worden. Ich halte die meisten von ihnen lediglich für Milderungsmaßnahmen, die zum Teil zwar durchaus empfehlenswert sind, die aber nicht eine grundsätzliche sozialistische Lösung bedeuten. Die Preisabbaupropaganda war eine üble Illusion. Wer geglaubt hat, daß der Arbeiterschaft dadurch geholfen werden könnte, muß nunmehr erkennen, daß der Lohnabbau dem Preisabbau — wie immer — weit vorausgeeilt ist, und daß dadurch das Elend der Arbeiterschaft gesteigert wurde. Der internationale Gewerkschaftskongreß in Stockholm hat sich im Vorjahre auf den Standpunkt der Stabilisierung der Kaufkraft des Goldes gestellt. Dieser Kongreß und ebenso die internationale Krisentagung des IGB. und der SAJ., die vor einigen Monaten in Zürich stattgefunden hat, kamen zu der Überzeugung, daß das ewige Auf und Ab der Preise krisenverschärfend wirken muß. Auf diese wichtigen Momente hätte Genosse Tarnow heute eingehen müssen.

Ich halte die 40-Stunden-Woche für eine Solidaritätsmaßnahme, die aber nicht im geringsten neue Arbeitsgelegenheiten schafft. (Zurufe.) Sie legt das Elend nur auf die noch in Arbeit Stehenden um und ist zwar als eine vorläufige Hilfsmaßnahme, nicht aber als eine Maßnahme zur endgültigen Überwindung der Krise anzusehen. Weiterhin ist das neunte Schuljahr als Kampfmittel gegen die Krise vorgeschlagen worden. Es wurde erklärt: Wir wollen einen weiteren Jahrgang der jungen Generation in die Schule schicken. Man erwartet dadurch eine Entlastung des Arbeitsmarktes. Ich begrüße diese Forderung aus pädagogischen Gründen der Massenbildung durchaus, bin aber nicht der Meinung, daß man dadurch, daß die Hungernden in die Schule geschickt werden, das Problem der Krise an der Wurzel packt.

Ich komme zu dem Problem, das mir besonders wichtig erscheint. Genosse Tarnow ist auf die währungs- und geldpolitischen Fragen nicht eingegangen. Wir leben, wie das Internationale Arbeitsamt, ebenso aber auch die Gewerkschafts- und die Partei-Internationale wiederholt festgestellt haben, in der Zeit einer enormen Goldaufwertung. Das zwangsläufige Ergebnis der Goldwährung ist heute eine Deflation. Die Nazis behaupten, wir wollten das Finanzkapital nicht bekämpfen. Gottfried Feder hat die Behauptung aufgestellt, nur Nationalsozialisten seien in der Lage, das Elend der Arbeitslosigkeit finanzpolitisch zu überwinden. Ich glaube, nach den Auseinandersetzungen zwischen Feder und dem Genossen Nölting lohnt es kaum noch, auf die Inflationstendenzen der Nazivorschläge einzugehen. Ich halte diese Vorschläge für geradezu verbrecherisch. Ich halte aber auch das für sinnlos, was die Russen währungspolitisch getan haben. Ich war 1926 selbst in Rußland, wo ich Gelegenheit hatte, mich mit dem russischen Finanzminister über die Probleme der aktuellen russischen Finanz- und Währungspolitik zu unterhalten. Ich sehe eine ganze Fülle der ökonomischen und sozialen Fehlschläge der russischen Politik darin begründet, daß auf dem Gebiete der Währungs- und Finanzpolitik geradezu tolle Bocksprünge gemacht wurden. Auch wenn die Produktionsmittel zu 100 Prozent verstaatlicht würden, was übrigens für die Sowjetunion keineswegs zutrifft, wäre es — wie Rußland beweist — dennoch nicht möglich, die kapitalistische Ausbeutung völlig zu beseitigen. Wenn heute in Rußland die Finanzkapitalisten 16, 18 oder 20 Prozent Zinsen, also arbeitsloses Einkommen beziehen, trotz der angeblich sozialistischen Tendenz des Aufbaues, so kann man darüber nur verwundert sein.

Der angebliche Aufbau der Sowjetunion vollzieht sich einseitig zu Lasten der Arbeiterklasse. Man beutet die Arbeiter auf das schlimmste aus und versucht auf diese Weise mit Unterstützung jener üblen Dumpingwirtschaft, die Rußland gegenüber Westeuropa treibt, die russischen Verhältnisse zu sanieren. Die unsoziale Tendenz der russischen Wirtschaftspolitik erklärt sich vor allem daraus, daß die Währungspolitik und damit der Güteraustausch in Rußland vollkommen versagt hat.

Ich habe einen Antrag zur Währungspolitik eingebracht, der hinreichend unterstützt ist. Die Besprechung dieses Antrages wird mir hoffentlich Gelegenheit geben, auf die Irrungen der deutschen Finanz- und Währungspolitik einzugehen.

Abschließend möchte ich sagen: Es kommt mir darauf an, daß wir als Sozialdemokraten jene großen währungs- und finanzpolitischen Ziele verfolgen, die die Gewerkschaftsinternationale, die englische Arbeiterpartei und das Internationale Arbeitsamt vertreten, nämlich das Ziel einer Stabilisierung der Preise und damit einer Belebung der Wirtschaft. Weiterhin aber erscheint mir notwendig zu zeigen, wie in Deutschland unter den gegebenen Verhältnissen aktive Konjunkturpolitik getrieben werden könnte.

Marie Juchacz (Parteivorstand): Parteigenossen und Parteigenossinnen! Es ist nicht meine Absicht, mich an der Auseinandersetzung über das Referat des Genossen Tarnow zu beteiligen. Ich gestatte mir nur einleitend ein paar Worte zu der Materie und habe im übrigen etwas zu dem Antrage Nr. 186 zu sagen. Mancher von uns wird sich mit dem Fünfjahresplan und der einschlägigen Literatur beschäftigt haben. Von mir kann ich erklären, daß auch ich Respekt vor der grandiosen Leistung habe, zu der das russische Volk mit gewaltigen Staatsmitteln gezwungen wird, daß mir aber auch das ungeheure Elend des russischen Volkes, das aus dieser Literatur hervorgeht, doch zu denken gegeben hat. Ich frage mich, ob ein anderes Proletariat der Welt, das nicht, wie das russische, gezwungen ist, eine ganze Wirtschaftsepoche zu überspringen, überhaupt noch in der Lage wäre, ein so unsägliches Elend zu erdulden, wie es dem russischen Volke und ganz besonders den russischen Frauen, heute beschieden ist. Wir stellen uns sicherlich nicht auf die Seite der „bürgerlichen Hetzer" (Sehr wahr!), wie ein Vorredner sagte. Von ihnen kann man wohl sagen, daß sie, soweit sie den kapitalistischen Kreisen angehören, die russische Entwicklung nicht nur begrüßen, sondern auch als Beispiel für die deutschen Verhältnisse nehmen möchten. Ich unterstreiche das, was der Genosse Crispien zum Ausdruck gebracht hat, daß wir Solidarität mit den russischen Arbeitern empfinden müssen. Aber auch mir drängt sich oft der Vergleich zwischen dem Frühkapitalismus und der heutigen Epoche auf, und ich meine, daß wir, die wir so lange in der sozialistischen Bewegung stehen und uns auf dem Boden bewegen, den uns die Vorkämpfer des Sozialismus geschaffen haben, doch allerlei aus der Vergangenheit gelernt haben müßten.

Nun aber zu der Resolution zur Frage der Frauenerwerbsarbeit. Zu ihr möchte ich sagen, daß sie eigentlich eine Selbstverständlichkeit darstellt, und auch in dem Referat des Genossen Tarnow — wenn auch unausgesprochen — bejaht wurde! Wir betonen diese Selbstverständlichkeit nur noch einmal und bestätigen damit das, was der vorige Parteitag in Magdeburg beschlossen hat. Es darf auch in dieser Frage kein Sonderrecht oder, wie ich sagen möchte, kein Sonderunrecht für die Frauen geben. Vor allem betonen wir, daß wir der Reaktion nicht zu Willen sein dürfen in ihrem Bestreben, noch weitere Zersplitterungstendenzen in die Arbeiterschaft hineinzutragen. Den Frauen, die unter der gegenwärtigen Wirtschaftslage besonders leiden, kann man nicht helfen, indem man sie willkürlich der Erwerbsarbeit entzieht, sondern nur durch die sozialpolitische Gesetzgebung. Aber diese Frage steht bei dem Bericht der Reichstagsfraktion mit zur Debatte.

Den Parteigenossen und Parteigenossinnen möchte ich nur empfehlen, in der Bekämpfung einer falschen Ideologie mehr Intensität anzuwenden. Das ist

der Grund, aus dem heraus wir diese Entschließung eingebracht haben. (Beifall.)

Vors. **Lipinski** teilt vor der Mittagspause noch mit, daß Begrüßungsschreiben gesandt haben die Sozialdemokratische Partei Finnlands, die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und die Sozialdemokratische Partei Ungarns, die alle drei bedauerten, keine Vertreter zum Parteitag entsenden zu können. Außerdem habe der Arbeiter-Radiobund dem Parteitag seine Grüße entboten.

Redner gibt weiter bekannt, daß die Vorsitzenden des Parteitages dem Polizeipräsidenten von Leipzig und den Polizeivollzugsorganen den Dank für die Unterstützung bei der gestrigen Demonstration, vor allem für die Wegräumung der Verkehrshindernisse, zum Ausdruck gebracht hätten.

Darauf tritt die Mittagspause ein. (Pause von 13 bis 15 Uhr.)

Nachmittagssitzung

Die Aussprache zu Punkt 1 der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Dittmann (Parteivorstand): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich glaube, daß der Parteitag sich dazu beglückwünschen kann, das vorzügliche Referat des Genossen Tarnow an den Anfang seiner Verhandlungen gestellt zu haben (Sehr richtig!), und ich muß bekennen, ich hätte gewünscht, daß von den Genossen, die in der Vormittagssitzung gesprochen haben, und die zu denen zählen, die gestern abend ein Korreferat zu dem Referat des Genossen Tarnow forderten, zum Ausdruck gebracht worden wäre: Wir sind angenehm überrascht von dem Referat des Genossen Tarnow; ein Korreferat ist nicht notwendig. (Zustimmung.) Leider haben die Genossen diesen moralischen Mut nicht aufgebracht, und deshalb haben ihre Ausführungen auf mich, aber ich glaube auch auf manche anderen Delegierten, zu einem guten Teil einen recht gequälten Eindruck gemacht. (Sehr wahr!) Zu einem großen Teil waren es wirklich nur Verlegenheitsreden. Ich wenigstens habe aus diesen Reden nicht entnommen, daß dem Referat des Genossen Tarnow ein grundsätzlich anderer Standpunkt entgegengestellt worden wäre. Das Referat des Genossen Tarnow war durchleuchtet von den Gedankengängen des grundsätzlichen Marxismus, und ich habe nicht gehört, daß die Ausführungen Tarnows durch diese Diskussionsredner eine grundsätzliche Bereicherung erfahren hätten.

Genosse Petrich sprach davon, daß die Auffassungen, wie sie Genosse Tarnow in seinem Referat vortrug, bisher nicht von ihm gehört wurden. Das liegt wohl daran, daß Genosse Petrich und seine Freunde leider die Ohren nur immer dann spitzen, wenn sie glauben, Gegensätze herausarbeiten zu können. Sollte es nicht angebracht sein, sich trotz der Gegensätze in Einzelfragen vor allen Dingen an das zu erinnern, was uns allen gemeinsam ist? Dann würde von vornherein eine psychologisch günstigere Stimmung für den Genossen Petrich und seine Freunde auch auf diesem Parteitag geschaffen worden sein. Genosse Petrich sagte, man solle mit der Wirklichkeit rechnen, man solle Rücksicht nehmen auf die Einstellung der Massen. Das ist gewiß richtig; aber das darf doch nicht bedeuten, daß die Massen, die aus dem Instinkt, dem Gefühl heraus urteilen, weil sie sich durch die kapitalistische Wirtschaftsanarchie und das Wirtschaftselend mit Recht bedrückt fühlen, zu der Ansicht kommen, daß sie die Führung zu übernehmen hätten. Es ist die Aufgabe derjenigen, die mit der Führung der Partei betraut sind, den Massen ihr tieferes Wissen, ihre größeren Erfahrungen zu übermitteln, um auch ihnen die sozialistische Erkenntnis, die die Führer sich in jahrzehntelanger Arbeit haben aneignen können, einzuimpfen, und dann mit ihnen gemeinsam die notwendigen Kämpfe zu führen.

Genosse Mäder sprach davon, daß Genosse Tarnow eine ganze Reihe von Maßnahmen genannt habe, die die Krise augenblicklich mildern könnten, daß die Arbeiter aber wissen wollten, wie der Sozialismus aussehe, den wir ihnen als

Ziel zeigten. Ich erinnere die älteren Genossen in diesem Saale, die sich bereits in der Vorkriegszeit in die Ideenwelt des Sozialismus haben einarbeiten können, daran, daß die Sozialdemokratische Partei es stets abgelehnt hat, ein Phantasiegebilde zu malen, den Massen eine Fata Morgana vorzuführen. In den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts haben wir im Reichstag tagelange Debatten über den Zukunftsstaat gehabt. Bebel und andere führende Genossen haben unsere Gegner verhöhnt, weil sie von uns ein Detailbild des Zukunftsstaates verlangten. Wir stehen doch auf dem Boden der organischen gesellschaftlichen Entwicklung. Wir wollen aus den Zuständen, die wir vorfinden, heraus eine bessere Gesellschaftsordnung entwickeln. Wir wollen nicht erst alles niederreißen, um aus einem Nichts etwas Besseres aufzubauen, sondern wir wollen die gegenwärtigen Verhältnisse vorwärts entwickeln und können deshalb nur die allgemeine Richtung, die Tendenz angeben, die uns leitet. Wir müssen uns davor hüten, auf lange Sicht Detailmalerei zu treiben. Das, was mit Recht von uns gefordert werden kann, ist, daß wir in der Gegenwart alles, was in unseren Kräften steht, tun, um die augenblickliche Lage der Massen zu verbessern und zugleich die Möglichkeit zu schaffen, in der Zukunft das kapitalistische Wirtschaftssystem zu überwinden und die sozialistische Gesellschaftsordnung anzubahnen. Ich freue mich besonders darüber, daß Genosse Tarnow in seinem vorzüglichen Referat auch die Grenzen unserer Wirksamkeit aufgezeigt hat und nicht die Illusion hat aufkommen lassen, als ob es ausschließlich an unserem Willen läge, ob wir dies oder jenes tun oder nicht.

Genosse Bielig hat sich als Diskussionsredner vor allem gegen den Genossen Crispien gewandt und von ihm eine objektivere Stellung gegenüber Rußland gewünscht. Ach, lieber Genosse Bielig, lesen Sie nur einmal die Rede nach, die Crispien im Jahre 1920 im Reichstag gehalten hat, zu einer Zeit, als Genosse Crispien und ich von Moskau zurückgekommen waren, wo wir im Auftrage der USP.-Zentrale an den Verhandlungen mit der Dritten Internationale teilgenommen hatten! Kontrollieren Sie einmal, ob Sie jemals den Zuständen in Rußland objektiver gegenübergestanden haben als Crispien in dieser Rede! Vor einem müssen wir die deutschen Arbeitermassen behüten, vor der Illusion, daß wir in Deutschland das russische Beispiel nachahmen könnten. (Zustimmung.) Das ist es ja, was auf manche Arbeiter faszinierend wirkt, die glauben: wenn man in Deutschland nur die Courage gehabt hätte, im Jahre 1918 alles, was irgendwie nach bürgerlicher Gesellschaft aussah, zu vernichten und wie in Rußland einen Neuaufbau in die Wege zu leiten, wäre jetzt alles anders. Ich kann Ihnen einen Kronzeugen dafür anführen, daß die Dinge in Rußland nicht nur in dem Sinne, wie Genosse Tarnow in seinem Referat ausgeführt hat, sondern auch in einem ganz anderen Sinne mit den Zuständen in Deutschland gar nicht vergleichbar sind. Als Crispien und ich 1920 in Moskau waren, haben wir mit dem damaligen Außenminister Tschitscherin auch über den grundlegenden Unterschied in dem Verhältnis der Entente gegenüber Rußland und gegenüber Deutschland gesprochen. Dabei brauchte Tschitscherin ein paar prächtige Bilder. Er sagte: das Verhältnis der Entente zu Rußland kann man etwa damit vergleichen, daß man mit der geballten Faust gegen einen großen, gefüllten Gasballon stößt; solange die Faust den Ballon berührt, ist eine Beule da; ist die Faust zurückgezogen, dann ist auch die Beule weg; aber in bezug auf Deutschland kann man vielleicht sagen: ihr seid zu vergleichen mit einem Manne, dem ein stärkerer Mann die Hand an die Kehle gelegt hat und ihm die Kehle zudrückt, sobald er muckt. Diese Bilder treffen genau das vollkommen andere Verhältnis der früheren Entente gegenüber Rußland und gegenüber Deutschland. Wir in Deutschland sind nicht nur innerpolitisch, sondern auch außenpolitisch in einer ganz anderen Zwangslage als Rußland. Wir haben auch 1918 nicht die Möglichkeit gehabt, die wirtschaftlichen und politischen Dinge so umzugestalten, wie wir es etwa für richtig hielten. Deshalb sollte man sich davor hüten, bei den deutschen Arbeitermassen die Illusion zu erwecken, daß wir das russische Beispiel

nachahmen könnten, wobei ich schon aus Zeitmangel nicht darauf eingehen kann, ob aus inneren wirtschaftlichen und sozialen Gründen wir dazu in der Lage wären.

Da meine Redezeit abgelaufen ist, möchte ich die Genossen zum Schlusse nur noch bitten, das Referat des Genossen Tarnow in der Agitation in den nächsten Wochen und Monaten als Grundlage für die Aufklärung der Massen zu verwenden und mit diesen Gedankengängen vor allem auch an die Indifferenten und entwurzelten Existenzen aus dem Lager des Mittelstandes heranzugehen, die heute noch dem Faschismus nachlaufen. Tun wir das, dann dürfen wir überzeugt sein, daß unsere Agitation von Erfolg gekrönt sein wird. (Lebh. Beifall.)

Ziegler (Breslau): Genossinnen und Genossen! Ich will über die Krise keine theoretischen Erörterungen anstellen, nachdem Genosse Tarnow und auch die Diskussionsredner in ganz vorzüglicher Weise die Ursachen der Krise darzulegen versucht haben. Ich komme aus einer Stadt, in der die Arbeitslosigkeit schon früher in einem größeren Umfange eingesetzt hat als in anderen Großstädten, aus Breslau. Vielleicht ist die Stimmung der dortigen Arbeiter auf die längere Entbehrung infolge der Arbeitslosigkeit zurückzuführen, die sich auch innerhalb unserer Parteiorganisation auswirkt. Wir haben in Breslau 63 000 Arbeiter und Arbeiterinnen die sich als arbeitslos beim Arbeitsamt gemeldet haben. Jeder dritte Einwohner Breslaus — Kinder, Frauen und Greise eingeschlossen — lebt von Unterstützungen. Bei uns werden etwas mehr als 25 000 Arbeitslose von der Arbeitslosenversicherung unterstützt, vom Wohlfahrtsamt der Stadt fast 25 000 Arbeitslose. Ich befürchte, daß die Entwicklung in den anderen Großstädten ähnlich werden wird. Breslau steht vor dem finanziellen Zusammenbruch und kann, wenn nicht eine Änderung der Gemeindefinanzen eintritt, die Arbeitslosen aus eigenen Mitteln nicht mehr unterstützen. Was dann werden wird, wissen wir alle nicht. Allmählich müssen diese Opfer der Wirtschaftskrise bei den kärglichen Unterstützungen und bei dem fortgesetzten Abbau der Unterstützungssätze verhungern; aber ich befürchte, daß sie nicht freiwillig dieses Schicksal hinnehmen werden, sondern genau so auftreten werden wie die Frontsoldaten kurz vor dem Kriegsende, daß sie trotz aller Propaganda gegen den Sturz dieser Wirtschaftsordnung versuchen werden, wenn es auf friedlichem Wege nicht geht, durch schärferen Druck auf die anderen Kreise ihre Lage zu ändern. In Breslau ist die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter weit größer als die Zahl der beschäftigten Metallarbeiter, und zwar schon seit Jahr und Tag. Außerdem haben auch die beschäftigten Metallarbeiter unter dem Lohndruck, der besonders im letzten halben Jahr stark eingesetzt hat, sowie unter der verkürzten Arbeitszeit schwer zu leiden. Die Stimmung dieser Menschen kann sich nur der vorstellen, der täglich mit diesen verzweifelten Massen zu arbeiten hat. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen auf der Galerie.) Die Stimmung der Arbeitermassen ist nicht so, wie sie der Genosse Tarnow in seinem sonst vorzüglichen Referat zum Schluß skizziert hat. Bei den Massen wird es einen Sturm der Entrüstung hervorrufen, wenn wir ihnen, wie es der Genosse Tarnow gesagt hat, sagen wollten: wir müssen uns auch als Arzt fühlen, der den kranken Patienten heilen soll. Diese Stellungnahme halte ich für falsch, und sie kann m. E. von unserer Partei nicht vertreten werden. (Erneute lebhafte Zustimmung und Händeklatschen auf der Galerie.) Wir sind draußen die Arbeitermassen erst recht halten diesen Patienten, den Kapitalismus, für unheilbar. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir den Kapitalismus, wenn er schwankt, nicht stützen und heilen sollen, um ihn zu halten (Sehr richtig! auf der Galerie), sondern daß wir ihn stürzen und beseitigen sollten. (Stürmische Zustimmung auf der Galerie.) Wie kann ich als Sozialist erklären: ich will den Kapitalismus mit zu heilen versuchen? Wenn ich mithelfe, den Kapitalismus zu stärken, dann kann ich nicht ernsthaft für den Sozialismus Propaganda machen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen auf der Galerie.)

Vorsitzender **Wels** (unterbrechend): Mir ist bereits Vormittag gesagt worden, daß die Stellungnahme zu den Ausführungen bestimmter Diskussionsredner weniger aus dem Saale kommt als von der Galerie. Das ist auch schon auf früheren Parteitagen der Fall gewesen. Wir sollten im Saale deswegen nicht unruhig werden; denn wir wissen, daß junge Leute leicht das Bedürfnis haben, Beifall zu klatschen. Aber das spielt keine Rolle für die Beschlüsse des Parteitags.

Ziegler (Breslau) fortfahrend: Es muß unser Wille sein, um im Bilde des Genossen Tarnow zu bleiben, den Kapitalismus zu vergiften, wenn wir die Möglichkeit dazu haben. Wir müssen dieses Scheusal, das schuld ist an aller Not und Entbehrung der Massen und an allem Unglück der Menschheit, in die Wolfsschlucht werfen.

Auch wir haben Verantwortungsbewußtsein. Es fragt sich nur, wem gegenüber es da sein soll. Ich halte es für falsch, wenn eine Regierung eine Notverordnung erläßt, in der die Arbeitslosen und Kranken schwer benachteiligt werden, uns zu fragen, wie wirkt die Ablehnung dieser Notverordnung auf die Regierung Brüning und diese und jene bürgerlichen Partei. Wir haben nur zu fragen, wie diese Notverordnung auf die Arbeiterklasse wirkt. (Unruhe.) Wir haben nur zu fragen, ob solche Notverordnung der proletarischen Klasse nützt oder schadet, ob sie den proletarischen Klassenkampf stärkt oder schwächt. Danach müssen wir unsere Stellung einrichten. Vielfach ist es aber leider so, daß gefragt wird, was tut Brüning, wenn die Notverordnung abgelehnt wird. (Unruhe.) Dagegen richtet sich die Stimmung draußen bei den Massen. (Zurufe und Bravo!)

Dr. **Nölting** (Frankfurt a. M.): Wenn der Genosse Tarnow heute morgen auf die Professoren geschimpft hat, so weiß ich durchaus, daß deshalb der Professor nicht auf den Gewerkschaftsführer schimpfen darf. (Heiterkeit.) Ich beschränke mich darauf, neben der ökonomischen Vernunft, die er mit gutem Recht für sein Referat reklamierte, als Gratiszugabe den Professor zur Verfügung zu stellen und ich hoffe, daß er diese Morgengabe nicht ausschlägt. Wenn man den Genossen Tarnow hört, hat man übrigens den Eindruck, daß er für den Doktor h. c. reif ist, und ich kann ihm in aller Freundlichkeit nur sagen: Seien Sie vorsichtig, sind Sie erst einmal auf dieser schiefen Ebene, gibt es kein Halten! (Heiterkeit.)

Von der ökonomischen Betrachtungsweise des Genossen Tarnow fiel ein außerordentlich interessantes Licht auf die nationalsozialistische Bewegung. Diese Erkenntnis richtig angewandt, dürfte sehr fruchtbare Agitationsmöglichkeiten gegen den Nationalsozialismus abgeben. Denn wir kommen nicht weiter, wenn wir den Nationalsozialismus nur als ein Produkt der Gasse, als Resultat rüder Verhetzung hinstellen, ihn nur als eine Erscheinung eines wirtschaftlichen Nihilismus begreifen, sozusagen als schillernde Giftblume über den Sümpfen der Wirtschaft. Mir scheint vielmehr der Nationalsozialismus die erste, wenn auch mißgeleitete Form der sozialen Rebellion der kapitalistischen Zwischenschichten zu sein. Das verschafft ihm in unseren Augen Interesse. Diese Krise ist von anderen Krisen dadurch unterschieden, daß sie nicht nur die beiden Pole der Gesellschaft erfaßt und durchradikalisiert, sondern daß hier zum erstenmal auch die kapitalistischen Zwischenschichten betroffen werden, die im Spätkapitalismus in den Mahlstrom der Proletarisierung hinabgerissen werden. Das Wichtige ist für uns in diesem schmerzhaften Prozeß, wenn er auch zunächst sehr krause Blüten treibt, daß sich hier die seelische Ablösung weiter Kreise, die wir unmittelbar von ihm nicht abzubinden vermocht haben, vom Kapitalismus vollzieht.

Der Kapitalismus verliert in der Demokratie seine Massengrundlage. Es gibt für ihn zwei Möglichkeiten, dieser höchst fatalen Entwicklung entgegenzuarbeiten. Entweder rückt er von der Demokratie ab — weite Kreise der Bourgeoisie belasten sich heute mit putschlüsternen Stimmungen —, oder er

versucht, unter Trugparolen sich eine Landsknechtstruppe zu werben und zu erhalten. Es ist interessant, daß man mit hundertprozentig bürgerlichen Parolen eine Massensammlung im großen heute nicht mehr vornehmen kann. Man kann heute mit der Parole von der Monarchie nur noch einen Kinderkreuzzug auf die Beine bringen, man erfaßt auch keine Millionenmassen mehr mit der Parole von der Heiligkeit des Privateigentums, mit der man noch bei der Fürstenabfindung erfolgreich arbeiten konnte. Heute kann man auch mit der außenpolitischen Formel: Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen nichts mehr zuwege bringen. Wir sollten diesen starken Trumpf immer gerade gegen den Nationalsozialismus ausspielen. Heute muß sich auch Adolf Hitler bereits als einen verwachsenen Enkelknirps von Karl Marx ausgeben, wenn er die Massen noch bei sich behalten will. (Heiterkeit.) Es gibt ein Wort des Dichters Richard Dehmel, daß auch die Fratze für den Gott zeugt, den sie entstellt. Nichts beweist so sehr, daß sich die Zeit den Idolen auf unserer Front entgegenneigt, als daß auch der Gegner bereits zu heuchlerischem Lippendienst für unsere Ideale gezwungen wird. Tarnow hatte vollkommen recht: diese kleinbürgerlichen Massen sind sozialistisch bereits infiziert.

In ihrer Wertung fängt auch der Kapitalismus allmählich an, problematisch zu erscheinen. Es ist für uns ungeheuer wichtig, daß diese Massen den Kapitalismus jetzt schon als Ausbeutungswirtschaft empfinden. Sie hören immerhin die Glocken läuten, wenn sie auch noch nicht wissen, wo die Glocken hängen. Mögen sie vorläufig davon reden, daß alles schaffende Kapital von dem raffenden ausgebeutet wird! Mögen sie noch nicht erkennen, daß im Kapitalismus jeder Arbeitende von dem Besitzenden ausgebeutet wird. Schon die tatsächliche Anerkennung der Ausbeutung ist für uns wichtig. Daß die überkommene Welt nicht mehr als gut empfunden, sondern zur Diskussion gestellt wird, beweist, daß unsere Ziele reifen. Diese Leute empfinden ihre Proletarisierung noch nicht als Schicksal, sondern als Schicksalsschlag und suchen nach einem Sündenbock: die einen finden ihn in den Juden, die anderen im Youngplan, die dritten in der marxistischen Mißwirtschaft, die vierten sagen, das demokratisch-republikanische System sei schuld — alles Falschbuchungen, aber die ersten sozialen Rebellionen trafen immer am Schuldigen vorbei. Ich sehe aber die Zeit kommen, wo sich die Identität von sozialer Lebensrealität und Bewußtseinslage auch bei diesen Schichten einstellt. Dann, Genossen, ist unsere Stunde gekommen. Noch suchen diese Massen die Welt, die ihnen äußerlich längst versunken ist, in ihrem Bewußtsein zu verteidigen. Noch sperren sie sich in ihrem Bewußtsein gegen die Tuchfühlung mit dem Arbeiter. Aber nach der materialistischen Geschichtsauffassung kann dieses Nachhinken des Bewußtseins kein Dauerzustand sein. Deswegen kommt alles darauf an, daß unser Haus genügend soziale Weiträumigkeit aufweist. Das möchte ich mit Nachdruck einigen Parteifreunden von der anderen Schattierung — von Richtungen darf man ja nicht mehr reden — (Heiterkeit) sagen. Es ist für unser politisches Handeln ungeheuer wichtig, in Rechnung zu stellen, daß in der Zeit von 1907 bis 1925 die Arbeiterschaft die Mehrheit unter den Erwerbstätigen verloren hat. Um 1907 machte die Arbeiterschaft noch 56 Prozent unter den Erwerbstätigen aus, 1925 nur noch 45,6 Prozent. Das bedeutet, daß die nur-proletarische Arbeiterfront allein nicht mehr ausreicht, wenn wir bei der Demokratie stehen bleiben wollen. Selbstverständlich bleibt das Proletariat die Kerntruppe, aber eine Fronterweiterung muß vollzogen werden. Noch ist die Sicht durch den Krisennebel erschwert. Aber je tiefer es in den Kapitalismus hineingeht, desto klarer formieren sich die Fronten. Bilden sich erst die Großfronten, dann ordnen sich allmählich auch die Bewußtseinsinhalte. Es bildet sich immer deutlicher die Front der Arbeit gegen den Besitz, des Arbeitseinkommens gegen die Rente, der Schaffenden gegen die Ausbeuter. Für uns handelt es sich jetzt darum, wie wir die größere Masse der Arbeitnehmerfront in Bewegung bringen.

Der Genosse Graf warf nun die sehr wichtige Frage auf, wer diese mobilisierten größeren Massen führen wird. Das wird sehr von uns abhängen. (Sehr gut!) Wir können auch einen Verwilderungszustand bei den Massen erzeugen, in dem sie uns automatisch entgleiten müssen. (Sehr richtig!) Deshalb meine Bitte, keine Trugillusionen erwecken (Sehr gut!), auch nicht von der endgültigen Krise zu sprechen. Ich sage deutlicher als Tarnow, ich weiß, daß dies nicht die letzte Krise des Kapitalismus sein wird. Wenn ich in einem Sommer ein Gewitter von bisher unbekannter Stärke erlebe, so prophezeie ich auch nicht gleich den Weltuntergang. Auch die andere Trugillusion von dem Arbeiterparadies Rußland dürfen wir nicht rühren. Deshalb schon ist jede Parallelanwendung der Zustände bei uns und in Rußland falsch, weil es hier und dort um völlig andere Aufgaben geht. (Sehr richtig!) Drüben muß eine unzureichende Produktionsbasis erst ausgereckt werden. Deshalb ist eine Konsumdrosselung, mag sie noch so brutal und grausam sein, in Rußland vielleicht richtig. Bei uns ist die Situation aber die, daß wir einen überdimensionalisierten Produktionsapparat haben und es darauf ankommt, daß wir die Nachfrage von der Kapitalgüterproduktion auf die Konsumgüterindustrie umlenken. Selbst wenn drüben also der Fünfjahresplan — mit drei Fragezeichen! — gelingen sollte, können wir von dort nichts automatisch übernehmen, weil ihre Problematik nicht die unsere ist.

Deshalb bitte ich nochmals: keine unerfüllbaren Versprechungen. Unerfüllbare Versprechungen sind das fürchterlichste Dynamit für jede Bewegung. (Sehr gut!) Der aufgepulverte Radikalinski von heute ist der Deserteur von morgen. (Händeklatschen). Keine Elanlähmung! Nicht die tiefen Feuer im Sozialismus erlöschen lassen! Aber auch keine Bewußtseinsverwilderung in den Massen hervortreiben! Zielgläubigkeit selbstverständlich! Aber Genossen auch Wegbereitschaft, Wegewissen und Wille zum Weg. Sozialismus als Traum ist schon 2000 Jahre alt. Ihn träumen heute auch die anderen. Das hat sich seit dem Kriege geändert. Aber was uns und nur uns eignet, und was wir deshalb klar herausstellen sollten, ist: Sozialismus als Wachstumsidee. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Kirchner (Bautzen): Die Ausführungen des Genossen Ziegler waren etwas demagogisch gehalten. Tarnow hat nicht gesagt, daß man die kapitalistische Wirtschaft wie einen kranken Menschen heilen will, sondern er führte aus, daß man, um die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu bessern, die jetzt bestehende Wirtschaftsordnung einigermaßen auf die Beine zu bringen versuchen müsse. Auch dem Genossen Ziegler würde es nicht gelingen, jetzt auf einmal eine tatsächliche Besserung für die Arbeiterschaft herbeizuführen. Wir können heute nicht auf einmal den Sozialismus oder die sozialistische Gesellschaftsordnung einführen. Wenn wir bis zur endgültigen Klärung warten sollten, würden wir Arbeiter am meisten darunter leiden. Ich habe nicht nur mit der Arbeiterschaft Fühlung, sondern bin einer von den 5 Millionen Erwerbslosen, und zwar schon seit dreiviertel Jahren. Trotzdem mache ich mir keine Illusionen, daß man uns von heute auf morgen andere gesellschaftliche Verhältnisse schaffen könnte.

Tarnow hat in allen Zügen das getroffen, was uns bewegt. Die Hauptsache ist, daß Parteivorstand und Fraktion und ADGB. auf das, was Tarnow ausgeführt hat, Rücksicht nehmen; dann wird auch für die Arbeiterschaft einmal eine Besserung eintreten.

Von der Fraktion und im Parteivorstand ist darauf zu achten, daß in dieser Wirtschaftskrise von der jetzigen Regierung Maßnahmen verlangt werden, die Krise zu verhindern. Ist es nicht ein Hohn, daß uns Arbeitern im vergangenen Herbst von Preissenkung und Lohnabbau gesprochen wurde. In Wirklichkeit ist von oben herab nichts in dieser Hinsicht geschehen. Ich bin der festen Überzeugung, es kann keine Preissenkung eintreten, wenn nicht die Regierung den Mut hat, oben abzubauen, mit den Kapitalzinsen herunterzugehen, die die Geschäftswelt im allgemeinen tragen muß. Auch bei den Genossenschaften bleibt, weil diese Zinsen gezahlt werden müssen, der Unkostensatz derselbe. So kann keine Gesundung der Wirtschaft eintreten. Unsere Korporation ist verpflichtet, auf diesen Unsinn hinzuweisen.

In die Entschließung des Parteivorstandes und Ausschusses müßte noch der Gedanke hineinkommen, daß die Sozialdemokratische Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften erkannt haben, daß diese Krise zu 50 Prozent von dem Großkapital und der Reaktion bewußt betrieben wird, um die Arbeiterorganisationen systematisch zu vernichten. Diese Krise soll die Vorwärtsbewegung der Arbeiterschaft unterbinden, woran jene Kreise ein bestimmtes Interesse haben. Wie sind die finanziellen Verhältnisse bei den Gewerkschaften und der Partei? Beide Körperschaften und auch die Genossenschaften können die Wirtschaftskrise nicht mehr auf lange Dauer ertragen. Ich weiß, daß, wenn 300 Marken zu 20 Pfennig in einer Periode geklebt werden, 400 Erwerbslosenmarken geklebt werden. Wo soll das auf die Dauer hingehen. Die Arbeiterschaft sieht mit Grauen dem Endziel entgegen, daß auf diese Art und Weise ihre Bewegung vernichtet werden soll. Hier heißt es: Augen auf! Ich bitte, daß der Satz in der Entschließung mit festgelegt wird, daß der Parteitag erkannt hat, daß diese Krise von der Reaktion betrieben wird, um die Vorwärtsbewegung der Arbeiterschaft zu vernichten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Kleineibst (Löbau): Man hat dem Genossen Tarnow mit Recht zugestimmt, als er am Schluß seines Referats erklärte, daß er kein Rezept zur Behebung der Wirtschaftskrise zu geben habe, sondern nur Einzelforderungen präsentieren könne. Dann ist es eine Ungerechtigkeit, von einem Redner, der nur 10 Minuten zur Verfügung hat, ein ausführliches, positives Programm — es geschah durch Zwischenrufe — zu verlangen. Damit ist noch nachträglich die Berechtigung und Forderung eines Korreferats dargetan. Wir können nur durch Einzelreden sozusagen ein Mosaik herstellen, aus dem sich die Genossen ein Gesamtbild zurechtkonstruieren müssen. Es kommt niemandem von uns darauf an, Gegensätze zwischen der einen oder der „anderen Schattierung" zu entdecken. Es wäre uns lieber, es bestünden keine Gegensätze!

Wir haben also keinen Grund, den Wert des Referats Tarnow anzuzweifeln. Ich will versuchen, andeutungsweise ein paar Ergänzungen zu geben.

Zunächst möchte ich feststellen, daß alle Redner ohne Ausnahme erklärt haben, der Sozialismus sei heute populär. Ich gehe weiter. Der Sozialismus ist heute vor die Frage seiner Bewährung gestellt. Wir als Sozialisten können nicht mit einem noch so ausgezeichneten Referat wie dem von Nölting, das die psychologischen und ökonomischen Grundlagen des Faschismus aufgezeigt hat, auskommen. Wir müssen positive Wege zeigen, wenn wir die Massen hinter uns bringen wollen. Ich meine allerdings, die Zeit ist für uns günstig. Sie schreit nach Verwirklichung des Sozialismus; denn wir haben ja eine Vergesellschaftung, nur nicht sozialistischer, sondern privatkapitalistischer Art. Diese Vergesellschaftung, diese Kartelle und Trusts usw. haben heute den Staat unter ihrer Botmäßigkeit. Was wir wollen, ist etwas anderes. Wir wollen die Öffentlichkeit, den Staat, als Kontrollorgan einschalten. Man kann aber nicht einschalten, was man nicht zur Verfügung hat, was im Gegenteil Diener der anderen ist. Hier müssen also die Voraussetzungen geändert werden. Wir müssen, so sagen wir, die Kaufkraft der breiten Massen heben und haben eine Reihe von richtigen Vorschlägen. Aber das setzt eine andere Verteilung des Volkseinkommens, eine Hebung des relativen Anteils der besitzlosen Schichten voraus und ist nicht zuletzt eine Frage der Besteuerung.

Ich möchte hier einschalten, daß es vielleicht doch ein Fehler gewesen ist, den Unterschied zwischen direkten und indirekten Steuern so vollkommen in unserer Anschauung zu verwischen.

Als ergänzenden Vorschlag zu dem Referat Tarnows möchte ich hier die Frage der Steuergemeinschaften in die Debatte werfen, die Zusammenfassung von Industrien, besonders auch Konsumtionsindustrien, die ihre Steuer-

auferlegung von Staats wegen bekommen. Das hat zwei Zwecke. Mit dieser Zusammenfassung folgen wir dem Gang der Entwicklung. Wir tun, was der Kapitalismus seinerseits tut, aber mit einem anderen Ziel und Zweck. Wir verlangen nämlich, daß sich der Staat regulierend und vor allen Dingen hindernd vor die Profitsucht einschaltet. Wenn wir heute Verhinderung der Kapitalflucht fordern, so ist das ein Wort. Denn die Kapitalflucht oder die Steuerhinterziehung kann praktisch wirklich nur verhindert werden, wenn derjenige, der sie hindern will, in diesen verschachtelten Betrieben sitzt. Genau das gleiche gilt für die Preisbildung. Wie ist es heute? Wir fordern den Preisabbau. Aber der Staat muß stillhalten aus dem vorher geschilderten Grund. Er muß die Preisbildung nicht nur gestatten, sondern muß sie sogar fördern.

Genossen, das Wort Revision ist heute außerordentlich populär. Keiner weiß eigentlich so recht, was revidiert werden soll. Das ist ja die besondere Stärke der Nazis: Wir wissen zwar nicht, was wir wollen, aber wir wollen es energisch. Diese Frage der Revision muß noch in anderem Zusammenhang erörtert werden. Wenn wir schon Revision der Youngplans fordern, dann wäre auch zu bedenken, ob wir das, was wir unnötig versäumt haben, nicht noch nachholen können: die Einschaltung des Einflusses des Staates auf die Reichsbank. Hier haben wir die Möglichkeit, Kredit- und Kapitalstrom nach den Bedürfnissen der Gemeinwirtschaft zu lenken. Wir brauchen Einfluß auf die Preisbildung, besonders in den Schlüsselindustrien (Kohle und Stahl). Auch hier muß der Staat eingeschaltet werden. An dieser Stelle berühren sich wieder Zoll- und Handelspolitik.

Die staatliche Monopolisierung wird ja schon zum Teil — Getreidemonopol — von uns erstrebt. Hier wäre allerdings die Frage einmal berechtigt, ob wir da nicht das Elend oder eine Pleite sozialisieren wollen. Aber das würde vielleicht anders, wenn wir das Getreidemonopol zu einem Ernährungsmonopol des Staates ausbildeten. Zugleich müssen wir uns für die Fortbildung des landwirtschaftlichen und städtischen Genossenschaftswesens einsetzen. Das wäre jedenfalls besser, als Subventionen zu zahlen.

Was ich hier sage, Genossen, meine ich als Andeutungen zu einem konstruktiven Programm, bei dem eins in das andere greift. Die Durchführung eines solchen Programms kann nicht Aufgabe eines einzelnen, sondern muß Aufgabe der Gemeinschaftsarbeit sein. Wenn wir die Forderungen des Genossen Tarnow durchsetzen wollen, dann müssen wir aber die Macht im Staate haben.

Ich komme zum Schluß. Tarnow hat den Kapitalismus mit einem Patienten verglichen, den man nicht sterben lassen dürfe. Nein, die Sache ist ganz anders. Die Volkswirtschaft ist ein Unternehmen, das schlecht geführt worden ist, das wir sanieren sollen, und das wir schlecht sanieren, wenn wir denen, die pleite gemacht haben, die Verfügungsgewalt wieder geben. Wir müssen vielmehr uns einschalten; das ist der springende Punkt.

Das alles, was wir fordern, kann man doch nur durchsetzen, wenn wir die Massen, die heute hinter den anderen herlaufen, hinter uns bringen. Die Zeit der Reife für eine etappenweise Lösung der sozialistischen Aufgabe ist gekommen. Der Genosse Nölting hat gefordert: keine unerfüllbaren Versprechungen! Einerseits jedoch fordert man Zollabbau und gibt anderseits, gezwungen oder nicht, ist Auffassungssache, zu einer Politik des Gegenteils seine Zustimmung. Das war auch der Widerspruch im Referat des Genossen Tarnow. Einmal will man mit diesem Programm Agitation treiben und ist auf der anderen Seite immer wieder vor die Frage gestellt: Woher habt ihr die Aktivlegitimation, etwas Derartiges zu fordern? Hier berührt sich die wirtschaftliche mit der politischen Frage. Diese Diskrepanz zwischen Forderung und wirklicher Haltung entspricht nicht dem, was der Genosse Nölting gefordert hat. Wir müssen die Einheit nicht nur unseres Programms auf weite Sicht, sondern auch unseres Programms auf nahe Sicht herstellen. So werden wir die breiten, bereits

sozialistisch „infizierten" Massen hinter uns bringen; sonst laufen sie Scharlatanen nach. (Beifall.)

Kirstein (Breslau): Genossinnen und Genossen! In allen Zeitungen und in allen Reden kam ganz deutlich zum Ausdruck, daß dieser Parteitag der Sozialdemokratischen Partei eine historische Aufgabe zu lösen hat. Der Genosse Breitscheid sagte, jeder Redner bringe seine subjektive Meinung zum Ausdruck. Ich persönlich sage: wenn dieser Parteitag seine historische Aufgabe erfüllen will, dann darf um das Grundprogramm nicht herumgeredet werden, dann muß man konsequent auf die Entscheidungen hinarbeiten und von dem Parteitag erwarten, daß er für die Arbeiterklasse etwas Entscheidendes leistet Die meisten der bisherigen Diskussionsredner haben schon darauf hingewiesen.

Zum Referat des Genossen Tarnow möchte ich nur einen Satz sagen. Wenn man die gegenwärtige Krise mit früheren Krisen vergleicht, dann darf man als Sozialist nicht vergessen, die Entwicklung des Kapitalismus in Rechnung zu stellen. Das hat Tarnow, glaube ich, nicht getan. (Zurufe.) Er hat nicht gesagt, daß die augenblickliche Krise eine Krise des Niedergangs des Kapitalismus ist, während alle früheren Krisen Krisen im Aufstieg des Kapitalismus waren. Diese Tatsache scheint mir sehr wichtig zu sein. Der Genosse Tarnow hat gesagt, wir hätten eine mißliche Aufgabe zu lösen. Wir seien gleichzeitig Arzt an dem kranken Körper des Kapitalismus; wir möchten aber auch seine Erben sein. Diese Parole erscheint mir äußerst bedenklich. Ich glaube, die Arbeiterklasse wird nicht verstehen, weshalb wir den kranken Körper heilen wollen, da wir doch die Medizin schließlich aus den Knochen der Arbeiter herstellen müssen. (Sehr gut!)

Genossen und Genossinnen! Ich sage vielmehr: dieser Kapitalismus kann nicht gesunden und darf nicht durch die Politik der Sozialdemokratie die Möglichkeit bekommen, weiterzuleben, sondern die Sozialdemokratie muß erkennen, daß sie sich an einem geschichtlichen Wendepunkt befindet, daß es gilt, alle Kräfte zu mobilisieren und organisieren, die bereit sind, dem kranken Körper des Kapitalismus einen möglichst schnellen Tod zu bereiten. Denn er gesundet nur, wenn er versucht, sich auf Kosten des Proletariats zu retten. Jeder, der sich dazu hergibt, den Gesundungsprozeß des Kapitalismus zu unterstützen, muß sich darüber klar sein, daß er damit der Arbeiterklasse keinen Dienst leistet.

Die Resolution des Genossen Tarnow enthält vieles Wertvolle, enthält aber auch vieles, was bereits durch frühere Parteitagsbeschlüsse, durch Programmformulierungen und durch Beschlüsse der Internationale festgelegt ist. Wenn z. B. gesagt wird, daß die Sozialdemokratie sich gegen den Rüstungswahnsinn wende, daß sie sich für die Sicherung des Friedens einsetze usw., dann sind das Formulierungen, die wiederholt angenommen worden sind. Der diesjährige Parteitag muß konsequent Neues schaffen. Sonst wird nicht das verwirklicht werden, was bei Beginn unserer Tagung gesungen worden ist, daß nämlich die Delegierten des Parteitags den Hammer zu schmieden hätten, der draußen wirksam auf den Kapitalismus niedersausen soll. Es muß vielmehr formuliert werden, daß der Parteitag nicht nur eine Friedenspolitik wünscht, sondern es muß gleichzeitig analysiert werden, daß der Kapitalismus aus dieser Krise nur herauskommen kann, wenn er die Absatzgebiete neu verteilt, wenn er also auf imperialistischem Wege seinen Lebensstandard zu erhalten versucht. Weil diese Gefahr bevorsteht, muß das Proletariat aufgerufen werden, gegen die imperialistischen Absichten des Kapitalismus Stellung zu nehmen. Wir kommen aus der Krise nicht heraus, wenn wir nur die Vierzigstundenwoche durchführen, wir müssen vielmehr zum Ausdruck bringen, daß die Vierzigstundenwoche nur ein Palliativmittel ist, wenn nicht gleichzeitig der Lebensstandard der Arbeiterklasse wesentlich erhöht wird. Vierzigstundenarbeitswoche und Lohnausgleich muß die Forderung dieses Parteitags sein!

Ich gehe nicht auf das ein, was Genosse Nölting bildweise über Gewitter und Naturerscheinungen gesagt hat. Ich habe nicht Zeit, das Rußlandproblem zu erörtern, obwohl es mir äußerst wichtig erscheint, die Stellung der deutschen

Sozialdemokratie zu diesem Problem zu präzisieren. Ich möchte nur betonen, daß ich mich zu der von den Genossen Petrich, Graf usw. eingebrachten Resolution bekenne. (Zurufe.) Ich habe also den moralischen Mut, von dem der Genosse Dittmann gesprochen hat, und ich hoffe, daß auch die Delegierten, die ein wirkliches Interesse an dem Kampfe der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus haben, sich auf den Boden dieser Resolution stellen werden. (Erneute lebhafte Zurufe.) Ich möchte Ihnen einen Teil des Wortlauts in das Gedächtnis rufen. Daraus geht hervor, was in der Resolution des Genossen Tarnow fehlt. „Die Arbeiterschaft steht an einem entscheidenden Wendepunkte. Die Zeit, da sie in ihrer Lebenshaltung mit der Entwicklung des Kapitalismus emporstieg, gehört der Vergangenheit an. Sie kann ihre eigenen Existenzbedingungen nur noch sichern, indem sie die Existenzbedingungen des Kapitalismus aufhebt." Ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen. Ich bitte Sie weiter, deutlich festzustellen: Hauptaufgabe der deutschen Sozialdemokratie ist es, eine Politik zu treiben, die die Massen der Arbeiterschaft eint. Denn nur eine geeinte Arbeiterklasse wird in der Lage sein, den Sieg des Sozialismus zu erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Heinig (Berlin): Ich glaube, lieber Tarnow, du hast heute mit deinem Beispiel von dem Patienten etwas ganz Schreckliches angerichtet. Denn wenn alle diejenigen, die bisher die Rezepte für diesen Patienten hier mitgeteilt haben, praktisch an den Patienten in der Zwischenzeit herangekommen wären, dann hätten wir in Deutschland eine Wirtschaftskatastrophe in einem Ausmaße, wie wir sie uns alle zum Glück bisher noch nicht ausmalen können. (Sehr richtig!) Ich glaube, es wird hier vom Sterben des Kapitalismus etwas zu einfach gesprochen. Es ist schon nichts Einfaches, wenn ein Mensch stirbt, aber wer sich vorstellt, daß es etwas Einfaches sei, ein Wirtschaftssystem sterben zu lassen und, wenn es krank ist, noch weiter zu stoßen, der ist ein Theoretiker der gräßlichsten Art, weil er dabei die Menschen vergessen hat, die das Sterben bezahlen müssen. (Beifall.) Genossen, der Wirtschaftskörper sind doch auch wir, auch die Millionen von Arbeitern und Angestellten, die Abermillionen von Frauen und Kindern! Das Schicksal des Kapitalismus ist auch das Schicksal der Menschen, die in dieser Wirtschaftsform leben. (Sehr gut!) Ich glaube, unsere Verantwortlichkeit besteht darin, daß wir eine Wirtschaftspolitik treiben, die immer zuerst an das Schicksal dieser Menschen denkt, nicht an irgendeine Idee, nicht an irgendeinen noch so schönen Wunsch. Man kann nicht einfach ein System sterben lassen, das einen Außenhandel hat, der in der Größenordnung von 20 bis 25 Milliarden Mark liegt, von dem die deutsche Industriearbeiterschaft mit lebt. Man kann nicht so einfach ein System sterben lassen, das riesenhafte Milliardensummen über die Grenzen herüber und hinüber austauscht. Wenn das Schlichtungswesen, wenn die 3000 Millionen Mark, die wir im vergangenen Jahre den armen Erwerbslosen aus öffentlichen Mitteln und aus ihrer Beitragsorganisation zahlen konnten, wenn das alles vergessen werden kann, dann kommen wir nicht weiter. Es kommt doch nicht darauf an, erst einmal zu zerschlagen und dann auf den Trümmern etwas Neues zu bauen. Wenn das so einfach wäre, dann wären wir schon längst an diesem Punkt angelangt.

Parteigenossen, was in Rußland seit zehn Jahren mit beispielloser Aufwendung von Kraft unternommen wird, unter dem Vorgeben, es sei Sozialismus, ist in Wirklichkeit ein verhängnisvolles System, das Millionen und aber Millionen Menschen mit ihrem Leben bezahlen müssen. (Zustimmung.) Uns ist der letzte Arbeiter zu schade, als daß wir zugeben könnten, daß er bei einem Experiment sein Leben ließe. Die Formulierung des Genossen Tarnow ist schon richtig: wir wollen die Wirtschaft nicht zerstören, sondern den Kapitalismus beseitigen. Das ist etwas ganz anderes. Das sind Unterschiede, die zu beachten sind. Das ist allerdings manchmal sehr unangenehm. Ich habe mitunter schon in Versammlungen gesagt: die Schwierigkeiten der Agitation in wirtschaftlich so schweren Zeiten wie den heutigen liegen für uns eigentlich darin, daß wir immer an die Vernunft der Massen appellieren müssen. Es wäre so unendlich viel einfacher, wenn man in diesen Zeiten nicht immer mit Vernunftgründen kommen müßte. Es wäre viel leichter, die Formulierungen wären viel „feuriger", wenn sich nicht immer die Vernunft meldete. Ich habe erst kürzlich in Berlin gesagt, der Prophet Weißenberg, der alles mit weißem Käse heilt, wäre in Zeiten guter Konjunktur nicht möglich gewesen. Es gibt auch in der Politik Leute, die alles mit weißem Käse heilen wollen. (Heiterkeit.)

Wenn man Einzelheiten aus den ökonomischen Zusammenhängen herausnimmt und meint, man brauche nur ein bißchen an den Verhältnissen zu drehen, man brauche zum Beispiel, um die Währung zu kurieren, nur das verdammte Gold im Preise regulieren, damit es anders werde, dann befindet man sich auf einem aussichtslosen Wege. (Zuruf.) Die Gewerkschaftsinternationale hat etwas ganz Verständiges gesagt. Sie hat davon gesprochen, daß Preise und Gold als sich gegeneinander messende Werte dann am ehesten zu ertragen sind, wenn sie stabil bleiben. Dieser Gedanke ist richtig. (Zurufe.) Genosse Tarnow ist, glaube ich, nicht verpflichtet, über alles zu sprechen. Ich habe aber den Eindruck, daß er in seinem Referat eine ganze Menge sehr Vernünftiges gesagt hat. Es ist ein Irrtum, wenn Sie meinen, das kapitalistische System kranke daran, daß die Währung nicht in Ordnung sei. (Erneuter Zuruf.) Es freut mich, daß Sie das nicht gesagt haben; hoffentlich kommt es auch im Protokoll zum Ausdruck. In Wirklichkeit meinen Sie als Währungstheoretiker, wenn man das Thermometer korrigiere, dann ändere sich auch die Temperatur. Das ist ein Irrtum. So einfach läßt sich die Währungsfrage nicht lösen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Der Genosse Nölting hat schon recht treffende Wort gefunden, ich möchte es noch deutlicher aussprechen, daß wir uns über die Lebensfähigkeit des Kapitalismus nicht täuschen sollen. Wir dürfen sie keinesfalls unterschätzen. Wenn wir die alten Parteitagsprotokolle durchblättern, dann können wir feststellen, daß, solange wir Parteitage haben, jedesmal von einzelnen angekündigt worden ist, daß sich der Kapitalismus im Sterben befinde. In Wirklichkeit ist etwas ganz anderes vor sich gegangen. Aus dem preußischen Dreiklassenstaat ist die politische Demokratie geworden. Aus dem Hohenzollernsystem ist die Weimarer Republik geworden. Aus der tariflosen Schreckenszeit ist ein weit umspannendes Arbeitsrecht entstanden. In der Weimarer Verfassung ist der Gedanke der sozialen Verantwortlichkeit der Allgemeinheit gegenüber dem einzelnen vergegenständlicht worden. Wir wären viel glücklicher, Genossen, wenn jeder einzelne den Mut hätte, auch einmal das zu loben, was wir durch mühevolle Arbeit erreicht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Man muß erst ins Ausland kommen, um zu hören, mit welchem Respekt die Welt von den Leistungen der deutschen Arbeiterbewegung spricht. (Sehr richtig!) Nur bei uns darf man nicht aussprechen, daß sich die Leistungen der deutschen Arbeiterbewegung in der Welt sehen lassen können. Ich glaube, es wäre ein sehr gefährliches Experiment, wenn wir dadurch, daß wir dieses verlieren, auch denen, die es bisher noch gar nicht begriffen haben, klarmachen, was wir eigentlich besessen haben. (Sehr gut.) Das wäre mir zu teuer bezahlt.

Die Schwierigkeiten sind groß, Genossen! Die Auswirkungen der Krise, auch bei einer etwa wieder veränderten Konjunktur auf den öffentlichen Haushalt, auf die Einnahmen und auf die sich ständig steigernden Ausgaben, insbesondere bei den Kommunen, werden uns noch vor wichtige wirtschaftliche und politische Probleme stellen. Es ist nicht so, daß wir mit unserer Auffassung über die Schuldenrevisionsfrage allein stünden. Die Sinnlosigkeit der Kriegsschuld ist die, daß die ganze Welt mit einer Schuld belastet ist, die sie verzinsen und tilgen muß, während die Gegenwerte nicht mehr existieren.

So drängt alles zu dem Versuch, Temperamentsausbrüche zurückzuhalten, so drängt alles zur Vernunft, zu der Erkenntnis, daß die deutsche Arbeiterbewegung auch etwas zu verlieren hat. Unser Grundsatz soll sein: was wir haben, wird gehalten! (Lebhafter Beifall.)

Dr. Baade (Berlin): Genossen, das Referat des Genossen Tarnow und die Ausführungen des Genossen Heinig haben uns eine Analyse des deutschen Wirt-

schaftslebens gegeben, mit der wir uns im wissenschaftlichen Streite der Meinungen in Deutschland durchaus sehen lassen können. Der starke Beifall, den diese Ausführungen gefunden haben, zeigt, daß gerade diese Einstellung zu den behandelten Fragen in der Partei starken Widerhall gefunden hat. Ich glaube aber, es fehlt in dieser Symphonie noch ein Ton. Ich will versuchen, ihn hinzuzufügen.

Was wir hier zur Wirtschaftslage sagen konnten, war im wesentlichen etwas Negatives. Immer wieder mußten wir sagen: nicht, was geschehen soll, sondern in erster Linie, was nicht geschehen darf. Wir mußten erklären, daß dieses Wirtschaftsleben, von dem die breiten Massen in Deutschland leben, nicht kaputt geschlagen werden darf, daß sich das bolschewistische Experiment in Deutschland nicht wiederholen darf, weil die breiten Massen das mit dem Verlust nicht nur der materiellen Errungenschaften, sondern auch aller Freiheiten bezahlen würden. Es wurde gesagt, daß wir die heutige schwere Zeit, die schwierige politische Lage ertragen müssen, daß wir die Massen monatelang auf der Stelle treten lassen müßten. Dieses Stillhalten, dieses Dulden, dieses auf der Stelle treten ist es ja, was den Parteikörper seelisch so belastet, was an unser aller Nerven zerrt. Ich glaube aber, daß wir die Dinge nicht so negativ zu sehen brauchen. Wenn wir nämlich nicht nur den Augenblick betrachten, in dem wir leben, sondern uns entschließen, diesen Augenblick in einer etwas größeren historischen Perspektive zu sehen, dann werden wir erkennen, daß wir in den Jahren 1930/31 nicht auf der Stelle getreten haben, daß wir nicht auf die sozialistischen Zukunftsziele verzichtet haben, sondern daß wir vielleicht niemals so positiv, zielklar und erfolgreich an diesen Zielen mitgearbeitet haben, wie gerade durch unsere gegenwärtige Taktik. Genosse Tarnow hat das heutige Wirtschaftsleben mit seinen Krisen mit einer Springprozession verglichen, die drei Schritte vorwärts und zwei Schritte rückwärts macht. Er hätte noch sagen können, daß dabei im Endeffekt immerhin ein Schritt vorwärts gemacht wird. Dieses heutige Wirschaftssystem ist aber ja kein rein kapitalistisches System mehr, sondern ein System, das in stärkster Wechselwirkung mit den politischen Kräften steht, politischen Kräften, die wir mit dem Aufstieg des Proletariats zur politischen Macht auf das stärkste beeinflussen. Wir müssen diese Kräfte dahin einsetzen, daß künftig bei Krisen nicht mehr drei Schritte vorwärts und zwei Schritte zurück gemacht werden, sondern drei Schritte vorwärts und höchstens einen Schritt zurück.

Diese Krise wird nicht die letzte sein. Aber gerade, wenn wir überzeugt sind, daß diese Krise nicht die letzte ist, dann ist es besonders lohnend, sich klarzumachen, wie aller Voraussicht nach die wirtschaftliche und politische Welt nach Überwindung dieser Krise beschaffen sein wird.

Unsere Gegenwartsforderung angesichts dieser Krise ist die Verkürzung der Arbeitszeit, die Vierzigstundenwoche. Genosse Tarnow hat es bereits ausgesprochen, daß das nicht eine Verlegenheitsforderung, nicht ein Augenblicksziel ist, sondern eine Errungenschaft, die sich die Arbeiterschaft nicht wieder nehmen lassen wird, wenn die Krise einmal überwunden ist. Wir haben also die Hoffnung, aus dieser Krise mit einer dauerhaften Verkürzung der Arbeitszeit hervorzugehen.

Das andere Kennzeichen dieser Krisis ist ein weltgeschichtlicher Rückgang der Preise. Augenblicklich, auf dem Höhepunkt der Krisis, ist dieser Rückgang der Preise begleitet von dem schwersten Druck auf die Löhne des Proletariats. Wer zweifelt aber daran, daß es uns gelingen wird, nach Überwindung der Krisis den Lohnkampf mit einer ganz anderen Energie und mit größerem Erfolge zu führen als bei der heutigen Massenarbeitslosigkeit? Wer zweifelt daran, daß nach Überwindung der Krisis das Proletariat nicht nur mit einer verkürzten Arbeitszeit, sondern auch mit einem gesteigerten Reallohn dastehen wird? Das sind Dinge, die wir unseren Anhängern auch sagen müssen; denn das ist eine Betrachtung, die nicht rein negativ ist, sondern die auch die positiven Seiten der heutigen Wirtschaftsentwicklung sieht.

Und wie steht es nun mit unserem Zukunftsziel, dem Sozialismus? Vierzig Jahre lang hat die deutsche Sozialdemokratie vor dem Kriege einen langsamen Aufstieg zu verzeichnen gehabt. Die ungeheuere Aufrüttelung durch den Krieg hat uns nach der Revolution eine Zeit von zehn Jahren beschert, die wir historisch nur als eine Erntezeit des Proletariats in Deutschland betrachten können. Wir haben politische Freiheiten und wirtschaftliche Fortschritte errungen, die gemessen an dem, was wir vor dem Kriege für möglich gehalten hatten, ein Siegeszug gewesen sind. Jetzt stehen wir wieder in einer ungeheuren Krisis, in einer Aufrüttelung seelischer und materieller Art. Wer kann daran zweifeln, daß nach dieser Krisis eine neue Erntezeit kommen wird, daß nach Überwindung der Krisis auch der politische Aufstieg wieder ein rasches Tempo einschlagen wird, daß uns Scharen zufließen werden, die heute aus Unklarheit noch im gegnerischen Lager stehen, während diese ganze Revolution der Geister letzten Endes für uns arbeitet! Wer zweifelt daran, daß dieser politische Wiederaufstieg genau wie die Periode von 1919 bis 1928 auch neue Fortschritte bei dem allmählichen Vordringen der öffentlichen Wirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft bringen wird? Unsere Auffassung über den Weg zum Sozialismus ist im Gegensatz zu den Kommunisten die, daß der Kampf um die Neugestaltung des Wirtschaftslebens nicht mit Überraschungssiegen und nicht an einem Tage entschieden wird. Seit Jahrzehnten kämpft das Proletariat diesen Kampf, und noch Jahre und Jahrzehnte lang wird es ihn kämpfen. Aber daß gerade die Zeit nach der Krisis uns auch in dieser Beziehung weiterbringen wird, daran ist kein Zweifel. Lesen Sie doch das Handbuch der öffentlichen Wirtschaft, sehen Sie, wie groß der sozialisierte Sektor in der deutschen Volkswirtschaft in den Jahren von 1919 bis 1928 geworden ist, wie diese Fortschritte der öffentlichen Wirtschaft Tag für Tag und Jahr für Jahr durch den politischen Kampf errungen worden sind, nicht zuletzt durch den Kampf der preußischen Regierung, um deren Erhaltung wir heute in erster Linie den politischen Kampf führen. Daran, daß eine Stärkung unserer politischen Basis nach Überwindung der Krisis uns neue Erfolge auch auf diesem Gebiete bescheren wird, kann nicht gezweifelt werden.

Deshalb können wir den Massen sagen: wenn wir jetzt stillehalten müssen, wenn wir die Zähne zusammenbeißen und auch wirtschaftliche Rückschläge in Kauf nehmen müssen, es ist eine Episode in dem gigantischen Kampf um die Neugestaltung der wirtschaftlichen Welt, um die Verwirklichung des Sozialismus, nicht durch einen Handstreich, sondern durch schrittweisen Aufstieg des Proletariats zu politisch und wirtschaftlich ausschlaggebender Macht. (Lebhafter Beifall.)

Arndt (Dresden): Genossinnen und Genossen! Als der Genosse Kleineibst gestern den Antrag begründete, dem Genossen Tarnow zwei Korreferenten gegenüberzustellen, glaubte ich, daß die Genossen, die sich zur Opposition rechnen, zur Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage wenigstens etwas zu sagen haben würden, was im Gegensatz zu den Ausführungen des Genossen Tarnow steht. Als praktischer Gewerkschafter war ich auch der Meinung, daß sie uns einiges darüber sagen könnten, wie man aus dem Wirtschaftsdilemma herauskommen kann. Aber darüber haben sie uns nichts gesagt. Wenn der Genosse Graf schließlich darauf hingewiesen hat, daß die jetzige Wirtschaftskrise nicht nur eine Konjunktur-, sondern auch eine Strukturkrise ist, so war das sicherlich nichts Neues. Es kommt doch nicht so sehr auf die Feststellung an, ob es sich um eine Krise dieser oder jener Art handelt, es kommt vielmehr darauf an, welche Mittel wir anwenden können, um die Krise zu überwinden. Auch das, was die Genossen aus Thüringen vorbrachten, war nichts Neues, wenn sie meinten, daß wir nicht an einer Überproduktion, sondern an einer Unterkonsumtion leiden. Wir haben immer betont, und der Genosse Tarnow hat das besonders hervorgehoben, daß das Mißverhältnis zwischen Produktions- und Absatzentwicklung zu den Spannungen in der Wirtschaft geführt haben. Es kommt letzten Endes aber doch darauf an, was man tun kann, um den Absatz entsprechend den ge-

steigerten Produktionsmöglichkeiten zu heben; darüber haben uns die Genossen ebensowenig gesagt, wie über die Frage, welche Mittel und Methoden wir zu einer möglichst baldigen Verwirklichung des Sozialismus anwenden sollen. Das Wort Sozialismus ist ja in dem Zusammenhang, wie sie es brauchten, nur ein Wunschziel. Das wissen auch die Genossen, und sie deuten es in ihrer Resolution an. Sie wissen, daß der Sozialismus nicht von heute auf morgen verwirklicht werden wird und kann. Genosse Nölting hat das sehr schön in seinem Vergleich mit der Wetterkatastrophe zum Ausdruck gebracht.

Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsache muß sich auch für uns als Sozialdemokratische Partei die Frage erheben: was sollen wir denn bis dahin tun? Nun, bis dahin werden wir schließlich nichts anderes tun können, als das, was wir bisher getan haben, nämlich zu versuchen, durch gewerkschaftlichen und politischen Kampf die Vorbereitungen für den Sozialismus zu treffen und dabei auch die Lebenslage der Arbeiterschaft in der Gegenwart zu heben, also innerhalb des Kapitalismus für die Arbeiterschaft zu arbeiten. Selbstverständlich werden wir danach trachten, die Methoden und den Wirkungsgrad unseres Kampfes zu verbessern; aber es ist doch nun eben einmal Kampf innerhalb des Kapitalismus. Er soll zwar die Voraussetzungen für den Sozialismus schaffen; aber die Massen werden wir für diesen Kampf nicht dadurch gewinnen können, daß wir ihnen nur einen Wechsel für die Zukunft ausstellen. Wir können sie nur gewinnen und begeistern, wenn wir ihnen auch reale Werte für die Gegenwart bringen oder wenigstens in sichere Aussicht stellen können.

Im Hinblick auf diese unanfechtbare Tatsache scheint mir die von den Genossen Petrich und Graf vorgelegte Resolution in einigen Stellen geradezu gefährlich zu sein. Wenn es in einem Absatz heißt: „Die Zeit, in der die Arbeiterschaft in ihrer Lebenshaltung mit der Entwicklung des Kapitalismus emporstieg, gehört der Vergangenheit an", so bedeutet das meines Erachtens die Wiederholung der durch die Tatsachen längst widerlegten These von der Aussichtslosigkeit jedes gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfes. Damit verbauen wir uns die Möglichkeiten für die Werbung sowohl für die Partei als auch insbesondere für die Gewerkschaften. Aus diesen Gründen wende ich mich gegen die Resolution, die ja im übrigen nichts weiter enthält als das, was der Genosse Tarnow nur in einer anderen Formulierung in seiner Resolution niedergelegt hat. (Sehr richtig!) Den Sozialismus wollen wir ebenso wie die Genossen Graf, Petrich usw.; aber wir wollen nicht nur eine Werbung für die Idee, sondern wir wollen daneben auch praktische Arbeit in der Gegenwart nicht vergessen. (Zuruf: Das wollen wir auch!) Wir wollen für die Idee des Sozialismus werben nicht nur durch die Kritik am Kapitalismus, sondern durch praktische Gegenwartsarbeit im Sinne der Verwirklichung des Sozialismus. (Bravo!)

Metz (Frankfurt a. M.): Werte Genossinnen und Genossen! Ich bin der Parteileitung außerordentlich dankbar dafür, daß sie an die Spitze unserer heutigen Parteiberatungen das wirtschaftliche Referat des Genossen Tarnow gesetzt hat. Wer den wirklich sachlichen Ausführungen des Genossen Tarnow Aufmerksamkeit schenkte, kann mit Fug und Recht behaupten, daß er sich ernstlich bemühte, die Auswüchse und den Widersinn des heutigen kapitalistischen Systems zu kennzeichnen. Er hat aber auch gleichzeitig Wege gezeigt, die, wenn sie von uns mutig beschritten werden, zweifellos geeignet sind, eine Linderung des großen wirtschaftlichen Elends und der sozialen Not herbeizuführen. Das, was in der Resolution Genosse Tarnow als Niederschlag den Delegierten mit auf den Weg geben will, bildet für die Genossen in Stadt und Land einen prächtigen Agitationsstoff, und ich glaube, aussprechen zu dürfen, daß wir mit diesem Material und seiner geeigneten Anwendung einen Teil der Schwierigkeiten der letzten Monate werden beheben können. Kein Mensch ist in diesem Saale, der das Allheilmittel besitzt, mit einem Schlage die gewaltige Not zu beseitigen. Weder Ströbel noch Graf, noch Ziegler aus Breslau und wie die Freunde heißen

mögen, haben irgendeine konkrete Angabe machen können, die das überträfe, was uns in der Resolution von dem Genossen Tarnow unterbreitet worden ist. Ich habe es als Gewerkschaftler begrüßt — Tarnow ist Gewerkschaftler —, daß er in seiner Resolution dafür eingetreten ist, die ganze Stoßkraft auch der politischen Partei in der nächsten Zeit darauf zu richten, das Problem der Arbeitszeitverkürzung endlich aus dem Gebiet der theoretischen Erörterung herauszubringen und alle Mittel in Bewegung zu setzen, damit gesetzliche Maßnahmen Platz greifen, die uns die Vierzig-Stunden-Woche sichern.

Wenn Genosse Tarnow in seiner Resolution gegen den Lohnabbau Stellung nimmt, so kann ich das nur unterstreichen, weil wir wissen, daß der Lohnabbau kein Mittel ist, um die darniederliegende Wirtschaft zu heben. Wenn er das Ohr des Parteitages für eine systematische Arbeitsbeschaffung zu gewinnen sucht, so möchte ich wissen, wer ihm darin nicht folgen könnte. Genosse Ziegler, hättest du bei deiner Kritik nur einen einzigen praktischen Vorschlag gemacht, wie man den Kampf der Metallarbeiter des Linke-Hoffmann-Werkes in bezug auf Arbeitsbeschaffung heute praktisch durchführen könnte! (Sehr wahr!) Ich möchte die Bitte an die Parteileitung richten, gemeinsam mit uns, ebenso wie bisher, auch auf die Eisenbahnverwaltung nach der Richtung hin einzuwirken, daß die Zehntausende, deren Entlassung im Waggonbau für den August bevorsteht, unterbleibt und daß die Zehntausende im Lokomotivbau durch neue Arbeitsaufträge der Eisenbahnbehörden lohnende Beschäftigung bekommen. Wenn wir auf diesem Gebiete einen praktischen Vorschlag machen können — und in der nächsten Woche wird es geschehen —, dann wird diese Tätigkeit der Arbeiterschaft mehr nützen als alles andere, was hier theoretisch erörtert wird.

Ein Genosse sagte: man darf doch vom Parteitag einige Parolen erwarten. Nun, mit Parolen und Resolutionen werden wir das Elend nicht meistern; denn wenn der Niedergang der Wirtschaft mit großen Parolen behoben werden könnte, dann müßten die Kommunisten schon längst Erfolg gehabt haben.

Ein paar Worte zu Rußland! Engelbert Graf hat gemeint, man solle nicht pharisäerhaft die Entwicklungsgeschichte Rußlands betrachten. Die große Mehrheit der Parteitagsdelegierten hält sich sicherlich von einer systematischen Hetze gegen Rußland und gegen das, was dort auf wirtschaftlichem Gebiete vor sich geht, fern. Jeder Sozialist würde es sogar begrüßen, wenn es den augenblicklichen russischen Machthabern gelänge, dem russischen Proletariat eine Besserung seiner wirtschaftlichen Lage zu verschaffen. Aber ich bitte, eines nicht zu vergessen. Wenn man auf gewisser Seite immer so zimperlich gegenüber der Besprechung russischer Verhältnisse ist, so möchte ich doch bitten, daran zu denken, was sich die Vertreter russischer Methoden an Kritik unserer Maßnahmen erlaubt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade die Genossen von der anderen Schattierung sind es aber, die uns immer wieder anrempeln, wenn wir ein Wort der Kritik über Rußland sagen, während die Kommunisten schon zehn Jahre einen systematischen Kampf gegen uns führen und immer wieder den Versuch unternehmen, die deutsche Sozialdemokratische Partei zu zersetzen, sowie die deutschen Gewerkschaften zu zerschlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ein Teil der Kritik, die an unseren Maßnahmen geübt wird, angewandt würde, die verbrecherischen Methoden der sogen. Weltrevolutionäre zu brandmarken, dann würde man damit sicher der Arbeiterschaft einen schönen Dienst erweisen.

Noch einige Worte zu der Resolution Tarnow! Wir sind doch Kinder einer rasch vergessenden Zeit. Genosse Tarnow hat das Krankenbild der Wirtschaft anders bezeichnet, als es hier wiederholt angeführt worden ist. Man hat es mehrfach so hingestellt, als wollte Genosse Tarnow Maßnahmen das Wort reden, die den Kapitalismus wieder gesund machen wollen. Davon hat er nichts gesagt, sondern er hat erklärt: wir wollen zur Gesundung der Wirtschaft beitragen, weil bei einem Zusammenbruch der Wirtschaft das Elend sich ganz gewaltig vergrößern würde. Genosse Tarnow spricht auch in seiner Resolution aus, daß wir

den Kapitalismus als System bekämpfen müssen. Das hervorzuheben hielt ich doch für notwendig.

Was nun die langfristigen Kredite anlangt, die wir benötigen, um wenigstens einigermaßen einen besseren wirtschaftlichen Zustand herbeizuführen, so ist gerade jetzt sehr stark die Forderung betont worden, die Englandreise mit einer Sondierung in bezug auf Ermäßigung der Lasten des Youngplanes oder Erreichung langfristiger Kredite, oder eines Moratoriums zu verbinden. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß wir gemeinsam alles tun, um die Wirtschaft zu einer Erholung zu bringen und das Vertrauen zu Deutschland zu stärken. Die Auswüchse der Krise sind, wie wir alle wissen, zwangsläufig mit dem privatkapitalistischen System verbunden. Wollen wir die Krise beseitigen, dann müssen wir die kapitalistische Produktionsmethode beseitigen. (Sehr richtig!) Weil wir aber zur Zeit nicht die Voraussetzung hierzu haben, so sind wir besonders darauf angewiesen, die Sorgen nicht zu vergessen, die die Kollegen und Genossen in Stadt und Land schwer drücken. Das bedeutet nicht eine Hintansetzung des großen sozialistischen Prinzips und Zieles, sondern bei aller grundsätzlichen Tätigkeit, die auf den Sturz des kapitalistischen Systems gerichtet ist, ist es Aufgabe der Partei und der Gewerkschaften, eine Politik zu treiben, die uns den Gegenwartsfragen näher bringt und eine Linderung des heutigen Elends ermöglicht. Das ist Kulturarbeit in des Wortes weittragendster Bedeutung, und ich bin froh, daß die große Mehrheit der bisherigen Diskussionsredner bereit ist, an der Erreichung dieses Zieles mitzuarbeiten. Das wird uns auch in den kommenden schwierigen Zeiten vorwärts bringen. (Beifall.)

Taiber (Waldenburg): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Theorie und Praxis sind natürlich himmelweit verschieden. Die meisten Diskussionsredner betonten, das kapitalistische System müsse geändert werden. Nur wissen wir über den Weg genau so viel wie vorher. Die Redner haben nur den Wunsch nach Änderung des kapitalistischen Systems geäußert, haben aber nicht beachtet, daß man zur Erfüllung eines solchen Wunsches auch eine Macht braucht. Wie sieht es mit dieser Macht aus? Als Betriebsratsmitglied eines Bergwerkes kann ich darüber aus einer zehnjährigen Praxis etwas erzählen. Wenn die Masse organisatorisch erfaßt ist, dann verlangt sie, daß die von der Organisation gemachten Versprechungen auch von den Führern erfüllt werden. Heute kann man die Massen ohne weiteres für sich gewinnen, wenn man wie ein Wahrsager von Ort zu Ort reist und alles Mögliche verspricht; in diesem Moment jubeln die Massen jedem Führer zu. Aber wehe dem Führer, wenn er an die Macht kommt und seine Versprechungen nicht verwirklichen kann! Dann kehren die Massen der Organisation den Rücken und werden indifferent. Ich erinnere nur an die Erfahrungen der Kommunisten in Sachsen, beim Leunawerk usw. Genosse Ziegler, wenn wir schon die Parole ausgeben sollen, die Wirtschaft zu zertrümmern, dann brauchen wir natürlich auch Leute, die sie wieder aufbauen. Es ist leicht, in Krisenzeiten Leute zu finden, die die Maschinen stürmen, die Fensterscheiben einschlagen, aber auf die Dauer hat man diese Leute nicht hinter sich. Das Zentrum hat seine Leute viel besser bei der Stange als die Sozialdemokratie, weil in den Reihen des Zentrums nicht immer wieder die Fehler aufgedeckt werden, die vielleicht da und dort notgedrungen gemacht werden müssen. Die Arbeiter wollen in ihrer großen Mehrzahl keinen wirtschaftlichen Niedergang. Wenn ein Werk stillgelegt wird, so sehen wir, daß die Arbeiter zu Hunderten zur Direktion laufen und sich zu tariflofer Arbeit, evtl. auch zu verlängerter Arbeitszeit anbieten. Man soll also die Massen systematisch schulen und in die sozialistische Bewegung einreihen. Erst dann, wenn soundsoviel Prozent der Arbeiter hinter uns stehen, können wir zum endgültigen Kampf gegen den Kapitalismus vorgehen. Es ist heute so, daß ein bestimmter Personenkreis ein Interesse daran hat, Zwietracht zu säen. (Sehr wahr!) Daraus erklären sich auch die Klagen über die Zersplitterung der Arbeiterschaft. Der Arbeiter ist nicht so geschult, daß er die feinen Fäden der Wirtschaft erkennen könnte. Neben seiner täglichen

schweren Arbeit hat er als Funktionär auch noch andere Aufgaben zu erfüllen, und er ist nicht in der Lage, alle möglichen Fragen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete klar zu durchschauen. Wenn Wege zur Vernichtung des Kapitals gewiesen werden sollen, dann brauchen wir nur den Parolen der Kommunisten zu folgen. Aber sehen Sie sich nur einmal die Anhängerschaft der Kommunisten an, wenn es heißt, einen Generalstreik durchzuführen. (Zustimmung.) Damit kommen wir wieder auf das, was der Kollege Ziegler sagte. In diesem kapitalistischen Staat werden sich die Arbeiter hüten, in ihrer Gesamtheit etwas zu tun, was unerlaubt ist, wenn es nicht in einer plötzlichen Aufwallung geschieht, zu der man sie gebracht hat. Für die deutsche Arbeiterklasse wäre es viel besser gewesen, den Spaltpilz von 1918 nicht in die Arbeiterbewegung hineinzutragen; denn die breiten Massen sind dadurch nur indifferent geworden. Wenn weiter jeder für sich ein eigenes Rezept herausgeben will, dann wird es schließlich kommen wie beim Turmbau zu Babel, daß einer den anderen nicht versteht. Unsere Losung muß sein: jeder übe Kritik an sich selbst, und wenn wir soweit sind, dann mit neuem Mut zum Sozialismus! (Bravo!)

Referent **Fritz Tarnow** (Schlußwort): Parteigenossinnen und Genossen! Nach den Vorbereitungen, die für diesen Parteitag zu sehen waren, besonders nach den Anträgen auf Stellung eines Korreferenten, mußte ich der Meinung sein, daß wir hier über grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten eine sehr ernsthafte Debatte zu führen haben würden. Ich weiß, daß es ein beliebter Referententrick ist, wenn man in der Diskussion ordentlich verhauen worden ist, das Schlußwort damit zu beginnen, daß man eigentlich erstaunt sei, so wenig Prügel bekommen zu haben. Ich möchte mich nicht einem falschen Verdacht aussetzen, aber ich muß doch feststellen, daß ich in der Debatte grundsätzliche Gegensätze über die Richtlinien unserer Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftspolitik kaum gefunden habe. Das ist gerade am klarsten bei den Genossen zum Ausdruck gekommen, die man als die Führenden der anderen „Schattierung" bezeichnen darf. Genosse Graf hat ja ausdrücklich gesagt, daß er mit meinen Ausführungen fast ganz einverstanden sein könne. Das war für ihn offenbar sehr überraschend, und er hat das nun damit erklären wollen, daß ich von einem Saulus zum Paulus geworden wäre. Genosse Petrich hat in dieselbe Kerbe geschlagen und gemeint, wenn ich immer so geredet hätte wie heute, wäre ich nicht in den Verdacht gekommen, nicht auf der „revolutionären Linie" zu stehen. Früher wäre bei mir immer von Wirtschaftsdemokratie geredet worden, aber davon hätte ich jetzt nichts mehr gesagt. Es kann sein, daß ich den Ausdruck nicht gebraucht habe. August Bebel hat einmal gesagt: Man kann auch sozialistische Politik machen, ohne das Wort Sozialismus zu gebrauchen. Wenn aber Petrich glaubt, ich hätte mit meinen Ausführungen den Boden der wirtschaftsdemokratischen Auffassung verlassen, dann hat er nie begriffen, was wir uns darunter immer vorgestellt haben. Das ist mir besonders klar geworden an dem einzigen Beispiel, das für meinen angeblichen Gesinnungswechsel angeführt wurde, nämlich der Stellungnahme zum Monopolkapitalismus. Petrich meint offenbar, früher hätte ich den Monopolkapitalismus als ein Stück Wirtschaftsdemokratie angesehen. Nein, da bin ich denn doch vollkommen mißverstanden worden. Der Monopolkapitalismus erschien uns immer nur als eine Voraussetzung, um zur Wirtschaftsdemokratie aktiv als gesellschaftlicher Funktion kommen zu können. Wir können nämlich mit gesellschaftlichen Machtmitteln an das zersplitterte Unternehmertum sehr viel schwerer herankommen als an den schon konzentrierten Kapitalismus. Es ist nicht so, daß uns jetzt erst die Schäden des Monopolkapitalismus zum Bewußtsein gekommen wären und wir nun erst erkannt hätten, daß es mit dieser Wirtschaftsdemokratie nichts sei, sondern schon zur Zeit der Hochkonjunktur haben wir die Forderung nach der Beherrschung des Monopolkapitalismus durch gesellschaftliche Macht aufgestellt. Die Gewerkschaften haben schon im Jahre 1927 in aller Form diese Forderung erhoben, und dann ist sie von der Fraktion aufgenommen und zu einem Gesetz-

entwurf verdichtet worden. Wenn von einem der Redner gesagt wurde, man könne sich unter dieser Forderung nichts Praktisches vorstellen, dann bitte, seht euch doch unseren sehr spezialisierten Gesetzentwurf darauf an. Darin sind sehr deutlich die Wege gewiesen, wie man mit staatlicher Macht eine solche Kontrolle ausüben kann.

Ich darf also, hoffentlich auch im Namen der anderen Schattierung, feststellen, daß wir uns früher weitgehend mißverstanden haben, und wenn nun klargestellt worden ist, daß wir gar nicht so weit auseinandergehen, ist das eine Feststellung, die uns doch alle mit Befriedigung erfüllen kann. Wenn ich das jetzt noch etwas mehr spezialisiere, so tue ich es, um es auch unseren Genossen draußen, die es vielleicht nicht so schnell begreifen werden, daß wir uns so einig sind (Heiterkeit.), recht deutlich zu machen. Soweit ich die Diskussion richtig verstanden habe, sind wir uns in folgenden Punkten einig:

1. Die These vom automatischen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft wird hier von niemand vertreten. Genosse Jenssen hat das sogar in die Form gebracht: ist noch niemals bei uns vertreten worden. Aber darüber brauchen wir uns ja nicht weiter streiten.
2. Die These von der gegenwärtigen Endkrise des kapitalistischen Systems wird von niemand verteidigt. Vielleicht will der eine oder andere noch ein Fragezeichen dahintersetzen. Aber niemand in der Diskussion hat die These aufgestellt, daß dies die Endkrise sei, aus der es keine Rettung mehr gäbe, bevor nicht der Sozialismus endgültig verwirklicht worden sei.
3. Alle Diskussionsredner sind sich darüber einig, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kein einmaliger und kurzfristiger Akt ist, sondern ein Umwandlungsprozeß. Wenn wir uns darüber einig geworden sind, werden wir uns sicher auch in manchen anderen Erkenntnissen und namentlich in unserer praktischen Politik künftig schneller einig werden können.
4. Wir sind uns auch darüber einig, daß es kein Generalrezept gibt, mit dem wir die Übel des Augenblicks schnell und plötzlich beseitigen und den Sozialismus verwirklichen könnten.

Mit diesen Feststellungen sind wir, glaube ich, sehr weit gekommen. Ich freue mich, daß in der Diskussion eine große Zahl derjenigen Genossen zu Worte gekommen ist, von denen mancher draußen annimmt, daß er grundsätzlich eine andere Auffassung hätte, als sie die Mehrheit der Partei vertritt. In Wirklichkeit ist das also nur ein Mißverständnis gewesen.

Dann ist aber noch ein anderes Mißverständnis passiert — wenn es eins ist. Genosse Ziegler muß aus meinen Ausführungen über das Bild am Krankenlager der kapitalistischen Wirtschaft etwas herausgehört haben, was gar nicht darin war. Deshalb muß ich das noch einmal wiederholen, ich habe gesagt: Wir müssen sowohl Arzt sein, wie uns auch als erwartungsvoller Erbe des Kapitalismus fühlen. Wir müssen uns dabei bewußt sein, daß der Wille der Arbeiterklasse auf den Sturz des kapitalistischen Systems gerichtet ist, aber nicht auf den Zusammenbruch der Wirtschaft. (Sehr richtig!) Wollen Sie bitte beachten, daß ich den Unterschied zwischen kapitalistischem System und Wirtschaft gemacht habe. Das kapitalistische System wollen wir lieber heute als morgen beseitigen, aber wir können es nicht durch den Zusammenbruch der Wirtschaft beseitigen wollen (Sehr richtig!), denn an der Wirtschaft hängt das Leben der Millionen, die von uns Rettung erwarten, und die wir nicht in die physische Vernichtung hineinstoßen können. Wenn also wirklich ein „Sturm der Entrüstung" wegen dieser meiner Worte durch die Massen gehen sollte, dann doch nur, wenn meine Ausführungen verdreht wiedergegeben werden. Andernfalls bin ich vollkommen davon überzeugt, daß wir in dieser Beziehung einig gehen mit der tatsächlichen Stimmung in der Arbeiterschaft. (Sehr richtig!)

Wenn Ziegler meint, wir verraten unsere Grundsätze, wenn wir uns als Arzt an der Wirtschaft betätigen, so ist aber doch auch die Resolution, die von

der anderen Seite vorgelegt worden ist, sehr interessant. Da heißt es auf der ersten Seite:

„Die Arbeiterschaft steht an einem entscheidenden Wendepunkte. Die Zeit, da sie in ihrer Lebenshaltung mit der Entwicklung des Kapitalismus emporstieg, gehört der Vergangenheit an."

Das bedeutet also: Von jetzt an gibt es, solange das kapitalistische System existiert, keinen Emporstieg der Arbeiterklasse mehr, keine Verbesserung ihrer Lage. Eine solche These ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht neu. Die älteren Genossen werden sich der Diskussion über die Sisyphusarbeit der Gewerkschaften noch entsinnen, die wir vor dem Kriege leider führen mußten (Sehr richtig!), als sich die Gewerkschaften gegen die Behauptung zu wehren hatten, daß es nicht möglich sei, in der kapitalistischen Wirtschaftsepoche den Aufstieg der Arbeiterklasse durchzuführen. Wir haben uns gegen diese Behauptung gewendet, weil wir, wenn sie wahr wäre, die Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Hebung der Lebenslage selber erschüttert und die gewerkschaftliche Organisation als einen Irrtum kenntlich gemacht haben würden. Ich halte heute diese These ebenso für einen Irrtum, wie sie es früher war. Aber immerhin, es ist ein Standpunkt. Ist denn aber nun bei den Genossen, die diese Resolution vorgelegt haben, diese Auffassung wirklich vorhanden? Oder haben sie sich vielleicht nur durch eine Stimmung, durch das Bedürfnis nach einer kräftigen Formulierung, die leichter den Beifall der Tribüne findet, täuschen lassen? Ich muß diese Frage stellen, weil die Resolution ja auf der anderen Seite weitergeht, und weil ich dort eine ganze Reihe von Vorschlägen für die praktische Politik finde, die gar nicht von denen abweichen, die ich gebracht habe. (Sehr richtig!) Da werden als vordringliche Forderungen aufgestellt: Gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich, Herabsetzung der Invalidenaltersgrenze von 65 auf 60 Jahre, Steigerung der Kaufkraft der Massen durch Erhöhung des Reallohnes, Sicherung und weiterer Ausbau der gesamten Sozialpolitik mit dem Ziele, allen Opfern des kapitalistischen Systems eine menschenwürdige Existenz zu sichern usw. Nun kann es aber doch nur eins geben: Entweder ist eine weitere Verbesserung in der Lage der Arbeiterklasse im kapitalistischen Zeitalter unmöglich, und dann hat es doch keinen Sinn, eine Politik zu verlangen, die auf Steigerung des Reallohnes und auf Verbesserung der Lebenshaltung gerichtet ist (Sehr richtig!), oder aber solche Möglichkeiten sind vorhanden, und dann ist die andere These nicht richtig. Es scheint also, liebe Genossen von der anderen Schattierung, als ob hier eine gewisse Unvollkommenheit Ihrer Denkweise vorliegt. (Heiterkeit.) Sie lassen sich immer wieder durch das Gefühl zu Formulierungen hinreißen, und wenn Sie dann mit den Mitteln des logischen Denkens die Tagesforderungen für die Arbeiterschaft bestimmen sollen, dann stehen Sie wieder mit uns auf derselben Linie. (Sehr richtig!) Es ist also eigentlich nur der Unterschied zwischen dem Gefühlsmäßigen und dem Verstandsmäßigen, was uns gelegentlich trennt. Da wir aber doch zusammen gezwungen sind zu einer praktischen und realen Politik für die Arbeiterklasse, müssen wir letzten Endes doch immer wieder zusammenkommen.

Wenn wir die Frage, ob die klassenbewußte Arbeiterklasse etwas tun darf, was die kapitalistische Wirtschaft noch weiter stützen könnte, wenn wir diese Frage geschichtlich betrachten, dann müssen wir erkennen, daß notwendigerweise der ganze Kampf der Arbeiterbewegung im gewissen Sinne auch immer eine Stützung der kapitalistischen Wirtschaft sein mußte. Nach der alten Zusammenbruchstheorie sollte das kapitalistische System an seinen inneren Widersprüchen, die es aus sich heraus nicht überwinden könne, zugrunde gehen. Ich glaube heute noch, daß diese Theorie richtig ist. Trotzdem konnte der Zusammenbruch nicht erfolgen, weil die Arbeiterbewegung den zerstörenden Tendenzen des Kapitalismus Gegenmaßnahmen entgegensetzte und die inneren Widersprüche des kapita-

listischen Systems damit zu einem Teil überwand. Wir haben die sozialen Funktionen des Staates zur Entwicklung gebracht, und das war eine Ausgleichung innerer Widersprüche des kapitalistischen Systems. Ebenso steht es mit der Entwicklung der Gewerkschaften und der Organisation des Lohnkampfes. Damit haben wir die Tendenz zur dauernden Verelendung der Arbeiterklasse, an der die Wirtschaft hätte zugrunde gehen müssen, überwunden. Wir haben also das kapitalistische System daran gehindert, sich frei zu entwickeln und seine Tendenzen durchsetzen zu können. Im Augenblick ist aktuell unsere Stellungnahme zum organisierten Monopolkapitalismus. Natürlich ist das eine Strukturwandlung im kapitalistischen System, die eine Außerkraftsetzung des natürlichen Automatismus dieses Systems bedeutet, und daran könnte es zugrunde gehen. Welcher Diskussionsredner hat nun aber gesagt: Da wir den Zusammenbruch des Kapitalismus ja wollen, müssen wir den Monopolkapitalismus sich hemmungslos austoben lassen? Wir sind uns doch im Gegenteil ganz einig darüber, daß wir auch hier wieder alle unsere Kräfte dafür einsetzen müssen, diesen Widerspruch im kapitalistischen System zu überwinden durch eine gesellschaftliche Kontrolle. Und mit dieser Lösung deuten wir aber auch gleichzeitig an, daß es um die Überwindung des kapitalistischen Systems geht. Es sind sozialistische Lösungen, die wir vorschlagen, weil sie zur Entwicklung einer gesellschaftlichen Wirtschaft führen müssen.

Was ist an neuen Vorschlägen in der Diskussion zutage getreten? Hat irgend jemand ein großes Generalrezept vorlegen können? Nein. Alle praktischen Vorschläge liegen durchaus im Rahmen derjenigen, die ich selber gemacht habe. Auch in der Resolution, die von den anderen Genossen eingebracht worden ist, finde ich nichts, was nicht auch in meinen Richtlinien bereits enthalten wäre oder sinngemäß mit einbegriffen ist. Wenn man der Meinung ist, daß die Forderungen noch mehr spezialisiert werden müssen oder daß sie numeriert werden sollen, dann läßt sich darüber natürlich reden. Ich kann aus den Vorbereitungen für meine Resolution verraten, daß wir selber an eine Numerierung gedacht hatten. Dagegen bestand aber das Bedenken, daß es dann so ausgesehen hätte, als ob wir damit einen vollständigen Aktionsplan vorlegen wollten. Da hätten wir leicht das eine oder andere vergessen können, und darum haben wir ganz bewußt uns darauf beschränkt, nur Richtlinien zu formulieren. In unserer Entschließung wird eine scharfe Kontrolle der Monopolwirtschaft gefordert, und wenn nun hinzugesetzt werden soll entsprechend der anderen Resolution „mit dem Ziele der Umwandlung zur öffentlichen Wirtschaft", dann könnte ich mich ohne weiteres damit einverstanden erklären. Nur geht mir das nicht weit genug. Wenn wir von der Zielrichtung unserer Wirtschaftspolitik reden, dann müssen wir doch sagen: Das Ziel ist nicht nur die Sozialisierung der Kartelle, sondern die Sozialisierung der gesamten Wirtschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Darum scheint mir auch eine solche Ergänzung gar keine Erweiterung, sondern nur eine Einschränkung unserer Formulierungen zu sein.

Dann hat noch der Genosse Kleineibst die Bildung von Steuergemeinschaften für die Industrie vorgeschlagen. Das ist eine Spezialfrage, über die sich auch reden ließe. Die Idee stammt, soweit ich übersehen kann, von Georg Bernhard. (Heiterkeit.) Aber ich glaube, solche Einzelfragen der praktischen Politik muß man in den Sachverständigenkreisen erst sehr eingehend besprechen, ehe man zu einer Stellungnahme kommen kann.

Genosse Ströbel hat gewünscht, daß wir eine Außenpolitik machen, die es erleichtert, daß der deutschen Wirtschaft von außen her eine kräftige Kapitalinjektion gemacht wird. Sehr richtig, Genosse Ströbel, das habe ich auch schon in meiner Resolution stehen und in meinem Referat gesagt. Wir leben nun einmal noch im kapitalistischen System, und deswegen müssen wir eine Politik machen, die den Lebensbedingungen der Wirtschaft in diesem System gerecht wird. Das heißt also, wir müssen eine Außenpolitik treiben, damit die ausländischen Kapitalisten willig gemacht werden, den deutschen Kapitalisten zwei

Milliarden zu pumpen, damit die deutsche Wirtschaft wieder auf die Beine kommen kann. Ein sehr vernünftiger Vorschlag, von dem man höchstens sagen könnte, es sei keine sozialistische, sondern eine kapitalistische Lösung. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob ich den Genossen Ströbel mit einer anderen Forderung richtig verstanden habe, nämlich man solle das geflüchtete Kapital durch eine Zwangsanleihe erfassen. Das wäre eine ausgezeichnete Idee, wenn sie sich verwirklichen ließe. Genosse Ströbel wird vielleicht so freundlich sein, der Fraktion die näheren Möglichkeiten dafür zu nennen. Etwa hier vor aller Öffentlichkeit die Methoden auseinanderzusetzen, das würde ich allerdings nicht für zweckmäßig halten. (Heiterkeit und Händeklatschen.) Es wird ja ohnedem nicht so ganz leicht sein, diese Idee zu verwirklichen.

Der Genosse Mäder hat gemeint, man müsse das Wirtschaftsproblem von einer anderen Seite anfassen; er sieht die eigentlichen Krisenursachen im Währungssystem. Den Vorwurf, daß ich darüber nichts gesagt hätte, muß ich als berechtigt anerkennen, und ich kann zu meiner Entschuldigung nur anführen, daß ich vor diesen Währungsgeschichten einen Heidenrespekt habe. Soviel habe ich mich damit aber auch schon beschäftigt, um zu wissen, daß man sich darüber ein Urteil nur bilden kann, wenn man die Geschichte der Währungen und die verschiedenen Theorien einigermaßen vollständig beherrscht. Ich habe aber nicht den Eindruck, daß die Genossen von Schmölln, die hinter dem Antrag Nummer 10 stehen, wirklich die großzügige Übersicht über das ganze Problem haben. Die Delegierten werden sich ja über diesen Antrag etwas gewundert haben, er verlangt von uns, gegen den „unwirtschaftlichen Preisabbau" energischen Protest einzulegen. Das ist nun nicht ganz so unsinnig, wie es zunächst scheint, nämlich dann, wenn man die Währungsidee berücksichtigt, die dahintersteht. Sie geht davon aus, daß alle Preisveränderungen in Wirklichkeit nur eine Veränderung des Goldwertes sei, und daß es besser wäre, nicht mehr die Warenpreise vom Gold abhängig sein zu lassen, sondern umgekehrt. Es wird also verlangt, daß die Währung statt durch Gold durch einen stabilisierten Warenpreis bestimmt wird. Der Gedanke stammt von Amerika und wird auch in einigen anderen Ländern diskutiert, ich habe aber nicht den Eindruck, daß er sehr ernst genommen wird. Gewiß läßt sich darüber diskutieren, aber auf einem Parteitage können wir darüber eine Abstimmung nicht vornehmen. Ich kann mir auch gar nicht denken, daß mit solch einem kleinen technischen Dreh im Mechanismus des kapitalistischen Systems so einfach die Krise beseitigt werden könnte. Wenn das richtig wäre, würde Karl Marx ja Unrecht gehabt haben, weil er ganz andere Erscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft verantwortlich machte als diejenigen, die aus einer falschen Währung stammen können. Ich kann mir auch nicht denken, daß die ungeheueren Produktionssteigerungen in den Agrar- und Rohstoffländern etwas damit zu tun haben können, daß in Südafrika oder sonstwo mehr oder weniger Gold gefördert wird. Deshalb bin ich auf diese Währungsidee nicht eingegangen und möchte auch die Genossen, die sich damit beschäftigen, ernsthaft bitten, sie meinetwegen als theoretisches Privatstudium weiter zu betreiben, aber unsere Parteiorganisation und Mitgliederversammlungen damit nicht zu belästigen, weil hier im allgemeinen doch die Voraussetzungen für eine solche Diskussion fehlen.

Also, Parteigenossen, das Neue, das die Diskussion gebracht hat, kann ich nicht als von grundsätzlicher Bedeutung anerkennen. Ich gebe zu, daß die von mir gemachten Vorschläge erweiterungsfähig sind, wenn man sie spezialisieren wollte. Warum ich davon abgesehen habe, habe ich bereits gesagt.

Eine ernsthafte Kritik ist an meiner Behandlung der russischen Frage geübt worden. Der Genosse Graf und andere haben mir vorgeworfen, ich sei dabei nicht sachlich genug verfahren. Ich habe das Gefühl, daß ich in Wirklichkeit bis an die Grenze dessen gegangen bin, was man an diesen Dingen noch verschweigen darf. (Sehr wahr!) Eigentlich würde ich es für notwendig halten, noch etwas deutlicher über die russischen Verhältnisse zu reden. Aber ich verstehe ganz gut

die Genossen, die darüber verletzt sind. Sie haben ja auch nicht gesagt, daß die von mir vorgetragenen Tatsachen falsch wären. Sie haben nur angedeutet: Darüber spricht man nicht unter Brüdern. (Heiterkeit.) Sie sind offenbar der Meinung, wo Sozialismus getrieben wird, auch wenn es nach unserer Meinung nicht der richtige ist, müssen wir uns solidarisch fühlen und müssen den Mantel der sozialistischen Nächstenliebe über Fehler decken, die etwa gemacht worden sind. Dieses Gefühl der Solidarität gegenüber den Sozialisten der ganzen Welt ist gewiß eine schöne sittliche Forderung. Ich wünschte nur, sie könnte verwirklicht werden. Aber das hängt ja leider nicht von uns allein ab. (Sehr richtig!) Kann man von uns verlangen, daß wir diese unbedingte Solidarität üben, wenn die Gegenseite das genaue Gegenteil tut? Ich muß schon sagen, so weit können wir denn doch nicht gehen. (Lebhafte Zustimmung.) Den Genossen, die hier die Beschwerden erhoben haben, möchte ich aber sagen: Wenn man der Meinung ist, die Pflicht der sozialistischen Solidarität verbietet jede Kritik, dann sollte man diesen ethischen Grundsatz zunächst in der eigenen Partei anwenden. (Lebhafte Zustimmung.) Wer aber der Meinung ist, daß in der eigenen Bewegung jede Kritik nicht nur erlaubt, sondern gesund und geradezu notwendig ist, der hat nicht das Recht, eine Kritik zu verbieten, die wir an den zweifelhaften sozialistischen Experimenten in Rußland üben. Wenn in diesem Punkte ein Gegensatz vorhanden ist, dann aber doch nur ein gefühlsmäßiger. Ich habe schon in meinem Referat gesagt, daß niemand von uns den Zusammenbruch des russischen Experiments mit Freuden herbeisehnen kann, und damit ist es mir vollkommen ernst.

Worin besteht aber nun der eigentliche Gegensatz in unserer Anschauung, der doch vorhanden sein muß, weil die Genossen immer davon sprechen, daß wir nicht der gleichen Meinung sind? Dieser Gegensatz beruht — das hat die Diskussion klar herausgestellt — nicht auf unserer wirtschaftlichen Auffassung, nicht auf unserer Auffassung über die Voraussetzungen und Möglichkeiten des Sozialismus, sondern dieser Gegensatz beruht allein auf der verschiedenartigen Beurteilung der politischen Methoden. Wenn ich gesagt habe, daß diese Frage nicht mein Referat, sondern das des Genossen Sollmann betrifft, so sollte das natürlich nicht heißen, daß sie hier auf dem Parteitage überhaupt nicht diskutiert werden solle. Aber weil das an anderer Stelle geschehen soll, kann ich auch jetzt darauf nicht eingehen.

Zum Schluß möchte ich nur noch feststellen: Wo wir unsere großen Richtlinien aufstellen, sind wir uns deshalb einig, weil wir diese Richtlinien selber bestimmen können und in der Freiheit unseres Denkens nur dem eigenen Gewissen verantwortlich sind. Die Möglichkeiten der praktischen Politik hängen leider nicht von uns allein ab. Sie werden durch die Verteilung der politischen Macht bestimmt. Auf sie einzuwirken, ist selbstverständlich unsere dauernde Aufgabe. Und wir werden bei den nächsten Beratungsgegenständen darüber sprechen können, wie wir das anzufangen haben. Man soll sich aber nicht einbilden, daß wir die Massen für uns gewinnen können mit bloßen Parolen, an die wir ehrlicherweise selber nicht glauben können. (Sehr gut!) Es ist möglich, daß wir damit neue Anhänger gewinnen können, die für solche Parolen empfänglich sind. Aber daran darf uns nicht so viel liegen wie an den Massen, die wir heute haben, an dem besten Teile der Arbeiterschaft, den wir mit Parolenschusterei nur verjagen würden. Wir müssen unsere Organisation festigen, müssen sie durch Geschlossenheit und Disziplin zu einem noch stärkeren Anziehungspunkt machen wie bisher. Damit werden wir besser an die Massen herankommen können als mit falschen Parolen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abstimmung.

Die Anträge Nr. 12 und 14 werden der Forschungsstelle zur Prüfung überwiesen. Der Antrag Nr. 16 wird der Fraktion überwiesen.

Vorsitzender **Wels** teilt mit, daß die Antragsteller des Antrags Nr. 188 bereit seien, für die Resolution des Referenten zu stimmen, wenn der Antrag Nr. 188 abgelehnt werde.

Antrag Nr. 188 wird abgelehnt, Antrag Nr. 181 einstimmig angenommen, Antrag Nr. 191 abgelehnt.

Vorsitzender **Wels:** Am gestrigen Tage habe ich die Vertreter der verschiedenen Nationen begrüßt. Ich kann heute mitteilen, daß auch der Vertreter der Jüdischen Arbeiterpartei, Genosse Liebenstein, in unserer Mitte weilt. (Bravo!)

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Verhandlungen. Ich schließe die Sitzung. Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag

Dienstag, den 2. Juni 1931, 9 Uhr

Vorsitzender **Lipinski:** Ich eröffne die Sitzung. Wir treten in die Tagesordnung ein und kommen zum zweiten Punkt derselben:

Die Überwindung des Faschismus

Referent **Dr. Rudolf Breitscheid:** Ich muß mein Referat mit einer Warnung beginnen, der nämlich, daß Sie von mir nicht allzu viel erwarten sollen. Es ist besser, ich sage das vorher, damit Sie nachher nicht enttäuscht sind. Ich bin nämlich sowohl durch das vorangegangene Referat und die Diskussion wie durch meinen „Nachredner" eingeengt. Die Überwindung des Kapitalismus und seine Behandlung greift sehr tief in das Gebiet ein, über das ich mich verbreiten soll, da unsere Stellungnahme zu den wirtschaftspolitischen Fragen mit der Bekämpfung und Überwindung des Faschismus eng zusammenhängt. Genosse Sollmann wird die Aufgabe haben, aus meinen Darlegungen die praktischen Schlußfolgerungen für die unmittelbare Politik zu ziehen und den Nachweis zu erbringen, in welcher Art die Reichstagsfraktion im letzten Halbjahr den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufgenommen und durchgeführt hat. Außerdem steht der Faschismus seit Monaten im Vordergrund des Interesses der Sozialdemokratischen Partei. Wir haben alle Anstrengungen gemacht, ihn zu bekämpfen. Wir haben durch Wort und Schrift versucht, seine Wesenheit unseren Anhängern und dem ganzen Volke darzustellen. Wir haben über die Möglichkeiten und die Mittel seiner Überwindung fortgesetzt diskutiert. Niemand in diesem Saale hat sich mit dem faschistischen Problem nicht auseinandergesetzt. Sie müssen sich daher damit abfinden, wenn ich Bekanntes und vielleicht oft Wiederholtes zusammenfasse und daneben noch versuche, den materiellen und geistigen Wurzeln der faschistischen Idee und der faschistischen Bewegung ganz allgemein etwas näher zu kommen.

Zunächst ist die Frage aufzuwerfen, was unter Faschismus verstanden werden soll. Wort und Begriff ist aus dem Italienischen übernommen worden, wo für die Bewegung, die die Bezeichnung deckt, il fascio, das Rutenbündel, der altrömischen Liktoren symbolisch geworden ist. Aber man hat angefangen, mit dem Wort etwas leichtfertig umzugehen und aus agitatorischen Gründen jede nach der bürgerlich-kapitalistischen Seite hin orientierte Abweichung von Geist und Wortlaut einer demokratischen Verfassung hiermit zu belegen. Das führt beispielsweise dazu, daß die Brüningsche Notverordnung, obwohl sie nur mit Zustimmung einer demokratisch gewählten Volksvertretung in Kraft bleiben kann, als Ausfluß faschistischen Geistes gebrandmarkt wird. Das führt dazu, daß selbst in einer Spezialisierung im Zusammenhang mit diesem Parteitag

ausgesprochen wurde, daß es keinen Unterschied zwischen Mussolini und Brüning gäbe.

Eine Verwässerung der Begriffe hat ihre Gefahr und ist geeignet, den Kampf gegen die wirkliche faschistische Reaktion nicht zu erleichtern, sondern zu erschweren. (Sehr richtig!) Wir müssen zu der klaren Begriffsbestimmung zurückkehren, die ich dahin formuliere, daß Faschismus eine Staatsform ist oder die Bewegung zu einer Staatsform hin, die im Gegensatz zur Demokratie die oberste Gewalt im Staate und das Recht zur politischen Willensbildung nicht der Gesamtheit der gleichberechtigten Staatsbürger, sondern einem einzelnen oder einer bevorrechtigten Minderheit zuerkennt.

Dabei braucht auf die äußere Form der Demokratie nicht vollständig verzichtet zu werden. Wir sehen in der Praxis, wie, um den Schein zu wahren, zu pseudo-parlamentarischen Mitteln gegriffen wird, die, wie zum Beispiel das italienische Parlament, mindestens ein Mitbestimmungsrecht sämtlicher Staatsbürger vortäuschen wollen. Und dadurch unterscheidet sich der Faschismus von der Diktatur im eigentlichen und engeren Sinne. Wenn man so will, stellt er insofern einen Fortschritt gegenüber der Despotie und der Diktatur dar, als er der Demokratie immerhin eine gewisse Reverenz erweist und sich mit dem Mäntelchen der Demokratie zu umhüllen sucht. Er erkennt auch nicht das Vorrecht der Geburt an, sondern legt sogar Wert auf den Nachweis, daß seine Machthaber aus allen Schichten des Volkes, nicht zuletzt aus den untersten Klassen hervorwachsen können. Und das bedeutet, daß der demokratische Gedanke, dessen Berechtigung der Faschismus theoretisch nicht zu bestreiten wagt, latent vorhanden bleibt und dadurch die größere Möglichkeit besitzt, sich wieder auf sich selber zu besinnen.

Aber die Begriffsbestimmung, wie ich sie soeben gegeben habe, hat doch, wie jeder erkennt, noch eine Lücke; sie bedarf der Ergänzung. So wie sie lautete, kann sie auch die Regierungsform umfassen, die man als die Diktatur des Proletariats bezeichnet. Auch in dieser Diktatur des Proletariats ist die Demokratie ausgeschaltet, auch in ihr ist die politische Willensbildung nicht der Gesamtheit der Staatsbürger, auch nicht etwa der Gesamtheit des Proletariats oder des zu einer Parteiorganisation zusammengefaßten Teiles des Proletariats vorhanden, auch in ihr herrscht tatsächlich eine privilegierte Minderheit. Von der staatsrechtlichen Wirkung aus gesehen, gibt es also keinen Unterschied zwischen Moskau und Rom. Wir können auch feststellen, daß die Regierungen Stalins und Mussolinis in verhältnismäßig guter Freundschaft miteinander leben, einer Freundschaft, die zum Teil darauf zurückzuführen sein mag, daß hier Regierungsformen bestehen, die im Grunde von derselben Idee, wenn auch mit einem anderen Vorzeichen, getragen sind. Die Differenz liegt nur in den Klassen, die auf der einen und der anderen Seite die Herrschenden stützen, und in der Zielsetzung. Während das Sowjetsystem die Demokratie im Namen der Arbeiterklasse bekämpft, wendet sich der Faschismus gegen die Demokratie — ausgesprochenermaßen oder nicht — im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus.

Nun wäre noch kurz darauf hinzuweisen, wie Tendenzen zum Faschismus hin in den verschiedenen Ländern bald stärker, bald schwächer vorhanden sind, wie die Bewegungen nicht überall gleichartig sind, wie es Spielarten und Nuancen gibt. Aber das Wesentliche ist doch festzustellen, daß das einheitliche Ziel das der Beseitigung der Demokratie und der Zurückweisung der Ansprüche einer klassenbewußten Arbeiterschaft ist.

Einheitlich ist auch die anerkennende Bewunderung des italienischen Vorbildes. In Italien sind die Ideen, die die Gegner der Demokratie, die Anhänger einer angeblichen Renaissance des politischen Lebens vortragen, verwirklicht, und wenn man auch gelegentlich, nicht zuletzt unter unseren Nationalsozialisten in Deutschland versichert, daß die Ordnung der Dinge, wie sie in dem südeuropäischen Staat vollzogen worden ist, nicht ohne weiteres und in allen ihren Teilen sich auf andere Länder übertragen lasse, wenn auch das faschistische Rutenbündel nicht allenthalben Symbol sein soll, so bleibt der Mussolinismus doch der Typ des neuen Staatswesens, das Modell, nach dem sich die anderen unter Berücksichtigung gewisser völkischer Eigenarten formen sollen.

Was aber den Nimbus dieses italienischen Ideals erhöht, das ist die Legende, das ist der Mythos, den man um das neue Italien und vor allem um seinen Duce, seinen Führer gewoben hat. Vielleicht ist es doch angebracht, angesichts dieser Tatsache zur Belehrung und Aufklärung des deutschen Volkes einmal kurz die italienische Entwicklung etwas näher ins Auge zu fassen und dabei die Wahrheit von den Schlacken frommer politischer Märchen zu reinigen.

Mussolini wird hingestellt als der Große, aus dessen Haupt der Gedanke der politischen und sittlichen Wiedergeburt seines Landes und seines Volkes entsprungen ist, der bewußt mit einem fertigen Programm klar und gradlinig, mit Mut seinem erhabenen Ziele zustrebte, und unter dessen Führung Italien wirtschaftlich wieder aufgerichtet und als Großmacht wieder hergestellt wurde. Daraus wird dann das Recht und die Pflicht zum Bruch mit der Demokratie ganz allgemein und zur Errichtung einer irgendwie gearteten faschistisch-diktatorischen Herrschaft abgeleitet. Alle Hohenzollernlegenden verblassen gegenüber dieser grandiosen Geschichtsfälschung. Wer das Leben und die politischen Handlungen des Sohnes des Schmiedes von Perugia verfolgt, der gelangt zu der Feststellung, daß die wesentlichste Triebkraft Mussolinis, sein hauptsächlicher Charakterzug, der unermeßliche Hunger nach persönlichem Einfluß und persönlicher Macht ist. Eine grenzenlose Ichsucht, ein ehrgeiziges Streben, das durch ehrliche Überzeugungen kaum behindert und durch moralische Erwägungen sicher nicht gehemmt ist. Mut und Entschlossenheit gewiß, aber auch diese beiden Tugenden mehr Pose als angeborene Eigenschaft.

Benito Mussolini hat einmal der italienischen sozialistischen Partei angehört, aber man kann ruhig aussprechen, daß er nie ein Sozialist gewesen ist. Er besaß weder sozialistisches Wissen, noch sozialistisches Wollen, und die Partei war nur für ihn das Fundament, von dem aus er seine egoistischen Ziele verwirklichen wollte. Ihm lagen die Ideen des französischen Syndikalisten George Sorel, des Verfechters der direkten Aktion, weit näher als der Marxismus, und die direkte Aktion sollte stets im wesentlichen nur ihm selber dienen. Außerdem war er in seiner Schweizer Emigrationszeit der Schüler des italienischen Staatsphilosophen Vilfredo Pareto geworden, eines Mannes, der nihilistisch alle Ideen des Rechtes und der Moral in der Politik leugnete und der lehrte, daß die Herrschaft im Staate immer von sogenannten Eliten ausgeübt werden müßte und daß diese Eliten Gruppen seien, die ohne Rücksicht auf Prinzipien stark und willenskräftig genug seien, die Macht zu erobern. In der sozialistischen Partei stand Mussolini auf der äußersten Linken und bekämpfte erbittert die Reformisten. Er war Revolutionär, aber vor allem Revolutionär des Wortes. Er haßte jede Autorität, die des Staates sowohl wie die der Religion und der Kirche. Als dann Italien den Tripoliskrieg gegen die Türken begann, war er der schärfste Gegner dieses Unternehmens. Als der Weltkrieg einsetzte, verfocht er mit Lebhaftigkeit die italienische Neutralität, um dann, wenige Monate später, der glühende Befürworter des Eingreifens Italiens an der Seite der Entente zu werden. Ob dieser Wechsel auf Bestechungen zurückzuführen ist, tut bei Mussolini verhältnismäßig wenig zur Sache. War es der Fall, so wird auch dadurch sein Charakterbild nicht wesentlich verändert.

Nach dem Kriege gab es zunächst ein unsicheres Tasten und Fühlen. Italien befand sich in einer schweren wirtschaftlichen Lage. Starke bolschewisierende Tendenzen machten sich in der Arbeiterbevölkerung geltend. Die nationalistische Bourgeoisie fühlte sich in ihren Kriegszielen durch die Alliierten betrogen, die heimkehrenden Soldaten waren voller Erbitterung gegen diejenigen, die zu Hause geblieben waren und aus dem Kriege finanziellen Nutzen gezogen

hatten. Auf welche Seite sich stellen? So lautete die Frage für Mussolini. Die Rückkehr zum Sozialismus, in dessen Reihen er zweifellos auf den äußersten linken Flügel getreten wäre, war ihm versperrt. So gründete er denn den Verband der Kriegsteilnehmer, die fasci di combattimento, die Urzelle der faschistischen Partei. Es gewährt ein außerordentliches Vergnügen, heute das Programm nachzulesen, das er am 23. März 1919 von diesen Faschisten annehmen ließ. Dieses Programm ist an demokratischem, an revolutionärem Radikalismus kaum zu übertreffen. Da wird verlangt eine konstituierende Versammlung, die die italienische Sektion der konstituierenden Versammlung der Völker werden soll. Ferner Proklamierung der Republik, Souveränität des Volkes auf Grund des allgemeinen Wahlrechts für beide Geschlechter, Abschaffung des Senats, aller Adelstitel und des obligatorischen Militärdienstes. Weiter internationale Abrüstung, Wahl der Behörden, Auflösung der GmbHs., der Banken, Konfiskation des produktiven Kapitals, Land für die Bauern und Übertragung der Leitung von Industrien an Syndikate von Technikern und Arbeitern. Wenn wir die nachherige Praxis mit diesen Theorien, mit diesem Programm von 1919 vergleichen, so genügt das schon, um das Wesen und die Wurzeln des Faschismus kennen zu lernen.

Interessant ist aber auch die Einleitung, die Mussolini selber zu diesem Programm gegeben hat. „Italiener", so kündigt er an, „hier ist das nationale Programm einer gesunden italienischen Bewegung. Revolutionär, weil antidogmatisch und antidemagogisch. Hervorragend neuerisch, weil auf alle Vorurteile verzichtend. Wir stellen die Wertung des revolutionären Krieges über alles und alle. Die anderen Probleme, die bürokratischen, administrativen, juristischen Probleme des Unterrichts und der Kolonien werden wir erwägen, wenn wir einmal die herrschende Klasse geworden sind." Diese Programmlosigkeit, diesen zynischen Opportunismus finden wir immer wieder bei dem Mann und bei der Bewegung. Bei dem Mann, dem seine deutschen Bewunderer und Anbeter Entschlossenheit und Zielklarheit nachrühmen. Beispielsweise auch zwei Jahre später. „Was der Faschismus will?" sagt Mussolini, „sagen wir es ohne falsche Bescheidenheit: er will die Nation regieren! Wir erlauben uns den Luxus, Aristokraten und Demokraten zu sein, konservativ und fortschrittlich, reaktionär und revolutionär (Heiterkeit), legal oder illegal, je nach Zeit, Ort, Umständen. Mit einem Wort: nach den historischen Begebenheiten, in denen wir zu leben und uns zu bewegen gezwungen sind. Der Faschismus ist nicht eine Kirche, er ist eher eine Turnhalle. Er ist nicht eine Partei, sondern eine Bewegung. Er hat nicht ein fix und fertiges Programm aus dem einfachen Grunde, weil der Faschismus Tag für Tag das Gebäude seines Willens und seiner Leidenschaft aufrichtet!" (Hört! Hört!) Der Vergleich mit Deutschland, der Vergleich mit der Programmlosigkeit der Nationalsozialisten, der Vergleich mit ihrem Wandel von der Legalität zur Illegalität und umgekehrt liegt auf der Hand. In der Praxis erbringt Mussolini den Beweis dafür, daß er sehr weit von dem Ideal des Ordnungsstifters entfernt ist, als den seine Bewunderer ihn hinstellen wollen. In einem Italien, das durch Krieg und Nachkriegsnot aufgewühlt ist, dessen Arbeiterschaft zerrissen ist, in dem eine schwache Regierung mit einem willenlosen Parlament arbeitet, in dem Streik auf Streik, Straßenunruhen auf Straßenunruhen folgen, ist Mussolini mit seiner einstweilen noch kleinen, aber sehr bunten Gefolgschaft immer auf der Seite der unruhigen Elemente. Als das erste Experiment der Fabrikbesetzung durch die italienischen Arbeiter gemacht wurde, stärkte er diesen Arbeitern den Rücken. „Der Bolschewismus", so ruft er aus, „würde uns nicht abschrecken, wenn er die Größe eines Volkes garantieren könnte", und in seinem Kampfe gegen die Staatsgewalt schreibt er noch im Jahre 1920 den lapidaren Satz: „Wir sind unbedingte Gegner jeder Diktatur."

Der Faschismus tritt erst als Ordnungsstifter und als Anbeter des Staatsgedankens auf, als die Arbeiterschaft den Kampf verloren hat und resigniert, als das Groß- und Kleinbürgertum wieder anfangen, ihr Haupt zu erheben. Jetzt wird er, der sich bis dahin in der Hauptsache auf die in das Proletariat hinabsinkenden Mittelstandsschichten gestützt hatte, die Sammelstätte der Bourgeoisie, der Kriegsgewinnler, der Handwerker, der Großgrundbesitzer, die den Landhunger ihrer Arbeiter nicht befriedigen wollen, d. h. aller derer, die sich an der Arbeiterschaft zu rächen entschlossen sind, obwohl sie schon zum Teil selber ins Proletariat hinabgesunken sind. Militärs, ehemalige und aktive Offiziere fangen an, in dem Faschismus eine große Rolle zu spielen, und helfen, die Banditenzüge, die Raub- und Mordkampagnen gegen die Häuser der organisierten Arbeiterschaft und gegen das Leben der Proletarier selber zu organisieren.

Mussolini persönlich zögert zunächst. Widerstrebt ihm diese offene Wendung zur Bourgeoisie hin oder will er warten, welchen Ausgang die Dinge nehmen? Als er mit 34 seiner Parteigenossen in das Parlament eingezogen ist, schwankt er noch; ja, er ist in diesem Moment bereit zu einer Verständigung mit den Sozialisten. Zeitweise spricht er davon, daß er sich von der Führung einer Partei, in der die Kriegstreiber und Kapitalisten das große Wort führen, zurückziehen wolle. Dann aber setzt er doch auf die Karte des gewandelten Faschismus, weil ihm keine andere Wahl mehr bleibt und weil er es nicht ertragen kann, von d'Annunzio aus seiner Rolle als Duce verdrängt zu werden. Der Führer folgt der veränderten Gefolgschaft; aber Vorsicht, wenn man will, Feigheit bestimmen doch immer wieder sein Handeln. Der Marsch auf Rom, der den faschistischen Triumph begründet, wird ohne ihn durchgeführt. Er bleibt in der kritischen Zeit in Mailand, um der Schweizer Grenze nahe zu sein, und er erscheint in Rom erst, als der Erfolg gesichert ist, der Sieg errungen ist dank der Feigheit des liberalen Bürgertums, dank der erbärmlichen Schwäche der italienischen Regierung und dank der Zersplitterung und Unentschlossenheit der italienischen Arbeiterschaft. (Zustimmung.)

Von jetzt an ist Mussolini endgültig der Mann der kapitalistischen Bourgeoisie. Er tröstet sich selbst über diesen Gesinnungswechsel hinweg mit der Versicherung, der Faschismus werde eine Synthese, eine Zusammenfassung zwischen den unzerstörbaren Thesen der liberalen Wirtschaftslehre und den neuen Kräften der Arbeiterwelt herstellen. Er wird dann später versuchen, der Öffentlichkeit den faschistischen Staat, aufgebaut auf unselbständigen, unter strengster Kontrolle der Regierung gehaltenen berufsständischen Organisationen, als diese Zusammenfassung schmackhaft zu machen. Er wird den Vernichtungsfeldzug gegen die freien Arbeiterorganisationen und ihre Führer, er wird den Mord an Matteotti mit seinem Glauben an den Wert der neuen Kräfte im Proletariat zu vereinbaren suchen. Er wird ein Parlament, zu dem das Volk nicht wählen darf, sondern zu dem die Kandidaten nur aus den unter Regierungsaufsicht von unfreien Korporationen aufgestellten Listen auswählen darf, als die letzte Vollendung des Liberalismus und der Demokratie preisen. Er wird die Unterdrückung jeder Presse-, Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit als Kennzeichen fortgeschrittenster Staatsphilosophie hinstellen; er wird die Ruhe des Kirchhofs, die er geschaffen hat, als Beweis für das Glück und die Zufriedenheit der Italiener anführen. Er wird es sich dabei gefallen lassen, wenn Schmeichler und Speichellecker innerhalb und außerhalb seines Landes ihm die eiserne Konsequenz eines großen, zielsicheren Staatsmannes nachrühmen und sein Leben und seine Geschichte verfälschen. Zunächst aber geht der Revolutionär und Republikaner zum König, nimmt aus seiner Hand die Ministerpräsidentschaft entgegen und begrüßt ihn mit den Worten, er, der die Monarchie abzuschaffen geschworen hatte: „Ich bringe Eurer Majestät das Italien, das sich neuen Siegen weiht, und bin Eurer Majestät getreuer Diener"! (Heiterkeit.)

Ich breche hier die Darstellung des Entwicklungsganges Mussolinis und der faschistischen Bewegung in Italien im Augenblick seiner Machtergreifung ab. Ich habe die Dinge etwas ausführlicher dargelegt, nicht nur, um Parallelen mit der äußeren Entwicklung in Deutschland ziehen zu können, sondern auch

um an dem italienischen Beispiel das Wesen und die Tendenzen des deutschen Nationalsozialismus zu erläutern. Ein Unterschied fällt zunächst in die Augen. Das ist die spätere Geburt oder jedenfalls das spätere Erstarken des deutschen Faschismus. Nicht als ob bei uns unmittelbar nach dem Kriege nicht ähnliche Vorbedingungen vorhanden gewesen wären wie in Italien. Das wirtschaftliche Elend war ebenso groß, an Empörung der Krieger über die Daheimgebliebenen, die sich, während die Soldaten ihr Blut vergossen, bereichern konnten, fehlte es nicht, und ebensowenig fehlte es an jenen deklassierten Existenzen, an den Menschen, die nach vier Jahren Krieg nicht wieder in das bürgerliche Leben zurückfanden, die Landsknechte waren und Landsknechte geblieben sind. Sie haben sich auch, wie wir zur Genüge wissen und erfahren haben, bemerkbar gemacht. Da gab es die Freikorps, da gab es allerhand mehr oder weniger geheime, auf Anwendung von Gewalt und auf den Sturz der Republik gerichtete Verbände. Auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist schon frühzeitig gegründet worden. Nur daß sie eben zunächst keine Rolle spielte! Die materiellen Voraussetzungen waren es nicht, die sie hinderten; aber es gab andere Umstände, wie beispielsweise die festere Organisation der alten Parteien, die sich nach dem Kriege, wenn auch unter neuen Namen, wieder zusammenfanden. Auch die größere politische Schulung, namentlich der Arbeiterklasse, war ein großes Hemmnis für das Erstarken einer faschistischen Bewegung. Dazu kam vielleicht auch die Neuheit der Demokratie in Deutschland. In Italien war der Parlamentarismus, wenigstens in seiner Form, schon lange vorhanden gewesen. Daß der italienische Parlamentarismus korrupt war und daß er nur eine dünne Hülle und Verschleierung der Diktatur einzelner Staatsmänner, wie beispielsweise Giolittis, darstellte, wußte jeder; Parteien in unserem Sinne existierten in Italien kaum. Die bürgerlichen Fraktionen waren Gefolgschaften einzelner Führer, die für sich und ihre Anhänger um Posten und Pfründe kämpften. Bei uns dagegen erwartete man viel, vielleicht zunächst zu viel von der demokratischen Staatsform. Man vergaß in weiten Kreisen, daß es nicht nur auf die Form, sondern auch auf den Inhalt ankam, und setzte Hoffnungen auf das veränderte Staatssystem, die sich zum mindesten in kurzer Frist nicht verwirklichen konnten. Das brachte Enttäuschungen, und als dann die große Wirtschaftskrisis eintrat, konnte auch bei uns der Faschismus seinen Weizen blühen sehen.

Das Elend der dauernden Arbeitslosigkeit, die Unsicherheit des Erwerbs, die Verarmung breiter Schichten hat die Zahl seiner Anhänger gewaltig erstarken lassen. Der Hungernde, derjenige, der seine Existenzmöglichkeit schwinden sieht, hört gern auf Stimmen, die ihm in kürzester Zeit eine gründliche Besserung verheißen. Aber ebenso wie in Italien waren es außer dem Lumpenproletariat, dem Gesindel, den Mordbuben, die sich durch ihre Betätigung als gepriesene Prätorianer in einer politischen Partei wieder eine geachtete Stellung in der guten Gesellschaft zu erringen hofften, in der Hauptsache mittelständlerische Schichten, die dem Hakenkreuzbanner folgten: Bauern, Handwerker, Angestellte, Beamte usw. Diese Kategorien haben sich bei uns in Deutschland so gut wie niemals ernsthaft mit politischen und wirtschaftlichen Problemen beschäftigt. Sie sehen nur sich selbst und ihren engsten Interessenkreis. Theorien liegen ihnen fern, Programme sind für sie im besten Falle ein für die Wahlagitation bestimmtes Stück Papier. Einer solchen Geistes- und Gemütsverfassung entspricht natürlich eine Bewegung, die, ohne die Köpfe mit wissenschaftlichen Erwägungen zu belasten und ohne von Prinzipien zu reden, den schnellen Umschwung zum Besseren in Aussicht stellt. Sie konnte anknüpfen an die kleinbürgerlichen, mittelständlerischen Gruppierungen, die sich schon in der Vorkriegszeit gezeigt hatten. Was sie Neues brachte, war im wesentlichen die Lebhaftigkeit der Propaganda und die Romantik der Ziele sowohl wie der Methoden. Was ihr zum Vorteil gereichte, war das Anwachsen der Klasse, die durch die Entwicklung zum Großbetrieb und zum Monopolkapitalismus hin ihrer Selbständigkeit mehr und mehr verlustig geht, jener Klasse, die sich proletarisiert sieht und die doch die Proletarisierung fürchtet und sie abwenden möchte. Hinzu kam die Sucht nach dem Neuen. Die alten Parteien haben die Lage nicht zu verbessern vermocht; gut, dann versuchen wir es mit einer neuen Partei, die mit Ungestüm auftritt und die goldene Berge verheißt!

Freilich gab es da auch noch den Kommunismus. Aber er vermochte nicht dieselbe Anziehungskraft auszuüben, einmal, weil es auch ihm bisher nicht gelungen ist, einen Einfluß zu erringen, durch den die wirtschaftliche Situation von Grund aus gebessert werden könnte, vor allem aber, weil sich seine Agitation zu ausschließlich an das Proletariat im engsten Sinne wendet und weil die Zustände, wie sie in Rußland herrschen, in den Kreisen, die noch etwas zu verlieren haben oder verlieren zu können glauben, nicht propagandistisch für die KPD. wirken. Da wendet man sich eben dem Dritten Reich zu, dessen Propheten bei allen Klassen und Schichten die gleichen Hoffnungen und die gleichen Illusionen erwecken, die je nach Bedarf arbeiterfreundlich und unternehmerfreundlich tun, die je nach Bedarf die Kleinbauern und die Großgrundbesitzer in ihre Arme schließen und die im gleichen Atemzuge den Handwerker, den Kleinrentner, den Kriegsbeschädigten und den Angestellten ihrer ganz besonderen Sympathie versichern. Vorgespiegelt wird genau wie in Italien der klassenlose Staat, konstruiert wird ein Staatswesen im luftleeren Raum, in dem die diktatorische Leitung dafür sorgt, daß den Untertanen aller Kategorien das gleiche Genüge geschieht. Und damit hat man dann auch eine Plattform gefunden, von der aus sich gegen die marxistischen Klassenkampfparteien streiten läßt.

Aber daneben gibt es noch ein anderes. Zunächst einmal die verlogene Darstellung, als ob Deutschland seit dem Jahre 1919 marxistisch regiert worden sei und daß daher alle Not von der Sozialdemokratie verantwortet werden müßte. Was ist für diese Leute überhaupt Marxismus? Sie haben nicht nur von seinem Geiste, sondern auch von dem Inhalt seiner Lehre nicht einen Hauch verspürt. Marxismus ist ihnen alles, was ihnen zuwider ist. Marxismus ist ihnen die Republik, Marxismus ist ihnen die Demokratie, Marxismus ist ihnen alles, was sie benutzen zu können glauben, um gegen die Sozialdemokratie zu polemisieren.

Nicht zuletzt aber wird zur Verstärkung der Agitation jener Seite das nationale Prinzip ins Treffen geführt, auch das ist in der Hauptsache eine Waffe im Kampfe gegen die internationale Sozialdemokratie, die schwächlich, feig und verräterisch die Interessen des deutschen Volkes preisgäbe. Dem Volk, das unter dem Vertrag von Versailles leidet, wird das Traumbild einer Wiederauferstehung zur alten militärischen Macht und Herrlichkeit vorgegaukelt, und es wird so getan, als ob seine Verwirklichung nur von dem nationalen Willen, von der Wehrhaftigkeit und von dem Kampf gegen den Pazifismus abhänge. Man stellt es dem Kleinbürger so dar, als ob Deutschland in der Lage sei, sich von der Welt abzuschließen und ohne Rücksicht auf sie Politik zu treiben. Die auswärtige Politik wird z. B. von einem der geistigen Führer des Nationalsozialismus, Herrn Alfred Rosenberg, als die „Auseinandersetzung seelisch-rassischer Menschen" hingestellt. Ein Verständnis für die wirtschaftlichen Voraussetzungen internationaler Konflikte fehlt vollständig. In diesen Anschauungen von Reinerhaltung der Rasse, nationaler Kultur, nationaler Wirtschaft, nationaler Ehre wird einer Erkenntnis bewußt oder unbewußt aus dem Wege gegangen, nämlich der, daß die Völker gerade durch die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu einem großen Organismus zusammengefaßt sind. Und wo man diese Beziehungen sieht, da sucht man sie auf die verhängnisvollen Einflüsse des Judentums zurückzuführen und hat mit dem Antisemitismus ein neues Lockmittel für die unter dem Bankkapital und dem hohen Zins seufzenden Mittelständler. Der Antisemitismus als Sozialismus des dummen Kerls ist hier in grandioser Weise aufs neue in die Erscheinung getreten.

Jede Politik der Verständigung wird selbstverständlich abgelehnt. Der einzige Weg, den es zur Verteidigung der nationalen Belange gibt, ist Gewalt. Der nationale Mythos verlangt immer von neuem Nahrung, neue Feinde, neue Angreifer. Es kommt dabei gar nicht so sehr darauf an, wer der Feind ist, sondern die Hauptsache ist, daß ein Feind da sei.

Dabei wird freilich Frankreich in den Vordergrund geschoben, und da entstehen dann Konstruktionen, nach denen es möglich sein soll, bald mit Italien, bald mit England, bald auch sogar mit Sowjetrußland im Bunde den „Erbfeind" niederzuwerfen. Diese Hervorkehrung des nationalen Prinzips dient dann auch dazu, die in das Proletariat hinabsinkenden Schichten von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Nicht nur, weil die Sozialdemokratie international ist, sondern auch, weil der Nationalismus eine der Banden ist, die diese Schichten noch an ihre Zugehörigkeit zur Bourgeoisie glauben lassen.

Ob die Hitlerianer und ihre Führer, zur Macht gekommen, die praktischen Konsequenzen aus ihren so laut vertretenen Ideen ziehen würden, ist zum mindesten zweifelhaft. Ich erinnere nur an den Briefwechsel, den Herr Hitler unmittelbar nach dem Wahlerfolge ausgerechnet mit Gustav Hervé geführt hat und der Zugeständnisse enthielt, die bei jedem Sozialdemokraten als schlimmster Landesverrat gebrandmarkt worden wären. (Sehr wahr!) Ich erinnere weiter nur an das Umbuhlen rechtsgerichteter englischer Kreise, das doch dadurch kaum gerechtfertigt werden kann, daß dabei der starke Wunsch nach finanziellen Subventionen mitspielt. Ich erinnere an die Stellung der Nationalsozialisten, als im Auswärtigen Ausschuß und im Plenum des Reichstags über kommunistische Anträge zur sofortigen Zerreißung des Youngplanes abgestimmt wurde. Ich erinnere daran, wie die Nationalsozialisten sich bei dieser Gelegenheit jeder positiven Stellungnahme enthielten.

Daß die größte Hoffnung immer wieder auf Italien gesetzt wird, ist selbstverständlich. Die Freunde der deutschen Rasse haben gegen die Unterdrückung des Deutschtums in Südtirol nichts einzuwenden, und trotz aller Enttäuschungen stellen sie immer wieder Mussolini, der immerhin viel zu klug ist, sich in leichtfertige Abenteuer einzulassen, als den Helfer und Retter des unterdrückten deutschen Volkes hin.

Nun, die Wirkung der programmatisch ganz unsicheren, auf den Instinkt gerichteten Agitation der Hitler-Leute, eine Agitation, die sich scheinbar mit gleicher Liebe an alle wendet, ist die sozial höchst bunte Zusammensetzung der Nationalsozialistischen Partei, in der vom thronsüchtigen Hohenzollernprinzen bis zum kriminellen Lumpenproletarier alles beieinander sitzt und auf Erfüllung seiner Spezialwünsche hofft, einer Partei, in der alles, was einmal Gegenstand notwendigster Auseinandersetzung werden kann, jeder Versuch, eine ins einzelne gehende Formulierung von Forderungen aufzustellen, zunächst ängstlich vermieden wird. Ja, sie hat ein Programm. Sie hat sich dieses Programm bereits im Jahre 1920 gegeben. Aber dieses Programm ist nichts als eine Zusammenstellung von hohlen und leeren Redensarten, von platten Allgemeinheiten, die noch dazu von jedem Anhänger der Partei ganz nach Belieben und Bedarf ausgelegt werden können. (Sehr richtig!) Dieses Programm wurde feierlich als für ewige Zeiten unabänderlich erklärt. Gleichzeitig wurde Herr Gottfried Feder als der einzige Betreuer, als der einzig berechtigte Ausleger dieses Programms bezeichnet. Wir haben von ihm, wir haben von anderen Anhängern der Nationalsozialistischen Partei die merkwürdigsten, die einander widersprechendsten Interpretationen jenes Programms vernommen, und zuletzt stehen wir einem Wirrwarr gegenüber, einem Chaos, einem Durcheinander, stehen gegenüber der vollendetsten Programmlosigkeit. Gerade diese Programmlosigkeit aber, mit der man sich gelegentlich noch besonders brüstet, wie es Mussolini auch getan hat, ist eines der Bindemittel für die heterogenen Bestandteile der Partei. Von einer Partei, die sich durch kein Programm festgelegt hat, kann jeder alles erwarten, wenigstens solange sie nicht in irgendeiner Verantwortung sitzt.

Dazu kommt dann der militärisch-diktatorische Aufbau der Partei. Ein Mann ist an die Spitze gestellt, der künstlich mit dem Mythos der politischen Unfehlbarkeit umgeben wird und der unbedingten Gehorsam braucht. Die Disziplin, die auf diese Weise hergestellt wird, ist der Sympathien aller derer gewiß, für die politisches Denken und eigene politische Urteilsbildung eine grausame Anstrengung bedeutet. (Sehr gut!) Es ist die Geistesträgheit und die Feigheit weiter Teile des Bürgertums, die sie aus der Verantwortlichkeit und der selbständigen Betätigung der Demokratie in die Diktatur flüchten läßt. (Zustimmung.)

Dabei erlasse man es mir, Vergleiche zwischen Hitler und Mussolini zu ziehen. Nur den einen Satz will ich aussprechen: Mussolini ist kein Charakter, aber ein Talent der Charakterlosigkeit; Hitler ist nicht einmal das! (Heiterkeit und Zustimmung.) Er hat nur seinem großen Vorbild abgeguckt, wie er sich räuspert und wie er spuckt. (Erneute Heiterkeit und Zustimmung.) Die Bereitwilligkeit zur Unterwerfung unter ihn wird aber noch verstärkt, weil die, die unter das Joch kriechen, sich eben für jene Elite halten, die die Hoffnung hegen darf, auf der hierarchischen Stufenleiter des Faschismus hohe Sprossen zu erklimmen.

Aber wir müssen gerecht sein. Es gibt trotz allem innerhalb des Faschismus auch so etwas wie eine Ideologie. Es gibt, wenn auch nicht in der Masse der Mitläufer, so doch zum mindesten in einem Teile seines Kerns, geistige und philosophische Triebkräfte. (Sehr wahr!) Sie sind bestimmt durch die starke Abwendung der letzten Jahrzehnte von dem sogenannten philosophischen Positivismus, d. h. jener Lehre, die nur die Existenz dessen zugestehen will, was mit Händen zu greifen und nach ewigen Gesetzen zu errechnen ist. Wir können hier nicht in eine Kritik eintreten. Aber Tatsache ist jedenfalls, daß sich gegen diese Lehre eine Reaktion bemerkbar gemacht hat, die das Rechnerische, Zahlenmäßige und Gesetzmäßige verachtet, die die Kraft des persönlichen Wollens betont und bei der eben der Mythos, das Irrationale eine große Rolle spielt. Diesen Elementen kommt die Romantik und die Programmlosigkeit des Faschismus entgegen. Sie erblicken in ihm eine Erlösung aus der Nüchternheit des grauen, auf Kalkulationen aufgebauten Alltags. Sie stürzen sich in ihn wie in eine erfrischende Flut.

Doch mit Philosophie sind keine Massen zu gewinnen. Die Massen verlangen Greifbareres; sie verlangen Zielsetzungen, unter denen sie sich etwas vorstellen können. Man muß ein Aushängeschild haben, und dafür wählt man das bewährte Aushängeschild des Sozialismus, wohl wissend, daß es nicht nur bei den Schichten wirkt, die klassenbewußte Proletarier sind, sondern daß es auch für diejenigen eine Hoffnung bedeutet, die den kapitalistischen Boden unter ihren Füßen schwinden fühlen, für alle Schichten, die dank der wirtschaftlichen Entwicklung ins Proletariat hinabsinken, die sich mit Händen und Füßen noch gegen diese Entwicklung sträuben, die aber das dumpfe Empfinden haben: es ist der Kapitalismus, der für unsere Not, für unser Elend die Verantwortung trägt. Genosse Tarnow sagte gestern: diese Leute haben schon gelernt, dem Kapitalismus zu fluchen, sie haben aber noch nicht gelernt, zum Marxismus zu beten. Gewiß nicht, weil sie weder den Kapitalismus noch den Sozialismus kennen und wissenschaftlich erfaßt haben, sondern weil sie einstweilen nur durch Gefühle, durch Sentiments bestimmt sind.

Aber natürlich ist dieser von den Nationalsozialisten plakatierte Sozialismus eine Lüge. Denn wenn man ihn ernst nehmen wollte, wäre die Scheidewand zum Marxismus gefallen. Wo bliebe dann der Zuzug aus den mittelständlerischen Kreisen, für die wirklich der Sozialismus immer noch ein unerträglicher Gedanke ist? Nein, wir können es anerkennen, daß eine Partei, die im Grunde ihres Wesens so reaktionär ist, es heute für nötig hält, sich ein sozialistisches Aushänge-

schild zu geben. Das beweist, daß zuletzt doch der Gedanke des Sozialismus marschiert, daß sich das Laster genötigt sieht, eine Verbeugung vor der Tugend zu machen. (Sehr richtig!) Das beweist, daß wir mit dem Sozialismus sehr viel weiter gekommen sind, als sehr viele von uns selbst geglaubt und vermutet haben.

Ich kann es mir ersparen, nochmals eine Darlegung der sogenannten sozialistischen Teile des nationalsozialistischen Programms, der sozialen und der wirtschaftlichen Forderungen zu geben. Darüber ist bei uns in den letzten Monaten zur Genüge gesprochen worden. Wir stellen fest, daß sein Sozialismus in ein paar dürftigen Redensarten zusammengefaßt ist, daß einerseits von Herrn Feder als dem berufenen Ausleger des Programms die Abschaffung der Zinsknechtschaft als die endgültige Lösung der sozialen Frage bezeichnet wird, anderseits von demselben Mann die Verbesserung der Altersversicherung ebenfalls als die Lösung der sozialen Frage erklärt wird. Was wollen solche Redensarten besagen? Herr Reupke, einer der Anhänger des Nationalsozialismus, der sich mit dem wirtschaftlichen Programm näher befaßt hat, erklärt den Sozialismus dahin, daß der Marxismus die edle und ursprüngliche Bedeutung des Wortes Sozialismus verfälscht und für seine Zwecke ausgebeutet habe. Sozialismus, sagt er, ist eine Bezeichnung, die nichts anderes besagen wollte als Gemeinschaftsgeist und Wirken für die Gesamtheit. Der deutsche Sozialismus will die ursprüngliche Bedeutung wiederherstellen und setzt für den Internationalismus der Marxisten den nationalen Gedanken, für die materialistische Weltanschauung den deutschen Idealismus, für den Klassenkampf die Harmonie der Stände, für den Kollektivismus die organisch in das Volksganze eingegliederte Persönlichkeit, für den Gleichheitsgedanken das aristokratische Prinzip. Damit ist der Sozialismus jener, die uns die Verfälschung des sozialistischen Gedankens nachsagen, zur Genüge erklärt.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Sozialismus und diese wirtschaftspolitischen Ideen nicht imstande waren, jene Massen, die sich zum Marxismus bekannt haben und von seinem Geist durchdrungen waren, zum Hakenkreuz hinüberzuziehen. Die marxistische Front wurde durch den Anspruch der Nationalsozialisten nicht erschüttert, es traten dort nur gewisse Verschiebungen ein, die nur indirekt auf das Auftreten der Nationalsozialisten zurückzuführen waren, insofern nämlich, als die Sozialdemokraten eine unpopuläre Politik treiben mußten. Im wesentlichen hat Herr Hitler mit seinen Scharen nur die bürgerlichen Parteien erschüttert, denen er die Stimmen jener Wähler entriß, die klassenmäßig nie zu ihnen gehört hatten oder zu ihnen zu gehören aufhörten und denen ein Verständnis für die Gefahren des Kapitalismus zu dämmern begonnen hat.

Die klassenbewußten Arbeiter konnten auch durch das staatspolitische Programm der Nationalsozialisten nicht gewonnen werden. Auch auf diesem Gebiet keine Einheitlichkeit, ein wildes Durcheinander! Der eine fordert einen Senat, der andere ein berufsständisches Parlament, der dritte einen Diktator schlechthin, der allein, höchstens beraten von den sogenannten Besten der Nation, die Geschicke des Volkes zu bestimmen hat. Wenn man uns auf Italien verweist, — ja, haben wir dort eine Staatsform, die irgendeinen Arbeiter befriedigen könnte?! Zunächst die Zerstörung der Gewerkschaften, die absolute Unfreiheit auf allen Gebieten, auf denen die Demokratie für das Proletariat Rechte erobert hat, ein angeblich berufsständischer Staat, der es nicht einmal ist, sondern der auf einer Reihe von Korporationen erbaut ist, die nebeneinander aufgebaut sind, die sich in Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen, von der faschistischen Regierung kontrolliert sind und untereinander und in ihrer Spitze durch eine Querverbindung verbunden sind, die ausschließlich aus Beamten, aus Sekretären des faschistischen Staates besteht, — in Wirklichkeit der Wille Mussolinis, der zuletzt und einzig allein ausschlaggebend ist, in Wirklichkeit kein Wahlrecht! Denn diese Korporationen legen den Wählern eine Liste von 1000 Namen vor, aus denen die Wähler 400 aussuchen und für sie stimmen können. In Wirklichkeit

hat Mussolini 1919 verkündet: Gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen und hat die Frauen aus den politischen Rechten vollständig ausgeschaltet, — auch in dieser Beziehung Vorbild für die deutschen Nationalsozialisten, die die Frau in gänzlichem Rückfall in romantische Betrachtungsweisen als die Zierde des Lebens und die Schönheitsbringerin für den Mann hinstellen, die sie aber jeden politischen Rechtes und Anspruchs entkleiden wollen.

Wenn sich jemand noch genauer über das faschistische Staatswesen und seine Anwendbarkeit auf Deutschland unterrichten will, dem empfehle ich die Broschüre, die der Freund Hugenbergs, Professor Ludwig Bernhard, vor kurzem über den Staatsgedanken des Faschismus geschrieben hat. Es gibt merkwürdigerweise kaum eine schärfere Kritik des faschistischen Staatsgedankens als die dieses wissenschaftlichen Helfers des Herrn Hugenberg.

Wie gesagt, Genossen, die sozialistischen und wirtschaftspolitischen Programmpunkte und die staatspolitischen Perspektiven sind alles keine Dinge, die einem zum Klassenbewußtsein erwachten und einigermaßen geschulten Proletarier die Partei des Herrn Hitler verlockend erscheinen lassen können. Wenn man dem deutschen Arbeiter sowohl den Verzicht auf sein politisches Selbstbestimmungsrecht wie auf die Freiheit seiner gewerkschaftlichen Organisation zumutet, so wird er sich bedanken. Dessen sind sich die Führer der Hitlerpartei auch bewußt, und sie erkennen, daß sie auf die Dauer weder durch eine zu starke Betonung des Charakters ihrer Bewegung als einer Arbeiterbewegung noch auch durch das Festhalten an nebelhaften Formulierungen sich über Wasser halten können. Sie suchen, wenn auch vorsichtig, so doch mit vollem Bewußtsein, den Anschluß an die kapitalistische Klasse und geben sich dabei höchstens der Hoffnung hin, daß die Massen ihre Wendung nicht ohne weiteres erkennen, oder sich immer noch mit Hilfe der nationalen Phrase bei der Stange halten lassen.

Diejenigen Schichten, die erst durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit proletarisiert sind oder zu werden drohen, sind, wie die nationalsozialistischen Führer wohl mit gewissem Recht erwarten, fürs erste ihnen noch sicherer als, wenn man sie so nennen will, die Altproletarier.

Eine Reihe von sehr deutlichen Anzeichen weisen auf den Umschwung hin, der sich von dem Mussolinis in den Jahren 1921 und 1922 insofern unterscheidet, als Mussolini, soweit bei ihm von Ehrlichkeit überhaupt die Rede sein konnte, zeitweise ehrlich an die proletarische Natur seines Faschismus gedacht hat, während für den größten Teil der leitenden Männer im deutschen Nationalsozialismus Proletariertum und Sozialismus nie viel mehr gewesen ist als Stimmenfang einerseits und Erpressungsmittel anderseits. Die Herren wären bereit gewesen, schon unmittelbar nach den Wahlen vom 14. September mit den bürgerlich-kapitalistischen Parteien gemeinsam gegen die Arbeiterschaft zu gehen und die Brücken zu betreten, die ihnen nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch die Deutsche Volkspartei und ein Teil des Zentrums zu bauen entschlossen gewesen sind. Grundsätze haben sie nicht an dem Betreten dieses Weges gehindert, nur fürchteten sie damals von einem plötzlichen Entschluß unerfreuliche Rückschläge für ihre Bewegung. Sie wollten die Macht, die sie in sicherer, nächster Aussicht glaubten, mit niemand teilen und vertrauten auf die gewaltsame Eroberung des Staates, nach deren Durchführung sich über alles andere reden lassen könnte, und die ihnen gleichzeitig erlauben würde, widerstrebende und auffässige Elemente in den eigenen Reihen mit Pöstchen oder dergleichen umzustimmen oder mit der Hoffnung auf solche Zuwendungen zu ködern.

In ihrem Übermut stellten sie deshalb Forderungen, die von den Verhandlungspartnern nicht erfüllt werden konnten. Vor allen Dingen wurde das Zusammengehen der Bürgerlichen mit ihnen durch die Abwehrpolitik, zu der sich die Sozialdemokratie entschloß, aufs äußerste erschwert. Aber gerade die Unterstützung, die die Sozialdemokratie einer bürgerlichen Regierung gewährte, und die diese sich gefallen ließ, veranlaßte den Nationalsozialismus zunächst nochmals

in seiner Agitation zu einer starken Hervorkehrung antikapitalistischer und antibürgerlicher Tendenzen. Er griff die Sozialdemokratie wegen ihres Verrates von Grundsätzen an und stürmte gegen die Regierungsparteien los, weil sie sich in Abhängigkeit von Leuten begeben hätte, die ihre Grundsätze preisgegeben haben. Dabei richtete man die Schärfe seines Schwertes namentlich auch gegen das Zentrum, die sogenannten schwarzen Marxisten, und machte auch vor der katholischen Kirche nicht halt.

Es wäre zuviel gesagt, wenn man behaupten wollte, daß alle diese Angriffe ohne weiteres alle bürgerlichen Parteien abgeschreckt hätten. Die Deutsche Volkspartei, die auch in Thüringen mit Frick auf einer Regierungsbank saß, hat sehr lange die Phrase von den wertvollen nationalen Kräften in der Hitlerpartei wiederholt, und nur die Furcht vor den wirtschaftlichen Folgen eines Bürgerkriegs, der bei den kaum verhüllten nationalsozialistischen Aufrufen zur Illegalität unvermeidlich gewesen wäre, und der starke Gegensatz, in den der Katholizismus zur Hitlerbewegung geraten war, haben die Partei des Herrn Scholz und Dingelden auf ihre staatsretterischen Pläne vorläufig verzichten lassen.

Aber wohl gemerkt, alle diese Kreise haben an den sozialistischen Tiraden der Hitlerianer niemals Anstoß genommen. So sind im Hansabund gelegentlich Referate gehalten worden, in denen die Übereinstimmung der nationalsozialistischen Forderungen mit denen des Marxismus dargetan wurde. Aber die maßgebenden kapitalistischen Kreise haben das nie sonderlich ernst genommen. Sie sahen und sehen genau wie ihre italienischen Klassengenossen in dieser Bewegung doch immer noch eine Waffe gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, eine Helferin gegen die staats- und sozialpolitischen Ansprüche der Arbeiterschaft. Höchstens werden sie dadurch enttäuscht sein, daß die neue Partei bei den Wahlen dem Bürgertum und nicht dem Marxismus Abbruch tut.

Aber schließlich spielen Wahlresultate keine Rolle mehr, wenn es gelingen sollte, den Parlamentarismus und die Demokratie zu überwinden.

In jedem Fall aber hat die Praxis der Nationalsozialisten im vergangenen Winter mit einem Mißerfolg geendet. Ihr Auszug aus dem Reichstag war im Grunde genommen nur der Ausdruck dieses Fiaskos. Zu gleicher Zeit natürlich war er ein Schritt, der sozusagen gewaltsam eine Lösung in ihrem Sinne herbeiführen sollte. Sie erwarteten unüberwindliche Schwierigkeiten, die sich aus dem falschen Mehrheitsverhältnis im Parlament ergeben müßten, rechneten mit einem Bruch zwischen Regierung und Sozialdemokratie, die nun zusammen mit den Kommunisten über eine scheinbare Mehrheit im Reichstag verfügten. Oder sie rechneten mit dem völligen inneren Zusammenbruch der Sozialdemokratie für den Fall, daß diese die scheinbare Mehrheit nicht ausnutzte. Die Sozialdemokratische Partei und die Reichstagsfraktion aber haben sich nicht verleiten lassen, das Spiel ihrer Gegner zu spielen. Gewiß haben wir neue und schwere Opfer auf uns nehmen müssen. Wir haben aber verhindert, daß nach dem Wunsch der Rechten das Parlament arbeitsunfähig wurde und die Feinde des Parlamentarismus damit zu ihrem Ziele kamen. (Sehr richtig!)

Das bedeutet aber, daß sich die Hitlerpartei jetzt ernsthaft die Frage vorlegen muß, ob sie auf dem alten Weg weiter schreiten kann, und daß sie sowohl ihre Stellung zum Kapitalismus und seinen Parteien wie ihre Kampfmethoden einer Revision unterziehen muß.

In bezug auf die Kampfmethoden häufen sich jetzt die Legalitätsbeteuerungen. Hier in Leipzig hat Herr Hitler den ersten Schwur auf die Legalität feierlich abgelegt. Diese Legalitätsbeteuerungen sind wahrhaftig nicht sehr ernst zu nehmen. Wenn man von Herrn Goebbels hört, die Partei sei eben zur Legalität *gezwungen*, so weiß man, daß sie zur Illegalität in demselben Augenblick zurückkehren wird, in dem sich der Zwang etwas lockern sollte. Aber das Bekenntnis zum gesetzmäßigen Vorgehen ist nur Mittel zum Zweck, die äußeren Hindernisse für ein Zusammengehen mit den Bürgerlichen zu beseitigen. Daß innere Hindernisse nicht bestehen oder jedenfalls nicht maßgebend sind, beweisen die zahlreichen Besprechungen, die führende Persönlichkeiten der Partei in den verschiedensten Gegenden Deutschlands mit Kapitalisten gehabt haben, und wie sie eben erst wieder die Konferenz des Herrn Feder mit Augsburger Unternehmern auf die Beseitigung kapitalistischer Befürchtungen hinauslaufen.

Aber wir brauchen uns ja nur an die Inhaltlosigkeit der sogenannten sozialistischen Programmforderungen zu erinnern, und schließlich uns nur die Tatsache zu vergegenwärtigen, daß die Nationalsozialisten mit Hugenberg zu den denkbar weitestgehenden Vereinbarungen gelangt sind. Wen seine Arbeiterfreundlichkeit nicht an einer Verständigung mit den Deutschnationalen hindert und wer die kleinen Bauern und Landarbeiter den deutschnationalen Großgrundbesitzern zu opfern bereit ist, dem wird es keine Schwierigkeiten machen, zu einem Bündnis mit den übrigen kapitalistischen Gruppen zu gelangen, unter der einen Voraussetzung natürlich, daß diese ihrerseits zu einer Allianz bereit sind.

Wir brauchen nur auf die große Zweifelsfrage hinzuweisen, von wem eigentlich die Nationalsozialisten finanziert werden (Sehr richtig!), ein Gebiet, über dem noch sehr viel Dunkel lagert, über das nur Gerüchte gehen und Verlautbarungen, die sich nicht immer nachkontrollieren lassen. Fest steht aber für jeden, der Parteiorganisationen kennt, daß eine Bewegung wie die nationalsozialistische nicht aus sich selbst finanziert werden kann. (Lebhafter Beifall.) Hier sind Quellen vorhanden, und wo sollten wir sie anders suchen als bei dem Teil des deutschen Großkapitalistentums, weil eben dieses Großkapitalistentum hofft, irgendwann die nationalsozialistische Bewegung gegen die Arbeiterschaft verwerten zu können. (Zuruf.) Wie weit das Geld von Italien kommt — mancherlei spricht dafür —, wir wissen es nicht. Ich glaube auch, daß es wesentlicher für uns wäre, sicher feststellen zu können, wer es unter den deutschen Kapitalisten ist, der Hitler die Subvention für seine Bewegung zuweist. (Sehr richtig!)

Je größer die Aussichten auf eine Verständigung mit der kapitalistischen Klasse werden, um so bereitwilliger werden die Nationalsozialisten auch sein, auf alle Formeln zu verzichten, an denen das Unternehmertum heute noch Anstoß nehmen kann. Man spricht ja auch bereits in ihren Reihen von einem neuen Wirtschaftsprogramm, wenige Monate nachdem Herr Frick in einer Rede zu Kassel seiner großen Genugtuung über das Fehlen eines Wirtschaftsprogramms bei einer Partei, die nur idealistisch eingestellt sei, Ausdruck gegeben hat, und wenn bei dem Programm der schon erwähnte Hans Reupke mit seinen Ansichten über die Notwendigkeit eines weitgehenden Abbaus der sozialen Versicherung maßgebend ist, dann werden auch die letzten Widerstände der anderen Seite schon zu überwinden sein. In diesem Fall wird wohl auch von den für den Mittelstand berechneten törichten Phantasien über Beseitigung der Zinsknechtschaft usw. nicht viel übrig bleiben, denn der Kapitalismus kann mit ihnen nichts anfangen. Und schließlich wird man sich auch bereit finden, alle antikirchlichen und antikatholischen Ketzereien abzuschwören, um seinen Frieden mit dem Zentrum zu machen. Der Abgeordnete Göhring hat zu diesem Zweck ja bereits einen Bittgang nach Rom gemacht, und warum sollte ihm und seinen Freunden nicht möglich sein, was Mussolini fertiggebracht hat. Mussolini versicherte 1920, daß er sich mit den Schmähungen der Pfaffen wie mit einem wohlduftenden Blumenkranz schmücke. Er nannte im selben Jahre die Religion einen Unsinn, eine Unsittlichkeit und eine Krankheit, und er schloß dann doch einige Jahre später den Lateranvertrag mit der päpstlichen Kurie und rief 1929 aus: „Für den Faschismus ist die Religion eine Notwendigkeit, nur sie bietet Garantie für die vollkommene Sittlichkeit."

Ich sage nicht, daß die nationalsozialistische Verbrüderung mit dem Kapitalismus unmittelbar bevorsteht. Ich weise nur auf die Tendenzen hin, die wir nicht außer acht lassen dürfen, und die ja schließlich auch in den national-

sozialistischen Reihen selber erkannt werden. Die Rebellion der Stennesleute hängt damit zusammen. Gewiß mag es sich dabei in der Hauptsache um die gegenseitigen Eifersüchteleien von Offizieren handeln, aber Herr Stennes konnte doch, um Anhänger zu gewinnen, auf die Abwendung Hitlers vom Sozialismus und Revolutionarismus hinweisen.

*

Welche Schlußfolgerungen haben nun aber wir Sozialdemokraten aus solchen Erscheinungen und solchen Bestrebungen zu ziehen und was bedeuten sie für eine Möglichkeit der Überwindung des deutschen Faschismus? Oder anders formuliert, erhöhen sie oder verringern sie die Gefahr, die von ihm droht?

Wir wollen uns vor der Annahme hüten, als könne die ausgesprochene Hinwendung zum Kapitalismus und das Lippenbekenntnis zur Legalität für die Partei sofort eine starke Erschütterung oder sogar ihre Auflösung bedeuten. Das wird um so weniger dann eintreten, wenn diese Wendung zugleich eine Wendung zur Macht hin ist. Von dem lumpenproletarischen Prätorianertum ganz abgesehen, wird sie fürs erste alle diejenigen nicht verlieren, die von der zu Macht und politischem Einfluß gelangten Partei persönliche Vorteile erhoffen, besonders wenn die Macht auf Preußen ausgedehnt werden soll.

Wir kennen das aus eigener Erfahrung. Als im Jahre 1918 der Sozialismus zur Herrschaft zu kommen schien, strömten uns Anhänger in größerer Zahl zu. Die Konjunktur war uns günstig. Zahlreiche von diesen neuen Jüngern haben uns wieder verlassen, weil wir ihre Ansprüche nicht befriedigen konnten oder wollten. Ähnlich kann es auch den Nationalsozialisten gehen, aber wir dürfen nicht vergessen, daß sie bei der Begünstigung ihrer Anhänger weniger skrupelvoll sein werden als wir (Sehr richtig!), denn sie verabscheuen nur den Parteibuchbeamten, der nicht über das Buch ihrer Partei verfügt. Aber weiter ist nicht außer acht zu lassen, daß unter der Zahl ihrer Wähler und Anhänger sehr viele sind, bei denen das antikapitalistische Gefühl zwar vorhanden, aber doch noch sehr unvollkommen ausgebildet ist. Was sie zur Partei geführt hat und bei ihr hält, das sind doch andere Gründe.

Und hier möchte ich insbesondere der Jugend Erwähnung tun. Der Jugend aus den Kreisen des Bürgertums und aus den neuen und leider zum Teil auch aus den alten proletarischen Schichten. Wir haben vorgestern den gewaltigen Aufmarsch der Sozialistischen Jugend gesehen. Wir sind stolz auf diese Demonstration. Aber, Genossen, wir wollen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß sehr viel Jugend aus mancherlei Schichten gerade auch im nationalsozialistischen Lager steht.

Woher rührt die Anziehungskraft der Nationalsozialisten auf die Jugend? Machen wir uns klar, daß die Jugend zwar ebenso wie die ältere Generation klassenmäßig gebunden ist, sich aber in geringerem Maße als diese klassenmäßig gebunden fühlt. Nur der Teil, der in seine Klasse nicht nur hineingeboren ist, sondern auch die Unmöglichkeit des Entweichens aus ihr oder des Absinkens von ihr erkennt, mag einen politischen Standpunkt einnehmen, der seinen wirtschaftlichen und sozialen Interessen entspricht. Aber auch für ihn ist das rechtzeitige Begreifen dieser Interessen nicht immer leicht. Und wenn er überhaupt einen politischen Anschluß und eine politische Betätigung sucht, so werden andere Motive bei ihm in hohem Grade mitbestimmend sein.

Vergegenwärtigen wir uns nun einmal die Situation der deutschen Jugend in der Nachkriegszeit. Sie ist durch den Krieg selbst und die Wirrnisse, die ihm folgten, in das politische Getriebe hineingezogen worden. Der Krieg und die wirtschaftliche Not haben nicht dazu beigetragen, die Ruhe und die Vernunft ihres Urteils zu stärken. Diese Dinge haben auf sie aufwühlend und auch zum Teil verrohend gewirkt. Vier Jahre lang ist die Gewalt angepriesen und angebetet worden, und man konnte nicht erwarten, daß gerade bei der Jugend

nach dem Kriege die Idee der Gewalt als Mittel der Politik ihre Bedeutung verlieren würde. Hier aber bot die Hitler-Bewegung die stärksten Möglichkeiten. Sie verkündet Gewalt als höchste politische Moral, sie organisiert sie in ihren SA.-Organisationen.

Aber auch wenn wir von diesem Moment absehen, so gibt es bei ihr noch andere Anreize. Der Jugend wohnt von Hause aus eine gewisse Abneigung gegen alles Rationale und zahlenmäßig zu Erfassende inne. Und diese Stimmung ist bei den sogenannten gebildeten Schichten verstärkt worden durch die Abkehr der Philosophie von dem Positivismus, d. h. von dem Greifbaren und nach allgemeinen Gesetzen zu Erkennenden und zu Regelnden, zu dem Irrationalen, dem nicht oder nicht ausschließlich mit Vernunft zu Erfassenden, zum Romantischen. Die Jugend hört gern auf diejenigen, die auseinandersetzen, daß die Gesetze des Wirtschaftslebens nicht unabänderlich seien, und daß es nur des Willens bedürfe, um sie zu beeinflussen. Sie verspotten und verhöhnen den Verstand der Älteren, sie lassen sich gern einreden, daß ihr Wille genüge, um eine neue Zeit heraufzubeschwören. Die Jugend glaubt, daß sie die „Elite" darstelle, die mit dem alten Wust aufzuräumen berufen sei. Sie interessiert sich wenig für Einzelheiten, sie langweilt sich bei Auseinandersetzungen über die parlamentarische Arbeit an einzelnen Gesetzen und Paragraphen, sie hält es für unwürdig und verfehlt, daß im demokratisch-parlamentarischen System Regierungen mit dem Rechenstift in der Hand gebildet werden, sie hat viel Sympathien für den starken Mann, und diese Verehrung für den Prominenten ist nicht zuletzt auf dem Boden der weitgehenden Betätigung auf sportlichen Gebieten aufgewachsen. Die Jugend verabscheut die nüchterne politische Tagesarbeit, sie ist leicht einzufangen durch äußerliche Aufmachungen, oder sagen wir durch Rummel und Brimborium.

Diesen Instinkten kommt der Nationalsozialismus sehr weit entgegen. Und nicht nur das. Er schmeichelt der Jugend, indem er sie als den eigentlichen Träger aller zur Erneuerung Deutschlands führenden Ideen hinstellt. Er folgt darin seinem italienischen Vorbild. Die Hymnen des italienischen Faschismus beziehen sich vor allem auf die Jugend. Die faschistische Avanguardia ist als diejenige Schicht bezeichnet, aus der bei entsprechender politischer Haltung und Gesinnung nicht nur Funktionäre der Partei, sondern auch Funktionäre des Staates genommen werden. Nicht Tüchtigkeit ist maßgebend, sondern Gesinnung und ihre Betätigung, und solche Aussichten sind natürlich in hohem Maße geeignet, die Jugend an eine derartige Partei zu binden.

Nehmen wir, Genossen, die Erziehung hinzu, die den jungen Menschen auf unseren Schulen und auf unseren Universitäten zuteil wird! (Zustimmung) Da sitzen die Lehrer und die Professoren, die zum weitaus größten Teil den Respekt und die Verehrung für das Alte und Gewesene nähren und die das Neue, die Demokratie und die Republik, als minderwertig spöttisch behandeln. Sie tragen die Geschichte der „großen Männer" vor, die allein die Welt geformt hätten. Sie reden vom Führertum, aber nicht vom Volk. Sie erkennen nicht, daß die Verhältnisse der heutigen Zeit sich nicht mit der Epoche der römischen Cäsaren vergleichen lassen. Daher kommt es denn, daß namentlich unsere jungen Akademiker in sehr hohem Prozentsatz dem Hitlertum anheimgefallen sind. Außerdem rekrutieren sich ja diese Akademiker in hohem Maße aus den Schichten, die aus den eigentlichen bürgerlichen Klassen absinken oder abzusinken drohen. Sie sehen insbesondere bei der Überfüllung der akademischen Berufe, — die zum Teil ja nur eine andere Form der Arbeitslosigkeit ist —, sehr schlechte Aussichten für ihre wirtschaftliche Zukunft. Auch sie haben ein gewisses Empfinden dafür, die Schuld dem Kapitalismus zuzuschieben, aber sie schieben sie doch immer nur in der Hauptsache auf die Republik, auf die Demokratie, auf die Marxisten, die das Bildungsprivileg beseitigen wollen; sie sind durch Herkunft und Umgebung auch noch so stark an die Bourgeoisie gebunden, daß ihnen der Beitritt zur Sozialdemokratie als eine Anerkennung ihrer Deklassierung erscheint.

Das alles sind Erwägungen, die angestellt werden müssen, wenn man sich die Frage vorlegt, ob die Wendung der Hitlerpartei zum Kapitalismus und zur scheinbaren bürgerlichen Wohlanständigkeit die Reihen des Nationalsozialismus stärken und in verhältnismäßig kurzer Frist lichten wird. Es sind Erwägungen, die zu dem Ergebnis führen müssen, daß das voraussichtlich nicht der Fall sein wird, und daß daher eine Überwindung des Faschismus eine Sache längerer Frist und angestrengter Arbeit der Verfechter der Demokratie sein muß. (Zustimmung.)

Um noch einmal auf die Frage zurückzukommen, ob der kapitalistisch geläuterte und auf Legalität frisierte Nationalsozialismus für uns und die Demokratie eine größere Gefahr ist als der ursprünglich intransigente, so hängt für ihre Beantwortung alles davon ab, was wir unter der Gefahr des Faschismus verstehen. Fürchten wir den Putsch, so mag diese Möglichkeit zunächst geringer geworden sein. Fürchten wir den unmittelbaren faschistischen Einfluß auf die Regierung und Verwaltung, so ist diese Möglichkeit gewachsen, zumal wenn wir feststellen, wie die alten bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, immer mehr von den Nationalsozialisten aufgefressen werden. (Sehr richtig!) Nun haben wir unsere ganze bisherige Abwehr in erster Linie doch gerade auf die Fernhaltung der Nationalsozialisten von einer Beteiligung an der Regierung in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien eingestellt. Gewiß haben wir auch die Drohung einer gewaltsamen Erhebung in Rechnung gesetzt und unsere Anhänger mit dem Reichsbanner, den Sportorganisationen usw. eine Verteidigungsstellung beziehen lassen. Aber das Wesentliche war für uns doch, eine sozusagen auf friedlichem Wege zustande kommende bürgerlich-nationalsozialistische Koalition zu verhindern, und es besteht also kein auf Legalität oder Illegalität zurückzuführender Anlaß, die bisher angewendeten Methoden zu ändern.

Diese Methoden waren von der Sorge diktiert, daß die Hitlerpartei, zur Mitregierung gerufen, durch ihr zahlenmäßiges Gewicht, durch den Elan ihrer politischen Aktion, beherrschenden Einfluß in einer Regierung erlangen und ihn benutzen werde, um die Demokratie zu unterminieren, um sich in alle erreichbaren Posten hineinzudrängen und so, wenn auch nicht ein rein faschistisches, so doch ein von faschistischen Ideen stark durchsetztes Staatswesen zu schaffen. Man mag zugeben, daß ein in seiner Taktik und in seinen Augenblicksforderungen bescheidener gewordener Nationalsozialismus an seinem Ungestüm einigen Schaden erleiden würde. Aber das Ziel würde kein anderes sein als das, was nach dem 14. September laut verkündet worden ist.

Wenn man also unsere bisherige Politik für richtig hält, dann sehe ich in der starken Betonung der Legalität und in den Koalitionsmöglichkeiten, die aus ihr erwachsen können, keinen Grund, neue Wege einzuschlagen. Ob diese Politik richtig war oder in diesem Maße richtig gewesen ist, wie ich und die Mehrheit der Fraktion glauben, darüber wird ja im Zusammenhang mit dem Fraktionsbericht noch zu reden sein. Was zu ihrer Modifizierung veranlassen könnte, ist nach meiner Ansicht nicht die Änderung in dem Gebaren der zu bekämpfenden Gefahr, sondern könnte nur die Erkenntnis sein, daß ganz ohne Rücksicht auf Legalität oder Illegalität und ganz ohne Rücksicht auf die Stimmungen, die einen erkennbaren Wechsel in den Kampfesweisen auf die bürgerlichen Kreise ausüben, durch unsere Politik und ihre Wirkung auf die Arbeiterklasse die Stoßkraft der sozialdemokratischen Partei so geschwächt würde, daß sie Gefahr liefe, auf die Dauer nicht mehr der Faktor im politischen Leben zu sein, der sie heute ist.

Das sind die Erwägungen, die wir anzustellen haben. Aber die Frage, wie weit wir gehen können, ohne uns selbst schweren und unheilbaren Schaden zuzufügen, steht ja nicht erst seit heute und seit gestern auf der Tagesordnung. Sie wird auch durch die neue Notverordnung des Kabinett Brüning nicht völlig neu aufgerollt. Wir haben sie uns von allem Anfang an und den ganzen Winter hindurch sozusagen täglich vorlegen müssen. Wir mußten wissen, daß unser Verhalten bei Arbeitern, die nicht fest zu unserer Organistion stehen, Bedenken erregen könne. Wir konnten nicht im unklaren darüber sein, daß die bürgerlichen Parteien aus unserer Entschlossenheit, die Abwehr des Faschismus an die erste Stelle zu rücken, auf wirtschaftspolitischem, sozialpolitischem und anderen Gebieten Nutzen für sich ziehen würden. Wir durften nicht daran zweifeln, daß die Kommunisten, die auch unter den gegenwärtigen Umständen in der Sozialdemokratie ihren am meisten gehaßten und bekämpfenswertesten Feind sehen, unseren notgedrungenen einstweiligen Verzicht auf bestimmte Programmforderungen gegen uns ausbeuten würden, und es kann uns infolgedessen nicht überraschen, daß wir an der Peripherie unserer Wählermassen Stimmen an die Kommunisten verlieren.

Wir haben also heute genau wie bisher in jedem einzelnen Falle abzuwägen, ob das, was wir selbst und die anderen uns zumuten, kein zu hoher Preis für die Abwehr des Faschismus ist. Diese Frage wird brennend für uns, wird brennend vor allem für die Reichstagsfraktion durch die Notverordnung, die heute oder morgen bekannt werden wird. Sie wird eine schwere Belastung bringen, sie wird das Problem erneut aufrollen: Können wir noch weiter oder müssen wir jetzt haltmachen? Dabei kommt es nicht zuletzt auf ein Sichklarwerden darüber an, ob ein Abbiegen unserer Linie nicht Folgen nach sich ziehen kann, die nicht sowohl für die Gegenwart als für die Zukunft der sozialistischen Arbeiterbewegung nachteiliger sein können als die Mandatsverluste, die wir zur Zeit zu beklagen haben. (Sehr wahr!)

Es ist gestern in der Diskussion von der Verantwortung der Partei gesprochen worden. Ein Redner tat so, als ob das Verantwortungsgefühl nicht in erster Linie bei denen läge, die die bisherige Politik der Partei gemacht und verteidigt hätten. Welch ein Irrtum! Wir sehen den Kern unserer Verantwortung darin, daß wir in dieser Zeit nicht in erster Linie fragen: Was bringt uns augenblickliche Agitationserfolge?, sondern daß wir fragen: Was dient der Zukunft, was dient der zukünftigen Sicherung der Arbeiterbewegung? (Zustimmung.) Alle die Auseinandersetzungen, die wir in der Partei und in der Fraktion in den letzten Monaten zu führen hatten, hängen ja mit den Meinungsverschiedenheiten über diese Frage zusammen. In allem war das Problem entscheidend: Wo liegen die Grenzen unserer sozialdemokratischen Politik?

Diese Diskussionen — lassen Sie mich das sagen — sind für die Partei keine Gefahr, sie sind im Gegenteil zu begrüßen, solange sie in dem Bewußtsein geführt werden können, daß es beiden Richtungen ehrlich und ausschließlich um die Sicherung der letzten Ziele unserer Bewegung zu tun ist. (Sehr gut!) Solange man denen, die die Erhaltung der Demokratie in die vorderste Linie stellen, nicht abstreitet, daß sie es aus der Überzeugung heraus tun, die Sicherung der demokratischen Basis sei eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Verwirklichung der Forderungen der Arbeiterklasse, ist das der Fall.

Allerdings dürfen wir auf der anderen Seite den bürgerlichen Parteien und der Regierung gegenüber auch keinen Zweifel darüber lassen, daß die Politik des Tolerierens und des Ausweichens von uns nicht um ihrer selbst willen getrieben wird, daß wir vielmehr in ihr nur eine harte und vorübergehende Notwendigkeit erblicken, daß wir nicht verbürgerlichen, weil wir einer bürgerlichen Regierung Zugeständnisse machen, daß wir das Kabinett Brüning nur am Leben erhalten, solange es entschlossen und imstande ist, die faschistischen Aspirationen abzuwehren, und daß wir die Verletzungen der demokratischen Form nur dulden, um den demokratischen Inhalt der Verfassung zu retten. Darüber hat unser Parteigenosse Professor Heller, der Staatsrechtslehrer in Berlin, in seinem Buche „Europa und der Faschismus“ einen Satz geschrieben, den ich den Kritikern in unseren Reihen zur Beachtung vorlegen möchte:

> Die Gesetzesherrschaft des Rechtsstaates kann so erheblich durch so wenig voraussehbare, höchst individuelle Vorgänge in ihrem Bestande bedroht sein,

daß die rechtsstaatliche Verfassung nur noch gerettet werden kann durch höchst individuelle, ebenfalls nicht voraussehbare und deshalb nicht normierbare Willensakte, die zum Zwecke dieser Rettung die Gesetze einschließlich zahlreicher Verfassungsbestimmungen verletzen müssen, um die Geltung eben dieser Verfassung für die Zukunft zu sichern.

Wir müssen also uns selbst und den anderen klarmachen, daß die Politik, die wir seit dem November verfolgt haben, ihre Grenzen hat, aber wir müssen gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß Deutschland nicht das Schicksal Italiens erleidet, wo der Faschismus triumphieren konnte, weil die Regierung schwach und die Sozialistische Partei innerlich zerrissen und daher entschlußunfähig gewesen ist. (Sehr wahr!)

Es tut mir leid, wenn ich mit meinen Ausführungen meinem Freunde Sollmann einige Rosinen wegnehme, aber ich glaube, daß in einer allgemeinen Betrachtung über den Faschismus auch diese Dinge gesagt werden müssen. Wenn das, was ich sage, gut und wahr ist, dann schadet es ja nichts, wenn es zweimal gesagt wird.

Wer außerhalb der Reichstagsfraktion Kritik übt, wer etwas Neues und anderes will, der hat auch die Pflicht, mit uns gemeinsam darüber zu beraten, was denn nun eigentlich geschehen soll. Man muß uns sagen: Können wir es ertragen, wenn die Nationalsozialisten in die Regierung gehen? Man muß uns nachweisen, daß sie keine Gefahr für die Demokratie darstellen in einem Augenblick, wo leider die Arbeiterklasse angesichts der Politik der Kommunisten für eine einige Abwehr nicht zu haben ist. Man muß uns sagen, was zu geschehen hat, wenn zum Beispiel eine Beamtenregierung kommt. Man darf sich also nicht auf die Kritik beschränken, sondern muß klar sehen, was nach Brüning kommen kann.

Aber indem wir den Faschismus von der Regierung fernhalten, das müssen wir zugeben, sind wir noch weit davon entfernt, ihn tatsächlich überwunden zu haben. Dazu bedarf es anderer Mittel, deren Anwendung in der Hauptsache außerhalb des Parlamentes liegt. Wir haben zur Erreichung dieses Zieles in der abgelaufenen Zeit sehr viel, ja außerordentliches geleistet. Wir haben Versammlungen über Versammlungen veranstaltet, wir haben Flugblätter und Broschüren verbreitet, kurzum eine Aufklärungs- und Anspornungsarbeit getan, wie sie in der Geschichte politischer Parteien wohl beispiellos dasteht. Hier steht aber nach wie vor die bei weitem wichtigere Aufgabe vor uns. Wir überwinden den Gegner nicht, wenn wir ihn nur von der Macht fernhalten, wir überwinden ihn auch nicht, wenn wir der kommunistischen Parole: Schlagt sie, wo ihr sie trefft! folgen. Wir überwinden ihn nur, wenn wir alles daransetzen, die materiellen und geistigen Voraussetzungen seiner Entstehung und seines Wachsens zu beseitigen.

Wenn wir für Maßnahmen eintreten, die geeignet sind, die wirtschaftliche Not zu lindern, wenn wir uns gegen die Verschlechterung der sozialpolitischen Gesetzgebung und insbesondere gegen eine Verminderung der Leistungen für die Arbeitslosen zur Wehr setzen, so sind wir damit auch darauf aus, dem Nationalsozialismus eine seiner Wurzeln abzugraben. Daß bürgerliche Parteien uns in diesem Bestreben nicht unterstützen, daß sie im Gegenteil aus engstirniger Rücksicht auf einzelne Interessentengruppen sich geradezu gegen die Sozialpolitik wenden und den breiten Massen die Kosten der an sich zweifellos sehr notwendigen Sanierung der öffentlichen Finanzen auferlegen wollen, ist ein Beweis dafür, daß sie die vom Faschismus drohende Gefahr gering einschätzen, oder daß sie sie nicht abwehren und überwinden wollen.

Es wäre aber nun falsch, im Nationalsozialismus ausschließlich ein Elendsprodukt erblicken zu wollen. Es wäre auch verfehlt, ihn vollständig mit denjenigen seiner Elemente zu identifizieren, für die die Parteizugehörigkeit nur eine Art von Freibrief für Gewalttaten und Roheitsakte bildet. Selbstverständlich ist dieses Rowdytum ein nicht unwesentlicher Bestandteil der Bewegung, aber wir kommen doch nicht um die Feststellung herum, daß ihr auch Menschen

anhängen, die sich nicht als Raufbolde ansprechen lassen, die geistige Interessen besitzen und die der Überzeugung sind, daß ihre Organisation tatsächlich eine moralische, wirtschaftliche und politische Neugeburt Deutschlands erstrebe und auch erreichen werde. Zu diesen gehört die große Zahl derer, die ein dunkles Empfinden für die kapitalistischen Untergründe der gegenwärtigen Zustände besitzen, die sich aber aus mannigfachen Erwägungen nicht zum Anschluß an die Sozialdemokratie entschließen können.

An diese Kreise muß sich unsere Aufklärungsarbeit wenden. Sie muß bemüht sein, diese Kreise zu erfassen. Es ist gut, wenn in immer wieder erneuerten Anstrengungen versucht wird, dem Volke das wahre Gesicht des Nationalsozialismus zu zeigen, wenn seine Lügen an den Pranger gestellt werden, wenn die Unklarheiten, Unsinnigkeiten und Widersprüche seines Programms dargelegt werden, wenn der Gegensatz zwischen seinen theoretischen Forderungen und seiner praktischen Politik enthüllt wird, wenn vor allem die Unwahrheit seiner sozialistischen Redensarten ans Licht gebracht wird. Aber das alles ist Abwehr und Kritik. Diese Kritik ist zweifellos dringend notwendig, aber sie bedarf der Ergänzung durch den ständigen Hinweis auf das, was die Sozialdemokratie für die Arbeiterklasse und für die Gesamtheit geleistet hat und leisten will, und namentlich durch unsere eigene Entschlossenheit, unseren politischen Willen stärker herauszuarbeiten und die Ziele deutlicher erkennbar zu machen.

Es genügt nicht, zu sagen, daß wir die wahren Vertreter sozialistischer Ideen seien. Der Inhalt dieser Ideen muß dargelegt werden, und zwar so verständlich, daß ihn auch diejenigen Schichten begreifen, die nicht durch Geburt und Überlieferung zu uns gehören. Selbstverständlich ist die Behauptung, daß wir nach dem Kriege unseren Sozialismus in die Ecke gestellt hätten und verbürgerlicht wären, eine Unwahrheit. Aber die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß wir sehr nachdrücklich von unseren Aufgaben im gegenwärtigen kapitalistischen Staat gesprochen haben und sprechen mußten. Wir haben uns mit der Sicherung der Republik beschäftigt, wir haben über einzelne Gesetze und Paragraphen diskutiert, wir haben von der Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit von Koalitionen geredet. Das war sicher eine durch die Umstände gebotene Notwendigkeit, und diejenigen, die uns nahestehen, die mit uns leben und politisch tätig sind, wissen, daß die sozialistische Idee darüber nicht zu kurz gekommen ist.

Aber für die anderen muß diese Idee doch immer wieder schärfer beleuchtet werden. Wir müssen ihnen auseinandersetzen, daß und warum der Sozialismus schließlich die Rettung ist. Wir müssen ihnen das Bild des „Zukunftsstaates" wieder mehr vor Augen führen und dartun, daß er ein erstrebenswerteres Ziel und zugleich eine größere Realität ist als das nationalsozialistische phantastische Dritte Reich. Wenn wir vom Sozialismus reden, dürfen wir es auf der anderen Seite auch nicht so darstellen, als sei das eine Sache später Zukunft. Nein, der Sozialismus muß für uns Gegenwartsaufgabe sein! (Zustimmung.) Wir müssen zeigen, daß in der kapitalistischen Welt Ansätze zum Sozialismus vorhanden sind, und wir müssen praktisch an der Vergrößerung, Vertiefung und Erweiterung dieser Ansätze arbeiten. Wir müssen zeigen, wie die sozialistische Idee schon im kapitalistischen Leben sich durchzusetzen beginnt, wir müssen zeigen, wie wirtschaftliche Gesetze auf das engste mit dem von den Massen zu betätigenden Willen zum Sozialismus zusammenhängen, und wie dann die Betätigung dieses Willens gerade denen zugute kommt, die in Verkennung ökonomischer Gesetze den Willensfaktor stärker betonen, als zulässig ist.

Doch nicht nur den Sozialismus sollen wir predigen, sondern es ist auch eine unserer vornehmsten Aufgaben, die Demokratie zu rechtfertigen und ihre Bedeutung für das arbeitende Volk auseinanderzusetzen. Wenn wir gelegentlich auch in unseren Kreisen Zweifel an dem Werte der Demokratie äußern hören, wenn wir das Verslein vernehmen: „Die Republik, das ist nicht viel, der Sozialismus ist das Ziel", so erwächst uns die doppelt dringende Aufgabe, der Demokratie zu ihrem Ansehen zu verhelfen und auf ihre unlösbare Verbundenheit

mit der sozialistischen Idee zu verweisen. Was ein Abgehen von ihrem Wege bedeutet, können wir an dem Beispiel Italiens und auch Polens, Jugoslawiens und so weiter dartun. Wir können die Menschen, Männer und Frauen, an ihre heiligsten Menschenrechte erinnern und sie fragen, ob sie in einem noch höheren Grade als es im alten Deutschland der Fall war, wieder ausschließlich Objekt der Gesetzgebung werden wollen?

Wir müssen ihnen sagen, wie unverständlich es sei, wenn ein Volk, das sich mit seiner Bildung und mit seinem selbständigen Urteil brüstet, unter ein Joch kriechen wolle, das zur Not von einem Volk von Analphabeten auf sich genommen werden kann, daß das Führerproblem, das ja eine so große Rolle spielt, nirgendwo besser und erfolgreicher zu lösen ist, als eben in der Demokratie. Daß gerade die Interessen der Arbeitenden nur in einem demokratischen Staate, in dem der Wille der Massen den letzten Ausschlag gibt, wahrzunehmen sind.

Allerdings muß diese Demokratie sich selber zu disziplinieren imstande und gewillt sein. Sie darf bei aller Wachsamkeit und Bereitschaft zur Kontrolle eine sich auf dem Willen der Mehrheit gründende Regierung nicht durch kleinliche Kritik und Nörgelei in ihrer Arbeit hindern. Sie hat vor allem dafür Sorge zu tragen, daß wirklich feste und stabile Mehrheiten zustandekommen, und um dieses Ziel zu erreichen, muß sie jede Möglichkeit ergreifen. Wenn in dieser Beziehung beispielsweise eine Änderung des Wahlsystems Erfolg versprechen sollte, so dürfen wir vor ihr nicht zurückschrecken. Das Volk muß dazu erzogen werden, sein Heil nicht in kleinen Fraktionen und Fraktiönchen zu suchen, sondern durch klare Mehrheiten die Voraussetzung für starke Regierungen zu schaffen, und diese Regierungen, wenn sie den Wünschen der Wähler nicht entsprechen, bei der nächsten Gelegenheit durch andere zu ersetzen. Nichts ist verhängnisvoller für die Demokratie als das Vorhandensein von Kabinetten, die, weil sie Rücksichten auf alle möglichen Splitterparteien nehmen müssen, zu keinem Entschluß gelangen können. (Sehr wahr!) Selbst wenn diese Entschlüsse unseren Ansprüchen zuwiderlaufen, ist es noch immer besser, als wenn ewiges Schwanken, ewige Kompromißverhandlungen und fortgesetzte Unsicherheit die Demokratie kompromittieren und dem Ansturm der Faschisten preisgeben.

Daß zur Demokratie nicht nur die innere, sondern auch die auswärtige Politik gehört, brauche ich nicht zu sagen. Es ist selbstverständlich, daß die Demokratie eine Politik der Verständigung, des Friedens verlangt, daß sie es verbietet, daß irgendeine Regierung oder irgendein Minister in Handlungen oder Worten Zugeständnisse an den Nationalismus der Hitlerianer macht. Ich sage ganz offen: ich sehe im Moment solche Gefahren. Ich weiß nicht, ob der deutsche Außenminister Dr. Curtius ehrlich und fest entschlossen ist, nationalsozialistischen Phantastereien entgegenzutreten. Verhängnisvoll für unsere ganze außenpolitische und innerpolitische Zukunft wäre es, wenn man wirklich einen solchen Weg beschreiten würde. Die Nationalsozialisten würde man im Nationalismus doch nicht übertreffen können; zerstört aber wäre das ganze Gebäude, das dank sozialdemokratischer Mitarbeit in den Jahren nach dem Kriege aufgerichtet worden ist.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Worte von der Jugend und an die Jugend sagen! Denn ich bin der Überzeugung, daß, wenn wir den Faschismus überwinden wollen, nichts notwendiger ist als ihre Umstimmung und ihre Gewinnung. (Sehr wahr!) Dabei können wir nicht in den schweren, nationalsozialistischen Fehler verfallen, die Jugend zu umschmeicheln und ihr Qualitäten zuzusprechen, die sie mehr als das Mannesalter zur Führung und maßgebenden Beeinflussung der Politik geeignet erscheinen lassen. Wir können auch, um ihren Tatendrang zu befriedigen, sie nicht zu der Stuhlbeinideologie der SA-Leute erziehen. (Heiterkeit.) Aber ich glaube, wir müssen der jungen Generation und ihrem Wollen doch ein größeres Verständnis entgegenbringen, als es noch vielfach in unseren eigenen Reihen bisher vorhanden ist. (Zustimmung.) Ich sprach schon von der starken irrationalistischen Strömung. Nun

sind wir nicht in der Lage, die ökonomischen Gesetze, wie sie uns Marx gelehrt hat, um die Jugend zu gewinnen, in Abrede zu stellen; aber wir haben gerade der Jugend gegenüber die Pflicht, den Willensfaktor hervorzuheben und sollen es nicht allzu tragisch nehmen, wenn sie Kritik an jenen Gesetzen übt. Wir sollen ihre romantischen Wünsche nicht zu dämpfen versuchen, wir sollen ihren Illusionen nicht mit dem kalten Spott des Besserwissenden begegnen (Sehr richtig!), sondern wir sollen nur bemüht sein, sie mit den realen Möglichkeiten und Notwendigkeiten in Einklang zu bringen. Wir wollen sie nicht verhöhnen, sondern ihnen die Gelegenheit geben, die Stichhaltigkeit ihrer Ansichten in praktischer Mitarbeit zu erproben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Jungen sollen nicht Führer sein; aber man soll ihnen die Wege zur Führerschaft nicht verschließen (Sehr wahr!), indem man ihren Radikalismus brüsk zurückweist und ihre Unreife abfällig kritisiert. (Wiederholte lebhafte Zustimmung.) Wir Alten und Älteren sollten daran denken, daß wir selbst auch einmal jung gewesen sind (Heiterkeit und erneute lebhafte Zustimmung.); wir sollen alle diejenigen bedauern, die schon in ihren jungen Jahren sich ausschließlich von der Vernunft oder einem greisenhaften Verstand haben leiten lassen. (Sehr wahr!) Die Generationen folgen einander nicht nur, sondern sie unterscheiden sich auch voneinander, und wir haben die Pflicht, die Ideen der Jungen nicht nur zu prüfen und zu kritisieren, sondern auch zu untersuchen, wieweit wir um der Zukunft willen genötigt sind, ihnen Rechnung zu tragen. (Zustimmung.)

Dabei dürfen wir uns nicht auf die Beschäftigung mit der Arbeiterjugend im engeren Sinne beschränken. (Sehr richtig!) Jene jungen Akademiker, die ja zum guten Teil nichts anderes sind als neues zuwachsendes Proletariat, verdienen und erfordern unsere Aufmerksamkeit. Wir können und sollen von ihnen nicht verlangen, daß sie sich ohne weiteres unseren Organisationen anschließen; aber wir sollen bemüht sein, ihnen unsere Auffassung näher zu bringen, sie zum Nachdenken zu veranlassen, sie nicht abzustoßen, sondern anzuziehen. Gerade die Eroberung der Jugend ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Überwindung des Faschismus. Können wir sie davon überzeugen, daß unsere Ideale erstrebenswerter sind als die der Hitler, Frick usw., daß sie auch erstrebenswerter sind als die der Faschisten mit dem kommunistischen Vorzeichen, dann haben wir gewonnenes Spiel.

Auf die Dauer kann, wenn wir in diesem Sinne arbeiten, der Faschismus in Deutschland nicht triumphieren. Eine Partei und eine Bewegung, die so wenig gesicherte theoretische Grundlagen hat wie die nationalsozialistische, die ausschließlich mit Gefühlen und Empfindungen, mit dem Appell an niedrige Instinkte des Hasses und des Neides arbeitet, hat keine Zukunft; aber wir dürfen uns keinen falschen Hoffnungen hingeben. Der Nationalsozialismus wird noch auf längere Zeit in Deutschland stark sein, und wir können diese Frist nur durch regste Arbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments verkürzen durch Arbeit an der Beseitigung seiner ökonomischen Grundlagen, durch Arbeit an der Aufklärung der Massen, vor allem durch die immer wiederholte Darstellung unserer eigenen Ziele und indem wir als Sozialdemokraten ein praktisches Beispiel einer klaren, festen, auf den Sozialismus gerichteten Politik geben.

Manch einem von uns mag manchmal eine Stunde der Mutlosigkeit ankommen. Manch einer mag erschreckt stehen vor der gewaltig anschwellenden Flut des Faschismus in Deutschland. Aber die Sozialdemokratie hat schon Schwereres durchgemacht, sie hat manche Gefahren siegreich überstanden, hat manchen Gegner überwunden. Voraussetzung war immer nur, daß sie innerlich einig war und daß sie an sich selbst nicht verzweifelte. (Zustimmung.) Warum sollten wir den Faschismus in Deutschland nicht besiegen, wenn diese Voraussetzungen vorhanden sind? Nicht an uns verzweifeln, einig und geschlossen bleiben bei aller gegenseitigen Kritik, bei aller Diskussion, die wir miteinander

führen! Wir müssen die Überzeugung haben, daß „feiger Gedanken bängliches Schwanken wendet kein Unheil, macht uns nicht frei. Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten, rufet die Arme der Götter herbei". (Stürmischer Beifall.)

Nach einer kurzen Pause folgt der

Bericht der Reichstagsfraktion

Berichterstatter Wilhelm Sollmann: Genossinnen und Genossen! Als auf dem Parteitage in Magdeburg unser Fraktionsführer Dr. Breitscheid mit der großen Rednergabe und dem weiten politischen Horizont, die wir an ihm bewundern, den Bericht der Reichstagsfraktion erstattete, war deutscher Reichskanzler unser Genosse Hermann Müller. Wir trugen die schwere und undankbare Belastung der Großen Koalition. Die Fraktionspolitik hat auf dem Parteitage zahlreiche temperamentvolle Kritiker gefunden. Diese Kritiker unserer Koalitionspolitik haben insofern einen Erfolg zu verzeichnen, als wir seit 14 Monaten im Reich nicht mehr in der Regierung sitzen. Ob die Gegner der Großen Koalition mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und Europas seit unserem Austritt aus der Reichsregierung zufriedener sind, darf man wohl bezweifeln. Jedenfalls wage ich trotz allem Optimismus nicht zu hoffen, daß der Parteitag die Reichstagsfraktion und ihren Berichterstatter mit einmütigem und begeistertem Beifall überschütten wird. (Heiterkeit.)

Unter den Ereignissen, die wir in diesen zwei Jahren rückschauend sehen, sind nur wenige erfreuliche. Den größten außenpolitischen Erfolg, den die Republik erzielt hat, verdanken wir einem sozialdemokratisch geführten Kabinett, nämlich die Rheinlandräumung. (Bravo!) In jedem Lande mit hoher politischer Kultur wäre den Staatsmännern, die diese Tat vollbracht hätten, der Dank der Nation votiert worden. (Sehr wahr!) In Deutschland mit seinen Massen nicht nur von politisch ungeschulten Leuten, sondern leider auch vielen politischen Banditen, ist den Ministern Hermann Müller und Gustav Stresemann der Giftbecher tödlicher Verleumdung gereicht worden. Keine der Parteien, die das Wort „national" im Firmenschild führen, hat für die Befreiung der Rheinlande das geringste getan. Es ist etwas wie ausgleichende Gerechtigkeit, daß Hermann Müller, der den Opfergang zur Unterzeichnung des Versailler Diktats ging, den Tag der Rheinlandräumung noch erlebt hat. Nach dem Erfolg der Befreiungspolitik hat der Stahlhelm eine große Parade in Koblenz abgehalten. In den Zeiten des Kampfes um die Rheinlande aber haben die Führer des Stahlhelms sich genau so in der Etappe herumgedrückt wie der Ex-Kronprinz, der jetzt die Paraden des Stahlhelms abzunehmen beliebt wie während des Krieges. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, auch im Hinblick auf die neueste Parade in Breslau hat der Parteitag der größten deutschen Partei die Pflicht, auszusprechen, daß diese Paraden mit ihren kriegshetzerischen Reden sich allmählich zu einem außenpolitischen Skandal auswachsen. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Die Herren, die diese Paraden veranstalten und die früheren Fürsten, die dort als Staffage benutzt werden, weil sie nichts Besseres leisten können, täuschen sich, wenn sie glauben, mit einem solchen Theater dem deutschen Volk und der Außenpolitik zu nutzen. Es ist bedauerlich, daß der Herr Reichspräsident der deutschen Republik derartige Tagungen durch Danktelegramme auszeichnet, für die schließlich auch die Regierung eine gewisse Verantwortung tragen sollte. Im übrigen bin ich überzeugt, daß der Herr Reichspräsident selbst das Urteil über den Stahlhelm, das wir haben, nicht teilt. Aber wir halten den Stahlhelm trotz aller großen Gesten weniger für eine Organisation, die einen Revanchekrieg vorbereiten

will, sondern wir sind der Auffassung, daß die Führer des Stahlhelms, ihre Geldgeber und ihre fürstlichen Protektoren die Stahlhelmmitglieder nicht für den äußeren Krieg drillen, daß vielmehr der Haß dieser Menschen uns gilt, daß der Stahlhelm eine Organisation ist zur Vorbereitung des Bürgerkrieges und zur Niedertretung der arbeitenden Massen Deutschlands. (Sehr wahr!) Der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung sollten sich wohl überlegen, wie es von den Massen des Volkes empfunden wird, wenn der Reichspräsident Ehrenmitglied einer solchen Organisation ist. (Sehr gut!) Ach, die Herren reden in nationalen Tönen; aber gerade als rheinischer Abgeordneter möchte ich in Anwesenheit der ausländischen Delegierten einmal sagen: gemeinsam mit den Sozialisten Deutschlands haben die Führer unserer ausländischen Bruderparteien, wie Mac Donald in England, Vandervelde und Huysmans in Belgien sowie vor allem auch Léon Blum in Frankreich, mehr für die Befreiung deutschen Bodens von fremden Truppen getan als die Seldte, Düsterberg, Hitler und Hugenberg zusammengenommen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Internationale sieht nicht nur ein Land, sie sieht Europa, und sie hat Deutschland gedient um Europas willen. Was ist denn die nationale Not Deutschlands für unsere sogenannten Nationalen? Der verlorene Krieg, die Reparationen, die Verletzung deutscher Souveränitätsrechte, die Friedensverträge sind den Herren nur Agitationsstoff für ihre innerpolitischen Machtkämpfe gegen die deutsche Arbeiterklasse. (Sehr wahr!) Unsere Rechtsopposition ist außenpolitisch vollkommen negativ, sie ist pharisäerhaft und verlogen. Unsere Partei ist allzu lange gegen diesen nationalistischen Volksbetrug nicht aktiv genug gewesen. (Sehr richtig!) Wir sind gerade auch im Hinblick auf unsere außenpolitischen Erfolge zu bescheiden gewesen.

Außenpolitisch — darin dürfte der Parteitag sich einig sein — ist unsere Tätigkeit innerhalb der Partei kaum umstritten. Wir sind auch einig in dem Willen gewesen, den Youngplan anzunehmen. Auch den Youngplan halten wir trotz seiner angeblichen Endgültigkeit nur für einen Abschnitt der Entwicklung zu einer vernünftigen internationalen Reparations- und Schuldenregelung. Wir waren nicht dawesbegeistert und wir sind nicht youngbegeistert. (Sehr richtig!) Wir ziehen nur bittere Folgerungen aus den Machtgruppierungen, die der Weltkrieg geschaffen hat, der Weltkrieg, den das Kaiserreich geführt und zum Fluche Deutschlands verloren hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber auch alle verständigen Teile im Auslande müssen versuchen, die Stimmung des deutschen Volkes begreifen zu lernen, wie wir uns bemühen müssen, die Volkspsychologie der fremden Nationen zu verstehen. Niemand in der Welt wird der deutschen Jugend, auch der deutschen proletarischen Jugend auf die Dauer klarmachen können, daß sie zwei Generationen für die Sünden des Kaiserreiches büßen soll. (Stürmische Zustimmung.) Es ist eine Jugend, die noch gar nicht lebte, als das Kaiserreich und die anderen Regierungen Europas den Krieg einleiteten. Wir achten die Verträge und haben die Verpflichtung übernommen, sie zu erfüllen; aber jede Verpflichtung hat ihre Grenze an der materiellen und seelischen Kraft Deutschlands und der deutschen Arbeiterklasse. Bei der wirtschaftlichen und politischen Lage unseres Volkes wird der Revisionswille auch gegen den Youngplan immer wieder durchdringen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entzieht sich diesem Willen nicht; sie will ihn führen. Gerade weil wir außenpolitisch führen wollen, wird sich die Sozialdemokratie niemals zu verhängnisvollen nationalistischen außenpolitischen Experimenten hergeben. (Sehr richtig!)

Der Youngplan hat immerhin eine fühlbare Senkung der Lasten und eine größere Wiederherstellung der deutschen Souveränität gebracht. Die Ablehnung des Youngplanes würde eine außenpolitische Krise ersten Ranges herbeigeführt und die Wirtschaftskrise noch verschärft haben. Diejenigen würden als erste ihr Geld nach dem Ausland in Sicherheit gebracht haben, die am lautesten Lippenbekenntnisse für eine deutsche Befreiungspolitik ablegen. (Zu-

stimmung.) Aber wir müssen mit allem Nachdruck auch auf dem Parteitag erklären: die Sachverständigen haben über die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht vollkommen richtige Vorstellungen gehabt. Daraus muß die Welt die Folgerungen ziehen: Die deutsche Sozialdemokratie, zu der Millionen von Menschen gehören, die nur das nackteste Existenzminimum haben, wird nicht müde werden, im Einklang mit der Internationale den Ruf nach einer Lösung der Reparationsfrage zu erheben, die nicht auf die Zerstörung, sondern auf den Aufbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen hinzielen.

Unsere Reichstagsfraktion ist auch in außenpolitischen Fragen sehr vorsichtig. Reichskanzler Brüning und Außenminister Dr. Curtius hätten besser getan, sich öfter im letzten Jahre des außenpolitischen Rates der Sozialdemokratie zu bedienen. Von außenpolitischen Fortschritten zugunsten Deutschlands ist seit unserem Regierungsaustritt jedenfalls nichts mehr zu verzeichnen. (Sehr richtig!) Von einer Überlegenheit der gerühmten bürgerlichen Staatskunst ist auch mit dem größten Vergrößerungsglas nichts zu entdecken.

Die Art, wie die deutsch-österreichische Zollunion diplomatisch vorbereitet oder besser nicht vorbereitet wurde, ist kein Ruhmesblatt für die deutsche Diplomatie, wenn es überhaupt etwas Derartiges geben sollte. (Heiterkeit und Sehr gut)! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an dieser Aktion keinen Anteil. Die Aktion hat vorläufig mit einem klaren Mißerfolg für Deutschland geendet, mit einer Isolierung Deutschlands, wie sie nicht einmal in den Zeiten des Ruhrkriegs bestand.

Damit sagen wir nichts gegen Zollunionen zwischen irgendwelchen Staaten in Europa. Imperialismus vermag ich in der deutsch-österreichischen Zollunion nicht zu erkennen, wie es hier und dort in der Partei heißt. Die Trennung Deutschlands und Österreichs war stets nur eine dynastische Angelegenheit. (Sehr richtig!) Ich darf mit aller Deutlichkeit die jüngere Generation der Partei daran erinnern, daß die Gründer der Sozialdemokratie Wilhelm Liebknecht und August Bebel allezeit g r o ß d e u t s c h und international gewesen sind. (Händeklatschen.) Wir sind aber nicht nur großdeutsch, wir sind auch Europäer. Die Sozialdemokratie darf nicht zulassen, daß eine Atmosphäre geschaffen wird, die das Mißtrauen gegen Deutschland erhöhen und allen Europäern in allen Ländern die Arbeit erschwert.

Das russische Problem ist in den Referaten und der Diskussion angeklungen. Wiederholt hat unser Fraktionsführer Dr. Breitscheid — das ist scheinbar nicht genug gehört worden — im Reichstag Erklärungen zu der hysterischen Furcht Rußlands vor einem Interventionskrieg abgegeben. Wir sind Gegner der russischen bolschewistischen Expansionspolitik. Aber die Fraktion hat im Reichstag immer wieder erklärt, daß unsere deutsche Außenpolitik weder für den Westen noch für den Osten optieren kann. Es mag auch in Deutschland Leute geben, die das bolschewistische Experiment von außen her gewaltsam beenden wollen. Diese Leute in Deutschland und in Europa überhaupt mögen sich sagen lassen, daß jeder derartige Versuch eines gewaltsamen Druckes auf Sowjetrußland den entschiedenen Widerstand der deutschen Sozialdemokratie finden wird. (Händeklatschen.) Die Außenpolitik der Sozialdemokratie ist auf den Weltfrieden gerichtet, auch gegenüber dem großen bolschewistisch regierten russischen Reich. Es ist jetzt große Mode in allen kapitalistischen Ländern, aus kulturellen Gründen eine Art Kreuzzug gegen Rußland zu eröffnen. Ich bin der letzte, der verschweigen oder verteidigen möchte, was an Barbarei vor allem auch gegen unsere Parteifreunde in Rußland geschieht — das sollte sich auch mancher Jungsozialist merken (Lebhafte Zustimmung.) — und welche Barbarei darin besteht, alle nichtbolschewistischen Strömungen in Rußland gewaltsam zu unterdrücken. Aber soviel Barbarei auch in Rußland bestehen mag, die Führer des blutbesudelten Weltkapitalismus und die meisten Priester der christlichen Kirchen, die Weltkrieg und Weltkapitalismus verteidigen, sind die letzten, die einem Volke höhere Kultur predigen können. (Händeklatschen.)

Freunde und Gegner werden mir zugeben, daß der innerpolitische Bericht eine schwere Aufgabe ist, nicht in dem Sinn, daß unsere Politik sich nicht gut begründen ließe, aber wir haben in diesen zwei Jahren eine so verwirrende Fülle ganz bedeutsamer Einzelheiten erlebt, daß ich zum ersten Male meinem Grundsatz, Maß zu halten, untreu werden müßte, wenn ich über alle diese Einzelheiten auch nur einigermaßen berichten wollte.

Das Kennzeichen dieser zwei Jahre war und ist eine schwere innerpolitische Dauerkrise, eine Krise des Parlamentarismus und der politischen Demokratie, eine bedeutende gesellschaftliche Umschichtung und daraus folgende schwere Erschütterung des Parteiwesens insbesondere im Bürgertum. Die Sozialdemokratie hat in diesen zwei Jahren ihre Politik auf zwei klaren und festen Willensäußerungen aufgebaut, die die Grundlage jeder ehrlichen Kritik auch an unserer Fraktion bilden müssen. Diese Willensäußerungen sind: Verteidigung des Lebensstandards der arbeitenden Massen, Aufrechterhaltung aller ihrer demokratischen Rechte als der Grundlage des Klassenkampfes in einem hochentwickelten Staate wie in der deutschen Republik.

Über die Erfolge im einzelnen mag man streiten. Aber in einem ist der ganze Parteitag einig, glaube ich. Solange die Sozialdemokratie in Deutschland parlamentarisch arbeitet, nämlich über 6 Jahrzehnte, hat eine Reichstagsfraktion niemals vor so ungeheuren Verantwortungen und so schweren Problemen gestanden wie die jetzige. (Sehr richtig!) Ich denke stets mit tiefer persönlicher Ehrfurcht an die großen Heroen unserer Partei. Dennoch sage ich: Keiner dieser Heroen hat jemals parlamentarisch, agitatorisch, wirtschaftlich, finanzpolitisch, sozialpolitisch so ungeheure Aufgaben vor sich gesehen, wie jetzt unsere Fraktion sie meistern soll. Es hieße die Diskussion vollkommen verschieben, wie es bisweilen geschieht, wenn man an uns Kritik übt, ohne zu sagen, wie eng in solcher Zeit die Grenzen unserer Arbeit gezogen sind.

Sozialpolitische E r o b e r u n g e n — ich spreche das ganz offen aus — sind in Deutschland in diesen Jahren nicht zu machen. (Sehr richtig!) Nach dem Umsturz haben wir eine reiche sozialpolitische Ernte gehabt. Nach der Inflation haben wir, was oft vergessen wird, die fast ruinierte Sozialpolitik und ihre Versicherungsträger wieder aufgebaut. Man muß sich darüber klar sein, daß es schon ein bedeutender Erfolg jetzt ist, wenn bei der zerrütteten Wirtschaft und Milliardenfehlbeträgen in den öffentlichen Kassen die Sozialpolitik im wesentlichen aufrechterhalten bleiben kann. (Sehr richtig!) Es ist verdammte Pflicht und Schuldigkeit jedes Parteigenossen, diese einfache Wahrheit jedem deutschen Arbeiter zu sagen.

Nicht nur im Reichstag, auch in den Gemeinden und Landtagen ist eine riesige Arbeit geleistet worden. Wenn ich so manche Kritik innerhalb und außerhalb der Partei an unserer Tätigkeit lese und die verschiedenen Formulierungen über den Begriff Klassenkampf höre und lese, dann möchte ich ohne Gehässigkeit den Gedanken aussprechen dürfen: Ich glaube, die Genossen und Genossinnen von der kleinsten Dorfgemeinde bis zum Reichsparlament, die jahraus jahrein in den Kommissionen Auge in Auge mit dem Gegner um jede Mark Rente für unsere armen Klassengenossen ringen, diese treuen Arbeiter im Kleinen sind mindestens so gute Klassenkämpfer wie diejenigen, die nur theoretische Artikel verfassen. (Händeklatschen.) Ich habe in den letzten Tagen und früher in so mancher Groß-Berliner und anderen Großstadtzeitung die aufgeregten Artikel der Asphaltliteraten über die verkalkte, verbonzte und verbürgerlichte Sozialdemokratie gelesen. Die literarische Kunst der Herren, die das schreiben, in allen Ehren, aber sie haben nie in unseren Reihen gestanden und niemals den Opfersinn treuer stetiger Arbeit aufbringen können, sie haben keine Ahnung von dem großen sozialen Ethos und dem ungebrochenen Kampfwillen, der in jedem deutschen Sozialdemokraten steckt. (Händeklatschen.)

Was unsere Reichsminister in der Großen Koalition geleistet haben, ist von den Bürgerlichen und der scheinradikalen Kritik der Kommunisten immer sehr schlecht behandelt worden. Die Bürgerlichen sprachen vom Versagen der marxistischen Methoden und von persönlichen Unstimmigkeiten. Was ist seitdem besser geworden? Die Erwerbslosigkeit ist auf 5 Millionen gestiegen, flaut nur langsam ab und steigt immer wieder im Zickzack empor. Die öffentlichen Finanzen sind zerrüttet. Unsere Wirtschaftslage verschlechtert sich noch immer. Ich bin nicht so unehrlich und auch nicht ungeschult genug, um der jetzigen Regierung alle Schuld daran zuzuweisen. Aber ich frage den Parteitag und die deutsche Öffentlichkeit: Welch ein verlogenes Geheul gegen die Minister würde täglich in allen bürgerlichen Zeitungen erhoben werden, wenn der Reichskanzler jetzt Hermann Müller und der Reichsfinanzminister Hilferding wäre! (Sehr richtig!) Wir wollen jedenfalls die Brüninglegende nicht mitmachen. Herr Dr. Brüning in allen Ehren, — daß er ein Staatsmann ist, dafür hat er den Beweis noch zu erbringen. (Sehr richtig!)

Ich sage weiter in die Partei hinein: Das Bürgertum handelt aus wohlerwogenem Klasseninteresse und Instinkt. Es könnte uns ein Beispiel geben, wie man die eigenen Minister schont und anerkennt. (Sehr richtig!) Die 21 Monate Kabinett Hermann Müller waren von schweren innerpolitischen Kämpfen insbesondere um die Finanzpolitik und Sozialpolitik erfüllt. Das Bürgertum starrte wie hypnotisiert auf die Senkung der Besitzsteuern und der Soziallasten. Hilferdings Absicht, den Etat und die Finanzen zu sanieren, wodurch wurde sie vor 1½ Jahren zunichte gemacht? Durch den brutalen Klassenegoismus der Besitzenden und durch die schlechten finanzpolitischen Propheten, die sie haben. Man muß doch einmal rückschauend sich vorstellen, was die großen Finanzgenies des Bürgertums, die alle viel größer sind als Hilferding und Hertz, vor 1½ Jahren gedacht und gedichtet haben! Herr Stolper verlangte eine Steuerersparnis von 1800 Millionen. Herr Reinhold von der Staatspartei prophezeite und verlangte 2 Milliarden Steuersenkung, der Hansabund 2300 Millionen. Gegenüber diesen Finanzphantasien kann sich die Arbeit unserer Minister und Finanzpolitiker in der Fraktion wirklich sehen lassen.

Wir mußten in den letzten Jahren oft genug beobachten, daß es keinen größeren Feind der Demokratie und des Parlaments gibt als dauernd ruinierte Finanzen, weil sie in der Tat die Diktatur des Finanzkapitals herbeiführen müssen. Ich will auf den Zusammenbruch der Großen Koalition und die Schuldfrage nicht eingehen und nur eins herausgreifen, indem ich sage: Wenn diese große Koalition scheinbar an der winzigen Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ½ Prozent ruiniert wurde, so stand dieses halbe Prozent eigentlich nur im Vordergrund der Kämpfe. Aber keinerlei taktisches Geschick hätte die Regierung Hermann Müller noch lange halten können. (Sehr richtig!) Deutsche Volkspartei und andere Teile der bürgerlichen Mittelparteien wollten aus Gründen des Klassenkampfes gegen die Arbeiterklasse den Bruch mit der Sozialdemokratie. Dr. Brüning wollte die christlich-konservativen Kräfte der Rechten von Hugenberg trennen und zu einem republikanischen Staat hinführen. Ein Zentrumspolitiker wie Dr. Brüning von streng katholischer Anschauung und politisch konservativer Geisteshaltung wird aus staatspolitischen Gründen auch mit der Sozialdemokratie Politik machen, aber seine Herzensneigung wird immer den konservativen Kräften der Rechten gehören. (Sehr richtig!) Das sehen wir in der Fraktion sehr deutlich, und das braucht uns keiner zu sagen.

Daß die neue Regierung Brüning persönlich und sachlich stark nach rechts tendierte, können Sie viel besser, als ich es sagen könnte, im Jahrbuch unserer Fraktion nachlesen. Schon die ersten parlamentarischen Kämpfe zeigten die große Fehlrechnung der Regierung Brüning, denn die Loslösung der konservativen Rechtskräfte von Hugenberg gelang ihr nicht. Wie stark die hochkapitalistischen Interessen die Regierung Brüning beeinflußten, zeigt der Sturz Moldenhauers, der durch den Industrieflügel seiner Partei beseitigt wurde.

Wenn wir die gesamte Politik der Regierung Brünings und ihrer kapitalistischen Träger von rechts her und von der Mitte beobachten, so bleibt der politische Wille der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien durchaus auf der Linie, die die Kölnische Zeitung am 19. Juni 1930 aufstellte, daß nämlich die Industrie eine Sanierung der Finanzen von der Steuerseite her als hoffnungslos ansieht und statt dessen eine Entlastung der Wirtschaft durch den Abbau von Löhnen und Gehälter durchführen wollte.

Haben wir nicht auch ein Programm aufgestellt, und war in diesem Programm vom 23. Juni 1930 nicht ein Satz enthalten, der unserer Politik bis zu dieser Stunde vollkommen recht gibt? Darin steht der Satz: „Eine Senkung des Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten kann die Wirtschaft n i c h t beleben, sondern muß die Krise verschärfen, wenn vielleicht noch einige Monate vergangen sind. Die entscheidenden Teile des Bürgertums werden dann wohl aus eigenem Interesse begreifen, wie recht wir mit diesem Satz gehabt haben. Die Herren reden auch jetzt wieder vom Mut zur Unpopularität. Die Führer der bürgerlichen Parteien, viele wenigstens, haben den Mut zur Unpopularität nur gegenüber den armen Teufeln, wagen aber niemals, ihren eigenen Klassengenossen unangenehme Dinge zu sagen. (Sehr richtig!)

In jenen kritischen Julitagen, als die Reichsregierung Brüning mit ihrer Finanzpolitik und ihren Steuergesetzen im Steuerausschuß festgefahren war, hat unsere Fraktion in klarer Erkenntnis der Gefahr einer Reichstagsauflösung die Forderung gestellt, die von den bürgerlichen Parteien bei nötiger Einsicht hätte erfüllt werden können, die Kopfsteuer, die spätere Bürgersteuer, preiszugeben, gegen die selbst Reichsfinanzminister Dietrich stärkste Bedenken hatte. Reichskanzler Dr. Brüning ist trotzdem zur Reichstagsauflösung geschritten, weil wir seine Notverordnung bei Vorhandensein einer parlamentarischen Mehrheit und eines arbeitsfähigen Reichstags für verfassungswidrig hielten und aufheben ließen. Nach der Aufhebung der Notverordnung hat er den Reichstag aufgelöst. Sein Ziel war eine klare Kursänderung, eine arbeitsfähige Mehrheit der Mitte und der Rechten bis Westarp und Schiele gegen uns zu schaffen. Er hat sich als ein mangelhafter Kenner der Volkskräfte erwiesen. Die Auflösung des Reichstags ist ein verhängnisvoller Fehler Brünings und eine Niederlage für ihn gewesen. Sie war ein Hasardspiel, dessen Milliardenverluste noch heute von der deutschen Wirtschaft nicht verwunden sind. Man berechnet sie auf zwei Milliarden. Wäre Brüning im Juli 1930 der Sozialdemokratie mehr entgegengekommen, so wäre das für die deutsche Wirtschaft billiger gewesen als die Reichstagsauflösung und was nachher gekommen ist.

Freilich hat die Reichstagsauflösung ein Gutes gehabt. Sie hat die ganze Größe der faschistischen Bewegung in Deutschland aufgezeigt. Der 14. September — das ist das zweite, was ich als Grundlage der taktischen Diskussion zu betrachten bitte — hat in Deutschland eine vollkommen neue innerpolitische Machtgruppierung geschaffen. Sie können doch von der Reichstagsfraktion nicht verlangen, daß sie bei einer vollkommenen Umwandlung der politischen Machtverhältnisse eine Politik betreibt, als wenn gar nichts geschehen wäre! (Lebhafte Zustimmung.) Jeder Genosse, ob rechts oder links, muß doch begreifen, daß unsere Taktik, unsere Politik nicht von Wahlaufrufen und Wahlreden bestimmt wird, sondern von den politischen Kräften, die der Wahltag im Volk offenbart hat. (Sehr richtig!)

Die Wahlagitation ist von keiner Partei sachlicher und anständiger geführt worden als von uns. Nach dem Wahltage aber hat eine Fraktion nicht mehr parlamentarische Macht, als ihr das Volk durch seinen freien Willen gegeben hat. (Sehr richtig!) Keine Illusionen und keine noch so radikalen Reden können an den ehernen Machtverhältnissen das Geringste ändern! Niemand kann also von uns verlangen, daß wir in dem neuen Reichstag dieselbe Politik betreiben

sollten wie in dem alten. Wir haben noch vor dem Zusammentreten des Reichstags als unsere nächsten Ziele erklärt und befinden uns bis zu dieser Stunde auf derselben Linie: Erhaltung der Demokratie, Sicherung der Verfassung, Schutz des Parlamentarismus. Das sind unsere ersten, natürlich nicht unsere einzigen Aufgaben.

Daß diese Politik, die jetzt von so vielen leidenschaftlich angegriffen worden ist, im abgelaufenen Winter bis zum letzten Funktionär verstanden wurde, das zeigt die wundervolle Aktivität, mit der sich die gesamte Partei gegen den Faschismus erhoben hat. (Bravo!) Parteigenossen! Nach dem 14. September wußte auch der letzte Parteigenosse — was jetzt mancher vergessen zu haben scheint —, wie dieser Reichstag zusammengesetzt ist. Unter 577 Abgeordneten befinden sich 225 entschlossene Anhänger der Diktatur. Daneben sind noch viele unsichere Kantonisten. Die Nationalsozialisten, die natürlich notgedrungen im Mittelpunkt dieser politischen Untersuchung stehen, haben nach dem 14. September ihre Phrase von der nationalen Revolution in die Scheinlegalität umgewandelt. Adolf Hitler mag ein sehr mäßiger politischer Kopf sein, aber soviel hat er durch die Nachhilfestunden seiner kapitalistischen Geldgeber in den zwölf Jahren seiner politischen Betätigung immerhin begriffen, daß mit Sturmabteilungen, mit Schutzstaffeln, mit Kampfbünden und anderen Gründungen politischer Romantik ein modernes Staatswesen nicht überrannt werden kann. Militär und Polizei sind bei der Waffentechnik des 20. Jahrhunderts Panzertürme, gegen die mit Elan allein nichts auszurichten ist. Wer diese Panzertürme der Staatsgewalt erobern und für sich einsetzen will, muß ihre Besatzung kommandieren, also legal in sie eindringen. Ich sage mit Breitscheid: der Nationalsozialismus, der das begriffen hat, scheint mir eine viel größere Gefahr zu sein als der lächerliche Putschismus des Jahres 1923.

Genossinnen und Genossen! Der Genosse Breitscheid hat auch bereits auf die Situation hingewiesen, die bei dem Zusammentritt des Reichstages im Oktober vorigen Jahres bestanden hat. Wir dürfen nicht vergessen, daß in jenen Oktobertagen der Nationalsozialismus in Deutschland unmittelbar vor der legalen Machtergreifung, wenigstens zum Teil, gestanden hat. Von einem großen Teile des Zentrums bis zum gesamten übrigen Bürgertum war man entschlossen, mit den Nationalsozialisten eine Regierung zu bilden. Der Nationalsozialismus ist durch uns von der Regierungsgewalt zurückgehalten worden, und wenn es im Oktober 1930 gelungen ist, die Auslieferung des Reichstagspräsidiums, die Auslieferung wichtiger Ministerposten, die Auslieferung der Reichswehr und der Schupo an die Nationalsozialisten zu verhindern, dann, glaube ich, sollte keine Kritik im einzelnen uns an der Feststellung hindern: das ist nicht nur ein großer, das ist ein europäischer Erfolg der deutschen Sozialdemokratie! (Händeklatschen.) Ich glaube, daß außerhalb Deutschlands, namentlich in den romanischen Ländern, unsere sozialistischen Bruderorganisationen die Bedeutung dieser Tatsache viel besser verstanden haben als manche Genossen in der deutschen Partei. (Sehr richtig!)

Der Nationalsozialismus ist freilich nicht durch uns allein von der Staatsgewalt zurückgehalten worden. Auch seine maßlosen personellen und sachlichen Forderungen haben dazu beigetragen. Er hat einen Frontalkampf gegen die katholische Kirche eröffnet, der noch keiner Partei und keinem Staatsmann gut bekommen ist. Der Katholizismus ist immer noch die einzige Weltmacht, die zwei Jahrtausende überdauert hat und vermutlich noch einige politische Systeme aushalten wird. Der politische Weg, den wir im Reichstag eingeschlagen haben, hat erhebliche Opfer und Zugeständnisse gefordert. Niemand von uns leugnet das. Aber, Genossen, erinnern Sie sich auch daran, daß unmittelbar nach dem 14. September eine zahlenmäßig starke Opposition gegen unsere Fraktionspolitik nicht laut geworden ist. (Sehr wahr!) Die Kunst des Politikers und seine Nervenprobe bestehen eben auch darin, eine Politik nicht nur einzuleiten, er

muß stark genug sein, sie auch durchzuhalten, solange er glaubt, mit dieser Politik etwas erreichen zu können.

Es wird nach Erfolgen gefragt. Hat man denn vergessen, wie die Situation in jenen Monaten und den ganzen Winter hindurch gewesen ist? Die Kapitalflucht von Milliarden, die Zurückziehung der Auslandskredite, die wachsende Finanznot, immer wieder die Gefahr, daß die Beamtengehälter, daß die Arbeitslosenunterstützung und die Wohlfahrtsunterstützung nicht mehr ausgezahlt werden könnten! Ich glaube nicht, daß in jenen Monaten auch der schärfste Kritiker unserer Fraktion gewagt hätte, angesichts der Gefahren für die gesamte Arbeiterklasse eine andere Politik zu machen, wenn er wirklich persönlich die verantwortliche Entscheidung gehabt hätte! (Lebhafte Zustimmung.) Wenn uns im Lande die hungernden Millionen, Frauen und Kinder, anblicken, wenn auf der anderen Seite bewaffnete Bürgerkriegsscharen und ein höchst unzuverlässiges Bürgertum bereit standen, eine Staatskrise herbeizuführen, dann, glaube ich, hat die Sozialdemokratie viel getan, wenn es ihr gelungen ist, diese Staatskrise zu verhindern und dabei den Massen das an Rentenunterstützung zu erhalten, was irgend erhalten werden konnte. Wir brauchen kein Loblied auf die deutsche Sozialpolitik anzustimmen, sie ist noch mangelhaft genug. Wenn aber in einem Parteiblatt von dem „Ausbeuterstaat Deutsche Republik" gesprochen wird, dann glaube ich, daß der betreffende Redaktionskollege keine klare Vorstellung davon hat, wie ein faschistischer deutscher Ausbeuterstaat aussehen würde. (Lebhafte Zustimmung.) Die deutsche Sozialpolitik ist gewiß unvollkommen, aber ich fordere die Kritiker unserer Fraktion auf, hierher zu treten und mir einen einzigen großen Staat zu nennen, der sich in der elenden Lage Deutschlands befindet und ähnliche sozialpolitische Maßnahmen aufzuweisen hätte! Wir sind die Totengräber der deutschen Sozialpolitik, wir ruinieren sie, wir sind in der Tat Arbeiterschädlinge, wenn wir nicht die großen sozialpolitischen Errungenschaften anerkennen und erhalten. (Beifall.) Es schwächt unsere Kampfkraft zur Erreichung neuer sozialpolitischer Ziele keineswegs, wenn die Bedeutung dieser Ziele erkannt wird.

Ich glaube, nach der Revolution hätte die Gegenrevolution in Deutschland — ich denke da vor allem an die Kommunisten — nicht so bedeutsame Erfolge erzielt, wenn die gesamte deutsche Arbeiterklasse von allen ihren Führern darüber aufgeklärt worden wäre, was sie errungen und daher zu verlieren hat. Parteigenossen, es ist gewiß ein Wort von Karl Marx, daß die Arbeiterklasse nichts zu verlieren habe als ihre Ketten, ein Wort aus einem gewaltigen sozialistischen Dokument. Als der junge Marx dieses Wort vor fast 85 Jahren niederschrieb, war es eine revolutionäre Großtat. Wenn man dieses Wort jetzt, nach den opfervollen Kämpfen von drei Arbeitergenerationen, den deutschen Proletariern zuruft, dann wird dieses revolutionäre Wort von einst zu einer stockreaktionären Phrase! (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben im neuen Reichstag uns keineswegs allem, was die Regierung Brüning tat, gefügt. Wir haben unsere Taktik eingeleitet und bisher durchgeführt, weil wir glaubten, wir hätten nur die Wahl zwischen einem schlechten Kabinett Brüning und einer offenen und tausendfach schlechteren faschistischen Diktatur. Wir haben die Notverordnungen, die Brüning während des Wahlkampfes erlassen hatte, nicht aufheben lassen, weil diese Aufhebung nur durch eine negative Mehrheit erreicht worden wäre, die zu keiner positiven Arbeit fähig gewesen wäre. Wir haben immerhin erreicht, daß die Notverordnungen dem Ausschuß überwiesen wurden. Auch das wollen wir einmal aussprechen, Genossen, weil ich immer den Eindruck habe, daß manche Genossen nach links hin — ich meine die Kommunisten — etwas gelähmt sind: Niemand ist froher als die Kommunistische Partei, daß wir diese Tolerierungspolitik getrieben haben. (Sehr gut!) Solange es noch ein Parlament und eine Preßfreiheit gibt, können die Kommunisten wenigstens auf uns schimpfen. Wir sind ja durch unsere Politik im Parlament der Schutzwall, der die Wucht des faschistischen Ansturms

gegen die kommunistischen Organisationen aufhält. Wir — dessen bin ich ganz sicher —, diese große politische Partei und diese Gewerkschaften würden auch eine faschistische Herrschaft in irgendeiner Form erfolgreich bekämpfen. Die Kommunisten aber würden in ihrer Masse elend zerstieben, wenn viele charakterlose Phrasenhelden mit Leib und Leben für das einstehen sollten, was bisher erreicht ist. (Lebhafter Beifall.)

Was haben wir in dem Ausschußkampf erreicht, so schwer und undankbar er war? Wir haben wenigstens acht Millionen Proletarier von der Arznei- und Krankenscheingebühr befreit. Warum sagt man das nicht laut genug? Wir haben wenigstens acht Millionen Proletarier von der Bürgersteuer befreit. Wir haben bei der Arbeitslosenversicherung die Verschlechterung für Millionen von Jugendlichen und für die Versicherten mit verhältnismäßig kurzer Anwartschaft abgewehrt. Gewiß keine gewaltigen Leistungen, wir haben aber immerhin auf diese Weise Hunderte von Millionen Mark für die Arbeiterklasse gerettet. (Zuruf.) Lieber Genosse Kirchner, wenn Sie sagen, man hätte diese Summen sowieso nicht bezahlt, dann können wir freilich gleich den Steuerstreik erklären und die parlamentarische Politik einstellen. Ich hoffe nicht, daß die Genossen, die so etwas sagen, erleben müssen, was bezahlt werden kann und bezahlt werden muß, wenn eine faschistische Staatsgewalt in Deutschland an die Macht kommen sollte. (Sehr gut!)

Unsere parlamentarische Basis war während des ganzen Winters schmal. Wir haben im Reichstag oft genug immer wieder am Abgrund gestanden. Wenn wir die Aufhebung der neueren Notverordnungen, die im Dezember vorigen Jahres in einer besonders gefährdeten Situation vom Reichskanzler Brüning und seiner Regierung erlassen wurden, nicht erzwungen haben, dann aus drei Gründen: einmal weil die Aufhebung dieser Notverordnungen auch die von uns erreichten Verbesserungen der ersten Notverordnung zu Fall gebracht hätte, zweitens weil die Aufhebung zu einem finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch mit unabsehbaren Verlusten für die Arbeiterklasse geführt hätte und drittens weil wir eine unvorstellbare politische Krise im gesamten Staatswesen erlebt hätten. Ich bitte euch, Genossen, in aller leidenschaftlichen Gegnerschaft doch um eins: sagt uns bitte nicht nur immer das, was wir zum Sturze Brünings tun sollen, sondern stellt euch auch einmal in allen Einzelheiten vor, was danach kommen würde! Seht die politischen Gefahren, die vor uns liegen, und übernehmt dann auch vor der Partei und vor dem Lande die politische Verantwortung für das, was dann geschieht! Ich sage das alles nicht aus Rechthaberei. Ich weiß, es läßt sich viel Kluges gegen die Politik der Reichstagsfraktion ausführen. Aber jeder, der eine andere Politik empfiehlt — vielleicht komme ich auch noch einmal dahin, wer kann das wissen? — sollte sich doch überlegen — (Zuruf.) — lieber Genosse, die Lage ist doch viel zu ernst, als daß man darüber scherzen könnte! (Lebhafte Zustimmung.) Ein solcher Zuruf zeigt uns, wie gedankenlos manche Genossen diese Dinge betrachten. (Erneuter Beifall.) Wenn ich über diese Dinge spreche, dann fühle ich in mir die Dankbarkeit für die ins Grab gesunkenen Generationen, die ihre Familie, ihre Freiheit und ihre ganze Existenz jahrzehntelang geopfert haben, damit die Jugend die Rechte hat, die sie heute nicht zu schätzen weiß. (Lebhaftes Händeklatschen.)

Jeder, der eine andere Politik empfiehlt, muß wissen, daß das keine alltägliche parlamentarische Entscheidung ist, muß wissen, daß er damit unter Umständen die deutsche und die europäische Politik auf Jahrzehnte hinaus in die Gefahr schwerster innerer und außenpolitischer Wirren bringen könnte. Wer davon durchdrungen ist — das werden Sie mir zugestehen —, der wird lange, lange mit sich ringen, ehe er von dem Wege abgeht, den wir eingeschlagen haben.

Machen wir doch nicht in Pessimismus! Der Genosse Breitscheid sagt gewiß mit Recht: keiner von der Fraktionsmehrheit befindet sich in dem Wahn, daß diese Duldungspolitik unsere Agitation erleichtern könnte. So einfältig sind

wir nicht. Aber wir gestehen auch dankbar zu, welches hohe Maß von politischem Verständnis unsere Anhänger und Funktionäre draußen im Lande aufgebracht haben, ein Verständnis, das ihnen doch wahrhaftig auch durch die Kämpfe innerhalb der Partei erschwert worden ist. (Sehr wahr!) Hat sich nicht inzwischen manches gewandelt? Die Isolierung des Nationalsozialismus im Parlament, die Kampfstellung des Zentrums und des Katholizismus überhaupt gegen die Nationalsozialisten, die immerhin reserviertere Haltung der Deutschen Volkspartei, der Bruch der Thüringer Koalition ist da. Auch die preußische Koalition ist durch das, was wir im Reichstag getan haben, gefestigt worden. Das sind immerhin sichtbare Erfolge, und ich kenne manchen Pessimisten, der im September 1930 nicht geglaubt hat, daß wir heute noch so dastehen würden. (Zustimmung.) Die Rechts- und die Linksopposition war im Reichstag erfolglos. Zwei Maßnahmen muß ich ganz kurz erwähnen, die damit zusammenhängen: die Änderung der Geschäftsordnung, die Einschränkung der Immunität. Ich glaube, es wird auch auf dem Parteitag kaum umstritten sein, wenn ich sage, daß das keine Einschränkungen der Redefreiheit und der Antragsfreiheit der Abgeordneten bedeutet. Ich glaube, allmählich müßten doch alle einsehen, auch die Wähler, daß der Abgeordnete keine Redemaschine ist, sondern ein Politiker mit eigener Verantwortung und mit der Pflicht, selber nachzudenken, ein Politiker, der im Parlament gestaltend aufbauen will. Keine Demokratie und kein demokratischer Staat wird je bestehen können, wenn er mit seiner Autorität so Schindluder treiben läßt, wie es der deutsche Staat — nicht ohne unsere Schuld — in den letzten zwölf Jahren getan hat. (Sehr richtig!) Die deutsche Demokratie würde, selbst wenn sie älter und stärker wäre, zugrunde gehen, das Parlament würde der Verachtung anheimfallen, wenn es uns nicht gelänge, das Parlament gegen gewisse Knoten im Reichstag zu schützen, die in die Fürsorgeerziehung gehören, aber nicht in einen deutschen Reichstag! (Lebh. Händeklatschen.)

Nun zu dem Auszug der Rechtsparteien aus dem Reichstag! Die Kommunistische Partei hat sich diesem Auszug nicht angeschlossen. Ich bin beinahe versucht, ihr wegen dieser großen staatspolitischen Haltung meinen Dank auszusprechen. (Heiterkeit.) Es zeigt sich eben, daß der so gering geschätzte parlamentarische Kampfboden plötzlich auch für die Kommunisten sehr an Wert gewinnt, wenn sie in Gefahr sind, diesen Kampfboden zu verlieren. (Sehr wahr!) Es zeigt sich, daß auch die „formale" Demokratie noch einige Bedeutung hat, wenn die Aussicht besteht, ihrer gänzlich verlustig zu gehen. Welche Motive die Nationalsozialisten zu ihrem Auszug bewogen haben, hat Genosse Breitscheid gesagt: ihre Haltung gegenüber den kommunistischen Anträgen auf Zerreißung des Youngplans und auf Einstellung aller Zahlungen. Die kommunistische Konkurrenz in der „nationalen Befreiungspolitik" kann bald auch von den Nationalsozialisten nicht mehr ausgehalten werden. Seit den verflossenen Nationalliberalen ist von keiner Partei das Wort „National" so oft ausgesprochen worden wie von den Kommunisten in dem letzten halben Jahr! Wenn die Kommunisten auch das Wort „Vaterland" noch fließend aussprechen lernen, sind ihrer patriotischen Entwicklung in Deutschland keine Grenzen mehr gesetzt. (Heiterkeit.)

Der Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag hat unsere parlamentarische Situation nicht erleichtert. Die scheinbare kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit hat auch da und dort einen Parteigenossen verwirrt. Wir können diese Scheinmehrheit aus vielen Gründen nicht ausnutzen. Nur zwei dieser Gründe seien genannt: einmal deshalb nicht, weil doch der Reichsrat gegen jedes vom Reichstag beschlossene Gesetz Einspruch erheben kann und wir bei einer erneuten Abstimmung keine Zweidrittelmehrheit bekommen, weiter weil wir die großen gesetzgeberischen Aufgaben, insbesondere die Verabschiedung des Etats, doch unmöglich mit den Kommunisten lösen können. Wer — das ist eine klare, nackte und bittere Tatsache — in dieser Zeit in Deutschland parlamentarische Politik machen will, der muß eine Verständigung mit den bürgerlichen Mittelparteien suchen. Ich glaube nicht, daß jemand

einen anderen parlamentarischen Weg finden kann. Jeder andere Weg muß zu einer triumphierenden Rückkehr der Nationalsozialisten und damit zu all den Gefahren führen, die für die Faschisierung Deutschlands bestehen.

Ich will auf die Diätenangelegenheit und ähnliche Fragen nicht eingehen, obwohl auch dazu von unserem Standpunkt manches zu sagen wäre. Ich fahre fort, indem ich sage: die letzten 1½ Monate sind die weitaus beschwerlichsten gewesen. Links von uns eine große Fraktion, die Kommunisten, von der keinerlei sachliche Arbeit für die Arbeiterklasse zu erwarten ist. Ich glaube nicht, daß das bestritten wird. Rechts von uns ein bürgerliches Parteigemisch, das zur Verschlechterung der steuerpolitischen, wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und kulturpolitischen Belange der Arbeiterklasse entschlossen ist. Dazu der Reichsrat mit seiner zum Teil sehr reaktionären Vertretung, ferner eine Wirtschafts- und Finanzlage, die sich dauernd verschlechtert. In einer solchen Situation mußte jeder parlamentarische Schachzug, der verfehlt war, zu verheerenden Folgen führen.

Ich komme jetzt zu der Frage der Ermächtigungen, die wir der Regierung gegeben haben, Ermächtigungen zu Einsparungen wirtschaftspolitischer Natur. Haben wir das kampflos getan? Sind wir vor jedem Stirnrunzeln Brünings zurückgeschreckt, wie der Genosse Ziegler uns vorgeworfen hat? Überlegt euch doch einmal, Genossen, wie ihr unsere Agitation schädigt, wenn ihr solche falsche Behauptungen in die Welt setzt! (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist ein Irrtum, wenn ihr so etwas sagt. In jedem einzelnen Falle haben wir Widerstand geleistet und auch gewisse Verbesserungen erzielt. Die Ermächtigung zu Ersparnissen am Reichsetat haben wir gegen den Willen der Regierung dahin eingeengt, daß alle Etatpositionen, insbesondere der Sozialpolitik, die auf Gesetzen beruhen, nicht unter die Ermächtigung fallen.

Ich glaube, daß die Fraktion auch gewisse sozialpolitische Erfolge aufzuweisen hat. Dazu rechne ich nicht zuletzt die Aufrechterhaltung des Schlichtungswesens in Deutschland, das gemeinsam von den Kommunisten und von dem Unternehmertum beseitigt werden soll. Ich verweise auf die wiederholten Erklärungen Stegerwalds gegen den Abbau der Reallöhne, auch auf seine neuerliche Erklärung, daß eine zweite Lohnabbauwelle untragbar sei. Ich berufe mich in diesem Zusammenhang weiter auf das, was Genosse Tarnow zu dem Kampfe um ein Gesetz über die Vierzigstundenwoche gesagt hat. Warum nun diese Verketzerung der Demokratie? Wenn die Demokratie nichts wert ist, warum bezahlt dann das Unternehmertum den Faschismus? Das geschieht doch nur, damit die Demokratie ruiniert wird. (Sehr wahr!) Alles können Sie den Unternehmern zutrauen, aber die Unternehmer verstehen genau ihr Klasseninteresse wahrzunehmen. Die Demokratie wird vom Unternehmertum bekämpft, weil sie für das Unternehmertum sozialpolitisch und lohnpolitisch viel teurer ist als der Faschismus.

Was die Wirtschaftspolitik anlangt, so läßt sich natürlich gegen die Zollpolitik vieles mit Recht einwenden. Aber wir sind nicht die einzige Partei im Reichstag. Ist denn jemand im Saal, der etwa glaubt, daß wir diese Politik mit Begeisterung machen? (Sehr richtig!) In diesem Reichstag ist ohne uns eine starke Mehrheit für Hochschutzpolitik vorhanden, und diese Mehrheit können wir durch keinen Parteitagsbeschluß hinwegdiskutieren. Wenn wir positive Politik machen wollen, können wir nur versuchen, gegen diese Mehrheit herauszuholen, was herauszuholen ist. Wir haben immerhin auf dem Gebiete der Gleitzölle einiges erreicht, wir haben den Höchstpreis für Zucker. Wir haben erreicht, daß die Regierung keine allgemeine Vollmacht für die Festsetzung von Agrar- und Industriezöllen bekommen hat. Hätten wir diese opfervolle Politik nicht gemacht, dann würde die Reichsregierung eine unbeschränkte Vollmacht erhalten haben, Agrar- und Industriezölle zu erhöhen. (Sehr richtig!) Es lagen ja schon Hunderte von Anträgen auf Erhöhung der Industriezölle vor. Wir haben weiter erreicht, daß in das Zollermächtigungsgesetz die Schutzklausel für den Brotpreis, die Schutzklausel gegen eine Erhöhung des Reichsindex für Nahrungsmittel aufgenommen wurde. Das mag alles nicht sehr viel sein; aber es ist doch eine Handhabe zur Mobilisierung auch der außerparlamentarischen Kräfte gegen die Versuche, den Brotpreis in die Höhe zu schrauben. Diese Waffe ist geschmiedet und geliefert worden von unserer Reichstagsfraktion. Es haben zwar nicht alle für diese schweren Entschlüsse ihre Stimme abgegeben; aber diejenigen, die das nicht taten, haben, wie es der Fraktionsbeschluß zuläßt, den Sitzungssaal des Reichstags ohne Demonstration verlassen.

Die Sache änderte sich, als uns die Ersatzbauten für die Marine beschäftigten. Bei meiner geistigen Beweglichkeit, die in der Partei berüchtigt ist (Heiterkeit), habe ich ein gewisses Verständnis auch für die Haltung unserer Opposition gegenüber den ungeheuren, in die Milliarden gehenden Belastungen, die wir seit dem 16. Oktober v. J. auf uns genommen haben. Aber eines verstehe ich nicht. Gegenüber diesen ungeheuerlichen wirtschaftlichen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Belastungen scheinen mir die paar Millionen für die Panzerkreuzerersatzbauten beinahe ein Lappalie zu sein. (Zustimmung und Zurufe!) Sie können sagen: es ist ein Symbol. Darauf komme ich noch. Verstehen Sie mich nicht falsch! Ich möchte keinerlei Aufregung auf dem Parteitag hervorrufen. (Heiterkeit.) Ich stelle nur Größenordnungen nebeneinander, und ich bitte, mir zu gestatten, meine Meinung auszusprechen. In unserer Reichstagsfraktion gibt es keine Marineschwärmer. Wenn wir den Beschluß auf Stimmenthaltung gefaßt haben, so hatten wir dafür wohlerwogene Gründe. Es lagen mindestens drei Beschlüsse früherer Reichstage vor, die die Reichsregierung zu diesen Ersatzbau berechtigten. Im neuen Reichstag sitzen bekanntlich 357 Abgeordnete, die für die Panzerbauten sind und nur 220, die dagegen sind. Zu den 357 Abgeordneten kommt aber noch die Mehrheit des Reichsrats und kommt der Wille des Reichspräsidenten. Gegenüber diesem Machtverhältnis hätte keine irgendwie geartete Fraktionspolitik den Bau der Panzerschiffe verhindern können. Wir hätten nur die triumphierende Rückkehr der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten und den Sturz Groeners erleben können. Immerhin hat es in der deutschen Republik niemals einen Reichswehrminister gegeben, der von Nationalsozialisten und Deutschnationalen so gehaßt wurde wie der jetzige Reichswehrminister Groener. Nun verstehe ich folgendes nicht. Monatelang hat unsere Partei draußen die Massen gegen den Faschismus aufgeboten mit dem Willen, den Einzug der Faschisten in die Reichsregierung zu verhindern; jetzt auf einmal sollten wir alles das zunichte machen und die Führung den Faschisten überlassen! In diesem Zusammenhang kann ich eine Bemerkung nicht unterdrücken. Denken Sie an das große Stahlhelmvolksbegehren, an den leidenschaftlichen Willen, die preußische Regierung zu stürzen. Ich glaube, wenn unsere Reichstagsfraktion wegen der Millionen für die Panzerbauten ihre Position im Reich und in Preußen aufgegeben hätte, dann hätten die Herren Hugenberg und Seldte sich die Kosten für den preußischen Volksentscheid sparen können (Lebhafte Zustimmung.), und Hugenberg hätte einen Dankbrief an die Reichstagsfraktion schreiben können, weil sie so einfältig war, die Wünsche Hugenbergs und Hitlers gehorsam zu erfüllen.

So kamen wir zur Stimmenthaltung. Wir übten sie aus höchst politischen Erwägungen. Wir ließen einen Beschluß passieren, den wir unter keinen Umständen verhindern konnten; die Fraktion aber stimmte in drei Teilen. Die große Mehrheit enthielt sich getreu dem Fraktionswillen der Stimmen, und unter dieser Mehrheit war auch mancher, der auf der anderen Seite stand. Rund zwanzig Fraktionsmitglieder verließen den Saal, und neun Fraktionskollegen stimmten mit nein, obwohl die Fraktion ausdrücklich die Stimmabgabe nicht freigegeben hatte und obwohl dieser Beschluß mit erdrückender Mehrheit gefaßt war. (Hört, Hört!) Das ist ein ganz ernster Vorgang. Es geht hier nicht um Personen, auch nicht um Anschauungen oder Richtungen; es geht allein um eine bewußt provokatorische Aktion gegen die geheiligte Disziplin der Partei. (Stürmische Zustimmung.) Ich würde mich freuen, wenn diese Passage

in meinem Bericht fehlen könnte. Ich habe gewiß den höchsten persönlichen Respekt vor der Anschauung der Fraktionskollegen, die es über sich gewonnen haben, die Fraktionsdisziplin nicht einzuhalten; denn in einer Partei, die erfüllt ist vom tiefsten Abscheu gegen die Kulturbarbarei militärischer Rüstungen, deren Anhänger jahrzehntelang in dieser Anschauung erzogen sind, werden immer militärische Bewilligungen Mißbehagen hervorrufen. Um diese Anschauung geht es nicht. Es geht lediglich um die Frage, ob Sie wollen, daß die Politik der Fraktion und der Partei geschlossen geführt wird oder nicht. Wir stehen auf diesem Parteitage vor einer schwerwiegenden innerparteilichen Entscheidung. (Sehr wahr!) Drücke sich keiner an dieser Entscheidung vorbei! (Lebhafte Rufe: Sehr gut!) Denke jeder daran, daß das, was einer Richtung erlaubt wird, nie einer anderen verwehrt werden kann. (Lebhafte Zustimmung!) Deshalb sage ich: nehmen Sie den Antrag, den die Hamburger Parteiorganisation gestellt hat — wenn er mir auch persönlich etwas scharf formuliert zu sein scheint, so ist er doch in der Sache richtig —, an! Denn die große Mehrheit unserer Reichstagsfraktion ohne Unterschied der Richtung hält den Schritt der Neun für unerträglich, für gefährlich und für schädlich. Wir haben ihn als einen schweren Disziplinbruch empfunden. Unter Berufung auf die große Geschichte der Partei, im Andenken an unsere großen Führer erwarte ich, daß der Parteitag diesen Schritt verurteilt und dafür sorgt, daß in Zukunft die Fraktion in entscheidenden Fragen als eine geschlossene, eherne Front den Gegnern gegenübertritt. (Stürmischer Beifall.) Man sagt, das Verhalten der Neun sei ein Signal gewesen. Nun, die Genossen, die dieses Signal ausgegeben haben, sind verdammt schlechte Bläser gewesen. (Heiterkeit.) Man sagt, es sei natürlich ein einmaliger Vorgang. Ja, Genossen, wenn ich euch recht verstehe, dann nehmt ihr für euch allein das Recht in Anspruch, Trompeter in der Partei zu sein. Solche Signale können doch in Zukunft auch von anderen ausgehen. Wenn der Parteitag nicht klar entscheidet, dann kann in der Reichstagsfraktion, in jeder Landtagsfraktion und in jeder Gemeindefraktion in Zukunft jeder Genosse sagen: was die Mehrheit tut, widerspricht nach meiner Auffassung den Grundsätzen der Partei. Meine Wähler sind dagegen und darum pfeife ich auf euere Disziplin. (Lebhafte Zustimmung.) Wollte der Parteitag das hinnehmen, dann hätten wir keine deutsche Sozialdemokratie mehr, sondern einen elenden Trümmerhaufen, den niemand mehr achten würde. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Ich bin auch für Gewissensfreiheit und glaube auch ein Gewissen zu haben; freilich ist mein Gewissen nicht allzu zart. Wenn ich ein ganz zartes Gewissen hätte, dann wäre ich ins Kloster gegangen und nicht in eine proletarische Kampfpartei! (Sehr gut!) Es geht um die Generallinie der Partei. Daß in Kulturfragen Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist selbstverständlich. Ich habe es nie einem Genossen übel genommen, wenn er beispielsweise in der Alkoholfrage eine andere Stellung eingenommen hat als ich. (Heiterkeit.) Aber wenn es sich um die Stellung zu entscheidenden Fragen des Etats, um Sturz oder Tolerierung der Reichsregierung handelt, um das ganze politische System des Staates, des Parlamentarismus, der Demokratie, wenn nach Auffassung der Mehrheit alles auf dem Spiele steht, dann können Extratänze in der Fraktion nicht erlaubt werden. Die Fraktionskollegen, die eine andere Anschauung haben, werden mir wenigstens das eine zugeben, daß ich zum mindesten in der Form zart mit ihnen umgesprungen bin. (Heiterkeit.) Daß wir gewisse Einengungen der Demokratie hingenommen haben, leugne ich nicht. Die Notverordnungen gegen das politische Rowdytum werden — davon bin ich überzeugt — in der Diskussion eine Rolle spielen. Die Gottlosenpropaganda, die Gefährdung unserer Freidenker durch einen Teil der Notverordnungen werden auch behandelt werden müssen. Dieser Teil der Notverordnungen ist wahrhaftig nicht von uns hineingebracht worden und entspricht auch nicht unseren Wünschen. Gerade ich, der ich von den Freidenkern so oft mißverstanden werde, sage, daß die ganze Partei ohne Unterschied der kulturellen Richtung sich schützend vor unsere Freidenkergenossen stellen muß, wenn irgendwo gewagt werden sollte, die freie Agitation freier Weltanschauungen anzutasten. (Bravo!) Gerade ich, der ich ein gewisses Verständnis auch für kirchliche Anschauungen habe, erkläre dem Reichskanzler und dem Reichsinnenminister mit aller Deutlichkeit: eine Kulturdiktatur der christlichen Weltanschauung über andere Weltanschauungen werden wir nie und nimmer in Deutschland zulassen. (Stürmischer Beifall.) In diesen Ängsten der christlichen Kirchen zeigt sich gerade das schlechte Gewissen, das sie haben. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie ist weder eine christliche Partei noch eine Freidenkerpartei; sie ist einfach die sozialistische deutsche Arbeiterpartei, die vom Staate verlangt, daß er allen geistigen Strömungen im Rahmen der Gesetze volle Entwicklungsfreiheit gewährt.

Nun noch einige Worte zu dem § 218, weil hierzu eine Reihe von Anträgen vorliegt. Unsere Fraktion hat alles getan, was sie tun konnte. Wir wissen, daß der § 218 ein infames Klassengesetz gegen proletarische Frauen ist. Wir sind nicht für die Abtreibung; wir sind für die Geburtenregelung. (Sehr wahr!) Wenn überhaupt die schweren Strafbestimmungen im Jahre 1926 gemildert worden sind, so verdanken das die deutschen Frauen der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Die sogenannte Volksbewegung der Kommunisten wird nie eine Erleichterung herbeiführen, sondern die Art, wie die Kommunisten arbeiten, wird auf allen Gebieten nur einen Zusammenschluß der Reaktionäre in Deutschland zur Folge haben.

Die Genossen Tarnow und Breitscheid haben mir mit dem Wohlwollen, das sie für mich empfinden, noch die Aufgabe zugewiesen, über die gegenwärtige Lage und die Schlußfolgerungen daraus einiges zu sagen. Ich bin sehr versucht, mich auf meine Abstinenz zurückzuziehen. Aber die Dinge sind bitter ernst. Alle deutschen Arbeiter und Volksgenossen — hoffentlich auch die Reichsregierung — sehen auf diesen Parteitag, so daß ich versuchen will, meine persönliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Wir wissen, daß uns eine neue Notverordnung bevorsteht, und ich bitte den Parteitag, zu verstehen, daß in dieser Zeit mehr denn je eine bewegliche Taktik notwendig ist. Ich glaube, von Breitscheid gehört zu haben und wiederhole es: es gibt Grenzen unserer Tolerierung. Man soll uns in Ruhe lassen mit dem Vorwurf des Parteiegoismus. Wir üben gewiß auch Parteiegoismus, aber aus staatspolitischen Gründen; denn ohne eine starke Sozialdemokratie wird es in Deutschland nie eine demokratische Republik geben. (Sehr richtig!) Es gibt in Deutschland keine Demokratie mehr, wenn die Sozialdemokratie wirklich entscheidend geschwächt werden sollte. Das weiß hoffentlich die ganze Partei, und das weiß sicher die ganze Reichstagsfraktion. Unsere Fraktion hat unmittelbar vor dem Parteitag eine Entschließung angenommen. Diese Entschließung ist sehr ernst gemeint. Sie enthält die schärfste Kritik an der Unzulänglichkeit des Regierungskurs; sie warnt vor weiterem Abbau; sie stellt fest, daß die Reichsregierung die großen Chancen, die ihr gegeben worden sind, nicht zu benutzen verstanden hat, und sie arbeitet auch unsere Gegenwartsforderungen heraus. Ich wünschte, daß die Diskussion und die Beschlüsse des Parteitags sich auf der Linie unseres Fraktionsbeschlusses bewegten. Die Fraktion muß die Freiheit ihres Handelns behalten. Das soll nicht eine Passivität der Reichstagsfraktion bedeuten. Ich glaube im Einklang mit dem Fraktionsvorstand zu sprechen, wenn ich sage: sofort nach dem Erscheinen der neuen Notverordnung muß die Reichstagsfraktion zusammentreten, um weitere Entschlüsse zu fassen. (Sehr richtig!) Der Inhalt der neuen Notverordnung ist uns noch nicht bekannt; gewiß ist vieles durchgesickert, aber bei der Schwere der Lage muß ein gewissenhafter Politiker die Notverordnung im Wortlaut kennen und durcharbeiten, ehe er seine Entscheidung treffen kann. Es scheint, daß wieder die Lebenshaltung der breiten Massen eingeengt werden soll. Jeder, auch Dr. Brüning, muß sich darüber klar sein, daß auch diese Notverordnung zu weiterer Verbitterung, weiterer Empörung im Volke führen muß gerade auch deswegen, weil bei den schweren

Opfern der Besitzlosen entsprechende Lasten der ökonomisch Starken nicht vorgesehen zu sein scheinen.

Ich wünsche niemand festzulegen, nicht die Fraktion und keinen Fraktionskollegen, ich spreche aber als meine persönliche Meinung in voller Deutlichkeit aus: Wie die Entscheidung unserer Reichstagsfraktion ausfallen wird, kann in dieser Stunde niemand sagen. Ob die neue Notverordnung noch tragbar ist, — jeder Fraktionskollege wird schwer mit sich ringen müssen, ehe er diese Frage mit Ja oder Nein beantwortet. Sie sollen aber auch nicht glauben, daß solche Entscheidungen jemals von der Fraktion leichtfertig getroffen sind. In der Diskussion der Partei scheint es manchmal so, als hätten wir Genossen mit gutem oder weniger gutem Gewissen. Ich bitte jeden Parteigenossen, er stehe wo er wolle, auch zu begreifen, daß man in so schweren Zeiten in einer Fraktion sehr wohl zu verschiedener Meinung kommen kann und sich dann doch überwinden muß, gemeinsam mit der Gesamtfraktion zu stimmen.

Ich werbe nicht um Vertrauen für die Reichstagsfraktion. Ich glaube fest trotz aller Bitternis der Kritik, daß unsere Reichstagsfraktion das Vertrauen der großen Mehrheit des Parteitages und der Partei besitzt. (Bravo!) Ich bin stolz darauf, daß in meinem Wahlkreis — in anderen wird es genau so gehen — mancher zu mir gekommen ist, der meine Politik und Entschlüsse nicht versteht und mir trotzdem sagte: Du magst geirrt haben, aber ich habe das Vertrauen zu dir, daß du mit deinem Entschluß das Beste für uns arme Teufel willst.

Ich werbe auf diesem Parteitag um Vertrauen in die politische Schulung unserer Parteigenossen. Wir haben ihnen viel zugemutet. Doch läßt die Treue unserer Funktionäre den Schluß zu, daß der Kern, die Garde, die organisierten Parteigenossen in allen Stürmen feststehen und bei aller Meinungsverschiedenheit wissen, daß es keinen anderen Weg gibt als den innerhalb der Sozialdemokratie. Ich rede nicht von Spalten. Ich glaube nicht, daß hier jemand spalten will oder kann. Wer es wagen sollte, rechts oder links zu spalten, würde in den Abgrund springen und von den Flüchen der Arbeitermassen zerschmettert werden. (Händeklatschen.)

Ich bin gewiß in schwerer Sorge um unsere Politik. Aber mein Glaube an die Partei und ihre Massen ist unerschütterlich. In unseren Reihen ist ein gewaltiger Teil der deutschen Volksseele, der nie zerstört werden kann. In unseren Organisationen, die so viele nicht begreifen, schlägt das Herz, glüht die Sehnsucht der besten Teile des deutschen Arbeitertums. Es wird so viel über politische Kultur und Unkultur geredet. Warum sollen wir nicht den Mut haben, einmal ein Wort eigener Anerkennung zu sagen? (Sehr richtig!) Ich bin überzeugt, der ganze Parteitag stimmt mir zu, wenn ich sage: In den deutschen sozialistischen Volkshäusern lebt heute mehr politische Kultur, in den deutschen sozialistischen Volkshäusern lebt mehr deutsche Kultur und Zukunft als in manchen Hörsälen mancher deutscher Universitäten. (Bravo! und Händeklatschen.) Die so geschmähten Gewerkschaftsführer und Parteisekretäre, diese „Bonzen", sind bessere politische und staatsbürgerliche Erzieher als tausende studierte Pädagogen auf den Gymnasien und Universitäten (Händeklatschen.) Hut ab vor den Männern und Frauen der Arbeit in Büros und Fabriken, die trotz der Unvernunft der herrschenden Klasse in Ruhe und Energie und Ordnung ihre Arbeit weiter leisten. Wir alle sind Kämpfer, rechts und links, die Neinsager und die Jasager. Eine gute und reine kampffreudige Atmosphäre wird in die Partei und in die Jugend einziehen, wenn jeder im anderen den Genossen, d. h. den brüderlichen Mitkämpfer achtet. (Sehr richtig! und Bravo!) Wir reißen alle Kräfte zusammen, um unter der Demokratie und von ihrem Kampfboden zu retten, was zu retten ist, nicht um konservativ, um bürgerlich zu werden, sondern um die Kräfte zu sammeln und für neue Offensivstöße zu schulen, die kommen werden.

Aber dann mag man auch Gegenwartserfolge und Errungenschaften nicht vollkommen mißachten. Breitscheid hat das Wort zitiert, daß die Republik nicht viel ist, der Sozialismus das Ziel ist. Darf ich versuchen, dieses Wort zu wandeln,

wie es richtig heißen müßte? Unsere Jugend sollte das Schild, das hier und da zu sehen war, wegwerfen und auf ein neues Schild schreiben:

Wohl ist die Republik uns viel, doch Sozialismus bleibt das Ziel ...

Sie werden, das weiß ich, der Reichstagsfraktion die Freiheit des Handelns in dieser geschichtlichen Stunde nicht rauben. Die Partei wird in ihrer großen Mehrheit sagen: Taktisches Ausweichen, wenn keine andere Möglichkeit ist, aber kein Aufgeben unserer großen sozialistischen Zukunftsidee. Das ist der große und verhängnisvolle Irrtum mancher Parteigenossen und weiter Schichten des Bürgertums, daß sie glauben, die Sozialdemokratie werde sich jemals mit der Klassengesellschaft abfinden. Wer Sozialdemokrat ist, glaubt mit leidenschaftlicher Inbrunst an den Sozialismus und die Befreiung der Völker von der Barbarei des Kapitalismus. Wie wir auch getrennt sein mögen: wenn es um dieses Ziel geht und wenn es je bedroht sein sollte, werden wir in brüderlicher begeisterter Gemeinschaft zusammenstehen. (Bravo!) Mag kommen, was will, die Herren werden sich täuschen, wenn sie glauben, daß irgendein Faschismus uns auf die Dauer hemmen könnte. Wir sind in der Zeit der Regierungspolitik geistig nicht verfettet und eingerostet. Wenn es notwendig sein sollte, wird sich die Partei vielleicht von einigen Schlacken befreien, aber sie wird kämpfen können und zeigen, daß sie denselben Kampfgeist hat wie ihre Vorfahren, nur daß wir noch einiges hinzugelernt haben. (Bravo!)

Genossen, die Republik ist uns wertvolle Gegenwart. Darum verteidigen wir sie. Daneben aber lebt immer und in jeder Situation, auch im Ausweichen der Wille zu künftiger Offensive. Republik ist Gegenwart. Sozialismus ist leuchtende Zukunft. Diese Zukunft wird die deutsche Arbeiterklasse erobern trotz aller ihrer Feinde, allein unter Führung einer geeinten, verjüngten deutschen Arbeiterpartei, unter Führung unserer geliebten Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall und anhaltendes Händeklatschen.)

Vorsitzender **Lipinski:** Bevor wir in die Mittagspause eintreten, habe ich Ihnen die brüderlichen Grüße der Sozialdemokratischen Partei in Lettland, der Deutschen Republikanischen Vereinigung in Brasilien, Rio de Janeiro, mitzuteilen und der Russischen Revolutionäre in Prag. (Bravo!)

Mittagspause von 1¼ bis 3¼ Uhr.

Nachmittagssitzung

Vorsitzender **Wels:** Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Vor der Tagesordnung hat das Wort zu einer Erklärung der Genosse Hammer.

Hammer (Ludwigshafen): Die heutige „Sächsische Arbeiterzeitung" bringt auf der ersten Seite unter der Überschrift: „Ehemaliger SPD.-Reichstagsabgeordneter kommt zur KPD." einen Bericht über eine gestern abgehaltene, von den Kommunisten einberufene Versammlung, an der u. a. auch der frühere Reichstagsabgeordnete unserer Partei für die Pfalz, Jacobshagen, gesprochen hat. Nach dem Bericht erklärte er:

> Ich bin persönlich nach Leipzig gekommen, um hier mit meinen linken Freunden an Ort und Stelle darüber zu sprechen, welche Politik wir in der nächsten Zeit machen werden. Ich hatte geglaubt, daß auf Grund der Opposition innerhalb der Partei der Parteitag eine Änderung des Kurses herbeiführen würde. Noch vor zwei Stunden habe ich mit Seydewitz gesprochen und ihn gefragt, ob sie die Politik der Schwankungen und der Kapitulation fortführen wollen. Darauf erklärte mir Seydewitz, sie denken nicht daran, eine andere Politik zu machen. Das war für mich der Beweis, daß diese „Linken" sich immer vor der Knute Wels' beugen werden. Ich mache aber diesen Kurs nicht mit, ich ziehe die Konsequenzen und gehe zur Kommunistischen Partei, der einzigen Partei, die den Massenkampf für Brot, Arbeit, Freiheit und Sozialismus führt.

Gestatten Sie mir als Vorsitzendem unserer Bezirksorganisation für die Pfalz einige Worte der Erklärung! Wir haben festgestellt, daß Jacobshagen in der vorigen und vorvorigen Woche mit Motorrad und Auto, die von der KPD. bezahlt wurden, in der Pfalz umherfuhr und Organisationen und Einzelmitglieder zum Abfall von der Bewegung zu veranlassen suchte. (Pfuirufe.) Er ist also nicht erst in dieser Versammlung zu dieser jetzt seligmachenden Auffassung gekommen, sondern hat schon vorher im Solde der Kommunistischen Partei gearbeitet. (Hört! Hört!) Unsere Bezirksorganisation hat sofort nach Kenntnis die nötigen Schritte zum Ausschluß eingeleitet. Jacobshagen ist mit seinem jetzt vollzogenen Austritt nur diesem Verfahren zuvorgekommen. Wir beglückwünschen die KPD. zu dieser hervorragenden Akquisition. Wie wir in der Pfalz die Qualitäten von Jacobshagen eingeschätzt haben, beweist am besten die Tatsache, daß wir ihn bei der letzten Reichstagswahl als Reichstagskandidaten mit überwiegender Mehrheit abgelehnt haben. (Bravo!)

Vorsitzender **Wels**: Wir treten jetzt in die Diskussion über die beiden Referate Breitscheid und Sollmann ein. Zunächst hat das Wort der Genosse Seydewitz, für den durch einen besonderen Beschluß eine Redezeit von einer halben Stunde bewilligt wurde, und zwar bei der Debatte über die Panzerkreuzerfrage.

Aussprache zum Bericht der Reichstagsfraktion

Seydewitz (Zwickau): Genosse Sollmann hat in seinem Referat gesagt, die Fraktion habe noch nie, weder vor dem Krieg, noch nach dem Krieg, eine so schwierige Situation meistern müssen wie gegenwärtig. Ich stimme ihm darin zu, bitte aber die Genossen auch hier auf dem Parteitag, aus dieser Feststellung die Konsequenzen zu ziehen, daß die Entscheidung, die die einzelnen Parteigenossen der Reichstagsfraktion zu treffen hatten, gerade wegen der Schwierigkeit der Situation nicht mit einem einfachen Ja oder Nein zu beurteilen sind. (Sehr richtig!)

Wenn die Genossen Sollmann und Breitscheid weiter von dem großen Verantwortungsbewußtsein gesprochen haben, von dem sich die Fraktionsmehrheit habe leiten lassen, und wenn hier in der Debatte vielfach zum Ausdruck gebracht wurde, als ob die Neun sich mit ihrer Entscheidung vor der Verantwortung hätten drücken wollen, demgegenüber stelle ich vor dem Parteitag unter Berufung auf das, was Sollmann von der Unterstellung des guten Glaubens bei den anderen gesagt hat, fest, daß wir genau so verantwortungsbewußt gehandelt haben wie die Mehrheit der Fraktion. (Bravo! und Händeklatschen.)

Genosse Sollmann hat dargelegt, was in vielen Diskussionen um die Panzerkreuzerfrage in den letzten Wochen gesprochen wurde. Er sagte, es ginge bei dieser Entscheidung nicht um eine Einzelfrage, sondern um die Frage Panzerkreuzer oder Faschismus. Nach ihm ist die Frage des Panzerkreuzers — Genosse Sollmann sprach von den paar Milliönchen — eine Nebensache, und Partei, Fraktion und Parteitag müssen nicht nur über diese Einzelfrage, sondern über die politische Gesamtsituation entscheiden. Auch wir haben uns bei dieser Entscheidung über die Panzerkreuzerfrage durchaus nicht nur von der Beurteilung dieser Einzelfrage leiten lassen, sondern für uns bedeutete diese Entscheidung eine Entscheidung über die bisher von der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit betriebene Politik (Sehr richtig!), und weil ich die Dinge in diesem Zusammenhang wie der Genosse Sollmann sehe, halte ich es für mich notwendig und eine Pflicht, auf dem Parteitag bei der Begründung unserer Abstimmung die gesamte politische Situation zu beleuchten.

Wir haben unsere Panzerkreuzer-Entscheidung im Reichstag getroffen wie jede Entscheidung, die die sozialdemokratische Fraktion zu treffen hat, auf der

Grundlage der gesamten politischen und insbesondere der ökonomischen Situation, in der die Sozialdemokratische Partei heute ihre Kämpfe zu führen hat.

Wie aber ist diese ökonomische Grundlage? Diese Frage ist beim ersten Punkt der Tagesordnung behandelt worden, ich brauche also nicht mehr darauf einzugehen. Ich will nur einen Satz aus den Ausführungen des Genossen Tarnow zitieren. Er sagte: „Ich glaube, daß der Kapitalismus diese Krise überwinden wird, aber ich kann euch nicht sagen, wie und wann." Wenn die führenden Genossen unserer Partei — und ich glaube, Genosse Tarnow hat über diese Frage mit allen unseren Sachkennern und Theoretikern gesprochen — so etwas sagen, dann ergeben sich daraus praktische Schlüsse für unsere Tagespolitik. Denn die Taktik, die die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit bisher eingeschlagen hat, basierte auf dem Glauben, daß wir in absehbarer Zeit über diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegkommen würden. Dieser Auffassung ist in zahlreichen Versammlungen Ausdruck gegeben worden.

Die Fraktionsmehrheit sagt: „Wir haben im Interesse der Arbeiterklasse in den Zeiten der guten Konjunktur Fortschritte gemacht. Jetzt haben wir eine Wirtschaftskrise und schlechte Konjunktur. In dieser Zeit müssen wir abwarten, ausweichen, bis zu dem Augenblick durchhalten, wo sich die wirtschaftliche Konjunktur bessert, und wo wir dann wieder zur Offensive übergehen können, um das jetzt verlorene Terrain zurückzugewinnen." Dieser Gedankengang ist logisch, nur die Voraussetzung ist, daß die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintritt, aber sie tritt nicht ein. Und die Parteigenossen fragen: Wann kommt denn nun eigentlich der Zeitpunkt, wo wir von dieser Politik des Abwartens wieder zur Offensive übergehen können? Denkt an die Verzweiflungsstimmung in den Massen, die immer weiter anwächst, je weiter der Termin, an dem wir zur Offensive übergehen können, hinausgeschoben wird. (Zustimmung.) Darum haben wir bei der Beurteilung dieser Frage zu bedenken, daß bei weiterem Abwarten und Ausweichen angesichts des weiteren Ansteigens der wirtschaftlichen Krise der Elan, die Begeisterung der Massen verlorengeht, so daß wir zu der Zeit, wo es darauf ankommt, wo die Massen kämpfen müssen, durch Enttäuschungen zaghaft und gleichgültig geworden sind. (Zurufe.)

Ich will noch einen Gedanken aus der Rede des Genossen Tarnow herausgreifen. Er hat gesagt, er habe kein Generalrezept, aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen; er überlasse es dem Genossen Sollmann, über die Überwindung dieser Situation zu sprechen. Aber Sollmann hat das Generalrezept auch nicht mitgeteilt, dagegen sehen wir, daß unsere kapitalistischen Klassengegner seit einigen Monaten zielbewußt ihr Generalrezept anwenden und einen Weg gehen, um für sich die Krise zu überwinden. Der kapitalistische Klassengegner will auf Kosten der Arbeiterklasse aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauskommen, indem er alle Lasten dieser Krise auf die Arbeiterklasse abwälzt. (Sehr richtig!) Wir sind ja mitten in dieser Aktion, mitten im Lohnabbau, mitten im Abbau der sozialen Gesetzgebung. Alles das dient nur dazu, die Herrschaftsstellung des Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse zu festigen.

Genossinnen und Genossen! Ich bin der Überzeugung, daß der herrschende Monopolkapitalismus in Deutschland nicht daran glaubt, dieses sein Klassenziel auf dem Wege der Demokratie erreichen zu können, und weil er mit der Möglichkeit rechnet, andere Wege zur Durchsetzung seiner Ziele gehen zu müssen, hat er die faschistische Bewegung ins Leben gerufen (Zustimmung.), um in dem Augenblick, wo er seine Absichten auf dem demokratischen Wege nicht weiterführen kann, mit brutaler Gewalt, mit Einsetzung der nationalsozialistischen Bewegung seine Ziele zu verwirklichen. (Erneute Zustimmung und Zurufe.) — Ich hoffe, daß Sie auch die Schlußfolgerungen nicht bestreiten werden, die ich aus dieser Feststellung ziehe. Die Schlußfolgerung ist die, daß es dem Kapitalismus und den hinter der Regierung Brüning stehenden Kräften vorgeschrieben ist, sich eines Tages mit den Nationalsozialisten gegen die Arbeiterklasse zu

verbrüdern. (Lebhafte Zurufe: Das ist längst geschehen!) Wenn dieser Zeitpunkt eintritt, dann wird die sozialdemokratische Arbeiterschaft in ihrem Abwehrkampf einzig und allein auf ihre eigene Kampfkraft angewiesen sein. Mit der Politik des Tolerierens, des Ausweichens, des Opferbringens schwächen wir die Position der Arbeiterklasse für den Zeitpunkt, wo wir allein auf die Kampfkraft der Arbeiter angewiesen sind. (Zustimmung und Widerspruch.)

Genosse Sollmann hat gesagt, es gebe für uns Grenzen der Tolerierungspolitik. Darin besteht nun unsere wesentlichste Meinungsverschiedenheit: Wo und wann ist die Grenze dieser Politik erreicht? Wir sind der Meinung, daß diese Grenze bei der Entscheidung über den Panzerkreuzer erreicht war. Denn wenn die Regierung Brüning an irgendeinem Punkte der Sozialdemokratie Konzessionen hätte machen wollen, dann wäre das bei der Panzerkreuzerfrage zu allererst möglich gewesen. Als wir im Oktober und Dezember über die Notverordnungen abzustimmen hatten, wurde gesagt: Diese Notverordnungen müssen geschluckt werden, denn in ihnen sind finanzpolitische und sonstige Maßnahmen enthalten; wenn wir diesen Notverordnungen nicht zustimmen, so sagte man, können wir die Gehälter nicht an die Beamten auszahlen, müssen wir die Unterstützungen an die Erwerbslosen einstellen, kommt die Katastrophe. Ich frage nun: Hat die Regierung die Bewilligung des Panzerkreuzers auch gebraucht, um die Gehälter an die Beamten, um die Unterstützung an die Arbeitslosen auszahlen zu können? Die Frage des Panzerkreuzers war nicht eine Frage der Staatsraison; wir sind vielmehr der Meinung: wenn die Regierung in dieser Frage, die für sie in der gegenwärtigen Notzeit und der Finanznot keine Lebensfrage sein konnte, keine Zugeständnisse machen wollte, dann wird sie auch bei allen anderen für die Arbeiterklasse wichtigen Gelegenheiten keine Zugeständnisse machen. (Zurufe: Sie hat es aber doch getan!) Man hat uns vorgeworfen, wenn wir den Panzerkreuzer abgelehnt hätten, wäre die Regierung Brüning zurückgetreten, und dann wäre alles das eingetreten, wozu ich nachher noch einiges sagen werde. In diesem Argument gegen uns liegt meiner Meinung nach ein Widerspruch. Auf der einen Seite hat man uns erzählt, die Politik des Tolerierens habe dazu geführt, daß die Nationalsozialisten isoliert seien. Es sei uns gelungen, die Regierung Brüning als einen Schutzwall gegen die Nationalsozialisten aufzustellen. Die Genossen von der Mehrheit sagen, ihre Politik habe die Regierung in eine Kampfstellung gegen den Nationalsozialismus gebracht. Nun, Genossen, wenn die Regierung Brüning ein Schutzwall gegen den Faschismus ist, wenn sie konsequent gegen die Nationalsozialisten kämpfen will, dann, meine ich, hat sie auch ein Interesse daran, den stärksten Wall gegen den Faschismus, die Sozialdemokratie, nicht zu schwächen, dann hätte sie in der für die Sozialdemokratie so belastenden Panzerkreuzerfrage entgegenkommen müssen, dann hätten wir ohne die angebliche Gefahr des Regierungssturzes diese Konzession von der Regierung Brüning fordern können.

Dann aber sagt man uns: Wenn die Fraktion auf dieser Konzession bestanden hätte, dann wäre eine Regierung mit den Nationalsozialisten gekommen. Damit ist doch schon gesagt, daß die Regierung Brüning eben kein Schutzwall gegen die Faschisten ist, und dann ist die Frage für uns, ob wir eine Regierung stützen sollen, die morgen bereit ist, mit den Nationalsozialisten zusammenzugehen. Hier liegt der Widerspruch.

Ich glaube, Genossen, daß die Entwicklung seit der Panzerkreuzerabstimmung der von uns vertretenen Auffassung recht gegeben hat. Als diese Frage im Reichstag zur Entscheidung stand, haben manche unserer Parteigenossen damit gerechnet, daß uns auf steuerpolitischem und auf sozialpolitischem Gebiete Gegenleistungen gewährt würden. Ich glaube, heute wird niemand mehr sagen können, daß uns solche Zugeständnisse gemacht worden sind. Die Fraktion hat damals der schnellen Verabschiedung des Etats zugestimmt, weil sie meinte, es würde Vertrauen im Auslande erwecken, wenn wir einen geordneten Etat geordnet annähmen. Bereits 8 bis 9 Wochen nach Verabschiedung des Etats

aber müssen alle parteigenössischen und bürgerlichen Steuersachverständigen zugeben, daß wir mit einem Etatsdefizit von mindestens 1,5 Milliarden Mark zu rechnen haben. Der Parteitag muß entscheiden, auf welche Weise dieses Etatsdefizit gedeckt werden soll. Brüning will das mit neuen Notverordnungen. Genosse Sollmann hat uns gesagt, wir könnten auf dem Parteitag dazu nicht Stellung nehmen, weil uns der Wortlaut der Notverordnung noch nicht vorliegt. Ich glaube, es ist nicht besonders erfreulich, dem Parteitag eine solche Mitteilung zu machen. (Zustimmung.) In 2 bis 3 Tagen soll die Notverordnung endgültig fertig sein, trotzdem kann die Regierung Brüning der stärksten Partei des Reichstages, von der sie unterstützt wird, wenige Tage vor dem Abschluß der Notverordnung nicht sagen, was in dieser Notverordnung steht! (Lebhafte Zurufe.) Ich glaube, die Sozialdemokratie müßte unter allen Umständen fordern, daß ihr auf ihrem Parteitag die Möglichkeit gegeben wird, zu der neuen Notverordnung Stellung zu nehmen. (Zuruf: Sie waren doch aber in der Fraktionssitzung!) — Ja, lieber Genosse, ich bin dir für diesen Zwischenruf sehr dankbar. In der Sitzung haben wir eine Entschließung angenommen, und es bestand der Wunsch, diese Entschließung in bestimmten Punkten noch zu verschärfen. Da sagte uns der Fraktionsvorsitzende: Wir können in der Fraktion keine Entscheidung über diese Frage treffen, weil wir die Entscheidung dem Parteitag nicht vorwegnehmen dürfen. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Heute aber wird erklärt, daß der Parteitag darüber keine Entscheidung treffen könne, daß die Entscheidung vielmehr der Fraktion vorbehalten bleiben müsse. Ich glaube, daß wir über den Inhalt der bevorstehenden Notverordnung so viel wissen, daß wir, auch ohne ihren Wortlaut zu kennen, eine Entscheidung treffen können. (Sehr richtig!) Auf Einzelheiten kann ich in diesem Zusammenhange nicht eingehen. Ich will nur sagen, daß in der neuen Notverordnung die Arbeitslosenversicherung und die Leistungen an die Wohlfahrtserwerbslosen weitgehend verschlechtert werden sollen. (Hört! Hört!) Der Parteitag hat nach meiner Meinung die Verpflichtung, zu erklären, ob die Grenze der Tolerierungspolitik erreicht worden ist, wenn mit dieser neuen Notverordnung die Sozialversicherung weiter verschlechtert wird.

Als Ziel der Politik, die die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit in den letzten Monaten getrieben hat, wurde unter anderem angegeben: wir wollen die Nationalsozialisten von der Regierung fernhalten. Um dieses Zieles willen haben wir vielerlei Opfer gebracht. Heute haben wir uns zu fragen, ob diese Opfer den nötigen Erfolg gebracht haben. Ich glaube, daß es uns durch diese Taktik nicht gelungen ist, die Nationalsozialisten zurückzudrängen, daß vielmehr die Gefahr eines Eintritts der Nationalsozialisten in die Regierung heute stärker ist als je zuvor.

Genossen und Genossinnen! Der Genosse Sollmann hat uns aufgefordert, ihm den Weg zu zeigen, den wir gehen wollen, wenn die Regierung Brüning gestürzt ist. Ich möchte eine Gegenfrage stellen (Lebhafte Zurufe.) — Genossen, ihr wißt ja noch gar nicht, was ich fragen will! Genosse Sollmann hat in seinem Referat angedeutet, daß wir unter Umständen in eine andere taktische Situation hineingezwungen werden könnten. Anders ausgedrückt: Wenn wir von den bürgerlichen Parteien in eine andere Taktik gezwungen werden, welchen Weg geht ihr denn in diesem Falle? Dann müssen wir doch auch einen Weg gehen! Oder meint ihr etwa, daß dann der Himmel eingefallen ist, daß dann die deutsche Arbeiterbewegung nicht mehr kämpfen kann? (Zurufe.) Die Sozialdemokratische Partei muß damit rechnen, daß sie von der Regierung Brüning in die Opposition gezwungen wird, und dann müssen Sie, dann muß die Gesamtpartei den Weg gehen, den wir empfehlen. Viele unserer Freunde von der Parteimehrheit sagen, wir könnten heute nicht kämpfen, weil die Arbeiterbewegung nicht kampffähig sei. Ich stelle auch hier eine Gegenfrage: warum ist die Arbeiterklasse nicht kampffähig? (Erneute Zurufe.) Ich freue mich, daß ihr mir zuruft: sie ist kampffähig! Wenn das der Fall ist, warum

dann die Sorge, dann geht mit uns, dann macht Schluß mit der Tolerierungspolitik! (Stürmischer Beifall.)

Ich muß zum Schluß kommen. Genosse Wels sagt mir, daß ich nur noch fünf Minuten Redezeit habe. Der Sinn unserer Abstimmung im Reichstag beim Panzerkreuzer war die Grenze der Tolerierungspolitik, hier mußte mit der Tolerierungspolitik Schluß gemacht werden, hier mußte die Sozialdemokratische Partei gegenüber der Regierung Brüning und den bürgerlichen Parteien, gegenüber denen, die die Sozialgesetzgebung und die Löhne abbauen, die Bewegungsfreiheit gegeben werden. Wir neun stehen nicht reumütig vor dem Parteitag, sondern sind von der Richtigkeit unserer Auffassung überzeugt. Wenn uns die Mehrheit des Parteitages auch niederstimmt — wir wissen, daß, vielleicht schon in den nächsten Wochen, euch alle, die Gesamtpartei, die Entwicklung auf den Weg zwingen wird, den wir gehen wollen. (Stürmische Zustimmung.) Genossen, nicht Verantwortungslosigkeit und Leichtfertigkeit hat unser Handeln bestimmt, sondern die Sorge um die Partei, die Sorge um die Arbeiterbewegung, die Sorge um die Einheit der Partei, um die Einheit der Arbeiterbewegung. Und die Geschichte wird uns recht geben. (Erneuter stürmischer Beifall.)

Toni Sender (Berlin): Genossen! Auf diesem Parteitag von Leipzig schaut nicht nur die gesamte Internationale mit gespanntem Interesse, sondern schaut auch das Bürgertum, das darauf spekuliert, daß in der Partei eine Krise vorhanden sei, die angeblich immer tiefer greift. Wenn der Genosse Seydewitz soeben ausgeführt hat, daß es nicht gelungen sei, den Faschismus zurückzudrängen, so möchte ich auf die gewaltige Demonstration am vergangenen Sonntag verweisen, die zum Ausdruck gebracht hat, daß wir nicht gewillt sind, freiwillig dem Faschismus das Feld zu räumen. (Zustimmung.) Ich schöpfe auch aus dem Verlaufe der Debatten des gestrigen Tages den Beweis gegen alle Hoffnungen auf eine Krise innerhalb des deutschen Sozialismus. Denn gestern kam zum Ausdruck, daß trotz mancher Meinungsverschiedenheiten die Partei im Wollen, in den großen sozialistischen Zielen einig ist. Seit dem 14. September hat sich die Sozialdemokratie trotz der von ihr getriebenen Tolerierungspolitik verstärkt, obwohl sie die vielleicht schwerste Entscheidung im Leben der deutschen Sozialdemokratie zu fällen hatte. Denn es war nicht leicht, eine Regierung zu dulden, die man bis dahin auf das schärfste bekämpft hatte, die man auch weiter bekämpfen mußte.

Fragen wir nach dem Sinn dieser Politik, dann müssen wir sagen: der Sinn dieser Politik konnte nicht in erster Linie sein, den Kapitalismus gemeinsam mit dem Faschismus zu besiegen, sondern der Sinn ist gewesen, dem Kapitalismus nicht neue Waffen in die Hand zu geben. (Zustimmung.)

Hätte man nach dem 14. September eine andere Haltung eingenommen, so dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, daß das die faschistische Diktatur bedeutet hätte.

Dann muß man auch ein Wort zu dem Wert der Demokratie sagen. Die Demokratie ist für uns sicherlich in erster Linie die Voraussetzung für die Führung des Kampfes. Aber sie ist mehr als das. (Sehr richtig!) Die Demokratie hat auch ihren Wert in sich. Wir brauchen nur auf die Länder zu sehen, in denen die Demokratie beseitigt worden ist, auf das Schreckensregiment in Polen, auf den Terror der Schwarzhemden in Italien, um zu erkennen, daß der faschistische Ungeist nichts anderes bedeutet als neben der Vernichtung der Freiheit auch die Vernichtung aller Kulturwerte, die sich die Menschheit geschaffen hat (Sehr wahr!), daß er bedeutet ein würdeloses Dasein für alle Menschen von Charakter, daß er bedeutet den Tod des freien geistigen Lebens, den Tod auch der freien Forschung. (Zustimmung.)

Wir Sozialisten, die wir als Materialisten verschrien sind, ringen sicherlich in erster Linie um die ökonomische und politische Befreiung des Proletariats. Aber wir kämpfen dafür zu dem Zwecke, um überhaupt erst für alle Menschen den Aufstieg in ein Dasein geistigen und kulturellen Seins zu ermöglichen. (Bravo!) Wir dürfen sagen: es zeugt für ein außerordentlich hohes politisches Niveau der sozialistischen Massen, daß sie trotz der Schwierigkeiten der Lage hierfür Verständnis an den Tag gelegt haben. Noch nie hat es in der Partei eine solche Aktivität, eine solche Opferwilligkeit, sowohl der Beschäftigten wie der Arbeitslosen gegeben wie in den letzten Monaten. Keiner macht uns diesen Idealismus der einfachen Proletarier nach. (Sehr richtig!) Diesen Idealismus gepaart mit hoher politischer Einsicht. Der Sinn der Erhaltung der Demokratie ist aber auch die Erhaltung der sozialen Errungenschaften. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Seydewitz, wenn es uns nicht gelungen ist, hundertprozentig das zu erhalten, was wir geschaffen hatten, so sollen wir doch nicht das von unseren Genossen Erkämpfte gering schätzen. (Sehr wahr!) Obschon die Faschisten und nicht wir gesiegt haben, ist doch die Tolerierungspolitik nicht bedingungslos erfolgt. Bereits bei ihrem Beginn wurde sie darauf eingestellt, daß Verbesserungen an den Notverordnungen gerade zugunsten der breiten Schichten des notleidenden Volkes unerläßlich seien. Man darf doch nicht bagatellisieren, welche Erfolge erzielt wurden, und wir müssen auch bei unserer Tolerierungspolitik immer wieder die Macht und die Kraft einsetzen, über die wir in der Gesellschaft verfügen. (Lebhafte Zustimmung.)

Freilich wird unsere Politik dadurch erschwert, daß die politische und soziale Krise in Deutschland zusammenfiel mit einer Weltwirtschaftskrise von meiner Auffassung nach sekularer Bedeutung. Immer mehr ist die Zahl der Erwerbslosen gestiegen. Gewiß haben wir nicht ein Generalrezept zur Überwindung der Krise. Ein solches Rezept hat auch die Sozialdemokratie in ihrer heroischsten Zeit nicht gehabt. Sie hat nie das Rezept besessen, dem Kapitalismus seine unangenehmen Erscheinungen abzugewöhnen. Aber es scheint doch so, als hätten verantwortliche Stellen in der deutschen Republik noch immer nicht begriffen, welche Gefahren heraufbeschworen werden, wenn Millionen Jahre hindurch nur ein Leben der Not und Hoffnungslosigkeit führen müssen. (Sehr richtig!) So glauben denn jetzt die reaktionären Kreise ihre Stunde gekommen, und es scheint, daß auch die Regierung jenen Kreisen Gehör schenkt, so daß diese ihre sozialreaktionären Absichten wenigstens teilweise durchführen können. Wir machen uns gewiß niemals politische Arbeit leicht. Wir sind für die Sanierung der Finanzen in Reich, Staat und Gemeinden; aber wir müssen verlangen, daß gerade in der jetzigen schweren Notzeit alle Kreise zu dieser Sanierung beitragen. Es müßte als eine Herausforderung der Arbeitslosen bewertet werden, wenn die sozialen Einrichtungen just in dieser Notzeit abgebaut würden, da sie doch gerade für die Notzeit geschaffen worden sind. (Lebhafte Zustimmung.) Nun kennen wir den Wortlaut der Notverordnung noch nicht; aber wir kennen bereits ihre Tendenz. (Sehr richtig!) Wir kennen auch schon wesentliche Bestandteile dieser Notverordnung. Darum glaube ich allerdings, daß wir auf diesem Parteitag nicht an einer Stellungnahme zu den Absichten der Regierung vorbeigehen können; denn die Regierung kann dieses starke Parlament der Arbeiter, das sich hier versammelt hat, nicht unberücksichtigt lassen. Sehr wahr!) Nach dem, was bisher bekannt geworden ist, ist ein starker Abbau der sozialen Leistungen beabsichtigt. Dagegen haben wir uns mit unserem ganzen Widerstand zu wenden, um so mehr, als wir befürchten müssen, daß dieser ersten Etappe weitere Etappen folgen könnten. Darum kommt es darauf an, daß dieser Parteitag der Regierung ein Halt entgegenruft, von ihr verlangt, daß die sozialreaktionären Absichten des Unternehmertums nicht zur Durchführung gelangen, sofern sie Wert darauf legt, daß Deutschland nicht in ein Chaos gerät. Nach dem, was über den Inhalt der bevorstehenden Notverordnung bereits bekannt geworden ist, sind in ihr Bestandteile enthalten, bei denen wir sagen müssen: hier ist die Grenze des Tragbaren erreicht. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber es ist die Aufgabe der Politik, vorauszuschauen. So ist es auch die Aufgabe der Regierung, vorauszusehen, was sich ereignen könnte, wenn sie die soziale und psychologische Situation nicht richtig einzuschätzen verstände. Ich erinnere

mich gerade in diesen Tagen an ein Erlebnis in meiner parlamentarischen Tätigkeit, das auf mich den allertiefsten Eindruck gemacht hat, und daran möchte ich nicht nur den Kongreß, sondern auch die Außenwelt erinnern. Es war im Herbst 1923. Die Währung war zerstört, der Ruhrkampf zusammengebrochen, aber man konnte sich noch nicht dazu entschließen, die Stabilisierung der Währung vorzunehmen und den Ruhrkampf abzubrechen, bis dann die Arbeiter aus eigenem Impuls heraus, aus ihrer Elendslage heraus anfingen, sich in Bewegung zu setzen, in den Generalstreik, in den Hungerstreik zu treten, und schließlich selbst in Berlin den Aufmarsch auf den Straßen vollzogen. Darauf trat der Steuerausschuß des Reichstags zusammen, und mit unter Führung Helfferichs wurden schwere drakonische Maßnahmen auch gegen den Besitz beschlossen. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Unter dem Druck der Straße wurde damals die Sanierung vorgenommen. (Weis: Da waren wir dabei!) — Gewiß — waren wir dabei. Unsere Arbeiter waren es ja, die sich in Bewegung setzten. Ich selbst kann das aus Frankfurt bestätigen. Wir sind es gewesen, die mit an der Spitze dieser Bewegung gestanden haben, und wir müssen auch in Zukunft an der Spitze solcher Bewegungen stehen. (Stürm. Beifall.) Heute ist die Situation viel gefährlicher als damals. Man darf nicht übersehen, wie wilder die Verhetzung der einzelnen Volksschichten gegeneinander geworden ist, wieviel Zündstoff in der Luft liegt, wie stark durch das lange Elend die Erbitterung gestiegen ist. Darum warnen wir die Regierung, sich ihrer Verantwortung bewußt zu sein. Die Regierung möge wissen, daß es für die stärkste Partei des deutschen Volkes Grenzen gibt. Wir vertreten ja nicht nur die Interessen der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft, sondern die Interessen der gesamten Arbeiterschaft aller Richtungen, wie sie auch in den Eingaben zum Ausdruck kommen, die die anderen Gewerkschaftsrichtungen der Regierung unterbreitet haben.

Darum ist es notwendig, daß das Vertrauen zur Sozialdemokratie, das am vergangenen Sonntag in dieser machtvollen Demonstration zu erkennen war, das auch in einer gewaltigen Aktivierung und Opferwilligkeit unserer Genossen in allen Teilen des Reiches zum Ausdruck gelangt, erhalten bleibt. Trotz des 14. September sind wir noch stark. Wir haben bisher alles getan, was möglich war, und wir tun es weiter, um die Demokratie zu halten. Aber wir sagen gleichzeitig den anderen Parteien dieses Parlaments, daß es Grenzen des Ertragbaren für uns gibt. Wir fürchten die Dinge, die kommen mögen, nicht. Wir haben das Vertrauen zu uns selbst, und wir werden auch unter veränderter Situation den Kampf mit Elan und im Vertrauen auf die Kraft des Proletariats weiterführen. (Stürmischer Beifall.)

Dr. **Rosenfeld** Berlin): Parteigenossen und Parteigenossinnen! Schon der bisherige Verlauf des Parteitages zeigt, daß wir alle einig sind in der Überzeugung: es muß alles daran gesetzt werden, den Faschismus zu besiegen und die Demokratie zu behaupten. Aber über den Weg gehen unsere Meinungen auseinander. Wenn ich auch den anderen gern zubilligen will, daß sie genau wie wir nur das Beste der deutschen Arbeiterklasse wollen, so muß ich doch sagen: der Weg, den sie gehen, kann nach dem, was wir in letzter Zeit erlebt haben, nicht der richtige sein. Sollmann hat in den Mittelpunkt seiner Ausführungen den Satz gestellt: Ohne Sozialdemokratie keine starke Demokratie! Sehr richtig, Genosse Sollmann! Aber es heißt, aus diesem Satz die richtige Konsequenz zu ziehen; denn das parlamentarische System beruht nicht darauf, daß ein Parlament da ist, sondern darauf, daß das Vertrauen der Massen zu diesem System vorhanden ist. Ohne dieses Vertrauen ist alle unsere Arbeit vergeblich. Aus dieser Erkenntnis schöpfen wir gerade die Überzeugung von der Richtigkeit der Kritik an der Haltung der Mehrheit, weil wir die Befürchtung haben, daß die Politik der Mehrheit geeignet ist, das Vertrauen zur Partei zu erschüttern. Soll ich erst hinweisen auf den Ausfall der letzten Wahlen und darauf, wie schnell sich leider die düsteren Prophezeiungen, die wir vor jeder Entscheidung der Fraktion über die Wirkung der Politik der Mehrheit zum Ausdruck brachten, bewahrheitet haben!

Genosse Sollmann hat zur Panzerkreuzerfrage gesagt: Was können gegenüber der ungeheuren Verantwortung, die wir in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung übernommen haben, die paar Millionen für den Kreuzer für eine Rolle spielen? Ach, Genosse Sollmann, Sie sind ja gar nicht so dumm, wie Sie tun. (Heiterkeit.) Sie wissen genau, daß es sich nicht um eine finanzielle, sondern um eine hochpolitische Frage handelt. (Sehr richtig!) Bei Ihrem Fingerspitzengefühl für die Vorgänge in den Massen wissen Sie sehr gut, daß der Panzerkreuzer nun einmal symbolische Bedeutung für die Stellung der Partei zum Kabinett Brüning und zum Kapitalismus überhaupt erlangt hat. (Zuruf: Leider!) Wenn Sie sagen: „leider", so sage ich: Gott sei Dank! Ich sage das, weil die Partei und weil die Internationale niemals im Kampf gegen Militarismus und Aufrüstung nachgelassen hat (Zustimmung), und weil ich der Überzeugung bin, daß die Grundsätze der Partei und der Internationale auf unserer Seite sind, wenn wir so energisch gegen den Panzerkreuzer Stellung nehmen.

Den Genossen, die von Disziplin reden, möchte ich erwidern: wo wart ihr denn, als unsere vier Genossen Minister am 10. August 1928 bei der Panzerkreuzerabstimmung im Kabinett zum ersten Male von der Überzeugung abwichen, die damals noch die Überzeugung der ganzen Partei gewesen ist? (Stürmische Zustimmung, vor allem auf der Galerie.) Wir haben bei unserer Abstimmung in der felsenfesten Überzeugung gehandelt, die wir gestern hatten, die wir heute haben und die wir morgen haben werden, daß wir mit unserer Abstimmung das Beste für die Partei getan haben. (Erneute Zustimmung. — Widerspruch.) Ihr könnt doch nicht die Tatsache aus der Welt schaffen angesichts der Haltung der Partei, seitdem sie besteht, die allerdings leider im Jahre 1914 eine Abänderung erfuhr, daß die Partei immer für die Abrüstung gewesen ist, und daß wir uns deshalb mit den Grundsätzen der Partei im Einklang befinden, während ihr aus taktischen Gründen von diesen Grundsätzen abgewichen seid. Wie kann man da von einem Disziplinbruch sprechen! Früher wurde dies Wort nur angewendet, wenn es sich um den Verstoß gegen einen Parteitagsbeschluß handelte. Ein solcher liegt aber in der Kreuzerfrage nicht vor. Wir sind der Meinung, daß wir die Grundsätze des Sozialismus und der Internationale gewahrt haben, ihr, wenn auch nur aus taktischen Gründen, abgewichen seid. Unsere Abstimmung ergab sich folgerichtig aus unserer ganzen Einstellung zum Staat und zum Militarismus. Je mehr die Klassengegensätze sich zuspitzen, um so mehr wird sich die Richtigkeit unserer Haltung herausstellen, und dann werden auch denen die Schuppen von den Augen fallen, die heute nicht sehen, daß wir das Richtige taten, als wir gegen den Panzerkreuzer stimmten. Wir fordern, daß die Partei aus ihrer marxistischen Grundauffassung heraus ihren Willen zum Widerstand gegen Kapitalismus und Militarismus zum Ausdruck bringt, daß sie nicht nur in sozialen Fragen um keinen Schritt rückwärts weicht, sondern daß sie auch in der Frage der Abrüstung sich vorbehaltlos gegen alle Ausgaben für Panzerkreuzer ausspricht und daß sie die Massen aufruft, mit Partei und Fraktion gegen Aufrüstung und soziale Reaktion zu kämpfen. Die Genossin Toni Sender hat eben von dem Druck der Massen gesprochen. Wie wollt ihr diesen Druck erzeugen, wenn ihr eine Politik macht, bei der die Massen nicht so hinter uns stehen, wie es der Fall sein könnte und sein würde, wenn wir eine andere Politik treiben würden. (Zustimmung und Widerspruch.)

Hüten Sie sich davor, innerhalb der Partei einen unerträglichen Zwang auszuüben. Als im Kriege die Frage der Kreditbewilligung zu entscheiden war, tauchte auch die Frage des Disziplinbruches auf. Wer weiß, ob wir nicht die ganze Spaltung vermieden hätten, wenn damals etwas mehr Toleranz von der Mehrheit geübt worden wäre. Ich warne davor, die Diszi-

plin zu übertreiben. (Rufe: Aha!) Ich warne deshalb davor, weil solche Übertreibungen leicht eine schwere Schädigung der Partei herbeiführen, vor allem die Einheit der Partei gefährden können, für die wir nicht ein Atom weniger übrig haben als die Parteimehrheit.

Man hat uns gesagt, wir hätten die Partei geschädigt. Damit war wohl gemeint, daß wir den Kommunisten Stoff geliefert hätten. (Lebhafte Rufe: Jawohl!) Lest die kommunistische Presse, dann werdet ihr dort finden: die Sozialdemokraten sind unsere Gegner, aber unsere schlimmsten Gegner sind die linken Sozialdemokraten. In dem Referentenmaterial, das die Kommunistische Partei zum Parteitag herausgegeben hat, wird gesagt: gerade die linken Sozialdemokraten hielten die Massen bei der Sozialdemokratischen Partei zurück und seien deshalb besonders zu bekämpfen. Also kann unsere Haltung die Partei nicht schädigen.

Wie der Parteitag zu der verhältnismäßig untergeordneten Frage des Disziplinbruches Stellung nimmt, ist nicht so wichtig, so bedeutungsvoll es auch ist. Auch wenn die Mehrheit unsere Haltung mißbilligt, beweist das noch lange nicht, daß wir falsch gehandelt haben. (Rufe: Hört! Hört!) Darüber wird die Geschichte eines Tages sprechen. Entscheidend aber ist, welche Stellung die Partei bei der Bestimmung der künftigen politischen Haltung einnehmen wird. Da sage ich: wenn Genosse Sollmann recht hat, daß es auf das Vertrauen der Massen ankommt, dann macht endlich Schluß mit der Tolerierungspolitik.

Ich muß leider schon schließen. Sonst hätte ich noch auseinandergesetzt, welche große Differenz besteht zwischen dem Parteiausschußbeschluß zur Panzerkreuzerfrage, der in der Presse veröffentlicht worden ist, und dem Antrag Hamburg, für dessen Annahme der Genosse Sollmann gesprochen hat: denn der Antrag Hamburg richtet den Galgen des Ausschlusses für den Fall einer Wiederholung eines solchen Verhaltens auf. (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig!) Und davor warne ich.

Machen Sie ein Ende mit dem Hin- und Herschwanken, ziehen Sie einen Strich zwischen uns und der Regierung Brüning! Genosse Breitscheid hat mit Recht gesagt: die Unentschlossenheit der italienischen Partei war einer der Hauptgründe für das Anwachsen des Faschismus. Dieselbe Unentschlossenheit zeigt sich in der Haltung der Partei gegenüber Brüning und auch in der Verschiebung der Entscheidung von der Fraktion auf den Parteitag und vom Parteitag auf die Fraktion. Ich sage Ihnen, indem ich mich mit Sollmann auf unsere toten Vorkämpfer berufe, deren kühne Entschlossenheit wir immer bewundert haben: Entscheiden Sie, aber mit der Entschlossenheit, für die bewunderungswürdige Beispiele geben: Bebel und Wilhelm Liebknecht, aber auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Hoegner** (München): Genossinnen und Genossen! Für den einfachen Frontsoldaten im Kampfe gegen den Faschismus ist es außerordentlich schwer, den vollendeten Ausführungen des Genossen Breitscheid über das Wesen des Faschismus noch etwas hinzuzufügen. Wenn ich das tue, so geschieht das, weil ich der Überzeugung bin, daß Parteitage vor allem auch Tage der Selbstbesinnung, in gewissem Sinne Bußtage sind. Glauben Sie nun nicht, daß ich deshalb von dem Panzerkreuzer sprechen werde, wie es mein Vorredner getan hat. Ich will vielmehr von den Gewehren und Maschinengewehren der Nationalsozialisten sprechen, die in Bayern auf uns gerichtet waren und die morgen in ganz Deutschland auf uns gerichtet sein können. Unsere Brüder nördlich der Donau oder mindestens nördlich des Mains haben die nationalsozialistische Gefahr in Deutschland jahrelang sträflich unterschätzt. Sie haben in den Zeitungen mit einigem Lächeln gelesen, daß weit hinten in der „oberbayrischen Türkei" die Nazis und Sozis aufeinander losgeschlagen haben, und selbst nach dem Hitlerputsch von 1923 hat man in Norddeutschland gesagt: „So etwas kann doch nur in Bayern passieren."

(Sehr gut! und Heiterkeit.) Die bayrischen Fememorde, sogar die Ermordung des Gen. Gareis in München, sind allzubald vergessen worden. Es kommt heute noch vor, daß in Norddeutschland Genossen einer bestimmten Schattierung meinen: Der deutsche Faschismus wird ja gar nicht so schlimm sein wie er redet und schreibt und wie der italienische ist, die Dinge werden ganz anders kommen, deshalb müßten wir der Regierung Brüning jetzt unser Halt zurufen. Auf Grund unserer bayrischen Erfahrungen ist ein solcher Optimismus ein sträflicher Leichtsinn, und wenn er lediglich auf parteitaktischen Erwägungen beruht, ist er eine kapitale Dummheit, ein politisches Verbrechen.

Ein Zweites! In der agitatorischen Behandlung der Reparationsfrage sind wir vielfach Holzwege gegangen. Gerade das hat wesentlich zum Emporkommen des Nationalismus in Deutschland beigetragen. Ich bin durchaus der Meinung, daß wir angesichts der bestehenden Machtverhältnisse in der Welt keine andere Außenpolitik treiben konnten. Aber es ist doch so, und auch ich bekenne mich heute schuldig, daß wir im Eifer der Verteidigung die Erfüllungspolitik dem Volke doch etwas allzu schmackhaft gemacht haben. Im Jahre 1919 waren es sozialdemokratische Staatsmänner, die gegenüber der Politik der ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands, gegenüber dem Bruche des Waffenstillstandsversprechens, uns einen Frieden zu den 14 Punkten Wilsons zu gewähren, gegenüber den unerhörten Bedrückungen des Versailler Vertrages die schärfsten Worte der Verurteilung gefunden haben. Aber weil das nichts geholfen hat, sind wir vielleicht in den Folgejahren allzu fatalistisch geworden. (Sehr richtig!) Beim Dawesplan, beim Youngplan haben wir uns in der Agitation immer darauf beschränkt, die relativen Vorzüge gegenüber dem vorherigen Zustand hervorzukehren. Unsere grundsätzliche Stellung haben wir dagegen viel zu wenig betont. Wir haben in der Agitation zu wenig darauf hingewiesen, daß die sozialistische Fünfländerkonferenz im Jahre 1922 die Annullierung der interalliierten Kriegsschulden und den Wilsonfrieden zugunsten Deutschlands verlangt hat. Dann ist unter den Auswirkungen der Ruhrbesetzung und der Belastung des deutschen Volkes auf Generationen hinaus jene starke nationale Welle gekommen; wir haben sie nicht zu nutzen verstanden. Die Nationalsozialisten haben sich auf sie gesetzt und von ihr tragen lassen. Ich befinde mich im Gegensatz zu dem sonst von mir sehr verehrten Genossen Nölting, wenn er gestern dem Sinne nach ungefähr gemeint hat, daß die Nationalsozialisten heute mit nationalen Tönen keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken könnten. Nein, das Gegenteil ist der Fall; wertvolle Kräfte der deutschen Jugend befinden sich aus rein nationalen Beweggründen im Lager der Hitlerpartei. Das ist Tatsache. (Sehr richtig!) Diese Leute haben den Wechsel in der Außenpolitik der nationalsozialistischen Führer entweder noch nicht erkannt oder halten ihn für eine Kriegslist. Vergessen wir deshalb nicht, daß das Antlitz der Erde nicht nur durch Interessen, sondern vor allem auch durch geistige und sittliche Kräfte verändert wird.

Ein Drittes! Die Sozialdemokratie hat 1918 unter dem Einfluß des Bankerotts des alten Systems eine Menge neuer Anhänger aus der Beamtenschaft und Angestelltenschaft und dem Kleinbürgertum erhalten. Man hat diese Leute psychologisch falsch behandelt. Man hat sofort einige von ihnen, die sich besonders hervortaten, ohne sie auf Herz und Nieren zu prüfen, in Vertrauensstellungen gebracht. Als sie notwendig enttäuschen mußten, hat man das vielfach alle Neulinge in der Partei entgelten lassen. Man hat da und dort den Gedanken der reinen Klassenpartei über den einer Volkspartei gestellt. Das war falsch. Wenn man heute die nationalsozialistische Führerschicht ansieht, so findet man darunter viele Leute, die einstmals zu uns gehörten, auch Professoren, und sie leiden vielfach heute noch an einem Minderwertigkeitskomplex, den sie sich in der Sozialdemokratischen Partei geholt haben. (Sehr gut!)

Ein letztes! Haben wir der nationalsozialistischen Aktivität gegenüber nicht doch recht lange die Hände in den Schoß gelegt? Haben wir den letzten Mann herangeholt, über den wir verfügen? — Nein! Wir haben doch, eine Zeitlang

mindestens, die Rolle eines braven Gutsverwalters gespielt, der sich darauf beschränkt, das Bestehende zu erhalten, statt Mehrer des Reiches zu sein. Wir haben vergessen, daß wir das Volk, das klassenmäßig zu uns gehört, täglich neu erobern müssen. War nicht da und dort die Glut der Überzeugung eingeschlafen, das Feuer der Begeisterung erstickt? Haben nicht viele von uns in den letzten Monaten weniger den Kampf gegen den Faschismus, als den Kampf gegen eine Taktik der Partei geführt, mit der sie nicht einverstanden waren? Auch das muß ausgesprochen werden: Haben wir nicht in den letzten Jahren vielleicht allzuviel gesagt, was wir nicht können und allzuwenig, was wir wollen?

Wir können den Faschismus nur besiegen, wenn wir seinem Fanatismus unsere Begeisterung für unser sozialistisches Endziel, wenn wir seinem Machtwillen unserem rücksichtslosen Abwehrwillen entgegenstellen. Der Faschismus ist wahrlich kein Feind, mit dem wir gemütlich die Klinge kreuzen können. Er ist ein Feind, der uns unmittelbar an die Gurgel will und alles, was uns heilig ist, morden will: Völkerfriede, demokratische Gleichheit, Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Deshalb müssen wir den Notwendigkeiten dieses Kampfes gegen unsern stärksten Feind alles unterordnen, auch die Taktik und gerade die Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. (Bravo! und Händeklatschen.)

Franz **Künstler** (Berlin): Sollmann sprach von Verantwortung gegenüber Staat, Volk und Arbeiterschaft. Verantwortung soll und muß Richtschnur unserer politischen Arbeit sein. Ich glaube nicht, daß die Zahl der Genossen in der Partei groß ist, die sich nicht zu dem Grundsatz der verantwortungsvollen Arbeit bekennen. Aber wie weit kann die Sozialdemokratie die Verantwortung übernehmen? Bei dieser Fragestellung gehen die Ansichten stark auseinander. Die Wehrpolitik der Deutschen Republik hat politisch schweren Schaden angerichtet, nicht allein vom Klassenstandpunkt der Arbeiter aus gesehen, sondern in nicht geringem Maße auch staatspolitisch betrachtet. Die Raten für den Panzerkreuzer waren in Notzeiten nicht nur eine finanzielle Verschwendung, sondern geradezu eine Provokation der notleidenden und erwerbslosen Arbeiter, gerade derjenigen Arbeiter, die in schwerster Zeit zum neuen Staat stehen und gewiß an Opfern für die Republik nicht gespart haben. Ich frage: Treibt die Regierung Brüning eine verantwortliche Politik im Interesse des republikanischen Staatswesens? Die Frage stellen heißt sie verneinen. Unser verstorbener Hermann Müller berichtete der Reichstagsfraktion bei der Debatte über den Wehretat, Groener habe erklärt, es liege im Interesse der Republik und Demokratie, daß der Wehretat und die Panzerkreuzerraten angenommen werden; im Falle der Ablehnung drohe er mit seinem Rücktritt und Brüning erkläre sich mit Groener solidarisch. Man warb um die Tolerierung der Sozialdemokratie, war aber nicht geneigt, in der Panzerkreuzerfrage den Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nachzugeben — das bitte ich festzuhalten —, selbst auf die Gefahr, daß Deutschland über eine Regierungskrise zur Staatskrise gekommen wäre. Gewiß hat die Arbeiterschaft, um die Nationalsozialisten von der Herrschaft fernzuhalten, weit größere finanzielle Opfer auf sich nehmen müssen als die Millionen für den Panzerkreuzer. Aber wie Sie auch immer politisch und taktisch eingestellt sein mögen, es ist doch nicht zu bestreiten, daß der Panzerkreuzer ein Politikum allerersten Ranges ist. Es handelt sich ja nicht nur um die Panzerkreuzer A und B, sondern um das Flottenersatzbauprogramm, das bis 1936 und 1938 erledigt sein soll. Wie kann die Regierung Brüning von den hungernden Massen Staatsgesinnung und Staatsdisziplin erwarten, wenn sie in derselben Zeit, da die Panzerkreuzer gebaut werden, nicht nur die Sozialrechte der Arbeiter abbaut, sondern Pläne verwirklichen will, die mehr oder weniger die an sich schon jämmerlichen Renten der Opfer des Weltkriegs auf Bettelpfennige zusammenstreichen! Wir können von der Regierung Brüning nicht erwarten, daß sie die Interessen der Sozialdemokratie wahrnimmt. Aber in Notzeiten wie der gegenwärtigen mit dem wachsenden Defizit im Reichshaushaltplan und der kaum noch zu ertragenden erneuten finanziellen Belastung der Massen hätte

allein das Staatswohl Brüning verpflichtet, die Panzerkreuzerraten zu streichen, selbst wenn Herr Groener seinen Zylinderhut genommen hätte. Lieber einen Wehrminister in die Wüste schicken, als daß sich die Massen von der Deutschen Republik abwenden!

Um die drohende faschistische Gefahr abzuwenden, müssen Opfer gebracht werden. Aber es geht nicht an, daß die Regierung Brüning alle Verantwortung und Belastung allein auf das Konto der deutschen Sozialdemokratie schreibt. Tolerierung verpflichtet auch diejenigen, die sich tolerieren lassen. Ich habe die Sorge, daß, wenn die Tolerierungspolitik so weitergeht, nicht nur die Sozialdemokratie als Partei, sondern der republikanische Staat, den wir erhalten wollen, an Ansehen und Anziehungskraft verlieren. Ich habe gewiß Verständnis für die Argumente der Mehrheit und halte es für unanständig, diesen Genossen die Ehre und den Willen für den Sozialismus und die Interessen der Partei absprechen zu wollen. Aber man muß auch Verständnis den berechtigten Sorgen und Forderungen der Genossen entgegenbringen, die bisher in der Minderheit geblieben sind. Die besten politischen Argumente werden keine Stätte finden, wenn der Hunger die Massen peinigt, vielerlei Sorgen und Nöte die Menschen hoffnungslos dahinleben lassen. Millionen deutscher Arbeiter aber vegetieren nur. Da verlangt das Klasseninteresse und das Wohl der deutschen Republik eine Politik, die nicht zur Folge hat, daß die schwarz-weiß-rote Konterrevolution diese verzweifelten Massen als Avantgarde für ihre reaktionären Absichten gegen Staat und Partei in Bewegung setzt.

Genosse Seydewitz hat gesagt, die Sorge um die Partei hat unser Handeln bestimmt, als wir für den kommunistischen Antrag stimmten. So darf nie ein Sozialdemokrat, gleichviel welche Auffassung er hat, seinen Standpunkt vertreten. (Sehr richtig!) Mit demselben Recht kann jeder von sich aus Mehrheitsbeschlüsse umstoßen. (Sehr richtig!) Ich bin gewiß nicht mit allem einverstanden. Aber in dieser schweren Zeit geht mir die Einigung und Disziplin über alles, gerade in den Zeiten des Kampfes! (Bravo! und Händeklatschen.)

Ich bedauere auch vom Standpunkt einer scharfen sachlichen Opposition, die die anderen Genossen überzeugen will, daß man durch diese Abstimmung, statt die grundsätzliche Frage auf dem Parteitag in den Vordergrund zu stellen, die Disziplinfrage und den Disziplinbruch in den Vordergrund gestellt hat. Genosse Seydewitz, du bist Bezirksvorsitzender wie ich; was würdest du tun, wenn in deinem Bezirk sich Ortsgruppen gegen Beschlüsse des Bezirksparteitages auflehnen würden? (Händeklatschen.) Ich kann von meinen Genossen nicht Disziplin verlangen, gleichviel, wie sie politisch und taktisch eingestellt sind, wenn ich nicht selbst als Bezirksvorsitzender und verantwortlicher Funktionär mit gutem Beispiel vorangehe. (Bravo! und Händeklatschen.)

Ich beklage außerordentlich, daß diese Fragen hier auf dem Parteitag zur Sprache gekommen sind. Ich unterschreibe nicht, wenn Rosenfeld gesagt hat: Wir haben das Richtige getan. Genosse Rosenfeld und Seydewitz, täuscht euch über die Stimmung der Parteimitglieder nicht! (Sehr richtig!) Ich habe Gelegenheit gehabt, für meine Auffassung in Berlin und in anderen Orten zu sprechen. Die Genossen haben wiederholt gegen die Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion scharfe Worte geführt. Aber alle Genossen, auch die, die die Politik kritisierten, verurteilten mit übergroßer Mehrheit den Disziplinbruch. (Sehr richtig! und Händeklatschen.) Um die Einigung und Disziplin bin ich besorgt, weil ich weiß, daß mit Disziplinbruch, mit Fraktionsbesprechungen und Konferenzen seinerzeit die Spaltung der Partei eingeleitet worden ist. (Sehr richtig! und Händeklatschen.) Diese Dinge müssen endlich der Vergangenheit angehören. (Sehr gut!) Ich warne gerade im Interesse einer sachlichen Opposition. Mit demselben Recht wie diese neun Genossen können andere Genossen dasselbe Recht für sich in Anspruch nehmen.

Wir haben im Reichstag — ich rufe Rosenfeld und Seydewitz als Zeugen an — auch eine Situation gehabt, daß, ich will einmal sagen, rechtsstehende

Genossen an einer Abstimmung nicht teilgenommen haben, weil sie glaubten, die Mehrheit der Fraktion habe falsch gehandelt. Gerade die Genossen, die jetzt hier sagen, sie hätten recht getan, haben damals dieses Verhalten aufs lebhafteste verurteilt. (Hört! Hört!) Ich möchte deshalb auch meine warnende Stimme erheben, weil uns aus dem New Leader von Brockway über Amsterdam mitgeteilt wird — ich nehme bestimmt an, daß keiner unserer Linksgenossen daran beteiligt ist —:

> Vor wenigen Tagen haben Vertreter der Linken verschiedener sozialistischer Parteien, darunter auch der deutschen in Amersfoort eine Besprechung abgehalten. Es wurde u. a. eine Zusammenkunft aller linken Flügel der an dem Wiener Kongreß beteiligten sozialistischen Parteien kurz vor Beginn der Veranstaltung beschlossen.

Ich bekämpfe solche Sonderkonferenzen. (Sehr gut!) Ich hoffe, daß im Interesse der Partei, im Interesse unserer politischen Auffassungen endlich auch Rosenfeld und Seydewitz an meiner Seite stehen.

Ich darf noch auf Antrag 35 Berlin hinweisen, nach dem die Gewissensklausel nicht aufgehoben werden soll. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen und nicht die schärfere Fassung von Hamburg. Es kann in der Fraktion Situationen geben, daß ein Abgeordneter in einer Frage, die Groener betrifft, nicht mitstimmen kann. Ich habe für Groener aus dem Grunde nicht stimmen können, weil ich mit ihm im Reichstag einen Kampf hatte, der sich jetzt bis zu einem Beleidigungsprozeß der Reichswehr auswirkt. Da kann man von mir nicht verlangen, daß ich für die Etatkapitel des Reichswehrministers stimme. So gibt es noch andere Gründe, die man im voraus nicht festlegen kann. Es kann Situationen geben, wo ein Abgeordneter nicht anders kann, als daß er Fraktionsdisziplin dadurch übt, daß er unauffällig hinausgeht.

Aber über alle umstrittenen Fragen stelle ich die Einigkeit und Geschlossenheit. Die Fraktion darf nicht von irgendwelchen Gruppierungen abhängig werden. Genossen Rosenfeld und Seydewitz, wir können niemals mit den Kommunisten in unserer radikalen Betrachtungsweise konkurrieren. Ich stehe auf dem Standpunkt: ein selbständiges Urteil fällen im Interesse der Partei, dieses vertreten im Rahmen der Partei unter Beachtung des grundsätzlichen und organisatorischen Zusammengehörigkeitsgefühls. (Bravo! und Händeklatschen.)

Arthur **Crispien** (Parteivorstand): Wenn man im politischen Kampf eine Taktik bestimmen will, darf man nicht wie ein blindes Huhn Körner aufpicken. Man muß die einzelnen Geschehnisse der allgemeinen Politik in Zusammenhang bringen. Dann allein wird man eine klare Stellung für seine Haltung finden können.

Der Genosse Seydewitz betont, daß unsere Gegner zielbewußt darauf hinarbeiten, der Reaktion Vorschub zu leisten und die breiten Massen zu belasten. Welche Schlußfolgerung zog er aus dieser Feststellung? — Die Schlußfolgerung, daß wir alle Machtpositionen in unserem Kampf gegen die Reaktion räumen sollen. Ich erinnere nur an Preußen. Die Vorgänge in Thüringen und Braunschweig zeigen, um was es geht. Sie verstehen alle, wie wichtig es ist, Machtpositionen, die wir besitzen, solange wie irgend möglich zu behaupten (Bravo!) und keine einzige freiwillig zu räumen, auch dann nicht, wenn dieser oder jener die Nerven verlieren sollte. (Sehr richtig!)

Genosse Seydewitz sagte ferner, eines Tages komme doch der Bruch, und dann werden wir den Weg gehen müssen, der ihm vorschwebt. Mir ist nicht bekannt, welcher Weg Seydewitz vorschwebt. Wir haben ihm einmal in der Fraktion extra Redezeit gegeben, um diesen Weg zu entwickeln, worauf er sagte, er müsse sich erst vorbereiten und werde es ein andermal tun. (Hört! Hört!)

Es ist doch ein Unterschied, ob ich eine Situation, die besondere Schwierigkeiten bringt, durch eigenes Verschulden herbeiführe oder ob ich in eine erschwerte Situation von meinen Gegnern gedrängt werde. Wir können die Maßnahmen, die wir ergreifen wollen, wenn die bisherige Taktik der Partei nicht mehr aufrechterhalten werden kann, nicht vorher bestimmen, sondern erst in dem Augenblick, wenn die Situation vorliegt. Wenn ich aber freiwillig Positionen aufgebe, wenn wir das getan hätten, was Seydewitz schon im September nach dem Sieg der Nationalsozialisten gefordert hat, nämlich uns nicht den Faschisten entgegenzustellen, sondern auch noch den Kampf gegen die Teile der bürgerlichen Parteien aufzunehmen, die wir gegen die Faschisten einspannen konnten, dann wäre ohne Frage die Situation gewesen, daß uns nur noch illegale Kampfmittel übrig geblieben wären. Werden wir vom Gegner Schritt um Schritt in eine schwierige Situation gedrängt, dann bleiben uns wichtige legale Kampfmittel erhalten, und dann ist unser Kampf viel aussichtsvoller als im anderen Falle. (Sehr richtig!)

Genosse Rosenfeld hat sich auf Marx, Bebel und Liebknecht berufen. Ich empfehle euch, die ihr immer Marx zitiert, ihn auch einmal als Politiker zu studieren und nicht immer nur an seine große ökonomische revolutionäre Lehre zu denken, die gewiß revolutionär ist, wovon wir uns gerade in der Gegenwart mit ihrer revolutionären wirtschaftlichen Umwälzung überzeugen können. Aber wenn ihr einmal Marx als Politiker, als Taktiker studiert, werdet ihr finden, daß Marx erklärt hat, wir müßten in allen Situationen die Gegensätze im bürgerlichen Lager ausnutzen (Sehr richtig!) und mit einem Teil des Bürgertums paktieren gegen den anderen schlimmeren Teil. Ihr würdet auch finden, daß Marx oft in Situationen gestanden hat — er war kein Stubengelehrter, er stand immer mitten im politischen Kampf —, in denen er die Taktik des Ausweichens, des Abwartens und der Geduld gepredigt hat, und daß er sich von seinen Freunden als Opportunist kritisieren ließ, der nicht kampfentschlossen genug sei, genau wie es heute mit den Genossen geschieht, die diese Taktik des Abwartens, des Heranreifens der Situation vertreten.

Die Frage des Panzerkreuzers kann nicht aus allen übrigen Fragen gelöst werden, die mit zur Entscheidung stehen. Hier kommt es auf zwei Fragen an. Die eine Frage ist die, wie man sachlich zu der Frage steht, ob man beim Panzerkreuzer Stimmenthaltung üben soll oder nicht. Hierüber können wir unsere Meinungen austauschen. Aber die wichtige Frage, auf die Seydewitz nicht eingegangen ist, ist die: Darf ein Genosse gegen die Fraktion stimmen, dazu mitten im offenen Kampf gegen den Faschismus, in einer Zeit, in der das Wichtigste ist, den breiten Massen ein Beispiel von der Geschlossenheit der Sozialdemokratie zu geben. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß der Parteitag einen Beschluß faßt, der dies für die Zukunft unmöglich macht. (Sehr richtig!)

Ich verstehe den Genossen Rosenfeld nicht, wenn er sagt: Wollt ihr für kommende Fälle den Galgen des Ausschlusses aufrichten. Hat er denn etwa im Unterbewußtsein sich vorgenommen, eine solche Handlung zu wiederholen? (Sehr gut!) Dann gibt es eine Grenze der Toleranz, wenn sich die Partei in ihrem Kampf um die nacktesten Lebensinteressen des Proletariats nicht aufgeben will. (Sehr gut!) Diejenigen, die mit ihrer Kritik voranmarschieren, ohne uns etwas Positives zu sagen, haben es bequemer als die, die Beschlüsse herbeizuführen und Beschlüsse durchzuführen haben. (Sehr gut!) Aber sie handeln oft unter dem Eindruck, es kommt vor allem darauf an, daß ich nur in meinem eigenen Wahlkreis eine Mehrheit erhalte. (Sehr gut!) Unsere Taktik muß nicht nur den Parteigenossen in ihrer Gesamtheit verständlich gemacht werden, sie muß auch ein Anschauungsunterricht für die Millionenmassen sein, die wir noch nicht gewonnen haben (Sehr gut!), die heute noch im Lager unserer Feinde stehen und die durch unsere Taktik erkennen sollen, was durch keine Theorie möglich gemacht werden kann, daß die Sozialdemokratie alle Mittel anwendet, um dem Proletariat zu dienen, und daß dort, wo es ihr nicht gelingt, die Schuld bei den Bürgerlichen liegt. Wenn der Kampf gegen den Faschismus ohne irgendeinen Schutzwall zwischen den Faschisten und uns kommen soll, müssen wir als kluge Sozialdemokraten darauf bedacht sein, daß der Kampf nicht an Fragen

wie die des Panzerkreuzers entbrennt, sondern dann soll er an sozialen Fragen entbrennen, um eine klare Front zwischen Kapital und Arbeit zu haben. (Bravo! und Händeklatschen.)

Fleißner (Dresden): Ich will keine Rückschau halten, sondern einige Bemerkungen darüber machen, wie sich die Partei von jetzt an zu verhalten hat. Bei der Beantwortung dieser Frage will ich auch nur auf ein einziges Moment hinweisen, das mir allerdings für unsere zukünftige Taktik von der größten Bedeutung zu sein scheint. Ich will zu der gegenwärtigen Zoll- und Handelspolitik der Reichsregierung sprechen, eine Frage, die m. E. gegenwärtig viel zu wenig von der Partei beachtet wird. Es kommt mir so vor, als ob sich viele nach und nach in den Gedanken hineingelebt hätten, es komme auf etwas mehr oder weniger Zoll nicht mehr an.

Genossen, diese Haltung scheint mir sehr bedenklich zu sein. Man hat gewisse Hoffnungen auf das Zollermächtigungsgesetz gesetzt, dem die Sozialdemokratie nur ihre Zustimmung gab, nachdem es ihr gelungen war, einige Kautelen in dieses Gesetz hineinzubringen. Man sprach davon, daß das einen Verbraucherschutz bedeute. Ich glaube, daß nach den neuesten Erfahrungen mit der Brotteuerung diese Illusion völlig aufgegeben werden muß. Es ist gut und richtig, wenn in unserer Parteipresse, besonderes im „Vorwärts", immer wieder auf diese Zustände hingewiesen wird, wenn wir immer wieder Überschriften lesen wie: Herunter mit den Zöllen! Wenn wir aber dieser Parole nicht eine wirksame Tat folgen lassen, dann haben die Gegner mit der Zeit vor solchen Parolen nicht mehr den geringsten Respekt. Denn unserer Parole steht ja die Parole Schieles gegenüber: Herauf mit den Zöllen! Und es will mir scheinen, als ob diese Parole bei der Reichsregierung mehr Anklang fände als die Parole der Sozialdemokratischen Partei.

Ich will hier keine Zahlen bringen. Sie sind durch die Presse bekanntgeworden; man weiß, wie hoch die Zölle heraufgeschraubt worden sind und welche Zustände sich danach herausgebildet haben. Ich will nur auf einen Vorgang hinweisen, der mir zu zeigen scheint, daß die Regierung Brüning nicht die geringste Rücksicht auf die Sozialdemokratische Partei nimmt. Es ist bekannt, daß Brüning im Oldenburger Wahlkampf in bezug auf die enorme Erhöhung des Weizenpreises erklärt hat, es sei bemerkenswert, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit keine Tumulte in der deutschen Arbeiterklasse entstanden seien. Klingt das nicht wie Hohn gegenüber der Arbeiterschaft, ist das nicht ein Wort, das man als ein Spiel mit dem Feuer bezeichnen muß? (Sehr wahr!) Dieses Wort scheint mir zu zeigen, daß die Regierung Brüning auch nicht die geringste Rücksicht auf die Stimmung nimmt, die doch zweifellos gerade auf diesem Gebiete in weitesten Kreisen des deutschen Volkes herrscht.

Herr Brüning erklärt mit einem gewissen Wohlbehagen, daß sich Deutschland durch diese Zollpolitik vom Weltmarkt unabhängig gemacht habe. Ja, versetzen wir uns doch einmal einen Augenblick in die Lage, daß das Ausland eines schönen Tages erklären könnte: Wir haben uns unabhängig von Deutschland gemacht! Was würde das für unsere Exportindustrie bedeuten, was würde das für die 3 Millionen Arbeiter, die in dieser Industrie beschäftigt sind, für Folgen haben? Ich weise auch auf den großen Widerspruch hin, der zwischen dieser verderblichen Wirtschafts- und Handelspolitik und dem Preisabbau besteht. Ist es nicht geradezu ein Widersinn, daß, während fort und fort von Preisabbau gesprochen wird, die Regierung Brüning durch ihre Zoll- und Wirtschaftspolitik die Preise hinaufschraubt, mindestens aber dazu beiträgt, daß das deutsche Volk nicht in den Genuß der niedrigen Weltmarktpreise kommen kann?

Dazu kommt noch, daß mit dieser Politik ihr angeblicher Zweck gar nicht erreicht werden kann. Sie soll den Landwirten Hilfe bringen. Hilfe bringt sie jedoch nur einer kleinen Schicht von Großgrundbesitzern. (Zustimmung.) Im Sächsischen Landtag hat vor kurzem ein Vertreter der Regierung, als dort auf Grund eines Antrages der sozialdemokratischen Fraktion über diese Dinge gesprochen wurde, erklärt, zunächst müsse man eben doch mehr Rücksicht auf die Landwirtschaft nehmen; die Arbeiter kämen erst in zweiter Linie. Ich glaube jedoch, behaupten zu dürfen, daß es in Deutschland nicht einen einzigen Landwirt gibt, dem es so schlecht geht, wie Millionen von Arbeitern mit ihren Familien.

Gegen diese Politik müssen wir den schärfsten Einspruch erheben. Das ist keine Parteifrage im engeren Sinne, es ist vielmehr eine Frage, die das ganze deutsche Wirtschaftsleben tief berührt. Weite Kreise über unsere Partei hinaus sind mit uns der Meinung, daß diese Zollpolitik auf die Dauer zu einer völligen Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens und dazu führen muß, daß das Ausland mehr und mehr die Konsequenzen gegen eine derartige Politik zieht. Genosse Wels hat in seiner Eröffnungsrede betont, kein Mensch denke daran, zu behaupten, daß die Politik der Regierung Brüning die Politik der Partei sei. Mit solchen Bemerkungen ist aber die Sache in diesen und in anderen Fällen nicht erledigt! (Sehr wahr!) Es entsteht vielmehr die Frage, was die Partei zu tun hat. Da bin ich der Meinung, daß wir auch in dieser Beziehung über die äußerste Grenze der Tolerierung der Regierung Brüning bereits hinausgegangen sind, daß auch von hier aus gesehen mit der bisherigen Duldungspolitik Schluß gemacht werden muß. Es ist die allerhöchste Zeit, wenn wir nicht riskieren wollen, daß noch weitere Kreise der deutschen Arbeiterschaft und des notleidenden Volkes an der deutschen Sozialdemokratie irre werden. Deshalb sage ich: Schluß mit der Duldung! Führt eine selbständige Politik der Partei, die uns in diesen und in anderen Fällen wieder auf den rechten Weg bringt! (Lebhafter Beifall.)

Dr. Rosenfeld: Der Genosse Künstler hat in seiner Rede mitgeteilt, daß nach einer Veröffentlichung im New Leader vor einigen Tagen Vertreter der Linken verschiedener sozialistischer Parteien in Amersfoort eine Besprechung gehabt haben sollen. Ich möchte dazu erklären, daß wir von dieser Sitzung, die angeblich in Amersfoort stattgefunden haben soll, erst durch die Mitteilung des Genossen Künstler Kenntnis bekommen haben, und daß niemand von uns an dieser Zusammenkunft teilgenommen hat. (Zurufe.)

Schluß der Sitzung 17.30 Uhr.

Dritter Verhandlungstag

Mittwoch, den 3. Juni 1931, 9 Uhr

Vorsitzender **Wels:** Ich eröffne die Sitzung. Wir fahren in der gestern begonnenen Aussprache fort.

Dittmann: Genossinnen und Genossen! Der Genosse Seydewitz fühlt sich als Vorkämpfer einer grundsätzlich sozialistischen Politik, die sich nicht in das Gewirr der Tagespolitik und des Nurparlamentarismus verstricken läßt. Ich frage: Wie konnte dann der Genosse Seydewitz eine so ausschließlich parlamentarisch-taktische Frage, wie es die Frage der Panzerkreuzerabstimmung ist, zum Schibboleth, zu einer Frage machen, an der sich die Geister scheiden. Hätte nicht Genosse Seydewitz vielmehr seine speziellen Anhänger davor warnen müssen, der Illusion zu verfallen, daß dieser Nazireichstag viel Gutes für das Proletariat tun könne? Statt dessen hat er bei seinen Anhängern die Vorstellung erweckt, daß durch den Reichstag all das Elend unserer Tage beseitigt werden könne, ja sogar die Vorstellung, das hänge von dem Willen und der Energie unserer Reichstagsfraktion ab.

Wir dagegen von der Mehrheit der Fraktion, die von Genossen Seydewitz und seinen Freunden als Nurparlamentarier, unter Umständen vielleicht auch einmal als parlamentarische Kretins verschrien werden, sagen jetzt in allen Versammlungen: das Parlament ist gegenwärtig nicht der wichtigste Kampfboden, vielmehr ist jetzt der außerparlamentarische Kampf die Hauptsache. Erwartet nicht zuviel von diesem Reichstag, sondern konzentriert euch auf die Gewinnung neuer Wählermassen für den kommenden Reichstag, tut das durch eine grundsätzlich sozialistische Propaganda! Seydewitz aber konzentriert in dieser Situation all seine politische Energie auf eine parlamentarische Abstimmung, die tatsächlich ohne jede grundsätzliche Bedeutung ist. (Zurufe.) Parteigenossen, es hat sich überhaupt nicht um die sachliche Stellung zum Bau der Panzerschiffe gehandelt. Die gesamte Fraktion und Partei war und ist für die Ablehnung des Baues der Panzerkreuzer (Sehr richtig!), aber die bürgerliche Mehrheit dieses Reichstags war und ist ebenso einig und geschlossen für ihre Bewilligung. Zweimal hat unsere Fraktion im alten Reichstag von 1928 beantragt, den Bau des Panzerkreuzers A einzustellen, und beide Male hat die bürgerliche Mehrheit diesen Antrag abgelehnt und zugleich die Regierung aufgefordert, ein Programm aufzustellen, nach dem auch die übrigen überalterten Schiffe durch neue zu ersetzen seien. Im neuen Reichstag mit seinen 107 Nazis ist die Mehrheit für diese gegen unsere Stimmen gefaßten Beschlüsse noch größer als im alten Reichstag. Den 220 sozialdemokratischen und kommunistischen Nein-Stimmen stehen jetzt 357 bürgerliche Ja-Stimmen gegenüber. Es ist also eine Mehrheit von 137 Stimmen für den Bau der Panzerschiffe im Reichstag vorhanden.

Wie ist nun überhaupt die Illusion entstanden, daß die Sozialdemokraten den Bau der Schiffe hätten verhindern können? Nun, durch den Auszug der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen aus dem Reichstag! Dieser Auszug ist erfolgt im Affekt, in der ohnmächtigen Wut über die erlittene Niederlage. Er wurde erst hinterher als ein taktisches Manöver deklariert, um Sozialdemokratie und Zentrum miteinander in Konflikt zu bringen und der Rechten das Tor zur Regierung zu öffnen. Dieses Ziel wäre erreicht worden, wenn wir dem Genossen Seydewitz und seinen Freunden gefolgt wären. Die Panzerschiffe aber wären auch dann gebaut worden; das hätten wir nicht verhindert. Die Nationalsozialisten hätten nur bei der dritten Lesung des Etats in den Reichstag zurückzukehren brauchen und die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit wäre in eine Minderheit verwandelt worden, der Nein-Beschluß in einen Ja-Beschluß. Und die weitere Folge, wenn wir in diese plumpe Falle hineingetapst wären? Die Nazis hätten sich der Marine, der Reichswehr, dem Reichspräsidenten und dem gesamten Bürgertum gegenüber als die Retter des Vaterlandes aufgespielt. Ist es wirklich unsere Aufgabe, ihnen zu so billigen Triumphen zu verhelfen? Der Retterdienst hätte den Nazis das Tor zur Regierung gesprengt.

Parteigenossen, aber auch ohne die Rückkehr der Nazis wäre der Bau der Panzerschiffe erfolgt, selbst wenn wir sie zunächst mit den Kommunisten abgelehnt hätten. Dafür hätte der Reichsrat, die Vertretung der Länder, gesorgt. Er hätte gegen den Nein-Beschluß des Reichstages Einspruch erhoben. Der Reichstag hätte erneut beschließen müssen und sein Nein-Beschluß hätte nur dann Gültigkeit erlangen hönnen, wenn er nunmehr mit einer Zweidrittelmehrheit bestätigt worden wäre. Wo aber sollte diese Zweidrittelmehr herkommen? (Zuruf.) — Mir wird soeben zugerufen: Das stimmt nicht! Dann möchte ich wissen, wie es mit der Verfassungskenntnis des Juristen Dr. Eckstein aus Breslau bestellt ist! (Zurufe.) Ich stelle ausdrücklich fest: nach der Verfassung wäre eine Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen. Diese Mehrheit wäre aber nicht vorhanden gewesen. Es standen 220 Sozialdemokraten und Kommunisten 206 Bürgerlichen gegenüber. Die Schiffsbauten wären also trotz unserer ersten gemeinsamen Ablehnung mit den Kommunisten doch bewilligt worden. Das werden auch Seydewitz und Freunde zugeben müssen.

Warum suchen sie denn jetzt in der Partei den Eindruck zu erwecken, als wenn unsere Fraktion für den Bau verantwortlich wäre, als wenn ohne die Stimmenthaltung unserer Fraktion — denn nur darum hat es sich gehandelt — die Schiffe überhaupt nicht hätten gebaut werden können? Ist das noch eine loyale Argumentation? Im übrigen aber seid ihr neun Neinsager Mitsünder. Denn ihr habt doch gemeinsam mit uns zweimal in namentlicher Abstimmung den Antrag der Kommunisten abgelehnt, der verlangte, daß das Flottenbauprogramm aus dem Etat gestrichen werden solle. Wir von der Fraktionsmehrheit haben so gestimmt, weil wir wußten, daß die Nazis und der Reichsrat auch dieses Programm hätten retten können, ihr neun Neinsager aber habt doch nicht etwa in der zweiten und dritten Lesung mit uns so abgestimmt, ohne zu wissen, was ihr tatet? Habt ihr aber bewußt mit uns gegen den kommunistischen Antrag gestimmt, dann seid ihr ja mit uns in der gleichen Verdammnis, und eure ganze Argumentation gegen die Politik der Fraktionsmehrheit richtet sich gegen euch selbst. (Zurufe.) Aber ihr Neun, freut euch nur! Denn eure ganze Argumentation ist ja, wie ich nachgewiesen habe, falsch. Ihr seid ebensowenig Sünder wie wir von der Fraktionsmehrheit. Bei der ganzen Frage handelt es sich ja nur um ein taktisches Gegenmanöver der Fraktion im Parlament, nicht aber um eine sachlich und politisch geänderte Stellungnahme zum Bau der Schiffe. (Zustimmung.)

Der Genosse Seydewitz hat gestern in seiner mehr als halbstündigen Rede den Kernpunkt des ganzen Streites nicht berührt, ja, was noch schlimmer ist: auf Zuruf hat er es abgelehnt, auf ihn einzugehen, und mit einer Retourkutsche geantwortet. Er hat es abgelehnt, der Partei auch nur einen Schimmer von Wahrscheinlichkeit dafür zu zeigen, daß sein Weg besser sei als der Weg, den die Partei bisher gegangen ist. Seydewitz hat einfach blindgläubig Gefolgschaft verlangt, genau wie es Hitler bei den Nazis tut! Der Radikalismus von Seydewitz ist genau wie der von Hitler. Er hat nichts mit der ratio, mit der Vernunft, zu tun! (Lebhafte Unterbrechungen.) Er hat nichts mit dem zu tun, was man den gesunden Menschenverstand nennt! (Lebhafte Zurufe.) Er basiert vielmehr ausschließlich auf dem Gefühl. Er berauscht sich und andere an einem Brillantfeuer schöner Worte. Es muß anders werden! Allein diesem Sehnsuchtsschrei aller Gequälten hat der Genosse Seydewitz gestern hier Ausdruck gegeben. Jeder von uns, der bisher die Tolerierungspolitik gebilligt hat, fühlt sich vollkommen frei, sofort eine andere Taktik einzuschlagen, wenn auch nur ein Schimmer von Wahrscheinlichkeit dafür aufgezeigt wird, daß sie nicht nur anders, sondern auch besser ist. Das ist doch der springende Punkt bei den ganzen Auseinandersetzungen! Genosse Seydewitz lehnt es ab, uns zu sagen, was geschehen soll, wenn seine Politik verfolgt wird. Er verlangt von uns einfach, daß wir ihm glauben, aber ein wenig muß er es uns doch wahrscheinlich machen, daß sein Weg der bessere ist, wenn er verlangt, daß wir ihm folgen sollen.

Wenn ich mir seine Taktik überlege, muß ich feststellen: Würden wir seinen Weg gehen, so würde es nicht besser, sondern schlechter werden. Gewiß können wir die Regierung Brüning stürzen. Aber was folgt dann? Fragen Sie Lloyd George, warum er die Regierung MacDonald nicht stürzt! Er wird antworten: Weil ich keine bessere an ihre Stelle setzen kann. Meint der Genosse Seydewitz, daß auf Brüning, wenn wir ihn stürzen, eine bessere Regierung folgt? Ich fürchte, auf die Peitsche Brünings folgen die Skorpionen Hugenbergs und Hitlers. Alle die Klagen und Anklagen, die wir jetzt mit vollem Recht gegen die Politik Brünings erheben, müssen wir dann doppelt und dreifach erheben. Sind die Taten Fricks in Thüringen und Franzens in Braunschweig nicht ein Beweis dafür? Gewiß werden wir dann kämpfen. Darüber sind wir uns einig; aber werden wir dann kämpfen um den Inhalt von Notverordnungen? Um die Zollpolitik, um den Brotpreis, um die Sozialpolitik, um die Arbeitslosenunter-

stützung? Ach nein! Alle diese unsere jetzigen Kampfziele werden dann plötzlich in eine nebelhafte Ferne gerückt sein (Sehr richtig!), und unsere ganze Kraft werden wir einsetzen müssen zur Erhaltung des Kampfbodens, von dem aus wir jetzt diese Kämpfe führen, zur Erhaltung der Demokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden kämpfen um die Pressefreiheit, die wir noch haben, um die Vereins- und Versammlungsfreiheit, die wir noch haben, um das Koalitions- und Streikrecht, das wir noch haben, um das politische Wahlrecht, das wir noch haben, um die Erhaltung der Grundlagen, von denen aus wir jetzt unseren sozialen und kulturellen Kampf führen. Ist eine solche Aussicht denn so verlockend für uns, daß wir lieber heute als morgen selber ihre Realisierung herbeiführen sollten? Sollen wir nur kämpfen, um zu kämpfen, ohne dabei soziale und kulturelle Kampfziele verfolgen zu können, nur, damit wir unseren Tatendrang befriedigen! Ich meine: dazu ist eine viel bessere und viel nützlichere Gelegenheit gegeben in dem Kampf gegen den Faschismus, in dem grundsätzlichen Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsanarchie, wie ihn der Parteitag beschlossen hat. Genosse Seydewitz, es ist besser, statt den bisherigen Streit fortzusetzen, uns auf dieser Linie zu einigen. Die Partei wird wohl dabei fahren. (Lebhafter Beifall.)

Aufhäuser (Berlin): Genossinnen und Genossen! Der Parteitag hat gestern eine Art verkehrspolizeilicher Regelung für die Diskussion getroffen, indem die Diskussionsredner für und gegen den Berichterstatter eingeteilt wurden. Es erhob sich da die Frage: soll man oder soll man nicht? (Große Heiterkeit und Zurufe: Sehr richtig!) Ich halte diese Orientierung, soweit sie auf die politische Diskussion übertragen werden sollte, für falsch. Die Frage liegt heute nicht so, daß der Parteitag darüber zu entscheiden hätte, ob bedingungslos weiter toleriert werden soll oder nicht, sondern nach meiner Meinung ist der Ausgangspunkt für den Parteitag die jetzige soziale Lage, die Feststellung der Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter, und daraus ist die Konsequenz dafür zu ziehen, ob es im Rahmen dieser Tolerierung möglich ist, diesen Tagesaufgaben gerecht zu werden. (Zustimmung.) Die schematische Entscheidung für oder gegen die Tolerierung halte ich deswegen für unrichtig, weil die Tolerierung kein feststehender Begriff ist, vor allem über das Ausmaß der Opfer, die verlangt worden sind oder verlangt werden können. Über die Zwangslage, aus der die Tolerierung erwachsen ist, und aus der heraus die Verhinderung einer Regierung Hitler und damit die Erhaltung der heutigen Regierung gegeben war, besteht unter uns keine Meinungsverschiedenheit. Es geht auch kein Streit darüber, daß für diese Taktik die Aufrechterhaltung der Demokratie die Voraussetzung war damit für die Erhaltung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterrechte. Bei der ersten großen Abstimmung über die Tolerierung im Dezember war die Fraktion so gut wie einheitlich. (Rufe: Sehr wahr!) Die Frage ist heute, ob wir den Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter gerecht werden können, ob die Tolerierung so ausgelegt werden soll, daß nur mit uns etwas geschehen kann, oder ob auch im Rahmen der Tolerierungspolitik eine Aktivität möglich ist. Die zurückliegende Zeit hat gezeigt, daß wir in jeder taktischen Situation Aktivität entwickelt haben. Ich erinnere daran, daß im Dezember die Notverordnung vom Juli auf dem Boden der heutigen Taktik geändert werden konnte. (Sehr wahr!) Ich sage aber gleichzeitig, daß z. B. in der Panzerkreuzerfrage nach meiner Meinung diese rechtzeitige Aktivität nicht eingesetzt hat. Es hätte möglich sein müssen, in der Panzerkreuzerfrage die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie rechtzeitig und eindeutig zu bekunden, die Verantwortung für die Politik offen der Regierung Brüning zuzuweisen. (Zustimmung.)

Die Voraussetzungen und der Inhalt der Tolerierungspolitik müssen hier besprochen werden, nicht das schematische Ja und Nein, wie es bisher reichlich geschehen ist. (Sehr wahr!) Die Voraussetzung für die Tolerierungspolitik ist, daß auch die Reichsregierung der Tragfähigkeit der Sozialdemokratie Rechnung trägt, daß auch die Gegenseite keinen Mißbrauch mit der taktischen Einstellung

der Sozialdemokratie treibt. Einen solchen Mißbrauch sehe ich allerdings in der Haltung der Regierung seit der Vertagung des Reichstags. Es war ein Mißbrauch der Duldungspolitik der Sozialdemokratie, wenn Brüning nach dem März die Notverordnung zum Vereinsrecht herausbrachte; es war ein Mißbrauch unserer taktischen Einstellung, wenn entgegen allen Versprechungen die Brotpreissteigerung gekommen ist. Den Parteitag hat jetzt die Frage zu beschäftigen: Sollen wir etwa versäumen, einem weiteren Mißbrauch vorzubeugen, oder sollen wir nicht gegen die drohende Gefahr Stellung nehmen, die wir alle sehen, gegen die Notverordnung vom Juni? (Lebhafte Zustimmung.) Die Notverordnung ist in ihrem Wortlaut noch nicht heraus, aber wir haben die Pflicht, auf die soziale Gefahr aufmerksam zu machen. Wir wissen, daß die Reichsfinanzen saniert werden müssen; aber wir müssen uns dagegen wehren, daß die Sanierung unter ungeheurer Belastung der Massen erfolgt, ohne daß gleichzeitig die Sozialpolitik in Deutschland gesichert wird. Auch wir sind bereit zu Opfern der Massen, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Arbeitslosenversicherung, die Invalidenversicherung und sonstige soziale Einrichtungen erhalten bleiben. Der Parteitag muß es für unerträglich erklären, daß die Beamtengehälterkürzung erfolgt, daß den Kriegsbeschädigten die Renten gekürzt und alle diese Steuern beschlossen werden, daß die Lohnsteuerrückerstattung für die Erwerbslosen aufgehoben wird usw., ohne daß damit auch nur die Arbeitslosenversicherung saniert wird. (Zuruf: Wie wollen Sie diese Opfer verhindern?) Indem wir unseren Willen zum Ausdruck bringen. Wenn wir die Notverordnung hinnehmen würden, so würden die Steuerquellen verstopft, die gebraucht werden, um später auch die Sozialversicherung zu sanieren. Bei der vorgesehenen Sanierung wird die Arbeitslosenversicherung nur zum Teil berücksichtigt; es bleiben über 200 Millionen Mark Defizit, die durch den Abbau gedeckt werden sollen. Bei diesem Abbau sollen auch die geringsten Voraussetzungen für die notleidenden Menschen beseitigt werden. Die Wartezeit, die heute 3, 7 und 14 Tage beträgt, soll auf 7, 14 und 21 Tage verlängert werden (Hört! Hört!); 21 Tage soll der ledige Erwerbslose warten, bis er die erste Unterstützung erhält. Die Bauarbeiter, die nicht nur der Saison, sondern auch der Konjunktur unterworfen sind, sollen eine Verlängerung der Anwartschaft von 26 auf 30 Wochen hinnehmen. Die Unterstützungsdauer soll von 28 auf 20 Wochen verkürzt werden, und es sollen ihnen durchweg nur noch die Sätze der Krisenfürsorge gewährt werden. Die Jugendlichen unter 21 Jahren sollen ausgeschaltet werden. Die Sätze auch der qualifizierten Arbeiter sind in Frage gestellt. Schließlich soll die Arbeitslosenversicherung autonom gemacht werden — das steht in dem Braunschen Gutachten —, d. h. sie soll jeweils Einnahmen und Ausgaben selber festlegen und zum Abbau gezwungen werden. Die Ausgesteuerten werden mit betroffen. Die Bedürftigkeitsprüfung bei der Krisenfürsorge soll weiter verschärft werden; aber nichts hört man über eine Verkürzung der Arbeitszeit. Daher sage ich: Machen Sie aus diesen Lebensfragen der Arbeiter keinen Richtungsstreit, sondern seien Sie sich bewußt, daß diese Notverordnung eine Lebensgefahr bedeutet, der der Parteitag zu begegnen hat.

Das ist auch der Zweck der Entschließung Nr. 195, die wir eingebracht haben. Diese Stellungnahme ist nicht die engherzige und starre Stellung irgendeiner unzufriedenen Oppositionsgruppe, sondern es ist die Pflicht des Parteitages, klar zum Ausdruck zu bringen, daß eine Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiter nicht hingenommen werden kann. Verweisen Sie die Beschlußfassung hierüber nicht wieder an die Fraktion zurück, sondern sagen Sie, wie der Parteitag zu dieser Frage steht!

Die Tolerierung darf nicht um ihrer selbst oder um der heutigen Regierung willen erfolgen, sondern wie jede andere taktische Einstellung ist sie nur solange tragbar, als sie im Interesse der Arbeiter liegt. Wir müssen innerhalb der Tolerierungspolitik in jeder taktischen Situation die Möglichkeit behalten, für die Arbeiterinteressen zu kämpfen. Wenn gestern bei der Wirtschaftsdebatte die

Frage aufgeworfen wurde: „Wie kommen wir zum Sozialismus?", so sage ich: Indem wir aus den Tageskämpfen um die Lohn- und sozialpolitische Lage der Arbeiter die politischen Konsequenzen ziehen. Diese politische Konsequenz ist heute der Kampf gegen die drohende Notverordnung. Daraus werden sich dann auch die Kräfte entwickeln, um den gesellschaftlichen Umbau in unserem Sinne zu fördern; auf diese Weise werden wir auch die Kräfte zur Gestaltung einer anderen gesellschaftlichen Produktionsweise und zur Durchführung des Sozialismus gewinnen. (Lebhafter Beifall.)

Riegel (Darmstadt): Parteigenossinnen und Genossen! Die Leitung des Parteitages hat gestern an die Diskussionsredner die Frage gerichtet, ob pro oder contra. Meines Erachtens ist diese Methode doch etwas sonderbar und auch auf früheren Parteitagen nicht üblich gewesen. (Rufe: Doch!) Nein! Ich mache auch nicht den ersten Parteitag mit. Jedenfalls kann ich an einzelnen Vorkommnissen in der Partei Kritik üben, ohne gegen die Gesamtlinie der Partei Stellung zu nehmen. (Zustimmung.) Nach dem Ausgang der Wahlen vom 14. September habe ich mich in unserer Parteiorganisation mit aller Schärfe dafür eingesetzt, daß die Reichstagsfraktion keinen anderen Weg gehen könne als den der Tolerierung der Regierung Brüning, weil wir eben verhindern mußten, daß Hitler an die Regierung kam. Die übergroße Mehrheit der Parteigenossen im ganzen Reich ist auch in kurzer Zeit zu der Erkenntnis gekommen, daß eine andere Politik im Interesse der Massen nicht möglich war.

In den Ausführungen der letzten Diskussionsredner ist nun die Frage gestellt worden, wie lange diese Tolerierung noch gehen solle. Ich bin auch der Auffassung: wenn die Regierung Brüning in ihrer Notverordnung noch weitere soziale Verschlechterungen herbeiführen will, wenn sie von uns Opfer verlangt, die nicht mehr verantwortet werden können, dann wird die Sozialdemokratie sich gegen Brüning zu entscheiden haben; denn die Fraktion kann unmöglich Wege gehen, die uns ins Verderben führen und die uns das Vertrauen der Massen entziehen. Auch die Reichstagsfraktion wird nicht allein in der Lage sein, die Dinge zu meistern. Die Regierung Brüning hat uns bisher fast schon Unmögliches zugemutet.

In diesem Zusammenhang einige Worte zum Panzerkreuzer. Wenn man auch zugeben muß, daß die sozialdemokratische Fraktion aus politischen Gründen den Panzerkreuzerbau nicht ablehnen konnte, so war es doch immerhin von seiten der Regierung Brüning eine ziemlich starke Provokation, sich in der Zeit der furchtbarsten Not Millionen für den Panzerkreuzer bewilligen zu lassen, aus dieser Frage eine Kabinettsfrage zu machen, wie es vor allem von Groener und Brüning geschehen ist. Ich unterstreiche in dieser Beziehung die Ausführungen des Genossen Künstler, auch hinsichtlich des sogen. Disziplinbruchs der neun Genossen. Selbst wenn man der Ansicht ist, die ich vertrete, daß die neun falsch gehandelt haben, kann sich in der augenblicklichen Situation der Parteitag nicht den Luxus erlauben, ein Scherbengericht abzuhalten; denn schließlich waren die Vorgänge beim Panzerkreuzer A auch etwa anderes als Disziplin. Wir werden der Einheit und Geschlossenheit der Partei mehr dienen, wenn wir nicht den Antrag Hamburg Nr. 29 oder andere Anträge annehmen, sondern den Antrag Berlin Nr. 34. (Sehr richtig!) Ich fühle mich weder nach rechts noch nach links gebunden, muß aber feststellen, daß auf diesem Parteitag die Parteimehrheit doch etwas sehr nervös und unduldsam geworden ist (Zustimmung und Widerspruch.), obwohl sie von der Minderheit kaum vergewaltigt werden kann. Die Ausführungen der Genossen Breitscheid und Sollmann enthielten eine Schärfe, die wirklich nicht notwendig war.

Nun möchte ich noch einiges zu der letzten Notverordnung vom 28. März sagen. Diese Notverordnung soll ja geschaffen worden sein zur Bekämpfung des politischen Rowdytums, in Wirklichkeit ist sie von Dr. Wirth herausgebracht worden zur Bekämpfung der deutschen Freidenkerbewegung. (Sehr richtig!) Wenn nicht die Freidenkerbewegung gewesen wäre, so könnte das politische

Rowdytum heute noch sein Unwesen treiben. Mit der Notverordnung sollten auch nicht die kommunistischen Freidenker getroffen werden, weil diese sich mit ihren üblichen Methoden von selbst richten, sondern es sollte nur der Deutsche Freidenkerverband getroffen werden, weil die Kirche erkannt hat, daß die Methoden des Deutschen Freidenkerverbandes eher geeignet sind, die Leute aus der Kirche herauszuholen als die kommunistischen Methoden. Die Folge dieser Notverordnung war eine große Anzahl von Verboten von Flugblättern der Freidenker, von Versammlungsverboten usw. In einem Lande, in dem die Sozialdemokratie in der Koalition sitzt, erfolgen Redeverbote für sozialdemokratische Redner, die über Kultur und Kirche sprechen wollen. (Zuruf: Wo denn?) In Baden! In Baden ist auch ein Flugblatt unseres Verbandes verboten worden, das sich gegen die Konkordatsbestrebungen in Baden richtete. Ich bitte Sie, den Antrag, den ich bezüglich der Ablehnung von Konkordatsverträgen mit den Kirchen gestellt habe, anzunehmen; denn für die Sozialdemokratische Partei ist es nicht tragbar, ihrem größten Feinde Zuschüsse zu bewilligen und Verträge mit ihm abzuschließen. (Beifall.)

Kirchmann (Stralsund): Gestern ist hier die Gewissensfrage aufgeworfen worden, ob man rechts oder links stehe. Ich weiß nicht, ob es notwendig ist, eine solche Scheidung künstlich herbeizuführen. Die Genossen meines Bezirkes sind z. B. gegen den Disziplinbruch der Neun; sie sind aber auch gegen den Kurs der Brüningregierung. Ich halte es für unmöglich, was Genosse Rosenfeld andeutete, daß vielleicht in Zukunft etwas Ähnliches passieren könnte. Ich habe inneres Verständnis für das Vorgehen der neun Genossen; aber es würde die Auflösung der Partei bedeuten, wenn wir zulassen wollten, daß solche Seitensprünge gemacht werden können, ob nun von rechts oder links. (Sehr richtig!) Aber in unserer Entschließung war auch zum Ausdruck gebracht worden, daß der Kurs der Regierung Brüning aufzuhören hat. Merkwürdigerweise ist dieser Teil unserer Entschließung in der Vorlage nicht enthalten. (Hört! Hört!) Man hat uns einfach unter die einrangiert, die gegen die neun sind. (Hört! Hört!)

Genosse Sollmann hat gestern von der ungeheueren Verantwortung der Fraktion gesprochen; aber tragen wir denn nicht alle diese Verantwortung? Wir müssen uns doch darüber klar werden, wie lange wir noch zusehen können, daß buchstäblich Millionen unserer Volksgenossen nichts mehr zu essen haben. Es genügt nicht, daß man uns immer wieder die traurigen Beispiele aus Ungarn und Italien vorführt. Die deutschen Arbeiter würden solche Zustände nicht auf die Dauer erdulden; sonst könnte man schließlich auch den Vergleich mit den chinesischen Kulis ziehen.

Genosse Sollmann hat die Aktivität der Partei darauf zurückgeführt, daß man mit dem Kurs der Fraktion einverstanden sei. Dieser Schluß scheint mir etwas kühn zu sein; ich glaube, daß die Aktivität der Partei viel mehr aus der Verbitterung gegen die Nazis und der ungeheuren Not herausgewachsen ist, nicht, weil man mit der Politik der Partei zufrieden war. Aber es hat keinen Zweck, heute über Lohnabbau und alle anderen Verschlechterungen, über die 2 Milliarden, die man den Großagrariern gegeben hat, zu sprechen. Nur noch eines möchte ich sagen. Genosse Wels hat am Sonntag erklärt: Wir lehnen jede Verantwortung für die Regierung Brüning ab. Ich will einmal annehmen, daß das richtig ist. Niemand wird sie lieben; aber daneben steht die Tatsache, daß ohne uns diese Dinge nicht über das deutsche Volk gekommen wären, daß es mit durch unsere Haltung möglich war, diese furchtbaren Notverordnungen durchzuführen. Ich habe hier ein interessantes Urteil über Brüning und seine Politik, in dem gesagt wird:

> Der Reichsarbeitsminister hatte seinerzeit erklärt, daß er mit dem Lohnabbau vermittelnd und mäßigend auf die Wirtschaftsentwicklung eingreifen wolle. Diese Mäßigung hat praktisch die Wirkung, daß die Krise ins Ungeheure gesteigert wird, daß unsere gesamte Wirtschaft einer Periode des Zu-

sammenbruches entgegengeführt wird, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Was Stegerwald treibt, ist nicht eine Politik der Mäßigung, sondern die schlimmste Katastrophenpolitik, die man sich denken kann.

Das schrieb der „Vorwärts" am 6. Dezember 1930; auf der ersten Seite des Blattes empfahl er aber die Annahme der Notverordnung. (Hört! Hört!) Das ist ein Widerspruch. Es ist richtig, wenn wir der Meinung sind, daß die Dinge so nicht weitergehen. Ich erinnere an die unverschämte Erklärung Stegerwalds, daß wir uns keine Sorge um den Abbau der Sozialversicherung zu machen brauchten, daß er von selber komme. Ist es nicht eine Provokation des Parteitages, die Notverordnung ausgerechnet zwei Tage nach dem Parteitag herauszubringen? (Lebhafte Zustimmung.)

Die Regierung weiß genau vor dem Parteitag, was in der Notverordnung steht und will die Partei nur im Ungewissen lassen und dann vor vollendete Tatsachen stellen. Wann nimmt diese Behandlung endlich ein Ende?

Ein prominenter Genosse beantwortet die Sorgenfrage nach der Tolerierung wie folgt:

> Oder sie ist ein bloßer Zeitgewinn und muß abgebrochen werden, wenn entweder die Regierung Brüning der Arbeiterklasse völlig unerträgliche wirtschaftliche oder rechtliche Zumutungen stellt oder gar abweichend von den bisherigen Absichten darauf ausgeht, die Partei zu kompromittieren und zu schwächen.

Das schrieb der Genosse Heilmann, der gewiß nicht im Verdacht steht, links in der Partei zu stehen. Er hat daneben die Frage gestellt, ob man auf der Höhe der Wirtschaftskrise mit dieser Tolerierung aufhören könne.

Gestern hat man sich gestritten, ob die Krise noch einmal aufhört oder nicht und es zu einer Hochkonjunktur wieder kommt. Sicherlich ist der Kapitalismus nicht am Ende. Es ist aber doch völlig unsozialistisch gedacht, wenn wir uns einbilden, daß jemals das Millionenheer der Erwerbslosen verschwindet. Die Technik schreitet jeden Tag vorwärts und mit und ohne Krise werden wir in Zukunft immer Millionen von Erwerbslosen haben, daran müssen wir denken.

Es ist sicher richtig, wenn Wels sagt, wir hätten noch ungeheuer viel zu verlieren. Es wäre falsch, den Faschismus leicht zu nehmen. Wenn wir uns aber vor Augen führen, daß diejenigen, die ein oder zwei Jahre arbeitslos sind, dieses Gefühl verloren haben, brauchen wir uns darüber nicht zu wundern. Bei uns in Pommern müssen sich auch die arbeitenden Landarbeiter bei einem Hundelohn eine Behandlung und Arbeitszeit gefallen lassen, die einer Sklaverei verflucht ähnlich sieht. So steht es bei denen, die noch Arbeit haben. Da helfen uns keine Gründe von Staatsnotwendigkeiten, und daß wir Schlimmeres verhüten wollen. Man sagt uns nicht mit Unrecht: Wir kämpfen um die Demokratie, aber Ihr verspottet sie. Der Reichstag wird nach Hause geschickt, und in Deutschland wird durch Notverordnungen regiert. Preußen ist der einzige Hort der Demokratie gegen die Reaktion, aber wie lange denn noch? (Unruhe und Zurufe.) Wir wissen nicht, wie lange unsere Macht in Preußen noch besteht. (Lebhafte Zurufe und Hört! Hört!) Unsere verantwortlichen Genossen leisten dort schwere Arbeit, und wir jubeln ihnen zu, aber es gibt viele Dinge, die man keinem Erwerbslosen begreiflich machen kann.

Vor einigen Tagen ist an die Gemeinden durch einen sozialistischen Minister ein Sparerlaß herausgegangen: 40 Stunden ohne Lohnausgleich, Herabsetzung der Ruhegehälter und Löhne bei Arbeitern und Angestellten, Anpassung der Richtlinien der Wohlfahrt an den gesunkenen Lebensindex, (Hört! Hört!) Fürsorgearbeiten können durch Anwendung eines möglichst niedrigen Tarifs verbilligt werden, (Hört! Hört!) Zusatzleistungen für Krisenempfänger sind nicht mehr zu gewähren. (Lebhaftes Hört! Hört!) Dieser Erlaß bedeutet die Aufhebung des Tarifrechtes und neue Entrechtung der Ärmsten. Die reaktionären Gemeinden schlagen diesen Erlaß unseren Genossen jeden Tag um die Ohren.

Der Gesamtverband hat scharfe Kritik an diesem Erlaß geübt. Die Gewerkschaftszeitung des ADGB hat diese Kritik ohne Kommentar abgedruckt, und das bedeutet einiges.

Unsern führenden Genossen möchte ich sagen: Macht es uns nicht gar zu schwer, das zu vertreten, was wir doch vertreten müssen.

Es wird immer gesagt: Wenn wir Brüning stürzen, kommt Hitler. Ist die Fragestellung nicht falsch? Hängt es von uns allein ab, ob Brüning noch bleibt oder nicht? Die Volkspartei spielt dabei doch eine große Rolle. Entweder ist Brüning Republikaner oder Hitlerfreund. Wenn er die Partei diffamieren will, hat er es bis zum letzten getan. Wir sollten zu unserer Kraft Vertrauen haben. Wir haben kein Generalrezept. Aber das Wichtigste im kommenden Kampf ist das Vertrauen der Massen zu uns. Ob Hitler kommt, hängt nicht von unserem Verhältnis zu Brüning, sondern von der Macht ab, die wir entfalten. Wir wollen politische Macht erobern. Haben wir Vertrauen zu unserer Macht und zu uns selbst, das ist der halbe Sieg des Proletariats! (Sehr gut! und Bravo!)

Erich Roßmann (Stuttgart): Es war ein merkwürdiger Jubel für die preußische Regierung, den wir soeben vernommen haben. Der Vorredner hat offenbar noch nicht begriffen, daß der sozialistische Innenminister auch als solcher nur Erlasse einer Koalitionsregierung herausgeben kann. (Sehr richtig!)

Es wäre sehr verlockend, auf die Vorgeschichte der Situation einzugehen, in der wir uns in Deutschland gegenwärtig befinden. Ich begnüge mich mit der Feststellung, daß die politische Überlegung, von der der junge Staatsmann Brüning vor einem Jahr ausgegangen ist, sich als politischer Fehlschlag erwiesen hat. Dieser Fehlschlag hat uns in eine Wahlschlacht hineingetrieben, und zwar allen Kampfesregeln zuwider in der denkbar ungünstigsten Situation. Die negativen Erfolge dieser Politik bestanden in einem Anschwellen der Extremen im Parlament, in einer verstärkten Begehrlichkeit der Reaktion nach Preußen und in einer Dezimierung der bürgerlichen Parteien der Mitte. Das Allerschlimmste des politischen Entwurfs von Brüning vor einem Jahr war das gegenseitige Festfahren von Sozialdemokratie und Zentrum, ohne deren Zusammenarbeit es der deutschen Republik und Demokratie, wie die Verhältnisse geschichtlich liegen, nicht gut gehen kann.

Der Ausfall der Wahl hat nicht nur uns, sondern a l l e verantwortlichen politischen Faktoren in Deutschland zu einer Veränderung ihrer Taktik gezwungen. Die Gefahrenzone des 14. September ist so breit und tief, daß man mit Recht von einer revolutionären Situation, allerdings konterrevolutionären sprechen kann, die den Leuten in Deutschland zugute kommt, die mit allen Kräften schon bisher bestrebt gewesen sind, die Massen sozialpolitisch und wirtschaftlich weit hinter das Jahr 1918 zurückzuwerfen. (Sehr richtig!) An diesem faschistischen Versuch haben in Deutschland alle die ein Interesse, die aus dem Trümmerhaufen des alten Systems noch etwas retten zu können glauben, Generäle und Exzellenzen ihre hohen Pensionen, Fürsten ihre Abfindung, und das Bürgertum seine Pfründen in Staat und Wirtschaft. Der große Kampf, der jetzt in Deutschland um Preußen gekämpft wird, ist derselbe Kampf, mit dem wir uns im Reich zu beschäftigen haben. (Sehr richtig!) Er wird von den Kräften des Alten geführt, die nicht verwinden können, daß ihnen 1918 die Zügel der Herrschaft durch eigene Schuld entglitten sind, und die im Reich und in Preußen eine politische Konstellation heraufbeschwören wollen, die es ihnen ermöglicht, Staat und Wirtschaft wieder in eine Art Familienfideikommiß zu verwandeln.

Diese Kräfte — das ist das Bezeichnende der gegenwärtigen Situation — werden von Leuten gestützt, die Proletarier sind, die es aber nicht sein wollen. Daher haben wir jetzt in Deutschland eine Erntezeit der faschistischen Demagogie. Darum erleben wir in Deutschland etwa das gleiche wie Italien vor zehn Jahren, daß sich der Faschismus gegenüber den Arbeitslosen, den verelendeten Massen,

den aufgescheuchten Beamten und verarmten Bauern als die radikale revolutionäre Partei empfiehlt und diese Massen mit seinen scheinsozialistischen Forderungen besoffen zu machen versucht. Der Faschismus weiß genau, daß diese Forderungen nicht zu erfüllen sind. Er braucht sie aber als Sprungbrett für seine reaktionären Gewaltpläne. Im Augenblick des Sieges wird der Faschismus all diese Forderungen auf den Schutthaufen seiner verbrauchten Werkzeuge werfen und den Massen nicht einmal das bieten, was die arme Republik und Demokratie immerhin noch den Massen zu bieten vermag. (Bravo!)

Den verhängnisvollen und antimarxistischen Irrtum unserer sogenannten Opposition sehe ich darin, daß sie offenbar glaubt, sie könne dem Faschismus den agitatorischen Donner stehlen. Sie vergißt aber, daß man mit solchem Theater nicht im Handumdrehen die soziologische Situation ändern kann, auf deren Boden der Faschismus in Deutschland wächst. So verächtlich der Faschismus die Massen behandelt, so weiß er doch, daß er sie zu seiner Etablierung seiner Macht braucht. Würde der Faschismus siegen, so würde er es verstehen, seine Kritiker zum Schweigen zu bringen. (Sehr richtig!) Ihr aber, Genossen von der Opposition, würdet auf dem Boden der Demokratie der grausamen Rache der Enttäuschten überantwortet sein.

Es wird hier immer mit falschen Größenordnungen gearbeitet. Nicht Tolerierung der Regierung Brüning, Notverordnung, Panzerkreuzer, sondern die Abwehr der ungeheuren Bedrohung der Demokratie in Deutschland ist die Kernfrage der jetzigen politischen Situation. (Sehr richtig!) Wir tolerieren die Regierung nicht, Genosse Seydewitz, weil wir sie als Schutzwall gegen den Faschismus besonders schätzen, nicht wegen des sachlichen Inhalts ihrer Politik oder gar wegen ihrer personellen Zusammensetzung, sondern wir lassen sie am Leben, weil wir erkannt haben, daß in der Struktur, die uns die Wahlen vom 14. September beschert haben, die Regierung Brüning — ob uns das angenehm ist oder nicht — augenblicklich die letzte Karte des Parlamentarismus und der Demokratie in Deutschland ist. (Sehr richtig!)

Genosse Seydewitz hat von der Angst vor dem Kampf gesprochen. Ich spreche auch im Namen anderer Genossen, wenn ich sage: Wir würden Ihnen gern die Ehre gönnen, uns als erste zum Barrikadenkampf abzuholen. Aber das müssen wir uns schon verbitten, daß uns unsere aus Gewissenspflicht erwachsenen Überlegungen als Mangel an Mut ausgelegt werden, dem Letzten ins Auge zu sehen. Es gehört mehr Mut dazu, unsere auf der Vernunft der Masse aufgebaute Politik zu verteidigen, als an der entsetzlichen Not der breiten Masse seine Oppositionssuppe zu kochen. In der ganzen Situation gilt es doch nur, den wahren Willen des Gegners zu erkennen und ihn durch entsprechendes Handeln zu brechen. Das ist die einfachste Weisheit aller Kämpfe und war auch die Grundlage unserer Taktik gegenüber den Notverordnungen, der Regierung Brüning und allen später auftauchenden Schwierigkeiten.

Das war auch unsere Taktik in der Panzerkreuzerfrage. Der Panzerkreuzer darf nicht bagatelliert werden. Wir dürfen ihn aber auch nicht durch die Art unserer Diskussion zum Gespenst der Republik und Demokratie machen. (Sehr richtig!) Dieser Panzerkreuzer ist nichts weiter als der Versuch der Faschisten, außerhalb des Parlaments mit Hilfe der Kommunisten und der so geschaffenen Scheinmehrheit im Reichstag an das taktisch-politische Ziel zu kommen, an das sie durch alle Manöver innerhalb des Parlaments infolge des geschlossenen Abwehrwillens der Sozialdemokratie nicht gelangen konnten. (Sehr richtig!) Diese Debatte über den Panzerkreuzer verdunkelt die Tatsache, daß es praktisch in und außerhalb des Parlaments keine antimilitaristische Partei gibt, außer der Sozialdemokratie.

Ich warne vor jeder Festlegung in dieser Stunde. Die Situation kann sich jeden Augenblick ändern. Ich warne vor der Einstellung, sich durch Disziplinbrüche als qualifizierte Sozialdemokraten legitimieren zu wollen. (Händeklatschen.) Ich sage nicht: Tolerierung bis zum Ende. Ich sage aber: Überlegte Politik, die zur Änderung der Struktur beiträgt, aus der unser politisches Elend erwächst. Wenn eine Änderung der Taktik nötig ist, darf sie nicht aus Zwang und Rechthaberei kommen, sondern muß aus innerer Notwendigkeit der Situation herauswachsen und von der Zustimmung der ganzen Parteigenossenschaft getragen sein. In dieser Situation gilt das Wort, das einmal Rousseau den französischen Republikanern zugerufen hat in übertragenem Sinn: Sozialdemokraten, seid einig, seid einig, damit nicht eure Kinder einst auf ihre Ketten weinend klagen: Seht, das ist das Werk der Uneinigkeit unserer Väter. (Bravo! und Händeklatschen.)

Otto Jenssen (Gera): Zunächst einige Feststellungen zur Reinigung der moralischen Atmosphäre: Es ist von uns behauptet worden, daß wir die Verantwortung nicht wollen, den moralischen Mut nicht aufbringen. Als Vertreter einer anderen marxistischen Perspektive nehme ich für mich und meine Freunde in Anspruch, von derselben Ehrlichkeit und derselben Verantwortungstreue getragen zu sein, wie ich sie der Mehrheit zubillige. (Sehr gut!) Ich bitte, uns genau so zu tolerieren und anzuhören, wie man die Regierung Brüning bisher liebenswürdigerweise toleriert hat. (Heiterkeit und Sehr gut! — Zurufe: War das zur Reinigung der Atmosphäre? — Unruhe und Glocke.) Die politische Frage ist doch die: Erhaltung der Demokratie. Diese hängt auch von der Parteidemokratie ab. (Unruhe und Zurufe.) Die Partei als ganzes muß die Verantwortung für die nächste Politik übernehmen. Das höchste demokratische Organ der Partei ist der Parteitag, (andauernde Zurufe und Unruhe.) und deswegen muß der Parteitag eine Richtlinie für die Politik festlegen, die in den nächsten Monaten getrieben werden soll. Die Fraktion ist nur ein Organ der Partei, das dem Willen der Gesamtpartei untersteht, und der Parteitag ist die Gesamtpartei. Vom demokratischen Standpunkt aus bin ich dafür, daß der Parteitag keine Angst vor der Entscheidung — nicht vor dem Kampf — hat, damit die Massen sehen, daß diese Entscheidung von den Delegierten getroffen ist und die Delegierten die Massen unterrichten können, daß sie die Verantwortung für die Politik der nächsten Monate tragen. Darauf kommt es an. Ihr wollt immer die Verantwortung, dann übernehmt sie und gebt der Fraktion die Stütze, damit sie von der Mehrheit des Parteitags gestützt wird! Das ist doch Politik!

Die Notverordnung stellt die Grenze der Tolerierung dar. Jedenfalls muß jetzt der Regierung ein Ultimatum gestellt werden. Es geht doch nicht an, daß, wenn wir die Demokratie innerlich unterhöhlen, die seelischen und geistigen Vorbedingungen der Demokratie untergraben, wir dadurch die soziologischen und ökonomischen Vorbedingungen einer Scheindemokratie schaffen. Das habe ich bei dem Referat Breitscheid vermißt, daß die Demokratie in den Massen wirksam wird (Zurufe), daß sie den Massen wirksame Vorteile und Kampfesmöglichkeiten gibt. Diese furchtbare Krise aber, verbunden mit Scheindemokratie, entfremdet die Massen der Demokratie und treibt sie den radikalen Parteien zu. Das ist die ungeheure Gefahr, die wir im Winter haben werden, daß die Massen, die heute noch für uns demonstrieren, es vielleicht nicht mehr tun, weil die Krise das Elend verschärft. Das ist die ungeheure psychologische Gefahr. Die Demokratie muß auch vom Gefühl und den Hoffnungen der Kämpfer getragen sein. Denn gerade durch die Ausschaltung des Parlaments und der parlamentarischen Aktionen wächst die Gefahr. Ich will ein lebendiges Parlament und nicht einen vertagten Konvent, ein Parlament, das eine Turbine der Massenbewegung ist, wie Friedrich Adler sagt und nicht eine Kulisse. Denken Sie an die Politik der Fortschrittspartei zur Zeit Lassalles, die ein warnendes Beispiel für ihren Verfassungskampf ist, an den Scheinkonstitutionalismus, der mit Bismarck verhandelte und nicht den ernsthaften Kampf führte und dann den Dank des feudalen Junkers bekam. Wer von Brüning ißt, stirbt daran! Wenn die ökonomischen Grundlagen verschwunden sind, können die ökonomischen Forderungen nicht mehr erfüllt werden. Das sagt auch Aufhäuser und alle, die die sozialpolitischen Dinge kennen. Wenn hier von Italien geredet wird, so haben wir an-

dere Machtmittel als in Italien. Wer wissen will, wie groß die ökonomischen Unterschiede zwischen Deutschland und Italien sind, lese das Kapitel zur Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals nach. Kartelle und Trusts sind etwas anderes als Latifundien in Apulien in Italien! Das vermisse ich bei dem Referat von Breitscheid. Ich würde ihn zum Professor der personellen Geschichtsauffassung mit negativem Vorzeichen ernennen. Was er über Mussolini sagte, war personell, nicht genügend ökonomisch motiviert. Das war nicht materialistische Geschichtsauffassung, sondern Materialsammlung.

Der Kampf wird außerordentlich entscheidend, weil die Krise nicht überwunden, sondern höchstens gemildert werden kann und sich vertiefen wird, je länger die Krise dauert. Der Druck der Krise auf die Massen wird sich verschärfen, weil die ökonomischen und seelischen Reserven der Massen aufgezehrt werden. Was bei der Sanierung der Arbeitslosenversicherung vor einem Jahr noch tragbar war, ist es nach ein oder zwei Jahren nicht mehr. Wer wie ich die Seele der dauerarbeitslosen Jugend kennt, weiß, was sich aus einer solchen seelischen Disposition nach den sozialpsychologischen Gesetzen ergeben muß. (Zuruf Hildenbrand: Schulmeister!) — Ich bin nicht nur Schulmeister, sondern 24 Jahre Parteimitglied und Freund von Kautsky. (Händeklatschen.)

Ich mache auf die ungeheure Gefahr aufmerksam, wenn wir die Massen nicht führen. Deswegen wünsche ich, daß der Parteitag entscheidet und der Fraktion eine bindende Richtlinie gibt, die auch zur Entlastung der Fraktion beiträgt. Ich wünsche, daß der Parteitag die politische Verantwortung für die ungeheure Entscheidung übernimmt, die wir heute treffen. Das wird die Parteidemokratie und auch die Demokratie stützen. Dann wird sich zeigen, daß wir auch in der Opposition Mittel haben, die Demokratie zu schützen, parlamentarische und außerparlamentarische, physische und psychische. Nur wenn die Demokratie den Massen wieder die Aussicht auf Arbeitsmöglichkeit gibt, und wenn die Demokratie auch in den Massen gewertet wird, wird sie uns helfen. Die Massen sind ganz anders eingestellt. In Leipzig erhielt in der Generalversammlung bei der Kandidatenaufstellung der Genosse die meisten Stimmen, der in der Urwahl kein Mandat erhielt, während andere Delegierte, die gar nicht auf eine Wahl gerechnet hatten, sich heute im Saal befinden. In Thüringen sind die Theoretiker, die angeblich nur Artikel schreiben, von der Masse gewählt worden und haben die höchste Stimmenzahl bekommen, weil sie in der Aufklärungsarbeit gegenüber den Nationalsozialisten jeden Sonntag in den Versammlungen herumgegondelt sind und in der Masse bekannt waren. Man soll die Hetze gegen die Theoretiker lassen. Ich erinnere daran, daß Marx und Bebel die Partei gegründet haben und Bebel das Buch über die Frau geschrieben hat. Man soll die Hetze gegen die Geistesarbeiter lassen. Ich habe vor jedem die höchste Achtung, der seine Pflicht tut, denn wir sind alle gleichberechtigt. (Unruhe und Zurufe.) Sie werden zu entscheiden haben. Fassen Sie einen Entschluß und Sie werden, wenn Sie eine politische Entscheidung treffen, als gute Demokraten die Verantwortung für die kommenden Dinge zu tragen haben. (Händeklatschen.)

Käthe Kern (Berlin): Bei den Septemberwahlen sind in großem Umfang Frauenstimmen für die Nationalsozialisten abgegeben worden. Die anwesenden Genossinnen haben es deshalb für unbedingt notwendig erachtet, in einem Zusatzantrag zum Antrag 19 besonders auf die Gefahren des Nationalsozialismus für die Frauen hinzuweisen. Die Nationalsozialisten haben es zwar in ihrem Programm wohlweislich vermieden, zur Stellung der Frau in der Wirtschaft oder im öffentlichen Leben Stellung zu nehmen. Dafür haben aber Anträge der Nationalsozialisten und der ihnen in der Haltung nahestehenden faschistischen Parteien im Reichstag und in den Landtagen um so deutlicher gezeigt, wie sie die Frau einschätzen und welche Rolle sie ihr zuweisen wollen. Die Äußerungen der Goebbels und Feder über die Frau sind Ihnen ja bekannt. Wir haben durch unser Werbematerial dafür gesorgt, daß auch die Wählermassen darüber orientiert werden. Um so mehr müssen wir uns wundern, daß trotzdem viele Frauen

dieser ausgesprochenen Männerpartei ihre Stimme gegeben haben. Unsere Aufgabe ist es nun, die Ursachen dieser politischen Stellungnahme der Frau zu erkennen und unsere Agitation darauf einzustellen.

Parteigenossen, die Frauen leiden am schwersten unter dem Schicksal, das ihnen die kapitalistische Produktionsweise auferlegt hat, aber die großen Massen der Frauen lassen sich von den Phrasen der Faschisten einfangen. Ebenso wie die neuproletarisierten Mittelstandsschichten glauben sie, daß es ein Zurück zu der sogenannten guten alten Zeit gäbe. Diese Zeit war keineswegs so gut und harmonisch, wie sie sich in der Illusion oft darstellt. Wir müssen deshalb in unserer Agitation das Schwergewicht darauf legen, den Frauen begreiflich zu machen, daß sie nur in den Reihen der Sozialdemokratie erfolgreich für eine bessere Zukunft kämpfen können. Wir müssen den Frauen auch immer wieder sagen, daß wir viel mehr wollen als die bürgerlichen Frauenverbände, die nur Frauenrechte verlangen, aber die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht antasten wollen. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag 112 zuzustimmen, der eine Klarheit der Stellung unserer Genossinnen zu den bürgerlichen Frauenverbänden schaffen will, die sich für neutral ausgeben. Wir müssen heute mehr als je nach außen hin dokumentieren, daß wir den Klassenkampf für das Proletariat führen. Die Nationalsozialisten erklären, es sei Unsinn, daß sich die Frau mit dem Gedanken des Klassenkampfes überhaupt beschäftige. Man könne zu einer besseren Zukunft nur durch eine gefühlsmäßige Annäherung der Volksschichten untereinander kommen. Wir wissen, wie es damit bestellt ist, und daß wir mit Gefühlsduselei niemals etwas erreichen können. Heute gehen die Faschisten mit dem Schlagwort hausieren: Gegen den Marxismus. Wir müssen den Frauen klarmachen, daß die Marxisten ja gerade die Schäden wiedergutmachen wollen, die der Kapitalismus der Familie zugefügt hat.

Die Nazis weisen der Frau die Rolle einer Frau und Dienerin zu. Sie wollen die Kinder und die Eltern entrechten. Die Nazis wollen Untertanenseelen, sie wollen den Müttern und Frauen nicht das Recht zugestehen, mit über die Zukunft ihrer Kinder zu entscheiden. Man muß sich wundern, daß sich Frauen nach den Erlebnissen eines Weltkrieges bereitfinden, jetzt wieder in Kriegsromantik zu machen.

Die Nationalsozialisten haben im Reichstag seinerzeit zum Republikschutzgesetz eine Antrag eingebracht, in dem sie verlangen, daß der Frau die Anwendung jeglicher Verhütungsmaßnahme untersagt werden soll, daß ihr nicht die Möglichkeit gegeben werden soll, sich vor unerwünschten Kindern zu schützen. Warum? Aus demselben Antrag zum Republikschutzgesetz, in dem sie an anderer Stelle Zuchthaus für „Wehrverrat" verlangen und jede Erschütterung des Wehrgedankens bekämpfen, geht sehr deutlich hervor, daß es ihnen darauf ankommt, zur Wiederherstellung der sogenannten Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes einen unbeschränkten Bevölkerungszuwachs zu erhalten. Die Frauen sollen „Kanonenfutter" liefern. In Leipzig haben vor kurzem die Frauen des Luisenbundes getagt und am Völkerschlachtdenkmal für den Krieg demonstriert. Sie haben dabei erklärt: „Heldentod sei immer mit Auferstehung verbunden!" Ich weise auf diese Dinge nicht hin, um den hier Anwesenden zu sagen, worauf es ankommt. Wir wissen das alle. Wir wollen aber vom sozialdemokratischen Parteitag aus einen Appell an alle Frauen in Deutschland richten, sich unserem Kampfe gegen den Krieg anzuschließen, sich mit uns gegen die Kriegshetzer zu wenden, die Deutschland und die Arbeiterschaft aufs neue ins Verderben führen wollen! (Lebhafter Beifall.)

Eckstein (Breslau): Breitscheid hat als Ziel des Faschismus bezeichnet, die Demokratie zu vernichten und die Ansprüche der klassenbewußten Arbeiterschaft zurückzuweisen. Die Nationalsozialistische Partei ist das eine Instrument, das die deutsche Schwerindustrie für diese ihre Ziele hat. Das andere Instrument des deutschen Kapitalismus ist aber die Regierung Brüning, und dieses andere Instrument, das im Zusammenhang mit der faschistischen Bewegung in Deutsch-

land betrachtet werden muß, hat die Ziele, die sich der deutsche Schwerkapitalismus gestellt hat, und die Breitscheid als Ziele des Faschismus bezeichnet, bereits weitgehend erreicht.

Die Regierung Brüning ist scheinbar demokratisch-parlamentarisch-legal, ihre Politik ist aber in ihrem materiellen Inhalt rein faschistische Politik! Die Regierung Brüning selbst ist zu zwei Dritteln oder gar zu drei Vierteln faschistisch, und wenn Sollmann gesagt hat, daß die Fraktion zu ihrem Leitmotiv gemacht hat, die Verfassung und die Demokratie zu sichern, den Parlamentarismus zu schützen, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß dieses Ziel der Fraktionspolitik nicht erreicht worden ist, daß in Wirklichkeit die Demokratie, die Verfassung und der Parlamentarismus in Deutschland nicht mehr bestehen. (Zurufe.) Schon Ende des vorigen Jahres drohte die Regierung Brüning, den Reichstag nach Hause zu schicken und die Verfassung in ihren wesentlichen Teilen auch formell aufzuheben. Heute hat sie das nicht mehr nötig. Denn das Parlament hat sich selbst entmannt, es hat die Geschäfte des deutschen Faschismus und der Regierung Brüning besorgt und sich für eine Zeit ausgeschaltet, wie das selbst in der kaiserlichen Regierung niemals möglich gewesen wäre. (Zustimmung.) Dieser Reichstag hat der Regierung noch dazu die formelle Ermächtigung gegeben, unter Verletzung der wichtigsten Rechte des Reichstags zu regieren. Zwar sagt Sollmann: Es ist uns gelungen, diese Ermächtigung zu begrenzen; es dürfen nur 300 Millionen Mark gestrichen werden. Aber erleben wir es denn nicht jetzt bei der neuen Notverordnung, die bezeichnenderweise in ihrem Wortlaut bisher nicht bekannt ist, daß sich die Regierung Brüning, soweit die Ermächtigung nicht ausreicht, über ihre Grenzen hinwegsetzt und auf Grund des Artikels 48 das macht, was sie sonst nicht tun könnte? (Zustimmung.)

Parteigenossen, was existiert eigentlich noch von der Verfassung? Wenn Genosse Sollmann die Absicht haben sollte, am 11. August eine Weiherede auf die Verfassung zu halten, wenn er feststellen sollte, was von ihren Bestimmungen noch übrig ist, dann müßte er wohl zu dem Ergebnis kommen, daß außer dem Artikel 48 kaum noch irgendeine Verfassungsbestimmung in Geltung ist. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.)

Eine Zwischenbemerkung! Es ist hier gesagt worden, Preußen sei der Hort der Demokratie. Aber der Genosse, der das behauptet hat, hat die Grenzen des Schutzes der Demokratie bereits selbst aufgezeigt. Er hat gesagt, das preußische Ministerium des Innern habe sehr reaktionäre und unsoziale Verordnungen erlassen, diese Erlasse seien aber nur in reaktionären Gemeinden durchgeführt worden. Nein, Parteigenossen, nicht nur in reaktionären Gemeinden werden diese Erlasse durchgeführt! Soweit von unseren Parteigenossen versucht wird, sich auf Grund der parlamentarischen Machtverhältnisse gegen diese sozialreaktionären Erlasse zu wehren, wird die Selbstverwaltung überall aufgehoben. An ihrer Stelle regieren die vom preußischen Innenministerium eingesetzten Staatskommissare, die das tun, was die Schwerindustrie in Deutschland verlangt. (Lebhafte Zurufe: Unerhört!) Wir haben die Selbstverwaltung immer als den organisch wichtigsten Bestandteil der Demokratie bezeichnet. In wenigen Tagen soll der Tatsache gedacht werden, daß Freiherr vom Stein 100 Jahre tot ist. Von seinem Werke existiert nicht mehr viel zu einer Zeit, wo ausgerechnet ein Sozialdemokrat in Preußen Innenminister ist. (Stürmische Unterbrechungen.) — Das ist kein persönlicher Vorwurf gegen den Genossen Severing, sondern die Feststellung einer Tatsache. (Erneute stürmische Unterbrechungen.)

Parteigenossen! Eine weitere Nebenbemerkung! Die Tolerierungspolitik unserer Partei gründet sich auf die Tatsache der preußischen Koalition. Was soll aber aus dieser Politik werden, wenn diese Koalition nicht mehr besteht? Wir alle wünschen für uns einen möglichst günstigen Ausfall der Wahlen für den Preußischen Landtag; aber die bürgerlichen Mittelparteien sind doch zertrümmert. (Heilmann [Berlin]: Sie tragen dazu bei, daß die Wahlen ungünstig ausfallen müssen!) — Genosse Heilmann, wir haben in der Großstadt Breslau die kleinste kommunistische Partei, die es in einer deutschen Großstadt überhaupt gibt, obwohl bei uns die Arbeitslosigkeit am größten ist. (Lebhafter Beifall. — Zuruf: Sie sind eben Selbstversorger!) — Auf diesen Zwischenruf möchte ich mit den Worten des Genossen Sollmann antworten: Die historische Situation ist viel zu ernst, als daß wir uns mit einem Witzwort darüber hinwegsetzen könnten! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Lipinski:** Sie dürfen nicht den Genossen Severing in dieser Weise angreifen, das ist nicht zulässig!

Eckstein (Breslau): Ich habe von meinen Wählern den Auftrag bekommen, hier ihre Meinung zu vertreten! (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Lipinski:** Es wird hier niemandem das Wort entzogen, aber wer sich als Hüter des Anstandes ausgibt, darf nicht den Genossen Severing in dieser Weise beleidigen; Genosse Severing kann sich nicht dagegen verteidigen.

Eckstein (Breslau): Ich greife nicht den Genossen Severing als Person an, sondern die Politik der Parteileitung.

Als weiteres Ziel des Faschismus hat Breitscheid die Absicht des Schwerkapitalismus bezeichnet, die Ansprüche der klassenbewußten Arbeiter zurückzuweisen. Die Regierung Brüning hat für dieses Ziel des deutschen und internationalen Faschismus soviel getan, daß ihr zu tun kaum noch etwas übrig bleibt. (Zustimmung.) Lassen Sie mich zum Schluß noch die Frage beantworten, die Sollmann an uns gerichtet hat: „Was soll geschehen, wenn dank der von euch vertretenen Politik die Regierung Brüning gestürzt wird?" Nach dem Sturze der Regierung Brüning kommt die Regierung Brüning! (Zurufe: Woher wissen Sie das?) Nach dem Sturze der Regierung Brüning, die nur der Vollzugsausschuß des deutschen Schwerkapitals ist, wird das deutsche Schwerkapital durch denselben oder durch einen ähnlichen Vollzugsausschuß seine Interessen weiter vertreten lassen. (Zustimmung und Widerspruch.) Dann werden wir aber die Hände frei haben. Uns ist der demokratische Kampfboden bereits entzogen worden. Unsere Politik muß es ermöglichen, daß sich die Arbeiterklasse in sozialistischem Opferwillen, aber auch in revolutionärer Kampfbereitschaft in einer regenerierten Sozialdemokratie sammelt! (Stürmischer Beifall und Pfuirufe.)

Dr. **Hertz** (Berlin): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Die Rede des Genossen Eckstein enthielt eine Reihe von ungeheuerlichen agitatorischen Übertreibungen, (Sehr richtig!) die ich auf einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie bisher nicht für möglich gehalten hätte. (Lebhafte Zustimmung.) Ich will zu Ecksteins Darlegungen nur einen einzigen Satz sagen: Wenn von der Demokratie nichts mehr übrig geblieben ist als der Artikel 48, wie will es Genosse Eckstein dann rechtfertigen, daß die einzige positive Forderung seiner politischen Freunde hier auf dem Parteitag das Verlangen nach der Einberufung des Reichstages ist? (Sehr gut!)

Genosse Aufhäuser hat erklärt, es handle sich nicht um die Frage der Duldung, sondern um die Frage: Wie ist am besten die soziale Sicherung der Arbeiterklasse zu erreichen? Ich bin mit ihm darin einverstanden und füge hinzu: Das ist bisher auch die Auffassung der Mehrheit der Reichstagsfraktion gewesen. Aufhäuser wird mir zugeben, daß die Frage, wie die schwierige Aufgabe zu lösen ist, in einer Zeit ungeheurer Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit die sozialen Leistungen aufrecht zu erhalten, von dem Stande der öffentlichen Finanzen entscheidend beeinflußt wird. (Sehr richtig!)

Gestatten Sie mir zwei allgemeine Feststellungen zu der Frage, wie sich die ungünstige Konjunktur auf die öffentlichen Finanzen in der Gegenwart auswirkt. Zunächst die Tatsache, daß die sozialen Ausgaben in Deutschland seit der Vorkriegszeit von 1300 Millionen Mark auf 8000 Millionen Mark gestiegen sind! (Hört! Hört!) Je größer der Anteil der sozialen Ausgaben an den Gesamtausgaben ist, um so stärker wachsen diese Ausgaben auch in der Wirtschaftskrise. Der Steuerbedarf — das ist der zweite Punkt — ist von 4 Milliarden

im Jahre 1913 auf 16 Milliarden in der Gegenwart gestiegen. (Hört! Hört!) Je stärker der Steuerdruck in der Wirtschaft ist, um so stärker sinken die Einnahmen in der Zeit der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit.

Diese beiden Tatsachen müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir einen Ausweg aus der jetzigen Situation finden wollen. Ich bestreite keinen Augenblick, daß die Finanznot durch den wachsenden Einfluß der kapitalistischen Schichten auf die deutsche Finanzpolitik ungeheuer vergrößert worden ist. Es ist ein Verbrechen nicht nur an der Arbeiterklasse, sondern darüber hinaus an der deutschen Republik, daß in einer Zeit größter Wirtschaftsnot Besitzersteuerermäßigungen in nennenswertem Ausmaße vorgenommen worden sind. (Zustimmung.) Die Politik der Regierung Brüning, wie sie bisher vor uns steht und wie sie in Zukunft durch die kapitalistischen Schichten zu beeinflussen versucht wird, macht nicht nur das, was im Interesse des Ganzen notwendig ist, sondern läßt sich auch in starkem Maße von antisozialer Gesinnung leiten, von dem Wunsche nach Abbau des Fürsorgestaates, den wir im Jahre 1918 geschaffen haben sollen. Trotzdem dürfen wir keinen Augenblick verkennen, daß das Ziel, das die kapitalistischen Gruppen seit Jahr und Tag zu verfolgen suchen, die Sanierung der öffentlichen Finanzen allein durch den Abbau der sozialen Leistungen herbeizuführen, weder bisher erreicht worden ist, noch durch die neue Notverordnung, auch wenn alle Bedenken in Erfüllung gehen, die wir ihr gegenüber hegen, erreicht werden wird. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen, von der das Schicksal der Arbeitslosen und der Wohlfahrtsempfänger abhängt, stellt sich auch für den Sozialdemokraten, der den Willen hat, hier zu helfen, in dieser Zeit der Hochkrise als eine außerordentlich schwer lösbare Aufgabe heraus. Daher haben auch wir bei unseren positiven Forderungen daran denken müssen, daß zwar in erster Linie diejenigen, die noch etwas besitzen, zu den Lasten herangezogen werden müssen, daß aber, soweit das politisch und wirtschaftlich nicht möglich ist, auch durch eine neue Belastung der im Arbeitsprozeß stehenden Menschen die Einnahmen aufgebracht werden müssen. Dieser Weg, den wir bei der Arbeitslosenversicherung durch unseren Vorschlag auf Erhöhung der Beiträge seit Jahr und Tag selber weisen, ist immer noch besser als der Sozialabbau, den wir unter allen Umständen vermeiden wollen. (Sehr richtig!)

Ich kenne den Inhalt der Notverordnung im wesentlichen nur in dem, was schon bisher in unserer Presse veröffentlicht worden ist. Aber wenn alle Befürchtungen in Erfüllung gehen, die wir an ihren Inhalt knüpfen, ist doch nicht zu bestreiten, daß die Reichsregierung unseren Gedankengängen teilweise doch hat Rechnung tragen müssen, — nicht freiwillig, nicht als Konzession, sondern gezwungen durch die Schwere der Verantwortung und die Unmöglichkeit, den Weg zu gehen, den die kapitalistischen Schichten als den einzig ausreichenden ansehen. Denken Sie bitte daran, daß die Deutsche Volkspartei vor zwei Tagen an den Maßnahmen der Reichsregierung eine sehr scharfe Kritik geübt hat, denken Sie an die heute veröffentlichte Stellung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der sehr stark über die Regierungsvorlage hinausgehende Forderungen stellt.

Die politische Zukunft ist in diesem Augenblick so ungewiß, daß ich es nicht für möglich halte, daß der Parteitag rein als Stimmungsäußerung eine endgültige Entscheidung als Bindung für die Reichstagsfraktion in taktischer Hinsicht treffen kann. Deutsche Reichsminister sind jetzt im Begriff, zu schwerwiegenden außenpolitischen Verhandlungen nach England zu reisen. Durch den Ausgang dieser Verhandlungen können wir in wenigen Tagen vor einer völlig neuen Situation stehen, die keiner von uns zu überblicken vermag. (Zustimmung.)

Genosse Seydewitz hat gesagt, in der Fraktion habe man erklärt, der Parteitag müsse die Entscheidung treffen und auf dem Parteitag werde erklärt, die Fraktion solle entscheiden. Das ist in der Fraktion nie erklärt worden. (Sehr richtig!) In der Fraktion ist gesagt worden, daß vor dem Parteitag die Fraktion keine bindende Haltung einnehmen darf. Von dem Parteitag ist nur erwartet worden, daß er eine allgemeine Richtlinie aufstellt, die die Möglichkeit gibt, nach Prüfung des Einzelinhalts der Notverordnung und der sich aus ihr sowie aus der gesamtpolitischen Lage ergebenden Notwendigkeiten eine Entscheidung zu treffen. Es gibt sicherlich niemand in der Mehrheit der Reichstagsfraktion, der von den Ergebnissen unserer Arbeit befriedigt wäre. Wir wünschten alle, wir hätten mit größeren Ergebnissen vor den Parteitag treten können. Aber die Tatsache habe ich nach der Wahl vom 14. September doch jeden Tag aufs neue bestätigt gefunden, daß, seitdem der Faschismus in Deutschland zu einer großen politischen Macht geworden ist, der Kapitalismus immer stärker wird und seine Macht brutaler ausübt als irgendwann vorher. (Sehr wahr!) Wenn das schon geschehen ist, obschon wir den Faschismus den Weg zur Macht versperrt haben, dann können Sie sich wohl vorstellen, wie die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland sein wird, wenn der Faschismus sich vollständig in den Besitz der politischen Macht gesetzt haben wird. (Lebhafte Zustimmung.) Also haben wir heute zwei Aufgaben: Niederringung des Faschismus, Beseitigung der von ihm drohenden Gefahren und Schutz der großen sozialen Interessen der deutschen Arbeiterklasse, die von niemand anders vertreten werden als von der deutschen Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Kirchner (Frankfurt a. M.): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich habe mich als Sprecher gegen die Fraktion einzeichnen lassen, muß aber mit einer Materie beginnen, in der ich mit der Fraktion einig bin. (Heiterkeit und Rufe: Bravo!) Ich hoffe, daß die Fraktion mir das nicht übelnimmt. (Erneute Heiterkeit.) M. E. ist es Aufgabe des Parteitages, auch zu der trostlosen Finanzlage der Gemeinden kurz Stellung zu nehmen und für die Erhaltung der Gemeinden einzutreten. In Gemeinschaft mit einigen Genossen, die im kommunalen Leben stehen, habe ich dem Parteitage den Antrag Nr. 192 unterbreitet. Zu diesem Antrage liegt bereits ein Änderungsantrag Gerlach vor. Ich bin mit dieser Änderung einverstanden. Sie betrifft die Frage, ob die Wohlfahrtserwerbslosen von den Kommunen oder vom Arbeitsamt betreut werden sollen. Diese Frage kann hier nicht auf dem Parteitag, sondern muß in der Fraktion entschieden werden. (Sehr richtig!) Ich möchte nur der großen Sorge Ausdruck geben, die uns, die wir in der praktischen Kommunalpolitik stehen, bedrückt: Die Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtserwerbslosen ist ungeheuer. Zahlreiche Gemeinden stehen vor dem finanziellen Zusammenbruch. Die Notverordnung vom 1. Dezember hat den Gemeinden nicht geholfen, und die Bürgersteuer bedeutet eine schwere Belastung der minderbemittelten Bevölkerung. Genosse Sollmann hat darauf hingewiesen, daß es der Fraktion gelungen ist, Verbesserungen bei der Bürgersteuer durchzusetzen. Das ist richtig; aber es bleibt doch eine so große Belastung der minderbemittelten Bevölkerung bestehen, daß die Fraktion noch schärfer gegen die Bürgersteuer hätte kämpfen müssen. Genosse Sollmann hat vergessen, daran zu erinnern, daß die Rentenempfänger über 900 Mark zur Bürgersteuer herangezogen werden. Es muß festgestellt werden, daß der Ertrag der Bürgersteuer zum größten Teil von den unteren Einkommen aufgebracht wird. Statt der Bürgersteuer hätte man den Gemeinden besser ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer geben sollen. (Rufe: Hört! Hört!)

Ich begrüße es, daß die Fraktion einen Gesetzentwurf über die Arbeitslosenfürsorge eingebracht hat, der eine andere Lastenverteilung vorsieht. Durch die Vertagung des Reichstags ist man jedoch in dieser Frage nicht weitergekommen. Hier muß die Fraktion unverzüglich eingreifen und verlangen, daß das Reich zur Entlastung der Gemeinden etwas tut. Dem dient der Antrag, der Ihnen vorliegt und um dessen Annahme ich bitte.

Nun muß ich einige kritische Bemerkungen zur Reichstagsfraktion machen; und zwar will ich zunächst auf die allgemeine Zollpolitik der Regie-

rung Brüning eingehen. Das, was Genosse Fleißner gestern gesagt hat, muß unterstrichen werden. Leider haben seine Ausführungen hier nicht die nötige Beachtung gefunden. Die Zollpolitik der Regierung Brüning bedeutet eine Auswucherung des deutschen Volkes. Ich bin der Meinung, daß die Fraktion dieser Politik gegenüber energischer hätte Widerstand leisten müssen. Es kann nicht gutgeheißen werden, daß die Fraktion dem Ermächtigungsgesetz vom 28. März zugestimmt hat. Genosse Sollmann hat die Zustimmung ja begründet. Er hat gesagt, es ist uns gelungen, die Brotpreisklausel hineinzubringen. Aber ich muß feststellen, daß trotz der Brotpreisklausel in zahlreichen deutschen Städten eine Brotpreiserhöhung vorgenommen worden ist (Sehr richtig!), daß trotz der Brotpreisklausel eine Zollerhöhung für Lebensmittel ausgerechnet am 1. Mai durch eine neue Verordnung dem deutschen Volke beschert worden ist. Die Hochschutzzollpolitik liegt nur im Interesse der Großagrarier, und sie allein hat die Brotpreiserhöhung verursacht. Aber auf dem Parteitag muß auch festgestellt werden, daß die Roggenstützungsaktion der Regierung ein klägliches Fiasko gewesen ist. Minister Schiele hat hierbei einen sehr wertvollen Mitarbeiter gehabt, den Genossen Baade. (Sehr wahr!) Ich bin der Meinung, daß der Parteitag sehr deutlich von dem Genossen Baade abrücken muß, und zwar in jeder Beziehung. (Sehr gut!)

Nun einige Worte zur Panzerkreuzerfrage! Die Genossen in Frankfurt a. M. haben die Haltung der Neun gebilligt. Ich stehe nicht auf diesem Standpunkt (Bravo!), sondern bin der Meinung, daß die Fraktion nach außen einheitlich auftreten muß. (Sehr wahr!) Aber ich billige die sachliche Haltung der Neun. Es handelt sich hier aber nicht nur um die Haltung der Neun, sondern auch um die sachliche Haltung der 23, die bei der Abstimmung hinausgegangen sind, und ich stehe auf dem Boden dieser 23. Die Haltung dieser Genossen befindet sich in Übereinstimmung mit der grundsätzlichen Einstellung der Partei. Manche Genossen haben anscheinend vergessen, daß die Richtlinien zur Wehrpolitik, die der Parteitag in Magdeburg festgelegt hat, u. a. besagen: „Die Sozialdemokratie fordert den planmäßigen Abbau der militärischen Rüstungen". Die Haltung der Mehrheit der Fraktion steht m. E. hierzu im Widerspruch. Genosse Dittmann meinte, die Fraktion hätte den Bau des Panzerkreuzers nicht verhindern können. Das mag richtig sein! Aber auf uns liegt das Odium, daß durch die Stimmenthaltung unserer Fraktion das Flottenbauprogramm und der Bau des Panzerkreuzers B angenommen wurden. Es ist die Frage berechtigt: Hat die Fraktion alles getan, um den Bau des Panzerkreuzers B zu verhindern? (Rufe: Jawohl!) Ich bin der Meinung, daß schon ihre taktische Einstellung von vornherein falsch war. Genosse Dittmann hat seinerzeit im „Vorwärts", als die Frage überhaupt erst auftrat, sich sofort ohne jede Einschränkung dafür erklärt. (Dittmann: Kein Wort davon!) Sie haben sinngemäß geschrieben, daß die Fraktion an dieser Frage das Kabinett Brüning nicht scheitern lassen dürfe. Ich halte es für falsch, daß man das von vornherein sagt. Die Parteigenossen verstehen die Taktik des ständigen Nachgebens nicht. Wohin führt diese Tolerierungspolitik? Werden wir die Auseinandersetzung mit dem Faschismus auf die Dauer verhindern? Ich fürchte: nein! Diese Taktik bedeutet nur ein Hinausschieben der Entscheidung. Gehen wir diesen Weg weiter, so wird die Macht der Partei immer mehr geschwächt, und die Nationalsozialisten kommen schließlich auf legalem Wege ans Ruder. Darum ist notwendig eine Umkehr von dieser Tolerierungspolitik, und eine Einstellung zum Kampf gegen die politische Reaktion, aber auch zum Kampf gegen die Regierung Brüning, die nach den Worten eines Zentrumsabgeordneten die reaktionärste Regierung seit der Revolution ist. (Bravo!)

Frölich (Weimar): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Es ist festzustellen, daß die große Mehrheit unserer Parteigenossen und Wähler die Taktik der Reichstagsfraktion verstanden hat. (Sehr richtig!) Ich wende mich mit aller Entschiedenheit gegen den Fatalismus, den der Genosse Seydewitz mit den

Worten zum Ausdruck gebracht hat: eines Tages wird sich der Kapitalismus doch mit dem Faschismus verbinden. Nein, wir wollen verhindern, daß sich der Kapitalismus mit dem Faschismus verbinden kann. (Sehr wahr!)

Nun die Frage, wo ist die Grenze, an der wir aufhören sollen diesen Kampf zu führen? Ein Teil der Genossen, insbesondere die neun, die sich der Fraktionsdisziplin nicht gefügt haben, sagen heute, die Grenze sei beim Panzerkreuzer erreicht gewesen. Darüber läßt sich streiten; aber nachdem die Fraktion mit übergroßer Mehrheit entschieden hatte, hatten die neun, die heute für die Demokratie im Staate eintreten, die Pflicht, die Demokratie in der Fraktion, in der Partei aufrecht zu erhalten.

Genosse Rosenfeld sagte, das Wort „Disziplinbruch" sei zu hart, als daß es auf die Neun angewendet werden könnte; nur damals, als die Süddeutschen gegen einen Parteitagsbeschluß gehandelt hätten, sei dieses Wort am Platze gewesen. Er hätte noch hinzufügen können, daß er damals einer derer war, die verlangten, daß die Süddeutschen aus der Partei ausgeschlossen würden. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Aber Genosse Rosenfeld, auch Sie haben bei der letzten Abstimmung über den Panzerkreuzer gegen einen Parteitagsbeschluß gehandelt, und zwar gegen den Beschluß der Thüringer Partei, die zwischen der zweiten und dritten Lesung auf ihrem Parteitag beschlossen hatte, daß Rosenfeld und Siemsen sich der Mehrheit der Fraktion zu fügen hätten. (Erneute lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Trotzdem haben Sie auch bei der letzten Abstimmung gegen die Mehrheit der Fraktion gestimmt.

In Thüringen haben wir zu verzeichnen, daß der Kapitalismus sich mit dem Faschismus verbunden hatte. Wenn wir nun dem Fatalismus des Genossen Seydewitz hätten anwenden wollen, dann wäre unser Kampf in Thüringen zu Unrecht geführt worden, dann hätten wir dieses Versuchsland weiterbestehen lassen können. (Sehr richtig!) Hitler hat in Thüringen den Industriellen auf einer Tagung erklärt: „Wir gehen einem großen Bürgerkrieg entgegen". Er hat das im Gegensatz zu seiner späteren Legalitätserklärung zum Ausdruck gebracht. Er hat weiter gesagt: „Wenn wir marschieren, heißt es: Polizei, gib die Straße frei!" Frick hat dafür gesorgt, daß die Polizei nicht nur die Straße freigeben, sondern mitmarschieren würde. Alle Polizeileiter, die nicht nationalsozialistisch oder nationalistisch eingestellt waren, sind von Frick abgebaut worden, und an ihrer Stelle wurden Nationalisten gesetzt. Bei den Hitleraufmärschen marschierten auch Polizeioffiziere mit, und Polizeioffiziere in Zivil liefen geschmückt mit dem Hakenkreuz einher. In Thüringen wurde kein Polizeianwärter mehr eingestellt, wenn nicht die Nachprüfung durch die Gauleitung der Nationalsozialisten ergeben hatte, daß er Anhänger der Nationalsozialisten war. Also man hat schon versucht, die staatlichen Machtmittel in die Hand zu bekommen, um eines schönen Tages auf legalem Wege sein Ziel zu erreichen. In Thüringen konnten Aufmärsche der Nationalsozialisten gegen uns stattfinden, und ich erinnere daran, daß die Nationalsozialisten auch versuchten, die Volkshäuser in Thüringen zu überfallen. In Altenburg hat sich das zweimal abgespielt und in Weimar einmal. Nur der Tatsache, daß wir eine gut organisierte Bewegung haben, war es zu verdanken, daß die Faschisten zurückgeschlagen werden konnten. — Frick hat in Thüringen Rednern verboten, über die Frage: „Ist die Republik bedroht?" zu sprechen. Alle, die unangenehm werden konnten, durften nicht reden. Unsere Presse wurde verboten, und zwar ohne Notverordnung, verboten gegen Gesetz und Recht. (Sehr richtig!) Nur durch das Eingreifen der Partei wurde es möglich, daß das Reichsgericht diese Verbote aufhob. Auch Aufklärungsfilme und Theaterstücke, die Frick nicht gefielen, wurden verboten.

Was die soziale Frage anlangt, so haben wir zu verzeichnen, daß das thüringische arbeitende Volk unter der Regierung Frick am stärksten belastet worden ist. Frick hat eine Mietzinssteuererhöhung von 6 Prozent zugunsten der Staatskasse, nicht etwa der Gemeindekasse, durchgeführt, ferner eine Kopfsteuer von

6 Mark, die auch Arbeitslose zahlen mußten (Hört! Hört!), eine 6prozentige Sonderlohnsummensteuer für die Konsumvereine; die Nazis wollten diese Steuer auf 24 Prozent erhöhen. Alles in allem ist die Thüringer verbrauchende Bevölkerung mit einer Sondersteuer von 10 Millionen im Jahre 1930 belastet worden. Der Ausspruch des Herrn Frick uns gegenüber: „Wenn wir allein die Macht haben, dann werden wir Steuern erheben, daß Ihnen von der Sozialdemokratie Hören und Sehen vergehen wird (Hört! Hört!), beweist, in welcher Richtung der Faschismus arbeiten würde, wenn er die Steuern festsetzen könnte.

Auf sozialem Gebiet ist weiter festzustellen, daß von Frick Kreisverwaltungen angewiesen worden sind, die Fürsorgeunterstützungssätze um ein Viertel herabzusetzen. In dem Etat für 1931, den Frick mitaufgestellt hat, sind den Gemeinden 3,5 Millionen entzogen worden. (Hört! Hört!) Nur dadurch, daß wir Frick stürzen konnten, war es uns möglich, wieder 2 Millionen einzusetzen. (Zurufe.) Das sind Tatsachen, über die man mit Phrasen nicht hinwegkommen kann. Wie steht es mit der Vierzigstundenwoche? Von den Nationalsozialisten ist stets abgelehnt worden, die Vierzigstundenwoche im Reichsrat und bei der Reichsregierung auf gesetzlicher Grundlage zu beantragen.

Auf schulischem Gebiet hat ein Abbau stattgefunden, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann, sowohl in materieller wie auch in kultureller Hinsicht. — In Thüringen war es nicht möglich, den Faschismus auf Grund staatspolitischer Vorgänge zu beseitigen; denn der Kapitalismus war mit dem Faschismus verbunden. Nur die Tatsache, daß die Moral der Faschisten so tief gesunken ist, daß sie mit Schmutz auf ihre Koalitionsbrüder geworfen haben, hat den Sturz Fricks herbeigeführt.

Unsere Aufgabe muß sein, das zu halten, was wir im Laufe des Jahrzehnts und in der Republik errungen haben. Darum dürfen wir uns nicht dem Fatalismus verschreiben. Zunächst aber haben wir die Demokratie in der Partei aufrecht zu erhalten, ehe wir die Forderung aufstellen, daß die Demokratie im Reich wieder auf die Füße gestellt wird. (Sehr richtig!) Wir mögen entscheiden, wie wir wollen; Voraussetzung für den Kampf gegen den Faschismus auf parlamentarischen Boden bleibt, daß die Partei einig und geschlossen nach außen hin dasteht. (Lebhafte Zustimmung.) Wer diese Einigkeit und Geschlossenheit stört, arbeitet, wenn auch selbstverständlich ungewollt, für den Faschismus. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Deshalb kann es nach meiner Auffassung nichts anderes geben, als den neun Genossen durch einen Beschluß des Parteitages zu erklären, daß dieser Vorfall sich das letzte Mal ereignet haben muß. Der Parteitag muß darum die Entschließung Hamburg annehmen. (Lebhafter Beifall.)

Portune (Frankfurt a. M.): Parteigenossen! Gestatten Sie mir, zum Ausdruck zu bringen, daß wir neun uns hier nicht als Angeklagte fühlen, auch nicht moralisch (Hört! Hört! und Heiterkeit.), sondern daß nach unserer Überzeugung unser Handeln den Grundsätzen der Arbeiterklasse entsprochen hat. (Rufe: Sehr richtig!) Im Laufe der Tagung ist über den kranken Mann Kapitalismus gesprochen worden, wobei sich unsere Genossen als die Ärzte hinstellten, um den kranken Mann wieder gesund zu machen. (Widerspruch und Zurufe: Keineswegs!) Es ist auch von den Erben des kranken Mannes die Rede gewesen. Ich bin der Auffassung, daß von diesen Erben mehr gesprochen werden sollte, daß man von der Arbeiterklasse und ihrer ökonomischen Lage sprechen sollte. Wer die ökonomische Grundlage der Arbeiterklasse gefährdet, gefährdet auch die Erben, und es könnte schließlich so kommen, daß die Erben eher zugrunde gehen als der kranke Mann Kapitalismus.

In der Debatte ist weiter gesagt worden, daß eine Sucht nach Kritik auf dem Parteitag vorhanden sei. Ich weiß nicht, ob der Genosse Dittmann nach seiner ganzen Vergangenheit besonders dafür prädestiniert ist, anderen einen solchen Vorwurf zu machen. Genosse Dittmann hat auch ausgeführt, die Arbeiterklasse handele nach dem Gefühl, nicht nach dem Verstand. Wenigstens habe ich aus seinen Worten die Schlußfolgerung gezogen, daß die Genossen, die

anderer Meinung sind als wir, nur nach dem Verstand handeln. Bebel hat auf dem Dresdner Parteitag gesagt, alle Männer und Frauen von höherem Wissen und gerade die Akademiker hätten die verdammte Pflicht, bei allem ihren Tun und Wirken doppelt und dreifach darauf zu achten, daß sie auch auf dem rechten Wege seien und sich bei den Proletariern über ihr Denken und Fühlen zu informieren, weil die Massen besser wüßten, was ihnen fromme, als die Akademiker. (Rufe: Sehr richtig! — Gegenrufe: Der Parteitag drückt die Stimmung der Massen aus!) Wenn wir in der Sozialdemokratischen Partei die Demokratie hätten, von der wir sonst immer sprechen, dann wäre die Zusammensetzung eine andere. (Lebhafter Widerspruch.)

Vorsitzender **Wels:** Ich kann nicht zulassen, daß jemand die Redezeit auf dem Parteitag dazu benutzt, um zu behaupten, daß in der Sozialdemokratischen Partei keine Demokratie bestehe. Der gegenwärtige Parteitag ist ein genügender Beweis dafür, daß Raum für Meinungsfreiheit vorhanden ist (Sehr richtig!), und ein Blick in die Zeitungen, in denen Artikel zu diesem Parteitag erschienen sind, beweist, wie weit die Demokratie in unserer Partei geht. (Zustimmung.) Wenn die gegebene Redezeit mißbraucht wird, so muß ich das zurückweisen, und ich müßte darin etwas anderes erblicken als das Bestreben, die notwendige Einigkeit der Partei zu fördern. (Erneute Zustimmung.)

Portune (Frankfurt a. M.): Die Wahlen zum Parteitag haben bewiesen, daß die Massen auch mit den Neun denken und fühlen. (Widerspruch und Zustimmung.) Die Grundlage der Arbeiterklasse ist ihre materielle Lage. Auf dieser Grundlage muß sich die Taktik der Partei aufbauen. Wenn eine Notverordnung herausgegeben wird, wenn eine Tolerierung der Regierung Brüning stattfindet, die einen Lohnabbau von 7,5 Milliarden Mark mit sich gebracht hat, wenn eine Notverordnung einen Abbau der sozialen Gesetzgebung von 101 Millionen Mark bei den Versorgungsämtern herbeiführt, wenn 406 Millionen Mark an Überweisungen gestrichen werden und nicht nur in Thüringen, sondern auch im Reichsetat den Gemeinden entzogen werden, wenn sie die Sozial-, die Arbeitslosenversicherung um 418 Millionen Mark gekürzt hat, so rührt das an den Bestand der ökonomischen und materiellen Lage der Arbeiterklasse. Dadurch ist das Gift heraufbeschworen, daß sich die Massen mit der Partei nicht mehr im Einklang befinden (Sehr richtig!), und die Partei in absehbarer Zeit die Führung über die Massen verlieren kann. (Lebhafte Zurufe. — Glocke.) Dabei spielen die Kranken- und Rezeptscheine nur eine untergeordnete Rolle, wenn man 8 bis 10 Milliarden für die Verschlechterung der Arbeiter durchgehen läßt.

Genosse Sollmann, Sie haben gesagt — ich hätte beinahe gesagt: Genosse Brüning — (Zuruf: Im Unterbewußtsein!) — bei mir ist es nicht, vielleicht bei euch —, Brüning habe noch nicht bewiesen, daß er Staatsmann sei. Wenn Sie ihm die Frage vorlegen würden, könnte er Ihnen vielleicht darauf antworten, daß es ihm darauf nicht ankomme, sondern darauf, Sachwalter der kapitalistischen Gesellschaft zu sein. (Sehr gut! auf der Galerie und Zurufe.) Ich glaube, Brüning ist es nur darum zu tun, nicht in erster Linie den Faschismus zu beseitigen, sondern die verhaßte Sozialdemokratie ihres Einflusses bei den Massen zu entkleiden, die Gewerkschaften durch Förderung dieser Krise zu zerschlagen. Alle Rezepte haben bisher nicht zum Ausgleich der Finanzen und Behebung der Krise geführt, sondern haben die Krise erweitert. Die Erweiterung der Krise muß naturnotwendig die Gewerkschaften zerstören, die die Unterstützungen nicht mehr auszahlen können. Täuschen Sie sich nicht darüber: Wenn die Sozialdemokratische Partei bei den nächsten Wahlen noch eine Niederlage erleidet — ich stehe in den Betrieben und kenne die Ansichten und Gefühle der breiten Massen —, dann wird, wenn die KPD. einen neuen moralischen Auftrieb bekommt — (Lebhafte Zurufe: Dafür sorgt ihr!) — Das bestreite ich entschieden, ihr könnt uns die Verantwortung nicht zuschieben! (Lebhafte Zurufe, auch von der Galerie. — Glocke.) Ich bin der Auffassung, daß dann auch das Gefüge der Gewerkschaften in Frage gestellt wird, und die Zeit kommt, wo

wir in den Betrieben die Massen nicht mehr bei den Gewerkschaften halten können. (Lebhafte Zurufe.) Das sage ich euch auf dem Parteitag, die ihr die Verantwortung für diese Dinge tragt. (Händeklatschen auf der Galerie.)

Paul **Röhle** (Frankfurt a. M.): Mein Vorredner hat gesagt, er fühle sich nicht als Angeklagter. So aber war die Frage falsch gestellt. Sie hätte lauten müssen: Wie kann ich durch meine Arbeit und meine Handlungen als Abgeordneter der Partei nützen und sie vor Schaden bewahren? Neun Abgeordnete, die im Reichstag mit Nein gestimmt haben, haben sich diese Frage nicht überlegt und nicht gestellt.

Die Bemerkung meines Vorredners über die Akademiker und die Massen trifft auch nicht für das Gebiet zu, das Portune vertreten hat. In Frankfurt sind die enragiertesten Führer der Opposition, die jeden Erfolg der Partei verkleinern, sehr oft Akademiker. (Heiterkeit und Hört! Hört!) Weil dieses so komisch ist, hat jetzt auch die Stadtverwaltung in Frankfurt auf ihre Werbemarken den Satz von Goethe geschrieben: „Frankfurt steckt voller Merkwürdigkeiten". (Heiterkeit.)

Die Haltung der Neun hat unsere Werbearbeit nicht nur gelähmt, sondern schwer geschädigt. Der Ansicht des Genossen Künstler kann man sich eher nähern, der sagte: Ich bin mit vielem nicht einverstanden, aber was die Neun getan haben, die für den Antrag der Kommunisten stimmten, war eine schwere Schädigung der Partei.

Genosse Rosenfeld verlangt Toleranz und Verständnis für die anderen. Er sollte sich an die Debatte über die Budgetbewilligung auf dem Parteitag 1910 in Magdeburg erinnern, wo er zu den Delegierten gehörte, die den Ausschluß der 66 Genossen aus der Partei forderten. (Hört! Hört!) Ein solches Scherbengericht brauchen wir nicht. Was wir benötigen und worüber der Parteitag klipp und klar zu entscheiden hat, ist, daß sich ein jeder unterzuordnen hat. Der Wille und die Arbeitskraft an der Partei ist nur wirksam, wenn sich auch die Führer der Demokratie unterordnen. (Sehr richtig! und Händeklatschen.)

Leider sind die Reden der Anhänger der Neun nicht immer so, daß sie der Partei hätten Nutzen bringen können. Genosse Ströbel hat in einer Mitgliederversammlung vor drei Wochen in Frankfurt gesagt: „Wenn ich nochmals jung wäre, würde ich es mir überlegen, ob ich mich der sozialdemokratischen Partei anschlösse". (Lebhaftes Hört! Hört!) Das hat ein Teil der Versammlung — zur Entschuldigung muß ich sagen, es waren dies vielfach junge Leute, die das Maß der Verantwortung eines Führers noch nicht besitzen können — lebhaft unterstrichen. Ströbel hat allerdings später eingelenkt und gesagt: „Ich würde es vielleicht doch getan haben". (Heiterkeit.) Will man denn mit solchen Erklärungen etwa draußen die Partei stärken! So reißt man die Partei nur herunter und raubt den indifferenten Massen den Glauben, daß wir, die Partei des arbeitenden Volkes, sie befreien können. (Sehr richtig! und Händeklatschen.)

Ströbel hat in dieser Rede auch gesagt, die Regierungsbeteiligung der Nazis wäre nicht das Allerschlimmste. Einige Minuten später meinte er: „Würden die Nazis ans Ruder kommen, so bedeutet das allerdings eine latente Kriegsgefahr." Das sagt derselbe Genosse Ströbel, der in der Deutschen Friedensgesellschaft gegen den Krieg wettert! Hier bietet er durch seine Politik die Möglichkeit, den Sturz der heutigen Regierung herbeizuführen und Hitler und die Nazibanden an die Macht zu bringen. Glaubt Ströbel dann noch für Pazifismus kämpfen zu können, wenn Hitler die Macht erobert hat? Gerade der Genosse Frölich hat uns gezeigt, wohin die Entwicklung geht, wenn auch nur vorübergehend Frick und Konsorten an die Macht kommen. Ströbel und die Opposition haben nichts getan, um diese Gefahr zu verhüten. Durch ihre Haltung hätten sie einen Sturz der Regierung ermöglicht; denn es fehlten ja nur zwei Stimmen, weil 15 Kommunisten bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer überhaupt gefehlt haben. (Lebhaftes Hört! Hört!)

Genosse Kirchmann sagte mit Recht „Preußen sei der Hort der Demokratie. Unsere Genossen haben dort schwer und erfolgreich gearbeitet, darum jubeln wir ihnen zu". Wenn wir im Preußischen Landtag das machten, was die Neun im Reichstag getan haben und persönliche Interessen über die Sache der Partei stellten, dann wären Braun, Severing und Grimme längst erledigt. (Sehr richtig!) Dann wäre die Reaktion wieder am Ruder und hätte die Macht in ihrer Hand. Aber in Preußen haben wir uns den Unfug nicht geleistet. Wir haben gewußt, was wir verlören, wenn wir diese Köpfe nicht mehr in der Regierung haben. Wir wissen nicht, was der nächste Wahlkampf in Preußen uns bringt. Ich hoffe, Preußen bleibt unsere Stätte des Einflusses, um den Aufmarsch der Reaktion durch Preußen und mit Preußen niederschlagen zu können. (Bravo! und Händeklatschen.)

Eckstein machte einige Bemerkungen über Severing und Braun. Eckstein lebt in Breslau, das doch auch zu Preußen gehört. Sollte es nicht bis dorthin durchgedrungen sein, daß ohne Preußen der Boden der Verfassung bestimmt verlassen worden wäre? Aber noch hat Eckstein unrecht. Noch besteht die Verfassung und gibt uns die Möglichkeit, sie im Sinne unserer Kämpfe auszunutzen. Diesen Boden dürfen wir für die Zukunft nicht verlassen.

Was die Fraktionsmehrheit getan hat, was die Partei im Reichstag zum Ausdruck gebracht hat, ist zwangsläufig bestimmt durch die gegenwärtige Lage. Diese besondere Zeit fordert besondere Betrachtungen und Gedanken und verlangt, sich nicht nur an die alten Manuskripte von früher zu halten. (Sehr gut!)

Im ganzen gesehen ist das, was die Reichstagsfraktion getan hat, ein starker Auftrieb für unsere Partei gewesen. Wer will bestreiten, daß die 50 000 oder 60 000, die wir seit der letzten Wahl hinzugewonnen haben, durch die aktive Arbeit unserer Reichstagsfraktion gewonnen worden sind? Deswegen müssen wir auch der Reichstagsfraktion Vertrauen entgegenbringen. Es ist nicht so, wie mein Vorredner sagte, daß in den Betrieben ganz andere Stimmungen wären. (Widerspruch auf der Galerie.) Diejenigen, die sich hier auf der Galerie durch Zwischenrufe und Beifallskundgebungen bemerkbar machen, sind nur einige hundert junger Leute, während die, die hier unten im Saal als Delegierte sitzen, über 1 Million Genossen aus dem Lande vertreten. In dem Bezirk, den ich vertrete, in dem 386 000 sozialdemokratische Wähler uns gewählt haben, sitzen Proletarier aus dem traurigsten Lohndruckgebieten, die mit innerster Liebe zur Partei stehen. (Bravo! und Händeklatschen.) Dieses Vertrauen lassen wir uns durch niemanden stören. (Sehr gut!) Deswegen muß auch der Parteitag die Voraussetzung dafür schaffen, daß die Treue zur Partei nicht gelähmt und zerstört, sondern daß die Stoßkraft vergrößert wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Oettinghaus (Milspe): Wir sind ein bißchen nervös geworden, aber wir haben wohl die stärksten Nerven, denn wir haben die Ausführungen der Mehrheit in aller Ruhe angehört. Es wäre richtig, wenn man uns ebenso behandelte.

Zwischen der Auseinandersetzung in der Fraktion und der hier auf dem Parteitag klafft ein gewaltiger Widerspruch. In der Fraktion hat man auch die Stellung der 30 anerkannt und erklärt, daß keiner wüßte, weder wir, die Schattierten, noch die Unbefleckten, was der beste Weg zu unserem Ziele sei. Auf dem Parteitag und in den Zeitungen stellt man es so hin, als wenn 30 Trottel mit aller Gewalt Hitler die Macht übergeben wollten. So sieht es ja nicht aus, sondern namhafte Vertreter auch der Mehrheit im Reichstag, wie der verstorbene Genosse Müller, Löbe und andere, standen mit uns auf dem Standpunkt, daß so die Frage gar nicht zu stellen sei: Ablehnung des Panzerkreuzers oder Machtergreifung durch Hitler. Ich sagte schon, die Fraktion war einmütig, daß keiner wußte, was richtig sei. Hier aber sagte Crispien, daß wir aus Bequemlichkeit und um draußen bei den Wählern in rosigem Licht zu erscheinen, diese Stellung eingenommen hätten. Bei der Kürze der Redezeit will ich es mir verkneifen, darzutun, welcher der bequemste Standpunkt ist. Ich will auch dem Ge-

nossen Roßmann nicht folgen, der meinte, es gehöre mehr Mut zu der Stellung, die die Mehrheit eingenommen habe. Das ist ungefähr das Niveau, als wenn die Kommunisten und die Indifferenten sagen: Ihr bangt um eure Ministersessel und Posten. Da haben wir euch in Schutz genommen. — Genosse Wels, Sie haben die unangenehme Eigenschaft, jeden Redner zu unterbrechen. (Händeklatschen auf der Galerie.)

Vorsitzender **Wels**: Die Redner glauben immer, wenn ich einen Zwischenruf mache, ich unterbräche sie. Aber in diesem Fall habe ich einen Zuruf gemacht, wozu ich wie jeder andere das Recht habe. Ich habe den Zuruf gemacht: Waren wir denn Minister?

Oettinghaus (Milspe), fortfahrend: Es ist wirklich unsere Auffassung, daß alle unsere Redner hier dauernd unterbrochen werden.

Ein paar Worte zu den Verbrechen, die wir begangen haben, den Illusionen und dem Disziplinbruch. Ich zeige Ihnen, welchen Weg wir vorhaben. Wenn es schon ein Verbrechen ist, Illusionen zu erregen, dann denken Sie einmal an den Magdeburger Parteitag. Dort hat Wels unter brausendem Beifall des gesamten Parteitages erklärt: Wenn schon einmal Diktatur, dann wir! Das war die Erweckung einer Illusion. Ich habe ihr auch vertraut. Aber ich bin kuriert.

Eine andere Illusion, die für die Partei und die gesamte Arbeiterklasse viel gefährlicher ist! Wer unter uns hat wirklich den Glauben, daß wir durch Parlament und Demokratie unsere Ziele erreichen können? (Lebhafte Rufe: Aha!) Kein Mensch! Ich schätze die Demokratie und benutze sie, um die Massen aufzurütteln und um sie zu schulen. Ich bin mir aber bewußt: Wenn die Demokratie uns auch nur einen gewissen Teil von Macht gibt, um an den Grundfesten des Kapitalismus zu rütteln, dann ist es mit der Demokratie vorbei. Das wird der Kapitalismus und werden die besitzenden Klassen nicht zulassen, daß wir ihnen mit Hilfe der Demokratie ihre Rechte nehmen und eine Planung in die Wirtschaft bringen. Was wollen Sie dann tun? Dann wollen wir, und das wollen wir auch heute schon tun, womit gestern der Genosse Wels und ich und die Genossin Sender einverstanden waren. Alle diese Dinge sind Machtfragen. Aber wir scheinen nicht einer Meinung in der Ansicht zu sein, wo die Macht unserer Partei liegt. Nicht im klugen Regieren, nicht im schlauen Paktieren liegt unsere Macht, sondern draußen in den Betrieben, in den Schächten und Hütten. (Zurufe.) Dort wird unser Vorgehen und wird auch die kommende Notverordnung unsere Macht nicht mehren. Diese Notverordnung, die jetzt drohend vor uns auftaucht, kann eine gewaltige Vermehrung unserer Macht bedeuten, wenn sie im schärfsten Kampf gegen uns durchgeführt wird. Sie wird aber eine Minderung unserer wirklichen Macht bedeuten, wenn sie durch unser Schweigen und Ausweichen angenommen wird. (Sehr richtig!) Wir sollen einig sein, die Arbeiterklasse soll einig sein! Sie wird nie einig werden, wenn wir dauernd schlau ausweichen und zurückweichen. Sie wird im schärfsten Kampf gegen die jetzige Behandlung durch die Brüning-Regierung einig sein. (Sehr gut! auf der Galerie.)

Ein paar Worte zum Disziplinbruch. Genosse Sollmann spricht von der geheiligten Disziplin. Ich habe kein Bedürfnis für Heiligtümer. Wenn ich schon etwas für heilig anerkenne, ist es die alte Tradition der Sozialdemokratischen Partei, unsere Überlieferung, unser Programm. Darin aber finde ich nichts, was mich verpflichtet, für Panzerkreuzer einzutreten. Unsere Toten, auf die sich Sollmann berufen hat, würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie hörten, was man heute von uns verlangt, wozu wir uns hergeben sollen. (Zurufe.) Ich bin bereit, die Disziplin zu achten und mich unter jedem Beschluß einzureihen, wenn er mit den heiligen Zielen der Sozialdemokratie und des Sozialismus in Einklang zu bringen ist. (Zuruf: Wie ich sie auffasse!) Aber Sie werden mich nie zum Kadavergehorsam bereit finden, wenn Dinge verlangt werden, die wir seit Jahrzehnten, seit dem Bestehen der Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpft haben. (Bravo! auf der Galerie. — Zuruf: Wird ja gar nicht verlangt!)

Wer hat nun bei der Auseinandersetzung recht gehabt? Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß alles, was wir vorausgesagt haben, über die arbeitende Klasse in Deutschland hinweggegangen ist. Es wird sich im Laufe dieser Woche noch zeigen, was noch mehr kommt. Glauben Sie, das wäre für die Gewerkschaften und die Partei tragbar? Die Gewerkschaften haben zum erstenmal in der Geschichte der Sozialdemokratie sich ohne Rücksicht mit aller ihrer Macht für die Sozialdemokratie eingesetzt. (Bravo!) Ich bin es gewesen, der das auf dem Verbandstag der Metallarbeiter begrüßt hat. Aber dieses Eintreten mit den ungeheuren Mitteln und dem Apparat verpflichtet auch die Sozialdemokratie. Es ist für die Gewerkschaften untragbar, wenn durch die neue Notverordnung der Regierung Brüning eine neue Welle des Gehalts- und Lohnabbaues über die Arbeiterklasse hereinbricht. Deshalb müssen wir auf diesem Parteitag dazu Stellung nehmen und müssen erklären, was wir wollen. Es ist in der Fraktion nicht gesagt worden, daß der Parteitag sich entscheiden soll. Es ist vielmehr klipp und klar gesagt worden: Wir wollen dem Parteitag die Entscheidung nicht vorwegnehmen. Deshalb müssen wir Stellung dazu nehmen. Ich hoffe, daß die Stellung so sein wird, daß im Interesse der Arbeiterklasse Deutschlands eine weitere Belastung der Arbeiterklasse, eine weitere Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung energisch zurückgewiesen und abgelehnt wird. (Bravo! und Händeklatschen.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Georg **Koser** (Neu-Isenburg): Ich stehe nicht im Verdacht, Abgeordneter oder Parteiangestellter zu sein. Ich fühle mich aber verpflichtet, einiges zu dem Gehörten zu sagen. Ich muß mich wundern, daß einige Diskussionsredner und auch Abgeordnete aus der Vergangenheit nichts gelernt haben. Ich bedauere das, weil wir noch nie von so viel Feinden in Deutschland umgeben waren wie jetzt. Wenn die Massen draußen manches von dem hören würden, was einzelne Diskussionsredner ausgeführt haben, würden sie die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. (Sehr richtig!) Die Massen draußen haben ganz andere Schmerzen, als daß jetzt über diesem Panzerkreuzerkonflikt soviel kostbare Zeit verloren gehen darf. Ich will einige dieser Schmerzen aus den Genossenkreisen, mit denen ich täglich verkehre, vorbringen.

Breitscheid hat ganz richtig gesagt, daß wir seit einem halben Jahre ununterbrochen mit aller Energie den Faschismus bekämpfen. Die Genossen draußen im Lande bedauern es außerordentlich, daß erst der 14. September kommen mußte, bevor mit dieser Energie gegen die Mordbanditen vorgegangen wurde! (Beifall.) Die Massen stehen noch hinter uns, sie wollen und werden marschieren. Hat es sich nicht täglich gezeigt, daß unsere Reichsbannerkameraden, die einen außerordentlichen Idealismus aufbringen, die jeden Sonntag, nur mit einem Stück Brot in der Tasche, für die Republik marschieren, von den faschistischen Mordbanditen unter Führung des Stahlhelms schwer verwundet, ja hingemordet werden? Deshalb verlangt die deutsche Arbeiterschaft, daß gegen diese Mordbanditen ganz entschieden vorgegangen wird.

Es wäre von ganz gewaltiger Bedeutung, Parteigenossen, wenn auch auf diesem Parteitag ein ernstes Wort über unsere elende Rechtsprechung und Justiz gesprochen würde. (Lebhafte Zustimmung.) Wo wird diese Mordbrut gezüchtet? Auf den Hochschulen! Die Professoren — Anwesende sind ausgeschlossen — sind die Wegbereiter für die monarchistischen Mordbanditen. (Sehr wahr!) Wir erleben es täglich, daß Justiz und Hochschulen den Staat unterminieren. Dagegen müssen wir uns wehren. Wenn wir schon jetzt sehen, wie unsere Brüder hingemordet werden, wie soll dann erst der Staat aussehen, der durch diese Hitlerbanditen kommen soll? Schon jetzt dürfen diese Lumpen unsere Arbeitsbrüder ungestraft hinmorden. Wie soll es erst werden, wenn diese Brut am

Ruder ist? (Lebhafter Beifall.) In der Justiz, in den Verwaltungsämtern und bei den Professoren muß einmal nachgesehen werden. Die Arbeiterschaft kann es nicht verstehen, daß beispielsweise nationalistische Volksschullehrer und höhere Beamte — hauptsächlich bei der Post — das Geld der verhaßten Republik einstecken, Urlaub nehmen und auf Reisen gehen. Den Abgeordneten des Reichstages und der Landtage gebe ich diese Aufforderung zur Kenntnis: nehmt den Kampf gegen diese Hallunken in Amt und Würden auf! Sie sind die gefährlichsten Feinde der Demokratie.

Nun zu etwas anderem! Ich bin der Auffassung, daß die gegenwärtige Krise international behoben werden muß. Wer wie ich in den letzten Jahren vor Augen sah, wie der Rationalisierungsprozeß vor sich gegangen ist, wird meiner Auffassung sein, daß wir andere Methoden ergreifen müssen, um die Masse der Arbeiterschaft wieder in den Produktionsprozeß hineinzubringen. Ich las heute morgen die „Leipziger Neuesten Nachrichten". Diese Zeitung stellt es so hin, als seien wir nicht die Vertreter der großen Masse, als hätten unsere Parteigenossen den Weg zur Partei erst in der Nachkriegszeit gefunden. Diese Herrschaften wissen ganz genau, daß die Sozialdemokratische Partei auch vor dem Kriege die stärkste Partei in Deutschland war.

Parteigenossen, ich gestehe ganz offen ein, daß ich noch bis vor wenigen Jahren den Glauben hatte, daß die Kommunisten unsere Brüder sein könnten. Aber wenn wir erleben, wie unsere Minister, unsere Bürgermeister und Abgeordneten von den Kommunisten auf das schmählichste beschimpft werden, dann müssen wir uns mit Ekel davon abwenden. (Lebhafte Zustimmung.) Unter diesen Umständen ist eine Verbrüderung mit den Kommunisten nicht möglich. Vor Jahren hieß es: Heraus aus den Gewerkschaften! Später wurde gerufen: Hinein in die Gewerkschaften! Heute folgt man wieder der ersten Parole. Die Arbeiterbewegung soll zersplittert werden. Die Kommunisten versuchen, unsere Sportvereine zu unterminieren, und das nennen sie noch Arbeiterpolitik! Ich meine, der Parteitag sollte heute und morgen unter allen Umständen den Eindruck der Einigkeit machen. (Lebhafter Beifall.)

Siemsen (Jena): Parteigenossinnen und -genossen! Zunächst eine Feststellung. Genosse Frölich meinte, daß dem Genossen Rosenfeld und meiner Wenigkeit der Vorwurf eines besonderen Disziplinbruches zu machen sei, da wir gegen einen Beschluß des Bezirksparteitages Thüringen gehandelt hätten. Meine Zeit erlaubt es nicht, hier auf die Interna des Bezirks Thüringen einzugehen. Ich begnüge mich mit der Feststellung, daß Rosenfeld und ich Delegierte des Parteitages sind, weil wir das Vertrauen der Mitgliedschaft des Bezirkes haben. (Zurufe.)

Dann eine Bitte an den Genossen Wels! Er hat sich scharf dagegen gewandt, daß von einem Diskussionsredner behauptet worden sei, in der Partei fehle es manchmal an der nötigen Demokratie. Ich bitte den Genossen Wels, dafür zu sorgen, daß vor allem einmal der Sozialdemokratische Pressedienst etwas demokratischer berichtet. In dem Bericht sind den Ausführungen der Genossen Dittmann und Crispien je 30 Zeilen gewidmet, während den Rednern unserer Meinung nur drei, vier oder fünf Zeilen zugestanden worden sind. Das ist nicht Demokratie, sondern Apparat! (Lebhafte Zustimmung.)

Sollmann hat in seinem Referat gemeint, er habe auch ein gewisses Verständnis für die kirchlichen Interessen. Er hat das gleich in seinem Referat bekundet, indem er eine kirchliche Handlung vorgenommen hat. Er hat nämlich die Disziplin heilig gesprochen. (Zurufe.) Es wäre sehr verlockend, etwas Grundsätzliches über den Disziplinbruch zu sagen. Das ist in 10 Minuten nicht möglich, ich will nur folgendes feststellen: Ich glaube, es besteht ein gewisser Unterschied zwischen militärischer und sozialistisch-proletarischer Disziplin. (Lebhafte Zustimmung.) Ich verweise Sie darauf, Genossen, daß die englischen Parteigenossen, die ja die Demokratie etwas länger haben als wir in Deutschland, für die Heiligsprechung des Disziplinbegriffes kein Verständnis haben.

Wir sind bei unserem Disziplinbegriff von der militärischen Monarchie beeinflußt, ebenso wie die Bolschewisten in dieser Beziehung vom Zarismus beeinflußt sind. Ich halte eine grundsätzliche Erörterung der Bedeutung des Disziplinbegriffes im proletarischen Klassenkampf und in der Demokratie einmal für notwendig. Ich glaube, man würde dann zu etwas anderen Anschauungen kommen, als sie gegenwärtig von der Mehrheit vertreten werden.

Auf dem Parteitag in Magdeburg wurde eine ziemlich ausgedehnte Kulturdebatte geführt, weil das preußische Konkordat seine Schatten bereits voraus warf. Auf diesem Parteitag ist — das ist verständlich — von Kulturfragen wenig gesprochen worden, weil andere Probleme im Vordergrund stehen. Ich glaube jedoch, daß ein paar Worte zu dieser Seite unseres Kampfes am Platze sind. Die Konkordatsgegner haben damals schwere Bedenken geäußert. Ich glaube, sie haben recht behalten. Heute müssen wir feststellen, daß die Verchristlichung der deutschen Republik ungeheuer fortgeschritten ist. (Sehr wahr!) Ich verweise darauf, daß der Reichsinnenminister Wirth bei der Etatsberatung im Reichstag eine geradezu bewußt provokatorische Rede gegen die Agitation der Freidenker gehalten hat. Der Widerhall in unserer Presse war sehr gering. Das „Berliner Tageblatt" warf damals die Frage auf, ob denn Wirth Reichsinnenminister der deutschen Republik sei oder Vertreter der katholischen Kirche, ob die Novemberrevolution etwa eine religiöse, eine christliche Revolution gewesen sei. Es wäre wichtiger gewesen, wenn auch unsere Parteipresse damals etwas energischer aufgetreten wäre. Aber die Rücksicht auf den Koalitionspartner lähmt uns eben.

Wirth und bürgerliche Redner haben damals im Reichstag gefordert, daß der Staat mit seinen Mitteln, mit Gesetz und Polizei, die kirchliche Tradition gegen die Angriffe der Freidenker zu schützen habe. Diesen Forderungen, die unter dem Schlagwort: Kampf dem Kulturbolschewismus! erhoben wurden, ist denn auch in der Notverordnung Rechnung getragen worden. Gegenüber der Behauptung des Genossen Sollmann, wir stellten uns schützend vor die Freidenker, stelle ich fest, daß die Freidenker, besonders ihr Vorsitzender, Sievers, nach wie vor die Notverordnung als ein unerträgliches Ausnahmerecht gegen die Freidenkerorganisationen betrachten und von der Fraktion eine energischere Stellungnahme dagegen erwarten. Wenn man sagt, die kommunistische Freidenkerpropaganda sei roh, brutal und gemein, dagegen müsse vorgegangen werden, dann bitte ich Sie, sich doch einmal die Ihnen vorliegende Nummer der Zeitung „Der sozialistische Freidenker" anzusehen. Da steht einiges darüber, daß auch von kirchlicher Seite schwere Mißgriffe vorkommen. So ist etwa der Freidenker mit dem Mistkäfer verglichen worden, der überall den Dreck sucht, um seine Eier hineinzulegen. Da wurde der Freidenker als ein Mensch bezeichnet, der nur geschlechtskranke Kinder zeuge. Noch vor kurzem ist es vorgekommen, daß ein Vertreter der bayrischen Volkspartei die ungeheuerliche Verleumdung aussprach, aus den Kinderfreundezeltlagern kämen die Mädels schwanger und Jungen mit Geschlechtskrankheiten zurück. Könnte unter diesen Umständen nicht mit demselben Recht, ja eher, ein Gesetz gegen die Ausschreitungen von kirchlicher Seite gefordert werden? (Lebhafte Zustimmung.)

Heilmann hat für das Vorgehen gegen die Freidenker im „Freien Wort" Material gebracht, aber einen Artikel abgelehnt, der solche Ausschreitungen von kirchlicher Seite aufzählte. (Hört! Hört!) Ist das noch sozialistische Politik? Heilmann hat auch eine sehr merkwürdige Auffassung über den § 218 im „Freien Wort" vertreten. Es wäre überhaupt manches über diese Zeitschrift zu sagen, aber diese beiden Hinweise mögen hier genügen.

Genosse Breitscheid hat sehr schöne Worte für die Jugend gefunden. Er hat darauf hingewiesen, daß die heutige Schule vielfach ein Verbrechen an unserer Jugend begehe. Aber wenn wir das feststellen, müssen wir auch die Folgerungen daraus ziehen, uns mehr um die Schule zu kümmern. Wie muß es wirken, wenn im republikanischen Preußen dissidentische Lehrer nicht angestellt werden

dürfen? Im faschistischen Thüringen wurden sie angestellt. (Zuruf.) Ich halte es für einen Skandal, daß den dissidentischen Lehrern in Preußen die staatsbürgerlichen Rechte genommen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Damit nehmen wir den Lehrern das Gefühl, daß Sie unseren Schutz genießen. Ich wiederhole, was ich schon auf dem Magdeburger Parteitage gesagt habe: eine aktivere Schulpolitik stützt auch die Bewegung der weltlichen Schule, fördert die freien Schulgesellschaften. In dieser Beziehung herrscht viel zuviel Gleichgültigkeit, wird viel zuviel Rücksicht auf das Zentrum und die Kirche genommen.

Zum Schluß ein Wort zu dem päpstlichen Rundschreiben Quadragesimo anno! Da heißt es in einem „Vorwärts"-Artikel dick gedruckt, daß der Papst in diesem Rundschreiben eine Neuordnung der gesamten Wirtschaft fordere, daß er den Monopolkapitalismus bekämpfe. Das hat die Kirche immer getan. Sie ist im Herzen nie kapitalistisch gewesen, sondern vertritt eine ständische Mittelstandspolitik. Aber das bedeutet doch nicht, daß sie sozialistisch ist! Es heißt auch deutlich in dem Rundschreiben, daß man nicht zugleich Katholik und wahrer Sozialist sein könne. Welche Folgerungen zieht der „Vorwärts" daraus? Man erstaunt, wenn man liest: „Querum novarum" sei der Umschwung gewesen. Es ist gar kein Umschwung da! Es heißt weiter, „Quadragesimo anno" sei ein Fortschritt, es werde nicht 40 Jahre dauern, bis sich die Kirche zum Sozialismus bekenne. (Heiterkeit.) Denken Sie sich, Genossen, daß wir am 1. Mai und zu Fronleichnam hinter Heiligenbildern und roten Fahnen marschieren und der Papst auf dem Vatikan die rote Fahne mit dem Kreuz hißt! (Große Heiterkeit.)

Die christlich-katholische Aktion wird von uns mit allzu großer Passivität hingenommen. Auch das gehört zur Tolerierungspolitik. Diese Duldung stärkt aber dasselbe Zentrum, von dem Breitscheid gesagt hat, daß wir uns auf sein Bündnis mit den Nazis einstellen müssen. Wir stärken also durch unsere Politik unsere Gegner, so daß wir in dem Augenblick, wo wir kämpfen müssen, geschwächt sind. Ich sage in vollem Verantwortungsbewußtsein: Wir müssen den Kampf, der uns aufgezwungen wird, aufnehmen, wir können nicht dauernd ausweichen und tolerieren, wir müssen uns zu dem Kampf stellen, zu dem man uns zwingt! (Stürmischer Beifall.)

Vors. **Lipinski:** Der Genossen Siemsen hat sich darüber beschwert, daß der Pressedienst der SPD. einige Reden zu kurz wiedergebe. Mir ist der Bericht des Pressedienstes zugestellt worden. Ich stelle fest, daß die Rede jedes Delegierten in ein bis zwei Folioseiten in Maschinenschrift wiedergegeben ist. Was die Redaktionen damit machen, hängt natürlich nicht von dem Pressedienst ab, sondern von ihnen selbst. Der Vorwurf des Genossen Siemsen trifft also nicht zu.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Vorsitzender **Wels:** Genosse Oettinghaus hat gesagt, ich hätte auf dem Magdeburger Parteitag in meiner Begrüßungsansprache über die Diktatur gesprochen. Aus seinen Ausführungen klang heraus, daß ich mit meiner Bemerkung über die Bereitschaft der Sozialdemokratie, gegebenenfalls eine Diktatur zu führen, diesen Boden verlassen hätte. Ich halte es für notwendig, hier vor dem Parteitag mein Bekenntnis zur Demokratie, das ich damals abgegeben habe, noch einmal zu verlesen. Ich habe gesagt:

„Nein, es ist unsere Aufgabe, die Demokratie zu stärken und die Republik zu schützen. Gelänge es den Feinden der Republik, der Demokratie in Deutschland so schweren Schaden zuzufügen, daß einmal kein anderer Ausweg bliebe als Diktatur, dann, Parteigenossen, sollen Stahlhelm, sollen Nationalsozialisten, sollen ihre kommunistischen Brüder von Moskau das eine wissen: die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind die Vertreter der großen Masse des deutschen Volkes, festgefügt in ihren Organisationen. In verantwortungsbewußtem Handeln und unzerbrechlicher Disziplin würden sie auch trotz ihrer demokratischen Grundeinstellung die Diktatur zu handhaben wissen."

Danach ist in dem Bericht „Lebhafter Beifall" bezeichnet. Ich fügte dem hinzu:

„Das Recht auf Diktatur fiele ihnen allein zu, niemand anderem, und damit wäre auch die Garantie für eine Rückkehr zur Demokratie nach Überwindung von Schwierigkeiten, die wir nicht wünschen, gegeben." (Lebhafter Beifall.)

Ich habe davon keinen Satz und kein Wort zurückzunehmen. (Sehr gut!) Was sich seit jenem Tage ereignet hat, ist die Wahl vom 14. September. (Sehr richtig!) Aber wer von den Kritikern des Vorstandes kann behaupten, dieser Tag habe uns schwach gemacht? Wann habt ihr den Parteivorstand jemals die Partei zu stärkerer Aktivität aufrufen sehen als in jenen Tagen? (Lebhafte Zustimmung.) Sowohl im Ausschuß wie auch sonstwo haben wir uns für die Aktivisierung der Partei ausgesprochen. (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Genosse Oettinghaus sprach davon, unsere Haltung in der Panzerkreuzerfrage widerspreche allen Traditionen. Ich erwidere: lest das Programm von Erfurt, lest Kautsky und Schönlank! Dann werdet ihr die Widerlegung dieser Auffassung finden. Es ist uns entgegengehalten worden, die Frage der Disziplin lasse sich in zehn Minuten nicht erledigen. Ich sage es euch in einer Minute. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Ich kenne in der Partei nur ein Recht. Als ich Gewerkschaftsführer war, stand ich oft vor meinen Kollegen, die als Saisonarbeiter oft monatelang arbeitslos waren, und ich konnte immer wieder feststellen, daß sie, auch wenn sie erst acht Tage wieder in Arbeit standen, auch wenn Frau und Kinder krank zu Hause lagen, auch wenn sie verschuldet waren, einen Streikbeschluß in voller Solidarität durchführten; sie taten ihre Pflicht, oder das Brandmal des Streikbrechers haftete ihnen zeitlebens an. Das war vielleicht Gewissenszwang, und doch kannten sie nur die Solidarität. (Sehr richtig!) Aber was für den Streik in der Fabrik gilt, das gilt auch für das Parlament. Für jedes Gemeindeparlament und für jede Landtagsfraktion, für die Fraktion des Preußischen Landtags, der Grundfeste der europäischen Demokratie, wie sie in vielen Versammlungen genannt worden ist, ist diese Solidarität auch nach Auffassung der Opposition unbedingt notwendig; aber im Reichstag sollen die einen so stimmen können, die anderen sich der Stimme enthalten und die dritten mit den Kommunisten gehen können. (Stürmischer Beifall.)

Kirchmann (Stralsund, persönliche Bemerkung): Genosse Röhle hat behauptet, ich hätte erklärt, Preußen sei der Hort der Reaktion. (Röhle: Das war ein Irrtum meinerseits!) Ich kann feststellen, daß ich im Gegenteil gesagt habe, Preußen sei der einzige Hort gegen die Reaktion. Ich habe hinzugefügt, daß wir nicht wüßten, wie lange dieser Hort noch bestehe, und daß bei der immer weiteren Verelendung schließlich uns die Verantwortung für alles zugeschoben würde.

Genosse Röhle hat weiter behauptet, ich hätte mich mit den Neun solidarisiert. Auch das stimmt nicht, sondern ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich den Disziplinbruch der Neun verurteile, weil er die Aufhebung der ganzen Parteidisziplin und Parteieinheit bedeuten würde.

Böchel (Chemnitz, persönliche Bemerkung): Der Antrag Hamburg schließt in das Mißbilligungsvotum auch den Bezirk Chemnitz-Erzgebirge ein. Wir haben nicht die Absicht, uns der solidarischen Verantwortung zu entziehen; aber ich stelle fest, daß es uns dadurch, daß die Chemnitzer Delegation die Anordnungen des Vorsitzenden für die Wortmeldung befolgt hat, unmöglich gemacht worden ist, die Stellungnahme des Bezirks darzulegen.

Vorsitzender **Wels:** Ich darf dazu eine Mitteilung machen. Zu dieser Sache lag die Stellungnahme des Parteivorstandes und des Parteiausschusses vor, die in der Presse bekanntgegeben worden ist. Ich persönlich habe dem Genossen Sollmann den Rat gegeben, in seinem Referat auf den Inhalt des Antrages Hamburg hinzuweisen. Mittlerweile ist eine Formulierung vorgelegt worden,

durch die der Antrag Hamburg ersetzt werden kann. Das wird sich bei der Abstimmung ergeben.

Vorsitzender **Lipinski:** Ich habe inzwischen den Antrag Nr. 203 erhalten und muß feststellen, daß der Antrag Chemnitz darin nicht wiederkehrt.

Siemsen (Jena) (persönliche Bemerkung): Meine Kritik an der ungleichen Berichterstattung über den Parteitag bezog sich auf den Materndienst, für den meines Wissens der Genosse Heilmann verantwortlich ist. Es bleibt also das bestehen, was ich gesagt habe.

Vorsitzender **Lipinski:** An meiner Feststellung wird auch durch diese Erklärung des Genossen Siemsen nichts geändert. (Heiterkeit.)

Röhle (Frankfurt a. M.) (persönliche Bemerkung): Ich habe dem Genossen Kirchmann Unrecht getan. In meinen Ausführungen wurde ich gerade durch Beifall unterbrochen und habe den weiteren Teil nicht ausführen können. Ich habe aber gesagt, Genosse Kirchmann hat erklärt, „die Genossen in der preußischen Regierung leisteten schwerste Arbeit, und wir jubeln ihnen zu". Darin liegt, daß heute in Preußen keine Reaktion vorhanden ist.

Oettinghaus (Milspe): Ich habe einen Antrag zur Geschäftsordnung einzubringen, der nach der Geschäftsordnung zulässig ist. Wie wir wissen, wird bestimmt im Laufe dieser Woche die Notverordnung Gesetz werden. Wir wissen heute schon, daß die Sozialgesetzgebung gewaltig verschlechtert und daß sie durch den weiteren Gehaltsabbau bei den Beamten eine neue Welle des Lohnabbaues einleiten wird. Nichts war von größerer Bedeutung für die politische Entwicklung in den letzten Jahren als die Stellung der Sozialdemokratie zu diesen Dingen. Deshalb beantrage ich:

> Schlußworte und Abstimmungen zurückzustellen, bis die Notverordnung vorliegt und, wenn nötig, den Parteitag länger zusammenzuhalten, damit er als höchste Instanz der Partei entscheiden kann, ob die von dem Genossen Sollmann und anderen erwähnte Grenze der Tolerierung der Regierung Brüning erreicht ist.

(Lachen.) Wenn Sie darüber lachen, scheint Ihnen nicht bewußt zu sein, von welch einschneidender Bedeutung die Notverordnung für das deutsche Proletariat sein wird. (Sehr richtig!)

Zur Begründung meines Antrages muß ich folgendes ausführen. Wir sind es unseren Wählern und unseren Funktionären, die das Rückgrat der Partei darstellen, schuldig, über diese wichtige Frage auf dem Parteitag zu entscheiden. Fraktion und Partei sind sich einig darin, daß wirtschaftspolitisch die Regierung Brüning das Gegenteil von dem tut, was wir alle für richtig halten. Die Fraktion hat seinerzeit einstimmig festgestellt, daß ein Lohnabbau die falscheste Wirtschaftspolitik sei, daß die Kaufkraft dadurch vermindert und die Erwerbslosigkeit vergrößert werde.

Vorsitzender **Lipinski:** Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie nur eine Redezeit von 10 Minuten haben und daß Ihre Zeit abgelaufen ist.

Oettinghaus (Milspe): Bei selbständigen Anträgen hat der Antragsteller nach der Geschäftsordnung eine Redezeit von 20 Minuten. (Widerspruch und Zurufe.) — Wenn wir zu der Notverordnung nicht auf dem Parteitag mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen, dann wird es auch nicht gelingen, die Tausende und aber Tausende von Arbeitern, die noch beim Zentrum sind, vom Zentrum loszulösen. Heute hat kein Zentrumsarbeiter Veranlassung, vom Zentrum wegzugehen, weil wir das dulden, was Brüning tut. Es ist unsere historische Aufgabe, gegen die neuen Verschlechterungen der Notverordnung zu kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Dittmann (Berlin): Genosse Oettinghaus hat eine vollständig verfehlte Auslegung der Geschäftsordnung gegeben. Selbständige Anträge, bei denen eine verlängerte Redezeit zugelassen ist, müssen Anträge sein, die als besondere Punkte auf die Tagesordnung gesetzt worden sind (Sehr richtig!), dürfen aber keine Anträge sein, die zu irgendeinem Tagesordnungspunkte gestellt werden. Wäre es anders, so könnte jeder Delegierte sich eine verlängerte Redezeit verschaffen, indem er irgendeinen Antrag stellt. (Sehr richtig!) Ich bitte den Parteitag, von dem, was er sich in seiner Geschäftsordnung selbst als Gesetz für alle festgelegt hat, nicht abzuweichen. (Beifall.)

Seydewitz (Zwickau): Ich verstehe nicht, was der Genosse Dittmann sagen wollte. Genosse Oettinghaus hat keinen selbständigen Antrag eingebracht. (Widerspruch.) Er hat den geschäftsordnungsmäßigen Antrag gestellt, die Schlußworte und die Abstimmungen jetzt zurückzustellen und in der Erledigung der sonstigen Tagesordnung fortzufahren, bis uns die Notverordnung bekannt ist, damit die Parteigenossen auf dem Parteitag bei der Abstimmung noch auf Grund des Wortlautes der Notverordnung Stellung nehmen können.

Vorsitzender **Lipinski:** Es ist bisher nicht üblich gewesen, wegen eines Gesetzentwurfs oder einer Notverordnung, die noch nicht vorliegt und deren Inhalt wir noch nicht kennen, die Verhandlungen des Parteitages zu unterbrechen. (Zustimmung und Widerspruch.) Inzwischen ist mir der Antrag des Genossen Oettinghaus übermittelt worden, der lautet:

> Ich beantrage, Schlußworte und Abstimmung zurückzustellen, bis die Notverordnung vorliegt, wenn nötig, den Parteitag länger zusammenzuhalten, damit er entscheiden kann.

Dieser Antrag wird mit erdrückender Mehrheit abgelehnt.

Vorsitzender **Wels:** Es ist mir schon zu wiederholten Malen von Delegierten mitgeteilt worden, daß der Ordnerdienst im Saal nicht mit der notwendigen Konsequenz dafür sorgt, daß nur legitimierte Mitglieder sich im Zuhörerraum befinden. Soeben erhalte ich wieder eine solche Mitteilung, nach der sich unter den Zuhörern Mitglieder der Kommunistischen Partei aufhalten. Ich weise die Ordner an, schärfste Kontrolle zu üben. (Zurufe von der Galerie.) Ich muß es mir verbitten, daß die Galerie sich in die Geschäfte des Parteitages einmischt. (Lebhafte Zustimmung.)

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Schlußwort zum Referat Faschismus

Dr. **Breitscheid** (Berlin), (Schlußwort): Genossinnen und Genossen! In der Diskussion ist über mein Referat verhältnismäßig wenig gesprochen worden. Der Genosse Kleineibst hat sein Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß in der Debatte die auswärtige Politik zu kurz gekommen sei. Dafür können natürlich die beiden Referenten nicht. Sowohl Sollmann wie ich haben in der Tat die auswärtige Politik nur gestreift; aber wir haben trotzdem meiner Meinung nach deutlich das gesagt, was zu sagen ist. Ich in meiner Kritik an dem Außenminister Dr. Curtius, und Sollmann, indem er erklärte, daß in Fragen der Außenpolitik wohl keine Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reichstagsfraktion vorhanden seien. Ich glaube, daß das, was Sollmann gesagt hat, durchaus richtig ist.

Was der Genosse Kleineibst in der Diskussion hätte vorbringen wollen, ist mir nicht bekannt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß er etwas vortragen wollte, was im Gegensatz zu den Auffassungen der Fraktion steht, die kurz dahin zusammenzufassen sind, daß unsere Aufgabe dahin geht, nach wie vor eine Friedens- und Verständigungspolitik auf internationaler Grundlage zu betreiben, jeder nationalistischen Anwandlung und jedem Zugeständnis in Worten

und Handlungen an die Forderungen des Nationalismus mit Entschiedenheit entgegenzutreten. (Sehr richtig! — Zuruf des Genossen Kleineibst.) Verzeihen Sie, Genosse Kleineibst, ich habe Sie nicht verstanden. Oder sagten Sie, Sie seien mit der Aufgabe einverstanden, aber nicht mit der Durchführung? Ja, dann tut es mir leid, daß Sie nicht Gelegenheit hatten, die Durchführung zu kritisieren. Vielleicht bietet sich dazu ein andermal die Möglichkeit. Ich bin nicht der Meinung, daß wir es irgendwie an der Durchführung der eben proklamierten Grundsätze haben fehlen lassen. (Sehr wahr!)

Nur ein paar Worte zu der Kritik, die an meinem Referat geübt worden ist! Die schärfste Kritik war zweifellos die, die von dem Genossen Jenssen kam, der mir nachgesagt hat, daß ich es an dem nötigen Marxismus habe fehlen lassen und daß ich mich nicht auf den Boden der materialistischen Geschichtsauffassung gestellt habe, insbesondere, als ich von dem Entwicklungsgang Mussolinis sprach. Ich gebe ohne weiteres zu: ich bin ein recht schlechter Theoretiker. Aber eben deshalb gehöre ich zu den Bewunderern der Theoretiker, und nicht zu denen, von denen der Genosse Jenssen sagte, daß sie die Theoretiker verachteten. Nun habe ich den Eindruck, als ob auch die Theoretiker, wenn man darunter auch alle diejenigen versteht, die immer ein Marxzitat bei der Hand haben (Heiterkeit), alle diejenigen, die glauben, daß man jede neue Situation mit Zitaten stützen oder bekämpfen könne, die für diese Situation nicht geschrieben wurden (Sehr gut!), nicht einig sind, sobald es sich um Fragen der Gegenwartstaktik handelt. (Zustimmung.) Deshalb ist es sehr schwer, die Forderung aufzustellen: wir sollen uns in der Praxis an die Theoretiker halten oder gar an diejenigen, die sich als Theoretiker ausgeben, die glauben, den Marxismus mit Löffeln gefressen zu haben (Sehr gut!), und die meinen, daß sie nie in die Lage kämen, von den geheiligten Grundsätzen des Marxismus abzuweichen. Wenn ich Ihnen das Leben, den Charakter oder Nichtcharakter Mussolinis vorgetragen habe, so nicht, um zu sagen, daß Mussolini allein die faschistische Bewegung in Italien gemacht habe, sondern um ihn in Zusammenhang mit dieser faschistischen Partei zu stellen. Wenn Mussolini trotz seiner Charakterlosigkeit, trotz seines inneren Widerspruchs, trotz seiner Programmlosigkeit, trotz seines Hinüberwechselns zum Kapitalismus, nachdem er als Scheinsozialist angefangen hatte, eine so große Rolle spielen konnte, so doch nur auf der Basis einer vorhandenen Massenbewegung, auf der Basis bestimmter sozialer und soziologischer Tatsachen. (Sehr richtig!) Mussolini ist nichts anderes als der Exponent dieser Tatsachen, und als solchen habe ich ihn hinzustellen gesucht, wobei ich im übrigen insofern von dem Marxismus, wie ihn gewisse Leute auffassen, abweiche, als ich der Überzeugung bin, daß menschlicher Wille und Persönlichkeiten doch zum mindesten vorübergehend in der Lage sind, die Politik, die Geschicke der Menschen und der Völker sehr stark zu beeinflussen. (Sehr wahr!)

Aber vielleicht war dieser Satz von Jenssen nur aufgestellt worden, um auf die Unterschiede in den sozialen Voraussetzungen in Italien und Deutschland hinzuweisen und dann zu dem Ergebnis zu kommen: folglich bedeutet der Faschismus in Deutschland nicht die Gefahr, die er in Italien ist. Diese Verschiedenheit der sozialen Voraussetzungen kenne ich auch. Ich weiß, daß in Italien 55 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind, daß die Landwirtschaft in Italien in der Hauptsache Latifundienbesitz ist und daß zu diesem Latifundienbesitz eine gewaltige Anzahl von analphabetischen Landarbeitern gehört. Mir ist bekannt, daß es in Italien viel weniger Großindustrie gibt als in Deutschland, und ich komme zu dem Schluß, daß der Faschismus in Italien allerdings, was die Zeit seiner Dauer angeht, eine größere Gefahr ist, als der Faschismus in Deutschland. Aber ich ziehe nicht den Schluß, daß wir in der Bekämpfung des Faschismus in Deutschland deshalb weniger energisch sein sollten. (Sehr gut!) Der Faschismus in Deutschland — ich habe das in meinem Referat ausgeführt — ist für die

Dauer keine Gefahr, weil er theoretisch so schlecht fundiert ist; aber er ist eine Augenblicksgefahr, er ist eine unendliche Gefahr in der wirtschaftlichen Situation, in der wir uns befinden (Sehr wahr!), er ist eine große Gefahr angesichts der Demoralisierung in zahlreichen Kreisen unserer Bevölkerung. Er ist eine Gefahr, weil, wie Jenssen und andere richtig sagen, er eben doch eine gewisse Unterstützung von einer Klasse erhält, die zwar nicht eigentlich faschistisch denkt, die aber den Faschismus vorübergehend benutzen will, um ihren Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft führen zu können. Unterschiede zwischen Italien und Deutschland sind vorhanden, was die Dauer der Gefahr angeht; aber kein Unterschied besteht, was die Intensität der Gefahr im gegenwärtigen Moment betrifft. (Zustimmung.) Daher ziehe ich nicht die Schlußfolgerung: wir brauchen den Faschismus nicht so ernst zu nehmen, wir brauchen über Kampfmethoden gegenwärtig nicht so intensiv nachzudenken; denn er wird von selber abwirtschaften.

Ich schätze den Genossen Eckstein als einen persönlich sehr sympathischen und liebenswürdigen Parteigenossen. (Heiterkeit.) Er kann nur die Rednertribüne nicht vertragen. (Erneute Heiterkeit.) Er hat hier, um zunächst bei der Form zu bleiben, eine Rede gehalten, als wenn er in einer gegnerischen Versammlung spräche und nicht in einer Versammlung von Parteigenossen und noch dazu auf einem Parteitag, wo agitatorische und deklamatorische Redensarten zugunsten der Sachlichkeit in den Hintergrund treten sollten. (Sehr richtig!) Ich gehöre nicht zu denen, die sich über eine Opposition ärgern und sie am liebsten in Grund und Boden vernichten möchten. Ich schätze in einer Partei und in einer Fraktion die Opposition, die sich gegen die Leitung richtet. Aber diese Opposition muß zwei Voraussetzungen erfüllen. Sie darf auch in der Form nicht den Eindruck erwecken, als ob es sich um tiefe weltanschauliche Gegensätze handelte (Sehr richtig!), und zweitens muß sie ein bißchen gescheit sein (Händeklatschen.) und ihre Politik so gut und geschickt führen, daß die Gegner gezwungen werden, über ihre Ausführungen nachzudenken und nachzuprüfen, ob sie richtig sind. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, als ob sie dieser letzteren Bedingung entsprochen hätte.

Genosse Eckstein erklärte kategorisch, Brüning verfolge die Ziele des deutschen Monopolkapitalismus, sei sein Exponent, und deshalb gebe es keinen Unterschied zwischen Brüning einerseits und Hugenberg und Hitler anderseits. Das erscheint mir zu simplistisch und zu wenig marxistisch gedacht. (Sehr richtig!) Damit kommen wir doch nicht weiter. Sie finden auch bei Marx und Lassalle Stellen, wo es heißt, daß es verfehlt sei, von den anderen immer als der einen reaktionären Masse zu sprechen, daß es verfehlt sei, nicht aus den Differenzen, die tatsächlich auch innerhalb der Bourgeoisie und der kapitalistischen Parteien vorhanden sind, für die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie Nutzen zu ziehen. (Sehr richtig!) Wenn Sie sagen, Brüning ist dasselbe wie Hitler, Brüning ist dasselbe wie Hugenberg, dann stärken Sie unsern Kampf gegen den Faschismus nicht, sondern schwächen ihn. (Sehr richtig!) Sie treiben uns damit in eine Haltung hinein, die selbst wieder dazu beiträgt, Brüning und seinen Anhang den Parteien auf der äußersten Rechten positiv entgegenzukommen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Wenn Sie so davon sprechen, daß Brüning der Exponent des Schwerkapitals sei —, ist es uns denn ganz und gar nicht gelungen, in dieser Zeit des Kabinetts Brüning, wenigstens etwas, ganz bescheiden ausgedrückt, für die Arbeiterklasse zu retten und zu erhalten? Haben wir nicht einen gewissen Einfluß auf die Entschließungen des Kabinetts Brüning auch bei den Notverordnungen gehabt? Glauben Sie, daß diese Notverordnungen genau so aussehen würden, wenn Brüning sich ausschließlich auf die Nationalsozialisten zu stützen genötigt gewesen wäre? (Sehr richtig!) Sie können sagen, es ist wenig. Sie und wir alle müssen sagen, die Wirkung unseres Einflusses hätte viel weiter gehen sollen und sollte in Zukunft weitergehen. Aber Sie dürfen

es nicht so hinstellen, als ob es ganz einerlei sei, ob wir diesen gewissen Einfluß dank unserer Taktik ausüben konnten, oder ob Brüning wirklich ausschließlich in die Hände des Schwerkapitals gefallen wäre. Wenn auch nur die Volkspartei neben Brüning säße und ausschließlich Einfluß hätte, so sähe heute unsere Sozialpolitik schon ganz anders aus, als sie jetzt aussieht. (Sehr richtig!) Ich möchte einfach sagen: Wer die These aufstellt: Brüning gleich Hitler, Brüning gleich Hugenberg, der macht sich und damit die Sozialdemokratie lächerlich (Sehr richtig!), der läßt den Eindruck aufkommen, als ob diese große Partei von den tatsächlichen politischen Machtverhältnissen und Gegensätzen innerhalb der Bourgeoisie nur eine sehr unvollkommene Vorstellung besitze.

Der Genosse Eckstein sagt, das Parlament ist ausgeschaltet. Der Genosse Jenssen erklärt: Wie würden wir uns freuen, wenn wir ein lebendiges Parlament hätten. Wir auch! — Nur hatten wir keine reine Freude an der allzu großen Lebendigkeit des Reichstages. (Heiterkeit.) War denn das überhaupt noch ein Parlament? (Sehr gut!) War denn das überhaupt noch der Boden, auf dem man politische Meinungsverschiedenheiten ausfechten konnte, wenn man nicht in jedem Augenblick mit der Faust dreinzuschlagen bereit war oder über die Stimmittel verfügte, über die Genosse Wels verfügt, wenn er nicht gerade heiser ist? (Heiterkeit.) Nein, das war kein Parlament mehr, es ist auch keins. Daran tragen nicht wir die Schuld, daran trägt nicht das Kabinett Brüning die Schuld, daran trägt die deutsche Wählerschaft die Schuld. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.) Wenn jemand sagt: Wir wünschten, daß das Parlament arbeitete und existierte —, wer kann in dieser Beziehung einen lebhafteren Wunsch haben als wir! Ich habe gesagt: Wir betrachten es nur als einen vorübergehenden Notzustand, daß an der Form der Demokratie etwas ausgebuchtet wird, als Notzustand, der aber geeignet ist zu verhindern, daß diese Demokratie auf unabsehbare Zeit völlig beseitigt wird. Aber der Genosse Eckstein, der es sich immer sehr einfach macht und im großen Fresko redet, sagt: Was existiert denn noch von der Verfassung, abgesehen vom Artikel 48? Was von der Verfassung noch existiert,, das würden Sie, Genosse Eckstein, in demselben Augenblick merken, wenn tatsächlich Hitler und Hugenberg an die Macht kämen. (Sehr richtig!) Dann würden Sie sich klar werden, daß wir immerhin noch einige demokratische Rechte und Möglichkeiten besitzen. Dann würden Sie sich vielleicht die Frage vorlegen, ob es unter einer Regierung Hitler und Hugenberg noch möglich sein würde, auf einem sozialdemokratischen Parteitag das zu sagen, was Sie hier gesagt haben. (Händeklatschen.) Dann würden Sie sich die Frage vorlegen, ob Sie noch in Ihren Versammlungen zu Ihren Parteigenossen in Ihrem Wahlkreis reden dürften, ob es Ihnen möglich sein würde, von diesen Genossen die Aufträge für den Parteitag entgegenzunehmen, auf die Sie sich heute berufen. (Sehr gut!) Das ist die Frage, die wir uns immer gestellt haben und auch in Zukunft immer wieder und bei jeder Gelegenheit vorlegen müssen: Ist das, was wir tun, geeignet, die Demokratie, auch wenn sie hier und da vorübergehend durchlöchert wird, wenigstens in ihrer Gesamtheit zu erhalten, oder müssen wir eine Politik treiben, die möglicherweise noch schlimmere Verhältnisse für uns alle heraufführt.

Der Genosse Eckstein beruft sich für den Inhalt und das Temperament seiner Ausführungen auf einen Auftrag seiner Auftraggeber. Der Genosse Jenssen hat anderseits den guten Satz geprägt: Genossen, wir sollen die Massen führen. Hier tritt wieder einmal das Problem des Verhältnisses zwischen Führung und Massen zutage. Ich habe oft den Eindruck, daß, wenn sich jemand auf die Masse auf einem Parteitag oder sonstwo beruft, er immer diejenige Masse meint, die mit ihm einer Meinung ist. (Sehr richtig!) Die Masse, die anderer Meinung ist, existiert für ihn nicht oder ist überhaupt keine Masse. (Heiterkeit.) Das Problem läßt sich nur dadurch lösen, daß wir in der Tat uns der Forderung des Genossen Jenssen bewußt sind, die Massen führen zu sollen. Wir sollen uns von den Massen nicht trennen. Wir sollen versuchen, den Willen der Massen zu erkennen, wir sollen ihm Rechnung tragen. Aber wir sollen uns nicht von augenblicklichen Gefühlsstimmungen leiten lassen. (Bravo! und Händeklatschen.) Andernfalls wären wir nur Puppen in den Händen anderer und es lohnte sich nicht, sich um ein Mandat zu bewerben oder im Reichstag zu sitzen und dort Politik zu machen. Denn schließlich wäre man nicht eine Puppe in den Händen der Masse selbst, sondern in den Händen derjenigen, die die nötigen demagogischen Fähigkeiten haben, um die Masse in ihre Richtung hineinzudrängen. (Sehr gut!)

Lassen Sie mich auch ein Wort über die äußere Gestaltung unseres Parteitags sagen! Es gibt Leute, die erklären: Die Massen sitzen da oben und hier unten sitzen die Bonzen. (Sehr richtig! auf der Galerie.) Ach nein! Ihr da oben, ihr seid die Träger des Gefühls, und wir unten versuchen, das Gefühl mit dem Verstand einigermaßen in Einklang zu bringen. (Lachen auf der Galerie.) — Ihr lacht, Genossen da oben, und gerade ihr jungen Genossen. Ich habe mich gestern sehr warm für die Interessen der Jugend eingesetzt. Ich habe keine Angst vor dem Radikalismus der Jugend. Aber zur Ergänzung meiner gestrigen Ausführungen möchte ich noch etwas hinzufügen: Ein klein wenig Bescheidenheit würde auch angebracht sein. (Bravo! und Händeklatschen.) Ihr müßt euch sagen: Wir wissen es zwar alle sehr gut, vielleicht sogar besser, aber die da unten haben auch ein wenig über die Dinge nachgedacht und stehen seit Jahrzehnten in der Bewegung, sind auch einmal jung gewesen, aber ihnen ist der Sozialismus und die Partei ans Herz gewachsen. Wenn ich euch Zugeständnisse gemacht habe, dann besitzt ihr auch den Verstand, uns Älteren und Alten dieses Zugeständnis zu machen und nicht so zu tun, als ob das, was sich hier unten im Saal abspielt, die Politik der Greisenhaftigkeit und eines alt und brüchig gewordenen Verstandes sei. Versucht mit uns gemeinsam in der praktischen Tagesarbeit eure Meinung gegen unsere abzuwägen! (Zuruf von der Galerie: Wir werden abgehalftert!) — Abgehalftert wird nur der, der sich leicht abhalftern läßt, nur der, dessen ganze Fähigkeit im Maulaufreißen besteht. (Sehr gut!) Wer aber imstande ist, in sachlicher und ruhiger Diskussion mit den Älteren zu arbeiten, der soll einmal diesen Versuch machen. Seien Sie nicht jedesmal bemüht, gleich Ihre Meinung als die allein richtige hinzustellen! Versuchen Sie, mit Gründen zu überzeugen, und zwar mit Gründen, die Sie sich erarbeitet haben, die Sie nicht in einem Flugblatt oder einer Zeitung gefunden haben! Sie sollen sehen, die Jungen können mit uns Alten zusammenarbeiten. Sie werden erfahren, daß es noch anderes gibt als die Jugend, daß es zwischen Jugend und Alter eine Synthese zu finden gilt. (Zurufe auf der Galerie.)

In unserem Verhältnis zu den Massen kommt es darauf an, daß wir uns nicht nur von den Massen belehren lassen, sondern daß wir auch versuchen, die Massen zu belehren (Sehr richtig!), daß wir bei allem Verständnis für ihre Stimmungen, für ihre Not und ihre Leiden und auch dafür, daß sie nach augenblicklichen Abhilfemaßnahmen suchen, ihnen immer wieder klarzumachen uns bemühen müssen: Es steht noch mehr auf dem Spiel als das; es steht eure Zukunft auf dem Spiel, die Zukunft der Arbeiterbewegung, und die wollen wir nicht zerstören lassen selbst für den Preis, daß ihr im gegenwärtigen Augenblick Zugeständnisse machen müßt, die für uns genau so schmerzlich sind wie für euch. (Sehr richtig!)

Wenn der Genosse Portune die Schärfe seines Schwertes auch gegen die Akademiker richtete, so ist es bei den Akademikern ähnlich wie bei den Massen. Akademiker sind nur dann schlecht, wenn sie nicht gerade die Meinung des betreffenden Parteigenossen vertreten. (Sehr gut!) Du lieber Gott, die Opposition hat auch Akademiker, ich hoffe, sie ist stolz auf sie. Also werfen Sie doch die Akademiker nicht alle in einen Topf! Wir Akademiker wissen sehr gut, daß wir nicht deshalb, weil wir Akademiker sind, die Berufung haben, die Massen zu führen und zu beeinflussen. Aber ihr müßt uns doch schon das gleiche Recht zugestehen wie jedem anderen. Genosse Portune sagte weiter:

Die Akademiker verstehen nichts davon — (Portune: Das hat Bebel gesagt!) — Entschuldigen Sie, daß ich Sie einen Augenblick mit Bebel verwechselt habe! (Große Heiterkeit.) Wer es aber auch gesagt haben mag, was ich erwidere, ist folgendes: Wenn eine solche Stimmung in der Partei vorhanden wäre, ist jede Möglichkeit verloren, jemals die proletarischen Schichten zu erfassen, die zum Teil aus der Not der Wirtschaft heraus in den akademischen Kreisen leben und tun wir das nicht, dann unterstützen wir den Nationalsozialismus. Deshalb richte ich die ganz bescheidene Bitte an Sie, Genosse Portune, uns gegenüber in Zukunft ein wenig toleranter zu sein als bisher.

Noch ein paar Bemerkungen zu den allgemeinen Dingen. Alle Schattierungen — dieses Wort ist schon ausgesprochen — sind einig in der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Überwindung des Faschismus, sind einig in der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Erhaltung der Kraft der Arbeiterklasse zur Erringung des Sozialismus. Die taktische Meinungsverschiedenheit erstreckt sich, soweit ich die Diskussion verstanden habe, in der Hauptsache auf die Frage: Wann ist der Moment gekommen, an dem wir unsere bisherige Tolerierungspolitik abbrechen müssen? Es gibt allerdings Genossen, bei denen dieser Moment schon da war, als diese Tolerierungspolitik noch kaum angefangen hatte und sie von den Erfolgen oder Mißerfolgen dieser Politik noch nicht wußten. Aber lassen wir die Vergangenheit, wir reden in der Hauptsache über die Zukunft! Die Frage ist also: Wann wir mit dem Abbruch unserer bisherigen Politik und Taktik beginnen müssen.

Eine zweite Meinungsverschiedenheit scheint mir auch über die Demokratie zu bestehen. Es war wohl der Genosse Oettinghaus, der hier auseinandersetzte: Mit der Demokratie erreichen wir doch nicht das, was wir wollen. Dabei habe ich vollständig vermißt, was er dann an die Stelle der Demokratie setzen will. (Sehr richtig!) Ich habe nicht gehört, daß er die Diktatur des Proletariats proklamierte, auch nicht, daß er irgendeine andere Form der Despotie für die richtigere hielt. Ich halte es aber für ungeheuer bedenklich, einen solchen Satz auszusprechen, ganz abgesehen von der Demokratie an sich. Indem wir von vornherein erklären, die Demokratie bringt uns nicht an das Ziel, stärken und nähren wir doch die antidemokratische Stimmung im Volk überhaupt und können uns dann nicht wundern, wenn diese antidemokratischen Strömungen nicht zu uns fließen, sondern zu den Nationalsozialisten. (Sehr richtig! und Händeklatschen.) Wir halten an der Demokratie fest. Wir glauben an die Demokratie. Ich zitiere hier ein Wort des Genossen Stampfer in der Neuauflage seines Buches: Grundbegriffe der Politik, eines Buches, das ich allen zur Lektüre empfehle, auch wenn sie glauben, die Grundbegriffe der Politik schon vollständig zu beherrschen. Sehr gut!)

> Für die ungeheure Mehrzahl der Menschen heißt daher Politik treiben wollen, vernünftigerweise schon an und für sich zunächst einmal die Demokratie wollen. (Sehr gut!)

Für die ungeheure Mehrzahl der Menschen gibt es allerdings keine andere Möglichkeit als die Politik auf dem Boden der Demokratie. (Sehr richtig!) Jede andere Staatsform eröffnet diese Möglichkeiten für einige wenige, für Akademiker, für sonstige Leute, die sich mit Recht oder Unrecht als die Elite der Gesellschaft ansehen. Die Demokratie ist die Voraussetzung jeder Politik. Sie ist aber in erster Reihe die Voraussetzung jeder Arbeiterpolitik. Ohne Demokratie gibt es keinen Sozialismus, der Dauer verspricht. (Sehr gut!) Ohne Demokratie gibt es keine politische und keine wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse. (Sehr richtig! und Händeklatschen.) Deshalb hört auf, derartige mißachtende Bemerkungen über die Demokratie zu machen, mit denen wir unsern Gegnern einen Gefallen erweisen.

Seydewitz hat uns mit nicht ungeschickter Taktik eine Frage vorgelegt, die wir ihm vorgelegt haiten. Er ruft aus: Ihr sagt ja auch nicht, was geschehen würde, wenn es einmal zum Bruch mit der Regierung Brüning, zum Triumph der Nationalsozialisten kommt. So hat meine Frage nicht gelautet. Ich habe nicht gefragt, was dann geschehen soll, wenn heute oder morgen die bisherige Politik abgebrochen wird. Wir können die Einzelheiten zukünftiger Taktik heute nicht formulieren, und wenn wir es könnten, wäre es die größte Dummheit, wenn wir sie formulierten. (Sehr richtig!) Aber was wir können, ist folgendes. Wir können sagen: ihr und wir sind uns doch darüber einig, daß dann die gesamte Kraft der Arbeiterklasse in einem oppositionellen Kampf gegen eine uns mißliebige Regierung eingesetzt wird. Meine Bemerkung bezog sich auf etwas ganz anderes. Ich habe gesagt: ihr und wir alle müssen uns über die Möglichkeiten klar werden und aussprechen, die entstehen, wenn das Kabinett Brüning gestürzt wird. Der Genosse Eckstein hat es sich da auch wieder sehr leicht gemacht. Ich weiß nicht, ob seine Beziehungen zum alten Testament ihn mit einer Prophetengabe beglückt haben, aber so geht es doch auch nicht, daß man kategorisch erklärt: Wenn Brüning stürzt, kommt Brüning wieder, wenn heute das Kabinett geht, kommt morgen ein anderes unter demselben Brüning, vielleicht mit einer kleinen Veränderung in seiner Zusammensetzung. Es kann ganz anders kommen. Es gibt noch ganz andere Möglichkeiten. Es kann z. B. eine Beamtenregierung kommen, die weder rechts noch links, weder bei den Nationalsozialisten noch bei uns eine Basis hat. Es kann sich eine Militärdiktatur oder ein sogenanntes Direktorium im gegebenen Fall auftun. Es kann sein, daß die Nationalsozialisten in eine Regierung eintreten, sie können auch nur ihre deutschnationalen Sachwalter in die Regierung eintreten lassen, — alles Dinge, die wir zu überlegen haben, und über die wir nicht mit einer so einfachen Formel wie der des Genossen Eckstein hinwegkommen, wenn uns die Frage vorgelegt wird: Wollt ihr es auf alle Eventualitäten ankommen lassen, die entstehen können, wenn ihr einen Bruch mit eurer bisherigen Politik vollzieht?

Es wäre nun für mich sehr einfach und ich hätte sicher auf der einen oder der anderen Seite großen Beifall, wenn ich jetzt sagen würde, wir machen es so oder wir machen es anders. Das sage ich nicht. Ich sage auch in diesem Augenblick nichts anderes als: Wir müssen im jeweiligen Augenblick die Situation ernsthaft und nachdrücklich prüfen und das Für und das Wider erwägen. Wir müssen es auch tun, wenn diese Notverordnung vorliegt. Wir müssen alle Gefahren in Rechnung stellen, die durch die Nichtablehnung oder die Ablehnung der Notverordnung entstehen können.

Der Genosse Eckstein fand es sehr bezeichnend, daß die Notverordnung noch nicht vorliegt. Er sieht also auch hierin eine Bosheit der Mehrheit der Fraktion oder des Kabinetts. Nein, wir können nichts dafür. Die Notverordnung liegt nicht vor, weil mindestens bis heute früh die Regierung sich selbst noch nicht völlig einig war. Ich persönlich und wohl auch die Mehrheit des Parteitags sagen sich, daß es unmöglich ist, eine Entscheidung zu fällen, solange man nicht den genauen Wortlaut dessen kennt, worüber eine Entscheidung gefällt werden soll. Wir haben wohl eine gewisse Vorstellung von dem, was unter anderem in der Notverordnung enthalten ist. Wir wissen aber nicht alles.

Es ist auf den Fraktionsbeschluß der letzten Woche hingewiesen worden. Ich stelle nochmals fest, daß in der Fraktion gesagt wurde, die Fraktion soll sich vor dem Parteitag nicht festlegen, der Parteitag werde seine Meinung zum Ausdruck bringen. Der Parteitag kann das natürlich nicht, solange die Notverordnung nicht vorliegt. Ich füge aber noch hinzu, daß nach meiner Meinung der Parteitag in einer solchen Frage nicht in allen Einzelheiten das letzte und entscheidende Wort sprechen kann. (Sehr richtig!) Gewiß hängen wir als Fraktion von der Partei ab. Aber was ihr uns geben sollt, sind die großen Richtlinien, sind aber nicht Beschlüsse, die wir als Fraktion zu fassen haben; denn sonst hättet ihr ein Recht darauf, daß alle vier Wochen ein Parteitag einberufen wird, und wir hätten auch auch fragen müssen, ehe wir bei den früheren Notverordnungen eine Entscheidung trafen. Eure Richtlinien sind uns wert

und gut und notwendig. Aber der letzte Entschluß, die letzte Entscheidung liegt bei der Fraktion. Ihr könnt bei den Wahlen die Mitglieder der Fraktion zur Rechenschaft ziehen, ihr braucht sie nicht mehr in den Reichstag zu schicken, ihr könnt sie in die Wüste schicken. Aber zunächst haben wir die Verantwortung.

Zur Panzerkreuzerfrage, über die Sollmann reden wird, nur zwei Worte! Wie wir zum Panzerkreuzer grundsätzlich stehen, ist gesagt worden. Ich möchte mich aber gegen die Behauptungen Rosenfelds wehren, daß das Durchgehenlassen des Panzerkreuzers ein Bruch mit der grundsätzlichen Politik der Sozialdemokratie sei, daß dieser Beschluß ein Beweis für die Aufrüstungsabsichten auch der Sozialdemokratie sei. Nein, man kann zu der Panzerkreuzerfrage stehen wie man will. Ich erkläre Ihnen offen, wenn Sie sich dafür interessieren, daß ich in der Fraktion gegen den Panzerkreuzer gestimmt habe, aber es ist eine Unwahrheit, zu sagen, daß das Geschehenlassen des Panzerkreuzers einer Aufrüstung gleichkommt. Wir halten uns durchaus im Rahmen des Versailler Vertrages. Wir ersetzen ein altes Schiff durch ein neues. Und wenn wir schließlich doch grundsätzlich dagegen waren, so hauptsächlich deshalb, weil wir es für unverantwortlich hielten, daß dieser Bau in einer so wirtschaftlich schweren Zeit unternommen werden sollte. Diesen Vorwurf erheben wir auch heute noch. Mit einem Widerspruch zu den Prinzipien der Sozialdemokratie hat unsere Haltung nichts zu tun, obwohl ich offen erkläre: ich wäre auch bereit, einen Widerspruch mit alten Programmforderungen auf mich zu nehmen, da Zeit und Verhältnisse anders geworden sind! (Lebhafter Beifall.) Man muß zwischen dem Programm und den unverlierbaren und unzerstörbaren Grundsätzen unterscheiden, von denen eine Partei auszugehen hat, auf die eine Partei sich stützen muß.

Zum Schluß noch ein Wort über die Frage des Disziplinbruches! Genosse Rosenfeld erklärte kategorisch: wir Neun haben in der Sache und infolgedessen auch in unserer Taktik recht gehabt. Nein, Genossen! Ich streite gar nicht darüber, ob ihr Neun die wahren Vertreter des Sozialismus seid. Selbst wenn das der Fall wäre, hättet ihr den Disziplinbruch nicht begehen dürfen! (Lebhafter Beifall.) In der gegenwärtigen Zeit muß mehr als jemals Disziplin geübt werden. Ihr hättet nachträglich an den Parteitag appellieren und sagen können: die Mehrheit hat sich gegen die heiligen Prinzipien der Sozialdemokratie vergangen, der Parteitag muß über sie zu Gericht sitzen! Ihr hättet euch aber unterordnen und auf jeden Fall fügen müssen, wie sich manch einer in der Fraktion bei anderen Gelegenheiten gefügt hat. (Stürmische Zustimmung.) Manch einem stand die Einigkeit, das geschlossene Auftreten der Partei höher selbst als das, was man mit Recht und häufig auch mit Unrecht das Gewissen nennt. Genosse Siemsen sagt, man müsse über diese Dinge einmal ausführlich sprechen. Wir haben nichts dagegen. Siemsen hat sich weiter auf die englische Partei berufen. Ich frage ihn, ob er in allen Beziehungen der Labour Party zu folgen bereit ist. Wenn er den englischen Arbeitern mit seiner Kulturrede käme, — ich fürchte, daß er bei den englischen Arbeitern, die in ihren Reihen sehr fromme und kirchliche Männer haben, wenig Anklang finden würde. (Sehr wahr!) Es kommt außerdem gar nicht darauf an, was man in England tut. Wir können in dieser Beziehung die Verhältnisse nicht vergleichen. Das englische Parlament kennt keine Kommunistische Partei, — bei uns gibt es sie. Das englische Parlament kennt keine Nationalsozialistische Partei, — bei uns gibt es sie. Angesichts dieser Gefahren von rechts und links müssen wir alle bereit sein, ein Opfer, meinetwegen auch ein Opfer unserer besseren Überzeugung zu bringen! (Stürmischer Beifall.) Wir haben das zu tun, was die Körperschaft, der wir angehören, von uns verlangt. Wer in eine Partei oder in eine Fraktion eintritt, gibt damit ohne weiteres etwas von seiner persönlichen Überzeugung auf. Keine Partei und keine Fraktion deckt sich vollständig mit den Überzeugungen dessen, der in sie eintritt. Was müßte das für ein langweiliger Stiefel sein, was für ein Mensch, der wahrhaftig nicht verdiente, in eine solche Körperschaft einzutreten. (Lebhafter Beifall.) Indem ich etwas von meiner persönlichen Freiheit aufgebe, übernehme ich die Verpflichtung der Unterordnung, besonders in einem Augenblick, wo sie die dringendste Forderung des Tages ist.

Dort oben auf der Tribüne sitzen die Männer und Frauen, die der Parteivorstand eingeladen hat, die Männer und Frauen, die 50, 100 und noch mehr neue Mitglieder geworben haben. (Stürmisches Händeklatschen.) Ich weiß nicht, ob diese Männer und Frauen in jeder Beziehung mit dem Standpunkt einverstanden sind, den die Mehrheit der Fraktion eingenommen hat, ich weiß aber, daß sie sich gesagt haben: was auch immer geschehen mag, es gilt unsere Partei! (Erneutes stürmisches Händeklatschen.) Ich weiß, daß sie nicht Betrachtungen darüber angestellt haben: sind wir, die wir anderer Meinung sind, nun die wahren Sozialisten, oder ist es die Mehrheit der Reichstagsfraktion? Sie sind in den Kampf gegangen, sie haben für die Partei gearbeitet, sie haben ihre persönlichen Meinungen zurückgestellt, was ich von der Opposition draußen in der Agitation gar nicht verlange. Ich erwarte nur von der Opposition, daß sie auch dem Standpunkt der Mehrheit Gerechtigkeit widerfahren läßt, daß sie nicht einfach sagt: wir werfen die ganze Geschichte hin, denn die Mehrheit der Fraktion hat sich von den geheiligten Grundsätzen der Partei abgewandt! (Zustimmung.)

Ihr Neun, nehmt euch an diesen Männern und Frauen ein Beispiel! (Stürmisches Händeklatschen.) Ich schließe, indem ich die Hoffnung ausspreche, daß wir über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg an die Zukunft der Arbeiterbewegung denken, daß wir um dieser Zukunft willen einig und geschlossen bleiben. Es wurde gesagt, niemand denke daran, eine Spaltung herbeizuführen. Ich persönlich erkläre hier als einer der ehemaligen Unabhängigen: es war ein schwerer Fehler, daß wir uns seinerzeit von der Partei trennten. (Lebhaftes Händeklatschen.) Ich halte die Überzeugung, die ich damals über die Kriegspolitik hatte, heute noch für richtig. Trotzdem weiß ich: es war ein Irrweg, wir haben einen Fehler begangen, eine so gewaltige Partei in ihrem Gefüge auch nur zu lockern. Sorgt dafür, Genossen, daß sich so etwas nicht wiederholt! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Pause von 1¾ bis 3¼ Uhr.

Nachmittagssitzung

Schlußwort zum Bericht der Reichstagsfraktion

Vorsitzender Wels: Die Sitzung ist eröffnet.

Referent Sollmann (Schlußwort): Parteigenossinnen und -genossen! Ich bin geneigt, den Parteitag um Entschuldigung zu bitten, daß ich nach der großen rednerischen und politischen Leistung unseres Fraktionsführers Breitscheid überhaupt noch das Wort nehme. Ich hätte gewünscht, daß der Parteitag unter dem unmittelbaren Eindruck des Begeisterungsrausches, den Breitscheid hervorgerufen hat, zur Abstimmung geschritten wäre. Ich bin überzeugt, daß dann selbst Seydewitz und Genossen in ihrer Haltung schwankend geworden wären. (Zurufe.)

Ich bin erfreut, daß Genosse Fleißner und ein anderer Redner das sehr wichtige Problem unserer Wirtschaftspolitik angeschnitten haben. Ich bin deshalb erfreut, weil ich den Eindruck habe — nicht nur auf diesem Parteitag, sondern auch draußen in der Bewegung —, daß oft genug über der allzu starken Betonung von symbolischen Fragen, wie sich Seydewitz ausgedrückt hat, allerwichtigste wirtschaftliche, finanzpolitische und sozialpolitische Fragen in der Parteidiskussion zu kurz kommen. (Sehr wahr!) Ich wünschte, daß gerade unsere Jugend sich mehr mit diesen Fragen beschäftigte, die freilich mancherlei Studium und Wissen voraussetzen. Genosse Fleißner, ich habe schon in meinem

Referat darauf hingewiesen, daß sich in dem gegenwärtigen Reichstag eine Mehrheit für eine Hochschutzzollpolitik befindet. Ich bin mit Ihnen der ganz selbstverständlichen Meinung, daß diese Zollpolitik mit dem von der Reichsregierung verkündeten Preissenkungsprogramm unvereinbar ist, ich bin auch mit Ihnen der Auffassung, daß diese Politik den Zweck einer Besitzerhaltung des Großagrariertums hat, daß sie nicht nur den städtischen Verbraucher schädigt, sondern zugleich für den deutschen Bauernstand ein Unglück ist. Wenn wir gegen diese Politik ankämpfen — und wir haben es getan —, dann vertreten wir nicht nur Arbeiter-, sondern auch Bauerninteressen. Ich bitte doch aber auch anzuerkennen, daß sich die Fraktion alle Mühe gegeben hat, in die Zollermächtigung Schutzbestimmungen einzubauen. (Fleißner: Aber ohne Erfolg!) — Sie sagen: ohne Erfolg. Im Zwickauer Volksblatt stand aber gestern oder heute: „mit Erfolg". Ich gehe gar nicht so weit wie das Zwickauer Volksblatt, das diese Teilerfolge in der Brotpreissenkung groß aufgemacht hat, ich muß aber zugeben, daß diese Schutzklausel für die Verbraucher uns immerhin die Möglichkeit gibt, unsere Aktion gegen die Hochschutzzollpolitik zu vertiefen und zu verschärfen. Ich wiederhole, daß das, was bisher gegen die Brotpreisteuerung geschehen ist, keineswegs ausreicht. Ich weiß, daß der Parteitag in dem Willen einig ist, diese unzulänglichen Maßnahmen so weit voranzutreiben, daß daraus wirkliche Schutzmaßnahmen für die hungernden Verbraucher herauskommen. Aber, Genosse Fleißner und die anderen, die unsere Fraktionspolitik bekämpfen! Ich muß Ihnen auch in diesem Zusammenhang die Frage vorlegen: glauben Sie denn, daß die Zollpolitik in Deutschland besser werden wird, wenn wir statt der jetzigen Politik das Kabinett Brüning vollkommen in die Arme der Hochschutzzöllner treiben? Ich bin der Auffassung, daß ein unüberlegter und vorzeitiger Bruch mit unserer Tolerierungspolitik auch von hier aus gesehen verhängnisvoll werden kann, ich bin überzeugt, daß ein voreiliger Beschluß zur Folge haben würde, daß die Ärmsten der Armen Milliarden bezahlen müssen. (Sehr wahr!)

Parteigenossen! Ich will auf die vielen Anträge, die Ihnen vorliegen, nicht eingehen. Ich habe als Referent dem Parteitag meine Auffassung vorgetragen, und die Abstimmung wird das Ergebnis bringen. Genosse Breitscheid hat mir das wesentlichste von dem vorweggenommen, was ich den einzelnen Rednern hätte entgegenhalten können. Seydewitz ist auf diesem Parteitag nicht nur mit Geschick, sondern, wie ich gern anerkenne, auch mit dem Gefühl der Kameradschaft an unseren Fraktionsbericht herangetreten. Er hat das schöne Wort gesagt, von dem ich wünschte, daß es jeder Delegierte in seiner Berichterstattung wiedergäbe, die Entscheidungen in der Fraktion seien von so großer Schwierigkeit gewesen, daß man nicht einfach mit schwarz oder mit weiß urteilen könne. Wenn dieser Grundsatz in allen Kreisen der Partei beachtet wird, dann werden die Parteidebatten in Zukunft nicht nur in den Versammlungen, sondern auch in gewissen Zeitschriften ganz anders aussehen als bisher. (Sehr wahr!) Wir geben euch zu, Genossen von der Opposition, daß ihr genau so verantwortungsbewußt handelt wie die Mehrheit; das bestreite ich euch nicht. Ich bitte aber, daneben noch folgenden Gedanken mit mir durchgehen zu wollen. Niemand bestreitet, daß ihr der Partei nutzen wollt, aber ohne daß ich die Genossen irgendwie persönlich herabsetzen möchte, frage ich doch: glaubt jemand, daß es der Begeisterung für die Partei nützt, wenn in solchen Formen gegen die Genossen polemisiert wird, wie es etwa Eckstein oder Portune getan haben? Mit welcher Rechthaberei, mit welcher Überheblichkeit und Anmaßung hat etwa der Genosse Eckstein über Severing gesprochen! (Zurufe.) Auch Severing untersteht der Kritik der Partei, und auch ich habe schon Kritik an ihm geübt. Aber das verlange ich von einem Mann von dem Bildungsgrad und der geistigen Reife des Genossen Eckstein, daß er, wenn er von der Tribüne des Parteitages über einen Ministergenossen urteilt, das unter Anerkennung der politischen Schwierigkeiten und unter der Voraussetzung tut, daß dieser Genosse

seine volle sozialistische Kraft für das Wohl der Arbeiterklasse einsetzt. (Lebhafter Beifall.) Wenn ich das tue, dann wirkt eine Kritik positiv, wenn ich es aber in einer hämischen Weise tue, wenn ich behaupte, unter dem sozialistischen Staatsminister Severing werde alles vernichtet, was der königliche Staatsminister vom Stein vor 100 Jahren aufgebaut hat, dann muß jeder ununterrichtete Arbeiter auf den Gedanken kommen, daß Severing und die Sozialdemokratie die Demokratie in Deutschland zerstört hätten! (Sehr wahr!) Ich protestiere gegen eine solche Art der Polemik.

Genossen von der Opposition, ein Wort über Massenpädagogik und -psychologie. Ich will mich gewiß nicht als Schulmeister aufspielen. Auch neide ich euch den Beifall nicht, den ihr demonstrativ von den Gästen des Parteitages erhalten habt. Aber, Genossen, wäre es nicht richtig, gerade im Hinblick auf diese Gäste, die es doch immerhin schwerer haben, sich in diese Probleme hineinzudenken, einmal offen auszusprechen, daß in einer so furchtbaren Situation wie der gegenwärtigen die Parteigenossen, die nein sagen, viel leichter Beifall erhalten, als diejenigen, die ja sagen müssen. (Zustimmung.) Es kommt, glaube ich, in dieser Situation darauf an, überall dort, wo man vor Parteigenossen spricht, dafür zu sorgen, daß die Gegensätze nicht tiefer aufgerissen werden, als sie an sich sachlich sind. Genosse Eckstein, ich mache Ihnen dasselbe Kompliment, das Ihnen der Genosse Breitscheid gemacht hat: Sie sind ein reizender und liebenswürdiger Parteigenosse. (Zurufe.) Ja, Sie kennen ihn noch gar nicht, Genosse Wels! Sie kennen ihn nicht, weil Sie ihn immer nur als Redner gehört haben. (Heiterkeit.) Aber, Genosse Eckstein, wenn Sie die Rednertribüne betreten, dann vergessen Sie alle Ihre guten Eigenschaften. Wenn Sie in dieser Form vor dem Parteitag sprechen, mag der Schaden bei den Delegierten nicht groß sein, denn das sind durchweg in Jahren und Jahrzehnten geschulte Parteigenossen. Man darf sich aber nicht wundern, wenn bei solchen Reden in manchen Orten, auch in Breslau, so häßliche Kämpfe geführt werden. (Sehr richtig.) Verwenden Sie doch Ihre Klugheit einmal darauf, sich in die Seelen der einfachen Menschen hineinzudenken, die abgearbeitet und müde in unsere Versammlungen kommen und nicht immer Zank und Streit, sondern etwas von dem hören wollen, was die Partei positiv geleistet hat! Wenn Sie diesen Menschen immer nur sagen, die Partei habe nichts geleistet, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn diese Genossen das Vertrauen zur Partei verlieren. (Sehr gut.)

Seydewitz sagte, die Fraktion habe ihre Taktik auf der Hoffnung aufgebaut, daß unsere Politik die Wirtschaftskrise bald überwinden werde. Das trifft nicht ganz zu. Natürlich hatten wir die Hoffnung und haben sie noch, daß eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage eintreten werde, aber der Hauptgrund unserer Tolerierungspolitik war doch die Absicht, zu verhindern, daß die Wirtschaftskrise benutzt wird, um das ganze parlamentarische System in Deutschland zu vernichten. Genosse Seydewitz, Sie sagen: wir haben den Haushalt in der Hoffnung angenommen, daß nun das finanzielle Vertrauen zu Deutschland wiederkehren werde. Was nun? fragen Sie. Ein neues Defizit! Ja, wenn wir im März den Haushalt nicht angenommen hätten, glauben Sie, daß dann die finanziellen Verhältnisse besser wären? Wenn wir den Haushalt damals nicht verabschiedet hätten, hätten wir eine Finanzkatastrophe bekommen, die jede Regierung gezwungen hätte, noch andere Maßnahmen zu ergreifen und die vielleicht noch drohen. Sie fragen, ob unser Opfer die nötigen Erfolge hatte. Man kann darüber streiten; das gebe ich zu. Aber ich gebe doch auch dem Parteitag zu bedenken, daß kein Oppositionsredner auf meine Aufforderung eingegangen ist, mir ein einziges großes Industrieland zu nennen, das eine ähnlich weitgehende Sozialpolitik hat wie Deutschland. Niemand hat das getan, und wenn Sie, Genosse Seydewitz, von mangelnden Erfolgen sprechen, dann habe ich den Mut, zu erklären, daß der Erfolg in der Aufrechterhaltung der Sozialpolitik liegt. (Zurufe.)

Ich darf für das Parteitagsprotokoll einige Zahlen über den Stand der deutschen Sozialpolitik anführen. Die Krankenversicherung in Deutschland bringt aus eigenen Mitteln 2 100 000 000 Mark auf; Reichszuschuß 18 000 000. Die Unfallversicherung bringt aus eigenen Mitteln 430 000 000, die Invalidenversicherung aus eigenen Mitteln 985 000 000; Reichszuschuß 445 000 000. Die Angestelltenversicherung aus eigenen Mitteln 382 000 000, die Knappschaftsversicherung aus eigenen Mitteln 147 000 000; Reichszuschuß 30 000 000. Das macht zusammen aus eigenen Mitteln 4 044 000 000; Reichszuschuß 493 000 000. Die Arbeitslosenversicherung rund 3 Milliarden Mark; Beiträge 1 300 000 000, aus eigenen Mitteln nahezu 1 700 000 000. Alle Kritik an der sozialen Reaktion, die sich in Deutschland zur Zeit breit macht, darf uns nicht daran hindern, das alles auch der deutschen Arbeiterklasse zu sagen, um ihr zu zeigen, was wir noch zu verlieren haben.

Parteigenossen, ich habe die Frage aufgeworfen, was geschehen solle, wenn wir in Deutschland eine faschistische Regierung bekämen. Genosse Seydewitz hat mir die Frage zurückgegeben. Aber andere haben sie beantwortet, und das sind die Genossen Jenssen und Bielik. Diese Genossen haben eine Entschließung eingebracht, in der gesagt wird, was geschehen wird, wenn die Regierung Brüning stürzt und der Faschismus in Deutschland kommt. Genosse Jenssen sagt:

> Die politischen Folgen des Sturzes der Regierung Brüning dürfen nicht überschätzt werden.
>
> Das Zentrum kann unter starkem Druck zum Nachgeben bei wichtigen Tagesforderungen gezwungen werden, oder das Zentrum wird bei einer Koalitionsregierung mit dem Faschismus diesen hemmen, falls ein starker parlamentarischer und außerparlamentarischer Druck ausgeübt wird.

(Heiterkeit.) Das soll der Parteitag annehmen. Ich habe allen Respekt vor dem Radikalismus; aber soweit darf der Radikalismus nicht gehen, daß die Sozialdemokratische Partei eine Vertrauenskundgebung für das Zentrum annimmt. (Sehr gut! — Zuruf: Das ist Opportunismus, nicht Radikalismus!)

Genosse Rosenfeld hat Sorgen gehabt um die Aufrüstung. Ich habe infolgedessen die letzte Stunde benutzt, um mir noch einmal Sicherheit darüber zu verschaffen, wie denn unsere Stimmenthaltung beim Panzerkreuzer auf unsere französischen Genossen gewirkt hat, die doch zunächst einmal dabei politisch interessiert sind. Dabei habe ich festgestellt, Genosse Rosenfeld, daß unsere französischen Genossen unsere Taktik viel besser verstanden haben als Sie. Ich hoffe auf Ihre Einsicht, Genosse Rosenfeld. Wenn Sie die französische Sprache gut kennen, so würde ich Ihnen empfehlen, die Rede nachzulesen, die der Genosse Grumbach in der französischen Kammer gehalten hat. Dann werden Sie verstehen, warum unsere Partei diese Taktik im Reichstag eingeschlagen hat. Genosse Grumbach hat ausdrücklich den französischen Nationalisten klargemacht, daß wir diese Taktik üben, um die Diktatur der Hitlerianer in Deutschland zu verhindern und die europäische außenpolitische Atmosphäre nicht vergiften zu lassen.

Nun aber muß ich sowohl gegenüber dem Genossen Rosenfeld als auch gegenüber dem Genossen Oettinghaus ein grundsätzliches Wort über unsere Stellung zur Landesverteidigung, zu Heeresausgaben sagen. Es ist richtig, daß wir im alten Staat die Rüstungen stets bekämpft und abgelehnt haben. Wir haben das aber, wie alle Reden Bebels zeigen, nicht aus ultra-pazifistischen Gründen getan, sondern weil wir das Heeres- und Staatssystem jener Zeit bekämpften (Sehr richtig!), und mit unseren Abrüstungsforderungen, die jedem von uns wichtig sind, ist stets die Forderung der Wehrhaftigkeit des Volkes verbunden gewesen. Sie mögen glauben: das ist im Augenblick nicht aktuell; aber es wird einmal wieder aktuell werden. Wenn die Partei sich, wie es in einem Antrage gefordert wird, darauf festlegen würde, daß keinerlei „Mordwaffen" bewilligt

werden dürfen, dann wird sie niemals die Staatsgewalt in Deutschland und in Preußen in die Hand nehmen können. Schließlich sind auch die Polizeimannschaften in Preußen mit „Mordwaffen" ausgerüstet, die sie unter Umständen anwenden müssen, um den Staat gegen die Faschisten und die Kommunisten zu schützen. Gegenüber den Reden von Rosenfeld und Portune muß ich auf das Erfurter Programm zurückgreifen und auf die Erläuterungen, die Karl Kautsky und Bruno Schönlank dazu gegeben haben. Ich glaube, daß Kautsky und Bruno Schönlank immerhin noch als Marxisten gelten. Ich gebe zu, daß die Sätze, die ich verlesen werde, heute nicht mehr so niedergeschrieben werden könnten; aber es ist notwendig, solche Reminiszenzen zu geben, weil eine große Masse unserer jüngeren Parteigenossen keine Ahnung von der Geschichte ihrer eigenen Partei hat. (Zustimmung.) Im Erfurter Programm heißt es in den Erläuterungen zur allgemeinen Wehrhaftigkeit:

> „Der leitende Gedanke, welcher Umfang und Weise der Turn- und Kampfspiele bestimmt, ist die Erziehung der Bürger zur Wehrhaftigkeit. Ein freies Volk muß verstehen, die Waffen zu führen. Seine kriegerische Tüchtigkeit ist ein Schutz und Schirm für den Frieden des Gemeinwesens. Schon dem Kinde ist die Auffassung einzuimpfen, daß niemand es verdient, ein Freier zu heißen, der nicht die Waffen zu führen und mit seinem Blut für die Freiheit einzustehen und für sie zu sterben weiß. Gilt es, einen kecken Feind von der Heimat fernzuhalten, der Bürger, von Jugend auf körperlich tüchtig geübt und im Waffendienste geschult, wird den eigenen Herd und den gemeinen Nutzen mit flammendem Eifer und wackerem Mut verteidigen. Und wehe ihm, wenn er das geheiligte Gut der Freiheit zu versehren wagt. Die geschlossenen Reihen der für ihre gute Sache Streitenden sind schlagfertig, und an ihre Fahne knüpft sich der Sieg. Das Volk, das für seine Rechte ficht, ist unüberwindlich. Ihm ist die Spannkraft der Sehnen und Glieder nicht gelähmt und führt es die Waffen sicher und rasch. Die Schweizer Bauern, die Österreichs Ritterschaft auf den Grund streckten und Karls des Kühnen eiserne Scharen zerschmetterten, das französische Massenaufgebot von 1793, das die fremden Unterdrücker zu Paaren trieb, die Buren in Süd-Afrika, die den englischen Berufssoldaten so großen Widerstand entgegensetzten, sind hier Muster und Vorbild."

Wenn heute einer von uns etwas derartiges sagen würde, würdet ihr einen Ausschlußantrag wegen Militarismus gegen diesen Genossen stellen. Ich wünsche gar nicht, daß solche Sätze heute in der Zeit der Kinderfreunde und Roten Falken in unser Programm kommen. (Sehr richtig!) Aber ich sage auch: Ihr sollt nicht erklären, daß das, was heute geschieht, wenn wir uns bei einer Militärforderung der Stimme enthalten oder ihr aus staatspolitischen Gründen zustimmen, ein Verrat an den geheiligten sozialistischen Grundsätzen sei. Ich wundere mich überhaupt, daß es Parteigenossen gibt, die ständig mit gewissen radikal-pazifistischen Worten ihre eigene Partei besudeln und bestänkern. (Sehr richtig!) Wir haben in Deutschland nur eine große Friedenspartei und nur eine deutsche Friedensgesellschaft: das ist die deutsche Sozialdemokratie! (Lebhafte Zustimmung.)

Genosse Rosenfeld, Sie haben mich wegen der Entschließung Hamburg angegriffen, die ich hier vertreten habe. Ich will dazu gleich sagen, daß meine Zustimmung ein gewisser Verlegenheitsakt war. Genosse Wels hat das ja freimütig bekundet. Als ich die Rednertribüne betrat, lag die eigentliche Entschließung, die ich zu sehen wünschte, nicht vor; aber in meinem Referat habe ich schon gesagt, daß mir die Hamburger Entschließung in ihrer Form nicht paßt. Nun liegt ja dem Parteitag eine neue Mißbilligungsentschließung vor. Aber auch diese Mißbilligungsentschließung besagt in ihrem zweiten Absatz, daß jemand, der gegen den ausgesprochenen Fraktionszwang verstößt, sich ein parteischädigendes Verhalten zuschulden kommen läßt. Genosse Rosenfeld meinte, das

gehe zu weit und bringe die Gefahr, daß die Einheit der Partei zerstört werde. In einem Artikel im „Klassenkampf" hat er geschrieben: „Je größer die Freiheit in der Partei, um so stärker die Einheit in der Partei". Wenn man das ganz weit auslegt, dann kann schließlich jeder in der Partei tun, was er will. (Sehr gut!) Dann haben wir die größte Freiheit, aber auch die größte Uneinigkeit in der deutschen Sozialdemokratie. (Zustimmung.) Genosse Rosenfeld, ich wundere mich über Ihren Standpunkt. Ich habe hier das Protokoll des Magdeburger Parteitags. Der Parteitag in Magdeburg hat den Genossen, die im Badischen Landtag das Budget bewilligt hatten, die allerschärfste Mißbilligung ausgesprochen. Es gab aber eine große Anzahl von Parteigenossen, denen diese Mißbilligung nicht genügte. Glauben Sie, diese Parteigenossen hätten sich mit dem zahmen Vorschlag begnügt, den ich hier gemacht habe? Sie haben einen Zusatzantrag eingebracht, in dem nicht etwa steht, daß das ein parteischädigendes Verhalten sei und daß ein Parteiverfahren eingeleitet werden soll, sondern es heißt ausdrücklich, daß diejenigen Parteigenossen, die dieser Resolution zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen. (Hört! Hört!) Wer hat diesen Antrag unterzeichnet? (Zuruf: Wels!) Wels niemals! Wer ist dafür gewesen, daß jeder, der die Disziplin bricht, sofort aus der Partei hinausfliegt? Rosa Luxemburg, deren Geist Sie, Genosse Rosenfeld, hier beschworen haben, Dr. Karl Liebknecht, Bieligk (Hört! Hört!), Ströbel (Hört! Hört!) und Dr. Kurt Rosenfeld! (Stürmische Rufe: Hört! Hört! — Gegenruf von Dr. Rosenfeld.) Genosse Rosenfeld wir sind in den Fragen des Strafvollzugs im allgemeinen einer Meinung; aber in diesem Falle scheint es, daß ich den modernen Strafvollzug befürworte; denn ich will Ihnen wenigstens Bewährungsfrist gewähren. (Große Heiterkeit.) Seien wir uns doch darüber klar: es besteht die Gefahr, daß solche Aktionen, wie ihr sie zu meinem Bedauern vorgenommen habt, sich wiederholen, ich habe jedes Wort aufmerksam verfolgt, das von eurer Seite auf diesem Parteitag gesprochen worden ist, nicht aus Mißtrauen, sondern aus dem Gefühl, daß jeder, der mithelfen will, die Partei zusammenzuhalten, auch die Nüancen der Strömungen in der Partei verfolgen muß. Da sind es zwei Dinge, die mir zu denken gegeben haben. Als vom Vorstandstisch gesagt wurde, daß die linken Flügel der Parteien in der Internationale vor dem Wiener Kongreß zusammenkommen würden, um sie zu einer einheitlichen Aktion in Wien zusammenzufassen, haben Sie, Genosse Rosenfeld, erklärt, daß Ihnen von dieser Zusammenkunft nichts bekannt sei. Das war schön. Aber ich hätte gewünscht, daß Sie sofort hinzugefügt hätten: ich mißbillige einen solchen Vorkongreß; ich werde mich nicht beteiligen und dafür sorgen, daß deutsche Genossen eine solche Aktion nicht mitmachen. (Sehr wahr!) Das haben Sie nicht getan, und darum glaube ich, daß ich Ihnen nicht wehe tue, wenn ich sage, Sie oder der eine oder andere Ihrer engeren Freunde würden doch einen solchen Vorkongreß billigen. Wer solche Gruppenbildungen als einen geschlossenen Apparat innerhalb des Parteiapparats mitmacht, kann nicht dafür garantieren, was bei gewissen zugespitzten Situationen aus einer solchen Aktion herauskommt. (Zustimmung.)

Noch deutlicher war der Genosse Oettinghaus, und ich glaube nicht, daß seine Ausführungen auf allen Seiten genügend beachtet worden sind. Genosse Oettinghaus hat klipp und klar gesagt, er sei bereit, jeden Beschluß mitzumachen, der im Einklang mit unserem Parteiprogramm steht. (Oettinghaus: Und mit den Ideen und Traditionen der Partei!) Richtig! Aber Genosse Oettinghaus, was mit dem Parteiprogramm, den Ideen und Traditionen der Sozialdemokratie in Einklang steht, kann nicht der Genosse Oettinghaus und kann nicht der Genosse Sollmann entscheiden; das können nur die berufenen Organisationen der deutschen Arbeiterpartei entscheiden. (Sehr gut!) Genosse Oettinghaus und ihr, die ihr die gleiche Auffassung vertretet, müßt euch doch darüber klar sein, daß man die Entscheidung darüber, ob etwas im Einklang mit dem Parteiprogramm steht, unmöglich jedem einzelnen Parteigenossen zuweisen kann.

Genosse Oettinghaus, du bist Gewerkschaftsführer! Wie kannst du einen solchen Standpunkt vertreten? Wenn du vor einer Gewerkschaftsversammlung stehst, wenn du die Arbeiter zu einer gemeinsamen Aktion zusammenreißen willst, wirst du dann bestimmen, ob das mit den Ideen und den Traditionen der Gewerkschaft im Einklang steht? (Oettinghaus: Das ist selbstverständlich! Ich werde sie doch nicht zum Streikbruch auffordern!) Zum Streikbruch nicht. Vielleicht mußt du sie aber zum Abbruch eines Streiks auffordern. (Sehr gut!) Vielleicht mußt du ein Kompromiß mit dem Unternehmertum machen! (Oettinghaus: Sicher!) Na also, wenn du als Gewerkschafter Kompromisse machst, dann dürfen auch wir als Politiker Kompromisse machen. (Lebhafte Zustimmung. — Oettinghaus: Das ist kein Kompromiß mehr!) Alles das sind sehr ernste Dinge, die uns, nicht persönlich, aber für gewisse mögliche Situationen mißtrauisch machen müssen. Darum behaupte ich, daß der Parteitag klar und deutlich aussprechen muß, wie es in Zukunft mit der Fraktionsdisziplin steht. (Sehr wahr!)

Genosse Jenssen hat gesprochen von einer Hetze gegen die Theoretiker. Ich weiß nicht, ob er damit meinen Vortrag gemeint hat. Ich habe nicht eine Hetze gegen die Theoretiker gemacht und will sie auch nicht machen; aber ich habe gesagt, daß die Arbeit der Genossen, die in den Kommissionen der Parlamente, also auch der Gemeindeparlamente, Tag für Tag um jede Mark Rente kämpfen, genau so Klassenkampf ist wie das Schreiben von theoretischen Artikeln und das Halten von dialektischen Reden. (Sehr wahr!) Genosse Jenssen, wir kennen uns seit vielen Jahren, und ich schätze Ihre erzieherische Arbeit schon deswegen, weil Sie genau wie ich Alkoholgegner sind. (Heiterkeit und Zurufe.) Seid doch froh, daß solche Querverbindungen in der Partei noch bestehen. Ich gebe denjenigen, die sich im wesentlichen mit Theorie beschäftigen und der theoretischen Erziehung der Jugend ihre Kraft widmen, zu bedenken, ob sie nicht in der Gefahr leben, einen Teil unserer Jugend zu einem geistigen Hochmut gegenüber den Parteigenossen zu erziehen, deren aufreibende praktische Tätigkeit ihnen seit Jahrzehnten keine Zeit mehr läßt, alle Theorien zu verfolgen. (Sehr gut!) Genosse Jenssen, ich habe manchmal den Eindruck, daß in einem Teile unserer Jugend ein ganz pharisäerhafter Wortglaube gezüchtet wird und daß sie dadurch untüchtig gemacht wird für den wirklich praktischen Kampf in der sozialistischen Bewegung. (Sehr wahr!) Ich, der ich in der sozialistischen Jugendbewegung aufgewachsen bin, glaube das hier aussprechen zu dürfen.

Nun einige Worte zu den politischen Entschließungen! Eine Entschließung will, daß die Verordnung gegen das politische Rowdytum sofort aufgehoben wird. Ach, Genossen, dieselbe Forderung wird von den Nationalsozialisten erhoben, und ich weiß nicht, ob wir den Nationalsozialisten den Dienst erweisen sollen, diese Verordnung aufheben zu lassen. Ich bin jedenfalls dagegen. Wenn aber in dieser Entschließung auf die Gefahr einer Bedrohung der proletarischen Freidenkerbewegung hingewiesen wird, so sage ich auch dem Genossen Siemsen, der dazu gesprochen hat: die Führung der Reichstagsfraktion hat in jedem Falle, in dem ihr Beschwerden über behördliche Mißgriffe gegen die Freidenker zugegangen sind, eingegriffen und auch Erfolge erzielt. (Sehr gut!) Bei dem Genossen Dr. Hertz liegt der Brief der proletarischen Freidenkerorganisation, die der Reichstagsfraktion ausdrücklich Anerkennung ausspricht, weil es ihr gelungen ist, die allermeisten Mißstände zu beseitigen. (Hört! Hört!) Ich bitte Sie, die Entschließung anzunehmen, in der wir uns gegen alle Schikanen wenden, die den Freidenkern zugefügt werden und der Fraktion den Auftrag erteilen, weiter gegen jeden Mißbrauch der Notverordnung anzukämpfen.

Genosse Siemsen hat das Gebiet des Katholizismus berührt. Er hat dabei eine Auslegung der letzten Enzyklika des Papstes gegeben und Kritik an einem Aufsatz im „Vorwärts" geübt. Ich habe diesen Aufsatz nicht gelesen; aber es ist schon möglich, daß man in Berlin über die Geschichte des Katholizismus nicht

genügend unterrichtet ist. Vielleicht ist Genosse Siemsen damit einverstanden, wenn ich dem Genossen Stampfer den Vorschlag mache, damit in Zukunft ähnliche Fehler nicht mehr vorkommen, möglichst bald einen tüchtigen katholischen Sozialisten in die Redaktion des „Vorwärts" zu berufen. (Heiterkeit.)

Genosse Siemsen hat eine Kulturpolitik verlangt, die, wenn ich ihn recht verstanden habe, aggressiv gegen die katholische Kirche eingestellt sein soll. (Zuruf des Genossen Siemsen.) Ich habe mich in der „Rheinischen Zeitung" und auch in anderen Parteizeitungen niemals passiv gegen Angriffe der katholischen Kirche verhalten. Ich bin der Auffassung, daß wir religiöse Toleranz üben sollen; aber dagegen, daß eine Kirche, sei sie wo sie wolle, den Sozialismus angreift, hat jeder Sozialist sich entschieden zu wehren. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist der Standpunkt, in dem wir alle einig sind.

Die Genossen Seydewitz und Rosenfeld haben unter Nr. 196 eine Entschließung vorgelegt, die ich sachlich für ganz negativ halte. Ein Parteigenosse der Rechten — wenn ich so sagen darf — hat mir gesagt, er könne beinahe für diese Entschließung stimmen. Ich bitte Sie, diese Entschließung abzulehnen; denn sie enthält den politischen Willen, die Reichstagsfraktion zu binden, ihr unter allen Umständen eine feste Marschroute noch vor dem Erscheinen der Notverordnung vorzuschreiben. Es gibt ja einige Genossen, die schon ganz genau wissen, was in dieser Notverordnung stehen wird, die wissen, daß die Notverordnung das Diktat der deutschen Schwerindustrie sein wird. Nun hat der politische Führer des Hochkapitalismus in Deutschland, Dingeldey von der Deutschen Volkspartei, soeben in Hamburg eine Rede zu der Notverordnung gehalten. (Hört! Hört!) Dingeldey sagt, der Reichskanzler habe die Verpflichtung übernommen, weitere Ausfälle durch Ausgabenkürzungen und Reformen zu decken. Dann sagt er, was man aber jetzt höre, bedeute den Bruch der vom Reichskanzler bisher bekundeten Grundsätze. Es scheine, daß man auch dem Wunsche der Sozialdemokraten folgen wolle und die 40-Stunden-Woche einführen wolle. Der Reichskanzler habe bisher im Inland und Ausland Vertrauen genossen, weil sein Programm sich von sozialistischen Einflüssen freigehalten habe. In dem Augenblick, in dem dieser Kurs verlassen werde, seien für alle diejenigen, die bisher in Deutschland der Regierung Vertrauen geschenkt hätten, neue politische Tatsachen geschaffen. Diese Erklärung von Dingeldey, dem Führer der Volkspartei, bedeutet, daß er dem Reichskanzler mit der Opposition und dem Abschwenken der Volkspartei von der Regierung Brüning droht, wenn sie Notverordnungen erläßt, wie sie jetzt anscheinend geplant sind. In einer solchen Situation wäre es unklug, wenn der Parteitag einen Beschluß annehmen würde, wie ihn Rosenfeld und Seydewitz beantragt haben.

Die Resolution Künstler-Aufhäuser spricht schon durch die Namen, die darunter stehen, für sich. Diese Resolution ist nicht nur negativ, sie ist auch dadurch positiv, daß sie konkrete Vorschläge für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, der gesamten Arbeitslosenfürsorge macht, die andere Entschließungen vermissen lassen.

Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen, die mir nach dem glänzenden Referat Breitscheids und infolge meiner körperlichen Erschöpfung schwergefallen sind.

Wir stehen am Ende des großen politischen Kampfes, der auf diesem Parteitag ausgefochten worden ist. Als ich zu diesem Parteitag fuhr, habe ich mancherlei Glossen in gegnerischen Blättern über die Verbonzung, über die Verkalkung der Sozialdemokratie und über den alles beherrschenden Apparat gelesen. Ich frage Sie: Welche Partei in Deutschland könnte vor der breiten Öffentlichkeit die größten politischen und wirtschaftlichen Probleme so diskutieren, wie es auf diesem Parteitag geschieht!

Mögen Sie rechts oder links stehen, eines hat dieser Parteitag bewiesen, daß die Sozialdemokratie von strömendem geistigem Leben erfüllt ist, und daß alle

Genossen mit der Leidenschaft ihrer Überzeugung hier mitarbeiten. Die Genossen, die Gegner unserer Fraktionspolitik sind, werden nach dem Schlußwort Breitscheids zugeben müssen, daß sich auch die Politik unserer Reichstagsfraktion mit Begeisterung und Kraft vertreten läßt. Ich bin überzeugt, wenn Breitscheid diese Rede vor einer Arbeiterversammlung gehalten hätte, daß ihm die sozialdemokratischen Arbeiter ebenso zugejubelt hätten wie hier der Parteitag. (Sehr richtig!) Es kommt darauf an, daß man klar und wahr sagt, was wirklich ist.

Was haben wir in diesen Tagen in Leipzig erlebt von dem Fackelzug und der großen Demonstration an über die Debatten, über all das, was in diesem Saal vor sich gegangen ist! Ich hatte das Gefühl, auch bei den Stürmen auf der Galerie, daß die Sozialdemokratie geradezu von Energie geladen ist und daß keiner wagen kann, mit dieser Partei anzubinden. Deshalb sage ich: Hinweg mit allem Pessimismus, mit aller Kopfhängerei, mit dem Wahn, daß nicht agitiert und gekämpft werden könnte! Hinweg aber auch mit dem Wahn, daß es in Deutschland mit Demokratie und Republik zu Ende sei! Was wir von der Demokratie in den letzten Monaten freiwillig zum Schutz der Demokratie zeitweise aufgegeben haben, werden wir zurückholen! Ich sage, Genossen: Dieser Parteitag beweist dem deutschen Volk, er beweist der ganzen Welt: Es kommt kein drittes Reich! Es kommt kein Sowjet-Deutschland! Es kommt ein Deutschland des arbeitenden Volkes unter Führung der Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall und anhaltendes Händeklatschen.)

Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin (persönliche Bemerkung): Genosse Sollmann hat den Versuch gemacht, einen Widerspruch zwischen meiner Haltung in Magdeburg 1910 und meiner heutigen Haltung festzustellen. Ich würde in einem solchen Widerspruch an sich nichts Schlimmes finden, denn warum sollte man nicht von 1910 bis 1931 etwas gelernt haben! (Heiterkeit.) Aber wenn man die Dinge genau betrachtet, sieht man, daß ich in diesem Punkte gestern denselben Standpunkt vertreten habe, wie im Jahre 1910. Ich habe gestern gesagt, daß ein Disziplinbruch deshalb nicht in Frage kommt, weil wir nicht gegen einen Parteitagsbeschluß verstoßen haben. 1910 war aber die Sachlage, wie aus dem Antrag Zubeil hervorgeht, die, daß bereits auf drei vorhergehenden Parteitagen, nämlich in Lübeck, Dresden und Nürnberg, eine Verpflichtung für die sozialdemokratischen Vertreter ausgesprochen war, grundsätzlich das Gesamtbudget abzulehnen. Es war also in Magdeburg eine andere Situation als heute. Damals hatten die süddeutschen Genossen bereits gegen drei Parteitagsbeschlüsse verstoßen, und der Parteitag in Magdeburg hat mit meiner Zustimmung den Ausschluß nur für den Fall angedroht, daß sie noch ein viertes Mal den Parteitagsbeschluß verletzen sollten. Es ist also ein gewaltiger Unterschied zwischen meiner Haltung von 1910, wie sie der Genosse Sollmann konstruiert, und der Haltung, die ich damals wirklich eingenommen habe. Soviel ich auch sonst gelernt habe, so stimmt doch meine jetzige Haltung in dieser Frage mit meiner Stellungnahme in Magdeburg genau überein. (Händeklatschen auf der Galerie.)

Vors. **Wels:** Ich möchte folgendes bemerken: Der Referent Sollmann hat klipp und klar erklärt, wir haben es hier mit einem Antrag zu tun, der die Mißbilligung ausspricht, und hinterher erklärt, daß die Möglichkeit geschaffen werden müßte, die Fraktion zu einem einheitlichen Auftreten und Handeln zu bringen, und daß ein Verstoß dagegen eine Parteischädigung sei. Er hat betont, daß in Magdeburg beschlossen sei, daß ein Zuwiderhandeln gegen die Beschlüsse der Fraktionsmehrheit eo ipso zum Ausschluß führen müsse, und zwar ohne jedes Verfahren, daß also die Möglichkeit der Berufung an einen Parteitag über die Einberufung eines Schiedsgerichts ausscheiden müsse. Die Möglichkeit des Vergleichs zwischen damals und heute ist also nicht gegeben. Der Standpunkt von Rosenfeld war damals unvergleichlich schärfer als heute. —

Die meisten von Ihnen haben erst am Sonntag Leipzig erreicht und sind deshalb nicht im Besitz der Leipziger Volkszeitung von Freitag und Sonnabend der

vergangenen Woche. Ich halte den Zeitpunkt jetzt für gekommen, gewissermaßen als Vorbereitung für die Abstimmungen Ihnen eine Notiz aus der „Leipziger Volkszeitung“ vom Sonnabend zur Kenntnis zu bringen und in das Protokoll einzuverleiben, die auf bestimmte Aktionen aufmerksam macht. In der Notiz heißt es:

„Parteitagsaktion der KPD.

Mitgliedsbücher der SPD. sollen demonstrativ zerrissen werden. (Hört! Hört!) Auf dem Forum der Journalistentribüne.

Wir berichteten bereits gestern über die großen Vorbereitungen, die die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei in Leipzig getroffen hat. Sie betrafen nur den Eröffnungstag, die Riesendemonstration, die am 31. Mai getätigt wird. Jetzt wird uns mitgeteilt, daß entsprechende Maßnahmen auch für den Parteitag selbst geplant worden sind.

Die Kommunisten gedenken die Entscheidung entsprechend auszuwerten, die in irgendeiner Form über das Verhalten der neun Genossen getroffen wird. Wie sie ausfallen wird, vermag niemand zu sagen. Am allerwenigsten wissen das die Bezirksleitungsmitglieder der KPD. Darauf aber kommt es ihnen auch nicht an. Es gilt, um jeden Preis diese Entscheidung im Sinne der Kommunisten auszuwerten.

Aus diesem Grunde waren die Häupter der KPD. bestrebt, sich mit jungen SPD.-Genossen und mit Schufo-Kameraden in Verbindung zu setzen. Denen wurde der Auftrag erteilt, sich am Tage der Entscheidung auf der Galerie des Volkshauses entsprechend zu placieren. Ist die Entscheidung gefallen, dann sollen sie einer entsprechenden früheren Anweisung des ZK. folgend, ihre Mitgliedsbücher zerreißen, die möglicherweise von der KPD. zu diesem Zwecke besonders geschaffen werden, und in den Saal hinabschleudern.

Gelingt es den dafür ausersehenen Akteuren nicht, an dem entsprechenden Tage eine Eintrittskarte zu erlangen, dann haben sich die Häupter der Kommunistischen Partei bereit erklärt, ihre Pressekarten — sie sollen sieben zur Verfügung haben

— ich kann das als richtig bestätigen —

den Demonstranten zur Verfügung zu stellen. Es wird noch festzustellen sein, ob die kommunistische Presse überhaupt Pressekarten erhalten hat. Die Möglichkeit besteht durchaus — und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür —, daß die Kommunistische Partei für diesen Zweck Pressekarten besonders nachdrucken ließ.

An der Authentität dieser Nachrichten ist kein Zweifel möglich. Daraus ergibt sich, daß sich der Parteitag, die Parteigenossenschaft und die gesamte politische Öffentlichkeit bereits jetzt mit dieser Aktion zu beschäftigen hat. Wenn irgend etwas Ähnliches auf dem Parteitag geschieht, dann steht im voraus fest, daß die Mitgliedsbücher zerreißenden Demonstranten im Dienste der Kommunistischen Partei tätig sind. Die Aktionen werden zielbewußt von den kommunistischen Instanzen vorbereitet. Dann wird in der Presse der entsprechende Klamauk gemacht. Auf Grund unserer Ermittlungen aber steht jetzt schon mit unbestreitbarer Sicherheit fest, daß alle derartigen etwaigen Demonstrationen im Dienste der Kommunistischen Partei betrieben werden und eingefädelt worden sind.“

Ich glaube, daß es für die Mitglieder des Parteitages immerhin von Interesse ist, diese Notiz zu kennen, die am 30. Mai bereits erschienen war, ehe Sie Leipzig erreichten, weil wir jetzt zu den entscheidenden Abstimmungen kommen.

Antrag 7 und 9 werden der Reichstagsfraktion überwiesen.

Antrag 8 ist durch die Resolution Tarnow angenommen.

Über die Anträge 17 und 18 soll bei Antrag 203 mit abgestimmt werden.

Antrag 19 und 198 werden angenommen.

Der Parteitag stimmt der Auffassung zu, daß die Anträge 28 bis 36 durch die Abstimmung über den Antrag 203 als erledigt anzusehen sein werden.

Bei der Abstimmung über Antrag 203 Abs. 1 haben, wie der Vorsitzende feststellt, die Mitglieder der Reichstagsfraktion, auch wenn sie als Delegierte oder Parteiausschußmitglieder anwesend sind, kein Stimmrecht.

Antrag 203 Abs. 1 wird mit großer Mehrheit angenommen. Über Abs. 2 wird namentlich abgestimmt. Ergebnis der Abstimmung: abgegeben sind 386 Stimmen, davon 324 mit Ja, 62 mit Nein. Abs. 2 ist angenommen.

Angenommen werden ferner die Anträge 94 (nach Streichung des ersten Satzes), 187, 194, 201 und 204.

Abgelehnt werden die Anträge 78 und 91.

Erledigt sind die Anträge 17, 18, 29, 31 bis 36, 52 bis 59, 66, 80, 81, 83 bis 89 und 189

Der Reichstagsfraktion werden überwiesen die Anträge 37 bis 51, 60, 67 bis 77, 92 und 96

Der Reichstagsfraktion und den Landtagsfraktionen werden die Anträge 61 bis 64 und Antrag 65 Abs. 1 überwiesen.

Den Landtagsfraktionen wird Antrag 79 überwiesen, dem Parteivorstand der Antrag 65 Abs. 2.

Dem Fachausschuß für Sozialpolitik wird Antrag 95 überwiesen.

Anträge 82 und 90 sind zurückgezogen, Antrag 93 ist zurückgestellt.

Antrag Nr. 202 wird angenommen und Antrag Nr. 190 damit für erledigt erklärt. Ebenso wird nach dem Antrage des Referenten der Antrag Nr. 199 durch den Antrag Nr. 201 für erledigt erklärt.

Antrag Nr. 192 ist durch den Antrag Nr. 200 erledigt.

Der Antrag Nr. 195 wird angenommen; die Anträge Nr. 196 und 197 sind damit erledigt.

Antrag Nr. 200 wird schließlich einstimmig angenommen.

Antrag Nr. 193 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Es folgt der

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Berichterstatter **Krüger** (Berlin): Genossinnen und Genossen! Die Mandatsprüfungskommission hat folgende Zusammensetzung des Parteitags festgestellt. Der Parteivorstand ist vertreten durch 17 Mitglieder, darunter 3 Genossinnen. Der Parteivorstand hätte auf Grund der Wahl von Magdeburg das Recht gehabt, 18 Mitglieder zu entsenden. Es fehlt der leider erkrankte Genosse Ludwig. Die Mandatsprüfungskommission hat lebhaft bedauert, den Genossen Ludwig nicht begrüßen zu können. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Kontrollkommission wird gebildet aus 9 stimmberechtigten Mitgliedern, darunter ist 1 Genossin, es sind anwesend 7 stimmberechtigte Mitglieder, darunter 1 Genossin.

Der Parteiausschuß, der die Vertretung der politischen Bezirke darstellt, zählt insgesamt 44 Mitglieder, darunter 11 Genossinnen. Sämtliche Parteiausschußmitglieder sind auf dem Parteitag anwesend.

Die Reichstagsfraktion, die auf Grund des Organisationsstatuts der Partei ein Fünftel der Fraktionsmitglieder entsenden darf, ist durch 29 Mitglieder vertreten, darunter 2 Genossinnen.

Die Bezirksverbände, die die Wahlkörper für den Parteitag bilden, können auf Grund des Parteistatuts 300 Delegierte entsenden. Sie haben 298 Delegierte zum Parteitag geschickt.

Somit sind auf dem Parteitag 394 stimmberechtigte Mitglieder anwesend, darunter 59 Genossinnen. (Bravo!) Diese 59 Genossinnen stellen 14,7 Prozent der gesamten Delegation dar. Gemessen am Reichsdurchschnitt der Frauenmitgliedschaft ist die Zahl der Delegiertinnen zu gering. (Sehr wahr!) Die Mandatsprüfungskommission bedauert, daß Bezirksverbände vorhanden sind, die den berechtigten Ansprüchen der Genossinnen nicht in genügender Weise entgegengekommen sind. (Lebhafte Zustimmung).

19 Delegierte ohne Stimmrecht sind auf dem Parteitag zugegen, darunter 3 Frauen. Wir begrüßen 19 ausländische Gäste, ferner an deutschen Gästen als Vertreter der Bruderorganisationen des ADGB., des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes und anderer Organisationen insgesamt 3. Es sind außerdem 3 Parteitagsreferenten vorhanden, so daß die Gesamtheit der nichtstimmberechtigten Parteitagsmitglieder 48 beträgt.

Unsere politischen Gegner sprechen von einer alten, verkalkten, nicht mehr lebensbejahenden und nicht mehr kampfesfreudigen Sozialdemokratischen Partei. Die Mandatsprüfungskommission stellt demgegenüber folgendes fest: Auf dem Parteitag sind anwesend 210 Genossinnen und Genossen bis zum Alter von 45 Jahren, d. h. 52,3 Prozent, mehr als die Hälfte der Delegiertinnen und Delegierten. 13 Parteitagsdelegierte sind anwesend im Alter von über 60 Jahren. Bei einer Gesamtzahl von 394 Delegierten dürfte diese Zahl kein Zeichen von Altersschwäche oder Verkalkung sein; im Gegenteil, die wirklichen Zahlen beweisen, wie lebensstark und zukunftsbejahend die deutsche Sozialdemokratie ist.

Der Mandatsprüfungskommission lag ein Beschwerdefall vor. Die Kommission trat am 1. Juni zusammen, und unter dem Datum des 1. Juni wurde ihr ein in Leipzig geschriebener Protest vorgelegt. Dieser Protest wird getragen von dem Genossen Kirchmann (Stralsund) und Wilke (Stettin). Beide Genossen bringen zum Ausdruck, daß die Wahl der Genossin Ullmann (Greifenhagen) mit dem Organisationsstatut in Widerspruch steht. Der Tatbestand ist folgender. Der Bezirksvorstand des Bezirkes Pommern hat beschlossen, zwei Genossinnen als Delegierte zur Wahl in den einzelnen Bezirksverbänden zu stellen. Derselbe Bezirksvorstand hat mit diesem Beschluß zum Ausdruck gebracht, daß andere Vorschläge der Unterbezirke, der Ortsvereine nicht entgegengenommen werden dürften. Die Mandatsprüfungskommission ist der Ansicht, daß jeder Ortsverein in seinem Vorschlagsrecht souverän ist. (Sehr richtig!) Sie glaubt, daß der Bezirksvorstand Pommern kein Recht besitzt, nur einen bestimmten Personenkreis von Delegierten zum Vorschlag zu bringen. Wenn die Genossin Ullmann entgegen dem Vorschlag des Bezirksvorstandes zur Wahl gestellt und gewählt worden ist, ist die Mandatsprüfungskommission der Ansicht, daß ihr Mandat gültig ist. (Zustimmung.) Wir beantragen deshalb, den Einspruch zurückzuweisen und alle übrigen Mandate für gültig zu erklären.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden **Lipinski** beschließt der Parteitag vor Eintritt in die Besprechung des Berichts der Mandatsprüfungskommission folgendes Telegramm an den Genossen Ludwig:

> Der Parteitag sendet Dir herzlichste Grüße und innige Wünsche zur baldigen vollständigen Genesung. Büro Parteitag: Wels, Lipinski.

In der Aussprache über den Bericht der Mandatsprüfungskommission erhält dann das Wort

Kirchmann (Stralsund): Genossinnen und Genossen! Es dreht sich im vorliegenden Falle wirklich nicht darum, ob die Genossin Ullmann oder Schumann oder sonst eine Genossin auf den Parteitag kommt. Der Bezirksvorstand Pommern hat am 14. März beschlossen, zwei Genossinnen für die ganzen Unterbezirke vorzuschlagen, und zwar wurde dabei gesagt, es sollten weitere Genossinnen nicht vorgeschlagen werden. Der Bezirksvorstand hat sich damit aber nicht begnügt, sondern hat für den nächsten Tag eine erweiterte Bezirksvorstandssitzung einberufen. Der erweiterte Bezirksvorstand ist die Instanz, die, solange ein Bezirksparteitag nicht stattgefunden hat, maßgebend ist. Der erweiterte Bezirksvorstand ist dem vorhin erwähnten Beschlusse in vollem Maße beigetreten, und auf seiner Sitzung wurde ausdrücklich festgestellt, daß weitere Vorschläge nicht gemacht werden dürfen. Dann hat der Bezirksvorstand ein Rundschreiben herausgegeben, in dem er mitteilte, daß er die beiden Genossinnen Höfs und Schumann vorschlage. Daraufhin haben sich zwei von den vier Unterbezirken diesem Beschluß gefügt und nur über diese beiden Genossinnen abstimmen lassen. Im Unterbezirk Stettin hat es der Genosse Passehl, der selbst Mitglied des Bezirksvorstandes ist und diesen Beschluß sanktioniert hatte, für notwendig gehalten, einen anderen Vorschlag zu machen, nämlich die Genossin Ullmann in Vorschlag zu bringen. Er ist extra nach Hinterpommern gereist, um für die Genossin die er protegiert, Stimmung zu machen. Wenn Genosse Krüger sagte, im Statut sei nicht vorgesehen, wer das Recht habe, Vorschläge zu machen, so stimmt das. Aber wir haben so viel von Disziplin gesprochen. Wenn ein erweiterter Bezirksvorstand einstimmig einen Beschluß gefaßt hat, muß dieser Beschluß respektiert werden. (Biester: Wenn aber der Beschluß nicht gültig war!) Warum hat der Beschluß keine Gültigkeit? (Biester: Weil er gegen das Statut verstößt!) Der Beschluß verstößt nicht gegen das Stutut, weil im Statut darüber nichts vorgesehen ist, wie die Vorschläge erfolgen sollen. Für ganz Pommern war nur eine Genossin zu wählen, und nun ist in zwei Bezirken über zwei Genossinnen, in zwei Bezirken über drei Genossinnen abgestimmt worden, so daß eine richtige Wahl überhaupt nicht zustande kam. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Wahl der Genossin Schumann gültig ist; denn sie entspricht dem Beschluß des erweiterten Bezirksvorstandes. Die Genossin Ullmann hat auch von den gesamten Stimmen nicht ein Drittel erhalten, so daß man ihr unmöglich das Mandat zuerkennen kann. Wenn dieses Mandat für gültig erklärt wird, dann dokumentieren wir damit, daß die Beschlüsse des erweiterten Bezirksvorstandes in Pommern nicht gelten, daß die Disziplin gebrochen wird und jeder machen kann, was er will. Ich bitte daher den Parteitag, das Mandat der Genossin Ullmann für ungültig zu erklären.

Krüger (Berlin): Der Parteivorstand versendet an die Bezirksvorstände Wahlprotokolle, in denen es u. a. heißt:

> Die dem Bezirk zustehenden Delegierten sind gewählt durch Mitgliederversammlungen, durch Beschlüsse der Ortsvereine oder durch Bezirksparteitage. (Sehr richtig!) Von Beschlüssen der Bezirksvorstände ist darin nichts gesagt. (Zustimmung.) Schon diese Tatsache muß zur Ablehnung des von dem Genossen Kirchmann gestellten Antrags führen. (Sehr richtig!)

In der Abstimmung wird der Antrag der Mandatsprüfungskommission, sämtliche Mandate für gültig zu erklären, mit großer Mehrheit angenommen.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr.)

Vierter Verhandlungstag

Donnerstag, den 4. Juni 1931, 9 Uhr

Vorsitzender **Wels:** Ich eröffne die Sitzung.

Für die Wahl des Vorstandes und der Kontrollkommission erwarte ich Vorschläge bis vormittags 11 Uhr. Es sind zu wählen für den Vorstand drei Vorsitzende, 2 Kassierer, 4 Sekretäre und 11 Beisitzer, für die Kontrollkommission

9 Mitglieder. Um 11 Uhr wird die Vorschlagsliste für geschlossen erklärt und in Druck gegeben, um im Laufe des Tages fertiggestellt und den Delegierten übermittelt zu werden. Die Einsammlung der Stimmen wird durch die Mandatsprüfungskommission bzw. Kontrollkommission heute Abend bei Verlassen oder morgen früh erfolgen.

Wir kommen zum dritten Punkt der gedruckten Tagesordnung:

Partei und Jugend

Referent **Erich Ollenhauer:** In den bisherigen Vorträgen und Diskussionsreden ist wiederholt auf die Fragen eingegangen worden, die ich heute behandeln soll. Ich sage deshalb von vornherein, daß ich auf eine Reihe von Argumenten und Fragestellungen nochmals eingehen muß. Der Genosse Breitscheid hat in seinem Referat dem Parteitag gewissermaßen einen Vorschuß auf Konto meines Vortrags gewährt, d. h. er hat zuletzt einen starken Appell an die Partei gerichtet, der Jugend in der Partei mehr Raum als bisher zu geben, ihr größeres Verständnis entgegenzubringen. Ich bin ihm für diesen Appell sehr dankbar, weil ich damit der unangenehmen Pflicht enthoben bin, hier in eigener Sache zu sprechen, also als Junger die Jugend zu feiern, um dann praktische Vorschläge für die gemeinsame Arbeit der Jungen und Alten in der Partei zu machen. Ich kann mich auf die praktischen organisatorischen Anregungen beschränken, soweit es auf das innere Verhältnis von Partei und Jugend ankommt.

Der Genosse Breitscheid hat der Jugend das Recht auf Kritik zuerkannt und vom Parteitag gefordert, daß auch die Partei dieses Recht anerkennt. Er hat dabei die besondere Zustimmung der Jungen hier im Saal gefunden. Ich möchte dazu und vor allem den Jungen sagen, daß die Jugend, wenn wir fruchtbar über das Verhältnis von Partei und Jugend hier diskutieren wollen, nicht nur das Recht der Kritik an der Partei für sich in Anspruch nehmen darf, sondern ebenso bereitwillig sein muß, Selbstkritik zu üben. Ich selbst habe auch eine Reihe von kritischen Bemerkungen zur Jugend zu machen und hoffe, daß diese bei der Jugend auf dieselbe Bereitwilligkeit und Aufgeschlossenheit stoßen, mit der sie ihr Recht, an der Partei Kritik zu üben, hier akzeptiert hat.

Die Formulierung meines Themas und die hierzu vorliegenden Anträge zwingen mich, die Frage Partei und Jugend nach zwei Hauptgesichtspunkten zu erörtern. Einmal handelt es sich für uns um die Klärung der Beziehungen zwischen der in der Partei oder in einer der sozialistischen Jugendorganisationen bereits organisierten Jugend und zum andern stehen wir vor der umfassenderen Frage der Gewinnung der außenstehenden indifferenten Jugend für den Kampf um den Sozialismus. Ich möchte zunächst die innerparteiliche Frage behandeln.

Wenn wir heute auf dem Parteitag die Jugendfrage in einem besonderen Punkt zur Diskussion stellen, so sind wir dazu durch die veränderte gesellschaftliche Situation der Jugend veranlaßt worden. Ich möchte zunächst in kurzen Strichen die Stellung der wirtschaftlichen Gesellschaft nochmals darstellen. Der Anteil der Jugend an der Gesamtbevölkerung ist größer, als wir gemeinhin annehmen. Nach der Volkszählung 1925 standen rund 9 Millionen Menschen im Alter zwischen 15 und 21 Jahren, d. h. mehr als ein Siebentel der Gesamtbevölkerung unseres Landes. Diese Zahl wird in den nächsten Jahren vorübergehend sinken, weil sich in dieser Altersgruppe der Geburtenrückgang während des Krieges bemerkbar macht, aber dieser Rückgang ist für unsere Betrachtung nicht von entscheidender Bedeutung. Dagegen müssen gerade wir uns über die bedeutsame wirtschaftliche Stellung der Jugend klar sein. Nach der gleichen Zählung 1925 stehen im Reichsdurchschnitt 80 Prozent der jungen Menschen im Wirtschaftsleben, so daß wir also in Deutschland mehr als 7 Millionen erwerbstätige

Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren haben, daß also eine ungeheuer große Zahl von jungen Menschen sehr frühzeitig, nach unserer Meinung sogar vorzeitig, in das Wirtschaftsleben gestellt werden, und den ganzen Druck des wirtschaftlichen und politischen Kampfes in einer Zeit aushalten müssen, in der das Heranreifen und Heranwachsen eine viel größere Schonung in der Jugend erfordert.

Hinzukommt, daß die wirtschaftliche Bedeutung der Jugend in den letzten Jahren durch die Rationalisierung noch wesentlich gestiegen ist. Wir wissen aus vielen Einzelbeispielen, daß die moderne technische Entwicklung der Wirtschaft den Wert der jugendlichen Arbeitskraft stark gesteigert hat. Einen sehr eindeutigen und geradezu erschütternden Beweis für die enge Verflechtung von Jugend und Wirtschaft erleben wir aber in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Als wir Mitte März bei dem vorläufigen Höhepunkt der Arbeitslosigkeit in Deutschland fast 5 Millionen Arbeitslose zählten, wurde die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren auf rund 600 000 und in der Altersgruppe zwischen 18 und 21 Jahren auf nicht weniger als rund 450 000 geschätzt. Die letzteren sind diejenigen Schichten der Jugend, die heute zu Tausenden nach 4jähriger Lehrzeit auf die Straße gesetzt werden, ohne die geringste Aussicht zu haben, in absehbarer Zeit in ihrem erlernten Beruf eine Arbeitsstätte zu erhalten.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die starke politische Spannung, die heute in der arbeitenden Jugend lebendig ist, in dieser Tatsache eine ihrer wesentlichen Ursachen hat. Die materielle, aber vor allem auch die geistige und seelische Not der arbeitslosen Jugend zwischen 18 und 21 Jahren ist ungeheuer groß. (Sehr richtig!)

Neben der wirtschaftlichen ist aber auch die politische Stellung der Jugend erheblich gestärkt. Die Sozialdemokratie war es, die nach der Revolution der Jugend das Wahlrecht gegeben hat. Heute wählen alle Zwanzigjährigen gleichberechtigt mit den älteren Jahrgängen zu allen Parlamenten. Das ist eine ungeheure Steigerung der politischen Bedeutung der Jugend, wenn wir daran denken, daß diese Jahrgänge von 20 bis 22 Jahren, die heute als Staatsbürger mit vollem Recht politische Entscheidungen beeinflussen können, im kaiserlichen Deutschland im Heer gestanden haben, und dort jedes politischen Rechts entkleidet waren. Es ist eine der größten Errungenschaften der Demokratie, daß sie dieser Jugend anstatt eines militärischen Drills das höchste Recht der Demokratie, nämlich die Mitarbeit am Ganzen als freier Staatsbürger, gegeben hat.

Bei den Jungwählern handelt es sich auch nicht um eine zahlenmäßig unbedeutende Schicht, sondern um eine sehr beachtliche Gruppe. Nach der Volkszählung von 1925 wachsen im Laufe von vier Jahren, also einer normalen Reichstagswahlperiode nicht weniger als 5 Millionen junge Menschen heran, die am Wahltag zum erstenmal eine politische Entscheidung zu fällen haben. Ich brauche in diesem Kreise nicht zu sagen, welche Bedeutung die Entscheidung einer solchen Altersgruppe für die politische Entwicklung in Deutschland haben kann.

Wir müssen also feststellen, daß die Jugend ein bedeutsamer Faktor unseres öffentlichen Lebens geworden ist. Die Folge dieser Entwicklung ist ein Kampf um die Jugend, der in den letzten Jahren auf alle wichtigen Lebensgebiete übergegriffen hat. Ich erinnere nur an das Beispiel des Wahlkampfes vom September 1930. So wie damals haben noch niemals alle politischen Parteien sich mit allem Nachdruck um die Stimmen der Jungwähler bemüht. Es war sehr unterhaltsam, zu beobachten, wie insbesondere die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme der Jugend immer wieder einreden wollten, sie seien eigentlich immer die Jugendparteien gewesen. Selbst Hugenberg hat sich mit einer monarchistischen Rede besonders an die Jungwähler gewandt. Volks- und Wirtschaftsparteien haben mit erheblichen Mitteln unter den Jungwählern agitiert. Es hat sogar eine Partei in diesem Wahlkampf gegeben, die ihren Namen geändert hat, um als Staatspartei mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit zu

treten, nach dem sie die Partei der jungen Generation sei. Es hat sich herausgestellt, daß es bei diesem Bekenntnis im Wahlaufruf geblieben ist; denn die Staatspartei hat weder eine nennenswerte Zahl von Wählern noch Jungwählern bekommen. Aber alle diese Dinge sind Zeichen dafür, daß alle politischen Richtungen in immer steigendem Maße die bedeutsame politische Entscheidung der Jugend erkennen.

Wir sollen uns darüber klar sein, daß der Ausgang der Reichstagswahl nicht das Ende des Kampfes um die Jugend bedeutet, sondern daß er eine weitere Verschärfung dieses Kampfes bringen wird und muß. Wir sollen weiter nicht vergessen, daß der Kampf um die Jugend nicht nur in Zeiten politischer Hochspannung geführt wird, sondern daß er sich tagtäglich auch auf anderen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens abspielt. (Sehr richtig!) Dafür will ich nur ein paar Hinweise geben.

Gerade wir als Sozialdemokraten sollen mit besonderer Aufmerksamkeit die Bestrebungen verfolgen, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet im Kampf um die Jugend immer deutlicher abheben. Wir sind uns doch darüber klar, daß das ganze System der Werkjugendpflege und der Werkschulen, das von der Schwerindustrie des Westens planmäßig gefördert wird, nichts anderes ist als ein mit modernen Mitteln unternommener Versuch, junge arbeitende Menschen auch ideologisch zu fesseln. Hier sollen junge Menschen durch jugendpflegerische und erzieherische Maßnahmen in den Dienst des Unternehmertums gestellt werden.

Auch auf dem Gebiete der öffentlichen Erziehung finden wir eine Zuspitzung dieses Kampfes. Immer öfter und in immer kürzeren Zeitabständen werden Volksschule, Berufsschule und Hochschule in den Brennpunkt politischer Auseinandersetzungen gerückt. Nicht umsonst haben nach meiner Auffassung nationalsozialistische Minister in Thüringen und in Braunschweig so stark darauf hingearbeitet, fortschrittliche Bildungseinrichtungen für die arbeitende Jugend abzubauen. Sie haben mit Recht erkannt, daß die Umgestaltung der öffentlichen Erziehungseinrichtungen von entscheidender Bedeutung für die politische und weltanschauliche Haltung der kommenden Generation sein kann. Nicht umsonst ist vor allem auch das Zentrum in allen Ländern und im Reich wieder bemüht, sich die entscheidenden Positionen der Kultur und der Erziehung der Jugend zu sichern.

Eine weitere Bestätigung des zunehmenden Kampfes um die Jugend ist die Tatsache, daß die Zahl der Jugendverbände immer größer wird. Es gibt heute kaum noch eine Organisation, die nicht ihre eigene Jugendorganisation hat, und zwar nicht nur im gegnerischen Lager, sondern auch im Lager der Arbeiterbewegung. Wir haben eine wahre Inflation an Jugendorganisationen. (Sehr richtig!) Eine ganze Reihe von Verbänden könnte sich sehr gut damit einverstanden erklären, daß die Erziehungsarbeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung bei einigen Hauptorganisationen stärker konzentriert wird, als es heute der Fall ist. (Sehr richtig!) Ich sehe es z. B. gar nicht ein, warum selbst die Organisation der proletarischen Briefmarkensammler eine eigene Jugendorganisation braucht. (Heiterkeit.)

Der Kampf um die Jugend ist eine Tatsache. Es gibt kein neutrales Jugendland mehr. Die Erziehung der Jugend ist eine eminent politische Angelegenheit geworden. (Sehr richtig!) Jede Bewegung, die politisch wirken will, muß Jugend und Erziehung in den Bereich ihrer wichtigsten Gegenwartsarbeiten einbeziehen. (Sehr richtig!)

Die sozialistische Arbeiterbewegung hat den Kampf um die Jugend zunächst mit einem bedeutsamen Ausbau ihres eigenen Erziehungswerkes beantwortet. Vor dem Kriege war die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands" so ziemlich die einzige Einrichtung der sozialistischen Arbeiterbewegung, die die Jugendarbeit förderte. Wir haben heute neben der Sozialistischen Arbeiterjugend, der direkten Nachfolgerin der Zentralstelle, eine gut ausgebaute Jugendarbeit bei den freien Gewerkschaften und in der Arbeitersportbewegung. Der Erfolg dieses Ausbaus ist eine wesentliche Steigerung unserer Arbeitsmöglichkeiten. Hierfür einige Zahlen.

Bei Kriegsausbruch zählte die Zentralstelle für die arbeitende Jugend rund 100 000 Abonnenten der Zeitschrift „Arbeiterjugend". Wir haben heute in der Sozialistischen Arbeiterjugend 55 000 Jugendliche erfaßt, bei den freien Gewerkschaften rund 300 000 Jugendliche und in den Jugendgruppen der Arbeitersportbewegung etwa 260 000 Jugendliche. Insgesamt sind das mehr als 600 000 sozialistisch organisierte Jugendliche.

Ein anderer Ausbau, der nicht weniger wichtig ist! Wir haben nicht nur eine Zusammenfassung der schulentlassenen Jugend, sondern wir haben eine sehr bedeutsame Erweiterung unseres Erziehungswerkes durch die Zusammenfassung der Kinder unter sozialistischer Führung vorgenommen. Die Gründung und Entwicklung der Kinderfreundebewegung ist eine der wichtigsten Erscheinungen in der Erziehungsbewegung der Sozialdemokratie nach dem Krieg. Im Jahre 1930 haben die Kinderfreunde rund 120 000 Kinder in ihren Gruppen erfaßt.

In diesem Zusammenhang muß auf eine andere Jugendorganisation hingewiesen werden, die in einem sehr starken und tapferen Kampf für die Sozialdemokratie steht, auf die sozialistischen Studenten. Wir wissen, daß die Universitäten heute Brutstätten des Nationalsozialismus und der Reaktion sind. Um so höher ist es zu werten, daß unsere sozialistischen Studenten mit starkem persönlichen Mut und großer Tatkraft daran arbeiten, in diese nationalsozialistische Gesinnung der Studenten Bresche zu schlagen und unter dieser Jugend für die Idee der sozialistischen Bewegung zu kämpfen. Gerade den Studenten, die mit an der vordersten Front unseres politischen Kampfes stehen, gebührt für ihre Arbeit der Dank der Gesamtpartei, daß sie nicht müde geworden sind, immer wieder die Arbeit in Angriff zu nehmen, junge Studenten für die Sozialdemokratie zu gewinnen. (Bravo!)

Ich bin der Auffassung, daß wir als sozialistische Bewegung im Kampf um die Jugend unsere Aufgabe nicht damit erfüllt sehen dürfen, daß wir Jugend sammeln, sondern es ist notwendig, eine planmäßige sozialistische Erziehung zu verfolgen. Wir sind eine Bewegung, die nicht beim Erreichten stehen bleiben will, sondern von der Zukunft die Erfüllung ihrer letzten Ziele erwartet. Wir können uns deshalb nicht damit begnügen, die Jugend gegnerischen Einflüssen zu entziehen, sondern wir müssen sie um der Zukunft des Sozialismus willen so erziehen, daß sie die große Aufgabe der Verwirklichung unserer Ideale zu erfüllen vermag.

Zu einem Ausbau unseres sozialistischen Erziehungswerkes zwingt uns aber noch eine andere Überlegung. Wir haben in der sozialistischen Bewegung ein Jahrzehnt schwerster politischer Arbeit hinter uns, das uns mehr neue Erkenntnisse gebracht hat, darunter auch die Erkenntnis, daß wir manches im politischen und wirtschaftlichen Kampf dieses Jahrzehnts mehr erreicht hätten oder mehr hätten halten können, wenn wir auf alle von uns eroberten Plätze genügend geschulte Männer und Frauen hätten stellen können. Wir haben manches aufgeben müssen, weil uns die Menschen fehlten, die neuen Aufgaben zu erfüllen. Wir sind heute darin alle einig, daß nur ein Proletariat, das selbstbewußt, lebensbejahend und mit allen geistigen und moralischen Qualitäten ausgerüstet ist, den Kampf für seine Befreiung führen, eine neuere, höhere Ordnung aufrichten kann. Im Endkampf um den Sozialismus wird nicht nur die Zahl unserer Anhänger, sondern auch die Reife des Proletariats entscheiden. (Sehr richtig!) Es ist die Aufgabe der Jugenderziehung, diese Reife planmäßig vorzubereiten.

Wenn wir heute vor der Frage stehen, welche Aufgaben der Partei der Gegenwart auf dem Gebiet der Jugenderziehung und des Jugendwerbens zu erfüllen hat, so müssen wir zunächst die allgemeine Forderung stellen, daß die Partei wie bisher alle Angelegenheiten der Jugend und der Erziehung als ihre

eigene Angelegenheiten betrachtet. Sie muß den Kampf um die Reform des öffentlichen Schul- und Erziehungswesens führen. Sie muß für einen Ausbau des Jugendschutzes wie für eine ausreichende Hilfe für die arbeitslose Jugend kämpfen. Darüber hinaus muß sie immer wieder ihre politische Macht einsetzen, um ihren eigenen Erziehungsorganisationen, den Kinderfreunden, der Sozialistischen Arbeiterjugend, den Studenten, auch bei den amtlichen Stellen des Reiches und der Länder die Anerkennung zu verschaffen, auf die sie Anspruch haben. (Sehr richtig!) Die sozialistischen Jugendverbände haben lange genug unter dem Ausnahmerecht des alten Reiches gelitten. Wir müssen von dem republikanischen Deutschland fordern, daß es der sozialistischen Erziehungs- und Jugendarbeit volle Freiheit ihrer Entfaltung und alle nur mögliche öffentliche Unterstützung gibt.

Die Partei steht heute vor einer Reihe von wichtigen organisatorischen Aufgaben, die in den letzten Monaten in Parteiversammlungen, Parteizeitschriften und -zeitungen lebhaft diskutiert worden sind. Mit diesen Aufgaben beschäftigen sich auch die meisten der vorliegenden Anträge, zu denen ich in diesem Zusammenhang einiges sagen muß. Ich möchte vorschlagen, daß wir uns zunächst über den Begriff „Jugend" etwas mehr verständigen, als es in den Diskussionen bisher geschehen ist. Es ist unmöglich, daß wir die 14- bis 30jährigen als eine geschlossene Altersgruppe betrachten. Wir sollten uns daran halten, von „Jugend" nur dann zu sprechen, wenn es sich um die Jugend zwischen 14 und 20 Jahren handelt. Für die älteren Jahrgänge sollten wir den Begriff annehmen, der sich in der Öffentlichkeit immer stärker durchsetzt, nämlich den Begriff der „jungen Generation", und darunter jene jungen Menschen verstehen, die nach dem Kriege politisch mündig geworden sind, also etwa die 20- bis 35jährigen. Man kann darüber streiten, ob man den Begriff der jungen Generation bis auf die 35jährigen ausdehnen soll. Ich glaube, eine solche Begriffsbestimmung hat insofern eine sachliche Berechtigung, als nicht zu bestreiten ist, daß es bei den 20- bis 35jährigen so etwas gibt wie eine gemeinsame Haltung, die entstanden ist durch das gemeinsame Erlebnis des Krieges und der Revolution in der Zeit ihrer eigentlichen Jugend.

Wenn wir uns zunächst mit der Frage der Gewinnung und der Erziehung der Jugend zwischen 14 und 20 Jahren beschäftigen, dann müssen wir feststellen, daß diese Aufgabe nicht in erster Linie eine Aufgabe der Partei sein kann. Die Partei hat diese Aufgabe vielmehr einer selbständigen Jugendorganisation, der Sozialistischen Arbeiterjugend übertragen. Die Sozialistische Arbeiterjugend hat den Auftrag von der Gesamtbewegung, die arbeitende Jugend zu organisieren, sie sozialistisch zu erziehen und der Partei als Mitglieder zuzuführen. Sie muß diese Aufgabe in erster Linie aus eigener Kraft durchführen, aber sie bedarf dennoch der Unterstützung durch die Partei. Ich kann feststellen, daß die organisatorische Unterstützung durch die Partei in den letzten Jahren wesentlich stärker geworden ist, daß im Bewußtsein der Partei die Förderung der Jugendarbeit zu den Pflichtaufgaben der Partei gehört. Noch wichtiger als die organisatorische Hilfe ist aber oftmals die ideelle Unterstützung. Ich meine die Werbung für die sozialistischen Jugendorganisationen in den Kreisen der Parteigenossen selbst. Wenn wir als Sozialdemokratie die Notwendigkeit einer sozialistischen Erziehung der Jugend bejahen, muß die erste Aufgabe der Partei sein, darauf hinzuwirken, daß die Kinder und Jugendlichen der Parteigenossen unseren Erziehungsorganisationen zugeführt werden. (Sehr richtig!) Hier liegt noch eine große Aufgabe vor uns; denn noch viele Jugendliche stehen abseits, die eigentlich durch die Erziehung im Elternhaus ganz natürlich den Weg in unsere Organisationen finden sollten. (Zustimmung.) Die Partei kann und soll in dieser Beziehung auf Parteimitglieder keinen Zwang ausüben; denn mit Zwangsmitgliedern ist uns nicht gedient. Aber jeder Parteigenosse muß es als Verletzung seiner Parteipflicht empfinden, wenn er versäumt, seinen Kindern den Weg in die sozialistischen Jugendorganisationen zu weisen, oder wenn er

sie gar daran hindert, Mitglieder dieser Organisationen zu werden. (Erneute Zustimmung.)

Ich komme zu einer weiteren Aufgabe der Partei, die in den letzten Monaten besonders dringlich geworden ist und uns unmittelbar an gegenwärtige Schwierigkeiten heranführt. Die Sozialistische Arbeiterjugend ist ihrer altersmäßigen Zusammensetzung nach eine Erziehungsorganisation. Eines ihrer stärksten pädagogischen Mittel ist die Selbstverwaltung der Jugend in dieser Organisation. Aber die Sozialistische Arbeiterjugend kann weder in der allgemeinen sozialistischen noch in der politischen Erziehungsarbeit die Mitarbeit der Älteren entbehren. Aus verschiedenen Gründen, die ich im einzelnen nicht darstellen kann, besteht trotz der äußeren Selbstsicherheit der Jugend, die wir heute manchmal beobachten können, die Notwendigkeit einer stetigen und zielbewußten Jugendführung stärker als je. Die Partei leistet den Jugendorganisationen eine wertvolle Hilfe, wenn sie ihr pädagogisch und politisch geschulte Mitarbeiter zur Verfügung stellt. (Sehr wahr!) Es ist aber notwendig, daß sich die Parteiorganisation ständig ihrer Verantwortung für die Parteimitglieder bewußt bleibt, die sie mit der Aufgabe der Förderung der Jugendarbeit betraut. Wir haben den Eindruck, daß das nicht immer der Fall ist. Es ist richtig, daß die Jugend heute unter einer starken Spannung steht. Sie ist die natürliche Folge des starken Druckes, der gegenwärtig auf der Jugend lastet. Eine der wichtigsten Aufgaben der Jugendorganisationen besteht darin, diese Spannung dadurch zu lösen suchen, daß den jungen Menschen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Nöte und ihre Forderungen miteinander zu besprechen und sich mit den Problemen auseinanderzusetzen, die auf ihnen lasten. Aber es muß weiter darauf ankommen — und hier setzt die pädagogische Aufgabe ein —, die Spannung der Jugend in den Willen der Jugend umzumünzen, als Parteigenossen in der Partei mitzuarbeiten.

Nichts ist heute leichter, als in einer Jugendgruppe die Jugend zu radikalen Entschließungen zu bewegen. (Zustimmung.) Dazu bedarf es nicht des geringsten pädagogischen Geschickes. Parteigenossen, die so ihre Aufgabe erfüllen, sind sich ihrer pädagogischen Verantwortung nicht bewußt. Wir müssen immer wieder erkennen, daß in diesen Krisenzeiten diese Verantwortung der Pädagogen besonders groß ist. (Sehr richtig!) Es widerspricht allen Grundsätzen einer ernsthaften politischen Erziehung der Jugend, wenn wir sie leichtfertig zu politischen Festlegungen zwingen. Wir dienen der Jugend auch nicht, wenn wir in ihr den Glauben wecken und stärken, sie sei politisch aktiv, wenn sie über jede, auch über die schwerste politische Entscheidung der Partei mit ein paar Schlagworten hinweggeht. (Zustimmung.) Die Aufgabe der Parteigenossen, auch der aus der Jugendorganisation kommenden Parteigenossen, in der Jugendorganisation ist, Vermittler zwischen Partei und Jugend zu sein. Sie sollen für die Partei werben, und das kann man nicht, wenn man, wie wir es erlebt haben, vor der Jugend immer wieder nur kritisch von der Partei spricht. Kritik ist berechtigt, aber wir üben sie in der Partei selbst. Die Entscheidung über die Politik der Partei wird in der Partei selbst gefällt. (Sehr richtig!) Wenn wir für die Partei werben, dann sollen wir nicht immer das Trennende betonen, das in der Partei an taktischen Meinungsverschiedenheiten vielleicht vorhanden ist, sondern dann haben wir das gemeinsame, das einigende Ziel herauszustellen.

Es ist sicher sehr verlockend, in einer Zeit, in der die Jugend im öffentlichen Bewußtsein so hoch im Kurse steht wie gegenwärtig, bei taktischen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei immer wieder darauf hinzuweisen: Wir haben die Jugend hinter uns! Ich bin demgegenüber der Meinung, wir sollten uns als Parteigenossen diesen billigen Erfolg schenken, denn wir sollten aus der Geschichte der internationalen proletarischen Jugendbewegung wissen, daß die Einbeziehung der Jugendorganisationen in innerparteiliche Auseinandersetzungen immer das Ende dieser Organisationen zur Folge gehabt hat. (Sehr wahr!)

Wir müssen alle, wo wir auch taktisch stehen mögen, der Jugend gegenüber in erster Linie unsere pädagogische Verantwortung fühlen lassen, und wir haben aus Achtung vor der Jugend die Pflicht, den Jugendlichen um ihrer politischen Schulung und Information willen Auseinandersetzungen in der Partei so objektiv wie möglich darzustellen. Diese Objektivität ist gerade in Zeiten erforderlich, in denen die Spannung im politischen Leben der Partei so groß ist wie jetzt. Wir sollten ferner daran denken, daß wir der Jugend gegenüber auch eine Verantwortung haben, wenn wir öffentlich reden und schreiben. Gerade die Genossen, die auf dem sogenannten linken Flügel der Partei stehen und mit besonderer Vorliebe die Jugend für sich reklamieren, möchte ich dringend bitten, das zu beachten. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Wir alle, hier unten die Delegierten und dort oben die Jugend, haben am ersten Verhandlungstage gehört, wie Genosse Tarnow in seinem Schlußwort dargestellt hat, daß die ganze Partei in der grundsätzlichen Beurteilung der gegenwärtigen Schwierigkeiten, der Ursachen der Wirtschaftskrise, einig ist. Wir haben alle das Gefühl gehabt, daß damit die Atmosphäre gereinigt worden ist, daß die Voraussetzungen geschaffen wurden, um für lange Zeit den politischen Kampf geschlossener zu führen. Wir haben einstimmig beschlossen, die Broschüre in einer Massenauflage zu verbreiten. Was liegt näher, als sie zunächst jedem jungen Sozialisten in die Hand zu geben, damit er daraus lernen kann, wie schwierig diese Zeit ist! Aber ich muß beinahe fürchten, daß dieser Erfolg für die gesamte Partei in bestimmten Parteibezirken gar nicht empfunden werden wird. Ich bin zu dieser Befürchtung gekommen, als ich in der „Chemnitzer Volksstimme" über das Schlußwort des Genossen Tarnow folgenden Satz las: „Im Schlußwort quittiert Tarnow die ihm zuteilgewordene Schonung mit einem Gemisch von Demagogie und Zynismus, das er über die Opposition ausgießt." (Pfuirufe.) Wir, die wir die wirklichen Vorgänge erlebt haben, brauchen unser Urteil über eine deratige Schreibweise nicht erst zu sagen. Aber ich erinnere euch daran, Parteigenossen: Draußen im Lande, wo diese Parteizeitung gelesen wird, warten Tausende von jungen Menschen darauf, daß ihnen ein Weg gewiesen wird aus der Not ihrer Zeit, und ihr seid euch hoffentlich darüber klar, daß diese Schrift Tarnows bei diesen Jugendlichen, ehe sie von ihnen gelesen worden ist, schon durch diese Bemerkung der Zeitung herabgesetzt ist. (Zustimmung.) Das nenne ich eine veranwortungslose Jugenderziehung! (Lebhaftes Händeklatschen.)

In diesem Zusammenhang noch eine andere Frage! Uns liegen zwei Anträge vor, die sich mit einem Beschluß des Reichsausschusses der Sozialistischen Arbeiterjugend beschäftigen. Nach diesem Beschluß sollen Parteigenossen über 20 Jahre, die in der Sozialistischen Arbeiterjugend mitarbeiten wollen, zur Ausübung ihrer Funktion neben dem Vertrauen der Jugend auch die Zustimmung ihrer Parteiorganisation brauchen. Dieser Beschluß ist von der Arbeiterjugend in der Absicht gefaßt worden, alle Parteiorganisationen von vornherein, ehe es zu Schwierigkeiten kommt, an ihre Verantwortlichkeit gegenüber den parteigenössischen Mitarbeitern zu erinnern. Wir wollten dadurch Fälle verhindern, wie wir sie erlebt haben, daß nämlich junge Genossen die Jugendorganisationen benutzt haben, um für die Kommunisten Parteipropaganda zu machen. Wir wollten verhindern, daß es zu solchen Schwierigkeiten kommt, wir wollten erreichen, daß die Partei vorher prüft: ist der betreffende Genosse auch in der Lage, Jugendarbeit zu leisten? Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß über diesen Beschluß in der Sozialistischen Arbeiterjugend Meinungsverschiedenheiten entstanden sind. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, diese Meinungsverschiedenheiten selbst auszutragen. Was uns jedoch veranlaßt hat, hier darüber zu sprechen, ist die Tatsache, daß sich Parteiorganisationen gefunden haben, die dagegen opponierten, daß die Partei verlangt, daß Genossen, die ein Vertrauensamt in einer sozialistischen Organisation einnehmen, auch das Vertrauen der Partei besitzen müssen. Ich muß gestehen, daß ich eine solche Einstellung nicht verstehe. (Sehr richtig!) Am merkwürdigsten in dieser Beziehung ist der Antrag des Bezirks Zwickau. Dieser Bezirk fordert vom Parteitag die Aufhebung des Beschlusses mit der Begründung, er hebe das Selbstverwaltungsrecht der Jugend auf. Dazu ist zunächst zu sagen, daß das Recht der 14- bis 20jährigen überhaupt nicht zur Diskussion steht. Es handelt sich nur um die über 20jährigen Parteimitglieder. Aber das sonderbarste ist, daß die Zwickauer Genossen im Namen der Selbstverwaltung der Arbeiterjugend vom Parteitag die Aufhebung eines Beschlusses fordern, den die Körperschaften der Arbeiterjugend selbst gefaßt haben. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß der Parteitag mehr Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterjugend hat als die Zwickauer Parteigenossen. Ich will hier noch sagen: es hat niemals eine autonome Sozialistische Arbeiterjugend gegeben, weder vor dem Kriege noch nach dem Kriege. Die Sozialistische Arbeiterjugend ist selbständig in organisatorischer und pädagogischer Beziehung, aber Richtung und Inhalt ihrer politischen Erziehungsarbeit werden durch das Programm der Partei und die grundlegenden Beschlüsse der Parteitage bestimmt. Denn die Partei ist die höhere Einheit. Die Diskussionen über diese Frage haben bewiesen, daß diese selbstverständliche Bindung heute nicht mehr allgemein empfunden wird. Deshalb muß sie wieder einmal klargestellt werden. Die Jugendorganisation ist nicht Selbstzweck, sondern sie soll mit den ihr gegebenen Mitteln der Partei dienen. Die Grundlage unserer Erziehungsarbeit bildet nicht irgendeine verschwommene Auffassung vom Sozialismus, sondern unsere Erziehungsarbeit hat von den sozialistischen Grundsätzen auszugehen, die in den programmatischen Erklärungen der Sozialdemokratie ihren Niederschlag gefunden haben.

Nun, Parteigenossinnen und -genossen, komme ich zu einer anderen Frage, die weit lebhafter als diese rein organisatorischen Dinge in der Partei in den letzten Monaten diskutiert worden ist. Es handelt sich um das Problem: junge Parteimitglieder und Partei. Hier liegt die Sache anders als bei der eigentlichen Jugendarbeit. Die Erfassung und Erziehung der 14- bis 20jährigen konnte die Partei gewissermaßen an die Jugendorganisation abgeben, aber die Eingliederung der jungen Generation in die Parteiarbeit muß die Partei selbst übernehmen. Es handelt sich hier um eins der dringendsten Probleme, vor denen wir gegenwärtig stehen. Deshalb ist auch so unendlich viel darüber geschrieben worden. Ich muß aber sagen, daß in diesen Artikeln oft von den tatsächlichen Verhältnissen ein schiefes Bild gegeben worden ist. Eins der beliebtesten Argumente der Gegner ist z. B. die Sozialdemokratie sei eine Partei ohne Jugend. Die Gegner haben das hartnäckig behauptet, und schließlich hat diese Behauptung auch in unseren Reihen Gläubige gefunden, deren Glauben nicht einmal durch die Statistik im Jahrbuch erschüttert werden konnte. Ich will gar nicht an die machtvolle Kundgebung am vergangenen Sonntag erinnern, sondern folgende Tatsachen feststellen. Wir haben in der Partei 80 000 Mitglieder unter 25 Jahren, und wenn wir in diesem Falle auch die 20- bis 35jährigen hinzunehmen, dann zählt die Partei nicht weniger als 320 000 Mitglieder unter 35 Jahren. Ich behaupte, es gibt keine politische Partei in Deutschland, die Nationalsozialisten und Kommunisten eingeschlossen, die über eine so große Anzahl organisierter junger Menschen verfügt. (Sehr richtig!) Wir wissen von den Kommunisten daß die Gesamtmitgliederzahl dieser Partei nach ihren eigenen Angaben Ende des vorigen Jahres 220 000 betragen hat. Wir haben also mehr Jugendliche, als die gesamte Kommunistische Partei Mitglieder besitzt. (Beifall.) Ich sage damit nicht, daß nun alles in Ordnung ist; das wäre töricht. Wir sind uns darüber einig, daß wir noch viel mehr junge Menschen gewinnen wollen, aber wir sollen uns darüber klar sein, daß diese Zahlen große agitatorische Möglichkeiten in sich bergen. Die Partei kann, wenn sie will, mehr als 300 000 junge Menschen in die Agitation unter der Jugend einspannen. Jugend kann zur Jugend sprechen, und das ist ungeheuer wichtig.

Ich möchte zunächst einiges zur Stellung der jungen Parteigenossen in der Partei sagen. Wir stehen vor der Tatsache, daß die Spannungen zwischen jung und alt, die natürlich immer vorhanden waren, heute besonders stark sind. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Erklärungen. Ich will Ihnen nur die wichtigsten kurz in die Erinnerung zurückrufen. Wir dürfen nie vergessen, daß Krieg und Revolution die Jungen und die Alten ganz anders geformt haben, daß das Erlebnis des Krieges zwischen den Generationen steht. Die alte Generation hat den Krieg erlebt, als sie ihr Lebensbild bereits geformt hatte, aber auch die junge Generation ist das Erlebnis des Krieges mit der elementaren Wucht eingestürmt, mit der junge Menschen solche Ereignisse empfinden. Daher sprechen wir oft verschiedene Sprachen, daher verstehen wir so oft einander nicht. Wenn die alte Generation von ihrer Jugend spricht, ist das eine andere Jugendzeit, als die Jungen sie heute erleben. Weiter kommt hinzu, daß die Jugend von heute anders wertet als die erwachsene Generation. Die Jugend kann nicht vergleichen zwischen dem Heute und dem Gestern, weil sie das Gestern nicht erlebt hat. Darum ist vieles von dem, was die erwachsenen Genossen und Genossinnen als eine Errungenschaft empfinden, für die Jugend eine Selbstverständlichkeit. (Sehr richtig;)

Ferner ist die Stellung der Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit eine ganz andere geworden als vor dem Kriege. Wir sollen uns darüber klar sein, daß wir der Jugend, die nach dem Kriege zum politischen Denken erwachte, ganz anders erscheinen, als die Jungen vor dem Kriege die Sozialdemokratie erlebten. Wir haben jetzt schon die neue Praxis gefunden; aber wir sprechen noch oft die alte Sprache, und das macht es den Jungen so schwer, die Verbindung zwischen Theorie und Wirklichkeit in der Sozialdemokratie herzustellen. (Sehr wahr!) Die Folge ist vor allem eine große beiderseitige Unsicherheit in den gegenseitigen Beziehungen. Die Jungen wie die Alten stehen oft vor der Frage: verstehen wir einander überhaupt? Diese Unsicherheit offenbart sich immer wieder. Es ist z. B. ein Beweis für diese Unsicherheit, wenn jetzt Alte, Erwachsene immer wieder alles von der Jugend erwarten, wenn sie von ihrer anderen Haltung die Erfüllung aller ihrer Wünsche erhoffen. Man kann heute wirklich oftmals von einem wahren Jugendkult sprechen, der der Jugend gar nicht dient. (Sehr richtig!) Die Jugend auf der anderen Seite meint unter diesem Eindruck ihrer großen öffentlichen Geltung, sie brauche nur zu kommen, dann werde sich schon alles finden. Ihr kennt die Schlagworte auf der einen wie auf der anderen Seite. So sagen die Jungen: die Alten sind verbraucht, der Apparat ist verknöchert, das Ziel ist im Alltagskampf um Reformen untergegangen, der Politik fehlt überhaupt jeder innere Schwung. Aber mir scheint, als wenn eine wichtige Ursache für das unbefriedigende Verhältnis zwischen jung und alt besonders in der Politik noch auf einem anderen Gebiet liegt. Wir haben heute eine weitgehende Politisierung der Jugend. Zum erstenmal stößt eine junge Generation in voller Breite in die Politik ein; sie wird getrieben von erschütternden Erlebnissen; sie ist erfüllt von einer starken Reaktion gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und sie sieht sich im Mittelpunkt des Interesses; alle Parteien werben um die Jugend. Die Lebensformen der Jugendbewegung sind gesellschaftsfähig geworden; wesentliche Grundsätze ihres Gemeinschaftslebens sind heute Allgemeingut. Ja, das ganze gesellschaftliche Sein dieser Jugend zwingt die Jungen von heute in die Politik, führt zu ihrer Politisierung. Dabei übersehen wir sehr oft, daß diese politisierte Jugend eben auch Jugend ist, d. h. junge Menschen mit ihren besonderen natürlichen Eigenarten. Politisierung der Jugend heißt noch nicht, daß diese Jugend auch schon die Gesetze des politischen Kampfes begriffen und anzuwenden gelernt hat. Ich bin sogar der Meinung, daß trotz der Politisierung der Jugend das Verhältnis von Jugend und Politik heute oft ungeklärter als früher ist, weil der äußere Eindruck über die inneren Schwierigkeiten hinwegtäuscht. Auch die Jugend wird irritiert durch ihre Erfolge. Sie meint, es sei schon gut, wenn man marschiere, und sie begreift nicht, daß

Politik mehr ist als Demonstration. Viele der Jungen nicht nur bei uns, sondern in der ganzen jungen Generation, leben heute noch in dem ehrlichen Glauben, daß es nach den ideellen Erfolgen der Jugendbewegung auch möglich sein müsse, das bündische Leben in den Jugendgruppen auch ins Politische zu übertragen. Sie stellen sich eine neue Form des politischen Lebens, der politischen Gruppierung vor.

Wenn wir fruchtbar über das Verhältnis von Jugend und Partei sprechen wollen, müssen vor allem wir Jungen uns vorher darüber verständigen, daß es eine jugendliche Politik nicht gibt. (Sehr gut!) Ich sage beileibe nicht, daß alles so bleiben soll, wie es ist. Aber das, was wir im politischen Organismus unserer Zeit zu ändern wünschen, können wir Jungen nur ändern, wenn wir die Gesetze politischen Wirkens innerlich anerkennen (Sehr wahr!), wenn wir sie begreifen als die Kunst des Möglichen, als die immer neue Ausbalancierung der Kräfte. An sich bedeutet jugendliches Wesen zunächst nichts; denn Politik erfordert neben dem Idealismus, neben dem Willen zur gesellschaftlichen Mitarbeit in hohem Maße Einsicht, Erfahrung und Wissen. Das sind Eigenschaften, die man sich nur erarbeiten kann. Ich kann meine Behauptung stützen auf eine sehr krasse Erfahrung der letzten Zeit. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion ist die weitaus jugendlichste; sie zählt 45 Abgeordnete unter 35 Jahren. Mehr Jugendlichkeit ist beim Willen nicht zu verlangen. Aber wir haben erlebt, daß soviel Jugendlichkeit nur vor der Wahl zu ertragen ist. (Sehr richtig!) Als nach der Wahl diese junge Reichstagsfraktion in den Sitzungszimmern des Parlaments den politischen Gegnern Auge in Auge ohne Stinkbomben und Trillerpfeifen gegenübersaß, zeigte sich, daß der Geburtsschein ohne Wert ist, daß er höchstens ausreicht zur Erlangung mildernder Umstände. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Hitler ist nicht zuletzt aus dem Reichstage ausgezogen, um mit seinen Jungen wieder in die romantischeren Gefilde der Agitation zurückkehren zu können. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, auch die jungen kommunistischen Reichstagsabgeordneten sind im allgemeinen in Pfeifkonzerten stärker als in politischen Arbeiten. (Sehr wahr!)

Ich kann mir denken, daß manche von den Jungen und auch von den Alten, die jugendlich empfinden, mit einigem Unbehagen diese kritische Einstellung zur Jugend empfinden. Aber wir dienen in diesem Augenblick des Kampfes um die Jugend weder der Jugend noch der Partei, wenn wir uns hier zu einem Hymnus auf die Jugend zusammenfinden, während morgen im Alltag alles beim alten bleibt. Die Aufgabe der Eingliederung der jungen Parteigenossen in die Politik lösen wir nur, wenn wir sehen, was ist. Da sage ich, daß die Eingliederung heute weniger ein organisatorisches als ein psychologisches Problem ist. Die junge Generation muß erkennen, daß die große öffentliche Beachtung, die sie heute erfährt, ihr den gewiß schweren, aber unvermeidbaren Schritt des Überganges aus der Welt der Jugendbewegung zur Anerkennung der Gesetze des politischen Lebens nicht ersparen kann. Wir erheben doch unseren Anspruch auf Mitwirkung in der Politik nicht, weil wir jung sind — das geht auch bei uns vorüber —, sondern weil wir unseren eigenen politischen Willen, der aus unserer besonderen Entwicklung gewachsen ist, im politischen Leben zur Geltung bringen wollen. Instrument dieses Kampfes sind die politischen Parteien, und der Weg ist der politische Kampf. Erst wenn wir Instrument und Weg innerlich bejahen und anwenden lernen, wird das Besondere der Jugend, ihr Elan und ihre Gläubigkeit zur politischen Kraft. Unsere Aufgabe als einer jungen Generation ist es, den politischen Gestaltungswillen, der in der Jugend stark lebendig ist, auf dieser Basis zur Geltung zu bringen, damit er nicht in negativer Kritik oder in Aktionen nach kommunistischer Manier verpufft, die letzten Endes unfruchtbar sind.

Auf der anderen Seite muß die Partei alles tun, um der Jugend die Erreichung dieses nächsten Zieles zu erleichtern. Die Partei hat früher den Standpunkt vertreten, man müsse der Jugend innerhalb der Partei Raum zur Ge-

staltung eines gewissen Eigenlebens geben. Das war der Anlaß zu dem Kasseler Beschluß über die Gründung von jungsozialistischen Gruppen. Dieser Beschluß war damals berechtigt; denn die Jugend, die aus dem Kriege zurückkam und in der Blütezeit der Jugendbewegung stand, war erfüllt von dem Glauben, sie werde eine neue Zeit ohne die Notwendigkeiten des politischen Alltagskampfes erreichen. Ich erinnere an die Debatten auf der Jungsozialisten-Konferenz in Bielefeld vom Jahre 1921 über die Frage, ob ein Jungsozialist auch Parteimitglied sein müsse. (Sehr richtig!) Die Jungsozialisten sollten Mittler sein zwischen Partei und Jugend. In ihren Gruppen sollte die Einsicht geweckt werden, daß nur auf dem Wege der praktischen Politik die hohen Ideale der Jugend verwirklicht werden können. Wir müssen heute feststellen, daß davon nichts mehr übriggeblieben ist. (Zustimmung.) Ich will hier nicht an einzelnen Beispielen die Entwicklung der Jungsozialisten kritisch beleuchten; denn das Urteil der großen Mehrheit der Partei über die Jungsozialisten von heute steht fest, und der Parteitag braucht nur noch dieses Urteil schriftlich festzulegen. (Sehr richtig!) Trotzdem will ich mitteilen, was ist. Vor der letzten Reichskonferenz der Jungsozialisten, die Ostern in Leipzig stattfand, hat die Reichsleitung eine Erhebung über die Zahl der Ortsgruppen und Mitglieder veranstaltet. 60 Ortsgruppen haben über annähernd 2000 Mitglieder berichtet. Wenn wir diese Zahl noch auf 3000 erhöhen, so steht fest, daß die Jungsozialisten gegenwärtig von 80 000 jungen Parteigenossen im ganzen Reich nur 3000 erfassen. Diese Zahlen beweisen das völlige Versagen der jungsozialistischen Gruppen. Ich kann dieses Versagen mit um so größerem Recht feststellen, als sich die Jungsozialisten seit der Reichskonferenz in Leipzig wenigstens darin ziemlich einig zu sein scheinen, daß die Fortführung ihrer Bewegung auf dieser Basis keinen Sinn hat. Ich will die verschiedenen Gründe des Versagens nicht aufzeigen; aber doch eine Erfahrung als Lehre für die Zukunft hinzufügen. Eine wesentliche Ursache für das völlige Versagen der Jungsozialisten ist m. E. die Tatsache, daß die Bewegung in den letzten Jahren zu einer reinen Richtungsorganisation umgestellt worden ist. (Sehr wahr!) Objektiverweise muß hinzugefügt werden, daß an dieser Entwicklung nicht nur die Jungsozialisten, sondern auch manche erwachsene Parteigenossen schuld sind. (Lebhafte Zustimmung.) Nach meiner Auffassung liegt die entscheidende Ursache für das Versagen der jungsozialistischen Gruppen in der Tatsache, daß die historischen Voraussetzungen für eine solche Sonderorganisation heute nicht mehr gegeben sind. Wir stehen nicht mehr vor der Aufgabe, jungen Sozialisten den Übergang in die Partei zu ermöglichen, sondern die Frage ist, wie wir eine stark politisierte Jugend im Rahmen der Gesamtpartei zur politischen Aktivität bringen. Diese Aufgabe lösen wir nicht durch die Schaffung einer neuen politisch-pädagogischen Provinz in der Partei, sondern nur durch die unmittelbare verantwortliche Mitarbeit der Jungen in der Partei. (Sehr richtig!) Die Partei kann jetzt einen großen Schritt zur Lösung der Spannung zwischen alt und jung tun; sie kann der Jugend den von mir geforderten Übergang aus der Welt der Jugendbewegung in die Welt der Politik erleichtern, indem sie junge Menschen an verantwortliche Plätze der Partei stellt, an denen sie sich erproben können. (Zustimmung.)

Ich habe vorhin mit aller Deutlichkeit die Bedingungen aufgezeigt, die die junge Generation erfüllen muß, wenn sie politisch wirken will. Aber wenn wir von der Jugend verlangen müssen, daß sie die starke Resonanz aufgibt, die die jugendliche Haltung heute überall auslöst, dann bedarf sie auf der anderen Seite, wenn sie nicht vorzeitig müde werden soll, einer neuen Resonanz. Sie braucht das ehrliche und rückhaltlose Vertrauen der Partei, es nun einmal mit diesem merkwürdigen Menschenschlag im Frontkrieg der Politik zu versuchen. Dabei müssen wir uns gestehen, daß die Partei heute schon unter einem gewissen Zwange steht. In den letzten Jahren haben wir nicht nur viele aus der ersten Generation der Arbeiterbewegung verloren, sondern wir haben auch viele der Besten dahingehen sehen, die unter der großen Last der Verantwortung, die Partei und Volk ihnen auferlegten, vorzeitig zusammengebrochen sind. Wir müssen die Lücken schließen, und es ist darum Zeit, auch vom Standpunkte der Partei, daß die junge Generation zum Felddienste einrückt. Heute haben wir noch in der Partei die Möglichkeit, die Tradition ohne Bruch fortzusetzen, die Jungen in die Reihen der geschulten Mannschaften der alten Generation einzugliedern. Die Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt, daß die praktische Erfahrung die beste Lehre ist, die man einem jungen Menschen geben kann.

Neben der Parteiarbeit, neben der unmittelbaren Eingliederung der Jugend in die Partei ist notwendig die Schulungsarbeit an den jungen Parteigenossen. Die Politisierung der Jugend, so sehr sie uns vielleicht manchmal günstig und angenehm erscheint, ist nicht ohne Gefahr für die geistige Entwicklung der Jugend. Die äußere Politisierung der Jugend bedeutet noch nicht ein wirklich politisches Denken. Wir wollen weiter nicht die Gefahr übersehen, die die Militarisierung der Jugend, wie sie sich jetzt allgemein geltend macht, in sich birgt, indem sie auch das Denken der Jugend uniformiert. (Zustimmung.) Wir haben heute vielfach eine Verhärtung des politischen Denkens der Jugend zu verzeichnen, und wir sollten alles tun, damit auch die jungen Menschen über das Schlagwortwissen hinaus zur politischen Bildung kommen. Das ist die Aufgabe der besonderen Schulungsarbeit. Es gibt keine fruchtbare politische Arbeit ohne ein gediegenes politisches Wissen, das man nicht erlebt, sondern das man erarbeiten muß.

Nun könnte ich meinen Appell an die Parteijugend, ja meine ganzen Ausführungen schließen, wenn es sich nur darum handeln würde, die inneren Beziehungen zwischen Partei und Jugend aufzuzeigen. Aber wir stehen ja heute auch jeden Tag vor der größeren und vielleicht noch wichtigeren Aufgabe, über die Reihen der organisierten Jugend hinaus die großen Massen der indifferenten Jugend zu erfassen. Es ist unsere Aufgabe, die junge Generation insgesamt für den Sozialismus zu gewinnen. Wir müssen den Blick nach außen richten; denn draußen ist in den letzten Jahren eine ganze Generation in Bewegung geraten. Wir wissen heute noch nicht, wie und wo der erste Vorstoß dieser Jungen in die Politik enden wird. Die Septemberwahlen haben nur eine vorläufige Klärung gebracht, und wir wissen, daß sich bei diesen Wahlen ein erheblicher Teil der Jungwähler nicht für uns, sondern für den Nationalsozialismus und den Kommunismus entschieden hat. Wir müssen alles unternehmen, um die junge Generation sobald wie möglich zu einer Revision ihrer ersten Entscheidung im Sinne unserer Auffassungen zu bewegen.

Es liegt auch hier nahe, den Versuch zu unternehmen, gewissermaßen die natürlichen Beziehungen zwischen Jugend und Sozialismus aufzuzeigen und zu sagen: selbstverständlich müssen junge Menschen in den Reihen der Sozialdemokratie stehen. Aber wir kommen mit einer so einfachen Beantwortung der Frage heute nicht mehr aus. Die Jugend will von allen politischen Parteien und Weltanschauungsgruppen konkrete Antworten auf ihre Fragen. Sie will wissen, welche Wege die Parteien aus der Gegenwart in eine bessere Zukunft zu weisen vermögen. Hinzu kommt, daß von der Jugend das Verhältnis zwischen Jugend und Sozialismus, wie er in der Sozialdemokratie verkörpert wird, nicht mehr als so eindeutig empfunden wird, wie wir es manchmal meinen. Wir stehen vor der Tatsache, daß Teile der Jugend, die zum Sozialismus tendieren, sich viel eher zum Nationalsozialismus und Kommunismus bekennen als zur Sozialdemokratie. Die Erklärung für diese Erscheinung finden wir nur, wenn wir uns das Schicksal der Jugend von heute vor Augen führen. Von den Älteren wird sehr oft gesagt: die Jugend hat es viel leichter und besser als die Alten. Das ist in mancher Beziehung richtig; aber vom Standpunkt der Jugend müssen wir sagen: es hat kaum jemals eine Jugend in einem solchen Dilemma gestanden wie die Jugend von heute. (Sehr wahr!) Seit mehr als 15 Jahren sind wir Zeuge eines Weltgeschehens von ungeheurer Wucht. Krieg, Revolution, Inflation, Wirtschaftskrise sind in atemberaubender Folge über uns herein-

gebrochen, und die Jugend hat alles mit der ganzen Labilität und Aufgeschlossenheit junger Menschen erlebt. Das Erlebnis des Weltkrieges hat eine ganze junge Generation gezeichnet. Diese Generation hat den Triumpf der brutalen Gewalt über Kultur und Menschlichkeit erlebt. Sie hat die Vergeudung menschlichen Lebens als nationale Tat rühmen hören, und sie sah das Ende, den Zusammenbruch einer Welt von Vorstellungen, die die Erziehung und Kultur durch Jahrhunderte beeinflußt haben. Sie hat die Brüchigkeit einer gottgewollten Ordnung erlebt, als die Fürsten vor den empörten Massen der hungernden Völker flohen, dann kam das Neue. Eine neue staatliche Ordnung im Innern, die sich stützte auf die breitesten Massen des Volkes, aber die ständig im Kampf stand um das nackte Dasein. Es kam ein neues Europa. Neue Staaten wurden gebildet, neue Grenzen wurden gezogen, und vom ersten Tage an war es allen klar, daß dieses neue Europa fast noch zahlreichere Herde neuer schwerer Konflikte in sich barg. Kaum waren die Schrecken des Krieges in der Erinnerung zurückgetreten, da brach die Inflation über das Land herein. Sie steigerte die Anarchie, sie zerstörte die letzten Reste alter Lebensformen, die vor allem das Bürgertum gerettet hatte. In der Jagd nach dem Dollar erwiesen sich die Traditionen bürgerlicher Kultur, erwies sich selbst die geheiligte gesellschaftliche Rangordnung als eine wertlose Dekoration. Am Ende des ersten Jahrzehnts dieser Jugend, das die Zeit vom August 1914 bis Weihnachten 1923 umschließt, stand vor der Jugend beinahe nichts weiter als die bittere, aber unausweichliche Erkenntnis, daß sie aus dem Nichts den Weg zu gehen hatten, den Weg zu einem Leben der Arbeit, zu einem ununterbrochenen Kampfe um das Dasein. Hunderttausende junger Menschen kamen aus der Geborgenheit eines gesicherten Lebens der herrschenden Schicht, des Bürgertums, und sie kannten den Kampf um das Leben nur aus der Literatur; sie hatten selbst davon nichts erlebt. Sie standen nun neben dem Arbeiter und Angestellten in den Werkstätten, in den Büros, ein neues Proletarierheer, und da versagte nicht nur die Bücherweisheit der Schulerziehung, da verblassen auch die hohen Ideale der Jugendbewegung. Dennoch nahm die Jugend auch diesen Kampf an. Sie war in ihrer großen Mehrheit bereit, sich als arbeitende Jugend ihren Platz im Leben zu erkämpfen. Das war die Zeit der Stabilisierung, in der die Jugend im neuen Lebensraum Boden zu fassen versuchte, einen neuen Lebenssinn gefunden zu haben glaubte. Das ist jetzt wieder alles in Frage gestellt. Neue Ereignisse, die mit elementarer Wucht wie der Weltkrieg über die Menschheit hereingebrochen sind, bedrohen und zerstören auch den neuen Lebensplan der Jugend. Rationalisierung, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit umschließen nicht nur ein ungeheures wirtschaftliches Elend, sie haben vor allem die Jugend in eine neue große geistige und seelische Not geführt. Nach dem Anschauungsunterricht des Wahnsinns eines Weltkriegs erlebt sie jetzt den nicht weniger opfervollen Anschauungsunterricht über den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Zahl der Opfer, die auf diesem Schlachtfeld fallen, ist nicht geringer, Millionen Menschen wollen arbeiten und können keinen Arbeitsplatz finden. Millionen Menschen haben kaum das Notdürftigste zum Leben, und in den Speichern verkommen die Lebensmittel, riesige Mengen täglicher Bedarfsartikel, weil der Profit über allem steht.

Die junge Generation erlebt in ihrer Gesamtheit das proletarische Schicksal. Auch die Jugend der Arbeiterklasse muß noch einmal den Weg gehen, den die Väter gingen, den Weg des Kampfes um das tägliche Brot. Neben ihr steht die Jugend des Bürgertums, der in einem Jahrzehnt eine ganze Welt von Vorstellungen zusammengebrochen ist. (Sehr richtig!) Sie sind auf die Seite des Proletariats gezwungen, sie sind proletarisiert. Die Rationalisierung hat bei diesen jungen Menschen die letzte Hoffnung zerstört, wenigstens eine gehobene Stellung im Proletarierheer zu erhalten. Die Angestelltenjugend war in der großen Mehrzahl Bürgerjugend, die noch etwas von der alten bürgerlichen Kultur retten zu können glaubte. Gerade der Angestelltenberuf aber hat

der Rationalisierung Tausende von Opfern bringen müssen. Auch diese jungen Menschen stehen vor dem Nichts. Die letzte sichere Zuflucht dieser Jugend schien die Hochschule zu sein. Mit der anerkannten akademischen Bildung glaubte man einen Weg in das Lager der Privilegien zu finden, das früher die selbstverständliche Domäne dieser Jugend war. Statt der 70 000 Studenten der Vorkriegszeit haben wir heute 130 000, die nicht nur mit großen Hoffnungen, sondern auch mit der Meinung in den Hörsälen sitzen, daß sie einen Anspruch auf gesicherte Stellung haben. Jetzt schwindet auch für diese Jugend der Boden. Sie erhält zwar den Titel, hat aber nicht mehr als der einfachste Arbeitsmann. Das erklärt die großen Erfolge der Nationalsozialisten gerade an der Hochschule.

Seht die Bauernjugend! Wir haben lange geglaubt, dort sind die Traditionen der alten Kultur noch lebendig, wie je. Das stimmt nicht. Auch in ihren Lebensbezirken ist die alte Ordnung aufgehoben. Niemand weiß, wie die Agrarkrise das Schicksal der Bauernjugend gestaltet. Sie wissen nur, daß auch für sie die Zukunft andere Gesetze haben wird als die Vergangenheit, daß sie von vorn anfangen müssen.

So steht die junge Generation trotz aller Erleichterungen äußerer Art weithin in ihrem Suchen nach neuen Zielen zunächst vor einem Nichts. Die Vergangenheit vermag ihr nichts zu geben, ihre Werte haben keine Geltung mehr. Die Gegenwart lastet mit einem schweren Druck auf ihren Schultern. Die Zukunft ist unsicher und dunkel. Das alles trifft junge Menschen, nicht gereifte und erfahrene Kämpfer, die die Stürme der Vergangenheit kennen und auch in diesem Sturm den festen Halt behalten, sondern junge Menschen, die zum erstenmal mit dieser elementaren Wucht mit der Realität des Lebens zusammenstoßen, ungeschult und unerfahren.

Die Reaktion der Jugend auf dieses Dasein entspricht der Härte des Druckes. Der größere Teil der Jugend kapituliert. Er hat resigniert und findet sich mit dem ab, was ist. Der Wille, neuer Anfang auf allen Gebieten zu sein, ist unter dem Druck der Zeit erstickt. Es gibt keine Jugendbewegung im alten Sinne mehr.

Wir haben oft von einer neuen Sachlichkeit der Jugend gehört. Ich bin überzeugt, daß sich hinter dieser neuen Sachlichkeit nicht eine neue Jugendbewegung verbirgt, sondern sehr oft ein früher Friedensschluß junger Menschen mit dieser Welt. Sie haben es aufgegeben, eine neue Ordnung von Grund anzupacken und richten sich in dieser Welt häuslich ein, sichern sich ihre Basis. Sie wollen gar nicht an der neuen gesellschaftlichen Ordnung mitarbeiten. Der kleinere Teil, den wir als politische Menschen immer vor uns sehen, der aktive, der sich nicht unterkriegen lassen will, rebelliert. Diese Rebellion der Jugend richtet sich gegen alles. Es ist eine Rebellion, die nur mit der Rebellion der Maschinenstürmer in der Jugendzeit der sozialistischen Bewegung verglichen werden kann. Es ist eine Rebellion gegen das proletarische Schicksal, gegen das Wirtschaftssystem, das dieses Schicksal verschuldet hat, eine Rebellion aber auch gegen das politische System, gegen Demokratie und Parlamentarismus, das diese Wirtschaft nach der Meinung dieser Jugend zuläßt, Rebellion gegen den außenpolitischen Druck, der die Not verschärft, Rebellion gegen die alten Parteien, die nicht genug tun oder tun wollen, um dieses Schicksal der jungen Menschen zu wenden. Die Erschütterung dieser Jugend ist so groß, daß sie einen Ausgleich nur im schärfsten Radikalismus findet, der nicht abwägt, der nicht unterscheidet, der letzten Endes unpolitisch ist und schon in der Negation seine Befriedigung findet. (Sehr richtig!)

Dieser Radikalismus der Jugend hat seine Wurzeln nicht in der Einsicht, sondern im Gefühl, und seine Stütze, sein fester Halt ist der politische Wunderglaube, der in der jungen Generation unserer Zeit wahre Triumphe feiert. (Sehr richtig!) Dieser Wunderglaube führt sozusagen zwangsläufig weite Schichten dieser Jugend bei ihren politischen Entscheidungen zu den neuen politischen Heiligen, zu Thälmann und Hitler. Von dort soll die Rettung kommen, die

Rettung mit einem Schlag, durch Sowjet-Deutschland oder das Dritte Reich. An dieser Gläubigkeit, die um so stärker ist, je größer die politische Ratlosigkeit und die politische Ungeschultheit ist, scheitern alle vernünftigen Einwände. Man mag noch so eindringlich die Schandtaten des Faschismus in Italien vor Augen führen, man mag noch so logisch die Unmöglichkeit nachweisen, russische Methoden in Deutschland anzuwenden, der Glaube bleibt, weil er der letzte feste Halt ist, den diese jungen Menschen in dieser Wirrnis noch finden. Sie will nicht länger warten, es soll nach der Meinung dieser Jugend schnell und gründlich geändert werden, Mittel und Methoden spielen eine Rolle zweiter Ordnung.

In dieser Verfassung liegt die Erklärung für die große Anziehungskraft der Kommunisten und Nationalsozialisten. Es sind nicht die konkreten politischen Ziele dieser Parteien, noch weniger ihre politischen Leistungen, sondern die Glaubenssätze, die Formen ihres politischen Kampfes sprechen die Sprache dieser Jugend. Sie sind hemmungslos in der Wahl ihrer Mittel und ungebunden und verantwortungslos in der Proklamierung ihrer Ziele. Beide Parteien stehen in ihrem politischen Wesen auf der Stufe, die die sozialistische Arbeiterbewegung vor mehr als 70 Jahren überwunden hat. Aber sie haben das Ohr der Jugend, die, wie sie selbst, den langen Weg politischer Erfahrung und politischen Wirkens erst jetzt antreten will.

Wir wollen bei diesen Betrachtungen ganz ehrlich sein. Der Sozialismus, wie er durch die Sozialdemokratie politisch verkörpert wird, kann diese Sprache der Jugend nicht sprechen. Wir stehen in einer anderen historischen Situation als die Kommunisten und Nationalsozialisten. Unsere Stärke und unsere grundsätzliche Anschauung über den Weg zum Sozialismus binden uns. Wir wollen mit den Mitteln der Demokratie und auf dem Weg der Überzeugung der Menschen von der Richtigkeit unserer Ideen zum Sozialismus kommen. Wir fühlen uns seit der Eroberung der Demokratie durch die Arbeiterschaft verpflichtet, auf dem Boden der Demokratie praktisch an der Gestaltung unseres sozialistischen Zieles zu wirken. Damit haben wir die jugendliche Phase unserer Bewegung, die Phase der Rebellion und der reinen Propaganda verlassen und stehen in der zweiten, vielleicht entscheidenden Etappe unseres Kampfes, der unmittelbaren Gestaltung der neuen sozialistischen Welt. Gestaltung aber erfordert mehr als jugendlichen Elan. Sie erfordert Wissen, Einsicht und Erfahrung. Hier liegt die wichtigste Ursache der Spannung zwischen Sozialismus und Jugend in der Gegenwart. Es gibt kein Radikalmittel für ihre Lösung, keine Parole, die im Augenblick die Masse der Jugend aus dem anderen Lager zu uns führt.

Trotz aller gegenteiligen Behauptung ist die Taktik der Partei in diesem Zusammenhang von unerheblicher Bedeutung. Eine Situation wie die augenblickliche kann den Kampf um die Jugend zeitweise erschweren, eine reine Opposition parlamentarischer Art kann sie erleichtern. Aber das Grundwesen unserer Bewegung wird weder durch die eine noch durch die andere verändert. Damit bleibt diese Spannung zunächst bestehen.

Genossen, nun können Sie mit Recht fragen, welchen Schluß wir aus diesen Gegensätzlichkeiten ziehen müssen. Müssen wir unter diesen Umständen auf die Gewinnung der jungen Generation für den Sozialismus verzichten? Sollen wir nicht doch immer wieder von neuem versuchen, die Masse dieser Jugend zu gewinnen? Ich bin der Überzeugung, wir sollen durchaus nicht verzichten. Ich bin sogar überzeugt, daß der Sozialismus schon in der nächsten Zukunft die größten Chancen im Kampf um die Jugend haben wird. Erinnern wir uns, daß die Jugend von heute durch ihre soziale Not zur politischen Rebellion getrieben wird. Ihr soziales Schicksal ist die tiefste Ursache ihrer Unruhe. Im Augenblick mag es ihr genügen, sich im Radikalismus des Nationalismus und des Kommunismus zu erleichtern. Dort kann sie aber nicht stehen bleiben, weil ihre Lage nach tatsächlicher Änderung drängt, weil weder Kommunisten noch Nationalsozialisten den Weg zur Befreiung der Arbeiterjugend, des Proletariats führen können. Entweder gelingt es uns, ihre Machtergreifung zu verhindern,

oder aber sie führen uns in ein Chaos, das der Jugend neues Elend bringt. Die Jungen müssen ihre mangelnde politische Erfahrung durch ein bitteres politisches Erlebnis bezahlen. Am Ende dieses Siegeszuges der Nationalsozialisten steht eine junge Generation, deren politischer Wille gebrochen ist durch den politischen Betrug an der Jugend, ehe er sich noch entfalten konnte. (Sehr richtig!) Von aller Schuld, die die Nationalsozialisten auf sich laden, ist das die schwerste, weil sie weit hineinwirkt in die Zukunft unseres Volkes.

Aber für den Augenblick, in dem diese Jugend vor ihre endgültige Entscheidung gestellt wird, müssen wir uns rüsten. Wir müssen verhüten, daß die junge Generation in der politischen Indifferenz untergeht und wir müssen ihr immer wieder mit aller Eindringlichkeit den einzigen Weg zur Überwindung ihrer Not, den Weg des demokratischen Sozialismus zeigen.

Wir müssen der Jugend sagen: Wir haben keine Patentlösung. Wir können euch nicht sagen, in 20 Jahren seid ihr Träger eines sozialistischen Reiches. Aber ich meine, wir bringen der Jugend viel mehr. Wir bringen ihr die Aufgeschlossenheit einer großen Partei, mit den jungen Menschen um die Formen und den Inhalt einer neuen Weltordnung gemeinsam zu ringen, auf alle Probleme, die uns auf den Nägeln brennen, eine neue, eine sozialistische Antwort zu finden.

Es ist notwendig, daß wir im Kampf um die Jugend immer wieder unsere sozialistische Zielsetzung in aller Eindeutigkeit und Schärfe zum Ausdruck bringen. Wir sind keine Staatspartei in dem Sinn, daß wir im heutigen Staat der Weisheit letzten Schluß sehen. Wir sind auch keine Reformpartei, die sich mit einem Ausbau der sozialen Rechte der Arbeiter begnügt, ohne an den Grundlagen des kapitalistischen Systems zu rütteln. Wir sind eine sozialistische Partei, deren praktische Tätigkeit ihren letzten Willen durch den Willen zum Sozialismus erhält. Wir wollen heute wie immer den Sozialismus mit ganzem Herzen.

Diese Zielsetzung berechtigt uns, um die Jugend zu werben. Wir rufen alle jene, die heute vielfach noch bei Hitler und Thälmann stehen. Wir fragen sie: Soll das alles sein, daß die heranwachsende Generation anklagt und protestiert? Soll darin die besondere Aufgabe der jungen Generation, die so viel Schweres erlebt hat, bestehen, daß sie schärfer anklagt als jemals früher, daß sie härtere Worte der Verdammung findet, in stärkeren Redewendungen ihren Willen dokumentiert? Nein! Wir jungen Sozialisten in der Sozialdemokratie meinen, daß das nicht alles sein darf. Wir wollen die Welt nicht nur anklagen, wir wollen sie verändern. Für uns beginnt da, wo das radikale Wort aufhört, erst die eigentliche Aufgabe. In dieser Zeit ist radikaler als das Wort das tägliche Wirken, die soziale Tat, die Gestaltung einer neuen Ordnung nach unseren Idealen. (Bravo!) Viele Jungen rufen nach der sozialen Revolution. Auch wir wollen sie. Es ist unser ernster Wille, das soziale Elend unserer Zeit zu bannen. Aber wir warten nicht auf den Tag, an dem diese soziale Revolution ausbricht. Wir sagen, wir stehen mitten drin, denn wir erleben diese Zeit nicht nur als eine Zeit des Zusammenbruchs und Niedergangs, sondern auch eines neuen Werdens, in der sich die Konturen der neuen Ordnung durch unsere Arbeit immer stärker abzeichnen. Wir wissen, dieser Kampf ist ein harter Stellungskrieg. Es kommt nicht auf den einmaligen heroischen Einsatz des Lebens an. Es kommt darauf an, ein ganzes Leben hindurch praktisch politisch zu wirken, ohne den sozialistischen Glauben und die innere Spannkraft zu verlieren.

Es ist gesagt worden, der Sozialismus, die Sozialdemokratie hat keine Aufgabe für die Jugend. Ich meine, wir haben noch niemals eine jüngere Generation vor eine größere Aufgabe gestellt als die gegenwärtige, nämlich jeden Tag von neuem daran zu arbeiten, daß das Ideal unserer Bewegung aus unseren Liedern und Programmreden in die Wirklichkeit des Alltags überführt wird. (Sehr richtig!) Das ist ein tausendfältiger Prozeß, ein Kampf auf tausend Fronten, ein wechselvoller Kampf. Aber wir wissen, daß hinter allem, was wir tun, unser Wille steht, mit der Schaffung der neuen Weltordnung

Ernst zu machen, nicht mit einem Schlag, sondern durch die Arbeit einer ganzen Generation. Dazu brauchen wir den ganzen Menschen. Die Jugend, die immer den Einsatz des ganzen Menschen fordert, hier im Sozialismus kann sie zeigen, daß das neue Antlitz der Jugend mehr ist als eine Dekoration, daß sich hinter dieser neuen Haltung neue politische Energien verbergen, die sich hier auslösen können.

Die Partei, die in diesem Sinne Sozialismus schaffen will, ist die Sozialdemokratie, und darum stehen mehr als 300 000 mit selbstverständlicher Pflichterfüllung schon in den Reihen der Sozialdemokratie. Wir werden den Ruf an die Jugend immer wieder erheben; denn nur durch den Sozialismus kann die Jugend die neue Sinngebung ihres Lebens erreichen. Wir haben trotz alledem den Glauben an die Jugend, daß sie aus der Wirrnis unserer Zeit und dem Chaos ihrer Empfindungen den Weg zur praktischen politischen Arbeit findet.

Parteigenossen, der Sozialismus hat die Arbeiterklasse aus dem Elendsdasein des Proletariats herausgeführt. Er hat zuerst die Männer zu Bataillonen bewußter Kämpfer formiert. Er hat dann die Frauen zu ihrem Kampf gegen die doppelte Belastung in Wirtschaft und Gesellschaft aufgerufen. Jetzt rufen wir auch die Jugend. Wir nehmen den Kampf um die Jugend an. Wir stellen dieser dritten großen Gruppe das große Ziel, mit uns gemeinsam Schulter an Schulter mit den Erwachsenen für den Sozialismus zu kämpfen. Ich bin überzeugt, wenn wir unserem Werben und Wirken, wenn wir unserer täglichen Arbeit in Stadt und Land den hohen sozialistischen Sinn geben, ist der Tag nicht fern, an dem die ganze junge Generation unter den Fahnen des Sozialismus und der Sozialdemokratie marschiert. (Lebh. Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Lipinski:** Der Termin für die Einreichung der Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ist verstrichen. Die eingegangenen Vorschläge werden in Druck gegeben.

Wir kommen nunmehr zur Diskussion.

Aussprache über Referat Partei und Jugend

Dr. **Kurt Löwenstein** (Berlin): Genosse Sollmann hat unter dem Beifall des gesamten Parteitags entschieden Widerspruch gegen die Diktatur einer christlichen Weltanschauung erhoben. Ich stimme ihm darin vollauf zu. Ich bin überzeugt, daß er mit mir der Meinung sein wird, daß von uns nicht nur dieser negative Protest angemeldet werden muß, sondern daß wir darüber hinaus positiv feststellen müssen, daß es einen eigenen Lebens- und Gestaltungswillen der sozialistischen Bewegung gibt. (Sehr richtig!) Wir sind nicht nur Erben liberaler Negationen, sondern wir haben ein eigenes Wollen und Können. Wir brauchen für die Entfaltung dieses Lebens- und Gestaltungswillens einen Lebensraum und fordern ihn schon heute. Wir brauchen diesen Lebensraum nicht nur um unserer selbst willen, sondern um der Zukunft der Gesellschaft willen, um der Arbeiterklasse und ihrer Aufgabe willen.

Wir stehen alle immer wieder mit ungehemmter Bewunderung vor der organisatorischen Treue und unüberwindlichen Hingabe des Stammes unserer alten Parteigenossen. Diese Hingabe und Treue ist nicht nur augenblickliche Begeisterung und Elan, sondern kommt aus einer tiefen gesellschaftlichen Lage heraus. Das beweist ihre Stärke und ihre Dauer. Sie stammt aus der Zeit, in der man den Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft nicht nur theoretisch als Klassenlage interpretierte, sondern diese bürgerliche Gesellschaft auch als Todfeind empfand. Wir hatten nicht nur eine objektive Stellungnahme des Klassenkampfes, sondern ein subjektives ausgesprochenes ausschließliches Bestreben gegen die bürgerliche Gesellschaft. Diese Hingabe und diese Treue stammen aus der gesellschaftlichen wie politischen Ab- und Ausgeschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterklasse.

Heute ist es anders geworden, und zwar politisch wie gesellschaftlich, notwendigerweise anders geworden. Wir wirken heute an und in der bürgerlichen Gesellschaft. Das sozialistische Endziel wird nicht nur von uns gefördert, sondern es wird hierfür tagtäglich gekämpft. Wir bauen heute schon in der bürgerlichen Gesellschaft ab. Wir bauen in ihr um und bauen von uns aus auf.

Wir kommen daher nicht mehr aus mit der Substanz aus der Heroenzeit unserer sozialistischen Vergangenheit. Wir brauchen Elastizität, produktive Dynamik in unserem Kampfe um das Endziel. Elastizität ohne Grundsätzlichkeit aber führt zur Charakterlosigkeit (Sehr wahr!), Grundsätzlichkeit ohne elastische Tatkraft führt jedoch zum Dogmatismus. Wer das, was wir innerhalb der sozialistischen Welt, sogar auf diesem Parteitag, erlebt haben, mit kritischen Augen betrachtet, wird mir zugeben, daß beide Gefahren in unserer Mitte nicht immer vermieden worden sind. Wir brauchen daher eine Erziehung zur gesellschaftlichen Tatkraft für den Sozialismus.

Parteigenossen, die sozialistische Erziehungsbewegung, die Kinderfreundebewegung, ist aus diesem Grundgedanken hervorgegangen. Ich glaube, daß die Tatsache, daß sie die Erfüllung einer geschichtlichen Aufgabe, der Hauptgrund für ihr stürmisches und stetiges Anwachsen gewesen ist. Die Kinderfreunde haben sich mit einer Schnelligkeit entwickelt, die wir vor 10 Jahren nicht für möglich gehalten hätten. Heute sind fast 1000 Orte von der Bewegung erfaßt, heute sind nicht nur 120 000 Kinder bei uns fest organisiert, sondern fast die doppelte Zahl wird von unserer Bewegung erfaßt. Das ist ein Erfolg, den keine Kinderbewegung der Welt bisher zu verzeichnen gehabt hat. (Sehr wahr!) Er ist keineswegs nur auf romantische Methoden zurückzuführen, auf die Kindertümlichkeit unserer Bewegung. Er ist auch nicht allein das Werk unserer Helfer. Wir haben in unserer Mitte 10 000 ehrenamtlich tätige Helfer, die ihre gesamte Zeit und ihren kargen Lohn für diese Aufgabe opfern. Der größte Teil unserer Helfer betrachtet die Arbeit in der Kinderfreundebewegung als seinen Lebensberuf. Wir haben in unserer Mitte Junge und Alte, wir kennen kein primäres Generationsproblem, das den Rahmen unserer Arbeit sprengen könnte. Wir haben unter uns Arbeiter, Akademiker, Lehrer, Ärzte, Chemiker usw. In unserer Mitte aber sind sie das alles nicht. Nur aus den Statistiken, die wir führen, kennen wir ihren Beruf. Wir haben all diese beruflichen Unterschiede durch die praktische Arbeit überwunden.

Ich bedaure die Politisierung der Jugend nicht, wenn ich auch mit dem Genossen Ollenhauer der Meinung bin, daß wir manche Fehlleitung überwinden müssen. Die Politisierung der Jugend gehört aber zur Gesellschaftsgestaltung. Als das liberale Bürgertum den Kampf gegen den Feudalismus führte, tat es dies mit der politisierten Jugend. Es war nicht der Mangel an Ethos in der Politik, sondern die Sättigung des Bürgertums, die Aufgabe des ökonomischen Kampfes, die sich der Politisierung der Jugend im liberalen Lager widersetzte. Wir müssen unsere Erziehungsarbeit so einstellen, daß die Jugend aus ihren Erfahrungen heraus die politische Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse vornimmt. Erziehung kann niemals nur ein Anlernen für morgen und übermorgen sein. Sie kann es doppelt und dreifach nicht sein in einer Zeit, die so revolutionär geladen ist, wie die gegenwärtige Zeit. Erziehung kann immer nur sein Wachstum an den Lebens- und Kampfbedingungen dieser Zeit.

Parteigenossen! Das ist es, was unserer Kinderfreundebewegung einen so starken Gehalt gegeben hat. Unsere Bewegung schafft aus der Klassenlage der Kinder heraus gestaltende, ideale Kräfte. Die Klassenlage der Kinder ist nicht unpolitisch, nicht indifferent. Die Kinder leiden genau so wie die Erwachsenen unter Ausbeutung und Not. Wer in der kapitalistischen Welt Geld hat, der gilt etwas. Die Klassenlage unserer Kinder wird auch von der Familienstube des

Proletariats bestimmt. In der Enge des proletarischen Zustandes kann der Wille und die Begeisterung für soziale Demokratie nicht entstehen. Dort ist der Raum zu eng, dort ist der Kampf um den Platz des Lebens, um den Platz in der Familie zu schmal, um die Bedingungen eines sozialistischen Lebens aufkommen zu lassen. Darum haben wir in unseren Gruppen einen neuen Lebensraum für unsere Kinder geschaffen. Unsere Kinder im blauen Kittel haben, wo sie beisammen sind, dieselbe Gleichberechtigung, dasselbe Wachstum. Wenn sie beisammen sind, wachsen sie aus der Unterdrückung ihrer Umgebung heraus. In ihnen wächst der Wille und die Liebe zur Arbeiterklasse, in ihnen bildet sich die Grundlage des Klassenbewußtseins. Wenn unsere Kinder aus den östlichsten Teilen des Landes in ihren Kinderrepubliken nach der Schweiz oder dem Rheinland ziehen, dann bekommen sie eine lebendige Anschauung von dem Lebens- und Arbeitswillen der Arbeiterklasse. (Sehr gut!) Dann sagen wir ihnen — und diese Worte sind nicht leer, sondern der Ausdruck dessen, was wir tun und erleben —, die Arbeiterklasse wird es schaffen! Diese vier Wochen Urlaub von der kapitalistischen Ausbeutung, diese vier Wochen sozialistischer Kinderrepublik sind entscheidend für die Ausbildung der Kinder zu sozialistischen Kämpfern und Gestaltern.

Dabei treffen wir auf den Gegensatz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft. Man wirft uns vor, wir zerstörten die Familie. Wir kennen diesen Vorwurf aus jahrzehntelanger Tradition. Was wir tun ist nichts anderes, als die gesellschaftlichen Folgerungen an den gesellschaftlichen Tatbeständen zu ziehen. (Zustimmung.) Dieser Tatbestand ist so zu umschreiben. Es gibt in der Familie nicht mehr das Hineinwachsen in die wichtigste Funktion der Gesellschaft, nämlich in die Arbeit und in den Beruf. Wir müssen daher diese Wachstumsbedingungen außerhalb der Familie schaffen. Wir brauchen Funktionäre der Gesellschaft. Wir brauchen eine Erziehung zum organisierten Menschen, eine Erziehung für die Selbstverwaltung der Gesellschaft, wir brauchen eine Erziehung für eine organisierte, planvolle Gesellschaft. Das ist der Grund, weshalb wir über die Familie hinaus in der Kinderfreundebewegung die notwendigen Positionen schaffen wollen. Das ist auch der Grund, weshalb wir Koedukation pflegen. Die Gesellschaft fordert dieses Zusammenarbeiten. (Sehr richtig!) Die Emanzipation der Frau ist nichts anderes als eine Theorie und das Privileg einzelner, wenn wir das Verhältnis zwischen Mann und Frau nicht von Grund auf umgestalten. (Händeklatschen.) Erst dann, wenn wir die Hegemonie des Geschlechtlichen in der Gesellschaft aufheben, wird die Emanzipation der Frau in dem Arbeitsbetrieb der neuen Gesellschaft wirklich. (Erneutes Händeklatschen.)

Genossen, man hält uns heute die schmutzigsten Vermutungen als Folgen der Koedukation vor. Wir können, weil diese Vorwürfe so allgemein und unbestimmt gehalten sind, gegen diese Verleumder nicht mit Rechtsmitteln vorgehen. Gegen diese Verleumdungen könnte die Notverordnung vielleicht mit einer gewissen Berechtigung angewendet werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wissen aber, daß das saubere Tun und das lebendige Dasein unserer Roten Falken all diese Vorwürfe zuschanden machen werden. Schon heute ist man in ernsthaften katholischen und evangelischen Kreisen einer Meinung, daß die neuen Formen der Erziehungsbewegung der Kinderfreunde weit über den Rahmen der Kinderfreunde hinaus Bedeutung haben. Wenn wir heute die christlichen Falken mit dem blauen Kittel und dem Christuskreuz statt des roten Falken sehen, dann erblicken wir darin die Bejahung eines gesunden Gedankens, der aus unserem Gestaltungswillen hervorgegangen ist. (Sehr gut!) Wir fürchten uns vor der Kritik nicht. Der Gedanke der Roten Falken ist gesellschaftlich notwendig, und die Begeisterung in unserer Mitte ist eine Tatsache von heute und eine sozialistische Hoffnung von morgen.

Parteigenossen! Wenn es die bayrische Regierung trotzdem gewagt hat, die Beteiligung schulpflichtiger Kinder an den Veranstaltungen der Kinderfreunde zu verbieten, dann haben wir zwar im Augenblick keine legale Möglichkeit, um

das zu verhindern, aber wir protestieren mit aller Energie gegen dieses Verbot. (Lebhafte Zustimmung.) Wir halten dieses Verbot nicht im Einklang auch nur mit dem elementarsten Willen der Reichsverfassung. Wenn man von uns fordert, wir sollten die roten Fahnen aufgeben, wir sollten keine sozialistischen Lieder singen, wir sollten unseren Kindern nichts vom Sozialismus erzählen, dann erklären wir, daß diese Begeisterung für den Sozialismus überhaupt erst die Grundlagen der Reichsverfassung geschaffen hat! Wir lassen uns von den bayrischen Reaktionären nicht vorschreiben, was auf Grund der Verfassung als legales Erziehungsgut gilt. (Sehr gut!) Wir lassen uns nicht unseren Gestaltungswillen der Zukunft in die Zwangsjacke des Konkordats oder einer nationalistisch-monarchistischen Gesinnung bringen. Der Vorwurf, daß wir unsere Kinder nicht im Sinne der Verfassung, nicht im Sinne der Völkerversöhnung erziehen, trifft uns nicht. Unser Tun ist nichts als Bejahung der gesellschaftlichen Bindungen in Staat und Gesellschaft.

Man macht uns auch sonst in der Öffentlichkeit, bei den Behörden usw. Schwierigkeiten. Wir wenden uns hier vor der Öffentlichkeit des Parteitages an alle politischen Kräfte unserer Partei mit der Aufforderung: helft uns, die Erziehungsaufgabe der Kinderfreunde weiter auszubauen! Wir sagen euch mit den Worten des Genossen Wels: Seid stolz auf diese Bewegung, aber seid auch stolz um euer selbst willen! Der Erziehungsgedanke der Kinderfreunde ist nicht nur ein Erziehungsgedanke für Kinder, sondern für unsere Bewegung überhaupt. Wir sind überzeugt davon, daß, wenn ihr, Parteigenossen, an der Verwirklichung dieses Erziehungsgedankens mitarbeitet, daß er dann geistiges Gut der gesamten Arbeiterklasse werden wird. Dann wird er nicht mehr nur Ideologie sein, dann wird er das werden, was er sein muß: die materielle Macht zur Schaffung des Sozialismus! (Lebhafter Beifall.)

Berlowitz (Berlin), Sozialistische Studentenschaft: Parteigenossen und -genossinnen! Wenn ich die Aufmerksamkeit dieses Parteitages auf die besonderen Verhältnisse in der akademischen Jugend zu lenken habe, so haben mir die Referenten die Aufgabe in gewisser Weise schon erleichtert. Genosse Breitscheid hat die Aufgabe gekennzeichnet, sich über die Kreise der Arbeiterjugend hinaus auch an die akademische Jugend zu wenden. Genosse Sollmann hat, wenn er sagte, daß in deutschen sozialistischen Volkshäusern oft eine viel höhere Kultur herrsche als gegenwärtig an manchen deutschen Hochschulen, das Milieu gekennzeichnet. Genosse Ollenhauer hat darauf hingewiesen, welche Erfolge die sozialistische Studentenbewegung durch ihre mutige Arbeit zu verzeichnen habe. Er hat dabei der sozialistischen Studentenschaft ein Kompliment gemacht, das wir mit Genugtuung, aber nicht ohne Beschämung quittieren. Wenn man erlebt hat, daß Studenten in Kiel einen alten hochverdienten Theologen wie Baumgarten beschimpft und körperlich bedroht haben, weil er sich zur Republik und zum Frieden bekennt, oder wie man in Heidelberg Gumbel verfolgt, der doch ein Wissenschaftler von Rang ist, dann wird man an das Wort MacDonalds erinnert, daß ein Universitätsbesuch oft beweise, daß sich über eines Menschen Geist tiefes Dunkel in allen menschlichen Angelegenheiten ausgebreitet hat und daß sein staatsbürgerlicher Wert nicht von hoher Prägung ist. In der Tat sind Bedeutung und Ansehen der Universitäten als geistiger Exponenten deutscher Kultur stark gesunken, und die Universitäten haben noch nicht begriffen, daß gerade in der Demokratie alle öffentlichen Einrichtungen in hohem Grade von der öffentlichen Geltung abhängig sind, daß also auch die Hochschulen in ihrem Bestande selbst davon abhängen, daß sie sich in den Rahmen der Republik einfügen. (Sehr wahr!) Wir dürfen uns aber darüber nicht täuschen, daß, wenn auch die geistige Bedeutung der Hochschulen herabgemindert ist, ihre politische Bedeutung zugenommen hat. Und wenn diese Tatsache in der Arbeiterbewegung angesichts der großen wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben nach dem Zusammenbruch leider nicht genügende Beachtung gefunden hat, so ist es doch nicht zu spät, Versäumnisse einzuholen.

Die soziale Schichtung auf den Universitäten und Hochschulen gibt ein getreues Spiegelbild der politischen und sozialen Machtkämpfe im deutschen Volke überhaupt. So paradox es klingen mag, Akademisierung und Proletarisierung des Mittelstandes gehen Hand in Hand. Die Akademisierung des deutschen Mittelstandes in ihren geradezu grotesken Formen ist sicher nicht nur darauf zurückzuführen, daß der akademischen Bildung an sich in den Kreisen des Mittelstandes — vielleicht auch in den Kreisen der Arbeiterschaft — eine Überschätzung zuteil geworden ist. Dazu beigetragen hat vor allem die sinnlose Überspitzung des Berechtigungswesens, dessen Auswirkungen so tiefgreifender Natur sind, daß es sehr zweifelhaft ist, ob in den nächsten Jahren ein Wandel in dieser Beziehung erreicht werden kann. (Sehr richtig!) Die Zahl der Studenten an den Universitäten ist um 50 Prozent gewachsen. An den Technischen Hochschulen und Handelshochschulen nahezu verdoppelt. Eine große Rolle spielt dabei allerdings die Anstauung der Hörerzahl durch die älteren Semester, die infolge zeitraubenden wirtschaftlichen Nebenerwerbs und aus Sorge vor der drohenden Anstellungsnot ihr Studium nicht abschließen, vielfach gar nicht abschließen können. Schon hier zeigt sich, daß die Universitätskrise, die Krise der akademischen Bildung, aufs engste mit der Wirtschaftskrise verbunden ist, zu deren Überwindung die sozialistische Bewegung, die Sozialdemokratische Partei ihre ganze Kraft einsetzen muß. Am interessantesten aber wird dieses Spiegelbild der sozialen Machtkämpfe, wenn man feststellt, daß von den Studierenden nur 2,4 Prozent Arbeitersöhne sind (Hört! Hört!), während die Beamtensöhne fast 50 Prozent ausmachen. Das beleuchtet schlaglichtartig die ganze Situation: Das Ideal des kleinen Beamten besteht eben darin, seinen Sohn auf den Posten zu bringen, den sein Vorgesetzter hatte. Über 50 Prozent der Studierenden geben als Berufsziel Anstellung in Staat und in der öffentlichen Verwaltung an. Rund 50 Prozent der Studenten sind nationalsozialistisch beeinflußt oder organisiert. Spricht nicht die Vermutung dafür, daß zwischen diesen dreimal 50 Prozent irgendein Zusammenhang besteht? Hier wird die Frage der akademischen Jugend zu einer Grundfrage der Staatspolitik. Hier sehen Sie die ganze Größe der Gefahr. (Sehr wahr!)

Es ist falsch, zu sagen, daß die Universitäten Monopol der besitzenden Klasse sind. Richtig ist, daß Beamte und Mittelstand auf dem Umweg über die Hochschulen Anschluß an die führende kapitalistische Schicht suchen. Es ist auch nicht richtig, zu behaupten, die Studentenschaft sei schlechthin reaktionär; sie ist im tiefsten revolutionär und bäumt sich gegen ihre Enteignung auf. Aber die Not der eigenen Familie, die Sorge um die eigene Zukunft und die Angst vor der Konkurrenz der Außenseiter hat bei ihnen jedes solidarische Gefühl gegenüber der Arbeiterklasse erstickt. Die Industriemagnaten und Finanzkapitäne haben es nicht nötig, ihre Söhne auf die Universitäten zu schicken; sie finden auch sonst den Anschluß an die herrschende Gewalt. Aber wer es notwendig hat, den Zusammenbruch wieder wettzumachen, das sind die Schichten des enteigneten Mittelstands. Und so finden sich Kapital und Mittelstand vereint im Kampfe gegen den Aufstieg von Arbeitern und Arbeiterkindern durch die Hochschulen. So kommt es, daß es trotz vielfältiger Bemühungen von sozialdemokratischer Seite noch nicht gelungen ist, den Widerstand gegen das Arbeiterstudium an der Wurzel zu beseitigen.

Aber nicht nur, daß eine solche Generation allmählich in Staatsstellungen eindringt, ist die große Gefahr, sondern auch die geistige Wechselwirkung mit dem Elternhaus. Bereits von den höheren Schulen bringen die Studenten solche Einstellung mit, und die Unterrichtsverwaltungen der Länder haben bedauerlicherweise der politischen Erziehung der Jugend nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt. Von diesen jungen Studenten, in deren Zukunft unzählige Familien des Mittelstandes Hoffnung und Rettung sehen, geht auch eine Wirkung auf das Elternhaus aus. So sind sicher Familien, Männer und

Frauen, die sich früher durchaus nicht staatspolitischen Notwendigkeiten verschlossen haben, durch den Phrasenreichtum ihrer „gelehrten" Söhne radikalisiert worden. In dieser Situation wäre es die Aufgabe reifer Menschen, Aufgabe derjenigen, die für sich in Anspruch nehmen, die geistige Elite der Nation zu sein, wäre es Aufgabe der Professoren gewesen, dieser irregeleiteten Jugend den Weg zu weisen und die zweifellos vorhandenen antikapitalistischen Affekte der jungen Generation in die Bahn fruchtbarer Erkenntnis zu lenken. (Lebhafte Zustimmung.) Hierin hat der größte Teil der deutschen Professorenschaft versagt. Dabei würde die Republik schon über genügenden Nachwuchs verfügen, der frisches Blut in die Fakultäten bringen könnte. Wenn an den Universitäten zahlreiche Anwälte der Industrie lehren und Lehraufträge erhalten, warum hat man dann nicht schon längst einer Anzahl von Gewerkschaftssekretären und Funktionären der Arbeiterbewegung durch Lehraufträge die Möglichkeit gegeben, wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen vor der akademischen Jugend zu besprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber der ganzen Sozialversicherung wird ja heute auf den deutschen Hochschulen noch nicht soviel Beachtung geschenkt, wie der juristisch interessanten Frage des Zusammenstoßes von Schiffen auf hoher See. (Heiterkeit.)

Trotzdem sind die Universitäten und Hochschulen nicht ganz der Reaktion ausgeliefert. Wir haben in Deutschland und Österreich über 5000 organisierte sozialdemokratische Studenten und Studentinnen, und über 10 000, etwa 10 Prozent der Gesamtzahl, stimmen für uns. Aus den kleinen Grüppchen sozialistischer Studenten, die nach dem Kriege an einzelnen Hochschulorten entstanden sind, ist heute eine über alle deutschen Hochschulen verbreitete und wohlorganisierte Bewegung geworden, die nicht ohne Erfolg ihre Kraft gegen den Faschismus auf den Hochschulen eingesetzt hat. Daß Tausende junger Menschen entschlossen sind, ihre Arbeit als Juristen, Volkswirtschaftler, Mediziner und Techniker für den Aufbau einzusetzen, den der Sozialismus erstrebt, kann für die Zukunft der Hochschulen und damit auch der Republik nicht ohne Einfluß sein. Wenn in dieser Organisation Arbeiterstudenten und Kinder des Bürgertums nebeneinander und miteinander wirken, und wenn es also gelungen ist, einen Einbruch in die bürgerliche Gedankenwelt zu vollziehen, so muß ich doch als ein Bürger einmal zu der hier aufgeworfenen lebhaften Akademikerdebatte Stellung nehmen. Von Leuten aus der Bourgeoisie, die zur Arbeiterbewegung kommen und glauben, sich dort proletarischer gebärden zu müssen als die Proletarier selbst, trennt uns eine Welt. (Sehr gut!) Wenn wir in die Arbeiterversammlungen gehen wollen, machen wir uns nicht vorher den Kragen schmutzig. (Heiterkeit und Zustimmung.) Solche Intellektuelle finden sich aber vor allem außerhalb der Partei, und sie meinen, die geistige Jugend der Sozialdemokratie von außen beeinflussen zu sollen. Asphaltliteraten vom Schlage der Weltbühne können sich nicht genug über mangelnden Geist in der Sozialdemokratie, über ihr mangelndes Verständnis für geistige Arbeit beklagen. Demgegenüber ist es mir eine Ehrenpflicht, zu erklären, daß Partei und Gewerkschaften in den letzten Jahren der studierenden Jugend und der geistigen Arbeit Sorge und Aufmerksamkeit zugewendet haben, mehr als je zuvor und mehr als irgendeine politische Partei des Kontinents. Und wenn ich an das Wirken von Männern wie Radbruch, Lederer, Heller und anderer sozialistischer Professoren, an das Wirken namhafter Künstler der bildenden Kunst, der Architektur und der Musik in unseren Reihen denke, und wenn ich bei dieser Gelegenheit die Vorstöße unserer preußischen Landtagsfraktion auf dem Gebiete der Hochschulreform im weitesten Sinne dankbar erwähne, so kann ich diese Angriffe mit vollem Rechte zurückweisen. Es sollte jenen Literaten doch einmal begreiflich gemacht werden, daß sie ihr Maul so nur aufreißen können, weil die Sozialdemokratie mit ganzer Kraft die demokratischen Rechte schützt.

Wir finden aber auch in der Partei Akademiker, die einen unfruchtbaren Begriffskultus üben. Gerade akademisch gebildete Genossen hätten die Auf-

gabe, ihre bessere Erkenntnis in der Bildungsarbeit zu verwerten, sie sollten nicht aus dem Faschismus einen Popanz machen, mit dem man alles und gar nichts beweist. Wenn unsere Gegner alles, was ihnen nicht paßt, für Marxismus oder Kulturbolschewismus erklären, so dürfen wir nicht in den gleichen Fehler verfallen und jede unbequeme Partei- oder Regierungstätigkeit als Faschismus bezeichnen. Damit erzeugt man nur Defaitismus und verhindert jede ernste Betrachtung des faschistischen Problems. (Sehr richtig!)

Man sagt innerhalb und außerhalb der Partei, daß sie den geistigen Bedürfnissen der Jugend nicht genug Rechnung trage. Als junger Mensch habe ich das Bedürfnis, zum Ausdruck zu bringen: Diejenigen unter uns und gerade in der jungen Generation, die völlig festgelegt sind, werden nie zu den Besten der Arbeiterbewegung gehören. (Lebhafte Zustimmung.) Wer nicht mehr zweifelt, wer seine Meinung gar nicht mehr ändern kann, ist geistig tot. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Wer blind auf Wels oder Seydewitz schwört, kann sich nicht mehr entwickeln. Ich gestehe ganz offen, daß wir Jungen vor dem Parteitag unsicher waren, ob die Partei noch die innere Kraft besitze, wieder offensiv zu werden. Auch wir haben gedacht, jetzt müßte einer aufstehen und die Fahne vorantragen. Man hat uns zweifeln gemacht, ob der Schwung der Idee und der Wille der Führer noch ungebrochen sei. Wir sind fern von jedem Personenkultus. Aber die Referate von Tarnow und Sollmann und besonders das Schlußwort von Breitscheid haben uns doch gezeigt, daß eine Demokratie, die fähig ist, solche Männer herauszustellen, im Grunde nicht versagt hat (Stürmische Zustimmung), daß wir allen Anlaß haben, die Demokratie mit Hirnen und Fäusten zu verteidigen. (Stürmischer Beifall.)

Genossen! Wenn in Parteiorganisationen und Parteiversammlungen Studenten oft anecken, messen Sie dem keinen falschen Wert bei. (Sehr gut!) Die sozialdemokratische Bewegung befindet sich in einer historischen Situation, in der es gerade für junge und begeisterte Menschen schwierig ist, immer den richtigen Weg zu finden, die aber um deswillen noch keine schlechteren Sozialisten sind. (Sehr wahr!) Unsere Partei leidet an den großen Spannungen, daß sie auf der einen Seite als ein Simson an den Grundfesten der bestehenden Gesellschaft rüttelt und auf der anderen doch wie ein Herkules das neu werdende Gesellschaftsgebäude trägt. Und wie im Drama nur ein wirklicher Held solche innere Spannung fruchtbar überwinden kann, so wird auch in der Geschichte nur eine Partei und eine Bewegung aus dieser Spannung Fruchtbares und Neues gestalten, die mit heroischer Tatkraft vorgeht, die wirklich ein Heros, ein Held ist, die in Entschlossenheit und Geschlossenheit, treu und unbeirrbar vorwärtsgeht. Für eine solche Bewegung Menschen zu gewinnen, Jugend zu gewinnen, kann und darf keinen Schwierigkeiten begegnen. Die Zeit, in der wie 1918 junge Akademiker um der Konjunktur willen zur Sozialdemokratie kamen, ist sicher für einige Zeit vorüber. Die Sozialistische Studentenschaft ist unlöslich verankert in dem Wollen und Wirken der Gesamtbewegung. Und gegenüber allen Bestrebungen, dies herabzusetzen, können wir sagen: Daß die jungen Akademiker noch nie so stolz darauf gewesen sind, Sozialdemokraten zu sein, wie jetzt, da es gilt, dem Unflat und dem Terror der Gegner die ewig gültigen Postulate der Freiheit und Menschenwürde entgegenzustellen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Dr. **Kleineibst** (Löbau): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Noch immer gilt das Wort: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft!" Mit Bedauern ist in den verschiedensten Referaten festgestellt worden, daß die Jugend zu einem großen Teil heute zu den Nationalsozialisten übergelaufen ist. Mein Vorredner hat deutlich gezeigt, wie verseucht die Studentenschaft ist. Das zweifellos zunächst wirtschaftliche Gründe; aber es hat — und ich berufe mich hierfür auf den Genossen Breitscheid — auch ideologische Gründe. Wenn der Nationalsozialismus Fetzen aus unserem Programm genommen hat, um sein Lumpenkleid damit zu drapieren, so haben wir uns dadurch revanchiert, daß wir Anleihen bei dem Nationalsozialismus gemacht haben. (Entrüstete Rufe: Oho! — Wels: Sie!) Die Intoleranz, die jetzt mir gegenüber geübt wird, ist gegenüber der Toleranz, die vorhin geübt wurde, ein schlechtes Zeugnis für die Geschäftsführung. (Lebhafter Widerspruch. — Stürmische Zustimmung auf der Galerie.) Was kann ich dafür, wenn die Galerie, wenn die Jugend mit ihrem starken Gerechtigkeitsgefühl sich empört. (Lautes Lachen und Zurufe.) Ich überlasse das Urteil über alle diese Vorgänge der Parteigenossenschaft.

Vorsitzender **Lipinski**: Ich bitte, diese Kritik an der Geschäftsleitung zu unterlassen. Das Recht, Zwischenrufe zu machen, hat jeder Parteitagsdelegierte. (Zurufe: Auch der Vorsitzende!) Natürlich!

Dr. **Kleineibst** (Löbau): Ich habe gesagt, wir haben Anleihen beim Nationalsozialismus gemacht. Lassen Sie mich das doch beweisen! Wir sind dem Nationalsozialismus nicht genügend entgegengetreten. Das ist die These, die ich vertreten möchte. Die Jugend — so ist gesagt worden — wird vom Gefühl bestimmt. Zugegeben! Aber dieses Gefühl hat einen ganz bestimmten Hintergrund; es geht hervor aus einem starken Gerechtigkeitsgefühl, und es kommt darauf an, wohin dieses Gerechtigkeitsgefühl gelenkt wird. Wenn man in unseren Zeitungen immer wieder lesen kann, das Unglück Deutschlands sei zum größten Teil auf die Tributlasten zurückzuführen, so muß ich sagen: Dadurch wird das Gerechtigkeitsgefühl der Jugend, das wir sozial und politisch auszunützen hätten, auf eine falsche Bahn geleitet. Unsere Aufgabe ist es, zu zeigen, daß diese Tribute, die wir nach innen zu zahlen haben, an unserem Unglück viel mehr schuld sind als die Reparationen, die wir nach außen zu zahlen haben.

Vorsitzender **Lipinski** (unterbrechend): Die auswärtige Politik ist erledigt. Ich bitte, sich auf den zur Erörterung stehenden Punkt der Tagesordnung zu beschränken. (Entrüstete Rufe bei einem Teile der Delegierten: Unerhört!)

Vorsitzender **Wels**: Dem Büro war schon vorher bekannt, daß Genosse Kleineibst die Absicht geäußert hatte, die Rede zur Außenpolitik, die er vordem nicht halten konnte, bei diesem Punkt der Tagesordnung anzubringen. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! — Gegenrufe.) Wir sind über alle Dinge, die getrieben werden, informiert. (Heiterkeit.)

Dr. **Kleineibst** (Löbau): Ich leugne nicht im mindesten, daß ich erklärt habe, die Dinge, die ich gestern nicht vorbringen konnte, heute in anderem Zusammenhang vorbringen zu wollen. Aber ich frage: Bin ich über das Thema irgendwie hinausgegangen? Habe ich nicht zu Partei und Jugend gesprochen? (Vereinzelte Rufe: Jawohl!) Darf man denn das, was man für die Wahrheit hält, hier nicht aussprechen? — Wenn wir die Jugend, die Studentenschaft für unsere Ziele nutzbar machen wollen, wenn wir das Gerechtigkeitsgefühl der Jugend in unserem Sinne einspannen wollen, dann dürfen wir den Kampfwillen der Jugend nicht nach außen ablenken lassen. Es darf nicht so weit kommen, daß ein schwerindustrielles Blatt wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten" heute auf das „Tributkapital" hinweisen kann, um die Jugend von ihrer Aufgabe abzulenken, gegen das Kapital an sich vorzugehen. Es scheint, daß die Glocke des Vorsitzenden mit Aversion gegen mich geladen ist. (Lebhafte Zustimmung auf der Galerie.) Die Nationalsozialisten haben die Vorstellung geweckt, daß wir in dem Weltprozeß, den der Krieg dargestellt hat, zu Unrecht verurteilt worden sind. Wenn man diesem Eindruck entgegenarbeiten will, darf man nicht einschwenken in die Kampagne gegen die sogenannte Kriegsschuldlüge. Man kann nicht, wie es die Reichstagsfraktion getan hat, Resolutionen annehmen, die gegen diesen Artikel des Friedensvertrages angehen, sondern man muß zeigen, daß wir in diesem Weltprozeß tatsächlich zu Recht verurteilt worden sind. (Starke Entrüstung, Unruhe, Rufe: Unerhört! Das ist eine Provokation!) Indem man die Haltung der Reichstagsfraktion einnimmt, verteidigt man das alte Regime. (Erneute entrüstete Rufe: Unerhört!) Damit aber vernichtet man nach der Meinung einer großen Reihe verhetzter Menschen die Existenzberechtigung

der Republik, die doch auf dem Zusammenbruch des alten Regimes aufgebaut ist. (Lauter Widerspruch.)

Vorsitzender **Lipinski** (unterbrechend): Die Redner, die sich zu diesem Gegenstande gemeldet haben, haben sich in die Rednerliste einzeichnen lassen in der Meinung, daß die außenpolitischen Fragen mit dem Tagesordnungspunkt: Partei und Jugend nicht in Verbindung stehen. Ich bitte noch einmal dringend, sich an den Gegenstand der Tagesordnung zu halten; sonst werde ich von dem Rechte des Vorsitzenden Gebrauch machen, weitere Ausführungen zu verhindern. (Zustimmung.)

Dr. **Kleineibst** (Löbau): Es wird mir auf diese Weise unmöglich gemacht, meine Thesen zu beweisen. (Unruhe.) Ich werde deshalb zum Schluß kommen. (Wiederholte Rufe: Schluß!) Wenn wir die Jugend gewinnen, den Kampf gegen den Nationalsozialismus führen wollen, dann müssen wir uns zu unserer Idee in vollster Reinheit bekennen und dürfen uns keinerlei Abweichung gestatten. Warum hat die katholische Kirche einen derartigen Erfolg errungen? Heute las ich in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" über die Zustände in Italien, daß die Vertreter der katholischen Kirche zum Ausdruck gebracht haben:

> Unsere Tätigkeit muß *sein*, ohne zu *scheinen*. Man muß die rein religiösen Kundgebungen vermehren und allein sichtbar werden lassen. Wir dürfen dem Gegner keine Blöße geben, in der er uns treffen kann. Wenn er trotzdem auf uns einschlagen will, ist es opportun, daß dies auf dem religiösen Gebiet erfolgt.

Ich meine: auf unseren eigenen Boden müssen wir den Gegner zwingen! Dort und nirgendwo anders werden wir ihn schlagen können. Nur wenn wir unsere Ideen in vollster Reinheit vertreten, werden wir den Sieg erfechten. (Beifall bei einem Teil des Parteitages.)

Vorsitzender **Lipinski:** Ich halte es für ein unerhörtes Vorgehen, in diesem Zusammenhang zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei die Agitation der Nationalsozialisten durch ihre Tätigkeit unterstützt habe. (Lebhafte Zustimmung.) Die Sozialdemokratische Partei hat von jeher die Behauptung der Entente mit Energie bekämpft, daß Deutschland die Alleinschuld am Kriege trage. Auf diese Behauptung ist aber die Schwere der Reparationslast begründet worden. Wir haben deshalb die Revision der Reparationen erlangt und haben erreicht, daß die Forderung Frankreichs, die noch in Versailles erhoben wurde, die Forderung von 325 Milliarden, die Deutschland zahlen solle, auf 32 Milliarden reduziert wurde. Wir haben immer für eine gerechte Herabsetzung der Reparationslasten, die mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands im Einklang steht, auch im Interesse der deutschen Arbeiterklasse gekämpft. Daß wir damit den Nationalismus gestärkt hätten, ist eine so unerhörte Behauptung, daß sie von einem Wissenschaftler, der der Genosse Kleineibst doch sein will, nicht aufgestellt werden sollte. Der Genosse Kleineibst stellt diese Behauptung auch nur auf, um Ausführungen, die er bei der Debatte über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion nicht machen konnte, jetzt bei der Jugenddebatte anzubringen. Ich bedauere das, und ich glaube, der gesamte Parteitag teilt mit mir das Bedauern über diese Entgleisung des Genossen Kleineibst. (Stürmische Zustimmung.)

Nölting (Frankfurt a. M.): Meine verehrten Genossinnen und Genossen! Auf diesen Parteitag blicken nicht nur scheelsüchtige und haßerfüllte, sondern auch hoffende und bangende Augen, nämlich die hoffenden und bangenden Augen unserer Jugend, die von diesem Parteitag eine bessere und glückhaftere Einordnung ihrer Beziehungen in die Gesamtpartei erwartet. Das Jugendlichenproblem ist für uns nicht identisch mit dem *Jungsozialisten-Problem*. Wenn wir den jungsozialistischen Laden schließen, verschütten wir damit keinen Weg zur Partei, sondern riegeln lediglich eine Sackgasse ab. (Sehr richtig!) Die Jungsozialisten waren uns eine Hoffnung, und ich gestehe, daß sie auch mir eine persönliche Hoffnung waren; denn auch meine ersten politischen Erlebnisse

fallen in diese Bewegung. Diese Hoffnungen aber sind längst eingesargt. Wir richten hier keinen „Galgen" auf, sondern wir vollziehen nur ein Urteil, das die Geschichte längst gefällt hat. Der Jungsozialismus — wenn ich ihm einen kurzen Epilog halten darf — ist erstens gestorben an einer sturen Orthodoxie (Sehr richtig!), an einem unjugendlichen Kult des Gestrigen und Vorgestrigen (Sehr wahr!), zweitens an einer süffisanten und höchst unsympathischen Überheblichkeit. Der Jungsozialismus ist gestorben an einer Verwechslung von Politik und soziologischer Lesestunde aus Karl Marx. (Heiterkeit.) Er ist gestorben an dem Wahnglauben, daß man die Nöte unserer Zeit dadurch heilen könne, daß man das dünne Pflästerchen eines Marxzitats draufklebt.

Zum Punkte Marx darf ich zu der Jugend hier sagen: Liebe Genossen es gibt eine doppelte Treue zu Marx. Marx hat den wirklich einzigen Fehler, daß er mehr als 60 Jahre tot ist. Deshalb können wir ihm gegenüber nicht die dogmatische Buchstabentreue haben, sondern müssen an die Stelle der Treue zum Buchstaben die Treue zu seiner Methode und zu seinem Geist setzen. Wenn es stimmt, daß die Ideologie durch die zugrundeliegende sozialökonomische Schichtung bestimmt wird, dann dürfen wir vorläufig nicht darüber hinwegsehen, daß Karl Marx die Ideologie des Obrigkeitsstaates und des Konkurrenzkapitalismus niedergelegt hat, und daß es unsere Aufgabe ist, dieses System zu der Ideologie des demokratischen Staates einerseits und des Monopolkapitalismus auf der anderen Seite zu entwickeln.

Aber es wäre ein verhängnisvoller Fehler, nach dem Begräbnis der Jungsozialisten das *bleibende* Jugendproblem zu übersehen, und zwar schon deshalb, weil das Generationenproblem auch uns gestellt ist. Das Generationenproblem hat sich dadurch verschärft, daß unserer Jugend Krieg und Revolution nur noch Lesebucherinnerungen sind. Richtig eingeordnet, bedeutet der Generationsgegensatz nur eine Kraftquelle für den Sozialismus. Treitschke hat recht, wenn er meinte, daß es böse Zeiten sind, wenn die Jugend konservativer ist als die Väter. Ich möchte mich auch nicht dahin aussprechen, diesen gesunden Radikalismus der Jugend dadurch abzudrängen, daß wir die Jugend mit Funktionärposten ködern. Geben wir ihr Funktionen, aber ohne Nebenabsichten, nicht um dadurch den gesunden Radikalismus unschädlich zu machen. Anderseits darf ich der Jugend sagen: Liebe Freunde, auch ihr da oben auf der Tribüne, seid keine Don Quichottes und rennt keine offenen Türen ein. Phantasiert euch keine Feinde vor, die nicht existieren. Ich habe auch in dieser Richtung gesündigt, denn mein erster größerer Vorstoß in die Politik war meine Rede auf dem Parteitag in Heidelberg, wo ich den Genossen Otto Wels gewissermaßen als eine Kreuzung von Zerberus und Feldwebel hinstellte. Wenn man etwas mehr Tuchfühlung mit der Partei bekommt, erkennt man, daß auch der Parteivorstand kein verkalktes Gremium von Kleinbürgern darstellt. Die Welt ist nicht so einfach und polar: Hier die Reaktion und da drüben der Radikalismus. In unserer Partei kämpfen vielmehr zwei verschiedene Formen von Radikalismen miteinander. Es gibt den Radikalismus des Wortes, der Geste, und den der schweigsamen Tat. Die Jugend, die am Sonntag mit uns demonstrierte, ist, richtig verstanden, radikaler als die Jugend, die hier von der Tribüne lärmte. (Sehr richtig!)

Deshalb meine Bitte an die Jugend: Löst mit uns die Probleme *dieser* Epoche des Sozialismus! Das Problem des heutigen Sozialismus heißt Aktivierung, heißt Energieladung des Sozialismus. Wir brauchen einen Sozialismus, der mehr ist als bloße Deklamation, mehr als bloßer Protest und Sehnsucht und Abwarten. Wir brauchen einen Sozialismus, der auch bereits dem Tag und der Stunde sein Siegel aufdrückt, der begreift, daß die beste Form des Klassenkampfes die Klassenarbeit für die gegenwärtig lebende, vom Kapitalismus bedrohte Arbeiterklasse ist.

So verstanden haben wir für die Jugend Aufgaben auf allen Seiten. Ich möchte in kurzer Überschau einige kurz nennen, um möglichst konkret zu sprechen.

Die erste Aufgabe, die ich der Jugend gern übertragen und zuerkennen möchte, ist die Stärkung eines nüchternen Sinns für die Machtgewichte der Politik. Löst euch ab von der allzu stark gefühlsmäßigen Betrachtung der politischen Geschehnisse! Bei drei Gelegenheiten sind in den letzten Jahren die Gefühlswogen am höchsten gegangen: beim Panzerkreuzer, beim Konkordat und bei der Fürstenabfindung. Rein machtpolitisch gesehen ist das alles ein Pappenstiel. Die 80 Millionen für den Panzerkreuzer sind weniger erheblich als die 4,5 Milliarden, die wir als Beihilfen in die Landwirtschaft gesteckt haben. (Sehr richtig!) So wenig ist unsere Betrachtung den realen Machtgewichten der Politik angepaßt. Die zweite Aufgabe! Selbstverständlich ist eine millionenschwere Partei immer von der Gefahr der Verbonzung bedroht. Wenn unser Funktionärstamm gesund bleiben soll, darf der Bonze nicht aufkommen. Bonzentum bedeutet Apparatur um ihrer selbst willen, ist selbstgenügsame Bürokratie, organisatorischer Fettansatz. (Heiterkeit.) Hier fällt der Jugend die Aufgabe zu, nicht Saboteur, sondern Gegenspieler zu sein, ständige Unruhe, mahnendes Gewissen. Das haben wir nötig. Freilich wißt auch, daß 30jährige und 40jährige bei diesem Kampf auf eurer Seite stehen! Die dritte Aufgabe! Helft uns, daß wir an die kapitalistischen Zwischenschichten herankommen, von denen ich hier schon einmal sprach. Wenn wir sie erobern wollen, und wir müssen sie erobern, dann brauchen wir eine größere geistige Beweglichkeit und geistige Aufgeschlossenheit. Helft uns weiter im Kampf gegen den rüden Nationalismus nicht nur dadurch, daß ihr deklamiert: Nie wieder Krieg! Das macht auf die Jugend nur einen geringen Eindruck. Stellt vielmehr der nationalsozialistischen Verhetzung gegenüber euer gutes Europäerbewußtsein, lacht über jedes Schilderhäuschen, spottet über den Wahnsinn der Grenzen. Von Nietzsche stammt das Wort: Wer die Menschen einst fliegen lehrt, der wird alle Grenzsteine verrückt haben. Heute können uns Grenzsteine nicht mehr imponieren, wenn man im Flugzeug über alle Grenzen in wenigen Stunden hinwegfliegen kann. Helft uns ferner, daß sich nicht die kulturelle Verfinsterung und Vermuffung über Deutschland legt! Wir wollen nicht wieder von einer süßlichen, lauen Weihrauchwolke eingelullt werden. Menschen, die man nicht unbeaufsichtigt ins Kino und Theater gehen lassen will, wird man bald auch nicht mehr unbeaufsichtigt in die Wahlzelle gehen lassen. (Sehr richtig!) Arbeitet mit uns daran, daß wir neue Werbemöglichkeiten gewinnen! Wir müssen dem Sozialismus einen neuen kultischen Ausdruck schaffen. Er darf nicht zu rationell und verstandesdürr sein! Ich glaube, daß wir die Phantasie und Seelkräfte der Jugend hier recht gut einsetzen können. Das Schönste an der Arbeit der Jugend aber ist, daß sie die visionäre Schau, die Zielgläubigkeit behält. Bringt den Sozialismus aus der Defensive heraus, bringt ihn wieder in die Angriffsfront! Zeigt uns, daß alle Einzelmaßnahmen nur zu würdigen und zu werten sind von einer Totalitätsschau her. Gerade einer, der wie ich sich viel bemüht hat, den Sozialismus zu konkretisieren, der oft von den Kilometersteinen gesprochen hat, die zum Ziele führen, darf sagen: Alle Kilometersteine sind nutzloses Gerümpel, wenn kein Ziel mehr dahinter läge. Bewegung ist nur viel, wenn das Ziel alles ist.

So darf ich nochmals an die Jugendfreunde auf der Tribüne das Wort richten: Wir haben Raum für euch, wir haben Aufgaben für euch, wir haben auch Notwendigkeiten für euch. Wir wollen euch die gleichen Rechte aus freiem Willensentschluß geben. Aber, ihr jungen Freunde, legt ihr euch auch die gleichen Pflichten auf. (Bravo! und Händeklatschen.)

Oskar **Edel** (Dresden): Wir werden der vorgelegten Entschließung über die Jungsozialisten zustimmen. Wir bedauern, daß es dazu kommen mußte, die organisatorische Frage so zu lösen, wie es vorgeschlagen wird. Die Schwierigkeiten sind nach unserer Auffassung der Ausfluß der intransigenten Anschauungen, die wir in vielen Versammlungen erlebt haben, und die auch der Leipziger Tagung der Jungsozialisten ihr Gepräge gegeben haben. Mit der Ablehnung aller Vermittlungsvorschläge hat sich die bei den Jungsozialisten maßgebende Richtung selbst den allerschlechtesten Dienst erwiesen. Was darin

zum Ausdruck kam, war nichts anderes als aufgeblähtes Kraftgefühl, nicht aus der Jugend selbst herauskommend, sondern von älteren Parteigenossen hineingetragen. (Hört! Hört!) Ich sage unzweideutig: Achtung und Liebe vor der Aktivität und dem Tatendrang der Jugend! Es hat aber keinen Zweck, die Jugend zu umschmeicheln und ihr Eigenschaften anzudichten, die sie nicht haben kann. Ich betrachte es als Mißbrauch der Jugend, wenn vor ihr etwa solche Reden gehalten werden, wie wir sie von dem Genossen Kleineibst gehört haben. (Sehr richtig!) Für solche unklare Formulierungen kann die Jugend kein Verständnis haben. Es ist eine Ursache organisatorischer Schwierigkeiten, wenn man zum Austrag für solche taktische Fragen und prinzipielle Anschauungen die Jugend als die Stelle des schwächsten Widerstandes in der Partei benutzt. (Sehr richtig!) Wir müssen gewiß die wirtschaftliche Not der Jugend als den Quell radikalisierter Triebkräfte anerkennen und als Ursache der Stimmung, die dann auftam: daß irgend etwas geschehen müsse. Es hieße Vogel-Strauß-Politik treiben, wenn man sich der Erkenntnis verschließen wollte, daß die Jugend mit politischen Problemen vertraut werden muß. Ich habe es z. B. bedauert, daß vor längerer Zeit der Hauptverband den Standpunkt einnahm, im Kampf gegen den Nationalsozialismus sei das Beste vermehrte Bildungsarbeit. Selbstverständlich Aktivierung der Jugend, Teilnahme am Kampf, aber nicht gegen, sondern mit und für die Partei!

Gewisse Fehler sind auch von uns gemacht worden. Die Jungsozialisten wurden stark hofiert, als sie noch eine politisch genehme Stellung bezogen, als noch die nebelhaft verschleierten Gedanken von Hof-Geismar bei den Jungsozialisten überwogen. Der Eingriff erfolgte in der Periode nach dem 14. September in einem Augenblick höchster Not der Partei. Es wäre besser gewesen, die organisatorischen Probleme ohne die Verbindung mit den großen Schwierigkeiten des Augenblicks zu lösen. Anderseits nützt uns aber jetzt keine elegische Betrachtung, wie wir in die Schwierigkeiten hineingekommen sind.

Wir stehen jetzt im Kampf gegen den Faschismus, und deshalb ist es nötig, ganz klar und offen zu sprechen. Die Meinung ist falsch, die Selbständigkeit der Jugend sei die unbedingte Voraussetzung des Erfolges, denn dann könnten ja die Hitlerleute und Kommunisten überhaupt keinen Erfolg haben.

Es gilt mehrere Aufgaben zu erfüllen. Vor allem müßten gewisse nebelhafte Vorstellungen über die Möglichkeiten des politischen Kampfes, die bei der Jugend oft anzutreffen sind, durch die Partei präziser beantwortet werden, das gilt z. B. von den Auffassungen über die Diktatur des Proletariats. Im einzelnen möchte ich darauf nicht eingehen. Dann müßte mit aller Entschiedenheit ausgesprochen werden, daß die Verjüngung des Parteiapparats, der Parteiorganisation keine spezifische Aufgabe der Jungsozialisten ist, sondern die Aufgabe der Gesamtpartei. (Sehr richtig!) Dabei kann auch ausgesprochen werden, daß schneller als jetzt Genossen in den Parteiapparat hineingebracht werden können, bevor sie das biblische Alter erreicht haben.

Weite Kreise der Jugend wollen aber gar nicht in den Parteiapparat hinein. Man will den Kampf gegen den Parteiapparat in der Meinung, daß erst durch seine Überwindung ein politischer Erfolg der Partei möglich wäre. Würde diese Auffassung allgemein Geltung erhalten, so wäre das das Grab der proletarischen Bewegung. Hinter manchem, was in der Vergangenheit geschehen ist, verbirgt sich eine starke Dosis Demagogie. Wir müssen uns deshalb zu einer klaren organisatorischen Entscheidung aufraffen.

Diese Entscheidung kann nur darin bestehen, die jüngere Generation in die Partei einzureihen und ihre selbständigen Organisationsformen, die ein eigenes Schwergewicht bekommen haben, aufzulösen.

Verjüngung der Partei ist die Losung, für die Jugend und mit der Jugend, aber nicht durch die Jugend gegen die Partei. So wird es möglich sein, das

Sprühfeuer, das wir erfreulicherweise in diesen Monaten des Kampfes gegen den Faschismus bei der Jugend gesehen haben, in die Schmiede sozialistischer Erkenntnis und sozialistischer Tatkraft einzubauen. Wenn das der Parteitag tut, hat er im Interesse der Zukunft und im Interesse der jungen Generation gearbeitet. (Bravo! und Händeklatschen.)

Dietrich (Erfurt): Es besteht kein Zweifel darüber, daß die nüchterne, harte tagespolitische Arbeit keine Anziehungskraft auf die Jugend ausübt und nicht die Begeisterung auslöst, die wir bei den verschiedensten Gelegenheiten seit Jahr und Tag fordern. Wenn heute davon gesprochen wurde, daß bei bestimmten Gelegenheiten die Masse mit starken Gefühlswallungen einsetzt, und Genosse Költing drei solcher Gelegenheiten benannt hat, so erfordert es die Stunde des Tages, darauf hinzuweisen, daß nichts so stark das Gefühl hochgehen läßt, als die Darstellung des sozialen Elends der heranwachsenden Jugend. Die Radikalisierung, die Proletarisierung der Jugend wird in den nächsten Tagen auf Grund der Meldungen von heute früh über den Inhalt der neuen Notverordnung vor den Stempelstellen der Arbeitsämter noch weit höhere Wogen schlagen als bisher. Daß die Sozialdemokratische Partei nicht nur in nüchternem, zähem Ringen, was irgend möglich, abzuwenden versucht, sondern daß sie auch in propagandistischer und agitatorischer Weise alles einsetzen muß, um die nötige Aufklärung zu schaffen, ist selbstverständlich und notwendig.

Daß wir die Jugend zu radikalen Entschließungen leicht bringen können, glaube ich wohl, und zwar nicht nur heute, sondern auch bei früheren Zusammenkünften gehört zu haben. Aber mit Richtlinien und organisatorischen Maßnahmen ist dagegen nichts zu machen. Ollenhauer verlangt objektive Auseinandersetzung. Einverstanden. Das darf aber nicht dazu führen, auf Forderungen der Jugend nach Entscheidungen zu erklären: Das geht die Jugend nichts an. Es kommt sonst der Eindruck auf, die politischen Fragen gingen die Jugend nichts an. Manche Spannungen sind nicht zuletzt dadurch entstanden, daß diese Auffassung von vornherein vertreten wurde. Die Jugend geht alles an, was sich abspielt; es gibt nichts, was die Jugend nichts angeht. Wenn wir das begreifen, können wir Entspannungen herbeiführen und es werden keine Gegensätze aufkommen.

Wenn die Gefahr einer Zersetzung von links auftaucht und der eine oder andere davon beeinflußt wird, sollte nicht sofort mit organisatorischen Maßnahmen vorgegangen werden, sondern jeder einzelne Funktionär muß sich die Frage nach den Ursachen vorlegen. Wenn wir der Ursache nachgehen, werden wir solche Strömungen unterbinden und die Möglichkeit ihrer Auswirkung. Wir haben in meinem Wirkungskreise Thüringen über 560 Ortsvereine, die sich aus der Kleinheit der Verhältnisse erklären. Wir haben trotz heftigster Arbeit der Kommunisten bisher nicht die geringste Schwierigkeit. Wir können bis zur Stunde feststellen, daß kein kommunistischer Spitzel in unserem Bezirk in die SAJ. und die Jungsozialisten einbrechen konnte. Ich glaube, das kommt nicht von ungefähr, sondern daher, daß der größte Teil der Funktionäre des Bezirks in engster Verbindung mit der Jugend lebt und arbeitet, und nicht nur unter dem Gesichtspunkt ihre Ansprüche betrachtet, wie sie auf sie persönlich wirken, sondern daraufhin, daß die Jugend das Recht der Vorwärtsbewegung hat.

Die größte Gefahr sehe ich darin, daß durch organisatorische Maßnahmen eine verhaltene Aktivität geschaffen wird, die dann ihre eigenen Wege sucht.

Zur Frage der Jungsozialisten sage ich in diesem Zusammenhange kein Wort. Ich halte aber den Augenblick psychologisch nicht für geschickt, organisatorische Maßnahmen zu treffen. Der Parteitag wird anderer Auffassung sein. Aber ich sage: Wer glaubt, Schwierigkeiten in seinem Arbeitsgebiet dadurch behoben zu haben, daß er jetzt die jungen Parteigenossen zusammenholt, um durch Schulung in Arbeitsgemeinschaften die Voraussetzung für die Einsicht in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu schaffen, der wird erleben, daß die Schwierigkeiten in den Arbeitsgemeinschaften wieder da sind; und wer glaubt, sie auch dort durch neue organisatorische Maßnahmen beheben zu können, der muß über kurz oder lang eine bittere Enttäuschung erfahren. (Sehr richtig! — Zustimmung auf der Galerie.)

Ein Wort zum Antrag Zwickau, der hier nicht am rechten Platze ist, aber Partei und Jugend stehen zur Diskussion. Die Beschlüsse des Reichsausschusses, die von oben herunter die Verantwortung den Organisationen zuschieben, bilden eine große Gefahr. Ich kann dem Gedankengang nicht folgen, daß dadurch die Verantwortlichkeit der Leitung der Organisationen draußen im Lande im einzelnen deutlicher in Erscheinung treten soll. Wer nicht aus sich heraus bereit ist, sein Ganzes für die Jugend einzusetzen und die Jugend in ständiger Verbindung zur Partei zu erhalten, wird auch keinen Erfolg haben, wenn gemeldet wird, daß die Vorschriften erfüllt sind. Das ist auch nicht mit organisatorischen Maßnahmen zu lösen.

Ein paar Worte über die Frage „Partei ohne Jugend"; in Stichworten, auf die Gefahr, mißverstanden zu werden. Ich sage: Die Organisation der Partei ist glänzend, die Organisation der Jugend ist glänzend. Aber das Problem besteht nicht in der Frage: Jugend und Organisation, sondern in der Frage: Organisation, Jugend und Bewegung. (Sehr richtig!) So stark auch der Eindruck der großen Demonstration am Sonntag gewesen ist, täuschen wir uns nicht, daß das Problem, Jugend, Organisation und Bewegung bis zur Stunde von uns nicht in zufriedenstellender Weise gelöst werden konnte! Täuschen wir uns nicht, wie gerade auf diesem Gebiet eine ungeheure Verantwortung der Organisation liegt, aber nicht nur der Organisation, sondern der einzelnen Funktionäre, als Mensch das Beispiel für die heranwachsende Jugend zu geben. (Bravo! und Händeklatschen.)

Meitmann (Hamburg): Genosse Ollenhauer hat von dem Riß zwischen der Vorkriegsgeneration und der heute lebenden Generation gesprochen. Dieses Problem psychologisch zu behandeln, wäre eine Aufgabe für alle Bezirke unserer Organisation, um den Beweis zu führen, daß diese großen Spannungen, die jetzt den Parteitag beschäftigen, von der Geschichte aufgeworfen sind. (Zuruf: Aber in Hamburg doch!) — Auch in Hamburg! Überall im Reich haben wir dieses große Problem des Zusammenwachsens der Generationen und im engeren Sinne der Jugend und der Partei zu lösen.

Ich glaube, wir müssen zunächst einmal feststellen, auf welche Weise wir die Jugend nicht gewinnen. Wir gewinnen sie nicht mit pastoralen Belehrungen, mit selbstgefälliger Überheblichkeit oder mit mimosenhafter Empfindlichkeit. Was der Genosse Breitscheid gesagt hat, ist ein Warnungszeichen. Denn das, was ihr euch auf dem Parteitag erlaubt habt, Jugendgenossen, hat sich niemals eine Arbeiterjugend in der Partei erlaubt. Einer der Delegierten hat die Frage aufgeworfen: wo seid ihr denn eigentlich her? Er hat das getan, als ich dazwischenrief: die Zusammensetzung des Parteitages entspreche der Massenstimmung im Reiche. Wir sind von unseren politischen Körperschaften gewählt. Wo habt ihr euer Mandat her? Ihr seid im besten Falle 300 bis 400 Leipziger Jugendgenossen, die es bestenfalls gut mit unserer Bewegung meinen.

Auf dieses Mandat gestützt, Parteigenossen, sage ich: unser Hamburger Antrag, der den organisatorischen Zusammenschluß so wünscht, daß aus der Kinderfreundebewegung unsere Jugend organisch über die Sozialistische Arbeiter-Jugend in die Partei hineinwächst, ist der allein richtige Weg. Der Zusatzantrag des Parteivorstandes findet unsere Billigung. Die jungsozialistische Bewegung hat eine Chance bekommen, hat diese Chance nicht benutzt und muß daher abtreten!

Ollenhauer hat mit Recht gesagt, wir sollten der großen Masse der nicht erfaßten Jugend dadurch ein Beispiel geben, daß wir unsere eigenen Kinder in die Jugendorganisationen hineinschicken. Ich darf mit einem Satz von mir selbst sprechen. Ich habe zwei Kinder und bin stolz darauf, daß sie den blauen

Kittel der Kinderfreunde tragen. Wenn es aber die Jugendorganisationen nicht fertig bringen, diese Kinder über die Brücke der eigenen Bewegung zur Partei zu führen, dann muß eben alles getan werden, um dieses Ziel schließlich doch zu erreichen.

Soviel zu den großen Problemen, von denen die Jugend sehr viele im Augenblick nicht sieht! Die Jugend sieht nicht das Problem, wie Hunderttausende der Kinderfreunde in unsere Bewegung zu führen sind. Bei den Kinderfreunden besteht doch, wenn wir ihnen nicht genügend pädagogische Kräfte geben, die Gefahr, daß die Formulierung der Politik in zu enger Form an die Jugend herangebracht wird. Es besteht die Gefahr, daß wir die Politisierung unserer Jugend allzu eng im parteipolitischen Sinne betreiben. Es ist daher Aufgabe der Kinderfreundebewegung, allein die große Idee des Sozialismus zu propagieren, sich aber nicht mit den Einzelheiten der Taktik zu beschäftigen. Wir müssen das Gefühl für Zusammenwirken, die Empfindung für das, was Gerechtigkeit und Schönheit in der Welt ist, pflegen. Es ist oft gefragt worden, ob wir die Jugend politisieren sollen. Ich sage: ja, und noch einmal ja! Man kann aber auf zweierlei Weise politisieren: indem man seine eigene Meinung vorwegnimmt, man kann es aber auch tun wie ein guter Pädagoge, indem man die Problematik des politischen Lebens an den jungen werdenden Menschen heranbringt und sagt: sieh zu, wie du damit fertig wirst! Wenn es dir nicht gelingt, dann komm wieder zu uns, dann werden wir dir helfen! So muß die Jugend politisiert werden.

Nun zu der brennenden Frage des Nachwuchses! Wie sollen wir unsere Jugend in die Partei hineinholen? Ich will hier keine Maximen aufstellen, sondern nur folgendes sagen. Hier unten sehen wir das Bild unseres Hermann Müller und dort oben sitzt unser Parteivorsitzender Wels. Mit Stolz wurde darauf hingewiesen, daß beide mit 30 Jahren in leitende Stellen der Partei aufgerückt sind. Ich schließe aus dieser Tatsache, die der Partei nicht schlecht bekommen ist, daß die jetzige Parteileitung in dieser Beziehung nicht allzu ängstlich sein soll. In England sagt man: „give him a chance!" Ich sage der Partei: „Gebt der Jugend eine Chance!" Wenn sie sich dann nicht bewährt, dann soll auch für sie der Grundsatz gelten: wer nichts leistet, muß verschwinden, ein Grundsatz, der auch für die Parteifunktionäre viel stärker zur Geltung kommen müßte.

Zu einer anderen Frage. Ich warne davor, Genossen, daß man den Nachwuchs für verantwortliche Stellen nach politischen Gesichtspunkten, nach der taktischen Haltung des einzelnen auswählt. Wir sollten sehr gewissenhaft nach dem Charakter der jungen Genossen sehen. (Sehr wahr!) Mir ist ein Jugendlicher, der so tut, als sei ihm die Problematik längst eine vergessene Sache, viel weniger angenehm als ein junger Mensch, der kämpft und vorwärtsstrebt. Nach diesen Gesichtspunkten sollten wir unsere Wahl treffen. Wer den Weg der Jugend erkennen will, braucht nur ihre Geschichte zu sehen.

Wie steht es mit den letzten drei Jugendgenerationen? Die erste Generation ist unter der 14- und 16stündigen Arbeitszeit körperlich verkrüppelt und geistig verödet. Die Partei hat der heutigen Jugend, dem ganzen Proletariat in Deutschland, mit der so oft von der Jugend selbst verspotteten Demokratie den 8-Stunden-Tag erhalten und kämpft jetzt für den 6-Stunden-Tag. Die zweite Generation ist draußen auf den Schlachtfeldern von Flandern zugrundegegangen. Und was tut die dritte Generation? Will sie im Phrasenschwall der Kommunisten ersticken, will sie im Blut der nationalsozialistischen Straßenschlachten verenden? Nein! Sie wird mit uns gehen, sie wird unter den Fahnen der Sozialdemokratie, ohne den Firlefanz des Hakenkreuzes und des Sowjetsterns, ihren Marsch vollenden. Unsere Fahne, für die Bebel und Liebknecht eine Wüstenwanderung angetreten haben, ist das Zeichen, in dem die Jugend die neue sozialistische Gesellschaft bauen wird! (Beifall und Händeklatschen.)

Liebmann (Leipzig): Parteigenossinnen und -genossen! Zu der von dem Referenten vorgelegten Entschließung liegt ein Antrag Weise vor, der eine notwendige Ergänzung bringt. Der letzte Satz dieser Entschließung verlangt nämlich, der Parteivorstand solle beauftragt werden, unter Hinzuziehung geeigneter Mitarbeiter Richtlinien für die Tätigkeit auszuarbeiten. Man braucht zur Begründung dieses Antrages kaum etwas zu sagen. Ich empfehle dringend, ihn anzunehmen.

In der Entschließung des Referenten ist besonders betont, daß die jungen Genossen zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen werden sollen. Ich muß aber sagen, daß die Resolution, so sehr ich ihr sonst zustimme, doch insofern einen Mangel aufweist, als nicht konkreter ausgedrückt ist, wie sich der Referent diese Mitarbeit vorstellt. Die Mandatsprüfungskommission mußte feststellen, daß die Frauen nach den Bestimmungen des Statuts auf unserem Parteitag nicht genügend vertreten sind. Ich fürchte — und darum rede ich zu diesem Thema — daß diese Formulierung, wenn wir es bei ihr belassen, nichts als eine schöne Redensart ist, daß diese Formulierung in den Organisationen nicht so beachtet wird, wie sie nach dem Willen des Referenten und des Parteitags beachtet werden sollte.

Es ist immer noch so, daß man sehr viele Widerstände findet, wenn man fordert: holt auch die Jugend in die verantwortlichen Stellen! Ich weiß nicht, ob diese Widerstände durch die Entschließung des Referenten überwunden werden können. Nach meiner Auffassung können wir uns nicht damit begnügen, hier und da einen jungen Genossen gewissermaßen als Konzessionsschulzen zu einer leitenden Stelle heranzuziehen. (Zustimmung.) Die gesamte Organisation muß darauf eingestellt werden, schon durch die Organisationsleitung eine bestimmte Garantie zu geben — ich sehe wohl ein, daß das statutenmäßig nicht gemacht werden kann —, daß die jungen Genossen bis zu 25 Jahren in den Organisationen vertreten sein müssen. Wir haben schon jetzt den Mangel zu beklagen, daß z. B. auf diesem Parteitag recht wenige von den Genossen vertreten sind, die eigentlich zu diesem Thema sprechen sollten. Darin kommt ein großer Mangel der Organisation zum Ausdruck. (Zustimmung.) Daraus erklärt sich manches, was wir vor diesem Parteitag bei den Wahlen zu beobachten hatten, und manches, was wir auf dem Parteitag selbst durch die aktive Beteiligung der Galerie an den Verhandlungen erleben mußten. Es muß offen ausgesprochen werden, daß dadurch, daß wir die jüngere Generation nicht genügend berücksichtigt haben, manche Schwierigkeiten in der Organisation entstanden sind. Die Jugend, die sich zurückgedrängt fühlt, kann nur zu leicht von älteren Genossen mißbraucht werden, und sie ist auch, wie wir aus der Organisation wissen, mißbraucht worden. Unsere Aufgabe muß sein, in den Organisationen dafür zu sorgen, daß die Jugend vor allem auch in den wichtigen Vertrauensämtern der Partei entsprechend ihrer Zahl vertreten ist. Soweit sich die Gelegenheit bietet, müssen wir darauf hinwirken, junge Genossen und Genossinnen nicht nur in die Gemeindeparlamente, nicht nur in die Stadtparlamente, sondern auch in die Landtagsfraktionen und in den Reichstag zu schicken. Die Bedenken, die gegen eine zu große Anzahl jugendlicher Abgeordneten in dem Referat des Genossen Ollenhauer durchklangen, halte ich nicht für berechtigt, denn die Aussicht, einer allzu starken Verjüngung unserer Fraktion besteht bestimmt nicht. Aber wichtig ist für uns, junge Leute als Repräsentanten unserer Partei in aller Öffentlichkeit herauszustellen.

Wenn die Jugend sieht, daß sie sich in der Organisation so betätigen kann, wie es ihren Bedürfnissen entspricht, dann wird auch manche Erscheinung verschwinden, die hier auf dem Parteitage zu beobachten war. Bei dieser Gelegenheit möchte ich einige Bemerkungen machen zu den Vorgängen auf der Galerie, deren Bedeutung von einem Teil der Parteitagsdelegierten überschätzt worden ist. Ein Redner hat gesagt, es sei nicht die Jugend, wenn hier 300 bis 400 junge Leute ihren Willen in ihrer Weise zum Ausdruck bringen. Mir gegenüber hat ein Leipziger Jugendgenosse bedauert, daß beim Parteitag der Ein-

druck entstehen müsse, als wäre das, was auf der Galerie sitze, die Leipziger Jugend. Dazu möchte ich betonen, daß ein solcher Eindruck falsch ist. Die Gleichsetzung mit der Leipziger Jugend ist in keiner Weise gerechtfertigt. Der Vorsitzende des Parteitags hat ja bereits erklärt, daß die Vorgänge auf der Galerie für die Entscheidung des Parteitags keine Bedeutung haben, und persönlich bin ich der Auffassung, daß jeder klatschen kann, soviel er Lust hat. Nur auf die Feststellung kommt es mir an, daß die Galeriebesucher nicht mit der gesamten Organisation der Leipziger Jugend gleichgestellt werden können.

Genosse Nölting hat vorhin die jugendlichen Genossen ermahnt, sie sollten nicht nur die gleichen Rechte beanspruchen, sondern auch die gleichen Pflichten übernehmen und ein anderer Redner hat für die Verjüngung der Partei gesprochen. Wenn wir die Gleichberechtigung der Jungen anerkennen, indem wir sie als Repräsentanten der Partei herausstellen und in allen verantwortlichen Stellen der Partei mitarbeiten lassen, dann wird es auch gelingen, die Jungen und die Alten in der Partei zu gemeinsamer Arbeit für die Partei zu bringen. (Beifall.)

Pause von 1 bis 3 Uhr.

Nachmittagssitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß der Delegierte Schütte (Halberstadt) folgende Erklärung zu Protokoll gegeben habe:

> Zur namentlichen Abstimmung über den Antrag 203 erkläre ich hiermit, daß ich vor der Abstimmung telegraphisch nach Halberstadt gerufen wurde, um an einer wichtigen Stadtverordnetensitzung teilzunehmen. Hätte ich an der Abstimmung teilnehmen können, hätte ich mit Ja gestimmt.

Vorsitzender **Wels:** Wir haben bedauert, daß in der bisherigen Aussprache nicht die jüngsten Redner zu Wort gekommen sind. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, jetzt dem jüngsten Redner, der 20 Jahre alt ist, das Wort zu erteilen und dann einigen Rednern von 22, 24 und 26 Jahren.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Fliege (Dortmund): Genossinnen und Genossen! Es freut mich, daß sich Genosse Wels bereit erklärt hat, uns jüngere Delegierte, die wir doch eigentlich die berufenen Vertreter der Jugend sind, zu unserer eigenen Frage das Wort zu geben. Ich möchte den Genossen dort oben auf der Tribüne sagen, daß die Jugend, wenn sie es versteht, sich das Vertrauen der Partei zu erwerben, es auch bekommt. Das wissen meine Genossen aus dem westlichen Westfalen, von denen ich einstimmig gewählt worden bin. Wenn wir Jüngeren Aktivität und Willen zur Mitarbeit aufweisen, sind wir gewiß, daß man uns auch in die Funktionen hineinstellt, in die wir hineingehören. Genosse Ollenhauer hat bereits die Struktur des jugendlichen Menschen aufgezeichnet und ein Bild von der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des jungen Menschen im heutigen Staate gegeben. Die Jugendfrage ist wohl die Existenzfrage für eine jede Partei. Eine Partei, die keine Jugend hat, ist keine Partei der Zukunft. Wir haben aber die Jugend, wenn auch nicht in dem Maße wie die Nationalsozialisten, wir haben aber eine Jugend, die sich weiterbilden will und die vor allem nach politischer Schulung dürstet. (Sehr gut!) Wenn die anderen Parteien geradezu krampfhaft um die Jugend ringen, dann tun sie es vor allem deshalb, weil ihre eigenen Forderungen alt und morsch sind, weil sie der Jugend einfach nicht mehr gerecht werden. Die Jugend wird sich immer bei der Partei einfinden, die ihre Forderungen berücksichtigt, und das ist in der Sozialdemokratischen Partei der Fall.

Genossen, wir haben gesehen, daß die Nationalsozialisten in den letzten Wahlen einen ungeheuren Aufstieg genommen haben. Wir haben des öfteren unter-

sucht, wie es kommt, daß gerade die radikalen Flügel die meisten jugendlichen Stimmen erhalten. Wir wissen, daß der Jugendliche im heutigen Staate einen Machtfaktor darstellt. Bei jeder Wahl kommen fast drei Millionen Jungwähler hinzu, die im Gesamtleben der Politik oft entscheiden. (Zustimmung.) Das drückt sich in den Volksvertretungen entsprechend aus. Am meisten hat wohl die Arbeitslosigkeit dazu beigetragen, daß die jugendlichen Wähler die Nationalsozialisten wählen. Sie suchen einen Ausgleich, um sich die ihnen fehlende Arbeit auf irgendeine andere Weise zu verschaffen. Dazu haben sie bei den Nationalsozialisten und bei den Kommunisten Gelegenheit. Wenn man sie beschäftigen will, braucht man nur zu sagen: werft die Fensterscheiben ein!

Wichtig ist weiter der starke Drang zum Sport. Dieser Drang stellt ebenfalls einen Ausgleichsversuch dar. Wenn der Jugendliche den ganzen Tag nicht weiß, was er machen soll, dann braucht er einen Kräfteausgleich. Diesen Ausgleich wird er im Sport finden. Wenn die sportliche Betätigung in gewissen Grenzen bleibt, ist nichts dagegen zu sagen. Wenn man aber beim bürgerlichen Sport junge Menschen zu Sportkanonen heranzüchtet, so trägt diese Art Sport zur geistigen und politischen Verflachung bei; denn der Zweck dieser Sporteinrichtungen ist nicht, den Körper zu stählen, sondern der Körper wird nur für einige Zeit aufgepeitscht und erschlafft dann wieder. (Sehr richtig!) Die größte Gefahr für die Jugend ist das Deutsche Institut für technische Arbeitsforschung, durch welches der jugendliche Mensch nur ausgewuchert wird, indem man auf raffinierte und moderne Art versucht, in den Fabriken, in den Werken aus ihm das herauszuholen, was man auf andere Art nicht herausholen kann. Die Sportvereine dieser Werke sind nur das Mittel, den Jugendlichen von der Politik, dem Klassenkampf abzuhalten. (Sehr wahr!) Die Jugendlichen sollen von der Schwerindustrie so beeinflußt werden, daß sie deren Werkzeuge für die Zukunft werden.

Nun spricht man von einer Krise der bürgerlichen Jugend. Man sagt, die bürgerliche Jugend wende sich von den Parteien ab, weil sie mit den Methoden der bürgerlichen Parteien nicht mehr einverstanden sei. Es geht der bürgerlichen Jugend heute mehr um das soziale Problem, das von den bürgerlichen Parteien nicht gelöst wird, und deswegen wendet sie sich in großen Scharen der nationalsozialistischen Bewegung zu.

Einen ungeheuren Einfluß auf die Jugend hat immer noch die Kirche. Man kann sagen, daß bei den Katholiken der Mensch von der Wiege bis zur Bahre kirchlich organisiert ist. (Sehr richtig!) Die kirchlichen Organisationen versuchen, die Jugendlichen in ihren Bann zu ziehen, und wer einmal in einer solchen kirchlichen Organisation ist, kommt schlecht von den Dogmen der Kirche ab.

Wenn die Situation so ist, daß in der Jugend eine politische Verflachung vor sich geht, dann ist es unsere Aufgabe, die Jugend politisch zu aktivisieren. Hier ist eine vernünftige politische Schulungsarbeit absolut notwendig. Von den 16- und 17jährigen, die zum großen Teil in der Arbeiterjugend organisiert sind, kann man nicht von vornherein ein gesundes Urteil über irgendwelche politische Vorgänge verlangen. Deshalb müssen wir vor allen Dingen den Jugendlichen informieren (Sehr wahr!), ihm sagen, wie die Dinge tatsächlich stehen und ihn mit der Tagespolitik vertraut machen. Gewiß, auch ich bin nicht mit allem in der Partei einverstanden; aber ich versuche wenigstens, die Beweggründe der politischen Entscheidungen zu erkennen. (Sehr gut!) Wenn, wie es an den vergangenen Tagen von den Tribünenbesuchern geschehen ist, innerhalb der Jugend gegen die Partei Stellung genommen wird, so tragen die Schuld diejenigen, die die Jugend bewußt oder unbewußt verkehrt informieren. (Lebhafte Zustimmung.) Die politische Arbeit muß so geleistet werden, daß wir die Jugendlichen objektiv über alle politischen Tagesfragen unterrichten.

Wenn wir nun mit der Partei einig sind, dann müssen wir als Jugendliche mit den Älteren Schulter an Schulter für unsere Ideen kämpfen. (Bravo!) Hier ist es Aufgabe der Partei, einen Ausgleich zu schaffen. Wenn die Sozia-

listische Arbeiterjugend 56 000 Mitglieder zählt bei über 1 000 000 Parteimitgliedern, so ist das Verhältnis nicht so, wie es sein soll. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß man dieses Verhältnis nicht als Maßstab nehmen kann; denn diese 56 000 sollen einmal die Elite der Arbeiterbewegung werden und Funktionäre der Partei werden. Es ist Pflicht der älteren Parteigenossen sowie derjenigen, die in der Jugendarbeit an verantwortlichen Stellen stehen, dafür zu sorgen, daß sie tatsächlich die Elite der Arbeiterbewegung werden. (Zustimmung.) Die politische Erfahrung und der Elan der Jugend müssen sich ergänzen; dann werden wir auch zum Siege des Sozialismus kommen. (Lebhafter Beifall.)

Pirner (Nürnberg): Genossinnen und Genossen! Die Tatsache, daß der diesjährige Parteitag sich mit dem Thema: Jugend und Partei beschäftigt, ist ein Zeichen dafür, welche Bedeutung diese Frage heute in unserer Partei hat. Wir müssen leider feststellen, daß wir dieses Thema zu spät zur öffentlichen Diskussion gestellt haben. Erst als nach dem 14. September die Gefahr des Faschismus akut wurde, als wir sahen, daß Hunderttausende junger Menschen sich dem Faschismus in die Arme warfen, wurde der Ruf nach der Jugend laut. Seit dieser Zeit ist auch der Versuch gemacht worden, die Jugend in die Partei einzugliedern, und dieser Versuch ist gelungen, wenn auch nicht in dem erforderlichen Maßstabe.

Aber wir müssen uns auch mit den Voraussetzungen für ein gutes Zusammenwirken der beiden Schichten beschäftigen. Notwendig ist eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und Verstehens. Die ältere Parteigenossenschaft muß die wirtschaftliche und soziale Lage der Jugend und die daraus folgende psychologische Stimmung der Jugend erkennen. In den letzten Jahren ist ein neuer Typ der Jugend herangewachsen. Genosse Ollenhauer hat davon gesprochen, daß Krieg und Revolution entscheidend für die seelische Entwicklung der Jugend geworden sind; aber wir müssen gleichzeitig feststellen, daß durch Mechanisierung und Rationalisierung, durch Typisierung und Normung in Industrie und Handel ein neuer Typ von Menschen entstanden ist, auf die die äußere Normung und die Uniform, die allerdings auch der Ausdruck eines gesamten Willens sein kann, stärker wirken als verstandesmäßige Arbeit. (Sehr richtig!) Hinzu kommt, daß die Politik des Schlagwortes, wie sie in großen Teilen der heutigen Jugend zu finden ist, durch die Erziehung der Jugend unterstützt wurde. Die entscheidenden Entwicklungsjahre der heutigen Jugend fielen in die Zeit des Krieges und in die Nachkriegszeit. In dieser Zeit waren die Helden der Jugend nicht Helden des Geistes und der Forschung, sondern die Helden des Krieges. Die Anbetung der brutalen Gewalt war maßgebend. Die Eindrücke der Kindheit sind aber für den Menschen entscheidend. (Sehr richtig!) Kein Geringerer als August Bebel hat in seinem Buch „Aus meinem Leben" geschrieben: „Die Eindrücke meiner Kindheit haben mich nie in meinem Leben ganz verlassen." Dazu kommt, daß diese Jugend, die in das Erwerbsleben hineingestellt war und einen Beruf erlernt hatte, nachdem sie ausgelernt hatte, sich den Millionen zugesellen muß, die heute arbeitslos auf der Straße liegen. In der großen Masse der Jugendlichen lebt heute die Überzeugung, daß sie nichts zu verlieren haben als ihre Ketten. Wir selbst sind nicht unschuldig daran, daß diese Stimmung aufkommen konnte; denn die junge Generation wuchs unter der Demokratie auf, und sie hatte den Kampf um die Demokratie nicht mehr zu führen, sondern sie hat die Demokratie als etwas Selbstverständliches hingenommen. (Sehr richtig!) Das Gerede von der nur politischen und formalen Demokratie hat bei den Jugendlichen sehr oft eine Mißachtung der Demokratie und der Republik erzeugt. (Zustimmung.)

Außerdem müssen wir auch an die große Zahl der jungen Angestelltenschaft, der großen Bauernschaft, der jungen Schichten des Mittelstandes denken, die ihre Existenz schwinden sehen und die sich infolgedessen dem Radikalismus in die Arme werfen. Sie haben keinen Glauben mehr an eine Zukunft; sie glauben an

den Radikalismus des Wortes und nicht an den Radikalismus der Tat. Es wird eine entscheidende Aufgabe für uns sein, dieser Jugend möglichst viel Lebensraum zu geben; denn davon wird es abhängen, in welchem Maße wir die arbeitende Jugend der Mittelschichten für uns gewinnen können.

Wir sehen heute als Folge des Nationalsozialismus eine starke Politisierung dieser Jugend. Es fragt sich nun, wie können wir diese Jugend stärker für uns gewinnen? Ich halte unbedingt die Eingliederung der Jugend in den Parteiapparat für erforderlich. Aber hierbei soll die Fähigkeit des einzelnen entscheiden. Wir dürfen uns nicht lediglich davon leiten lassen, wie lange dieser oder jener Genosse Parteimitglied ist, sondern entscheidend muß sein das Können und Wollen des betreffenden jugendlichen Genossen. (Sehr richtig!) Man kann sagen: wir wollen nicht diejenigen in unserer Partei haben, die nur um ihrer persönlichen Entwicklung willen zu uns kommen; aber man darf jene psychologischen Momente nicht unterschätzen, weil sie sehr bedeutend sind. Es kommt darauf an, die Jugendlichen zu positiver Mitarbeit und Gestaltung unserer Zukunft heranzuziehen. Hier haben wir unbedingt eine starke Möglichkeit zu helfen. Ich bin durchaus nicht der Ansicht, daß politische Erfahrung lediglich durch Jugendlichkeit aufgewogen wird. Ich bin mir darüber im Klaren, daß wir politische Erfahrung unbedingt brauchen; aber außer der politischen Erfahrung haben wir auch den jugendlichen Elan, die jugendfrische Aktivität in der Partei nötig. (Lebhafte Zustimmung.) Über den Gegensatz der Generationen muß in unserer Partei gehen die Bindung der Klassenscheidung und unserer Klassenlage; denn diese Klassenscheidung wollen wir ja überwinden.

Zum Schluß noch etwas anderes! Der Genosse Sollmann hat in den „Neuen Blättern für Sozialismus" einen Artikel über „Partei und Jugend" geschrieben und dabei u. a. zum Ausdruck gebracht:

> Trotz Artikel 48 ist die sozialistische Jugendorganisation von außen her beinahe unbehindert. Die roten Fahnen flattern frei.
>
> Nirgendwo in Deutschland verbietet man mit den Mitteln der Staatsgewalt die sozialistische Erziehung.

Ich muß leider feststellen, daß das nicht für alle Gebiete Deutschlands stimmt. In Bayern bemüht man sich ernsthaft, mit den Mitteln der Staatsgewalt die sozialistische Erziehung zu vernichten. Genosse Löwenstein hat heute früh von dem Verbot der „Kinderfreunde" gesprochen. In Bayern hindert man alle diejenigen, die noch nicht aus der Fortbildungsschule entlassen sind, Mitglieder der sozialistischen Jugendorganisation zu werden. Ja, man reißt ihnen selbst das blaue Hemd und den roten Binder vom Leibe herunter. (Rufe: Pfui!) Aber wir wissen, trotz dieser Schikanen wird eine Zeit kommen, in der wir wieder frei und unbehindert für den Sozialismus arbeiten können (Bravo!), den wir alle wollen.

Keller (Eisleben): Seien Sie nicht enttäuscht, wenn ich den vielen Mahnungen, die heute, gestern und vorgestern an die Adresse der jungen Generation gerichtet worden sind, keine weitere hinzufüge, wenn ich gewissermaßen in ausgleichender Gerechtigkeit versuche, in der Debatte über das Jugendproblem die Verpflichtung der Partei gegenüber der jungen Generation etwas schärfer herauszuarbeiten. Das entscheidende Erlebnis der Älteren ist gewesen der Sieg der Demokratie über den Monarchismus, und dieses Erlebnis wird für sie zum Ausgangspunkt für die Entscheidung über alle Fragen politischer und sozialer Art. In ihrem Bewußtsein bleibt immer die Erkenntnis, daß die politische und soziale Lage im Vorkriegsdeutschland wesentlich ungünstiger war. Für die Jüngeren ist die Demokratie eine gegebene Größe, und sie sind deshalb weniger widerstandsfähig gegenüber Rückschlägen und Stillstand. Deswegen sind sie auch eher der Enttäuschung, der Verzweiflung und der Gegnerschaft zum neuen Staat zugänglich. Diese Gegensätzlichkeit in der Erlebnissphäre zwischen junger und alter Generation ist auch in der Sozialdemokratie der Boden mancher

Spannungen. (Sehr wahr!) Eine Minderung dieser Spannung wäre möglich gewesen durch eine Bindung der jungen Generation an das System. Hier haben nach meiner Auffassung sämtliche republikanische Parteien versagt; man hat viel zu spät versucht, die Jugend zur Selbstverantwortung und zum verantwortlichen Mittun heranzuziehen. Ich behaupte, daß die Raumnot zum großen Teil die junge Wählerschaft den antidemokratischen und antirepublikanischen Strömungen in die Arme getrieben hat. Die Republik hat den Acker der Jugend brach liegen lassen. Er ist bestellt und abgeerntet worden von den Gegnern der Republik am 14. September.

Von der Jugendfrage her erscheint mir die Überwindung des Faschismus in Deutschland als eines der allerschwierigsten Probleme der Partei; denn auch den Nationalsozialisten kommt das Gesetz der Beharrung zugute. Für die Jugendlichen kommt ganz erheblich in Frage das Streben nach Wirkungs-Bedürfnisbefriedigung. Daraus muß für die Partei die Notwendigkeit des Einsatzes junger Kräfte in der Organisation folgen. Im Parteiapparat muß den Jugendlichen weitgehend Raum gegeben werden. Deshalb Einbeziehung der jungen Generation in verantwortliche Funktionen. In den Jüngeren darf nicht die Konkurrenz gewittert werden, die man sich möglichst lange vom Halse zu halten hat. (Zustimmung.) In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß ich hohe Achtung z. B. vor dem Genossen Ludwig habe, der sich in stiller, schweigsamer Arbeit innerhalb des Parteivorstandes mit anderen dafür eingesetzt hat, daß im Parteiapparat eine starke Verjüngung erfolgt. (Wels: Das macht der gesamte Parteivorstand, nicht einer!) Natürlich kann und darf es keinen anderen Maßstab geben als den der Leistung. Jungsein schlechthin ist kein Qualitätsnachweis (Sehr richtig!), ist nichts anderes als die größte Chance, die das menschliche Leben zu vergeben hat. (Zustimmung.) Aber man beziehe die Wertungsmaßstäbe für jugendliche Leistungen nicht aus der Philosophie vom Übermenschen und werte auch nicht nach dem Muster: geeignet mangels eigener Überzeugung! Die Anziehungskraft der Partei auf die Jugend wird um so stärker sein, je größer die Einflußzone der Jungen in der Partei ist. Ich gehöre einem Ortsverein an, der 500 Mitglieder zählt. 73 Prozent dieser Mitgliedschaft stehen in einem Alter von noch nicht 45 Jahren: 46 Prozent sind jünger als 35 Jahre und 32,5 Prozent jünger als 30 Jahre. Dies ist nur möglich gewesen, weil eine organisierte Einfügung der Jüngeren in die Funktionärkörperschaft vorausging. Es hat ältere Genossen gegeben, die sagten: das Resultat dieses Experiments wird eine organisatorische Katastrophe sein. Wir mußten einige Ohnmachten in Kauf nehmen. Aber wo Existenzfragen der Partei zu beantworten sind, darf es für niemand falsche Sentimentalitäten geben. (Sehr richtig!) Das Resultat unseres Versuchs war trotz mißlicher lokaler Umstände, daß die Parteiorganisation schlagkräftiger, jugendfrischer und einsatzfähiger denn je ist. Die Aktivität der Jüngeren muß in Verantwortung umgesetzt werden; die Schwungkraft der Jugend, die nicht gelähmt ist durch Erfahrungen und tausend schmerzliche Empfindungen, muß für die Partei nutzbar gemacht werden. Das ist eine Anmarschstraße der Partei zu den Herzen der Jugend.

Die Anerkennung des Anspruches der Jungen auf verantwortliche Mitarbeit darf aber nicht ein rhetorischer Tafelaufsatz für festliche Anlässe bleiben. Dieser Anspruch muß endlich im weitesten Umfange in die Tat umgesetzt werden. (Bravo!)

Renner (Gelsenkirchen): Parteigenossinnen! Parteigenossen! Nach der außerordentlichen Mitarbeit der jungen Tribünenbesucher an den Vorlagen hätte man erwarten dürfen, daß bei dem Punkt: „Partei und Jugend" die Tribünen, wenn auch nicht überfüllt, so doch zum mindestens gleich besetzt wären wie an den vergangenen Tagen. (Sehr richtig!) Daß dem nicht so ist, verwundert uns nicht, nachdem wir die Mitarbeit der jungen Tribünenbesucher, die sich mitunter bis zur Unsachlichkeit steigerte, beobachtet haben. Denen, die da glauben, in der hohen Politik unbedingt mitentscheiden zu müssen, kommt es auf die Klärung

der Frage: „Partei und Jugend" gar nicht so sehr an. Mit der Zeit gewöhnt man sich an die Gesichter, die von der Tribüne herunterschen, herunterrufen oder herunterlachen. Sie haben ihre hohe politische Mission erfüllt, und heute sehen wir sie auf einmal nicht mehr. (Sehr gut!)

Wir als Funktionäre der Jugend vermissen das, was wir unbedingt brauchen, den Willen, zu suchen. Der Beifall, der verschiedenen Genossen von diesen Tribünenbesuchern zuteil wurde, hat ihnen nichts genützt, sondern er hat vielmehr in einem bestimmten Maße der Jugend geschadet. (Zustimmung.) Die Arbeiterjugend im allgemeinen muß sich gegen ein solches Verfahren wehren.

Die Nationalsozialisten haben ihre erste und wichtigste Aufgabe darin gesehen, einen ganz bestimmten Keil zwischen die Führer der Arbeiterbewegung und die Massen zu treiben. (Sehr richtig!) Zum großen Teil ist ihnen das leider gelungen. Ich habe so manchmal die Befürchtung, als ob diese Methoden auch von verschiedenen Genossen bei der Jugend angefangen würden. Die Jugendarbeit der SAJ im allgemeinen gibt wohl keine Veranlassung, das anzunehmen.

Daß diese Sache und wie gefährlich sie ist, beweisen zum Teil die Tribünen. Heute können die alten Genossen, die in den ersten Tagen stehen mußten, ganz gemütlich Platz nehmen. Rund 15 Prozent der heutigen Erwerbslosen sind Jugendliche. 750 000 Jugendliche stehen vor den Toren der Zechen und Fabriken und warten darauf, die Schichtnummer, die sie vor Jahren abgegeben haben, wieder in Empfang zu nehmen. Wir alle wollen das bestimmt ohne Ausnahme, können es aber zur Zeit nicht. Es ist gefährlich, der Jugend die Illusion einzuhämmern, man könnte es, wenn man nur eine andere Politik machen wollte.

Viel wichtiger ist es, der Jugend zu erzählen, was die Arbeiterbewegung bis heute geleistet hat. Das soll ihr als Ansporn dienen, mindestens dasselbe, möglichst aber mehr zu leisten.

Am Sonnabend und Sonntag ist die Jugend marschiert. Könnte sie heute noch so marschieren, wenn die Partei anders gehandelt hätte, als sie gehandelt hat? Wenn die Faschisten erklären: Wir machen selbst vor dem Kinde in der Wiege nicht halt, glaubt dann jemand, daß diese Banden ohne inneres Empfinden vor diesen Jungens und Mädels der Arbeiterjugend haltmachen würden, die politisch sind, indem sie sich mit der roten Fahne zu der Sozialdemokratie bekennen, (Sehr richtig!) Gewiß nimmt die Jugend die Parole mit Begeisterung auf: kämpfend sterben! Jeder, der der Jugend das sagt, ist ihres Beifalls sicher. Es bieten aber nicht alle die Garantie, mit uns zu sterben, wenn es heißt zu kämpfen. Hitler hat schon einmal seiner Bewegung den Beweis erbracht, daß er das Sterben anderen überläßt. Wir sind überzeugt, daß alle Genossen, die im Vordergrund der Partei stehen, ob Wels oder Breitscheid, ob Sollmann oder ein anderer, wenn es darauf ankäme, durch das Sterben einer Generation, der alten Generation, der jüngeren Generation die Existenz zu sichern, dazu bereit wären. Aber es ist ein Wahnsinn, als Generation zu sterben, nur damit die folgende noch elender lebt als die heutige.

Breitscheid hat für die Jugend Verständnis verlangt. Dafür bekam er Beifall. Aber als er die gleichen Pflichten verlangte, blieb es an einigen Stellen merklich still. Genau so erging es dem Genossen Nölting, als er in warmer Weise die gleichen Rechte, aber auch die gleichen Pflichten für die Jugend verlangt hat. Wenn das die Meinung der Jugend wäre, könnte uns vielleicht bange werden. Aber der Grundsatz des gewissenhaften Menschen, von zwei Pflichten die schwerere zu wählen, hat in der Jugend noch keinen Inflationswert. Aber ich bin überzeugt, daß die Jugend im Reiche ganz anders dazu steht. Das Recht auf Mitarbeit und Anerkennung wollen wir nicht umtaufen in einen Freibrief gegen alle Genossen, die in der Mehrheit des Parteitags stehen. Was glaubt ihr, mit den Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren machen zu können, die Karl Severing, Hermann Müller, Wissell, Wels, Breitscheid mit einer Abgeklärtheit ad acta legen, die verblüfft. Der Jugend nur diese Er-

kenntnis zu geben, ist sehr gefährlich. Wenn sich Redaktionen bilden, die Zeitschriften nur für Jugendliche herausgeben, in denen als erstes steht, daß die Sozialdemokratie nicht mehr gegen den Kapitalismus kämpfen wolle, wenn 35jährige Jugendliche erzählen, daß das Ideal ein Sowjet-Deutschland sein müsse, wohin soll das führen. Mit dieser Jugend werden Sie einmal Schiffbruch erleiden. Das ist ein gefährliches Spiel. Es könnte Ihnen einmal so gehen wie dem Hexenmeister, der die Geister nicht mehr los wurde, die er gerufen hatte. Es kommt einmal eine Stunde, in der für diese Genossen keine Steigerung mehr vorhanden ist. Nur so ist es zu verstehen, wenn sie von einem Extrem ins andere stürzen, daß heute ein Anhänger der Kommunisten morgen schon Standartenführer der Nationalsozialisten ist. (Sehr gut!)

Es nutzt nichts, wenn ihr uns versprecht, mit unserer Zunge zu reden. Wir sind als Jugend jedem dankbar, mag er Nölting oder Graf oder Sollmann heißen, wenn er uns aus seinen Erfahrungen etwas gibt, um die Stelle einzunehmen, die er heute noch einnimmt. Wir müssen uns aber dagegen wehren, daß ihr die Jugend und ihre Leistungen für irgendwelche besonderen politischen Tendenzen ausnutzt. Die SAJ. hat bei ihrer Gründung einen Schrei des jungen Schlosserlehrlings auf den Weg mitbekommen, der, von seinem Meister gefoltert, seinem Leben ein Ende machte, weil er nicht verstand, sich dagegen zu wehren und kein Staat und keine Behörde diesen Angst- und Notschrei dieses Jugendlichen ernst nahm. Diesen Schrei hat die Arbeiterjugend übernommen und hat sich zur Aufgabe gemacht: So wollen wir wenigstens, wenn wir es nicht ändern können, das Sprachrohr dieser gequälten proletarischen Jugend sein. (Sehr richtig!) Dieser Todesschrei ist für uns Wegweiser für unsere Arbeit, solange wir als Arbeiterjugend überhaupt existieren.

Ollenhauer hat die ganze Partei zur Mitarbeit aufgefordert. Genossen, nehmen Sie diesen Appell auf und geben Sie ihn weiter. Vor allen Dingen die Genossen, die ihre Kinder noch nicht bei uns haben, lassen Sie uns als Organisation nicht immer wieder von vorn anfangen. Geben Sie uns ihr Kind, das schon eine Ahnung von der gewaltigen Idee des Sozialismus hat, der uns schon immer stark gemacht hat. Sie, Genossen mit grauem Haar, haben den Bau begonnen. Andere in mittlerem Alter haben ihn fortgesetzt. Nehmen Sie das starke und ehrliche Bekenntnis der Jugend entgegen: Wir sind bereit, diesen gewaltigen Bau, durch den der Friede für die ganze Menschheit gesichert sein soll, mit zu vollenden. (Bravo! und Händeklatschen.)

Hierauf geht ein Antrag auf Schluß der Debatte von Schrader und Genossen ein.

Engelbert Graf (Leipzig), (zur Geschäftsordnung): Sowohl ich, wie der Geschäftsführer der Jungsozialisten, Genosse Stein, sind durch den Schlußantrag verhindert zu erklären, daß wir mit der Entwicklung der Jungsozialisten gelegentlich der Leipziger Jungsozialistenkonferenz nicht einverstanden gewesen sind und daß die Basis für die Verhandlungen mit dem Parteivorstand, die wir geschaffen zu haben glaubten, durch diese Leipziger Konferenz zerstört worden ist. Allerdings hat die jungsozialistische Leitung von heute auf wiederholtes Schreiben an den Parteivorstand in dieser Beziehung keine Antwort bekommen.

Hierauf beschließt der Parteitag den Schluß der Diskussion.

Referent **Erich Ollenhauer** (Schlußwort): Nachdem die Jugendlichen zum Schluß ihre Sache selbst vertreten haben, kann ich mich auf einige Bemerkungen gegenüber den Diskussionsrednern beschränken.

Der Genosse Dr. Löwenstein hat in einem Teil seiner Bemerkungen über die Politisierung der Jugend auch gegen meine Darstellung der Gefahren dieser Politisierung der Jugend leicht polemisiert. Nach meiner Auffassung haben wir uns als Sozialdemokratie und als sozialistische Jugend- und Erziehungsbewegung mit der Politisierung der Jugend abzufinden und mit ihr zu rechnen. Wir müssen auch dieser politisierten Jugend die Möglichkeit geben, ihre politischen Auffassungen und Wünsche zur Geltung zu bringen. Nicht richtig

ist es aber, die Politisierung der Jugend in allen ihren Formen rückhaltlos anzuerkennen. Ich halte es für keine gesunde Politisierung der Jugend, wenn die Kommunisten dazu übergehen, auf ihren Kongressen Kinderreden gegen die Sozialdemokratie halten zu lassen oder in den Wahlkämpfen die Kinder auf Lastautos zu stecken, damit sie in Sprechchören durch die Straßen rufen: Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten! Das ist eine ganz bedenkliche politische Verwilderung der Jugend und ein Verbrechern an den Kindern. Ich bin überzeugt, daß der Genosse Löwenstein das ebenso entschieden ablehnt. Nachdem er aber die Politisierung der Jugend begrüßt hat, möchte ich sagen, daß wir als Sozialisten damit nicht alle Formen der Politisierung der Jugend in der Gegenwart gutheißen können.

Ich muß noch eine weitere Einschränkung machen. Ich möchte bei der Jugend nicht den Eindruck entstehen lassen, als wenn ihre Politisierung sie ohne weiteres befähigte, in allen politischen Fragen mitzureden und mitzuentscheiden. Politisierung der Jugend und politische Reife sind durchaus zweierlei. Als wichtigste Aufgabe für uns sehe ich es an, von einer politisierten Jugend zu einer politisch reifen Jugend zu kommen. Das scheint mir die Erziehungsaufgabe der sozialistischen Erziehung der Jugend zu sein.

Der Genosse Kleineibst hat nicht zum Thema gesprochen, ich brauche deshalb auf ihn nicht einzugehen. Seine Rede erscheint mir aber ein Beweis dafür, daß ich die politischen Erziehungsaufgaben in der Partei zu eng gezogen habe, wenn ich nur von den Jungen gesprochen habe: es müssen auch manche ältere Genossen in den einfachsten politischen Grundbegriffen erst noch erzogen werden. (Sehr richtig! und Zurufe.)

Mit der These des Genossen Nölting bin ich einverstanden: Der Radikalismus der Jugend ist gut. Nicht einverstanden bin ich aber mit der Formulierung, die er geprägt hat: Wir sollen uns davor hüten, den Radikalismus der Jugend zu ersticken, indem wir ihr Funktionen geben. Ich bin vielmehr der Auffassung: Ein Radikalismus an sich, auch bei der Jugend, hat gar keinen Wert, wenn er sich nicht in der praktischen politischen Arbeit der Partei bewährt. (Sehr richtig!) Ich will, daß hier die Partei die Tore öffnet, um dieser radikalen, unbedingten Jugend, die vielleicht so sein muß, die praktische Möglichkeit zu geben, zu beweisen, daß hinter dem Radikalismus des Wortes bei ihr noch mehr steht, nämlich auch der Radikalismus der Tat. Das ist kein Abdrängen der Jugend, sondern damit geben wir ihr die größte Möglichkeit, die die Partei überhaupt geben kann.

Ein paar Worte zum Genossen Dietrich! Du kennst uns so gut, daß du ganz genau weißt, mit welcher Energie und in welchem Ausmaß wir gerade in der SAJ. pädagogische Arbeit leisten! Du weißt, wie oft wir in eurem Bezirk Konferenzen abgehalten und ehrlich mit den thüringischen Genossen gerungen haben wegen der Verschiedenheit der Auffassungen, du weißt, wie wir es immer ablehnten, wenn es sich um Jugendliche handelte, etwa durch organisatorische Maßnahmen einen Zwang auszuüben, sondern wie wir es immer als unser Ziel ansahen, pädagogisch zu wirken. Wir werden davon nicht abgehen, weil ich mit dir der Meinung bin, wir werden niemals die Spannung zwischen Jugend und Alter durch organisatorische Maßnahmen lösen. Aber darum geht es hier gar nicht.

Der Beschluß, der im Hintergrund deiner Rede steht, nämlich den Parteiorganisationen die Verpflichtung aufzuerlegen, sich um die Parteigenossen zu kümmern, die in der Jugendorganisation tätig sind, hat eine ganz andere Ursache. Ich will es einmal ganz offen sagen. Wir haben es in der Partei in den letzten Jahren erlebt, daß eine Reihe von Politikern, die in der Parteiorganisation nicht auf die Beine kamen, die Jugendorganisation als die Möglichkeit ansahen, ihre politische Auffassung durchzusetzen. Dazu ist die Sozialistische Arbeiterjugend nicht da, daß sie gewissermaßen zur Lehrwerkstätte für alle möglichen Anfänger im politischen Leben oder für Quernägel wird, die nirgends

in der Partei zu ihrer politischen Arbeit kommen. (Sehr richtig!) Deshalb sagen wir: Wenn ihr Parteigenossen uns ältere Funktionäre schickt, schickt uns nicht solche und überlaßt uns nicht die, die ihr in der politischen Arbeit nicht brauchen könnt, sondern schickt uns die Besten, die ihr habt. Wir brauchen in der Jugendorganisation Menschen, die pädagogische und politische Verantwortung haben. Weil nicht alle Parteiorganisationen diese Notwendigkeit von sich aus begriffen haben, die Jugendarbeit auch auf diesem Gebiet ernst zu nehmen, deshalb wurde beschlossen, ihr sollt euch um eure Parteigenossen kümmern. Ich möchte einmal den Parteigenossen sehen, der mit guten Gründen gegen eine solche Forderung angehen will!

Genosse Liebmann, Leipzig, hat gewünscht, daß in der Entschließung die Mitarbeit der jungen Parteigenossen noch näher präzisiert wird. Wenn die Entschließung in der Form angenommen wird, in der sie vorliegt, bildet sie einen großen Fortschritt bezüglich der Eingliederung der jungen Parteigenossen. Denn es heißt hier:

> Der Parteitag verpflichtet daher alle Organisationsgliederungen der Partei, jungen, befähigten Parteigenossen und -genossinnen, die sich durch ihre Tätigkeit das Vertrauen der Parteigenossen erworben haben, die Möglichkeit zu verantwortlicher Mitarbeit zu schaffen.

Das ist eine so weitgehende Verpflichtung, daß jede Einzelaufzählung eine Einschränkung wäre.

Ich möchte vorschlagen, den Zusatzantrag Weise Nummer 206, der dem Parteivorstand den Auftrag gibt, für die Werbung und Schulung der jungen Parteigenossen Richtlinien herauszugeben, dem Parteivorstand zu überweisen. Die Verpflichtung zu dieser Arbeit ist bereits durch die Entschließung ausgedrückt. Ich erkläre ausdrücklich, daß die Überweisung dieser Zusatzentschließung nicht bedeuten kann, daß in irgendeiner Form eine Neuauflage jungsozialistischer Gruppen geschaffen wird. Es kann sich nur darum handeln, den Parteiorganisationen für ihre Arbeit an jungen Parteigenossen Richtlinien zu geben.

Im übrigen sollen alle zu diesem Punkt in der Vorlage abgedruckten Anträge durch die Annahme der Entschließung 182 erledigt sein, weil diese Entschließung nach Durcharbeitung der Anträge zustandegekommen ist.

Ich bitte Sie, die Entschließung 182, die mit einem Aufruf an die gesamte Jugend beginnt und in ihrem zweiten Teil die praktischen Notwendigkeiten behandelt, einstimmig anzunehmen und damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Sozialdemokratie der jungen Generation Raum gewährt und daß sie der jungen Generation die Möglichkeit zur praktischen Arbeit schafft. Die Sozialdemokratie ruft die ganze junge Generation auf, in ihren Reihen für die Verwirklichung des Sozialismus zu kämpfen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Alexander Stein (Berlin), (persönliche Bemerkung): Da die Bemerkungen des Genossen Graf vielfach mißverstanden worden sind, erkläre ich, daß ich nicht die Absicht gehabt habe, für die Jungsozialisten zu sprechen, sondern allgemein zum Thema Jugend und Partei. Ich habe 4½ Jahre im Auftrag des Parteivorstandes die Geschäfte der Reichsleitung der Jungsozialisten geführt und die Interessen der Bewegung wahrgenommen. Ich muß es aber nach dem Verlauf der Reichskonferenz der Jungsozialisten in Leipzig ablehnen, für die jetzige Form der Bewegung einzutreten. (Hört! Hört!)

Robert Müller (Chemnitz), (zur Abstimmung): Genosse Ollenhauer hat zum Schluß aufgefordert, die Resolution einstimmig anzunehmen. Ich bitte deshalb um getrennte Abstimmung über den sechsten Absatz, weil die darin behandelte Frage bei der Jugend das allerstärkste Interesse findet und je nach der Abstimmung stärkste Erregung auslösen kann und die Spannung zwischen Jugend und Partei nicht beseitigt, sondern gefährdet.

Vorsitzender **Wels:** Die Resolution besteht aus zwei Teilen, von denen der erste die ideologische Seite der Jugendbewegung und die Stellung der Partei behandelt und der zweite die organisatorischen Maßnahmen. Das Ganze ist das Produkt wochenlanger Arbeit und ein einheitliches Ganzes; sie enthält die verschiedenen Auffassungen, die aus dem Lande in Form von Anträgen an uns gelangt sind. Die einzelnen Bezirke haben sich damit einverstanden erklärt, daß diese lose Form gewählt wird, die die Möglichkeit gibt, der Jugend zu ihrem Recht zu verhelfen unter Vermeidung eines bezirklichen oder reichseigenen Lebens einer jungsozialistischen Organisation. Andere Anträge wieder dringen in das eigentliche Wesensgebiet des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend ein, die ein selbständiges Gebilde mit der Partei darstellt. Deshalb hat der Referent gebeten, diese Anträge für erledigt zu erklären. Wir brauchen darüber eine Grenzkonfliktsdebatte auf dem Parteitag nicht zu führen, weil wir alle diese Fragen freundnachbarlichen Lebens durch unsere Dezernenten mit der Arbeiterjugend regeln. Die Hauptsache ist die Praxis. Daß wir das Beste wollen und nach einem einheitlichen Willen vorgehen, haben insbesondere die vier letzten Redner, die dem jugendlichen Alter angehören, dem Parteitag bewiesen.

Der Parteitag lehnt eine getrennte Abstimmung über Abs. 6 des Antrags Nr. 182 ab.

Hierauf wird die Resolution 182 mit übergroßer Mehrheit mit der Maßgabe angenommen, daß alle hierzu gestellten Anträge für erledigt erklärt werden mit Ausnahme des letzten Absatzes des Antrags 26.

Antrag 206 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 183 wird mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Vorsitzender **Wels** fordert zur Vornahme der Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission durch Abgabe der Stimmzettel an die Mandatsprüfungskommission auf.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Parteivorstandes

a) Allgemeines.

Berichterstatter: Max Westphal.

Referent **Westphal:** Genossinnen und Genossen! Ein altes Sprichwort heißt: Den letzten beißen die Hunde! Sie werden mir zugeben, daß es ein Zeichen von Mut ist, daß sich der Parteivorstand dieser Gefahr unbedenklich aussetzt. Ich verspreche Ihnen, meinen Bericht recht kurz zusammenzufassen, Sie müssen es mir aber nicht nachtragen, wenn ich nicht alles in dem Zusammenhang vortrage, den ich mir ursprünglich vorgenommen hatte.

Es ist im Laufe der bisherigen Referate und Debatten viel von der Arbeit und den Kämpfen der Partei in den vergangenen zwei Jahren gesprochen worden; trotzdem ist noch über einen erheblichen Rest zu berichten. Ich kann davon nur einen Teil erledigen, verweise aber, wie in früheren Jahren, auf die beiden Jahrbücher, die der Parteivorstand herausgegeben hat. Ich tue das besonders deshalb, weil wir den Eindruck haben, daß diese Jahrbücher des Parteivorstandes draußen im Lande immer noch nicht die genügende Beachtung finden. (Sehr wahr!) Sicher würden manche Entschließungen und manche Anträge nicht an den Parteitag kommen, wenn die Genossen in den Ortsgruppen sich aus den Jahrbüchern über die einzelnen politischen Vorgänge besser orientierten. (Sehr richtig!)

Wenn wir nur die wichtigsten Kämpfe, die wir in den vergangenen zwei Jahren geführt haben, uns vor Augen führen wollen, dann müssen wir die

Reichstagswahl, die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen, Baden, Braunschweig, Hessen, Lübeck und Mecklenburg-Schwerin, ferner die Gemeindewahlen in Hessen, Bayern und Preußen, wo sie mit den Provinzial- und Kreistagswahlen verbunden waren, erwähnen. Schließlich auch den Abwehrkampf gegen das Volksbegehren und den Volksentscheid über den Youngplan.

Schon diese Aufzählung erinnert uns daran, daß in den vergangenen zwei Jahren ein großer Teil der Partei ununterbrochen in schwierigen Kämpfen gestanden hat. Wir wissen alle, daß sich diese Kämpfe nach der Reichstagswahl von 1930 zu einem Dauerkampf gegen den Faschismus gesteigert haben, den wir noch heute führen und dessen Bedeutung in einem besonderen Referat gewürdigt worden ist.

Es ist uns in diesen Kämpfen gelungen, unsere politischen Positionen im großen und ganzen zu halten. Dieses Ergebnis befriedigt uns als ständig vorwärtsdrängende Partei nicht. Wenn wir uns aber die Umstände vor Augen stellen, unter denen wir diese Kämpfe durchführen mußten, dürfen wir doch sagen, daß wir mit diesem Ergebnis einigermaßen zufrieden sein können. Es ist für uns interessant, die Ergebnisse der Kämpfe einmal im Zusammenhang zu betrachten. Es zeigt sich dann, daß wir in allen Kämpfen, die vor der Reichstagswahl 1930 durchgeführt worden sind, im großen und ganzen recht gut abgeschnitten haben. Wir haben unsere Positionen bei den Landtagswahlen überall gehalten, zum Teil sogar verbessert; das Ergebnis der Landtagswahlkämpfe, die nach der Reichstagswahl 1930 stattfanden, ist jedoch im allgemeinen ungünstiger. Ich will die Zahlen nicht nennen, um nicht zu lang zu werden. Dasselbe Ergebnis ist bei den Kommunalwahlen festzustellen. Die Wahlen, die vor der Reichstagswahl 1930 stattgefunden haben, haben uns zum übergroßen Teil ganz erhebliche Erfolge gebracht. Nur eine Zahl! Wir haben bei den Kommunalwahlen des Jahres 1929 rund 8500 neue Mandate erobert. Bei den Wahlen, die nach der Reichstagswahl stattfanden, ist das Ergebnis weniger befriedigend. Danach ist der Umschwung der Stimmung in der Wählerschaft zugunsten der radikalen Parteien im Frühjahr 1930 erfolgt.

Das beweist auch die Entwicklung der radikalen Parteien selbst. Die Kommunisten haben bei den Wahlen von 1929 nur in ganz wenigen Fällen Erfolge erzielt. Sie erlitten bei den ersten Landtagswahlen in Sachsen sogar katastrophale Verluste. Erst die zweite Landtagswahl in Sachsen, die kurz vor der Reichstagswahl von 1930 stattfand, brachte die ersten Anzeichen eines Wiederaufstiegs. Die Nationalsozialisten sind allerdings seit der Reichstagswahl von 1928 stetiger gewachsen, aber von dem stürmischen Aufschwung, der später zu verzeichnen war, ist damals noch nichts zu merken gewesen. Ich erinnere an den Ausgang der Kämpfe um den Volksentscheid und an den Ausgang des Volksbegehrens um den Youngplan, der die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen auf das schwerste enttäuscht hat.

Wenn man sich fragt, aus welchem Grunde gerade im Frühjahr der Umschwung erfolgte, dann müssen wir uns daran erinnern, daß die Hoffnungen auf eine Belebung der Wirtschaft gerade damals enttäuscht wurden, daß sich im Gegenteil zeigte: die Wirtschaftskrise verstärkt sich fortgesetzt. Daher mußte sich in vielen Tausenden von Köpfen der Gedanke festsetzen: du wirst nicht wieder in den Arbeitsprozeß kommen, du wirst ein für allemal durch die Maschine verdrängt bleiben. Das zweite Moment ist sicher die Enttäuschung darüber, daß sich die Hoffnungen, die sich auf die Annahme des Youngplans aufbauten, daß es nämlich möglich sein würde, die Finanznot im Reiche zu beheben, nicht erfüllt haben. Das Reichskassendefizit wurde infolge der Wirtschaftskrise immer größer. Die Ersparnisse aus dem Youngplan haben nicht einmal ausgereicht, dieses Defizit zu decken. Darauf ist zurückzuführen, daß die Propaganda für Radikallösungen viel stärker Gehör fand als vorher.

Ich möchte noch ein paar Worte zu der Frage sagen, die in der letzten Zeit öfter aufgeworfen worden ist: warum ist es gerade unserer Partei, die doch mit

Recht beanspruchen darf, die beste Vorkämpferin der Notleidenden zu sein, nicht gelungen, in dieser Notzeit mehr für ihren Aufschwung zu tun? Es gibt Genossen, die sich die Antwort auf diese Frage sehr leicht machen, indem sie sagen: die Partei hat eben eine falsche Politik getrieben, sie hat nicht den genügenden Kampfwillen gezeigt und dadurch verschuldet, daß ein Zuwachs an Vertrauen bei den Wählern nicht eingetreten ist. Ich will mich über die Vorwürfe gegen unsere Politik nicht verbreiten. Die Frage ist in den vergangenen Debatten geklärt und entschieden worden. Ich möchte aber noch auf einige andere Dinge hinweisen. Ich möchte die Erklärung schon deshalb anzweifeln, weil feststeht, daß wir zwar an Wählerstimmen verloren haben, daß aber die Zahl unserer Mitglieder, das heißt die Zahl derer, die sich dauernd an uns binden, in dieser Zeit größer geworden ist. Die Gründe müssen also tiefer liegen. Sie liegen sicher in der Hauptsache mit in der großen Krise, die uns daran hindert, neue große Erfolge zu erringen, mehr von unseren Forderungen durchzusetzen und damit neue Anhänger um unsere Fahne zu sammeln. Die Kampfkraft unserer Organisation ist um einiges gehemmt. Ich verweise Sie da auf die Statistik, die uns über die Erfolge der Gewerkschaftskämpfe Auskunft gibt. Im Jahre 1928 haben die Gewerkschaften 763 Streiks geführt, im Jahre 1929 nur noch 441 und im Jahre 1930 nur noch 340. Die Zahl der Streiktage sank in diesen drei Jahren von 19½ Millionen auf weniger als 3½ Millionen. Welches war die Ursache? Vor allem die Tatsache, daß die Streiks infolge der ansteigenden Krise in wachsendem Maße erfolglos wurden. Im Jahre 1928 gingen von der großen Zahl der Streiks noch nicht 4 Prozent völlig erfolglos aus, im Jahre 1929 aber schon 31 Prozent und im Jahre 1930 gar 66 Prozent. Daraus geht hervor, daß die Möglichkeit, etwas für die Arbeiter herauszuholen, durch die Krise stark eingeschränkt wurde. Niemand wird die Behauptung aufnehmen wollen, daß sich hier ein Mangel an Kampfwillen gezeigt habe, sondern jeder von uns denkt daran, daß nahezu fünf Millionen Arbeitslose vorhanden waren, die die Möglichkeiten für das Gelingen eines Streiks sehr herabgesetzt haben.

Auch die parlamentarische Kampfkraft der Partei ist um einiges geschmälert worden. Ich glaube, es dürfte kaum jemand da sein, der nicht mit uns der Auffassung ist, daß die Partei im Reichstag, aber auch in den Länderparlamenten alles getan hat, um die sozialen Interessen des arbeitenden Volkes zu schützen. Die Fraktionsberichte im Jahrbuch geben darüber genügend Auskunft. Aber alle diese Kämpfe waren im wesentlichen Verteidigungskämpfe. Wir mußten uns darauf beschränken, das bisher Erkämpfte zu erhalten. Das hat natürlich alle diejenigen, die politisch von der Hand in den Mund leben, die immer sofort große Erfolge sehen wollen, nicht befriedigt, zumal es ja soviel andere politische Gruppen gibt, die in dieser Notzeit ungeheuerlich größere Versprechungen machen, als wir es tun können. (Sehr wahr!) Wir dürfen doch bei der Beurteilung der Arbeit unserer Partei nicht vergessen, daß der Kampf um die Massen in der Republik ganz anders geführt wird als in dem kaiserlichen Obrigkeitsstaat. Früher brauchte man die Massen nicht, früher hat die ganze staatsrechtliche Konstruktion den herrschenden Schichten die Herrschaft gesichert. In der Demokratie dagegen sind diese Konstruktionen gefallen, sind alle Privilegien beseitigt. Wer die Macht haben will, muß sich um die Massen kümmern. Deshalb haben wir jetzt das gewaltige Anwachsen der Demagogie im politischen Kampfe zu beobachten.

Weiter muß aber auch beachtet werden, daß wir uns, wie schon Genosse Tarnow sagte, nicht bereit finden können, den notleidenden Schichten, insbesondere den Arbeitslosen, Versprechungen zu machen, von denen wir selbst überzeugt sind, daß sie nicht erfüllt werden können. Wir dürfen nicht erklären: wir haben ein Radikalmittel; wenn ihr uns folgt, ist euch sofort geholfen! Wir können uns nicht rein agitatorisch einstellen. So sehr wir wünschen, neue Anhängermassen zu gewinnen, ebenso sehr müssen wir eine Politik vertreten, die nach unserer Überzeugung in Wahrheit zur Erleichterung der Situation führt.

Ich möchte auch einige Worte über den Wandel in der Stellung der Sozialdemokratie sagen, der sich in der Nachkriegszeit vollzogen hat. Wir dürfen bei der Beurteilung der Gesamtarbeit in der Partei nie vergessen, daß wir heute nicht mehr von aller Mitverwaltung ausgeschlossen sind, wie es noch in der Vorkriegszeit der Fall war, sondern daß wir heute einen großen Teil der Verwaltungsarbeit mit zu verantworten haben. Welche Last von Verantwortung auf uns ruht, zeigen schon folgende Zahlen: Wir haben jetzt in Deutschland in über 1300 Stadt- und Gemeindeverwaltungen die absolute Mehrheit. In Hunderten von Orten haben wir eine ausschlaggebende Stellung. Ein großer Teil der Bürgermeister in Deutschland sind Sozialdemokraten. (Hört! Hört!) Sozialdemokratische Bürgermeister gab es früher ebensowenig wie sozialdemokratische Mehrheiten. Es wäre verlockend, an die Verhältnisse unter dem Dreiklassenwahlrecht zu erinnern. Ich nehme jedoch an, daß die meisten von Ihnen darüber orientiert sind. Durch diese Entwicklung in die Verantwortung hinein ist natürlich eine gewisse Hemmung unserer Agitationskraft eingetreten, aber trotzdem glaube ich nicht, daß jemand in diesem Saale ist, der der Auffassung wäre, wir sollten deshalb die einmal errungenen Positionen wieder aufgeben. Denn wir alle wissen, daß diese Positionen von uns nicht etwa aus einem, uns von unseren Gegnern oft nachgesagten Drange nach der „Futterkrippe" eingenommen wurden, sondern einfach deshalb, weil wir auf diese Weise dem arbeitenden Volke in der Gegenwart und für die Zukunft helfen wollen. In der Gegenwart brauchen wir diese Positionen zum Schutze der Arbeiterinteressen, und für die Zukunft sind sie uns Bastionen, von denen aus wir weitere Erfolge erkämpfen wollen.

Wie man gerade gegen diese Positionen der Sozialdemokratie anrennt, möchte ich Ihnen an einem Beispiel zeigen. Es wird immer wieder behauptet, wir hätten früher alles mögliche versprochen und erfüllten davon heute nichts. Was wir alles versprochen haben sollen, zeigt eine weitverbreitete Flugschrift mit der Überschrift: Totgeschwiegene Wahrheiten, Sünden der Sozialdemokratie! Danach hätten wir sogar Paradiesbetten, eigene Autos und Flugzeuge versprochen. (Heiterkeit.) Heute hätten wir nach dieser Flugschrift die armen Arbeiter um diese Versprechungen betrogen. Demgegenüber können wir immer nur feststellen, daß wir mit aller Kraft bestrebt waren, herauszuholen, was irgend herauszuholen war. Wenn uns das in den letzten Jahren nicht immer gelungen ist, dann liegt das nicht etwa an einem Mangel an Entschlossenheit, sondern daran, daß uns eine Übermacht antisozialistischer Parteien gegenüberstand, die wir bisher nicht überwinden konnten, weil gerade aus den Schichten, für deren Interessen wir kämpfen, immer noch zu viele den uns feindlichen Parteien folgen.

An dieser Stelle möchte ich ein paar Worte über das Korruptionsgeschrei sagen. Wir wissen, daß damit in den vergangenen Jahren eine besondere Hetze gegen die Sozialdemokratie getrieben worden ist.

Ich möchte das zum Anlaß nehmen, um festzustellen, daß wir immer waren und sein werden die schärfsten Kämpfer gegen jede Korruption, wo sie sich auch breit macht, daß wir unseren Genossinnen und Genossen, die in Stellungen des öffentlichen Lebens einrücken, zur Pflicht machen, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um jede Korruptionserscheinung zu verhindern. Wir sind der Auffassung, daß ein Sozialdemokrat selbstverständlich nicht in ein solch hohes Amt kommt, um sich Reichtümer zu erwerben, sondern daß er auf den Posten gestellt wird, um für die Interessen des ganzen arbeitenden Volkes zu wirken. Wir sagen unseren Genossen in diesen Ämtern, daß sie auf dem Gebiet der Repräsentation alles, was notwendig ist, erfüllen sollen; aber in den Grenzen, die die Zeit und die unsere sozialdemokratischen Anschauungen setzen. Wenn das geschieht, dann wird das Geschrei gegen die Sozialdemokratie wirkungslos bleiben. Stolz und freudig bekennt sich doch immer wieder das arbeitende Volk zu denen, die im Geiste der Sozialdemokratie arbeiten, die sich stets bewußt sind,

daß sie Verpflichtungen für die Gesamtheit übernommen haben, aber daß sie diese Verpflichtungen als Vertrauensmänner des sozialdemokratischen Volksteiles erfüllen. (Sehr richtig!) Das Bewußtsein, Vertrauensmänner dieses sozialdemokratischen Volksteiles zu sein, ist unser aller Stolz und unsere Ehre; nichts soll uns höher stehen.

Wir haben in den vergangenen Jahren zu verzeichnen gehabt, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie mit einem geradezu leidenschaftlichen Eifer geführt wurde, daß man bestrebt gewesen ist, den Marxismus, die Sozialdemokratie für alle Nöte verantwortlich zu machen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn unsere Gegner diese Zeit benutzen wollten, um mit aller Kraft den Versuch zu machen, der Sozialdemokratie den Todesstoß zu versetzen.

Die Gegner haben diesen Kampf mit einer leider der unseren immer noch weit überlegenen Presse, mit einer Unzahl von Flugblättern und Broschüren, mit Versammlungen usw. geführt. Vom Roman „Der Bonze" bis zur Schaffung von Hundestaffeln wie in Nürnberg ist den Leuten kein Mittel zu schlecht. In den vergangenen Jahren ist ein starkes Anwachsen der Verrohung des politischen Kampfes festzustellen. Könnte ich das an vielen Einzelheiten näher erläutern, würde jeder diese Verrohung des politischen Kampfes zugeben und erklären müssen: in dieser Beziehung steht Deutschland wirklich über allem in der Welt! (Sehr wahr!) Unzählige Beleidigungs- und Verleumdungsprozesse zeigen, mit welcher niederträchtigen Gewissenlosigkeit versucht wird, die Ehre und das Ansehen Andersdenkender zu beschmutzen. Zaunlatten, Stuhlbeine, Biergläser, Revolver und Schlagringe sind die Mittel geworden, im politischen Kampf den Gegner zu belehren und zu bekehren. Die politische Tobsucht hat sich ja bis in die Parlamente hinein erstreckt und dort zu oftmals beschämenden und häßlichen Szenen geführt. Heimtückische Mordüberfälle sind keine Seltenheit mehr, und wenn man seine Tollwut damit noch nicht befriedigt hatte, dann hat man auch den Toten noch nicht einmal ihre Ruhe gelassen. Nach einer Feststellung des Reichsinnenministers sind im vergangenen Jahr über hundert Fälle von Friedhofsschändungen aus politischen Motiven vorgekommen. (Hört! Hört!) Es ist kein Zweifel, daß das Maß der Gemeinheit in der Kampfesweise zunimmt, je nationalistischer sich eine Bewegung gebärdet. (Lebhafte Zustimmung.) Damit ist schon ausgesprochen, daß die Nationalsozialisten die Spitzenleistungen vollbracht haben. Aber der „Stahlhelm" steht ihnen würdig zur Seite. Er ist für ewig mit der Schmach belastet, mit Fälschungen seinen Kampf gegen das angeblich rote Preußen geführt zu haben. Alle eidesstattlichen Versicherungen können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß er solche Fälschungen gebraucht hat, und er hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn man bei allem Beweismaterial, das er in Zukunft vorlegt, immer erst mißtrauisch fragt, ob es nicht auch „in Hamburg gedruckt" worden ist. (Sehr gut!) Damit will ich selbstverständlich nichts gegen meine Vaterstadt Hamburg gesagt haben (Heiterkeit); aber die Tatsache steht fest, daß das gefälschte Dokument, mit dem der Stahlhelm seine Position zuletzt zu verteidigen versuchte, in Hamburg gedruckt wurde.

Mit dieser Feststellung will ich keinesfalls die Dreckschleuderleistungen der Kommunisten irgendwie verkleinern. Es soll ihnen vielmehr bestätigt werden, daß sie in diesem Kampf um diese Siegespalme die stärksten Konkurrenten der Nationalsozialisten sind. (Sehr wahr!) An dieser Stelle sei nur daran erinnert, daß die kommunistische Jugend auf ihrem Jugendtag in Frankfurt a. M. neben Stalin und Thälmann den von den Nationalsozialisten übergetretenen Leutnant Scheringer, der noch vor wenigen Wochen bereit war — um in der Redeweise der Kommunisten zu sprechen — das arbeitende Volk abzuschlachten, zum Ehrenpräsidenten des Jugendtages gemacht hat (Hört! Hört!), daß aber auf demselben Jugendtage im Rahmen einer sogen. Revue das Begräbnis unseres Genossen Hermann Müller in einer schamlosen und gemeinen Weise glossiert wurde. (Entrüstete Rufe: Pfui!) Es genügt, wenn ich noch hinzufüge,

daß man wohl berechtigt zu der Auffassung ist, daß im Kampfe gegen die Sozialdemokratie der „Völkische Beobachter" und die „Rote Fahne" eine gemeinsame Redaktion haben. (Sehr wahr!)

Es versteht sich, daß wir uns dieser Hetze mit allen Kräften entgegengeworfen haben. Ich verweise auf den Bericht unserer Werbeabteilung und auch auf die Ausstellung hier im Volkshaus. Wir haben es stets abgelehnt, uns in unserem Abwehrkampf auf das Niveau zu begeben, das unsere Gegner beliebten. Uns steht unser Ideal viel zu hoch, als daß wir mit solchen Schmutzereien kämpfen wollten. Wenn überhaupt wieder einmal in den Kreisen unserer Gegner die Besinnung Einzug halten wird, so wird man mit Scham und Schande an diese Zeit zurückdenken, in der die „rauhen Kämpfer" oder mit einem anderen Wort, das bei den Nationalsozialisten ja auch beliebt ist, „der innere Schweinehund", Orgien gefeiert haben.

Die völkische nationalsozialistische Bewegung ist es auch gewesen, die in den vergangenen Jahren in viel stärkerem Maße, als es jemals vorher der Fall war, versucht hat, den politischen Kampf mit den Mitteln der Gewalt zu führen. Ich erinnere an die Serien der Bombenattentate in Schleswig-Holstein, Hannover und Berlin. Ich erinnere an die Redewendung „vom Köpferollen" und viele andere Dinge. Ich erinnere auch daran, daß damals, als diese Bombenattentate sich abspielten, Herr Goebbels sich darüber lustig gemacht und gesagt hat: „Wenn wir erst einmal anfangen, dann werden nicht bloß diese Margarinekisten platzen, sondern dann wird es ganz anders krachen." Genosse Schifrin hat in der „Gesellschaft" einmal dargelegt, daß der Faschismus den Versuch gemacht hat, in diesen Jahren den Belagerungszustand über die Arbeiterklasse zu verhängen, schon bevor die Macht errungen ist.

Das ist eine treffende Kennzeichnung der Situation, in der sich in den Kreisen unserer Partei der Wille bemerkbar machte, neue Abwehrorganisationen zu schaffen. Oftmals ist von uns zum Ausdruck gebracht worden, daß wir gewillt sind, den Kampf für unser Ziel solange wie irgend möglich mit friedlichen Mitteln zu führen, daß wir aber demjenigen, der uns mit Gewalt entgegentritt, auch mit Gewalt zu antworten bereit sind. (Sehr richtig!) Gerade weil wir dieser Meinung sind, halten wir es aber auch für notwendig, wenn es zum Äußersten kommt, eine geschlossene Abwehrmacht zu haben und keine in vielerlei Teile zersplitterte Organisation. (Zustimmung.) Ich will die Debatte, die damals um diese Formationen geführt wurde, nicht wieder aufrollen, sondern nur feststellen, daß die Anschauung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, in dieser Situation komme es in erster Linie auf die Stärkung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold an, sich durchaus durchgesetzt hat. (Lebhafter Beifall.) Die Folgezeit hat uns gelehrt, daß diese Parole als durchaus richtig erkannt wurde und daß dort, wo sich in den Kreisen unserer älteren Parteigenossen dennoch Abwehrorganisationen gebildet hatten, diese erfreulicherweise mit der Reichsbannerleitung eng zusammenarbeiten. Wir haben allen Anlaß, den Kameraden im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die uns in den Kämpfen gegen den Faschismus in den vergangenen Jahren ihre Unterstützung geliehen haben, unseren herzlichsten Dank auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung). Wenn heute bei den Nationalsozialisten ein förmlicher Legalitätsfanatismus ausgebrochen ist, wenn Hitler Eide über Eide schwört, daß seine Bewegung mit legalen Mitteln zum Ziele kommen wolle, wenn jetzt Goebbels seine Broschüren, in denen er wie ein dummer Narr seine blutrünstigen Revolutionsphantasien zum besten gegeben hat, einstampfen läßt, so ist das gewiß zurückzuführen auf den Versuch, sich koalitionsreif zu zeigen oder zu machen. Aber es ist auch zurückzuführen auf die gewaltige Mobilmachung in unseren eigenen Reihen, auf den Aufmarsch unserer Reichsbannerkameraden, auf den gewaltigen Gegenstoß, den unsere Partei in den letzten Monaten gegen den Faschismus durchgeführt hat.

Ich wollte diesen Worten noch einige Ausführungen über die Notverordnung zur Bekämpfung des politischen Rowdytums anfügen; nachdem aber dieser Punkt

beim Bericht der Reichstagsfraktion bereits erledigt ist, kann ich mir das sparen.

Die Aufgabe unserer Parteiorganisation ist Festigung unseres Bestandes und Verstärkung unserer Anhängerschaft. Diese Aufgabe brauchen wir nicht erst jetzt der Partei zu stellen, sondern die Partei hat sie längst in Angriff genommen. Die näheren Einzelheiten darüber wird der Organisationsbericht des Genossen Bartels geben. Was wir aber wünschen müssen, ist, daß diese Mobilisierung unserer Kräfte mit noch viel größerer Einheitlichkeit durchgeführt wird, als es bisher schon der Fall ist. (Sehr richtig!) Für jeden von uns ist wohl verständlich, daß in der Lage, in der die Partei sich in den letzten Monaten befand, Meinungsverschiedenheiten leichter auftreten konnten als in ruhigeren Zeiten. Aber so erklärlich das ist, so selbstverständlich sollte es doch auch sein, daß die Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten keinesfalls die Kampfkraft, die Werbekraft der Partei auch nur im geringsten einschränken darf (Zustimmung). Wir müssen aber leider sagen, daß diese Selbstverständlichkeit nicht von allen Mitgliedern der Partei anerkannt und noch viel weniger nach ihr gehandelt wird. (Sehr wahr!) Diese Worte sind nicht gegen diejenigen gerichtet, die in diesem oder jenem Punkte oppositionell eingestellt sind. Ich werde die Fälle, die ich im Auge habe, konkret darlegen, und ich möchte wissen, ob auf dem Parteitage auch nur einer anwesend ist, der nicht mit uns diese Dinge auf das entschiedenste verurteilt.

Ich habe davon gesprochen, daß wir uns über Mangel an Verleumdungen und Beschimpfungen bisher nicht zu beklagen haben. Deshalb müßte es doch die Aufgabe jedes einzelnen Parteigenossen, aber auch aller Organe, die irgendwie mit der Partei in Zusammenhang stehen, sein, jeder Verleumdung unserer Partei oder ihrer führenden Genossen energisch entgegenzutreten. (Sehr wahr!) Um nur eines anzuführen, so halte ich es nicht für in der Ordnung, wenn der „Klassenkampf" sich zur Verbreitung durchaus unbewiesener Behauptungen gegen führende Genossen zur Verfügung stellt. (Zustimmung). Bei einer volksparteilichen Veranstaltung in Berlin ist von einem der Redner gesagt worden, daß Ebert ihm einmal erklärt habe: „In Deutschland wird es erst besser werden, wenn hundert oder tausend Parteisekretäre des Landes verwiesen werden." Diese Tatsache wird dem „Klassenkampf" mitgeteilt, und er gibt sie wieder und schreibt darunter folgende zwei Zeilen: „Ob Ebert diesen Ausspruch wirklich getan hat, können wir Ihnen leider nicht sagen." (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Hier macht man sich zum Mithelfer der Verbreitung von unbewiesenen Kränkungen und Verleumdungen.

Ich habe ein weiteres Beispiel zu nennen. Genosse Ziegler hat in der Parteipresse, allerdings nur in ein paar Zeitungen, einen Artikel „Proletarischer Klassenkampf oder opportunistische Flaumacherei" veröffentlicht. Darin schreibt er:

> Die Panzerkreuzerfrage zeigt blitzlichtartig, mit welcher schroffen Schwenkung die Fraktion einen bürgerlich-kapitalistisch-imperialistischen Kurs unter Außerachtlassung des Parteiwillens einzuschlagen gedenkt.

(Hört! Hört!) Wenn ein Reichstagsabgeordneter unserer Partei unserer Fraktion öffentlich nachsagt, daß sie einen bürgerlich-kapitalistisch-imperialistischen Kurs einschlägt, was sollen wir dann von den Völkischen, von den Kommunisten und von anderen erwarten? (Lebhafte Zustimmung und Rufe: Parteischädigendes Verhalten!)

Ich habe noch ein weiteres Beispiel für Dinge, die nach meiner Überzeugung jeder verurteilen muß; dieses Beispiel stammt aus der „Plauener Volkszeitung", bei der es ja schon ein hoher Feiertag sein muß, wenn man überhaupt etwas wie Anerkennung der Arbeit und der Politik der Partei finden will. (Sehr wahr!) Die „Plauener Volkszeitung" schreibt z. B. am 21. April:

Herr Brüning weiß doch, wie man eine grollende Sozialdemokratie kirre machen kann.
(Hört! Hört!)
Er braucht nur mit seinem oder Hindenburgs Rücktritt zu drohen, dann wird der Vorstand der Reichstagsfraktion wieder sanft wie eine Taube.

Auch das ist eine böswillige Herabsetzung, Verächtlichmachung unserer Partei und ihrer Arbeit. Wenn man derartige Dinge in der Presse unserer Gegner findet, wundert man sich nicht, aber in unseren eigenen Zeitungen so etwas gegen die Partei zu schreiben, geht doch über die Hutschnur. (Lebhafte Zustimmung). Solche Dinge haben mit sachlicher, parteigenössischer Kritik nichts zu tun. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Es sind Schmähungen gegen die Partei, die um so schwerer wiegen, als aus den Kreisen derselben Genossen auch auf diesem Parteitag gefordert worden ist, daß man sich zu Sowjet-Rußland sachlicher und zurückhaltender einstellen soll. (Wiederholte lebhafte Zustimmung.)

Ich kann es auch nur als durchaus unerfreulich bezeichnen, wenn Genosse Walter Fabian es zu seiner Aufgabe gemacht hat, eine Korrespondenz zu schaffen, die eigentlich nur dem Zwecke dient, alles, was irgendwo gegen die Sozialdemokratie geschrieben wird, nur ja recht weit zu verbreiten. Ich habe hier die Nummer, in der diese „Sozialistische Information" einen Teil aus einem Artikel weiterverbreitet, der in einer Genfer Zeitung erschienen ist und in dem es heißt:

> Es handelt sich eindeutig um eine bürgerlich-kapitalistische Diktatur. Getreu ihrer Taktik der Zusammenarbeit der Regierung um jeden Preis erklären uns die deutschen Regierungssozialisten, daß es kein anderes Mittel gebe, um die „demokratische Republik" (?) zu retten. Um diese „demokratische Republik" zu retten, errichtet man diese Diktatur und legt die Regierungsgewalt in die Hände eines Feldmarschalls, der ein treuer Diener der Monarchie ist, und eines Kanzlers, dessen Politik durch die römische Kirche bestimmt wird. Wenn die Situation nicht für Millionen ehrlicher deutscher Arbeiter so tragisch wäre, müßte man die belustigendste aller Komödien schreiben, und die Hauptpersonen wären die Führer der deutschen Regierungssozialisten und ihre Polizeipräsidenten.

(Hört! Hört!) Das erscheint in der Schweiz, ist aber für Genossen Fabian wichtig genug, es noch einmal zu drucken, um es möglichst weit zu verbreiten. (Erneute Rufe: Hört! Hört!)

Ein offen parteifeindliches Unternehmen aber ist der sogen. „Rote Kämpfer", der in Köln erscheint. (Sehr richtig!) Die verantwortlichen Redakteure dieses Blattes wechseln sehr oft. Vom Dezember 1930 bis April 1931 ist ein dreimaliger Wechsel in der verantwortlichen Redaktion eingetreten. (Hört! Hört!) Zuerst war verantwortlicher Redakteur ein gewisser Franz Ostermann. Dann holte man sich Willi Lindner und Hans Seekatz. Vom 6. April ab zeichnet Josef Prenner (Köln), verantwortlich. Schon das gibt zum Nachdenken Anlaß. Lindner war bis 1928 Mitglied der KPD. und hat als Gewerkschaftsoppositioneller eine Rolle gespielt. Wenn man die literarischen Darbietungen dieser Zeitschrift liest, fragt man sich, warum der Mann eigentlich zu uns gekommen ist. Die Antwort liegt allerdings auf der Hand. Er ist zu uns gekommen, um den Kampf, den er als Kommunist gegen uns geführt hat, innerhalb der Partei weiterzuführen. (Sehr richtig!) In diesem Blatt wird z. B. den Parteizeitungen offen der Vorwurf gemacht, daß sie die Arbeiter absichtlich hindern, ihre Lage zu erkennen. Es wird weiter erklärt, daß es in der Partei doch noch einige Genossen gibt, die der Sache des Proletariats und dem Sozialismus treu geblieben sind. Wer damit gemeint ist, ist allerdings nicht klar zu erkennen; denn sogar an die Genossen Seydewitz und Rosenfeld wird die Frage gestellt, was sie getan hätten, um die Revolutionierung der Partei durchzusetzen. Die Leute, die diese Zeitung herausgeben, fordern ganz offen die Fortsetzung der

Haltung der Neun im Reichstag und proklamieren damit nach meiner Meinung die Parteispaltung. (Sehr richtig!)

In einem Blatt wird auch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Kommunisten kritisiert, weil sie die revolutionären Kräfte aus den Gewerkschaften herausgezogen hat, und es wird dann dazu aufgefordert, von neuem linke Fraktionen in den Gewerkschaften zu gründen. (Hört! Hört!) Jeder, der dieses Blatt einmal in die Finger bekommen hat, muß zugeben, daß in ihm offen für die Spaltung der Partei gearbeitet wird.

Ich bezweifle, daß alle Mitarbeiter dieser Zeitung Mitglieder der Partei sind. Ich bin vor allen Dingen zu diesem Zweifel berechtigt, weil alle Artikel anonym erscheinen. Es ist ein Armutszeugnis für diese Klassenkämpfer, daß sie schon in den Meinungskämpfen nicht mehr den Mut haben, mit offenem Visier zu kämpfen. Wir können und wollen uns diese Treibereien, wie sie in dem Machwerk, dem „Roten Kämpfer", zum Ausdruck kommen, nicht länger gefallen lassen. (Bravo!) Wir sind vor dem Parteitag nicht eingeschritten, um auch den leisesten Anschein einer Einschränkung der Meinungsfreiheit zu vermeiden. Der Parteitag stimmt aber wohl mit uns überein, daß dieses Treiben jetzt nicht mehr fortgesetzt werden kann und dagegen energisch eingeschritten werden muß. (Zustimmung.) Es muß besonders deswegen vorgegangen werden, weil diese Leute versuchen, unter der Jugend Anhänger zu gewinnen und Einfluß auszuüben.

In einer Auseinandersetzung zwischen den Genossen Petrich und Schiff hat der Genosse Petrich gesagt, daß er der Meinung sei, man müsse annehmen, die Liebe zur Partei sei von vornherein in der Jugend vorhanden. Diese Auffassung ist zu optimistisch. Die Zahl der Familien, in denen die Kinder von vornherein zur Achtung und Liebe zur Partei und zum Sozialismus erzogen werden, ist immer noch viel zu gering. (Sehr richtig!) Auf den Arbeitsplätzen, wo die jungen Menschen stehen, tobt ein heißer Meinungskampf um die politische Linie. Kommunisten poussieren die Unorganisierten und adeln sie noch als Revolutionäre. Solche Leute, die früher in der Arbeiterbewegung nicht für voll gegolten haben, werden von den Kommunisten sogar zu Führern großer Streiks bestimmt. Alles dies wirkt auf die Kampfmoral der arbeitenden Jugend sehr schlecht ein und beweist uns, daß wir diese Dinge nicht so leicht nehmen dürfen, daß wir stärker als früher um das Vertrauen der Jugend kämpfen müssen.

Ich will das deswegen noch hervorgehoben haben, weil die Kritik an der Partei in neuerer Zeit auch im großen organisiert wird. Ich denke da an die Marxistische Buchgemeinschaft, die von den Herausgebern des „Klassenkampf" aufgezogen worden ist. Ich will mich mit der Buchnummer 2 der Marxistischen Buchgemeinschaft nur kurz beschäftigen, die sich die Aufgabe gesetzt hat, das Organisationsproblem im Klassenkampf zu untersuchen und die Reformbedürftigkeit unserer Organisation festzustellen und Vorschläge für einen neuen Organisationsaufbau oder eine Reform geben will. Ich sehe keinen Anlaß, mich mit den Dingen im einzelnen auseinanderzusetzen und verweise nur deshalb auf dieses Buch, weil ich der Auffassung bin, daß mindestens der Beitrag des Genossen Bieligk die Verantwortung gegenüber der Partei völlig außer acht läßt. Nur ein Zitat:

> Die Verschärfung des Klassenkampfes, die Verstärkung der Angriffe der Bourgeoisie, das Versagen der reformistischen Politik, die die Arbeiterschaft innerhalb eines Jahrzehnts von Niederlage zu Niederlage geführt hat (Rufe: Hört! Hört! und Pfui!), begünstigen diese Flucht der Arbeiterschaft aus der Politik.

Ich könnte noch eine Reihe von Zitaten ähnlichen Kalibers bringen, aber es widerstrebt einem direkt, darauf in der Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Wie soll man das auffassen? Ist das noch die Absicht, für die Partei zu werben,

Liebe und Vertrauen zur Partei zu erwecken, wenn man ihr bescheinigt, sie habe das Arbeitsvolk von Niederlage zu Niederlage geführt! (Rufe: Unerhört!) Es ist beinahe schwer, in einer kommunistischen oder nationalsozialistischen Zeitschrift so schwere Vorwürfe gegen die Partei zu finden wie in diesem Buch, das von Parteigenossen für Parteigenossen herausgegeben wird. Das ist es, was ich mit meinen Ausführungen geißeln wollte. Ich bin der Hoffnung, daß wir alle darin einig sind, daß solche Dinge, die man nicht mehr Entgleisungen nennen kann, sondern in denen man eine ganz bestimmte Absicht zu sehen versucht ist (Sehr richtig!), ausgeschaltet werden müssen und nicht mehr vorkommen dürfen.

Unsere Aufgabe ist, die Arbeitermassen zu mobilisieren, die Aktivierung fortzusetzen. Die Kämpfe werden nicht leichter, nicht weniger, sondern wahrscheinlich schwieriger und zahlreicher. Wir werden uns dem Faschismus weiterhin mit aller Kraft entgegenstellen müssen, aber auch den Kommunisten. (Bravo! und Händeklatschen.)

In den Zeitungen ist in letzter Zeit viel von Straßenkämpfen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten berichtet worden. Aber in diesen Straßenkämpfen ist nicht etwa die Hauptfront gegen den Faschismus in Erscheinung getreten, sondern nur die Tatsache, daß in diesen beiden Parteien ein großer Prozentsatz radau- und raufluſtiger Elemente vorhanden ist. Die eigentlich politische Kampffront gegen den Faschismus läuft ganz anders. Das ist unsere Front, die wir mit den Freien Gewerkschaften, mit den Sportlern, den Jugendorganisationen, dem Reichsbanner *gemeinsam bilden*. Im Rücken dieser wahren Front kämpfen die Kommunisten. (Sehr richtig!) Sie tun alles, um diese wirkliche Front gegen den Faschismus zu schwächen, wenn irgend möglich zu zerstören. Ich nehme an, daß Sie die Funktionärzeitschrift der Kommunisten genau so aufmerksam verfolgen wie wir. In ihr finden Sie die Beweise dafür, daß die Kommunisten zum Beispiel in der Zeitschrift „Internationale“ Nr. 3 ihren Funktionären immer klar machen: Wohl müssen wir gegen den Faschismus kämpfen, nur müssen wir in der gegenwärtigen Phase die Hauptschläge gegen die Sozialdemokratie, gegen den Sozialfaschismus, wie man uns bezeichnet, führen. Es gäbe noch eine ganze Reihe weiterer Belege, die ähnlich auffordern, uns in den Rücken zu fallen und diese Zeit auszunutzen, die Sozialdemokratie zu erschüttern und in der Sozialdemokratie für die Kommunistische Partei zu werben. Ich erinnere an den Mitgliedsbuchtrick und die Dinge, die Genosse Wels genannt hat, an die Wettbewerbe zur Zersetzung der SAJ.-Gruppen. In Schlesien hat man einen Wettbewerb veranstaltet, wonach mit 30 SAJ.-Gruppen Auseinandersetzungen zu führen und sie zu zersetzen sind, aber nur mit 15 nationalsozialistischen Jugendgruppen! (Hört! Hört!) Es gäbe noch eine ganze Reihe weiterer Dinge für diese Anweisungen, die Hauptkraft gegen die Sozialdemokratie zu richten. Ich sagte vorhin schon, daß die Kommunisten die Unorganisierten poussieren und sie auf hervorragende Kampfpositionen stellen. Ich erinnere an den Artikel in der „Internationale“ vom März dieses Jahres, in der die Kritik des Ruhrkampfes geübt wird, wo von den Phrasen, die zuerst über diesen Kampf gedroschen worden sind, aber auch nichts mehr übrig geblieben ist. Zuerst hatte man ein gewaltiges Anwachsen der Bewegung, die ganze Ruhrarbeiterschaft unter kommunistischer Führung, die andere Arbeiterschaft mit wachsender Sympathie für diesen Kampf gemeldet. Die Sammelbeträge wurden immer höher. Von alledem ist nichts übrig geblieben. Man muß zugeben, daß die Leute, die in die Kampfleitung gewählt worden sind, versagt haben, weil sie eben noch zu unerfahren gewesen sind. Das ist das große Verbrechen der Kommunisten an der Arbeiterklasse, daß sie glauben, solche Kämpfe provozieren zu müssen, und sie dann unter die Führung von Menschen stellen, die in ihrem Leben noch nicht einmal in eine Arbeiterorganisation hineingerochen haben und sich diese Adelung als revolutionäre Unorganisierte deswegen gern gefallen lassen, weil sie damit die beste Entschuldigung für ihre jahrelange Beitragsdrückebergerei gefunden zu haben glauben. (Sehr richtig!)

Die Wahlerfolge der Kommunisten sind bekannt. Es ist fast bemerkenswert, daß sie nicht größer sind. Sie sind der Ausdruck von Verärgerung, von Protest arbeitender Wählerschichten. Sie sind gewiß nicht der Beweis für das Anwachsen einer zum offenen revolutionären Kampf bereiten Partei. Den besten Beweis dafür geben die Volksabstimmungen beim Panzerkreuzer A und über Auflösung des thüringischen Landtags, wo den Kommunisten nur ein ganz geringer Bruchteil der Wähler gefolgt ist, die vorher zu ihnen gestanden haben. Diese selben Leute haben wohl den Mut, sich bei der geheimen Wahl aus Verärgerung für die Kommunisten zu erklären, bekennen sich aber nicht offen für die Kommunisten. Es ist doch wohl die Frage, ob Thälmann den Glauben haben kann, daß diese Leute, die nicht einmal öffentlich sich zu ihm zu bekennen wagen, etwa mit ihm auf die Barrikade steigen werden. Er wird sein Generalspferd, wenn ihm eins zu seiner Generalswürde von Moskau zur Verfügung gestellt worden ist, lieber im Stall lassen und weiter wie bisher Agitationslorbeeren pflücken.

Wenn wir in Deutschland auch Schädlingsprozesse veranstalten könnten, die die treffen sollen, die das Interesse des arbeitenden Volkes vernachlässigt, ja geschädigt haben, dann gehören in Deutschland die Kommunisten und alle diejenigen auf die Anklagebank, die die Kommunisten unterstützen. (Sehr richtig!)

Wir werden uns gegen alle Gegner behaupten, wir werden sie alle überwinden. Wenn uns auch in unserem Kampf hier und da ein Schützengraben eingedrückt wird, das macht nichts; das tut uns weh, aber wir wissen, daß in uns die Kräfte liegen und die Situation wiederkommt, wo wir zum Gegenangriff übergehen. (Sehr richtig!)

Es wird in der letzten Zeit hier und dort und auch in dem schon erwähnten Buch Nr. 2 der Marxistischen Büchergemeinschaft dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht, daß er systematisch auf eine Entpolitisierung unserer Partei hinarbeitet. Kein Vorwurf gegen den Parteivorstand ist ungerechtfertigter als dieser. Welche Partei in Deutschland gibt ihren Mitgliedern und Funktionären so viel politisches Informations- und Instruktionsmaterial wie die Sozialdemokratie! Welche Partei in Deutschland veranstaltet so viele Schulungskurse für die Funktionäre, junge, alte und Spezialfunktionäre wie die Sozialdemokratie! Ist die Debatte über das Wehrproblem, die Koalitionsfrage, die Außenpolitik etwa Beweis einer Entpolitisierung unserer Partei? Ist die Mobilisierung einer 8,5-millionenköpfigen Wählerschaft, ist der ungeheure Abwehrkampf gegen den Faschismus, das fortgesetzte Einsetzen der Kräfte, die das Reichsbanner im Kampf gegen den Faschismus vornimmt, denkbar ohne einen starken politischen Willen in unserer Partei? Wer dirigiert denn die 55 000 Gemeindevertreter in Stadt und Land! Das wächst doch alles aus der Partei von unten und oben zusammen. Ich möchte gegen diesen Vorwurf den Parteivorstand besonders in Schutz genommen haben, wenn es überhaupt nötig sein sollte.

Ich hatte auf dem Herzen, noch einiges über die Werbearbeit in Stadt und Land, unter den Erwerbslosen, unter den Beamten zu sagen. Aber das alles sind keine Neuigkeiten, aber diese Dinge sind für das Leben und die Arbeit unserer Partei von Bedeutung und müssen deshalb immer wieder gesagt werden. Ich darf es mir aber deshalb ersparen, weil aus den Ergebnissen der Organisationsarbeit, die der Genosse Bartels noch berichten wird, feststeht, daß die Partei in dieser Hinsicht keine Mahnung und keinen Ansporn mehr braucht.

Wir alle werden wieder an unsere Arbeit gehen in dem Bewußtsein, daß der Aufstieg unserer Partei wohl einmal für kurze Zeit aufgehalten werden kann, daß es aber unmöglich ist, ihn ein für allemal zu hemmen. Wir werden unsern Aufstieg fortsetzen unter der Parole: Wo bleibt der zweite Mann? Diese Parole hat uns gezeigt, daß der zweite Mann da ist, daß er nur in Reserve steht, und daß auch noch der dritte und vierte Mann da ist. Die hier weilenden

Werber unserer Partei haben es bewiesen. Wir haben erlebt, daß diese Reserve aufsteht, in Reih und Glied tritt und in der ersten Reihe freudig begrüßt wird. Diese Parole ist nicht nur die Parole zur Verstärkung der Organisation, sondern aus dieser Parole, die den konkreten Zweck hat, jetzt die Kräfte für die Niederschlagung des Faschismus zu sammeln, muß die weitere Werbung wachsen, die uns die Kraft gibt, über das Niederschlagen des Faschismus hinaus den Kampf für die Verwirklichung unserer sozialistischen Ziele fortzuführen und zu Ende zu bringen. Es gilt für uns, über diese Parole hinaus Teilziele aufzustellen und dann zum Sturm auf die neuen Bastionen anzutreten. Wo haben wir die Massen bis jetzt noch am wenigsten erfaßt, wo folgen sie noch am stärksten dem Gegner? Dort heißt es: Wir müssen sie haben! Wo in den Gemeinden ist es möglich, zuerst die Mehrheit für uns zu erkämpfen? — Wir müssen sie haben! Welches Gesetz ist als Voraussetzung für die Verwirklichung unserer Ziele wichtig! — Wir müssen es fordern und für seine Durchführung kämpfen. Immer neue Vorstöße! Die Front, die so lebendig geworden ist, darf nicht wieder erstarren! Lassen Sie uns diese Zeit nützen! Die Niederringung des Faschismus, die Bekämpfung der Kommunisten, die uns am stärksten hindern, wird ein schöner Sieg für uns sein. Aber wir wollen einen neuen, schöneren Sieg damit vorbereiten, nämlich den Sieg unserer Ideale, den Sieg des Sozialismus! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag

Freitag, den 5. Juni 1931, 8.30 Uhr

Vorsitzender **Wels:** Ich mache darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung des Parteitags, die Sie selbst beschlossen haben, Nr. 8, Abs. 8, vor Schluß des Parteitags abreisende Mitglieder dies dem Büro anzuzeigen haben und ihre Namen zu Protokoll zu vermerken sind. Das bedeutet nicht, daß derjenige, der sich nicht meldet, nicht vermerkt werden kann. Ich mache die Führer der Landsmannschaften dafür verantwortlich, daß die jetzt gemachte Mitteilung allen Delegierten bekannt wird, um sie zu veranlassen, bis zum Schluß der Tagung hier zu bleiben. (Bravo!)

Das Resultat der Vorstandswahl ist folgendes:

Als Vorsitzende:	Wels	332 Stimmen
	Crispien	318 Stimmen
	Vogel	318 Stimmen
Als Kassierer:	Bartels	366 Stimmen
	Ludwig	362 Stimmen
Als Sekretäre:	Westphal	332 Stimmen
	Juchacz	331 Stimmen
	Stelling	328 Stimmen
	Dittmann	301 Stimmen
Als Beisitzer:	Breitscheid	326 Stimmen
	Stampfer	312 Stimmen
	Hilferding	306 Stimmen
	Nemitz	302 Stimmen
	Moses	295 Stimmen
	Hildenbrand	293 Stimmen
	Stahl	292 Stimmen
	H. Schulz	275 Stimmen
	Ryneck	273 Stimmen
	Litke	270 Stimmen
	Frank	226 Stimmen

Kontrollkommission:	Löbe	350 Stimmen
	Bock	324 Stimmen
	Treu	322 Stimmen
	Hengsbach	313 Stimmen
	Brey	307 Stimmen
	Schönfelder	297 Stimmen
	H. Müller	275 Stimmen
	Crummenerl	248 Stimmen
	Lipinski	187 Stimmen

Außerdem haben Stimmen erhalten als Vorsitzende: Seydewitz 54, Sollmann 1 Stimme; als Sekretär: Oettinghaus 67 Stimmen; als Beisitzer: Hertz 197, Fleißner 99, Siemsen 92, Böchel 80, Ströbel 69, Rosenfeld 59 Stimmen; als Kontrollkommissionsmitglied: L. Schröder 182, L. Agnes 181, Thielemann 64 Stimmen.

Abgestimmt haben 387 Delegierte. Ungültige Stimmen waren bei Vorsitzenden keine, Kassierer keine, Sekretäre 2, Beisitzer 3 und Kontrollkommission 3.

Ich stelle in weiteren das Einverständnis des Parteitages fest, daß den drei Vorsitzenden die Befugnis zur Unterzeichnung von Urkunden und Erteilung von Vollmachten übertragen wird.

Entsprechend den Gepflogenheiten des Parteitags erhalten im Anschluß an den Bericht des Kassierers die Genossin Juchacz eine Redezeit von 15 bis 20 Minuten zu einem Bericht über die Frauenfrage und der Genosse Heinrich Schulz zu einem Bericht für den Reichsbildungsausschuß. Damit erst ist die Berichterstattung vorüber.

b) Kasse. Berichterstatter: Friedr. Bartels

Referent **Friedrich Bartels:** Der Genosse Ludwig, der diesen Bericht geben sollte, ist vor zwei Monaten schwer erkrankt. Der Parteitag hat ihm in einem Telegramm baldige Genesung gewünscht. Ich brauche nicht zu betonen, daß der Parteivorstand diesen Wunsch durchaus teilt, denn der Genosse Ludwig ist uns ein schätzenswerter Mitarbeiter.

Als unser Jahrbuch erschienen war, konnte man in einem bürgerlichen Blatte lesen, daß „die Sozialdemokratie ein imponierendes Gebilde organisatorischer Art" darstellt. Über den Kassenbericht hieß es insbesondere:

> Die Sozialdemokratie finanziert sich also fast ausschließlich aus Leistungen ihrer Mitglieder. Sie dürfte damit noch einzig unter den deutschen Parteien sein ebenso wie damit, daß die Sozialdemokratische Partei es riskieren kann, die Quellen und Verwendung ihrer Wahlgelder zu veröffentlichen. (Sehr richtig!)

Abgesehen davon, daß in diesen Worten das bemerkenswerte Eingeständnis liegt, daß die Geldquellen der anderen Parteien so trüb sind, daß sie es nicht wagen können, es zu veröffentlichen, liegt darin eine durch die Tatsachen erzwungene Anerkennung, die immerhin von den oft hämischen Bemerkungen stark absticht, die wir sonst in der bürgerlichen Presse gewohnt sind.

In der Tat berichtet unser Jahrbuch von einem ungeheuren Maß von politischer, organisatorischer, propagandistischer und bildender Aufklärungsarbeit, die in den zwei Jahren seit dem letzten Parteitag geleistet worden ist.

Hinter uns haben wir zwei Kampfjahre größten Ausmaßes, dazu aber auch Jahre einer Wirtschaftskrise, die sich bis zu einem nie dagewesenen Umfange steigerte, die leider noch anhält und deren Ende noch nicht einmal abzusehen ist. Über die Größe, die Ursachen und Auswirkungen dieser Weltwirtschaftskrise ist bereits ausgiebig gesprochen worden. Sie wurzelt im kapitalistischen System und beweist die Richtigkeit unseres Kampfes gegen dieses

System und für seinen Ersatz durch die sozialistische Gesellschaftsordnung. Natürlich ist die Erwerbslosigkeit mit ihren furchtbaren Auswirkungen auf die Arbeiterschaft auch an unserer Organisation und an unserem Kassenwesen nicht spurlos vorübergegangen. Die Anzeichen sprechen dafür, daß die Wirkungen sich im Laufe der Jahre in noch stärkerer Weise bemerkbar machen werden. Mit berechtigtem Stolze dürfen wir feststellen, daß unsere Organisationsziffern trotz der Krise nicht nur nicht zurückgegangen, sondern sogar erfreulich gewachsen sind. (Bravo!) Die Zahl der Parteimitglieder ist seit dem letzten Parteitag um rund 100000 gestiegen. Wir berichteten in Magdeburg über einen Organisationsstand von 937 381 Mitgliedern. Am 1. Januar 1930 waren es 1 021 777 und am 1. Januar 1931 1 037 384, davon waren rund 228 000 Frauen. Die Zunahme an Mitgliedern seit dem Magdeburger Parteitag betrug 100 000, davon 70 500 Männer und 29 500 Frauen. Davon im Krisenjahr 1930 allein 15 607, wovon mehr als die Hälfte Frauen sind.

Mit diesen Ziffern stehen wir weit an der Spitze aller politischen Parteien. Dieser Mitgliederstand trotz schwerster Notzeit zeigt uns die Treue zur Partei, die wohl nirgends so ausgeprägt zur Geltung kommt wie bei uns. (Sehr richtig!) Sie zeigt aber auch den Werbeeifer und den Willen zur Macht, die bei unseren Anhängern vorhanden sind. Besonders belebt ist die Agitation in diesem Jahre. Unter dem Gesichtspunkt, daß es jedem Parteimitglied möglich sein müsse, ein zweites Mitglied, einen zweiten Abonnenten für die Parteipresse zu werben, wurde die Parole herausgegeben: Wo bleibt der zweite Mann? Diese Parole hat gewirkt. Die Berichte aus den Bezirken sind durchaus günstig. Als Anerkennung für die erfolgreichsten Werber aus den Bezirken haben wir diese als Ehrengäste auf den Parteitag geladen. (Bravo!) Ich begrüße sie und spreche ihnen wie den vielen Tausenden, die in der gleichen Weise für die Stärkung der Partei gewirkt haben, den Dank und die Anerkennung des Parteivorstandes und des Parteitages aus. (Lebhaftes Händeklatschen.) Ich verbinde damit die Hoffnung, daß ihr Wirken recht viel Nachahmung finden möge.

Erfreulich gesteigert hat sich die Zahl der Ortsgruppen. Wir hatten im Jahre 1928 8462, im Jahre 1929 8916 und am 31. Dezember 1930 9844 Ortsgruppen, das heißt seit dem letzten Parteitag sind 828 neue Ortsgruppen gebildet worden. (Bravo!) Die Wirkungen der Krise machen sich natürlich auch auf unser Kassenwesen bemerkbar, hauptsächlich dadurch, daß man die Erwerbslosen entweder mit geringeren Beiträgen oder beitragsfrei führt. Die Beitragsleistungen betrugen im ersten Quartal 1930 rund 1 968 000, im vierten Quartal 1930 1 876 000 Mark. Gegenüber dem ersten Quartal dieses Jahres ist ein Rückgang von 91 000 Mark zu verzeichnen. Von diesem Rückgang sind allerdings am stärksten die Männermarken betroffen. Das hängt zum Teil damit zusammen, daß vielfach von Arbeitslosen die Marken geklebt werden, die wir für die weiblichen Mitglieder verwenden.

Die Einnahmen der Bezirke im letzten Geschäftsjahr betrugen rund 12 846 000 Mark, im Jahre 1929 waren es 11 020 000. Das ist eine Steigerung von 1,8 Millionen, wobei allerdings zu bedenken ist, daß wir inzwischen die Reichstagswahl hatten, durch die die Steigerung im wesentlichen hervorgerufen wurde. Die Mitgliederbeiträge sind, wie gesagt, etwas zurückgegangen. Darin machen sich eben die Auswirkungen der Krise bemerkbar. Der durchschnittliche Markenumsatz betrug im Jahre 1929 pro Mitglied 40 und ist im Jahre 1930 auf 37,5 zurückgegangen. Die Einnahmesteigerung der Bezirke im letzten Jahre ist einerseits auf die Sammlungen für Wahlzwecke, andererseits auf die stärkere Heranziehung der bessergestellten Mitglieder zu Beiträgen zurückzuführen. Wir haben bekanntlich in Magdeburg beschlossen, daß die Bezirke das Recht haben sollten, Mitglieder mit höherem Einkommen zu besonderen Beitragsleistungen heranzuziehen. Dadurch wurden im Jahre 1929 rund 159 000 Mark eingenommen. Sie sind im Jahre 1930 auf 434 000 Mark gesteigert worden; also 275 000 Mark mehr. Sie finden eine Anzahl von Anträgen, die diese Sonderbeiträge anders geregelt haben wollen als bisher. Der Parteiausschuß hat zur Prüfung dieser Anträge eine Kommission eingesetzt, die Ihnen vorschlägt, den Antrag 205 anzunehmen, der diese Angelegenheit in einer anderen und, wie gesagt werden kann, besseren Art regeln will. Ich weiß, daß die Meinungen darüber auseinandergehen, daß Wünsche nach dieser und jener Richtung vorhanden sind. Ich verweise aber auf den letzten Absatz, wonach kleine Abweichungen von dieser Staffel mit Zustimmung des Parteivorstandes zulässig sein sollen. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn ohne größere Debatte über diese nicht immer angenehme Angelegenheit hinweggegangen und dem Antrage 205 zugestimmt würde. Die Beiträge, die auf diese Art eingehen, verbleiben bekanntlich voll den Bezirken.

Daß neben den gesteigerten Einnahmen der Bezirke in noch stärkerem Maße auch die Ausgaben gestiegen sind, ist ja selbstverständlich und erklärt sich vor allem durch die Wahlausgaben. Hatten wir im Jahre 1929 in den Bezirken für Wahlen und Agitation eine Ausgabe von 4,2 Millionen Mark, so stieg dieser Betrag im letzten Jahre auf 5,8 Millionen Mark. Der Parteivorstand hat in letzten Jahren an Anteilen von Mitgliederbeiträgen 1,5 Millionen bekommen; im Jahre 1929 waren es 1,4 Millionen. Die Beitragsleistung an den Parteivorstand ist um rund 105 000 Mark gestiegen, wobei ich erwähnen will, daß im ersten Quartal des letzten Jahres ein starker Bezirk rückständige Beiträge des vorigen Quartals mit verrechnet hat. Die Hauptkasse, die Parteivorstandskasse, hat im letzten Jahre 4,1 Millionen Mark eingenommen. Auch hier spricht die Mehreinnahme durch die Reichstagswahl mit. Unter dieser Summe befinden sich 800 000 Mark, die uns von befreundeten Organisationen für Wahlzwecke übergeben wurden. Das Gesamtbild gestaltet sich folgendermaßen. Wir haben uns trotz der Wirtschaftskrise glänzend gehalten und können auf unser Organisationsgebilde, das uns bisher keine politische Partei nachgemacht hat und wohl auch keine nachmachen wird, stolz sein. (Bravo!) Dabei müssen wir uns bewußt sein, daß wir infolge der Wirtschaftsnot in steigendem Maße mit Schwierigkeiten zu rechnen haben werden. Es gilt, sie zu überwinden. Es ist selbstverständlich eine der Hauptaufgaben unserer Organisation, zu verhindern, daß das große Heer der Indifferenten und Verzweifelten weiter den scheinradikalen Strömungen von rechts und links verfällt. Das bei den großen Massen früher selbstverständliche Gefühl, daß die Sozialdemokratie die Helferin aller Notleidenden und Bedrängten ist, zu erhalten, zu festigen und zu wecken, darin liegt eine der großen Hauptaufgaben unserer Organisation.

Wie sieht es nun mit der Parteimitgliedschaft aus? Wir sind oft dem Gerede begegnet, daß die Sozialdemokratische Partei im wachsenden Umfange eine Partei der Leute mit höherem Einkommen sei, daß die Arbeiterschaft nicht mehr in der Partei überwiege, daß vielmehr Beamte, Leute in gehobenen Stellungen usw. einen immer stärkeren Einschlag in der Partei bildeten. Es wurde weiter behauptet, daß die Partei überaltere, daß die jungen Jahrgänge fehlten usw. Daß das falsch ist, wußten wir, aber wir wollten solchem Gerede das Wasser abgraben. Wir haben deshalb unter einem Teil der Parteimitglieder eine Berufs- und Altersstatistik aufgenommen. Zu diesem Zweck haben wir uns drei verschiedene Ortsvereinsgruppen mit unterschiedlichen Mitgliederzahlen ausgesucht. Es sind in 17 Ortsvereinen mit 1000 und mehr Mitgliedern, in 138 Ortsvereinen mit je 100 bis 1000 Mitgliedern und in 238 Ortsvereinen bis zu 100 Mitgliedern Erhebungen veranstaltet worden. Im ganzen wurden 393 Ortsgruppen mit 117 447 Mitgliedern erfaßt. Wir haben durch diese Statistik einwandfrei festgestellt, daß die Arbeiter und Angestellten in unserer Partei weitaus überwiegen. Unter den rund 117 000 Mitgliedern waren 59,48, also fast 60 Prozent, Arbeiter, 10,02 Prozent Angestellte, und wenn man dann noch die 17,14 Prozent Hausfrauen mitrechnet, dann bleiben noch ganze 13,36 Prozent für andere Berufsgruppen

übrig. Soweit die Mitgliedschaft in Frage kommt, haben wir festgestellt, daß bis zu 5 Jahren 46 Prozent, von 5 bis 10 Jahren 16 Prozent, von 10 bis 15 Jahren ebenfalls 16 Prozent, von 5 bis 10 Jahren 20 Prozent Mitglieder waren. Nun zum Lebensalter unserer Mitglieder! Bis zu 30 Jahren ist beinahe ein Fünftel unserer Mitglieder alt, bis zu 40 Jahren fast die Hälfte. Wenn wir das auf die Gesamtmitgliedschaft umrechnen — das Verhältnis dürfte überall ungefähr das gleiche sein —, dann können wir feststellen, daß von unseren Mitgliedern bis 45 Jahren 611 000 und über 45 Jahren 425 000 Mitglieder sind.

Nach diesen Feststellungen kann also keine Rede davon sein, daß etwa die obigen Behauptungen zu Recht beständen. Die Sozialdemokratie ist eine Partei des schaffenden Volkes. Sie ist jugendfrisch und kampfbereit, und ich glaube, daß auch die herrliche Demonstration des letzten Sonntags, bei der das junge Element so stark vertreten war, auch ein Beweis für diese Behauptung ist. (Sehr wahr!)

In der praktischen Schulungsarbeit in Gestalt von Kursen ist im Berichtsjahre viel geleistet worden. Die Bezirke haben eine Reihe von meist achttägigen Ferienkursen veranstaltet. Von den Bezirken aus haben 26 Kurse mit 756 Teilnehmern stattgefunden. Daneben sind zentrale Kurse, die der Parteivorstand in Verbindung mit dem Bildungsausschuß veranstaltet hat, gemacht worden, und zwar zwei Kurse für Parteisekretäre mit 51 Teilnehmern, ein Redakteurkursus mit 30 Teilnehmern, ein Geschäftsführerkursus mit 34 Teilnehmern und drei Frauenkurse mit 125 Teilnehmerinnen. Somit sind im ganzen sieben Kurse mit 241 Teilnehmern von der Zentrale veranstaltet worden. Sie fanden in Bollersdorf in der Märkischen Schweiz in der Nähe von Berlin statt. Die Ergebnisse waren durchaus zufriedenstellend.

An Ausschlüssen aus der Partei haben wir seit dem Magdeburger Parteitag 59 durchgeführt, und zwar hat der Parteivorstand auf Grund des § 28 Abs. 8 allein 28 Mitglieder auf Antrag der Bezirke ausgeschlossen. Durch Schiedsgerichte sind 13 Mitglieder ausgeschlossen worden. Die Schiedsgerichte haben weiter auf Rügen und Ehrverlust in 16 Fällen erkannt. Eine Zurückweisung der Anklage erfolgte in einem Falle, ein anderer Fall befindet sich noch in der Schwebe. In 4 Fällen ist Berufung beim Parteitag eingelegt worden.

Auf die umfangreiche Tätigkeit unserer Abteilungen will ich nicht näher eingehen. Was der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit mit seinen Unterabteilungen, die Arbeiterwohlfahrt, die Sozialistische Arbeiterjugend, die Werbeabteilung, die Kinderfreunde, die kommunalpolitische Zentrale, die Agrarpolitische Zentrale usw. geleistet haben, ist im Handbuch eingehend dargelegt worden; ich kann es mir daher ersparen, darauf noch einmal einzugehen.

Ich möchte nur noch einige Worte zur Parteipresse sagen. Was die Parteipresse für uns bedeutet, welch wertvolles Instrument für unsere Agitation sie darstellt, brauche ich hier nicht auseinanderzusetzen. Wie sehr wir bemüht waren, den geschäftlichen Aufbau unserer Parteigeschäfte zu fördern, sie technisch zu vervollkommnen, und damit ihre Leistungsfähigkeit zu steigern, darf ich wohl bei vielen von Ihnen als bekannt voraussetzen. Der Parteivorstand hat für diesen Zweck seinerzeit die Konzentration als eine besondere wirtschaftliche Abteilung geschaffen, und diese hat sich mit Geschick und Erfolg ihrer Aufgabe unterzogen. Wenn wir bisher von einer günstigen Entwicklung unserer Parteigeschäfte berichten konnten, müssen wir in diesem Jahre feststellen, daß die Wirtschaftskrise auch unsere Geschäfte stark in Mitleidenschaft gezogen hat, und voraussichtlich in der nächsten Zeit noch stärker in Mitleidenschaft ziehen wird. Insbesondere der Rückgang des Inseratengeschäfts wirkt sich bei vielen Betrieben sehr ungünstig aus.

Wie ungünstig diese Entwicklung ist, zeigen die wirtschaftlichen Ergebnisse unserer Parteigeschäfte. Wir hatten im Jahre 1928 103 Betriebe,

die mit einem Gewinn, und 34 Betriebe, die mit einem Verlust abschlossen. Im Jahre 1929 verkleinerte sich die Zahl der Betriebe mit Gewinn auf 78, während sich die Verlustbetriebe auf 58 erhöhten. Im Jahre 1930 überwogen die Verlustgeschäfte. 56 Betriebe arbeiteten mit Gewinn, 78 Betriebe schlossen dagegen mit einem Verlust ab. Ich glaube, diese Entwicklungskurve zeigt uns, wie ernst die Wirtschaftslage mancher unserer Parteigeschäfte ist. Das drückt sich auch in der Zahl der beschäftigten Personen aus. Wir beschäftigten im Jahre 1928 7871 Personen, und zwar technisches, kaufmännisches, redaktionelles Personal. Im Jahre 1929 waren es 8188, also 317 mehr. 1930 waren es 8055, das heißt ein Weniger von 133 gegenüber dem Vorjahre. Die Zahl unserer Zeitungen beträgt 196. Von 107 Verlagen werden 108 eigene Druckereien unterhalten. 69 unserer Zeitungen sind Kopfblätter. Erfreulich ist allerdings, daß trotz der Krise der Abonnentenrückgang minimal ist. Er beträgt etwa 2½ Prozent der Gesamtleserschaft.

Die Not der Zeit und die Sorge um die Erhaltung unserer Presse zwingt uns zu Erwägungen, wie wir rationeller arbeiten und eine Schwächung unseres Presseapparates verhindern können. Es wird sich daher kaum vermeiden lassen, wie es auch bisher schon geschehen ist, daß wir Betriebe, die sich als lebensunfähig herausstellen, aufgeben und sie an leistungsfähige Betriebe und Geschäfte anschließen. Die Verlegung des Druckortes ist im Zeichen des Verkehrs nicht hindernd. In den meisten Fällen kann damit ein technisch inhaltlich weit besseres Blatt erreicht werden, kann es am Ort günstiger in Erscheinung treten, indem ein Laden in einer günstigen Verkehrsstraße gemietet wird usw. Wir wissen, daß derartige Maßnahmen fast nie ohne Schwierigkeiten mit den Parteigenossen am Orte durchzuführen sind. Die Genossen sind meist der Meinung, daß die Partei untergehen würde, wenn ihre kleine Druckerei, mag sie sich auch in einem noch so verlorenen Winkel befinden, aufgegeben würde. Wie unbegründet solche Sorgen sind, dafür haben wir viele Beispiele. Die Zeiten, wo die Partei die Gründung kleiner Blätter förderte, wo sie sich bemühte, möglichst in alle Winkel mit eigenen Blättern hineinzukommen, um Stützpunkte zu gewinnen, sind für viele Gegenden vorbei. Die Zeiten sind eben anders geworden. Es werden heute weit größere Ansprüche an eine Zeitung gestellt, und die früheren Verkehrsschwierigkeiten, die in vielen Fällen zwangen, in abgelegenen Orten eigene Druckereien aufrechtzuerhalten, existieren im Zeitalter des Autos nicht mehr. Der Druck am Ort ist also heute keineswegs mehr eine absolute Notwendigkeit. Man verlangt heute eine gut aufgemachte, aktuelle Zeitung, die die Konkurrenz mit den bürgerlichen Blättern aufnehmen kann.

Aus diesem Grunde hat der Parteivorstand auch durch den Pressedienst für unsere mittlere und kleinere Presse Matern geschaffen. Viele unserer Blätter haben dadurch bereits ein besseres Aussehen bekommen. Bei andern Parteizeitungen, die die Mater heute noch nicht beziehen, würde das ebenfalls erreicht werden können. Dadurch würde auch zugleich dazu beigetragen, daß das Defizit, das der Materndienst noch immer erfordert, dezimiert oder gar beseitigt würde.

Um Personaleinschränkungen zu vermeiden, haben wir uns bemüht, die von uns empfohlene Vierzigstundenwoche auch in unseren Betrieben durchzuführen. Das ist bisher nur mit geringem Erfolge möglich gewesen, da eine Einigung mit dem Personal über den damit verbundenen Lohnausfall schwer zu erzielen ist, und die Finanzverhältnisse unserer Geschäfte es vielfach nicht gestatten, in dieser Beziehung großes Entgegenkommen zu zeigen, zumal die Löhne unserer Druckereien meist erheblich über dem Tarif liegen. Anderseits ist das eine Maßnahme, die sich angesichts des Erwerbslosenheeres nötig macht, und die auch vom Vorstand des ADGB. allgemein für die Betriebe der Arbeiterschaft empfohlen wird.

Welche Werte in unseren Parteigeschäften investiert sind, zeigt ein Hinweis auf die dort aufgestellten Maschinen. Wir haben in Druckereien stehen

151 Rotationsmaschinen, 511 Setzmaschinen, 394 Schnellpressen, 240 Tiegel, 68 automatische Tiegel usw. Durch den Werbebeitrag ist erreicht worden, daß auch weniger gut fundierte Geschäfte mit Hilfe der bessergehenden nach Möglichkeit über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegkommen konnten. Wenn in zwei Anträgen der Wegfall der Werbebeiträge gefordert wird, so müssen wir vom Parteivorstand uns entschieden dagegen wenden, oder aber die Antragsteller müßten uns angeben, wie das durch den Fortfall der Werbebeiträge in den Finanzen entstehende Loch ausgeglichen werden kann. Im übrigen wird die Einziehung dieser Beiträge in durchaus entgegenkommender Weise gehandhabt. Wenn ein Geschäft nicht in der Lage war, den vollen Beitrag abzuführen, ist stets Entgegenkommen gezeigt worden. Erhebliche Differenzen mit den Geschäften selbst bestehen darüber auch nicht. Ich bitte also, es unter allen Umständen bei den bisherigen Zustande zu belassen.

Die Lage unserer Parteidruckereien und -verlage ist infolge der Krise schwierig; aber der größte Teil von ihnen ist so gesund fundiert, daß wir mit Recht hoffen dürfen, sie werden die schwierige Zeit überstehen, und das wichtige Instrument der Presse für unseren Kampf wird nicht gefährdet. Jedenfalls muß alles getan werden, um das zu verhindern. Wenn Maßnahmen nötig werden sollten, die an langjährigen Einrichtungen rütteln, so hoffen wir dafür auf Verständnis.

Damit will ich zum Schluß kommen. Die Gegenwart unseres Landes und Volkes ist sehr trübe. Wir haben schwerste Krisen im Wirtschaftsleben, und damit im Zusammenhang nicht abreißende Krisen in der Politik. Dunkel und ungewiß ist die Zukunft. Wie immer aber auch die Entwicklung der nächsten Zeit sich gestalten möge, nicht entbehren können wir eine straffe, schlagfertige Organisation (Sehr richtig!) und eine starke Presse, die treffend das zum Ausdruck bringt, was das Volkswohl erfordert. Organisation und Presse sind die Fundamente unserer Bewegung. Sorgen wir dafür, daß diese Fundamente stark und tragfähig bleiben! Unsere Jahresparole: „Wo bleibt der zweite Mann?“ soll uns dazu helfen. Sie soll helfen zum Vorwärtstreiben unserer Bewegung. Sie soll uns den Weg zu unserem großen Ziel, zum Sozialismus, ebnen. (Lebhafter Beifall.)

Frauenbewegung

Marie Juchacz (Parteivorstand): Parteigenossen und Parteigenossinnen! Die Frauenbewegung wächst. Das ersehen Sie aus dem Jahrbuch. Ob wir mit diesem Wachstum zufrieden sein können, ist eine andere Frage. Ich bin es nicht, und ich betrachte die Unzufriedenheit in diesem Falle als eine Tugend. Ich möchte wünschen daß die Gesamtpartei mit der bisherigen Entwicklung noch nicht zufrieden ist, sondern ein immer besseres Ergebnis anstrebt.

Wenn Sie das Jahrbuch zur Hand nehmen und den Bericht von 1929 dazunehmen, können Sie beobachten, daß die Genossinnen von Jahr zu Jahr ihr Arbeitsgebiet vergrößern, daß die Arbeitsmethoden vielfältiger werden, daß die gesamte Arbeit intensiver wird. Diese erfreuliche Feststellung berechtigt zu der Hoffnung, daß wir die Zahl der Frauen in unserer Bewegung nicht nur vergrößern, sondern die Bewegung auch immer mehr vertiefen. Was die zahlenmäßige Entwicklung der Frauenbewegung anbelangt, so verweise ich auf das Jahrbuch S. 224/25, wo einmal **plastisch** dargestellt worden ist, in welchem Prozentverhältnis die Zahl der Frauen zur Gesamtbewegung steht. Aber wir müssen auch konstatieren, daß die zahlenmäßige Mitgliedschaft der Frauen allein nicht Maßstab für die Beurteilung der politischen Interessen der Frauen sein kann, besonders nicht in der gegenwärtigen Krise, in der es in den Familien

vielfach als genügend angesehen wird, wenn **ein** Familienmitglied — das ist dann gewöhnlich das Familienoberhaupt — Mitglied der Partei ist. Wir sehen aber auch einen wachsenden weiblichen Versammlungsbesuch und ein wachsendes Interesse der Frauen an den politischen Tagesfragen. Die Frauen werden ja von den politischen Tagesfragen heute so stark berührt, daß dieses Interesse automatisch erwachsen muß. Die Fragen des Lohnabbaues, der Lebensmittelverteuerung oder des ungenügenden Preisabbaues, der Bekämpfung des Faschismus sind auch für die Frauen von größter Wichtigkeit, weil sie in ihrer politischen Freiheit bedroht sind. Dieses wachsende Interesse der Frauen an den Tagesfragen der Politik geht aus der Vielfältigkeit der Berichte an das Frauenbüro des Parteivorstandes deutlich hervor.

Die Partei hat in den letzten Jahren sehr viel getan, um die Frauen systematisch für das politische Leben zu schulen. Ganz besonders haben wir unsere Aufmerksamkeit der Schulung der politischen Anfängerinnen gewidmet. Das ist vom Parteivorstand aus geschehen, und ich kann aus den Berichten **einzelner** Bezirke bestätigen, daß man dort — den Anregungen früherer Jahre folgend — das gleiche getan hat. Diese Schulung der jüngeren Kräfte ist eine besondere Notwendigkeit. Ich weise auch deshalb besonders darauf hin, weil Anfragen und zum Teil auch Beschwerden von Genossinnen gekommen sind, die meinten, daß hier eine Bevorzugung der jüngeren zu ihrem eigenen Schaden entstehe. Diese Befürchtung hat selbstverständlich eine Ursache. Die Genossinnen haben in der Kriegs- und Inflationszeit und auch noch vor dem Kriege vielfach auf eine solche Stütze für ihre autodidaktische Weiterbildung verzichten müssen; es war ihnen bedeutend schwerer gemacht, in das Gebiet des öffentlichen Lebens und die theoretischen Grundlagen der Parteipolitik einzudringen. Deshalb haben sie die berechtigte Befürchtung, daß sie womöglich nicht mitkommen oder gar zurückgedrängt werden. Hier ist das zu sagen, was bei dem Thema: „Jugend und Partei“ bereits in so treffender Weise gesagt wurde, daß neben der theoretischen Schulung, die der Jugend zuteil wird, die praktische Erfahrung der Arbeit zu ihrem Rechte kommen muß. Die Partei steht vor so großen und vielfältigen Aufgaben, die sich immer noch vermehren, daß sie auf keine fähige Kraft verzichten kann. Wenn man der Ausbildung jugendlicher Menschen vergrößerte Aufmerksamkeit schenkt, dann muß immer wieder betont werden, daß auch die auf eigener Erfahrung und auf eigenem Lernen begründete politische Bildung für die Partei nutzbar gemacht werden muß. Erfahrung muß stets durch den jugendlichen Schwung ergänzt werden, da bei einer geistigen Bewegung die fortwährende Erneuerung durch die jüngeren Elemente eine Notwendigkeit ist.

Zur Nutzbarmachung der Kräfte: Wir müssen in der Partei auch darauf achten, daß jede Kraft an den für sie passenden Platz gestellt wird. Wir können es uns nicht leisten, aus einer gefühlsmäßigen Animosität heraus bestimmte Kräfte von der praktischen oder theoretischen Arbeit auszuschalten; wir haben vielmehr Ausschau danach zu halten, wie wir die Verwendungsmöglichkeiten auf die einzelnen verteilen, weil es notwendig ist, alle Kräfte zu mobilisieren. (Sehr richtig!) Die Genossinnen sollen gemäß ihrer Mitgliederzahl zu allen Parteiämtern zugezogen werden. Es kommt vor, daß, sei es, weil die Genossinnen die organisatorischen Vorbedingungen nicht übersehen, sei es, weil allgemein durch die ungeschickte Aufstellung von Kandidatinnen Fehler gemacht werden, eine Zersplitterung der Stimmen eintritt, wodurch dann eine Verletzung des Parteistatuts entstehen kann (Sehr wahr!), die nicht im Willen der in Frage kommenden Parteileitung liegt, sondern auf eine ungeschickte Handhabung der organisatorischen Bestimmungen zurückzuführen ist. So etwas ist auch hier geschehen. Darauf müssen wir achten und es bei nächster Gelegenheit gutmachen, wenn ein Malheur geschehen ist. Der Parteivorstand hat oft genug eingreifen müssen, wenn durch Zersplitterung von Stimmen auf Bezirksparteis-

tagen oder örtlichen Generalversammlungen etwas geschehen war, was eigentlich eine Verletzung des Parteistatuts darstellte.

Auch die Arbeiterwohlfahrt leistet eine umfassende fachliche Schulungsarbeit, die ihr innerhalb der Arbeiterbewegung einen besonderen Platz und auch Anerkennung verschafft hat. Diese Bildungsarbeit vermittelt in starkem Maße Gesetzes- und Verwaltungskenntnis. Die praktische Durchführung der Gesetze ist eine wichtige Bildungsarbeit sowohl für die ehrenamtliche Tätigkeit als auch für eine berufliche Facharbeit. Ich bitte, Ihre Aufmerksamkeit bei der Lektüre des Jahresberichts hierauf besonders zu lenken. Als Beispiel führe ich an, daß die Schule der Arbeiterwohlfahrt im Oktober 1930 ihre ersten Kursusteilnehmerinnen ins Examen entlassen hat, daß alle 42 Schüler und Schülerinnen die staatliche Prüfung mit gutem Erfolge bestanden haben, und daß auch in die praktische Arbeit vermittelt werden konnten. Das zeigt, daß wir es mit unserer Aufgabe ernst nehmen, den Verwaltungsapparat des Staates mit sozialdemokratischen Kräften zu durchsetzen. Im Anschluß daran möchte ich noch auf die große Fachliteratur hinweisen, die ebenfalls von der Arbeiterwohlfahrt herausgegeben wird. — Daß wir alle Kraft anspannen müssen, um eine Entwicklung hintanzuhalten oder mindestens zu erschweren, die darauf hinausläuft, die öffentliche Fürsorge wieder in stärkerem Maße der privaten Hand auszuliefern, ist ganz selbstverständlich. Die gegenwärtige große Wirtschaftskrise, die die Finanzen der Gemeinden so stark beschnitten hat, ist ganz dazu angetan, hier wieder eine rückläufige Entwicklung hervorzurufen, die nicht in unserem Sinne liegt.

Im Jahre 1929 haben wir als Thema des Internationalen Frauentages „Die Frauen und der Sozialismus" gewählt. Es war selbstverständlich, daß wir nach dem 14. September 1930 die Parole für die Frauen ausgegeben haben, den Kampf gegen den Faschismus zu führen, und ich kann sagen, daß die Frauen mit großer Begeisterung und Arbeitsfreudigkeit an diese Arbeit herangegangen sind (Zustimmung.), daß die Aufforderung an die Frauen, sich gegen eine Entwicklung zu wehren, die ihre politische Entrechtung mit sich bringen würde, in jeder Beziehung für die Partei von Nutzen gewesen ist. Aus einem ländlichen Bezirk wurde mir z. B. mitgeteilt:

> Die große wirtschaftliche Not, das Rechnenmüssen mit Pfennigen, ist der Gewinnung der Frauen als zahlende Mitglieder sehr hinderlich. Nur so ist der Erfolg des Internationalen Frauentages an männlichen Mitgliedern zu verstehen. 658 Männer und 257 Frauen sind in dieser Werbewoche gewonnen worden.

Das heißt, durch den Internationalen Frauentag hat ein Bezirk fast die dreifache Zahl von Männern gegenüber der Zahl der Frauen für die Gesamtpartei gewonnen.

Die jüngere erwerbstätige Frau, die nicht nur ihrer Tätigkeit, sondern auch ihrer Herkunft nach zur Arbeiterklasse gezählt werden muß, ist ungeheuer schwer zu gewinnen, und zwar liegen hier psychologische Gründe vor. Wir geben seit Jahren dauernd Anregungen, die auch dankbar aufgenommen werden. Aber immer wieder wird aus Bezirken, in denen die Frauenerwerbsarbeit, namentlich die industrielle Frauenerwerbsarbeit besonders stark ist, berichtet, daß das Herankommen an diese jüngere Frauenschicht besonders schwer ist. Das liegt daran, daß diese jüngeren, zum größten Teil unverheirateten Frauen mit einer falschen Einstellung zum Leben in den Daseinskampf hineingehen. Hier ist von der Partei noch eine starke Erziehungsarbeit zu leisten, die sich auf die älteren Genossen und Genossinnen, die hier einen erziehlichen Einfluß auszuüben haben, zu erstrecken hat. In unseren Parteiveranstaltungen und in unserer Presse muß auf diesem Gebiete noch eine viel stärkere Bildungs- und Erziehungsarbeit geleistet werden.

Daß unsere Genossinnen kein besonderes Interesse an den sogenannten frauenrechtlichen Fragen haben, hat seine Ursache darin, daß die Genossinnen innerhalb der Partei lange nicht so zu kämpfen haben, wie es bei den bürgerlichen Frauen in ihren Parteien der Fall ist. Bei uns wird in viel größerem Maße als bei den bürgerlichen Parteien Verständnis für die Forderungen gezeigt, die wir Frauen an die Gesetzgebung zu stellen haben. Nun brauchen Sie aber nicht zu glauben, daß die Genossinnen bei uns restlos zufrieden sind. Auch wir müssen innerhalb der Partei um unsere Geltung kämpfen. Aber wir wissen auch, daß dieser Kampf um die Geltung der Frauen verbunden sein muß mit einer selbstverständlichen Leistung. Die Geltung innerhalb der Partei muß durch die Arbeitsleistung für die Partei erkämpft werden. Das ist gar nicht immer so leicht, weil sich unausgesprochen doch ein gewisses Konkurrenzgefühl auswirkt. Die Frauen müssen auch fertig werden mit den Hemmungen in sich selbst; sie müssen, wie zum Beispiel dieser Parteitag gezeigt hat und wie es auch auf früheren Parteitagen der Fall gewesen ist, sich genau so wie die Männer zeitig genug zum Wort melden, damit ihnen nicht nachher aus einer gewissen Courtoisie heraus das Wort gegeben wird, weil sie Frauen sind; sie müssen sich eben überall mit den Ellenbogen energisch herandrängen. Sie müssen sich sagen: „Wenn der Vorsitzende nachher deinen Namen aufruft, wird dir schon irgend jemand das Stichwort gegeben haben."

Wenn ich davon sprach, daß die Genossinnen keine sehr große Neigung haben, sich frauenrechtlich zu betätigen, so bleibt doch bestehen, daß es eine ganze Reihe von Fragen gibt, die die Frauen in ihren eigenen Reihen diskutieren, weil es sonst überhaupt keine Möglichkeit der Aussprache gibt. Es liegt an der Überlastung der Partei mit tagespolitischen Fragen, daß diesen Spezialfragen von der Gesamtpartei nicht immer das notwendige Interesse entgegengebracht wird. Auch das sei kritisch-sachlich bemerkt, ohne damit etwa Bitterkeit hervorrufen zu wollen. Es geschieht nur, um der Wahrheit die Ehre zu geben.

Ich möchte im Zusammenhang damit Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag 112 lenken, von dem die Genossin Kern verfrüht beim Thema: „Kampf dem Faschismus" gesprochen und ihn zur Annahme empfohlen hat. Ich empfehle diesen Antrag ganz dringend der Ablehnung. Dieser Antrag ist durch das Parteistatut überholt, in dem gesagt ist, daß Parteigenossen keiner Organisation angehören sollen, die gegen die Partei kämpft. Es sind hier der Staatsbürgerinnenverband und die Frauenliga für Frieden und Freiheit genannt. Ich könnte Ihnen aus dem Handgelenk 20 oder 25 Organisationen nennen, über die uns aus den Bezirken in den letzten beiden Jahren Anfragen über Anfragen gesandt wurden. Wir können nicht zwei Organisationen herausgreifen und ihre Neutralität vor dem Parteitag prüfen. Sonst müßte Ihnen ein großer Vortrag dem Umfang nach von der Art gehalten werden, wie Sie ihn in dieser Woche auf dem Parteitag gehört haben. Die Bedeutung der Materie aber kann mit diesen großen politischen Problemen nicht gemessen werden.

Der Antrag würde aber eine Ausnahmebestimmung gegen die Genossinnen schaffen. Unsere Genossen sind heute auch Mitarbeiter, Mitglieder oder gelegentliche Referenten für die eine oder die andere Organisation. Solche Fragen lassen sich tatsächlich nur von Fall zu Fall entscheiden und sind stark abhängig von der Einsicht und dem Takt des einzelnen Genossen. Ich befasse mich mit dem Antrag deshalb ein wenig näher, weil ich auch unter den Sündern bin, gegen die der Antrag eine gewisse Anklage darstellen soll. Ich bin höchstens in irgendeiner Körperschaft Mitglied, in die mich Parteivorstand oder Arbeitsausschuß oder Arbeiterwohlfahrt delegiert. Niemals war ich Mitglied des Staatsbürgerinnenverbandes. Aber es gibt Genossinnen, die auf Grund ihrer früheren Tätigkeit, aus Traditions- und Zweckmäßigkeitsgründen und weil es auch ihr gutes Recht ist, noch Mitglieder anderer Organisationen sind, das Parteistatut ist für sie maßgebend. Worauf es ankommt, ist, daß man alles fernhält, was zellenbauerische Tendenz hat. Alle Bestrebungen müssen mit Wachsamkeit abgewandt

werden, die sich vielleicht auf Kosten oder den Schultern unsrer Organisation aufbauen oder stützen wollen. Aber das ist von Fall zu Fall von den Organisationen draußen oder vom Parteivorstand zu erledigen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Lipinski:** Zur Ergänzung des Berichtes hat für den Reichsbildungsausschuß das Wort der Genosse Heinrich Schulz.

Reichsbildungsausschuß

Heinrich **Schulz** (Parteivorstand): Der Abbau, dieser unerwünschte und unbarmherzige Diktator unserer Zeit hat seine harte Hand auch auf das Bildungs- und Kulturleben gelegt. Das ist begreiflich, da die Kultur ihre realen Werte für das Zusammenleben der Menschen nicht so unmittelbar und greifbar und zählbar nachweisen kann wie wirtschaftliche Einrichtungen. Ich spreche es aber gern aus, daß sich der Abbau im Bildungswesen der Partei bisher noch eine wohltuende Zurückhaltung auferlegt hat. Ich bitte die Genossen, auch weiterhin dem Bildungswesen mit der nötigen Schonung zu begegnen, wie ich die in der Bildungsarbeit tätigen Genossen bitte, sich bei ihren Forderungen auf das Notwendige zu beschränken. So fordern die Hamburger Genossen in einem Antrag die Einrichtung einer Reichsparteischule. Wie sympathisch ich persönlich diesem Antrag gegenüberstehe, brauche ich nicht zu betonen, dennoch bitte ich, ihn nicht anzunehmen, sondern nur dem Parteivorstand zu überweisen. Ich bin ehrlich genug, zuzugeben, daß wir im laufenden Jahre den Antrag nicht verwirklichen können, weil es die allgemeine Not der Zeit verbietet. Bis auf weiteres müssen wir Ersatz durch Bildungseinrichtungen anderer Art schaffen.

Ich richte die Bitte um Schonung auch an die Genossen und Genossinnen, die in Reich, Ländern und Gemeinden als Regierende, Verwaltende und Abgeordnete tätig sind. Bei den rücksichtslosen Durchforstungen und Baumschlägen in den Haushalten trifft die Wucht des Schlages zumeist die Ausgaben für das Kulturwesen. Dabei handelt es sich durchweg nur um geringe Summen, an die aber sehr hohe kulturelle Werte gebunden sind.

Auch die Massenarbeitslosigkeit spielt in diese Frage hinein, einmal dadurch, daß die Arbeitslosen bei der wirtschaftlichen Grundlegung der Bildungsarbeit ausfallen und sie dadurch erschweren, andererseits dadurch, daß gerade für die Arbeitslosen geeignete Bildungsmaßnahmen dringend notwendig sind. Es ist von den Gewerkschaften und den Volksbildungsorganisationen aller Richtungen an das Reich ein Gesuch gerichtet worden, für kulturelle Veranstaltungen für die Arbeitslosen einige Millionen freizumachen. Leider ist dem Gesuch nicht in dem gewünschten Maße stattgegeben worden. Immerhin sind einige Maßnahmen für erwerbslose Jugendliche getroffen worden.

Aber ich muß noch auf eine andere Abbaugefahr hinweisen, die nicht auf wirtschaftlichem Gebiet liegt. Kulturreaktionäre aller Richtungen suchen die politische Situation auszunutzen, um einige Freiheiten der Republik abzubauen. Besonders auf dem Gebiet des Filmwesens. Was neuerdings an Verboten von Filmen geleistet wird, artet allmählich zu einem kulturellen Skandal aus. Es ist notwendig darauf hinzuweisen, daß wir in Deutschland eine Zensur grundsätzlich nicht mehr haben. Wenn bei der Verfassungsberatung in Weimar beim Filmwesen eine Ausnahme gemacht wurde, so habe ich persönlich diese schwache Stunde in Weimar stets sehr bedauert. Wir sind damals aus der allgemeinen Toleranz der Republik heraus den Einflüsterungen von der rechten Seite des Hauses gefolgt, insbesondere auch weil in der unmittelbaren Nachkriegszeit einige Filmproduzenten die neue Freiheit gar zu arg mißbrauchten. Aber die damaligen Gründe für eine Filmzensur sind längst dahin. Die Filmproduzenten sind vorsichtiger geworden. Im übrigen muß für die Filmkunst wie für alle anderen Künste die Zensur der öffentlichen Kritik genügen. (Sehr richtig!) Mit dem Wegfall der Gründe, die damals für die Filmzensur sprachen, ist leider die Filmzensur selbst nicht gefallen. Sie greift heute sogar auf Gebiete über, die sie gar nichts angehen. So war das Verbot eines Parteifilms und die Begründung dafür unerhört. Das Verbot des Remarque-Films ist geradezu zu einer Katastrophe für unser Ansehen im Ausland geworden. (Sehr richtig!) Es ist ein unerhörter Mißbrauch des Lichtspielgesetzes, wenn es sogar zur Beschränkung der politischen Meinungsfreiheit benutzt wird. (Sehr richtig!) Übrigens ist es den vereinten Bemühungen von Partei und Gewerkschaften gelungen, den hervorragenden zeitgeschichtlichen Remarque-Film wenigstens für geschlossene Veranstaltungen frei zu bekommen. Ich hoffe, daß in wenigen Tagen die endgültige Entscheidung fällt. Dann können alle Parteivereine, Gewerkschaften und sonstige Organisationen in geschlossenen Veranstaltungen diesen Film vorführen. Wir bitten, davon möglichst großen Gebrauch zu machen.

Neuerdings werden die Bemühungen mit neuen Mitteln fortgesetzt, den Film zu einem Bildungsmittel für die Arbeiter zu machen und zwar nicht nur für die allgemeine Bildung, sondern auch für eine besondere Einführung in den Sozialismus. Sie haben gestern abend in diesem Saal den Versuch miterlebt, durch den Film „Des Geistes Schwert" den Marxismus zu erklären. Dieser Film ist gewiß noch nicht in allen Teilen geglückt, man muß aber ohne weiteres den guten Willen und auch manche Einzelheiten dieses Films anerkennen. Vielleicht haben sich die Produzenten die Aufgabe noch zu schwer und zu umfassend gestellt, sie werden bei weiteren Versuchen lernen. Jedenfalls wollen wir sie durch ein freundliches Wort der Anerkennung gern aufmuntern, mit ihren Versuchen fortzufahren.

Weit in den Vordergrund auch der sozialistischen Bildungsarbeit ist in den letzten Jahren der Rundfunk getreten. Es ist beispiellos, mit welcher Schnelligkeit und Intensität und in welchem Umfang das Funkwesen die gesamte Kulturwelt erobert hat, welche ungeahnten Wirkungen von dieser wunderbaren technischen Erfindung ausgehen! Ich kann auf Einzelheiten nicht eingehen, möchte aber aussprechen, daß wir erst am Anfang dieser Bewegung stehen. Wir Sozialdemokraten, besonders die sozialistische Bildungsarbeit, haben die Pflicht, aus politischen und kulturellen Gründen diesem Faktor unbegrenzter Möglichkeiten die größte Aufmerksamkeit entgegenzubringen und intensiv am Funkwesen mitzuarbeiten. Es will immerhin schon etwas bedeuten, daß bei dem Sozialdemokratischen Kulturtag in Frankfurt a. M. im Herbst 1929 die für diesen Zweck neu geschaffene Arbeitermusik auf fast alle Sender Deutschlands und damit gleichzeitig vor das Ohr von ganz Deutschland und darüber hinaus gebracht werden konnte. Nicht minder erfreulich ist der jüngste Fortschritt: daß wir auf den Deutschlandsender und gleichzeitig auf fast alle übrigen Sender eine würdige Maifeier bringen konnten. Weitere neue Nutzungsmöglichkeiten des Funks sind in Vorbereitung; sie lehnen sich neuerdings besonders an das gemeinsame Abhören von Veranstaltungen an. Die deutsche Welle wird im nächsten Winter besondere Abhörabende für diesen Zweck einrichten. Aber auch jede andere Funkdarbietung kann für gemeinsamen Empfang benutzt werden. Ganz allgemein kann ich nur die Parole ausgeben: Mitarbeiten überall, wo man nur kann, und von allen Organisationen, die in Betracht kommen: Partei, Gewerkschaften, Bildungsbewegung, Jugend-, Sport-, Gesangbewegung und nicht zuletzt der Arbeiterradiobund. Der sozialistische Einschlag fehlt noch sehr in dem Programm der verschiedenen Sender. So sind in dem mir soeben zugegangenen Juliprogramm der deutschen Welle sozialistische Redner nur in sehr geringem Maße vertreten. Bei allen Sendern müssen unsere Organisationen auf dem Posten sein. (Sehr richtig!)

Auf die Jugendbewegung, die Kinderfreundebewegung brauche ich nicht einzugehen. Es ist bereits gestern geschehen. Auch die Versuche, neue Formen

kulturell gehobener Geselligkeit zu schaffen, will ich nur im Vorbeigehen streifen. In wenigen Tagen wird hier in Leipzig eine Konferenz stattfinden, die sich mit der Geselligkeits- und Festkultur befaßt. Ich wünsche den Beratungen selbstverständlich besten Erfolg, würde mich aber freuen, wenn die Veranstaltung auch zu solchen Bereicherungen der sozialistischen Festkultur Stellung nehmen würde, die mir hier in Leipzig überreicht worden ist und die ich persönlich nicht als solche ansehen kann.

Es ist mir ein Song übergeben worden, der im Arbeiter-Theaterverlag Alfred Jahn, Leipzig, erschienen ist, Nr. 5, „Bonzentanz", Worte und Musik von Lobo Frank, ein Name, den ich auch „auf den Festprogrammen dieses Parteitages gesehen habe. Es heißt da als „Spielanmerkung":

In die Mitte des Podiums stellt man einen auf Pappe gemalten roten Dachgiebel, mit einem großen runden Fahnenlochausschnitt, um den die Arbeiter rechts und links gruppiert sind. Der Bonze steckt zu den betreffenden Textstellen seinen Kopf durch das Fahnenloch. Es macht dem Spiel keinen Abbruch, wenn stets der gleiche Bonze heraussieht. Die Wirkung wird aber gesteigert, wenn der Darsteller jeweils durch Hornbrille, Kneifer, Schnurrbart oder hinter das Ohr gesteckten Federhalter, sowie beim Tanz durch jeweils andere Körperhaltung den Bonzen flüchtig charakterisiert. Auch soll der Bonze, im Gegensatz zu den Arbeitern, möglichst vornehm gekleidet sein. Bei „Darf ich bitten" kommt er hinter dem Giebel hervor, nach dem Tanz verschwindet er schnell wieder hinter ihm. Das Ganze kann als lustige Improvisation wirken.

1.

Arbeiter (singen):

Wir haben gebaut ein schönes Haus,
ein rotes Gewerkschaftshaus.
Der Bonze, der guckt zum Fahnenloch heraus,
zum Fahnenloch heraus.

Bonze (steckt den Kopf durchs Fahnenloch und kommandiert):

Aufgepaßt! Angefaßt!
Nicht gemuckt! Nicht gezuckt!
Der Sozialismus, der marschiert!

Arbeiter (schrecken wie mechanische Puppen scherzhaft zusammen; dann lachen sie herzhaft auf):

Ha ha ha ha ha ha ha ha! Ha ha ha ha ha ha ha ha,
ha ha, ha ha!
(Sie nähern sich mit harmlosem Spott dem Giebel.)
Lieber Bonze, komm herunter!
Alles geht schon drauf und drunter!
Lieber Bonze, reih' dich ein,
denn du willst ja, denn du willst ja
auch Prolete sein!

Ein Arbeiter (spricht mit einer scherzhaften Einladung zu dem Bonzen).

Darf ich bitten, Herr Stadtrat?!
(Die Arbeiter holen den Bonzen hinter dem Giebel hervor.)

Ein anderer Arbeiter (tanzt mit dem Bonzen).

Die Übrigen (singen dazu und klatschen dabei in die Hände):

Laßt die Bonzen tanzen,
eh' sie dick und rund.
So ein kleiner Dreher
ist ja so gesund!

Der Bonze (bleibt, nach Atem ringend, stehen und ruft):

Auto! — Auto! — (Verschwindet hinter dem Giebel.)

Nachdem man so den Gewerkschaftshausbonzen durchgehechelt hat, kommt der Bonze für das rote Konsumhaus dran, dann der Bonze für das rote Turnerhaus und schließlich der Bonze für das rote Jugendhaus.

Ich bitte mich nicht mißzuverstehen! Wer keinen Humor, keine Satire vertragen kann, auch wenn sie sich gegen ihn selbst richtet, soll sich begraben lassen. Aber dieser „Bonzentanz" ist weder geistvolle Satire, noch ein heiterer Festbeitrag. Er soll lediglich den Zweck haben, in die gleiche Kerbe der Verhöhnung der älteren Genossen zu hauen, von der wir auf diesem Parteitag einiges erlebt haben. So kann man aber junge Parteigenossen nicht zur Freude an der Partei erziehen. (Sehr richtig!)

Ich muß noch auf zwei Anträge eingehen, die Ihnen gedruckt vorliegen. Antrag 185 will eine Sozialistische Hochschulgemeinschaft schaffen. Wie wichtig sie ist oder doch werden kann, brauche ich nicht mehr darzulegen, das hat Genosse Berlowitz gestern eingehend getan. Was wir Ihnen zur Annahme empfehlen, ist von allen beteiligten Organisationen unter Führung des Parteivorstandes in eingehender Besprechung ausgearbeitet worden. Ich bitte Sie, diese Resolution einstimmig anzunehmen. Ich verspreche mir davon eine starke Wirkung auf den studentischen Nachwuchs.

Antrag 184 will besonders Berufsgruppen und Arbeitskreise, die sich in der Partei gebildet haben, in geeigneter Weise zusammenführen und in unsere Bildungsarbeit einfügen. Bei den sozialistischen Lehrern ist dies schon seit langen Jahren der Fall und die Zusammenarbeit hat sich aufs beste bewährt. Wir möchten aber auch den besonderen Sachverstand der sozialdemokratischen Juristen und Ärzte und die neu zu schaffende Hochschulgemeinschaft zur zweckmäßigen Zusammenarbeit miteinander gewinnen statt sie ohne Zusammenhang oder gar gegeneinander wirken zu lassen. Diese neue Zusammenfassung macht zur Bedingung, daß alle, die an ihr teilhaben, der Partei angehören müssen und daß die ganze Arbeit dieser Parteikreise an die Parteiarbeit und Parteiaufsicht gebunden ist. Die Arbeitskreise sollen, wie ich noch besonders betonen möchte, innerhalb der Gemeinschaft die für ihre Arbeit notwendige Selbständigkeit behalten. Auch für diesen Antrag bitten Parteivorstand und Parteiausschuß um Ihre Zustimmung.

Noch eine kurze Schlußbemerkung! Im September dieses Jahres werden es 25 Jahre, daß der Mannheimer Parteitag den Zentralbildungsausschuß eingesetzt und damit einen neuen Abschnitt unserer sozialistischen Bildungsarbeit eingeleitet hat. Wir wollen die Erinnerung an diesen Tag durch eine allgemeine Werbung für die sozialistische Bildungs- und Kulturarbeit begehen. Das Thema soll lauten: Bildung und Politik. Wir wollen durch diese Veranstaltung, zu der wir alle parteigenössischen Bildungsorganisationen aufrufen, für den Bund von Politik und Bildung demonstrieren, für eine Politik, die nicht mit Schlagworten und Schlagringen, sondern mit schlagenden Beweisgründen arbeitet, und für eine Bildung, die nicht lebensfremd in der ungeheuren Bildungsmasse herumstochert, sondern die sich Ziel und Richtlinien vom Sozialismus geben läßt und praktisch wieder in die politische Arbeit der Sozialdemokratie einmündet. So soll gewissermaßen das bekannte Wort unseres alten Wilhelm Liebknecht als Motto über dieser großen Demonstration stehen: Wissen ist Macht und Macht ist Wissen! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Kontrollkommission

Referent **Wilhelm Bock** (stürmisch begrüßt): Liebwerte Genossinnen und Genossen! Mein Bericht umfaßt die Geschäftszeit vom Magdeburger Parteitag bis heute.

Die Kontrollkommission hat, wie üblich, an jedem Quartalsschluß die fällige Revision vorgenommen.

Zwischenrevisionen erübrigten sich, da die Führung unseres Kassenwesens in mustergültiger Art vor sich geht.

Bei allen Revisionen stellten die Kontrolleure fest, daß Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung waren.

Bei der Größe und dem Wachstum der Partei hat sich die Zahl der Angestellten und die Zahl der Institute und Einrichtungen zu einem mächtigen Apparat ausgewachsen. Sie finden das alles geordnet im Jahrbuch registriert. Da dasselbe aber nicht allgemein gelesen wird, bringe ich hier nur den Hauptteil zur Kenntnis der Öffentlichkeit.

Die Partei arbeitete mit einem Etat im letzten Jahre von 4 104 004,60 Mark, hat 162 Angestellte und 65 Bezirkssekretäre. An Einrichtungen sind vorhanden: Der Reichsausschuß für Bildungswesen, die Konzentration, das Pressebüro, der Bücherkreis, das Archiv, die Arbeiterwohlfahrt, die Sozialistische Arbeiterjugend, die Inseraten-Union A.-G., die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, der Buchhandel, der Film- und Lichtbilddienst. Unter der Leitung der Partei werden herausgegeben: „Die Gesellschaft", „Das Freie Wort", die „Sozialistische Bildung", „Die Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz", „Der Wahre Jakob", die „Frauenwelt", die „Gemeinde".

Was für eine gewaltige Arbeit alle diese Einrichtungen erfordern, wenn alles tadellos, wie bisher, funktionieren soll, darüber mögen die Mitglieder auch einmal nachdenken. Die „Bonzen" sitzen bei uns nicht nur auf dem Drehstühlchen, es muß jeder sein Arbeitsquantum erledigen.

Auch einen Teil dieser Institute haben wir kontrolliert, über die anderen ließen wir uns berichten und informieren. Hinzu kommen noch die Verwaltung der Häuser Lindenhaus A.-G. und Belle-Alliance-Platz sowie das Bebel- und Marx-Haus.

Wenn ich schon auf dem letzten Parteitag über die in unserem Kassenwesen herrschende Ordnung unserer Freude Ausdruck gab, so gilt auch heute noch, daß wir mit Stolz auf unsere Verwaltung blicken können, wenn in einer Zeit der Überkorruption, der grassierenden Unterschlagungen und der epidemischen Betrügereien bei uns alles in Takt ist.

Ehrlichkeit und Treue sind zwar Selbstverständlichkeiten, aber die zahllosen Abweichungen in gegnerischen Lagern zeigen uns, daß die Sozialdemokratie unseren Feinden auch auf diesem Gebiet als Vorbild dienen kann. (Bravo!) Alle notwendigen und geschäftlichen Angelegenheiten der Partei haben wir, Parteivorstand und Kontrollkommission zusammen, in gemeinsamen Sitzungen besprochen.

Am 6. Oktober fand auf Einladung des Vorstandes eine gemeinsame Sitzung statt, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Außerdem hat die Kontrollkommission an sämtlichen Sitzungen des Parteiausschusses teilgenommen. Beschwerden gingen der Kontrollkommission zwei zu, eine gegen den Bezirksvorstand der Pfalz von der Ortsgruppe Rheingönheim, die zweite vom Genossen Dünhoff (Hagen i. W.) gegen die Konzentration.

Die Beschwerde Rheingönheim richtete sich gegen den Bezirksvorstand Ludwigshafen. Der Bezirksvorstand hatte am 7. und 8. Juli einen Antrag auf Beitragserhöhung mit 111 gegen 56 Stimmen abgelehnt. Eine Konferenz des Unterbezirks Ludwigshafen hat die Erhöhung des Beitrags mit 28 gegen 22 Stimmen beschlossen. Die Beschwerdeführer machten geltend, daß der Unterbezirksparteitag kein Recht habe, den Beitrag zu erhöhen, nachdem der Bezirksparteitag dies abgelehnt hat. Sie beschwerten sich weiter, daß ein Antrag auf schriftliche Abstimmung über die Erhöhung der Beiträge unberücksichtigt blieb, und wollten wissen, ob sie für ihren Ort eine Beitragserhöhung ablehnen könnten.

Nun hat am 1. Februar 1930 der Bezirksvorstand der Neustadt einstimmig beschlossen, den Beitrag auf 70 Pfennig zu erhöhen. Der Bezirksausschuß hat diesem Beschluß zugestimmt. Damit ist § 12 des dortigen Parteistatuts erfüllt,

der besagt, daß der Bezirksvorstand und Bezirksausschuß die Höhe des Beitrags festsetzen. Wir ersuchten die Mitglieder, den rechtmäßig zustandegekommenen Beitragsbeschluß zu beachten, da ohnedies der Bezirk Ludwigshafen die niedrigsten Beiträge zahlte.

Die Beschwerde des Genossen Dünhoff war sehr umfangreich, und zur Beratung war Dünhoff selbst erschienen. Er erklärte, daß er mit seiner Beschwerde nicht bezwecke, in seine Stellung, aus der er entlassen war, wieder eingesetzt zu werden. Hauptgrund seiner Beschwerde sei, daß er und seine Familie von dem Makel befreit werden, die durch die Art und die Gründe, die angeblich zu seiner Entlassung geführt hätten, ihm ungerechtfertigterweise unterschoben worden seien. Hauptsächlich sei ihm der Vorwurf gemacht worden, daß er zu hohe Spesen berechnet habe. Er schilderte die Schwierigkeiten, die er bei seiner Berufung und Geschäftsführung gefunden habe. Ein mit Schulden überlastetes Geschäft in einem Ort, in dem die Parteiverhältnisse im Aufbau ungünstig gewesen seien. Trotzdem sei es ihm gelungen, den Grund zu einer günstigen Entwicklung des Parteigeschäftes zu legen, den es nunmehr nehmen könne.

Die Genossen Konrad Ludwig und Rupprecht betonten, daß niemand dem Genossen Dünhoff unlautere Motive unterstelle oder daß er sich bereichert habe. Auch seine Fähigkeit habe man anerkannt. Die Lage des Geschäfts habe aber erfordert, daß größte Sparsamkeit hätte obwalten müssen.

Nach eingehender Beratung, an der neben dem Beschwerdeführer die Genossen Rupprecht und Ludwig teilnahmen, stellte die Kontrollkommission ihre Auffassung wie folgt fest: Die mißliche Lage des Geschäftes in Hagen in Westfalen, insbesondere die ungenügende Leserzahl der Parteizeitung kann nicht nur dem Beschwerdeführer zur Last gelegt werden, sondern ist mit auf die ungünstigen Verbreitungsgebiete zurückzuführen. Genosse Dünhoff hat in Verkennung dieser Lage dem Geschäft Ausgaben zugemutet, insbesondere Spesen verausgabt, die das kleine Geschäft nicht tragen konnte. Die Kontrollkommission hat aber nicht den Eindruck gewonnen, daß der Beschwerdeführer aus Eigennutz oder zu seinem Vorteil handelte. Die Konzentration A.-G. hat die Entlassung des Geschäftsführers Dünhoff durch die Gesellschafter gefordert. Sie hat mitgeteilt, daß sie Dünhoff für den schwierigen Posten als Geschäftsführer in Hagen nicht für geeignet hält, daß er aber in einem anderen, seiner Begabung und seinen Fähigkeiten besser entsprechenden Platze erfolgreich arbeiten könne.

Der Verkehr zwischen Parteivorstand und Kontrollkommission war ein kollegialer, wie er auch unter dem größten Teil der Genossen üblich ist. Eine Beschwerde gegen den Parteivorstand ist in den letzten beiden Geschäftsjahren nicht eingegangen — ein Beweis seiner mustergültigen Führung. Nur unter einem solchen Impuls ist es zu verstehen, daß die Entwicklung der Partei trotz der Todfeindschaft von rechts und links und des antimarxistischen Spießbürgerblocks der Mitte sich so glänzend entwickeln konnte, indem sie ihre Mitgliederzahl über eine Million steigerte. Deshalb halten auch wir, die Kontrollkommission, uns für verpflichtet, allen Werbern für ihre Mühe und Arbeit unseren innigsten Dank abzustatten.

Nicht zu vergessen die glückliche Wahl der Parole des Genossen Wels: Wo bleibt der zweite Mann?

Diese um 50 000 überschrittene Million Mitglieder und deren Einfluß auf die Massen repräsentieren eine Macht, die der grenzenlosen Mißwirtschaft des Kapitals ein Ziel setzen wird. Aber diese Macht wird und kann sich nur dann voll und ganz auswirken, wenn die Sozialdemokratische Partei in allen Handlungen einig und geschlossen vorgeht. Dann, aber auch nur dann sind wir des Erfolges sicher. Fehler, wie wir sie in jüngster Zeit erlebten, dürfen sich nicht wiederholen. Es könnten ja sonst noch andere Gruppen mit demselben Recht geltend machen, wenn zum Beispiel die religiösen Sozialisten, die Freidenker, die Sportler, die Alkoholgegner, Gewerkschafter usw. ihre Eigenart in der Partei

durchsetzen wollten. Jetzt ist die Sozialdemokratie die stärkste Säule des Menschentums. Dann würde sie das lächerliche Gebilde der Zwietracht.

Ich habe schon in meinem letzten Bericht gesagt: Eine Millionenpartei muß im eigenen Interesse allen ihren Gliedern freie Meinungsäußerung und das unbeschränkte Recht der freien Kritik gewähren, so daß jede Frage durch und durch kritisiert werden kann. Sobald aber die Partei und ihre Vertretung mit Mehrheit einen Beschluß faßt, muß sich die Minderheit dem unterordnen. Wir haben auch in früheren Jahrzehnten Parteidifferenzen gehabt. Ich erinnere nur an die Dampfersubventionen, die Zollfragen, die Budgetfragen usw. Bei keiner dieser Fragen war aber die Situation für die Partei, für die gesamte sozialistische Bewegung eine so prekäre Lebensfrage, wie sie mit dem Panzerkreuzer zusammenhing. Bei den großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, denen wir entgegengehen, spielt der Panzerkreuzer gar keine Rolle, denn es geht fortan ums Ganze.

Was unser Karl Marx vor 70 Jahren prophezeit hat, daß die Großindustrie das Handwerk auffauge, dann den Mittelstand in der gleichen Weise zerrütte, und die Industrie sich immer mehr kartelliere und so den Gipfelpunkt der Kartelle und Trusts erzwinge, wo sich die Akkumulation des Kapitals in wenigen Händen konzentriert, dieser Zustand ist heute erreicht. Ein Gesellschaftszustand, der es aber nur ermöglicht, einigen Hunderttausend Menschen unermeßliche Reichtümer zuzuschanzen, während Abermillionen Menschen buchstäblich hungern und darben, ist dem Untergang geweiht. Diese Gesellschaftsunordnung, die Millionen Arbeitslose hindert, ihren hungernden Familien die nötige Nahrung und Gebrauchsgegenstände zu erarbeiten, die Millionen langsam Hungers sterben läßt, während sie die ausländischen Banken mit Milliarden belagert, eine solche Gesellschaft ist nicht wert, noch einen Tag zu existieren. An Stelle dieser wollen wir die freie, auf den Grundsätzen der Gleichheit und Solidarität errichtete Gesellschaft. Die Industriemagnaten lassen es sich jetzt Millionen kosten, um sich eine eigene Prätorianergarde zu schaffen, die Nazis, die, wenn der Hunger und die Verzweiflung ihre Kapitalistenherrschaft bedroht, alles blutig niederschlagen soll; die Millionen opfern sie gern, weil sie diese durch Lohnabbau herausschlagen.

Darum auf zum Kampf gegen jede Tyrannei, gegen jede Art wirtschaftlicher Versklavung, gegen die Knechtung des Geistes! Auf und vorwärts zum Menschentum! (Lebhafter Beifall.)

Genossen, noch einige Worte! Ich wollte, ich könnte Sie beschwören, jedes meiner Worte zu beherzigen. Ich habe im Laufe der Jahre, die ich nun der Partei gedient habe, auch schwere Spaltungen durchgemacht. Ich habe noch immer erlebt, daß diese Spaltungen dann beseitigt wurden, wenn die drückendste Not beide Teile der Partei dazu zwang. Ich will nicht näher darauf eingehen, sondern nur fragen: Steht nicht vor unseren Augen hellodernd die Flamme der Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten? Die Folge dieser Spaltung ist bisher gewesen, daß die Lage der arbeitenden Klassen erheblich zurückgegangen ist. Allein durch die Spaltung war es den Kapitalisten möglich, die an sich schon armseligen Löhne noch zu reduzieren, die Renten der armen Kriegsinvaliden und der Sozialrentner auf ein Minimum zu beschränken. Denken Sie! Wir sind 143 Abgeordnete im Reichstag; die Kommunisten haben 74 Abgeordnete. Wenn diese beiden Parteien zusammen wären, hätten wir im Reichstag 215 Abgeordnete. 30 Abgeordnete verlieren wir bei jeder Wahl durch den gegenseitigen Kampf. Wir könnten also im ganzen etwa 250 Abgeordnete haben. Hält es jemand unter diesen Umständen für möglich, daß die heutige Gesellschaft imstande wäre, den Arbeitern so ungeheure Lasten aufzuzwingen? (Zustimmung.) Das wäre absolut unmöglich. Wir können nicht vorwärts kommen, solange die Spaltung dauert. Ich möchte beinahe sagen: Laßt alle Hoffnung fahren; solange die Spaltung dauert, können wir nichts erreichen! Es wird die allerhöchste Zeit, daß wir den Mahnruf von Marx: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! im vollsten Sinne beherzigen und danach trachten, wieder zusammenzukommen. Wir müssen den kommunistischen Arbeitern sagen: Wenn ihr eure Lage bessern wollt, müßt ihr euch mit uns vereinigen! Deshalb bitte ich Sie, Genossinnen und Genossen, die Parole in alle Welt hinauszurufen: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Ich würde mich freuen, es noch zu erleben, daß der größte Teil der deutschen Arbeiterklasse in einer Partei vereinigt dem Sozialismus entgegenmarschiert. (Lebhafter Beifall.)

Aussprache zum Bericht des Parteivorstandes

Vorsitzender **Lipinski:** Zu diesem Gegenstand der Tagesordnung gehören folgende Anträge: 26 Abs. 4, der zurückgestellt war, 184, 185, 205, 207 und 208, ferner ein noch nicht gedruckter Antrag, der den Parteivorstand beauftragen will, den schärfsten Kampf gegen die Notverordnung aufzunehmen. Die Anträge 105, 108, 132 und 134 sind zurückgezogen. Der Parteiausschuß empfiehlt, den Antrag 111 abzulehnen, falls er nicht zurückgezogen wird. Zur Debatte stehen ferner die Anträge 136 bis 173.

Frau **Zabe** (Hamburg): Parteigenossen- und -genossinnen! Ich habe unserer Opposition ein kurzes Wort zu sagen. Ich kenne sie seit Weimar und hatte die Empfindung, daß sie Opposition um der Opposition willen macht. Es ist ihr sehr schwer, die Mitglieder, die sie jetzt auf einen bestimmten Dreh gebracht hat, immer das Gegenteil von dem zu sagen, was der Parteivorstand sagt, wieder abzudrehen. Es wäre aber doch die allerhöchste Zeit, daß sich auch die Opposition zu praktischer Arbeit stellte. (Zurufe.) Es ist tief bedauerlich, daß unsere Gegner nur die Presse der Opposition gegen uns anzuwenden brauchen, um genügend Material gegen uns zu haben. (Zustimmung.) Opposition soll sein, aber sie muß sachlich sein und kann dann auch manchmal wegweisend sein. So erfreulich es ist, daß wir einen Mitgliederzuwachs haben, so wollen wir uns damit doch nicht zufrieden geben, sondern systematisch weiterarbeiten. Ich wünschte besonders, daß die Frauen der Partei mehr beiträten. Wenn wir berücksichtigen, daß gerade die Frauen von den Nöten der Zeit besonders stark beeinflußt werden und nicht genügend Zeit haben, um zu agitieren, dann möchte ich von dieser Stelle aus an die Genossen die Bitte richten: unterstützt unsere Frauen mehr bei ihrer Arbeit! Ihr müßt anerkennen, in wie hohem Maße die heutige Zeit an die Frau Ansprüche stellt.

Es war gut, daß dieser Parteitag, besonders der Parteivorstand, zur Frage der Erwerbstätigkeit der Frau Stellung genommen hat. Wir müssen über diese Dinge mehr als bisher in den Mitgliederversammlungen sprechen, damit nicht unsere eigenen Mitglieder ein Opfer irregeleiteter Agitation werden. (Sehr wahr!) Wir müssen die Angriffe der Nationalsozialisten auf die verfassungsmäßigen Rechte der Frau vielmehr als bisher in Wort und Schrift verbreiten. Die Anträge, die im Reichstag von diesen gegen die Erwerbstätigkeit der Frau gestellt worden sind, zeigen eine außerordentliche Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen wir uns befinden. So fordern die Nationalsozialisten eine Prüfung, ob an Stelle einer erwerbstätigen Frau nicht immer ein Mann gesetzt werden kann. Sie verlangen, daß verheiratete weibliche Beamte und Angestellte entlassen werden, auch in der Privatwirtschaft. Das zeigt, wohin der Weg geht. Diese Leute geben damit nur ihre Dummheit zu erkennen. Denn nicht nur jede Frau kann ein Mann in Frage kommen. Denken Sie z. B. an die Hauswirtschaft, die Textilbranche, die Damenschneiderei und all die anderen Arbeiten, die schon rein traditionell der Frau zukommen, und für die auch eine gewisse Berufsausbildung erforderlich ist. Wenn solche Dummheiten in die Welt gesetzt werden, müssen wir durch unsere Presse, durch Flugblätter, Reden

und Rundfunk allen Frauen klar machen, in welcher Gefahr sich ihre Freiheiten befinden. Denken Sie an die vielen Frauen, die heute arbeiten müssen, um ihre Familie vor Elend zu bewahren, die arbeiten müssen, weil der Mann erwerbslos ist, zu wenig verdient oder krank ist.

Wir Frauen müssen erklären: mit solchen Forderungen will man die Frau wieder zur Sklaverei herabzwingen, solche Forderungen stellen einen Kulturrückschritt dar. Auch in unseren Mitgliederversammlungen müssen wir zu dem ganz aktuellen Problem der Geburtenregelung Stellung nehmen. Es handelt sich dabei nicht nur um Frauenthemen, sondern um Menschheitsfragen. Die deutschen Frauen haben in den Jahren nach dem Kriege mehr Verständnis für diese Fragen gezeigt als viele rückständige Richter und Ärzte. Wenn heute von dem geringen Volkseinkommen 8 Millionen Menschen mehr ernährt werden müßten, in welcher Notlage würden wir uns dann befinden! Ist es denn noch länger tragbar, daß sich all die Schwachsinnigen, die Krüppel, Tuberkulösen und Verbrecher vermehren! Wäre es nicht endlich an der Zeit, auch hier gesetzliche Maßnahmen zu treffen? Unsere grundsätzliche Stellung steht seit langem fest, es scheint nur, daß viele Genossen vergessen haben, welche Stellung wir zu diesen Dingen einnehmen. Wir sind für Beschränkung der Geburten, für Verhütung zu vieler Geburten, und wir wünschen, daß der Arzt in notwendigen Fällen auf Wunsch der Frau die Schwangerschaft unterbricht. Wir lassen an unserer klaren Stellung nicht rütteln. Wir müssen dafür kämpfen daß uns nicht einmal die schlechten Elemente erdrücken, die dafür sorgen, daß die Geburtenquelle in ihren Kreisen dauernd sprudelt.

Ich glaube, Parteigenossen, wenn wir diese Probleme in die Mitgliederversammlungen hineintragen und nicht in die Frauenecke schieben, werden wir auch mehr weibliche Mitglieder gewinnen. Dann werden die Männer einsehen, wie wichtig diese Frage für die Entwicklung der ganzen Menschheit ist.

Wenn wir den Sozialismus durchführen wollen, dann gehört dazu auch die gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen. Nur wenn wir auf dem gleichen Boden stehen, kommen wir zum Sozialismus. Je kameradschaftlicher wir arbeiten, um so näher kommen wir unserem Ziele, um so mehr Stoß- und Werbekraft haben wir. (Beifall.)

Bieligk (Leipzig): Parteigenossen! Es liegt ein Antrag vor, der die Einsetzung einer Organisationskommission zur Vorbereitung eines neuen Organisationsstatuts verlangt. Diesem Parteitag liegen ungefähr 40 Anträge zum Organisationsstatut vor. Es ist ganz ausgeschlossen, alle diese Anträge sachlich zu erledigen, andererseits aber zeigt die große Zahl dieser Anträge, daß in der Partei ein starkes Verlangen nach einer Reform des Organisationsstatuts vorhanden ist.

Das ist auch kein Wunder; denn der Rahmen unserer heutigen Parteiorganisation ist vor etwa 25 Jahren geschaffen und nur gelegentlich verändert worden. In den 25 Jahren ist aber eine gewaltige Entwicklung auf allen Gebieten vor sich gegangen, auch in dem Organisationswesen der anderen Klasse und in unserer Partei selbst. So oft wird über die Überorganisation innerhalb der Arbeiterbewegung geklagt. Die Schaffung von neuen Unterabteilungen und Unterorganisationen gibt Veranlassung zu solchen Klagen; denn der Parteisekretär findet sich wirklich in den einzelnen Verzweigungen heute nicht mehr zurecht. Je höher das Organisationsgebäude der Sozialdemokratie geworden ist, um so ernster taucht die Frage auf, ob die Organisation auch die Beweglichkeit hat, die sie haben muß, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen soll. Der Parteitag muß deshalb dafür sorgen, daß die Organisation einer Reform unterzogen wird, daß hierfür gründliche Vorarbeit geleistet wird.

Vor einigen Monaten ist über das Organisationsproblem in der proletarischen Bewegung ein Buch erschienen, auf das der Genosse Westphal eingegangen ist. Genosse Westphal hat in seinem Bericht einen Angriff gegen die Marxistische Buchgemeinde und insbesondere gegen den zweiten Band der Roten

Bücher unternommen. Er hat aus dem rund 2 000 Druckzeilen umfassenden Buch vier Zeilen zitiert, um zu beweisen, daß die marxistische Buchgemeinde im großen und ganzen parteischädigend sei, daß der Genosse Bieligk im besonderen nicht nur Entgleisungen begeht, sondern daß er mit seinem Buch eine ganz bestimmte Absicht verfolgt. In diesem Buch wird das Organisationsproblem der proletarischen Klasse dargestellt und besonders auch gegen jene oberflächliche Auffassung Stellung genommen, als seien alle Fehlschläge im proletarischen Kampf auf die Führer, auf Arbeiterverrat usw. zurückzuführen; es wird eingehend untersucht, wieso die Organisation nicht anders ist, warum die heutige Politik getrieben wird. Aber daß die Meinungen über die Politik, die die Arbeiterklasse seit 16 bis 17 Jahren treibt, innerhalb der Sozialdemokraten auseinandergehen, ist kein Geheimnis. Ebenso wie die Sozialdemokratie diese verschiedenartige Beurteilung verbieten kann, sollte der Versuch unternommen werden, mit herausgefischten Zitaten die anderen Genossen zu diffamieren und zu verhindern, daß andere Meinungen überhaupt noch zum Ausdruck gebracht werden können. (Vereinzelte Rufe: Sehr richtig!) Wenn ein Parteivorstandsredner diese Methode auf dem Parteitag anwendet, dann müssen wir demgegenüber verlangen, daß nach beiden Seiten mit gleichem Maß gemessen wird.

Ich will nur im Vorbeigehen auf das „Freie Wort" verweisen. Im „Freien Wort" hat Schiff polemische Artikel und hat Heilmann Artikel pro domo veröffentlicht, von denen man nicht sagen kann, daß die Partei durch sie gefördert wird. (Lebhafte Zustimmung, vor allem auf der Galerie.) Wenn Schöpilin irgendwo erklären darf, handele es sich um das Vaterland, dann stehe er zehnmal lieber an der Seite Gröners als bei den Kommunisten, obschon Gröner im Jahre 1918 das Wort geprägt hat: „Der Arbeiter, der streikt, wenn Hindenburg ruft, ist ein Hundsfott", dann muß man sagen, daß durch solche Äußerungen das Ansehen der Partei in weitesten Arbeiterkreisen geschädigt worden ist. (Sehr richtig! — Beifallklatschen auf der Galerie. Aus der Parteigeschichte der letzten 15 bis 16 Jahre sollten alle Parteiinstanzen die Lehre gezogen haben, daß weitestgehende Toleranz in der Partei dieser viel mehr nützt als Unduldsamkeit, Unterdrückung und organisatorische Gewaltmaßnahmen. (Zustimmung. — Beifallklatschen auf der Galerie.)

Nun noch ein paar Worte zu dem Antrag selbst. In den vorhergehenden Debatten ist wiederholt auf die organisatorischen Mängel hingewiesen worden. Zur politischen Führung hat eine sehr kurze Diskussion in der Zeitung stattgefunden, und es ist darauf aufmerksam gemacht worden, welche Unzulänglichkeiten sich in der politischen Führung der Sozialdemokratischen Partei geltend machen. In der Jugenddebatte ist darauf hingewiesen worden, daß auch auf diesem Gebiet organisatorische Mängel in die Erscheinung treten. Für den organisatorischen Neuaufbau, der vorgenommen werden muß, ist unbedingt erforderlich, daß die Demokratie innerhalb der Sozialdemokratie nicht nur im Parteistatut steht, sondern auch wirklich von unten nach oben zum Ausdruck gelangen kann. (Sehr richtig!) Daß es nicht so ist, beweist, daß heute von zahlreichen Bezirken verlangt wird, sie sollen sich dem Urteil der höchsten Parteiinstanz fügen, weil es nicht möglich sei, in der Zeit des Kampfes über diese Probleme zu diskutieren. Es gibt große Parteizeitungen in Deutschland, in denen eine Diskussion über politische Probleme, die auf dem Parteitag zur Entscheidung gestanden haben, überhaupt nicht ermöglicht wurde.

Vorsitzender **Lipinski** (unterbrechend): Ich halte es für unzulässig, ohne Angabe der konkreten Einzelheiten solche allgemeinen Behauptungen aufzustellen. (Sehr richtig! — Gegenruf: Die Behauptungen sind aber richtig!)

Bieligk (Leipzig): Genosse Lipinski wäre selbst imstande, darüber Auskunft zu geben. Ich habe nur zehn Minuten Redezeit und muß mich auf kurze Angaben beschränken. (Unruhe. — Zuruf: Dann mögen Sie zu den Kommunisten gehen!) Das ist die übliche Methode. Sobald ein Genosse eine abweichende Meinung zum Ausdruck bringt, wird ihm unterstellt, daß er Kommunist sei. Ich

bin seit mehr als 20 Jahren Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, länger als Breitscheid und manche anderen von euch. Ich habe bisher den geschlossenen Kampf gegen die Kommunisten geführt, weil ich weiß, welche unselige Folge die Spaltungsarbeit der Kommunisten für die Arbeiterbewegung hat, und ich verbitte mir, daß mir unterstellt wird, kommunistische Arbeit zu leisten. (Beifall, vor allem auf der Galerie.)

Zu den Ausführungen des Genossen Westphal möchte ich abschließend sagen, daß ich natürlich bei meinem Vorgehen eine bestimmte Absicht verfolgt habe. Jeder von uns hat, wenn er etwas tut, eine bestimmte Absicht. Die Absicht, die ich verfolge und die alle meine Freunde in ihren Bemühungen innerhalb der Sozialdemokratie verfolgen, ist, die Sozialdemokratie in den Stand zu setzen, die Klasse als Ganzes zu organisieren, zu mobilisieren und politisch zu aktivieren. (Beifall.)

Vorsitzender **Lipinski:** Auf meine Einwendung, daß der Genosse Bielig keine allgemeinen Behauptungen aufstellen, sondern konkrete Angaben machen soll, hat er bemerkt: „Lipinski kann darüber am besten Auskunft geben." (Hört! Hört!) Seine Ausführungen bezogen sich also auf Leipzig. Da ich Vorsitzender des Leipziger Bezirks bin, möchte ich feststellen, daß über diese Frage eine eingehende Debatte im Bezirksvorstand erfolgt ist, und daß die Behauptung des Genossen Bielig sich als unwahr erwiesen hat. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Hohmann (Duisburg): Genossinnen und Genossen! Die Parteitage von Kiel und Magdeburg haben bereits zu der freigewerkschaftlichen Organisation der Beamten Stellung genommen, und auf diesem Parteitage liegen die Anträge Nr. 164 und 165 vor. Ich habe durchaus Verständnis dafür, daß man in der gegenwärtigen Zeit sagt, die Beamtenschmerzen sind nicht die dringlichsten, wir haben augenblicklich nicht die Zeit, uns eingehend damit zu beschäftigen; trotzdem werden wir nicht umhin können, Stellung zu dem Einfluß zu nehmen, den die nationalsozialistische Bewegung auf die Beamten, besonders im letzten Jahre, genommen hat. Mit den bürgerlichen Mittelschichten sind zweifellos auch viele Beamten zu den Nationalsozialisten gestoßen. Ich erkenne durchaus an, daß die preußische Regierung gerade den Beamten in bezug auf ihre Zugehörigkeit zu politischen Organisationen Aufmerksamkeit widmet. Ich will aber damit nicht ein Werturteil über Verbote von Organisationen im allgemeinen fällen. Zweifellos ist, daß auch die Beamtenorganisationen, soweit sie dem Deutschen Beamtenbund unterstellt sind, durch den drohenden Faschismus einen reaktionären Charakter bekommen haben, und ich möchte behaupten, daß seit dem Kieler Parteitag der Einfluß der sozialdemokratischen Beamten in den Beamtenorganisationen, die dem DBB. unterstellt sind, geringer geworden ist. Dabei hüte ich mich vor einer Verallgemeinerung und beschränke mich auf eine Anzahl von Organisationen, indem ich sage: Es ist eine Utopie, von einer Arbeit innerhalb dieser Organisationen noch etwas Wesentliches zu erhoffen. In der Deklaration des Parteivorstandes zu dem Antrage Aufhäuser/Steinkopf auf dem Kieler Parteitage wird gesagt:

> In dem Deutschen Beamtenbund arbeiten zahlreiche Mitglieder der Sozialdemokratie seit langen Jahren für die Interessen der Mitglieder und gegen die Bestrebungen, den DBB. als Ganzes in das Schlepptau bürgerlicher Parteien zu bringen.

Leider trifft es heute immer mehr zu, daß diese Beamtenorganisationen, wenn auch nicht offiziell, so doch in ihrem ganzen Charakter, in das Schlepptau bürgerlicher Parteien geraten sind. Nicht nur sind wichtige Positionen verlorengegangen, sondern diese Beamtenorganisationen sind auch in ihrer ganzen Struktur wesentlich anders geworden, wobei ich mich immer nur auf einzelne Organisationen beziehe. In den letzten Monaten haben auch Genossen, die überzeugte Anhänger der Zellentheorie sind, mir gegenüber geäußert, sie hegten sehr starke Zweifel daran, ob diese Zellentheorie noch von Erfolg gekrönt sein könne. Wir wissen, daß innerhalb der freien Gewerkschaften die Zellenbildung der Kommunistischen Partei kläglich gescheitert ist und scheitern mußte an dem Widerstande der sozialdemokratischen Arbeiter, an dem Widerstand des ganzen Apparats. Wer da hofft, daß die Ideologie der bürgerlichen Beamten sich in absehbarer Zeit bei ruhiger Entwicklung ändern würde, gibt sich einer Illusion hin. (Zustimmung.) Wir sind wohl alle der Meinung, daß die freigewerkschaftliche Organisation aller sozialdemokratischen Beamten einmal kommen wird, weil sie für unsere ganze politische Bewegung eine Notwendigkeit bedeutet. Es handelt sich also nur noch um die Frage, *wann* sie erfolgen wird. Wir freigewerkschaftlichen Beamten und Lehrer sind mit einem großen Teile der Arbeiter und Angestellten der Meinung, daß jetzt die Zeit für eine Entscheidung in dieser Frage gekommen ist. Deshalb sollten Sie eigentlich schon heute dem Antrage Nr. 165 Ihre Zustimmung geben können. Aber wir sind uns bewußt, daß eine solche Entscheidung natürlich von ausschlaggebender Bedeutung ist, und in Verbindung auch mit offiziellen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bitte ich Sie deshalb, sich heute in der Hauptsache auf den Antrag Nr. 164 zu konzentrieren. Die Aufhebung der Deklaration des Parteivorstandes in Kiel bedeutet keine Härte, keine Maßregelung; aber sie macht die Tore auf für die Entwicklung der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung und führt vor allem unserer ganzen Bewegung neue Kräfte zu, die heute in den Beamtenorganisationen des Deutschen Beamtenbundes nutzlos vertan werden.

Genosse Westphal sprach von der beschwerlichen und auch schädigenden Agitation. Wir können die Reihe der Organisationen, auch der Presseorgane, die unsere Bewegung schädigen, unendlich vermehren. Ich glaube, wir können einen Schlüssel für die Aberkennung dieser Organe für unsere Bewegung nicht aufstellen, aber die gefährlichsten dieser uns feindlichen Organisationen erscheinen mir doch die, die in verstecktester Weise für den Faschismus heute tätig sind. Ich nenne Ihnen eine Organisation, die heute auf den höheren Schulen so schädlich wirkt, und das ist der Verein für das Deutschtum im Ausland. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie, dieser Organisation größte Aufmerksamkeit zu schenken, weil durch sie der Faschismus außerordentlich versteckt an den höheren Schulen gefördert wird.

Wir alle wollen, daß die Sozialdemokratische Partei das Sammelbecken aller proletarisierten Bürger ist. Ich betrachte es als einen Fehler, daß wir unsere Betrachtungsweise bei vielen Referaten unter das Motto gestellt haben: Verstand oder Gefühl. Unterscheiden Sie meinetwegen den mehr oder weniger gefühlsbetonten oder den oberflächlichen und den mehr oder weniger überlegenden Genossen, aber vermeiden Sie eine Unterscheidung zwischen Vernunft- und Gefühlssozialdemokraten! Genosse Nölting, es ist nicht richtig, zwischen den Jugendlichen zu unterscheiden, die am Sonntag demonstriert haben, und denen, die hier auf der Tribüne sitzen. (Sehr richtig! — Zustimmung auf der Galerie.) Ich glaube, die auf der Tribüne sitzen, waren am Sonntag ebenso dabei. (Sehr richtig!) Wollen wir die Massen gewinnen, die heute noch mit der Kirche verbunden sind, dann müssen wir auch an das Gefühl appellieren. Der Sozialismus muß den ganzen Menschen erfassen. Er ist nur für uns das, was er sein soll, wenn er sich die wichtigste Voraussetzung dafür schafft, daß die Sozialdemokratische Partei immer mehr das Sammelbecken für alle Schaffenden wird. (Bravo! und Händeklatschen.)

Georg Richter (Düsseldorf): Wir im Westen haben nicht nur den Kampf gegen rechts und links, sondern auch gegen das Zentrum zu führen. In diesem Kampf sind wir besonders in den letzten Jahren groß und stark geworden. Diese Arbeit verdanken wir der unermüdlichen Tätigkeit unserer Parteifunktionäre. Leider müssen wir im Westen feststellen, daß die Kampfkraft unserer Partei gehemmt wird, weil in unseren eigenen Reihen eine große Zahl von Parteigenossinnen und -genossen den notwendigen Takt als Parteimitglieder vermissen lassen.

Wenn gestern der Genosse Dietrich (Thüringen) sagte, er kenne keine Spitzel in seiner Organisation, dann mag das an den besonderen Verhältnissen der dortigen Bevölkerung liegen, hat aber mit der Einstellung der Partei als solcher nichts zu tun. Bei uns im Westen gibt es in vielen Orten keine Mitgliederversammlungen, in denen nicht Beauftragte der KPD. mit einem Mitgliedsbuch unserer Partei sitzen (Lebhaftes Hört! Hört!) und der KPD. für ihre Presse Spitzeldienste liefern. Die KPD.-Spitzel sind heute bereits in den Funktionärkörper unserer Partei eingedrungen.

Wenn vorgestern der Genosse Rosenfeld erklärte: „Wir schädigten die Partei und lieferten den Kommunisten Material, aber die KPD. behandle die Linken gerade als ihre schlimmsten Gegner", so mag das die persönliche Meinung des Genossen Rosenfeld und seines Anhangs sein. In Wirklichkeit sieht es in der Praxis wesentlich anders aus. (Sehr richtig!) Mit Wonne druckt die KPD.-Presse in ihren Spitzelberichten besonders die herabsetzenden und zersetzenden Ausführungen unserer sogenannten linken Genossen über die Partei ab. In Fettdruck werden besonders die Ausführungen der sogenannten Oppositionsredner in unseren Parteiversammlungen gebracht. Geschieht das vielleicht, um der linken Bewegung in unserer Partei zu schaden? Nein, das geschieht, um unsere Partei zu schädigen, unsere Partei bei der Masse, bei der Arbeiterschaft, bei der Mitgliedschaft in Mißkredit zu bringen, um die Partei systematisch zu zersetzen.

Ich will nicht auf die Rundschreiben der KPD.-Zentrale besonders im Westen über die Zersetzungsarbeit eingehen, die innerhalb der SPD. geleistet werden soll, für die nicht nur KPD.-Mitglieder in die SPD. hineingeschickt, sondern auch SPD.-Mitglieder geworben werden sollen und leider auch geworben worden sind. (Hört! Hört!) Wir im Westen haben bereits eine ganze Anzahl derartiger Lumpen aus der Partei hinauswerfen müssen. Leider kann man aber nicht jeden Lumpen erkennen, weil ihm nicht auf dem Gesicht geschrieben ist, was sich in seinem Innern verbirgt.

Wenn sich heute der Genosse Bieligk hinstellt und erklärt: Bei uns darf die Demokratie nicht nur auf dem Papier geschrieben sein, dann muß ich ihm sagen: Bei uns wird vielfach mit dem Begriff Demokratie innerhalb der Partei Schindluder getrieben. (Sehr richtig!)

Genosse Westphal hat gestern in dem Vorstandsbericht über die Zersetzungsarbeit berichtet, die sich besonders im Westen auswirkt und auch auf das übrige Deutschland übergegriffen hat. Von Hamburg, Frankfurt erfolgen bei uns die Anfragen, was es denn eigentlich für eine Bewandtnis mit dem „Roten Kämpfer" habe, den der Genosse Westphal hier erwähnt hat. Der „Rote Kämpfer" wird nicht in Köln oder Bochum herausgegeben, sondern die Herausgeber sind nur Strohmänner in der Hand gewisser Zersetzungsapostel in und außerhalb der Partei. Der „Rote Kämpfer" wird in Düsseldorf bei einer tarifbrüchigen Firma gedruckt (Hört! Hört!), die vom Buchdruckerverband wegen Tarifbruchs gesperrt ist. (Hört! Hört!) Das hindert diese Klassenkämpfer zur Bekämpfung der Sozialdemokratischen Partei in ihrem Klassenkampf für den reinen Marxismus durchaus nicht.

Dieser „Rote Kämpfer" behauptet, daß er angeblich von Sozialdemokraten für Sozialdemokraten geschrieben wird. Bedauerlich ist, daß er von unseren eigenen Parteigenossen an Parteimitglieder und besonders an die Jugend verkauft wird. Dieses Organ, das in übelster Weise unsere Partei herunterreißt, erscheint leider pseudonym oder anonym. Die Schreiber sind zu feige, ihren Namen zu nennen. Einige Kostproben! In Nr. 1 der Ausgabe November 1930 steht:

> Es gibt nur einen Ausweg, die sozialistische Revolution der Arbeiter, Bauern und Soldaten ... Die Sozialdemokratie unterstützt eine Regierung, die mit vollen Segeln in den Hafen des brutalen Faschismus steuert.

In Nr. 2 steht folgende Überschrift: Engels über unsere Taktik zur Regierung Brüning. (Heiterkeit.) Es handelt sich um einen Brief an Bernstein vom 18. Januar 1883. Also Engels wußte bereits 1883, daß wir heute eine Regierung Brüning bekommen und welche Taktik wir einschlagen würden. (Heiterkeit.) In Nr. 5 steht ein äußerst dreckiger Artikel mit der Überschrift: Krise der Sozialdemokratie. Es wird auf die Haltung der Fraktionsmehrheit Bezug genommen, die hier jedenfalls mit erdrückender Mehrheit Zustimmung fand. Dort steht:

> Man entwickelt einen Nationalismus, der an die schlimmsten Entgleisungen des August 1914 gemahnt.

Derartige Blätter werden im Westen von unseren linken Genossen systematisch verbreitet (Lebhaftes Hört! Hört!) und der Jugend mit Vorliebe in die Hände gegeben. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn unsere SAJ. im Auftrag derselben Leute Resolutionen annimmt und sich hinter die Neun stellt. Das entspricht aber durchaus nicht der Meinung der übergroßen Mehrheit der Parteimitglieder.

Wer sind nun die Kreise, die hinter diesem „Roten Kämpfer" stehen? Es sind dieselben, die in der „Weltbühne" als Akademiker die Partei herabsetzen. (Hört! Hört!) Nicht alle führenden Köpfe sind Mitglieder der Partei. Der führende Kopf sitzt oben auf der Galerie unter dem Namen Gerstorff von der „Weltbühne", mit seinem richtigen Namen Dr. Sternberg (Düsseldorf). (Zuruf: Der hat ja gar kein Parteibuch!) Dieser Dr. Sternberg, der bei uns im Westen als der einzige rassenreine, ich will nicht sagen stubenreine Marxist gilt, hat es sich zur Aufgabe gemacht und macht daraus auch gar kein Hehl, die Spaltung der Partei systematisch vorzubereiten. (Hört! Hört!) Leider muß ich feststellen, daß namhafte Genossen unserer Linken den notwendigen Takt auch auf diesem Parteitag diesem Sendling der KPD. gegenüber vermissen lassen (Hört! Hört!), sonst hätte es nicht vorkommen dürfen, daß prominente Mitglieder der linken Mitglieder der Reichstagsfraktion zu diesem Menschen auf die Tribüne mit den Entschließungen gegangen sind, die hier eingereicht und nachher angenommen wurden. (Stürmische Pfuirufe.) Sie haben diese Entschließungen mit diesem Mann durchgesprochen. Das ist ein Skandal. Dieses Vorgehen müssen wir mit aller Schärfe und Entrüstung zurückweisen. (Bravo! und Zurufe.) Genosse Oettinghaus, Sie regen sich auf, sind Sie nicht oben gewesen? Mehr Namen will ich zunächst nicht nennen. Haben Sie nicht die Entschließung mit Dr. Sternberg durchgesprochen. (Oettinghaus [Milspe]: Genosse Seydewitz und ich haben dem Genossen Sternberg mitgeteilt — —) Für mich gibt es keinen Genossen Sternberg, für mich gibt es nur den Sendling der KPD., Sternberg. (Lebhafte Zustimmung.) Mit einem derartigen Subjekt haben wir als Partei nichts zu tun und lehnen jede Gemeinschaft mit diesem Zersetzungsapostel ab. Darum Einigkeit und Geschlossenheit für die Partei, aber Ablehnung aller Zersetzungsarbeit im Auftrag der KPD. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Johannes Stelling (Parteivorstand): Ich bin ausnahmsweise einmal mit dem Genossen Bieligk einer Meinung, der erklärte, daß jede Schädigung der Partei durch Äußerungen und Handlungen zu unterbleiben habe. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn dieser Grundsatz von allen Schattierungen der Partei restlos durchgeführt würde, weil dann so manche unliebsamen Dinge, von denen wir eben etwas erfahren haben, sich nicht abspielen würden, und weil sich dann in allen Kreisen unserer Partei der Gedanke Bahn brechen würde, daß wir auf Reinlichkeit zu halten haben, auf reinliche Scheidung auch denen gegenüber, die heute mehr oder weniger angeblich mit uns sympathisieren.

Ich wollte ein paar Worte zu den Anträgen sagen, die von dem Genossen Hohmann begründet worden sind und die Beamten betreffen. Jeder von uns, der durch die Schule der Freien Gewerkschaften gegangen ist, hat Verständnis für die Ausführungen des Genossen Hohmann. Aber leben wir heute nicht in

einer Zeit, die uns zwingt, es uns zwei- und dreimal zu überlegen, ob wir in dieser Frage gerade jetzt einen Schritt unternehmen sollen, der sicherlich nicht im Interesse der Partei liegt?

Wir haben die Parole aufgestellt: Wo bleibt der zweite Mann? Wir wissen, daß ein nicht unerheblicher Teil derjenigen, die heute im Deutschen Beamtenbund organisiert und Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind, in eine nach ihrer Meinung unerquickliche Situation kommen würden, wenn jetzt die Scheidung vollzogen würde, von der die freigewerkschaftlich orientierten Genossen sprechen. Ich bin überzeugt, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der nächsten Zeit zu einer Klärung zwingen, wo ein Hüben und Drüben nur gilt. Gegenwärtig aber würde ich es aus parteipolitischen Gründen nicht für zweckmäßig halten, diese Frage auf dem Parteitag zu klären. (Zustimmung.) Es handelt sich darum, daß auch in dieser Beziehung, um mit Hohmann zu reden, der kühle Verstand über das Gefühl zu entscheiden hat. Ich möchte daher den Parteitag bitten, es bei dem zu belassen, was in Kiel beschlossen worden ist, und die Anträge 164 und 165 abzulehnen.

Als der Parteivorstand in Kiel auf die Annahme der Deklaration drang, als er erklärte, daß die Annahme der Entschließung Steinkopf/Aufhäuser für ihn unmöglich wäre, wenn daneben seine Deklaration fallengelassen würde, ist das nach reiflicher Überlegung geschehen. Die Gründe, die damals im Interesse unserer Partei maßgebend waren, sind es auch heute noch. Stehen Sie, Genossen, nicht auf dem Standpunkt, daß uns jeder, der zu uns kommen will, lieb sein muß? Wir wollen auch bei den Beamtinnen und Beamten mehr als bisher den zweiten Mann suchen. Wir wollen mit den Parteigenossen aus dem ADB. und DGB. zusammenarbeiten. Dafür spricht die Tatsache, daß wir in den letzten Monaten einen Beamtenbeirat gebildet haben, der unbekümmert um die gewerkschaftliche Frage, die uns nichts angeht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in die Kreise der uns noch fernstehenden Beamten die Agitation hineinträgt. Ich bitte Sie also, nicht von dem Kieler Beschluß abzuweichen, sondern die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Wir können dann auf dem nächsten oder übernächsten Parteitag eine grundsätzliche Entscheidung fällen. (Bravo!)

Ferl (Magdeburg): Genosse Bielig hat behauptet, daß in vielen Bezirken eine Aussprache über die Politik der Partei nicht möglich sei, daß die Leitungen der Bezirke die Meinungsäußerung planmäßig unterdrückten. Er hat keinen Beweis dafür erbracht. Ich glaube, wir haben keine Ursache, uns in einen Streit einzumischen, der im Bezirk Leipzig ausgebrochen ist. Wir verwahren uns jedenfalls auf das entschiedenste gegen die Behauptung, daß in bestimmten Bezirken die Aussprache über die Politik der Partei planmäßig verhindert werde. Wohl kaum jemals ist soviel über die Politik der Partei gesprochen worden wie in dieser Zeit. Ich halte das an sich auch für durchaus richtig, muß mich aber dagegen wenden, daß es manchmal so dargestellt wird, als sei unsere Politik erfolglos gewesen.

In wenigen Worten will ich mich mit einer anderen Äußerung des Genossen Bielig beschäftigen. Er hat gemeint, das Organisationsstatut müsse geändert werden, da es veraltet ist. Gewiß ist ein Teil des Statuts alt, aber der größere Teil ist erst vor wenigen Jahren geschaffen worden. Genosse Bielig will mit einer Änderung des Statuts offenbar erreichen, daß in der Zukunft verhindert wird, daß außer den in den Bezirken gewählten Delegierten auch noch die Vertreter der Reichstagsfraktionen usw. auf dem Parteitag Stimmrecht haben sollen. Ich würde für einen solchen Beschluß nicht das geringste Verständnis haben. Diejenigen, die die Fraktion vertreten, müssen selbstverständlich das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen.

Genosse Westphal hat bei der Erwähnung des Wahlergebnisses vom 14. September die Frage aufgeworfen, ob der Ausgang dieser Wahl vielleicht mit auf die schlechte Politik der Partei zurückzuführen sei. Natürlich gibt es außerhalb und innerhalb der Partei Menschen, die die Politik, die wir machen mußten, nicht ganz verstanden haben. Aber im Grunde ist der Zuwachs der Nazis und der Kommunisten auf die völlige Umschichtung in der Bevölkerung zurückzuführen, die inzwischen stattgefunden hat. Das Wahlergebnis ist auch zum guten Teil auf die Not der Massen zurückzuführen, die den Blick für die Verhältnisse getrübt hat. (Sehr wahr!) Wir müssen den Massen die Notwendigkeit unserer Politik klar machen, wir müssen ihnen sagen, daß es unter Umständen sogar nötig ist, für einige Zeit darauf zu verzichten, im Reichstag zu tagen, und daß wir verpflichtet sind, das Parlament zu schützen.

Unmittelbar nach der Wahl wurde von einigen Magdeburger Genossen die Forderung aufgestellt, man müsse außerparlamentarische Aktionen veranstalten. Da war die Bestürzung bei einigen Genossen zunächst groß. Es wurde bestritten, daß man in dieser Zeit von außerparlamentarischen Aktionen sprechen dürfe. Wir sind aber bei unserer Meinung geblieben mit dem Erfolg, daß durch das Reichsbanner in unsere Bewegung jene Aktivität hineingebracht wurde, die dazu beigetragen hat, daß die Nazibewegung abebbte. Auf dem Parteitag ist über das Reichsbanner kaum gesprochen worden. Ich sage: Sorgt mit dafür, daß die Schufoabteilungen, in denen die jungen Menschen überhaupt erst einmal in die Politik eingeführt werden können (Sehr richtig!), ihre wertvolle Arbeit nach wie vor betreiben können! Sträubt euch nicht gegen diese Mitarbeit, auch nicht dagegen, daß die Partei hier und da vielleicht eine gewisse Konkurrenz bekommen könnte. An diese Konkurrenz glaube ich übrigens nicht, in meinem Bezirk sind jedenfalls gegenteilige Erfahrungen gemacht worden. Wir brauchen die Schufoabteilungen für den Schutz unserer Versammlungen.

Es ist geradezu erschütternd, mit welcher Liebe, mit welcher Treue und mit welcher Zähigkeit unsere Genossen draußen im Lande trotz, vielleicht sogar gerade wegen der Not sich für die Partei einsetzen. (Händeklatschen.) Ich bewundere den Mut gewisser Genossen, in dieser Zeit der Not das feste Gebäude der Organisation zu zerstören, indem sie die Politik der Partei schlecht machen. Ich will nicht unterstellen, daß sie es bewußt tun, obwohl ich behaupte, daß es der Effekt ist. Im „Klassenkampf" vom 1. November 1930 lese ich, das Bewußtsein müsse wieder allgemein werden, daß die Lösung der sozialen Frage nicht das Werk individueller Tätigkeit sei, sondern das Werk der Aktion der Arbeiterklasse, und daß diese Lösung eine Kollektivaufgabe sei. Wenn ich aber in dem vorangehenden Satz lese, daß diese Gefahr — nämlich die Gefahr des Faschismus — für die Führer von größerer Wirkung sei als für die Massen, die wieder einmal nur Ketten zu verlieren hätten, dann muß ich mich doch fragen: Wo bleibt der Gedanke an die kollektive Arbeit? Das ist ein System der Zerstörung unserer Organisation. (Zustimmung.) Genosse Ströbel hat geschrieben, die Regierung Brüning, die von der Sozialdemokratie unterstützt werde, mache reaktionäre und nationalsozialistische Politik. Ich frage, wie wir unter diesen Umständen unsere eigene Politik vor den Massen vertreten wollen! Im übrigen: die Regierung Brüning macht auch keine nationalsozialistische Politik; es ist notwendig, das offen und deutlich auszusprechen.

Ich darf noch ein Wort zu der Politik sagen, die wir in der nächsten Zeit zu machen haben. Es ist darüber zwar schon gesprochen worden, ich habe aber das Gefühl, daß die Notverordnungen, die jetzt kommen werden, in der Partei neue Auseinandersetzungen bringen werden. Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß die Anforderungen, die man an uns stellt, ungeheuer schwer sind, ich bin mir aber ebenso auch darüber klar, daß wir nicht das tun dürfen, was hier und da schon erörtert worden ist. Für mich steht so unendlich viel auf dem Spiel, daß ich es mir sehr überlegen muß, ob wir etwa jetzt unsere bisherige Politik ändern müssen. Ich knüpfe an ein Wort des Genossen Jensen an, der gesagt hat, die ökonomische und seelische Kraft der Massen nehme so ab, daß sie ungeheuer erschüttert, vielleicht sogar schon gebrochen sei. Ich glaube das nicht,

ich habe aber den Eindruck, als ob die seelische Kraft einiger führender Genossen sehr stark erschüttert ist. (Sehr wahr!) Ich warne deshalb, auf diesem Wege weiterzugehen, ich bin der Meinung: Wir müssen gerade jetzt unbedingt die Nerven behalten, damit wir nicht das, was wir bisher erreicht haben, selber wieder zerstören. (Lebhafte Zustimmung.)

Böchel (Chemnitz): Genossinnen und Genossen! Ich stehe nicht an, zu erklären, daß zwischen uns und der Mehrheit keinerlei Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, daß plumpe Entgleisungen und Ungezogenheiten unter allen Umständen zu verurteilen sind, ich glaube aber — das ist schon einmal gesagt worden —, daß man nicht mit zweierlei Maß messen darf. (Sehr richtig!) Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich nur in der allerletzten Not zu einem sehr scharfen und vielleicht verletzenden Wort greife. Wenn aber der Referent, der verpflichtet ist, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen, kritisiert, sollte man auch die andere Seite hören. (Sehr wahr!) Es sind schon einige Beispiele angeführt worden. Genosse Ollenhauer hat eine Äußerung unserer Zeitung herangezogen, die ihm zur Kritik Veranlassung gab. Ich liebe das Wort „Demagogie" nicht und glaube nicht, daß man es gegenüber seinen eigenen Parteigenossen anwenden soll. Wenn nun in unserer Zeitung gesagt wurde, das Referat Tarnows sei glänzend gewesen, im Schlußwort sei er jedoch leicht demagogisch und ironisch geworden, dann möchte ich dem Genossen Ollenhauer sagen, daß das Wort Demagogie auf diesem Parteitag von der rechten gegen die linke Seite angewendet wurde, ohne daß es der Vorsitzende rügte. (Sehr wahr!)

Genossen! Lesen Sie das Parteitagsprotokoll in Heidelberg nach, dann werden Sie finden, daß Heilmann eine Rede des Genossen Nölting auf diesem Parteitag in einer Art charakterisiert hat, der gegenüber unsere Art der Charakterisierung als außerordentlich mäßig zu bezeichnen ist. (Zurufe.) Das hat aber Heilman nicht gehindert, dem Genossen Nölting freundschaftlich die Hand zu geben. (Heilmann: Sehr richtig!) So müssen wir diese Dinge betrachten.

Genosse Westphal hat mit Recht von den sächsischen Landtagswahlen gesprochen, die den Reichstagswahlen vorausgegangen sind. Bei diesen Wahlen sind die nationalsozialistischen Stimmen um das Dreieinhalbfache gestiegen. Im „Freien Wort" hat dann ein führender Magdeburger Genosse gesagt, das sei eine spezifisch sächsische Erscheinung, hier müsse der Parteivorstand eingreifen und „die radikalen Nester in Sachsen ausräuchern". Dann kam die Reichstagswahl, und nun haben sich im Magdeburger Bezirk die Nationalsozialisten mehr als verzehnfacht: von 15 000 auf 191 000! (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) In einem rechtsstehenden anderen Bezirk haben sie sich von 8000 auf 235 000 vermehrt. Da frage ich: Was hättet ihr gesagt, wenn in einer linksstehenden Zeitung gefordert worden wäre: Parteivorstand, räume einmal diese rechten Nester aus! So können wir nicht diskutieren. (Zustimmung und Zurufe.) Auf einen Zwischenruf des Genossen Wels: Der Parteivorstand ist natürlich objektiv in diesen Dingen.

Nun ist von dem Genossen aus Magdeburg und der Genossin aus Hamburg gesagt worden, die Kritik der Linken zerstöre das Vertrauen zur Partei, zerstöre die Organisation. Genosse Crispien hat uns bei einem anderen Tagesordnungspunkt direkt den Vorwurf gemacht, daß wir die Dinge zuspitzten. (Crispien: Durch die Art eurer Kritik!) Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich seit 1914 in scharfer Kritik zur Partei stehe, genau wie Breitscheid, nur mit dem Unterschied, daß ich mich nie von der Partei getrennt habe. Als ich aus dem Krieg zurückkam, habe ich sofort für die Einheit gearbeitet. Deshalb haben wir es nicht nötig, uns gegen den Vorwurf der Spaltung zu wehren.

Was die Kritik anlangt, so sind unsere Genossen in Sachsen seit 12 Jahren, solange ich in Sachsen tätig bin, dazu erzogen, die Linie der Partei kritisch zu betrachten. Wenn Genosse Crispien meinte, die Kritik zerstöre das Vertrauen zur Partei, so hat er den Sinn jener gewaltigen Demonstration am Sonntag nicht begriffen. (Sehr richtig!) Was haben unsere Genossen in Sachsen gesagt?

Sie haben uns gesagt, seit Jahren schaut man uns über die Achsel an, seit Jahren erleben wir eine unverständliche Überheblichkeit gegenüber den Sachsen. Hätte man damals bei der Sachsenwahl, statt zu erklären: „Das ist eine spezifisch sächsische Erscheinung" den soziologischen Ursachen nachgeforscht, hätte man die vier Monate dazu benutzt, um auf der ganzen Linie alle Kräfte zu mobilisieren, statt sich in der Illusion zu wiegen, uns kann nichts passieren, so hätten wir noch manches an der Reichstagswahl verbessern können, wie es z. B. in Chemnitz möglich war, wo über den großen Wahlsieg von 1928 hinaus die Stimmen vermehrt werden konnten. (Lebhafte Zustimmung.) In der Stadt Chemnitz haben wir gegenüber 1928 14,5 Prozent an Stimmen gewonnen. Ist das die Zerstörung des Vertrauens zur Partei? Die Massen, die am Sonntag aufmarschierten, haben sich gesagt: nun wollen wir einmal dem Parteitag zeigen, was die sächsischen Organisationen sind. (Lebhafte Zustimmung. — Zuruf: Und die Berliner!) Die Berliner sind natürlich miteingeschlossen; auch in Berlin gibt es eine Opposition.

Das arme Vogtland, das arme Erzgebirge, die Lausitz, die seit Jahren unter schwerer Arbeitslosigkeit leiden, alle sind gekommen und haben gesagt: Wir können dem Parteitag nichts ähnlich Glänzendes bieten wie Magdeburg. (Wels: Wir sind sehr stolz darauf!) Aber *unsere Massen können wir zeigen*, und wenn Genosse Crispien an die 160 000 die Frage gestellt hätte: „*Habt ihr Vertrauen zur Partei?*", dann hätten sie geantwortet: „*Siehst Du nicht, daß wir Vertrauen haben?*" Wir sind aufmarschiert. (Lebhafter Beifall.) Aber sie hätten noch hinzugefügt" „*Habt ihr doch endlich auch einmal Vertrauen zu der Masse, habt ihr endlich Vertrauen zu unserer Kraft!*" (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir haben vielleicht keine andere Kraft mehr als die, die in den Massen ruht. Niemand von uns verkennt den Wert der Demokratie. Es ist überflüssig, darüber zu streiten, daß wir alle zusammen das Letzte an Demokratie verteidigen wollen. Wir sind aber anderer Meinung darüber, wie in der Vergangenheit die Demokratie gesichert worden ist. Auch der Genosse Sollmann hat ja einen Augenblick lang den Finger an die Wunde gelegt, als er sagte: „*12 Jahre lang hat dieser Staat mit sich Schindluder treiben lassen, und leider nicht ohne unsere Schuld.*" (Sehr wahr!) Wir sind also anderer Meinung hierüber und auch anderer Meinung darüber, wie in Zukunft die Demokratie verteidigt werden muß. Das ist der einzige Unterschied. Aber die gegenwärtige Situation zwingt uns ja geradezu, die Reihen zu schließen und den Kampf gegen den Gegner aufzunehmen.

Es ist dauernd von dem Schaffen des Vertrauens gesprochen worden. In diesem Augenblick ist die Situation außerhalb dieses Saales so, daß wir nicht wissen, ob wir nicht morgen schon in den schwersten Kampf gehen müssen. (Sehr richtig!) Wenn nun der Linken dauernd vorgehalten wird: „Ihr versucht, in Gruppen zusammenzukommen", so muß man erwidern: das ist nicht wahr; von dieser internationalen Vorkonferenz weiß niemand von uns etwas. Ein anderer behauptete: Jakobshagen hat sich an die linken Genossen herangepirscht. Obschon Seydewitz mich gebeten hat, ich möchte darüber nicht sprechen, möchte ich mitteilen: ich habe neben Seydewitz gesessen, als ein auch in seiner äußeren Form demoralisierter Mensch zu ihm kam, den ich nicht kannte, und ich war erschüttert über die Schärfe, mit der Seydewitz diesen Mann abgeschüttelt hat. Das war Jakobshagen. Seydewitz hat mich gebeten, mitzuteilen, daß er nicht ein Wort mit einem Herrn Sternberg gesprochen hat, mit dem wir alle nichts zu tun haben. (Widerspruch und Zurufe: Alle?)

Wenn wir daran denken, daß, wenn dieser Parteitag zu Ende ist, der Kampf beginnt, wenn wir immer predigen: wir müssen die Reihen schließen und alles tun, um die Geschlossenheit der Partei aufrechtzuerhalten, dann frage ich: ist es ein Zeichen von Toleranz, ein Zeichen des guten Willens,

wenn bei der Wahl zur Kontrollkommission die einzige linksstehende Genossin nicht mehr in die Kontrollkommission hineingewählt werden soll? (Zustimmung und Zuruf: Parteistatut!) Jawohl, das ist zunächst einmal ein Verstoß gegen das Parteistatut und dann wirklich keine Toleranz gegenüber der Linken. Schauen Sie einmal nach Frankreich! In Frankreich hat unsere Partei auch schwere Richtungskämpfe, hat Disziplinbrecher und alles mögliche gehabt; aber auf dem vorletzten Kongreß der französischen Partei hat man die Sitze für die Rechte im Parteivorstand, die ihr nach ihrer Zahl zustanden, freigelassen, obschon die französische Partei in ihrer Mehrheit links eingestellt ist. Man hat diese Sitze freigelassen, als die Rechte sie ablehnte. (Sehr wahr!) Deswegen ist der Antrag von Gera unbedingt zu beachten.

Nun wird immer gefragt: welchen Weg sollen wir einschlagen? Die Entschließung, die jetzt vorgelegt wird, verlangt vom Parteivorstand, daß er schärfstens gegen die neue Notverordnung protestieren soll. Genosse Westphal hat eine sehr merkwürdige Tatsache, die uns allen schon aufgefallen ist, berichtet. Er hat dargelegt, daß der Parteiapparat bereits in der größten Mobilmachung begriffen ist, daß die Aktion schon sämtliche Parteimitglieder erfaßt hat, und ich füge hinzu, daß Menschen schon in der Aktion für die Partei gestorben sind, daß heute bereits Hunderte für ihre Idee im Gefängnis sitzen. Bei den politischen Entscheidungen aber hat die Partei eine Niederlage erlitten. Das bedeutet, daß eine Aktion innerhalb der Partei zwar hundertprozentig durchgeführt wurde, daß es uns auch gelungen ist, noch über die Peripherie der Partei Massen an uns zu reißen, die früher schon einmal bei uns waren, die mit uns sympathisierten, daß aber dann die Aktion aufgehört hat.

Deswegen ist jetzt die Notverordnung der Punkt, bei dem wir uns zu entscheiden haben werden. Es war Tarnow, der sagte: sollten wir bei einer Angelegenheit wie dem Panzerkreuzerbau schon das Ultimatum stellen, sollen wir es nicht lieber da stellen, wo die Existenzfrage der Arbeiterschaft berührt wird. Ich glaube, hier wird die Existenzfrage der Arbeiterschaft berührt. (Zustimmung vor allem auf der Galerie.) Wir können hier einen Kampf auf breitestem Boden führen und die Massen mit uns fortreißen.

In einer anderen verantwortungsvollen Stunde hat vor wenigen Monaten einer unserer allerbesten Parteiführer, der das größte Ansehen genießt, auf die Frage: „Was wird denn werden, wenn die Regierung Brüning hochgeht, wenn das Parlament nicht mehr zusammenberufen wird?", geantwortet — es war der Genosse Löbe —: „Die Sozialdemokratie wird noch leben, der Sozialismus wird noch kämpfen, auch wenn kein Parlamentarismus, kein Parlament mehr besteht". (Bravo!)

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte mit großer Mehrheit angenommen, nachdem Nimmerfall (München) dafür und Kirchner (Frankfurt am Main) dagegen gesprochen haben.

Oettinghaus (Milspe), (persönliche Bemerkung): Ich finde gar nichts darin, wenn namhafte Vertreter der Rechten mit dem Führer der kommunistischen Fraktion sich unterhalten oder ihn zur Pressetribüne begleiten. Es kommt ja auch oftmals vor, daß unsere prominenten Führer sich mit reaktionären bürgerlichen Führern unterhalten. Sie haben heute und gestern gesehen, wie Genosse Seydewitz sich hier benommen hat. Ich habe mit Sternberg mehrfach über wirtschaftliche Vorträge, die er bei uns halten wollte, gesprochen (Hört! Hört!), weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß Sternberg der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem Gebiete allerhand zu sagen hat.

Dann einige Worte zum „Roten Kämpfer".

Ich war es, der einem Parteigenossen, der die ersten beiden Nummern des „Roten Kämpfers" verantwortlich zeichnete, sagte: Geschieht das nochmals, dann

stehst du außerhalb der Partei. Ich habe auf dem Parteitag unter Zeugen Herrn Sternberg gesagt, daß ich mich mit ihm über politische Fragen nicht unterhalte, weil die Art, wie er vorgeht, meinen Beifall nicht findet. Die ganze Geschichte liegt in derselben Linie, wie man es mit der Genossin Agnes macht, der man private Dinge anhängt. (Glocke.) Ich bin der letzte, der bewußt oder unbewußt den Gegnern der Partei Material liefert. Wenn wir einen Verkehrsschutzmann brauchen, brauchen wir ihn auch für die anderen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Oskar Hoffmann (Wuppertal, persönliche Bemerkung): Der Genosse Richter hat behauptet, die linken Genossen am Unterrhein verbreiteten den „Roten Kämpfer". Diese Behauptung ist unwahr. (Hört! Hört!) Der Genosse Gerlach hat mir auf dem Parteitag den ersten „Roten Kämpfer" gezeigt, den ich gesehen habe. Es war bemerkenswert, daß in dieser Nummer gerade die linken Genossen bekämpft wurden, weil sie den Leuten, die den „Roten Kämpfer" herausgeben, nicht scharf genug sind. Jedenfalls ist die Art und Weise, wie hier die linken Genossen herabgesetzt werden sollen, unfair. (Händeklatschen.)

Georg Richter (Düsseldorf, persönliche Bemerkung): Ich bin in den 25 Jahren, die ich der Partei angehöre, gewohnt, daß ich für das, was ich sage, gerade stehe. Wenn der Genosse Oettinghaus nicht zu seinen Taten steht, dann kann ich ihm nicht helfen, aber es ist bezeichnend. Genosse Oettinghaus hat sich unter Zeugen auf die Galerie an diese Säule begeben und sich mit Herrn Dr. Sternberg zusammengesetzt. Ich habe mich sofort auf die Galerie begeben und mich danebengestellt, um mich zu überzeugen, was sich abspielt. Er hat mit Herrn Sternberg die Anträge, die hier gestellt worden sind, durchgesprochen. (Oettinghaus (Milspe): Gelogen!) — Wenn das gelogen ist, dann bezeichne ich Sie als Lügner. (Lebhafte Zurufe.)

Mir liegt es vollkommen fern, den Genossen der Linken insgesamt einen Vorwurf zu machen. Aber am Niederrhein sind es besonders die Genossen der Linken, nicht alle, die den „Roten Kämpfer" verbreiten. Nichts anderes habe ich vorhin festgestellt.

Oettinghaus (Milspe, persönliche Bemerkung): Ich kann nur feststellen, daß ich zu der Genossin von der Plauener Volkszeitung auf die Tribüne gegangen bin und ihr den Antrag gegeben habe. Ob sich Sternberg neben uns gesetzt oder bei uns gesessen hat, kann ich nicht einmal sagen. (Zuruf und Heiterkeit.) Ich habe Ihnen gesagt, daß ich mehrfach mit ihm über wirtschaftliche Dinge gesprochen habe. Die Genossin von der Plauener Volkszeitung kann bestätigen, daß ich zu ihr gegangen bin und mit ihr die Dinge durchgesprochen habe oder sie ihr auch gegeben habe, weil sie sie für die Zeitung haben wollte. Im übrigen steht fest, daß wir den „Roten Kämpfer" nicht nur nicht verbreiten, sondern gerade in Köln und Umgegend die Verbreitung unterbinden und bekämpfen. (Bravo!)

Heinrich Riegel (Darmstadt, zur Geschäftsordnung): Nach § 3 unserer Geschäftsordnung hat bei der Behandlung genügend unterstützter Anträge zunächst der Antragsteller das Wort. Ich habe einen Antrag eingebracht und habe mich beim Büro orientiert, ob ich das Wort erhalte. Das ist mir abgelehnt worden.

Vorsitzender **Lipinski:** Das Wort zur Begründung von Anträgen bekommt nur der, der einen selbständigen Antrag stellt, der mit den Materien, die auf der Tagesordnung stehen, nicht in Verbindung steht. Alle Anträge, die eingebracht werden, müssen genügend unterstützt sein.

Wir kommen zum Schlußwort des Berichterstatters.

Schlußwort zum Bericht des Parteivorstandes

Referent Max **Westphal** (Schlußwort): Ich will mich auf keine Einzelheiten der Debatte einlassen und nur ein paar Worte zu den Ausführungen des Genossen Böchel sagen. Er war der Ansicht, wenn ich ihn recht verstanden habe, daß die sächsischen Genossen das Bedürfnis gehabt hätten, zu beweisen, daß der Parteitag unrecht hat, den sächsischen Genossen zu mißtrauen oder sie besonders zu kritisieren. Ich bin der Ansicht, daß der Genosse Böchel unrecht hat. Die gesamte Partei konnte den sächsischen Genossen und Genossinnen kein größeres Vertrauen aussprechen als dadurch, daß wir in dieser Zeit den Parteitag hierher gelegt haben. (Sehr richtig!)

Ein paar Worte zu den Anträgen, deren Behandlung ich in meinem Referat zurückstellen mußte. Ich bitte, bei den einzelnen Anträgen gleich abzustimmen.

Antrag 20, der die Schaffung besonderer Wehrorganisationen forderte, ist zurückgezogen.

Antrag 93 fordert, daß in allen Orten, in denen Parteigruppen und Ortsausschüsse des ADGB bestehen, Beratungsstellen für Erwerbslose einzurichten sind. Wir bitten, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, weil dies von Beratungen mit den Gewerkschaften abhängig ist. (Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen.)

Antrag 26 letzter Absatz ist nicht sehr glücklich formuliert. Er drückt eigentlich etwas aus, was selbstverständlich ist. Ich empfehle, Antrag 26 letzter Absatz zuzustimmen. (Antrag 26 letzter Absatz wird angenommen.)

Ich empfehle, Antrag 97 anzunehmen. (Der Antrag wird angenommen.)

Antrag 98 empfehle ich dem Vorstand zu überweisen. (Antrag 98 wird dem Parteivorstand überwiesen.)

Die Anträge 99 bis 102 sind erledigt. Antrag 134 ist zurückgezogen.

Antrag 3 gehört zum Antrag 135. Beide fordern eine Berücksichtigung der Minderheit bei der Zusammensetzung der zentralen Körperschaften. Ein solcher Beschluß ist schon deshalb nicht möglich, weil eine so fest geschlossene Minderheit gar nicht festgestellt werden kann, abgesehen davon, daß es sie auch nicht gibt. Nehmen Sie doch nur einmal die Abstimmungen dieses Parteitages unter die Lupe und stellen Sie die Minderheit fest, die dieses Recht für sich in Anspruch nimmt. Ich empfehle, Anträge 103 und 135 abzulehnen.

Anträge 103 und 135 werden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Antrag 104 ist zurückgezogen, ebenso 105.

Antrag 106 empfehlen wir zur Ablehnung, weil wir uns mit Einzelheiten des Inseratenwesens in den Parteizeitungen nicht beschäftigen können. (Antrag 106 wird abgelehnt.)

Antrag 107 fordert, daß keine Doppelmandate bestehen sollen. Dies ist schon in früheren Parteitagsbeschlüssen festgelegt und im Organisationsstatut festgehalten. Antrag 131 versteht sich von selbst. Es muß eine eingehende Prüfung stattfinden. Ich empfehle daher in beiden Fällen die Ablehnung. (Anträge 107 und 131 werden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Antrag 108 ist zurückgezogen.

Antrag 109 legt etwas fest, was in der Partei dauernd so gehandhabt worden ist. In letzter Instanz muß also der Parteivorstand die Entscheidung haben.

Nun soll dem Parteivorstand die letzte Entscheidung genommen werden, er soll durch diesen Antrag verpflichtet werden, solche Rechtsschutzangelegenheiten, die von den Bezirken als durchkämpfenswert anerkannt werden, einfach zu bezahlen, ohne daß er gefragt würde. Das geht nicht. Ich empfehle daher, den Antrag abzulehnen. (Antrag 109 wird abgelehnt.)

Die Anträge 110 und 120 fordern eine Vereinheitlichung im Organisationswesen. Wir sind der Auffassung, daß diese Anträge dem Parteivorstand überwiesen werden sollen. (Es wird demgemäß beschlossen.)

Den Antrag Nr. 111 beantrage ich abzulehnen, da er etwas Selbstverständliches fordert. (Der Parteitag schließt sich diesem Vorschlag an.)

Wir empfehlen, den Antrag 112 abzulehnen. Die Begründung dafür ist von der Genossin Juchacz bereits gegeben worden. (Antrag 112 wird abgelehnt.)

Die Anträge 113 und 123 beschäftigen sich mit der Zugehörigkeit von Parteigenossen zu bürgerlichen Sportvereinen. Ich beziehe mich auf das Referat des Genossen Schreck auf dem Magdeburger Parteitag und auf die Entschließung 184, die wir damals angenommen haben. Ich bitte demgemäß, beide Anträge abzulehnen. (Die Anträge 113 und 123 werden abgelehnt.)

Antrag 114 fordert eine besondere Stelle für die wissenschaftliche Arbeit. Wir können eine solche Stelle nicht finanzieren und bitten daher um Ablehnung des Antrags. (Es wird entsprechend beschlossen.)

Antrag 116 fordert Urabstimmung. Das ist nicht möglich; wir bitten daher, den Antrag abzulehnen. (Antrag 116 wird abgelehnt.)

Antrag 117 ist zurückgezogen.

Wir bitten, den Antrag 118 dem Parteivorstand zu überweisen, da wir uns nicht schon heute für die Tagesordnung des nächsten Parteitages festlegen können. (Der Parteitag schließt sich diesem Vorschlag an.)

Auch der Antrag 119 wird auf die Bitte des Parteivorstandes dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 125 fordert die Einsetzung einer besonderen Ostkommission. Da eine solche Kommission bei der Parlamentsfraktion bereits besteht, ist der Antrag überflüssig. Ich empfehle, ihn abzulehnen. (Antrag 125 wird abgelehnt.)

Die Anträge 126 und 127 werden zurückgezogen.

Antrag 130 ist erledigt.

Antrag 132 ist zurückgezogen.

Die Anträge 184 und 185 sind vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß wiederholt beraten worden. Sie stellen das Ergebnis langer Verhandlungen dar. Ich bitte deshalb, ihnen zuzustimmen. (Beide Anträge werden angenommen.)

Die Anträge 164 und 165 befassen sich mit der Beamtenfrage. Der Kieler Parteitag hat zu dieser Frage Stellung genommen. Die Durchsetzung des Beamtenkörpers mit sozialistischem Geist haben wir ständig im Auge. Ich bitte, über beide Anträge zur Tagesordnung überzugehen. (Es wird demgemäß beschlossen.)

Antrag 208 bezieht sich auf das „Freie Wort". Diese Zeitschrift soll ein Diskussionsorgan sein. Es ist natürlich schwer, jeder Meinung gerecht zu werden. Wir sind der Ansicht, daß die hier vorgetragenen Gründe zu den Maßnahmen, die der Antrag fordert, keinen Anlaß bietet. Wir bitten daher um Ablehnung. (Antrag 208 wird abgelehnt.)

Vorsitzender **Wels:** Schließlich liegt noch der Antrag 209 Seydewitz-Rosenfeld vor. Der Parteivorstand soll danach beauftragt werden, gegen die neue Notverordnung die erforderlichen Schritte einzuleiten. Es ist beantragt worden, über diesen Antrag namentlich abzustimmen. Der Antrag aber ist der Sache nach bei dem Bericht über die Reichstagsfraktion bereits erledigt. (Zustimmung.) Die Reichstagsfraktion wird schon in den nächsten Tagen zusammentreten. Es sind also bereits Maßnahmen zum Kampfe eingeleitet. Ich beantrage daher, über den Antrag Seydewitz-Rosenfeld zur Tagesordnung überzugehen. Ihr wollt ja durch die Stellung dieses Antrages nur vor euren Parteigenossen draußen demonstrieren, daß ihr es gewesen seid, die den Parteitag erst zu energischen Maßnahmen vorantreiben mußtet! (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.)

Dr. **Rosenfeld** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte den Parteitag dringend bitten, noch zu dieser wichtigsten Frage der nächsten Zeit Stellung zu nehmen. Es liegt im Interesse der gesamten Partei, daß der Parteitag nicht heute auseinandergeht, ohne diese Gelegenheit benutzt zu haben, sich gegen die Notverordnung auszusprechen. Eine solche Unterlassung würde draußen nicht verstanden werden. Ich bitte Sie dringend, unserem Antrage stattzugeben. Außerdem beantrage ich, über den Antrag des Genossen Wels, über unseren Antrag zur Tagesordnung überzugehen, ebenfalls namentlich abzustimmen. (Lebhafte Zurufe.)

Dr. **Breitscheid** (Berlin): Im Anschluß an die Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion ist festgestellt worden, daß die letzte Entscheidung über die Stellungnahme zur Notverordnung der Reichstagsfraktion überlassen wird. (Sehr richtig!) Die Reichstagsfraktion ist für den kommenden Freitag einberufen worden. Nun heißt es in diesem Antrag: „Insbesondere die weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung ist für die Sozialdemokratie untragbar." Das heißt nichts anderes, als daß die Reichstagsfraktion durch diesen Antrag schon jetzt auf eine Ablehnung der Notverordnung festgelegt werden soll: denn was vom Parteitag als untragbar bezeichnet worden ist, kann die Reichstagsfraktion natürlich nachher nicht mehr für tragbar erklären. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, wieweit die Notverordnung tragbar ist oder nicht. (Sehr richtig!) Ein solcher Beschluß würde aber dem vorhergehenden Beschluß, wonach der Reichstagsfraktion die Entscheidung überlassen ist, direkt zuwiderlaufen. (Zustimmung.)

Ich betrachte es als einen schweren politischen und taktischen Fehler der Antragsteller, daß sie diesen Antrag überhaupt eingebracht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Denn wenn aus technischen und taktischen Gründen dieser Antrag abgelehnt wird oder auch wenn man über ihn, was ich immer noch für richtiger halte, würde zur Tagesordnung übergehen, kann draußen im Lande und bei der Regierung der falsche Eindruck erweckt werden, als sei der Reichsparteitag im Grunde mit der Notverordnung einverstanden und erkläre hier bereits sein Einverständnis. Ich verstehe nicht, wie man diese politische Wirkung übersehen konnte. (Lebhafte Zustimmung.) Ich weiß nicht, ob man sie unabsichtlich oder absichtlich übersehen hat. (Rufe: Absichtlich!) Jedenfalls halte ich es für den einzig richtigen, einzig möglichen und politisch verständigen Weg, eine Abstimmung über die Resolution überhaupt nicht vorzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Wels:** Die Schwierigkeiten, die Genosse Breitscheid geschildert hat, waren die Ursache zur Stellung meines Antrags. Nun ist der Antrag auf namentliche Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Übergang zur Tagesordnung gestellt worden. (Zurufe: Das gibt es doch nicht!) Darüber kann man streiten. Die Geschäftsordnung ist, wie ich bei Eröffnung des Parteitages sagte, nicht gerade ideal. Aber wir sind bisher mit ihr ausgekommen. Immerhin hat der Parteitag diese Geschäftsordnung beschlossen, und in ihr steht der Satz:

> Auf Antrag von mindestens 30 Mitgliedern des Parteitages muß namentliche Abstimmung über einen Antrag erfolgen.

Wir sind also gebunden. Hält der Parteitag die Abstimmung für einen politischen Fehler, dann muß er beschließen, daß in diesem Punkte die Geschäftsordnung außer Kraft gesetzt wird. (Unruhe und Zurufe: Gibt es denn überhaupt kein Recht mehr für die Minderheit?)

Eckstein (Breslau): Auch auf dem Parteitag in Magdeburg war beantragt worden, über eine Anzahl politischer Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Als der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung damals für die Antragsteller ebenso unerwartet kam, wie jetzt der Antrag des Genossen Wels, stellte der Genosse Litke den Antrag, über den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung namentlich abzustimmen, und bat den Vorsitzenden Wels gleichzeitig, die Unterstützungsfrage zu stellen. Die Unterstützungsfrage wurde gestellt, die Unterstützung reichte aus, und damals ist in Magdeburg, ohne daß eigentlich irgendein

Zweifel entstanden war, die Geschäftsordnung so ausgelegt worden, daß die namentliche Abstimmung über einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung zulässig ist. Da das die bisherige Gepflogenheit der Parteitage gewesen ist, bitte ich, auch diesmal nicht aus einem Einzelfall heraus — ich bitte, mir nicht übel zu nehmen, wenn ich das so sage — eine Vergewaltigung der Geschäftsordnung vorzunehmen, sondern gemäß der bisherigen Handhabung der Geschäftsordnung die namentliche Abstimmung über unseren genügend unterstützten Antrag herbeizuführen.

Aufhäuser (Berlin): Parteigenossen! Ich möchte an Sie den dringenden Appell richten, in Verbindung mit der Notverordnung diesen Streit über die Geschäftsordnung nicht auszutragen. (Sehr wahr!) Die Folge wäre, daß auf Grund der Meinungsverschiedenheiten, die jetzt über die Auslegung der Geschäftsordnung bestehen, in der Stellung zum Kampf um die Notverordnung eine Teilung des Parteitages einträte, die in Wirklichkeit absolut nicht besteht. (Sehr richtig!) Ich habe schon vorgestern darauf hingewiesen, daß wir die Frage der Notverordnung, weil ich den Ernst dieses Kampfes zu kennen glaube, nicht zum Gegenstand eines Richtungsstreites machen dürfen. (Sehr wahr!) Nachdem der Antrag 195 mit großer Mehrheit angenommen worden ist und die Genossen Seydewitz und Rosenfeld zum Ausdruck gebracht haben, ihnen liege auch nur daran, daß dieser Kampf gegen die Notverordnung unverzüglich aufgenommen werde, nachdem schließlich Genosse Wels erneut erklärt hat, daß auch der Parteivorstand diesen beschleunigten Kampf nicht nur aufzunehmen bereit ist, sondern bereits eingeleitet hat, daß die Fraktion einberufen ist, würde jede weitere Abstimmung über diese Angelegenheit eine Abschwächung der bisherigen Entscheidung bedeuten. (Lebhafte Zustimmung.) Darum sage ich: beweisen wir bei dieser großen politischen Frage, daß das Vertrauen, das von allen Seiten der Partei ausgesprochen wurde, zuletzt in einer glänzenden Rede des Genossen Böchel, wirklich vorhanden ist, daß wir nicht aus irgendwelchen Richtungsempfindungen heraus, sondern lediglich im Hinblick auf das große Ziel den Willen haben, die Notverordnung zu bekämpfen. Deshalb appelliere ich an die Genossen Seydewitz, Rosenfeld usw.: lassen Sie es genügen, daß diese Erklärung des Genossen Wels zu Ihrem Antrag abgegeben worden ist und seien Sie bereit, Ihren Antrag zurückzuziehen, da durch eine Abstimmung über diesen Antrag nur unsere bisherigen Abstimmungen abgeschwächt würden. Dann haben wir die einmütige Kundgebung des Parteitages, daß durch die Notverordnung der Lebensstandard der deutschen Arbeiter nicht gesenkt werden darf. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung wird der Antrag Wels, den Antrag Seydewitz, Rosenfeld und Genossen durch die beim Bericht der Reichstagsfraktion angenommene Resolution Aufhäuser und Genossen für erledigt zu erklären, unter stürmischem Beifall gegen 5 Stimmen angenommen.

Bartels (Berlin) Schlußwort: Werte Genossinnen und Genossen! Auch ich kann mich darauf beschränken, zu den vorliegenden Anträgen kurz Stellung zu nehmen. Die Anträge 115, 121, 122 und 124 fordern den Ausbau unserer Presse. Wir sind zwar der Auffassung, daß nicht allen Wünschen der Antragsteller Rechnung getragen werden kann, schlagen aber trotzdem vor, diese Anträge dem Parteivorstand zu überweisen. (Es wird so beschlossen.)

Die Anträge 128 und 129 fordern den Wegfall oder eine Änderung des Werbebeitrags. Wir bitten um Ablehnung. (Der Parteitag schließt sich diesem Antrag an.)

Der Antrag 133 will wiederum eine Verbesserung unserer Presse durch Herausgabe einer Bauernzeitung oder einer Beilage. Wir bitten, auch diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. (Die Überweisung erfolgt.)

Nun folgen die Anträge zum Organisationsstatut. Zunächst handelt es sich um den Antrag Bielig Nr. 207. Genosse Bielig hat bei der Begründung des Antrags gesagt, daß das Organisationsstatut bereits 25 Jahre alt sei. Ich will nicht bestreiten, daß einige Sätze unseres Organisationsstatuts bereits so alt

sein mögen; aber dann sind es ganz unbeanstandete Sätze. Im übrigen ist aber in diesen 25 Jahren das Organisationsstatut mehr als ein halbes Dutzend Mal umgebaut worden, das letzte Mal auf dem Parteitag in Magdeburg. (Sehr wahr!) Erhebliche Mängel haben sich meines Erachtens nicht herausgestellt. Ich halte es deshalb für unnötig, schon wieder eine Kommission für eine Revidierung des Organisationsstatuts einzusetzen und beantrage Ablehnung dieses Antrages. (Antrag 207 verfällt der Ablehnung.)

Die Anträge 136 und 137 bezwecken eine Änderung der Dauer der Mitgliedschaft zur Übernahme von Vertrauensämtern, Mandaten und dergleichen, und zwar soll die Dauer der Mitgliedschaft in dem einen Falle von einem Jahr auf zwei Jahre, in dem anderen Falle von drei auf vier Jahre für Kandidaturen usw. erhöht werden. (Zuruf: Zurückgezogen!)

Antrag 136 ist zurückgezogen.

Ich bitte, Antrag 137 abzulehnen, da ein Bedürfnis zu dieser Änderung nicht hervorgetreten ist. (Antrag 137 wird abgelehnt.)

Antrag 138 will Vorschläge für die Reichstagswahl, Landtagswahl usw. durch Urwahl feststellen lassen. Ich bitte, es bei der bisherigen Praxis zu belassen. Es ist den Bezirken überlassen, wie sie derartige Aufstellungen vornehmen, durch Bezirksparteitage, erweiterte Bezirksvorstandssitzungen, Urwahl usw. Der Bezirk, der das Bedürfnis zu einer Urwahl hat, mag es beschließen. Das aber generell festzusetzen, halten wir nicht für am Platze. Ich bitte um Ablehnung. (Antrag 138 wird abgelehnt.)

Antrag 139 will ein Recht, das bisher der Bezirksleitung zustand, auf den Bezirksparteitag übertragen. Ich glaube, daß man dieses Recht der Bezirksleitung belassen soll, weil in vielen Fällen der Bezirksparteitag die Wochenbeiträge gar nicht festsetzen kann oder ein solcher besonders dazu einberufen werden müßte. Ich bitte um Ablehnung. (Antrag 139 wird abgelehnt.)

Bei Antrag 140 handelt es sich um die Beiträge für invalide Mitglieder, Jugend usw. Warum diese Bestimmung gestrichen werden soll, weiß ich nicht. Ich bitte, den Antrag abzulehnen. (Antrag 140 wird abgelehnt.)

Antrag 141 will die Gewährung von Ermäßigungen den Ortsvereinen übertragen. Dadurch würde die Kontrolle durch den Bezirksvorstand unmöglich. Ich bitte es bei der bisherigen Übung zu belassen. (Antrag 141 wird abgelehnt.)

Antrag 142 und verschiedene spätere Anträge beschäftigen sich mit dem Stimmrecht der Mitglieder der Reichstagsfraktion, Parteivorstand, Kontrollkommission usw. Es ist jahrzehntelange Übung, daß diese Mitglieder in den Angelegenheiten, die sie selbst betreffen, ein Stimmrecht nicht haben, bei den übrigen Fragen, die den Parteitag beschäftigen, aber mitstimmen. Ich sehe keinen Grund ein, warum das geändert werden soll und bitte, Antrag 142 abzulehnen. (Antrag 142 wird gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.)

Antrag 143 will dem Parteivorstand das Recht, das ihm vor wenigen Jahren gegeben wurde, in besonders krassen Fällen von sich aus Ausschlüsse von Mitgliedern vorzunehmen, wieder nehmen. Der Parteivorstand hat sich zu diesem Recht nicht gedrängt. Ich bin allerdings der Meinung, daß inzwischen der Beweis erbracht ist, daß in besonderen Fällen dieses Recht doch sehr notwendig ist. Ich bitte daher um Ablehnung des Antrages. (Antrag 143 wird abgelehnt.)

Nach Antrag 144 soll der Bezirksparteitag die Wochenbeiträge festsetzen, nur in besonderen Fällen die Bezirksleitung. So kann man das generell nicht regeln. Vielfach werden die Beiträge örtlich beschlossen und zwischen zwei Bezirksparteitagen festgesetzt. Ich bitte um Ablehnung. (Antrag 144 wird abgelehnt.)

Die Anträge 145 und 146 wollen eine Änderung der Parteibeiträge. Eine Herabsetzung ist schon deshalb unmöglich, weil in der Hauptsache die Beiträge in den Bezirken festgelegt werden und wir im Statut nur einen Mindestbeitrag haben. Auch was der zweite Antrag will, wird mehr oder weniger in den Bezirken festgelegt. Ich bitte um Ablehnung. (Die Anträge 145 und 146 werden abgelehnt.)

Was Antrag 147 will, ist nicht klar. Diese Forderung ist selbstverständlich. Ich bitte, den Antrag durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen. (Über den Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen.)

Antrag 148 bitte ich aus den schon angegebenen Gründen abzulehnen. (Antrag 148 wird abgelehnt.)

Antrag 149 will eine Festlegung der Eintrittsgelder. Wir haben dies den Bezirken überlassen und nur festgelegt, daß das Eintrittsgeld die Höhe eines Wochenbeitrages haben muß. Das genügt völlig. Wir würden sonst manchem Bezirk eine höchst unerwünschte Bindung auferlegen. (Antrag 149 wird abgelehnt.)

Antrag 150 rennt offene Türen ein. Was er will, kann heute schon geschehen. Ich bitte ihn als erledigt anzusehen. (Antrag 150 wird als erledigt erklärt.)

Antrag 151 ist völlig unmöglich. (Antrag 151 wird abgelehnt.)

Antrag 152 will die Sterbeunterstützung generell für das ganze Reich. Unsere Erfahrungen sind nicht so, daß man das empfehlen könnte. Vorläufig wollen wir es den Bezirken überlassen. Es kann auch von diesen nur mit einer gewissen Vorsicht an die Frage herangetreten werden. Ich bitte um Ablehnung. (Vorsitzender Lipinski: Es steht auch mit der Novelle zum Versicherungsgesetz in Gegensatz.) (Antrag 152 wird abgelehnt.)

Die Anträge 153, 154 und 155 können durch die Abstimmung über Antrag 205 für erledigt erklärt werden. (Zustimmung.)

Antrag 156 bezieht sich in der Hauptsache auf das Notopfer. Ich bitte, ihn dem Parteivorstand zu überweisen. (Antrag 156 wird dem Parteivorstand überwiesen.)

Die Anträge 157 bis 161 sollten durch die Beschlußfassung über den Antrag 205 für erledigt erklärt werden. (Zustimmung.)

Antrag 162 ist in dieser Form nicht ausführbar. Es läßt sich nicht feststellen, wieviel Beiträge eingegangen sind. Ich bitte deshalb, ihn abzulehnen. Im übrigen will ich zugeben, daß die gegenwärtige Regelung nicht ideal ist. Wir werden uns bemühen, eine bessere herbeizuführen. (Antrag 162 wird abgelehnt.)

Antrag 163 soll durch die Abstimmung über Antrag 205 für erledigt erklärt werden. (Zustimmung.)

Anträge 166 und 167 beziehen sich auf das Stimmrecht des Parteivorstandes usw. Ich habe vorhin schon auseinandergesetzt, daß das bestehende Verfahren sicher besser ist als diese Anträge. Ich bitte um ihre Ablehnung, ebenso des Antrags 168. (Anträge 166 bis 168 werden mit großer Mehrheit abgelehnt.)

Die Anträge 169 und 170 beziehen sich auf die Einführung der Urwahl. Ich habe schon gesagt, daß diese Anträge abgelehnt werden müssen. (Die Anträge 169 und 170 werden abgelehnt.)

Antrag 171 ist durch die Abstimmung erledigt.

Antrag 172 wird auf Antrag des Vorstandes dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 173 wird abgelehnt.

Antrag 205 wird gegen zwei Stimmen angenommen.

Damit sind die zu Organisation und Presse gehörenden Anträge erledigt.

Beschwerdekommission

Krüger (Berlin): Wir haben auf dem Parteitag in Magdeburg bezüglich des Ausschlußverfahrens neue Bestimmungen getroffen. Wie richtig dieser Beschluß war, ergibt die Tatsache, daß die Beschwerdekommission sich nur noch mit vier Einsprüchen zu befassen hatte. Ein Antrag bezieht sich auf das Wiederaufnahmeverfahren. Der Bezirksvorstand Braunschweig hat den Genos-

sen Schlösser wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten ausgeschlossen. Die Dinge gehen bis in das Jahr 1924 zurück. Der Beschluß des Bezirksvorstandes ist außer Kraft gesetzt worden. Der Ortsverein wurde beauftragt, eine Untersuchung durchzuführen. Die Feststellungen haben einige Unregelmäßigkeiten nicht absichtlicher Art ergeben. Auf Grund dieser Feststellungen wurde beschlossen, dem Genossen Schlösser auf die Dauer von 10 Jahren, das Recht abzuerkennen, Parteiehrenämter zu bekleiden. Gegen diesen Beschluß legt der Ortsverein Einspruch ein. Das Parteischiedsgericht hat im letzten Verfahren auf eine Rüge erkannt. Die Beschwerdekommission empfiehlt, es bei dem Beschluß des Parteischiedsgerichtes zu belassen, dem Genossen aber für die Zukunft das Recht zu gewähren, Parteiehrenämter zu bekleiden.

Der Parteitag schließt sich diesem Vorschlag der Beschwerdekommission an.

Im Falle Ernst-Saarbrücken hat der Parteivorstand auf Grund des § 28 Abs. 8 den Genossen Ernst wegen fortgesetzten parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen. Das parteischädigende Verhalten besteht darin, daß Ernst zu Versammlungen eingeladen hat, an denen auch Kommunisten und Nationalsozialisten teilnahmen. Er hat darüber hinaus nationalsozialistische Flugblätter zu einem Preise von 30 Centimes vertrieben. Weiter hat er kommunistischen Funktionären Bildmaterial gegen die Partei zur Verfügung gestellt. Die Beschwerdekommission hat einstimmig beschlossen, es bei dem Ausschluß durch den Parteivorstand zu belassen.

Der Parteitag tritt diesem Beschluß einstimmig bei.

Der Landesvorstand Baden hat am 10. Mai 1929 den Genossen Velten, Preissack ausgeschlossen. Velten wird vom Landesvorstand als notorischer Querulant bezeichnet, der den gesamten Ortsverein zugrunde gerichtet hat, sich über sämtliche Beschlüsse hinwegsetzt und keinerlei Disziplin kennt. Velten hat gegen den Ausschlußbeschluß Einspruch erhoben. Das Parteischiedsgericht hat auf die Aberkennung der Parteiehrenrechte auf 3 Jahre erkannt und weiter beschlossen, Velten aufzufordern, sein Gemeinderatsmandat niederzulegen. Auch gegen diesen Beschluß des Schiedsgerichts erhebt Velten Einspruch. Wir haben mit Badener Parteigenossen über diese Angelegenheit gesprochen. Die Beschwerdekommission hat einstimmig beschlossen, über das Urteil des Schiedsgerichts hinauszugehen und Velten auszuschließen.

Dem Antrag der Beschwerdekommission wird einstimmig zugestimmt.

Der Genosse Wilhelm Schüning-Berlin ist Direktor der Behala, eines privaten Unternehmens. Ihm wird vorgeworfen, Provisionsgeschäfte gemacht zu haben. Er war früher besoldeter Stadtrat in Groß-Berlin. Dem Genossen Schüning kann nicht nachgewiesen werden, daß er sich als Beamter irgendwelche Unregelmäßigkeiten hat zuschulden kommen lassen. Ein gegen ihn eingeleitetes Verfahren wurde von der Staatsanwaltschaft Berlin eingestellt. Es liegt ein Urteil gegen Schüning vor, das ihm eine Rüge erteilt und das Recht auf die Dauer von 3 Jahren aberkennt, Parteiehrenämter zu bekleiden. Die Beschwerdekommission hat mit Mehrheit beschlossen, es bei diesem Urteil zu belassen.

Der Parteitag schließt sich diesem Beschluß an.

Auf dem Parteitag in Magdeburg wurde das Parteimitglied Juhrmann-Riesa, Ostsachsen, wegen Unregelmäßigkeiten ausgeschlossen. Die Beschwerdekommission stellte fest, daß der Genosse ein wenig kollegiales Verhalten an den Tag gelegt hat. Juhrmann hat beantragt, wieder in die Partei aufgenommen zu werden. Ortsverein und Bezirksvorstand haben die Wiederaufnahme einstimmig abgelehnt. Juhrmann hat nach Magdeburg nicht etwa daran gearbeitet, wieder rehabilitiert zu werden, sein parteischädigendes Verhalten setzte im Gegenteil nach dem Magdeburger Parteitag mit besonderer Schärfe ein. Die Kommission empfiehlt einstimmig, die Wiederaufnahme abzulehnen.

Der Parteitag tritt diesem Vorschlag einstimmig bei.

Vorsitzender **Lipinski:** Dem Parteitag bringe ich zur Kenntnis, daß weitere Begrüßungsschreiben eingegangen sind von der Polnischen Sozialistischen Partei, der Ukrainischen Sozialistischen Radikalen Partei, der Sozialistischen Partei Rumäniens, dem Sozialistischen Esperantobund (Frankfurt a. M.), dem Bund sozialistischer Freidenker (Leipzig), dem Volksbund für Geistesfreiheit, dem Einheitsverband der Handels- und Gewerbetreibenden und freien Berufe (Leipzig), dem Reichskartell Republik (Gau Schleswig-Holstein), den Arbeiter-Laienspielern (Sitz Bielefeld) sowie von Parteigenossinnen und Genossen aus den Erholungsheimen Gottleuba i. S., Rothensehma, Langensalza und Augustusbad.

Der Genosse Bock hat beantragt, nachdem die Kasse geprüft ist, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen.

Der Parteitag beschließt einstimmig demgemäß.

Sonstige Anträge

Antrag 174 wird dem Parteivorstand überwiesen, der ihn an die Landtagsfraktionen weitergeben wird.

Die Anträge 175 und 176 werden abgelehnt, da es eine Angelegenheit der einzelnen Organisationen sei, für ihre Ideen selbst zu werben.

Die Anträge 177 und 178, 179 und 180 werden dem Parteivorstand überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Schlußansprache

Vorsitzender **Wels:** Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich bedaure außerordentlich, daß die ungünstigen Witterungsverhältnisse, unter denen wir unsere Arbeit aufnehmen mußten, mir ein Organ verschafft haben, das man nicht gerade als besonders klangvoll bezeichnen kann (Heiterkeit), wenn ich auch früher nicht gerade zu den Tenoristen gehört habe. (Erneute Heiterkeit.) Das Sprechen ist mir sehr schwer gefallen. Trotzdem will ich Ihnen sagen, daß dieser Parteitag für mich selbst innerlich dadurch ein starkes Erlebnis dargestellt hat, daß er die innere Festigkeit und Geschlossenheit der Partei stärker zum Ausdruck gebracht hat als irgend einer von den Parteitagen, die ich bisher erlebt habe. (Beifall.) Wenn wir jetzt am Schluß unserer Arbeit angelangt sind, dann ist es mir ein wirklich aus dem Herzen kommendes Bedürfnis unseren Leipziger Parteigenossen für die Arbeit zu danken, die sie zur Vorbereitung des Parteitages im Interesse der gesamten Partei übernommen haben. (Lebhaftes Händeklatschen.) Ich danke vor allem dem Lokalkomitee und den Ordnern, die vielleicht im Laufe dieser Tagung hin und wieder von mir ein hartes Wort zu hören bekamen. Ich bitte Sie, das als Ausdruck meiner besonderen Liebe aufzufassen. (Heiterkeit.) Böse bin ich nur mit den Menschen, mit denen ich nicht mehr rede. (Erneute Heiterkeit.) Es ist wirklich ein Beweis für die ausgezeichnete Organisation unserer Leipziger Parteigenossen, daß alles bis in die kleinste technische Einzelheit hinein vorbereitet war und ein reibungsloses Arbeiten der Delegierten während des ganzen Parteitages ermöglichte. So reiht sich der Leipziger Parteitag dem Magdeburger und dem Kieler Parteitag durch die Massenbeteiligung der arbeitenden Bevölkerung in hervorragendster Weise an.

Der Auftakt zu unseren Parteitagen ist seit Kiel ein anderer geworden. Wir glaubten in Kiel etwas ganz besonderes gesehen zu haben. Wir sahen den Kieler Parteitag in Magdeburg übersteigert, und wir sahen zu unserer Überraschung in Leipzig, daß die Teilnahme der Arbeiterschaft in Leipzig und Umgebung diesen Parteitag zu dem machte, was das Leipziger Komitee in seinen Aufforderungen erstrebte: zu einer Tagung der Partei als einer Volkstagung im besten Sinne des Wortes. (Bravo!) Leipzig hat bewiesen, daß unsere Kräfte gewachsen, daß

sie gesteigert sind, und wir alle haben von dieser Veranstaltung die Überzeugung mitgenommen, daß unsere Parteitage Volksparteitage sind, die uns neue Kraft geben, weil wir, im Volke wurzelnd, vom Volke getragen, in der Tat ein Parlament des Volkes, ein Parlament der Arbeiterklasse im besten Sinne des Wortes sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich danke im Namen des Parteivorstandes den Arbeitersängern, die am Eröffnungstage unter der Leitung unseres alten Parteifreundes Michael uns so prächtig begrüßten; wir danken den Arbeitersängern in den Didam'schen Chören und der Leipziger Arbeitersing-Akademie, die am Montag in so wirkungsvoller Weise unseren Begrüßungsabend verschönten. Die Roten Spatzen haben nicht nur Freude hervorgerufen, sondern auch die Anregung, ähnliches zu schaffen, sie haben diese Anregung auch unseren ausländischen Gästen gegeben.

Der Fackelzug am Vorabend der Eröffnung des Parteitages: 10 000 Fackeln, ein Flammenmeer in der Finsternis, ein Symbol des Sozialismus. Leuchtende, befreiende Kraft, ein Symbol des Sozialismus, der, in die Dunkelheit des Massenelends, des Massenstumpfsinnes neue Begeisterung tragend, die Welt sich zu erobern anschickt, und immer wieder neu begeisternd auch die Abseitsstehenden zu uns zwingt.

Oft schon ist während des Parteitages von den einzelnen Rednern all der Beteiligten bei diesem Aufmarsch gedacht worden, der Jugend, der Kinderfreunde, der Gewerkschaften, der Sportorganisationen, des Reichsbanners und, wie ich hier besonders unterstreichen will, auch der Genossenschaften bei den den Parteitag umrahmenden Demonstrationen. (Zustimmung.)

Der gleiche Dank gebührt auch dem Arbeiterradiobund, der in selbstloser Weise für die Übertragung unserer Reden gesorgt hat. (Bravo!)

Über unseren Verhandlungen lagen die Schatten der schwersten Wirtschaftskrise. Das arbeitende Volk Deutschlands trägt ein hartes Kreuz furchtbarer Arbeitslosigkeit, grausamer seelischer Not. Es leidet schwer unter den unausgesetzt folgenden Verschlechterungen seiner sozialen Lage. Immer wieder drängte sich uns bei jedem Punkt der Tagesordnung aus jeder Rede heraus die Frage auf: wo ist der Ausweg, wo bleibt die Rettung? Wir wissen, daß in solchen Zeiten der Glaube an Wunder wächst, daß in solchen Zeiten die Sehnsucht nach dem Retter, nach dem neuen Messias, nach dem Dritten Reich, nach dem Vaterland der Arbeiter aufkommt. Die Sozialdemokratie lehnt einen solchen Wunderglauben ab. Wir sagen den arbeitenden und leidenden Menschen: die Rettung kann nicht von oben oder aus einem braunen Palast kommen, sie ruht in euch selbst, ihr müßt sie nur zum Leben erwecken (Lebhafte Zustimmung); euere Kraft gibt euch die Rettung. Euere Rettung kommt aus der Kraft euerer Organisationen; sie formt sich aus dem Willen; durch eigene Kraft allein könnt ihr euch eine glückliche und bessere Zukunft schaffen.

Von diesem Geiste waren auch unsere Verhandlungen getragen, von diesem Geiste waren sie erfüllt. Oft genug gingen die Meinungen hart aneinander, und es sind in der Aussprache auch harte Worte gefallen. Ich gehöre nicht zu den nervösen Leuten (Heiterkeit), die aus der Härte eines Wortes auch auf die innere Veranlagung dessen schließen, der es spricht. Nein, die Überzeugung habe ich, daß mancher, der sehr milde redet, dann, wenn es zum Letzten käme, hinter dem, der stärker redet, nicht zurückstehen würde. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb sage ich mit Fug und Recht: bei aller Verschiedenheit im Ton waren meiner Überzeugung nach alle von dem einen Gedanken erfüllt, unserer Partei und damit der gesamten Arbeiterklasse zu dienen (Sehr wahr!); nur ein Wille hat uns beseelt, dem werktätigen Volk in Stadt und Land den Weg zu neuem Aufstieg, zur endgültigen Überwindung der Grausamkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu zeigen.

Der wichtigste Gegenstand unserer Verhandlung war die Frage, ob unsere Politik nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 richtig gewesen ist. Es war uns zum Vorwurf gemacht worden, daß wir mit der Politik des Tolerierens gegenüber dem Kabinett Brüning den Boden des Klassenkampfes verlassen hätten. Dieser Vorwurf ist uns schon so oft und bei so vielen anderen Gelegenheiten gemacht worden, daß es sich eigentlich erübrigen müßte, darauf einzugehen; aber ich brauche nur noch einmal hier an die gewaltige Kundgebung zu erinnern, mit der unser Parteitag eingeleitet worden ist.

Was ist Klassenkampf? Nicht, wenn wir im Reichstag darüber verhandeln, ob wir die Regierung Brüning tolerieren oder stürzen sollen! Klassenkampf ist es, wenn der unbekannte Funktionär im Betriebe um 1 oder 2 Pfennige Lohnerhöhung feilschen muß, immer in Gefahr, aus seiner Arbeitsstelle auf die Straße geworfen zu werden; Klassenkampf ist es, wenn, wie hier schon gesagt worden ist, in den Gemeindevertretungen um jede Mark Unterstützung für die Erwerbslosen, für die Opfer der Wirtschaftskrise, der Arbeit und des Alters gerungen wird. Klassenkampf ist es, wenn der Arbeiter nicht an seine eigene Not denkt, sondern unermüdlich neue Kämpfer für die Partei, für die Gewerkschaft, für die anderen Organisationen des Proletariats wirbt. Klassenkampf ist es, wenn im kleinsten Dorf sich die Gesinnungsgenossen zu Ortsgruppen zusammenschließen, um teil zu haben an dem gewaltigen Kampf der Gesamtorganisation. Klassenkampf ist es, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Jungens und Mädels des werktätigen Volkes in den gewaltigen Kundgebungen der Großstädte die Forderungen des Sozialismus verkünden. Von diesem wirklichen Klassenkampf waren die Verhandlungen dieses Parteitages erfüllt. (Sehr richtig!) Ob Tolerierung oder nicht, wir stellen hier noch einmal vor aller Welt fest, daß die Regierung Brüning nicht unsere Regierung ist (Sehr wahr!), daß sie alle ihre Maßnahmen auf ihre eigene Verantwortung nehmen muß und daß die Sozialdemokratie keinerlei Verantwortung trägt, daß sie entschlossen ist, die Interessen der arbeitenden Klasse mit allem Nachdruck, aller Rücksichtslosigkeit und auf jede Konsequenz hin zu vertreten. (Lebhafte Rufe: Bravo!) Ob wir Tolerierungspolitik treiben oder nicht, wir empfinden für diese Regierung keine Spur von Zuneigung; denn unsere Politik wird nicht von Liebe oder Haß diktiert, sondern nur von dem Interesse für die Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.) Die Fraktion ist zusammenberufen. Wir wissen, daß die Entscheidung der Fraktion so ausfallen wird, wie es den Interessen der arbeitenden Massen entspricht. Ob sich jetzt schon oder erst in einer späteren Zeit eine Änderung der politischen Linie notwendig macht: stets wird die Partei auf dem Posten sein, und stets wird sie ihre Waffen scharf halten zum Schlage gegen alle Feinde der Arbeiterklasse. (Bravo!) Die Partei wird die entscheidenden Kämpfe aber nicht dann führen, wenn es den Gegnern der Arbeiterbewegung beliebt. Die Sozialdemokratie wird auf das stärkste bemüht sein, selbst den Zeitpunkt festzustellen, an dem sie zum Schlage ausholen muß. Sie wird sich aber auch die Formen dieser Kämpfe von den Feinden der Arbeiterbewegung nicht aufzwingen lassen.

Mit überwältigender Mehrheit hat der Parteitag beschlossen, daß künftig die parlamentarischen Vertretungen der Partei einheitlich abzustimmen haben. Damit hat die höchste Instanz der deutschen Arbeiterklasse zum Ausdruck gebracht, daß in den jetzigen schweren Zeiten die Disziplin innerhalb der Partei noch entschiedener zu wahren ist als je zuvor. Die Sozialdemokratische Partei ist eine Kampfgemeinschaft. Das muß uns immer im Bewußtsein bleiben. Sie kann nur bestehen unter strengster Disziplin, unter engstem Zusammenschluß. Vor dem Kampf mögen wir unsere Meinungen austauschen und uns die Köpfe über die beste Taktik zerbrechen; im Kampfe selbst aber gibt es keine Diskussion mehr; da wird gehandelt, und dann wird geschlagen. Das gilt für jedes Mitglied unserer Organisation, und das gilt doppelt und hundertfach für alle die Parteigenossen, die durch das Vertrauen der Partei in die höchsten Ehrenämter entsandt worden sind. (Sehr richtig!)

Mit besonderer Genugtuung darf ich daran erinnern, mit welcher Liebe und mit welchem Verständnis auf diesem Parteitag alle Fragen, die die Jugend betreffen, erörtert worden sind. Es ist ja nicht so, als ob unsere Partei erst jetzt

hätte daran erinnert werden müssen, sich um die Jugend zu kümmern. Die Sozialdemokratische Partei hat vor Jahrzehnten die ersten politischen Organisationen ins Leben gerufen. Damals schon haben wir der werktätigen Jugend zugerufen, daß sie am Kampfe der Arbeiterklasse teilnehmen müsse, um mehr freie Zeit für ihre kulturellen und körperlichen Bedürfnisse zu gewinnen. Unsere Partei — das sei noch einmal festgestellt — zählt mehr Jugend in ihren Reihen, als die anderen Parteien überhaupt an Mitgliedern aufzuweisen haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir sind und wir bleiben die Partei, die das arbeitende Volk in allen Lebensaltern umfaßt, die nur den einen Willen kennt, eine neue, eine höhere, eine bessere Gesellschaftsform für die Menschheit zu erringen. Getragen von diesem Willen wollen wir jetzt, Parteigenossen, an unsere Arbeit zurückkehren. Sie wird nicht immer leicht und erhebend sein. Es werden Stunden kommen, die an unsere Überzeugungskraft und an unsere Willensstärke die höchsten Anforderungen stellen werden. Aber wo wir auch stehen, ob im Betrieb, ob in einer Körperschaft, ob in einem öffentlichen Amt, stets wird uns der Gedanke des Sozialismus vorwärtstragen, immer wird uns die Befreiung der arbeitenden Klassen aus den Fesseln des kapitalistischen Wirtschaftssystems das leuchtende Ziel bleiben.

Wir gehen jetzt ins Land hinaus, um mit neuer, verstärkter Kraft zu werben und zu wirken. Mehr als eine Million Frauen und Männer stehen bereits unter den roten Fahnen unserer Organisation. Jetzt gilt es, den zweiten Mann, die zweite Frau zu gewinnen, es gilt, unsere Reihen zu verdoppeln, zu verdreifachen und zu vervierfachen.

Die Armee des arbeitenden Volkes ist formiert, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht einig und geschlossen da zur Abwehr und zum Angriff. Wir wollen Seite an Seite, wir wollen Schulter an Schulter marschieren, wir wollen in lückenloser Front allen Gegnern der Arbeiterklasse die Stirn bieten.

So, Parteigenossinnen und Parteigenossen, hinaus zum Kampf, hinaus zum Sieg!

Die Trommel gerührt, die Fahne hoch!
Es lebe der Kampf der arbeitenden Klassen!
Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!
Es lebe die sozialistische Arbeiterinternationale! Sie lebe Hoch! Hoch! Hoch!

(Die Delegierte stimmen begeistert in das dreimalige Hoch ein.)

Mit dem Gesang des Sozialistenmarsches schließt der Parteitag.

Schluß der Sitzung 3 Uhr 40 Minuten.

Erledigte Anträge zum Parteitag

Die **abgelehnten** und durch Annahme oder Ablehnung anderer Anträge **erledigten** Anträge sind hier nicht aufgeführt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse"

wurde angenommen: Antrag

181. Resolution des Referenten.

Die gegenwärtige ökonomische Krise liefert einen neuen furchtbaren Beweis für die zunehmende Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, die Versorgung der Gesellschaft mit den vorhandenen Versorgungsmöglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen. Eine gewaltige Steigerung der produktiven Leistungsfähigkeit in allen Wirtschaftszweigen und in aller Welt ist die unmittelbare Ursache der Massenverelendung, die sich in allen kapitalistischen Ländern ausgebreitet hat. Den überquellenden Reichtum an Lebensmitteln, Rohstoffen und verarbeitenden Kräften verwandelt die kapitalistische Ökonomie in grausame Hungersnöte und in eine unerhörte Vermehrung der Armut. Wie in der Vergangenheit, weiß auch jetzt der Kapitalismus von sich aus keinen anderen Weg aus der Krise, als den der massenhaften Vernichtung von Produktionsmitteln, der künstlichen Verstopfung von Rohstoffquellen, der planmäßigen Einschränkung der Lebensmittelproduktion. Gleichzeitig aber werden Millionen und aber Millionen aus ihrer Existenz und der Versorgung herausgeschleudert und dem Hunger überantwortet.

Aus diesen wahnsinnigen Widersprüchen der geltenden Wirtschaftsordnung kann die Menschheit nur durch die Überwindung des kapitalistischen Systems und die Verwirklichung des Sozialismus befreit werden. Diesen Befreiungskampf zu führen und dafür die Arbeiterklasse zu organisieren, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften.

Dabei ist sich der Parteitag bewußt, daß der Sturz des Kapitalismus nicht ein einmaliger kurzer Akt sein kann: er vollzieht sich als ein Umwandlungsprozeß im steten Kampf zwischen der organisierten Arbeiterklasse und den großkapitalistischen Wirtschaftsmächten. Der Kampf für den Sozialismus kann nicht geführt werden, ohne gleichzeitig den Kampf um die Verbesserung der Arbeiterlage in der Gegenwart zu führen. Die furchtbaren sozialen Auswirkungen der Krise legen der Partei insbesondere die Pflicht auf, sich mit aller Kraft für die Überwindung dieser Nöte einzusetzen.

Die deutsche Wirtschaft ist aufs engste verflochten mit der Weltwirtschaft, die durch den Krieg, die Friedens- und Reparationsverträge, den Rüstungswahnsinn, den wirtschaftlichen Protektionismus und die mangelnde Bereitwilligkeit zu friedlicher Zusammenarbeit der Völker völlig desorganisiert ist. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Politik für die Sicherung des Friedens, internationale Abrüstung, Streichung der internationalen Kriegsschulden und Reparationen, Beseitigung aller Hemmnisse im internationalen Güteraustausch, Abbau der Zollmauern, Abschluß langfristiger Handelsverträge, internationale Regelung des Kapitalstroms und Maßnahmen gegen die Kapital- und Steuerflucht.

Für die innere Wirtschaftspolitik sind vordringliche Aufgaben: scharfe Kontrolle des Monopolkapitalismus, Herabsetzung der Zölle, systematische Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik, planmäßige Auftragsregelung durch die öffentliche Hand, Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf die Banken und

Kreditinstitute, Regelung des Kapitalverkehrs zur Verhinderung von Fehlanlagen, Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und Abwehr der Privatisierungsbestrebungen, Heranziehung von Auslandskrediten zur Förderung des Wohnungsbaues und gemeinnütziger Arbeitsbeschaffungspläne.

Der Parteitag fordert die gesetzliche Verkürzung der zulässigen Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche. Er brandmarkt die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums als Ausfluß sozialer Brutalität und als unvereinbar mit den volkswirtschaftlichen Interessen, die zur Überwindung der Krise eine Stärkung der Massenkaufkraft erfordern. Die Sozialpolitik und die sozialen Einrichtungen müssen geschützt und erweitert werden.

Der Parteitag ist sich bewußt, daß die Durchsetzung dieser Gegenwartsforderungen ebenso wie die Verwirklichung des Sozialismus politische Machtfragen sind. Er beklagt aufs tiefste, daß das Proletariat, das als Volksmehrheit nach der demokratischen Verfassung der Republik dazu berufen ist, die entscheidende politische Macht zu sein, von diesem Rechte noch keinen ausreichenden Gebrauch gemacht hat. Die Verteilung der politischen Macht steht deshalb noch im Gegensatz zur sozialen Struktur. Diesen Widerspruch aufzuheben ist die wichtigste Voraussetzung für die Durchführung einer sozialen Politik und der schnelleren Überwindung des Kapitalismus.

In dieser Erkenntnis ruft der Parteitag das arbeitende Volk auf, sich seiner Macht bewußt zu werden und unter dem Banner der Sozialdemokratischen Partei in geschlossener Organisation den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsanarchie und für die Verwirklichung des Sozialismus zu führen.

186. Resolution zur Frage der Frauenerwerbsarbeit.

Der Kampf um die Behebung der Arbeitslosigkeit ist von Unternehmertum und Reaktion dazu benutzt worden, um die Kampfbasis zu verschieben und die Massen von den eigentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit und von den wirksamen Möglichkeiten, sie zu bekämpfen, abzulenken. Die Sozialdemokratische Partei bekämpft aufs schärfste die Hetze gegen die arbeitende Frau — gleichviel, ob sie ledig oder verheiratet ist. Nicht die erwerbstätige Frau ist schuld an der anwachsenden Arbeitslosigkeit, sondern das kapitalistische System, das es mit voller Energie zu bekämpfen gilt. Wir verwerfen die Versuche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, einen Keil in die Arbeiterschaft hineinzutreiben und bekennen uns erneut zu der bereits in unserem Heidelberger Programm aufgestellten Forderung „Gleiches Recht der Frau auf die Erwerbsarbeit". Daß bei Entlassungen die soziale Lage des einzelnen Berücksichtigung finden muß und daß vor allem der wirtschaftlich Schwächere seinen Arbeitsplatz behalten soll, ist selbstverständlich und sowohl von der Partei wie auch von den Gewerkschaften zu wiederholten Malen zum Ausdruck gebracht worden. Ebenso selbstverständlich ist es aber auch, daß der wirtschaftlich Stärkere absolut nicht die Frau, auch nicht die verheiratete Frau sein muß.

Wir wenden uns aufs entschiedenste gegen die Versuche, auf diesem Wege einen Kampf der Arbeiter untereinander zu inszenieren. Unsere Forderung heißt nicht „Kampf gegen die Erwerbsarbeit der Frau", sondern „Kampf gegen das kapitalistische System, das allein die Schuld an der wachsenden Arbeitslosigkeit trägt".

Zu diesem Kampfe brauchen wir alle Männer und Frauen. Die Frauen werden nur dann geschlossen und kampffreudig in den Reihen der kämpfenden Massen des Proletariats stehen, wenn sie gleichberechtigt sind und nicht unter ein Sonderrecht gestellt werden.

8. Nürnberg. Die Partei und ihre parlamentarischen Vertretungen haben sich mit allen Mitteln für die gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche einzusetzen.

Zu Punkt 2 und 4 der Tagesordnung:

„Die Überwindung des Faschismus" und **„Bericht der Reichstagsfraktion"** wurde angenommen Antrag:

19. Berlin. Der Faschismus ist durch den energischen Abwehrkampf der Sozialdemokratischen Partei in die Defensive gedrängt.

Diese Aktivität hat der Sozialdemokratie zahlreiche Mitglieder zugeführt.

Unter schwersten Opfern für die Arbeiterklasse und Partei wurde verhindert, daß Nationalsozialisten und Deutschnationale im Reich und in Preußen die Regierungsgewalt an sich rissen.

Es ist nunmehr Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, insbesondere die notleidenden Wählermassen, die noch im feindlichen Lager stehen, durch eine energische, planvoll vorbereitete und vorausschauende soziale Politik zu gewinnen.

Die Sozialdemokratische Partei hat durch Mobilisierung und Aktivierung der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung für unsere politischen Gegenwartsforderungen und durch den Kampf um den Sozialismus die politische Durchschlagskraft der Reichstagsfraktion zu stärken.

Zur Durchführung dieses Kampfes ist Einheit und Geschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Körperschaften notwendig.

198. Marie Juchacz-Marie Arning

Zusatzantrag zu Antrag 19 der Vorlage:

Nationalsozialismus und Faschismus gefährden aufs stärkste die nach der Revolution unter dem Einfluß der Sozialdemokratie gewährleistete politische Gleichberechtigung der Frauen.

Die Sozialdemokratie bekämpft entschieden die frauenrechtsfeindlichen Tendenzen des Faschismus. Sie bekennt sich nach wie vor zu dem alten sozialdemokratischen Grundsatz, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch den gemeinsamen Klassenkampf von Mann und Frau erreicht werden kann.

In Ablehnung der Tendenz des Faschismus, der die Menschheit einem neuen Völkermorden entgegentreibt, ruft die Sozialdemokratie die Frauen als Spenderinnen und Hüterinnen neuen Lebens auf, sich in die Front des kämpfenden Proletariats gegen Faschismus und Kriegshetze einzureihen.

94. Magdeburg. Die Brotverteuerung steht im schärfsten Widerspruch zu den politischen Versprechungen, die die Reichsregierung bei der Verabschiedung des letzten Zollgesetzes abgegeben hat. Sie steht auch im Widerspruch zu den klaren Bestimmungen des Gesetzes selber, nach dem die Regierung verpflichtet ist, eine Brotpreissteigerung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Der Parteitag ersucht daher die Reichstagsfraktion, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, damit die Erhöhung des Brotpreises umgehend wieder rückgängig gemacht wird und dem arbeitenden Volke eine Verteuerung ferngehalten wird, die angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit und angesichts des umfangreichen Lohn- und Gehaltsabbaues völlig unerträglich ist.

187. Parteivorstand und Parteiausschuß.

Der Parteitag erkennt an, daß die Reichstagsfraktion unter schwierigsten Umständen die Ideen des Sozialismus und der Demokratie wirksam vertreten hat. Sie hat als Minderheit gegen eine bürgerliche Mehrheit und im ständigen Kampf gegen die unsachlichen und demagogischen Angriffe der Kommunisten die Interessen des arbeitenden Volkes gewahrt. Ihrer Taktik ist es gelungen, den Faschismus in die Defensive zu drängen. Der Parteitag billigt die Tätigkeit der Reichstagsfraktion.

194. Kommissionsantrag zu § 253 des Strafgesetzentwurfs.

Die Probleme der Menschenökonomie, der Bevölkerungspolitik und der Geburtenregelung sind erneut in den Brennpunkt des Interesses der Öffentlichkeit, vor allem aber der Arbeiterklasse gestellt.

Die bisherige gesetzliche Regelung dieser Frage hat sich als unhaltbar erwiesen. Der bestehende Zustand tritt immer mehr als Ausnahmegesetz gegen die Frauen des Proletariats in die Erscheinung.

Bei der im Herbst dieses Jahres bevorstehenden Beratung dieser gesetzlichen Bestimmungen im Strafrechtsausschuß des Deutschen Reichstages werden unsere dort tätigen Genossen aufgefordert, an ihrer bisherigen Haltung im Ausschuß festzuhalten. Es soll gesetzlich anerkannt werden, daß eine Abtreibung im Sinne dieses Gesetzes nicht vorliegt, wenn ein Arzt eine Schwangerschaft unterbricht, weil es nach den Regeln der ärztlichen Kunst zur Abwendung einer Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der Mutter erforderlich ist, oder weil es nach den Regeln der ärztlichen Kunst notwendig ist, um die Geburt eines siechen oder geistig minderwertigen Kindes zu verhindern, oder weil es notwendig ist, um einen schweren wirtschaftlichen Notstand für das zu erwartende Kind oder für bereits vorhandene Kinder vorzubeugen, oder wenn die Schwängerung bei Verübung von Notzucht, Schändung, Blutschande oder Unzucht mit Kindern eingetreten ist.

Im übrigen ist die Frage der Geburtenregelung das Entscheidende bei der Aufrollung dieser Probleme und in den Vordergrund aller unserer Erörterungen zu stellen.

Die Mitglieder des Strafrechtsausschusses werden daher aufgefordert, mit aller Kraft für eine Änderung des § 184a des Strafgesetzbuches (Mittel zur Empfängnisverhütung) einzutreten.

Die Ehe- und Sexualberatungsstellen sind immer weiter auszubauen und mehr noch als bisher in den Dienst einer planmäßigen Bevölkerungspolitik zu stellen.

195. Resolution Künstler—Aufhäuser.

Der Parteitag spricht den sozialdemokratischen Arbeitern aufrichtigen Dank und Anerkennung aus für den mit Entfaltung höchster Aktivität und mit größter Opferbereitschaft erfolgreich geführten Kampf gegen den Faschismus. In der weiteren Kraftentfaltung der Sozialdemokratie wird auch künftig die einzig sichere Gewähr für die Erhaltung der Demokratie liegen. Demokratie ist die unerläßliche Grundlage für die Entfaltung der Menschenwürde und die Erringung geistiger Freiheit.

Dieses Ringen kann aber nur zum Erfolg führen, wenn die wichtigsten Träger des neuen Staates, die arbeitenden Schichten, in ihrer Lebenshaltung, ihren Arbeitsbedingungen und in ihren sozialen Rechten ausreichend geschützt werden.

Insbesondere muß die Sozialversicherung in Zeiten schwerster Wirtschaftsnot in ihrem Bestand gesichert und in ihren Leistungen erhalten werden. Ihre Aufrechterhaltung ist aber nur gewährleistet, wenn bei der bevorstehenden Sanierung des Reichshaushalts auch der Ausgleich der Gemeindehaushalte und des Etats der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hergestellt wird.

Nach den bisher bekanntgewordenen Plänen der Reichsregierung für eine bevorstehende neue Notverordnung sollen aber neue Belastungen geschaffen werden, ohne daß die neu zu erwartenden öffentlichen Einnahmen auch nur annähernd ausreichen, um die Deckung der gemeindlichen Wohlfahrtsausgaben und des Defizits der Reichsanstalt zu ermöglichen.

Eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung, die statt der Erschließung ausreichender Einnahmen die Ärmsten der Armen in ihrer kargen Lebenshaltung durch weiteren Leistungsabbau noch mehr herabdrückt, würde auf den entschiedenen Widerstand der Sozialdemokratie stoßen.

Ebenso wendet sich der Parteitag gegen eine Neuregelung, die auch noch die aus der Versicherung bereits Ausgesteuerten mit einer Verschlechterung der Unterstützungsbedingungen bedroht. Nach wie vor muß vielmehr die Vereinheitlichung der Krisenfürsorge und der gemeindlichen Erwerbslosen-Wohlfahrtshilfe zu einer allgemeinen Reichsarbeitslosen-Fürsorge dringend gefordert werden.

Die Sozialdemokratie hat sich stets bereit erklärt, an der Sanierung der gesamten öffentlichen Finanzen mitzuwirken. Es sind aber nicht unüberwindliche materielle Schwierigkeiten, die dem im Wege stehen, sondern politische Widerstände der Reaktion, die die Krise mißbrauchen will zur Rückwärtsrevidierung der nachkriegszeitlichen sozialen Errungenschaften.

Schon bedroht der kommende Winter Millionen der Opfer der Wirtschaftskrise mit steigender Not und wachsender Verelendung, ein weiterer Abbau der Versorgung müßte sie an die Grenze der Verzweiflung treiben. Die Sozialdemokratische Partei wird in ihrer künftigen Haltung zur Reichsregierung sich davon bestimmen lassen, daß es gelingt, die lebenswichtigsten Arbeiterinteressen zu sichern.

200. Gerlach—Richter.

Der Parteitag erkennt die schwierige Finanznot der deutschen Gemeinden und die dringende Notwendigkeit der finanziellen Hilfe durch das Reich an. Er ist überzeugt, daß die Gemeinden nur dann wirksam entlastet werden können, wenn ihnen die nicht zu den Aufgaben der Wohlfahrtspflege gehörende Unterstützung der ausgesteuerten und noch nicht bezugsberechtigten Arbeitslosen abgenommen wird. Nur dadurch ist es möglich, die eigentlichen Aufgaben der Wohlfahrtspflege wirksam durchzuführen und den Zusammenbruch der kommunalen Fürsorge zu verhindern.

Die Aufrechterhaltung der Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen liegt im unmittelbaren Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Ein Zusammenbruch der kommunalen Fürsorge wäre nicht nur ein unübersehbares Unglück für die unmittelbar Betroffenen, sondern auch von folgenschwerster Wirkung auf das Lebensniveau der gesamten Arbeiterschaft.

Bisher hat die Reichsregierung lediglich versucht, die Reichsfinanzen zu sanieren und hat dabei den Gemeinden neue Lasten auferlegt. Eine solche Politik ist im Interesse des Volksganzen untragbar. Das Reich hat die Pflicht, auch an der finanziellen Sicherstellung der Gemeinden mitzuwirken.

Der Versuch, durch die Bürgersteuer den Gemeinden zu helfen, hat sich — ganz abgesehen von ihrem unsozialen Charakter — als unzulänglich erwiesen. Die Bürgersteuer belastet die minderbemittelten Volksschichten aufs schwerste; ihre Anwendung muß schon deshalb eine natürliche Begrenzung finden.

Der Parteitag begrüßt den Gesetzentwurf der sozialistischen Reichstagsfraktion über die Arbeitslosenfürsorge, der eine Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge und eine andere Lastenverteilung vorsieht. Er ersucht die Fraktion, unverzüglich bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß im Sinne dieses Gesetzentwurfes baldigst Maßnahmen getroffen werden, die den Gemeinden die Möglichkeit geben, ihre Aufgaben auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge zu erfüllen und sie vor dem finanziellen Zusammenbruch zu schützen.

201. Parteivorstand und Parteiausschuß.

Bei der Anwendung der politischen Notverordnung vom 28. März haben sich schwere Mißstände entwickelt. Insbesondere sind die proletarischen Freidenkerbewegung und die sozialistische Kulturpropaganda gehindert worden.

Der Parteitag erwartet deshalb von der Reichstagsfraktion, daß sie die erfolgreiche Arbeit zur Abwehr der von der Notverordnung drohenden Gefahren mit allem Nachdruck fortsetzt.

202. Parteivorstand und Parteiausschuß.

Der Parteitag nimmt davon Kenntnis, daß die Reichstagsfraktion alsbald nach dem Erlaß der neuen Notverordnung zusammentreten und unter Berücksichtigung der gesamten politischen Situation über die Frage der Einberufung des Reichstages entscheiden wird.

203. Parteivorstand und Parteiausschuß.

Der Parteitag mißbilligt das Verhalten der neun Genossen bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B.

203, Abs. 2:

Der Parteitag fordert von den Fraktionen in allen öffentlichen Körperschaften ein einheitliches und geschlossenes Auftreten. Die Fraktionen werden ermächtigt, vor Abstimmungen den Fraktionszwang zu beschließen. Zuwiderhandlungen gelten als parteischädigendes Verhalten.

wurde in namentlicher Abstimmung angenommen.

Stimmberechtigt waren	394
Abgegebene Stimmen	386
Mit Ja gestimmt haben	324
Mit Nein gestimmt haben	62

204. Aufhäuser—Gerlach—Litke. (Antrag der Sozialpolitischen Kommission.)

Der Parteitag stellt fest, daß die anhaltende Wirtschaftskrise in der Invaliden- und Unfallversicherung eine Verschlechterung der Finanzverhältnisse hervorgerufen hat, die der Sozialreaktion ein erwünschter Anlaß zu sein scheint, um einen Abbau der Leistungen erzwingen zu können. In der Unfallversicherung, die keinerlei Reichszuschuß bekommt, ergeben sich aus der Verringerung der Belegschaften höhere Umlagesätze, die den Anlaß zur Kürzung der kleinen Renten und der Auferlegung von Kosten im Rechtsmittelverfahren bieten sollen, obwohl das Unternehmertum in seinen Beiträgen zur UV. lediglich eine Ersatzeinrichtung für seine allgemeine Haftpflicht und Schadenersatzpflicht finanziert. In der IV. haben Krise, veränderter Altersaufbau und nicht ersetzte Inflationsverluste in Verbindung mit entzogenen Reichszuschüssen und vermehrten Fürsorgelasten das Eintreten der finanziellen Notlage beschleunigt.

Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie Angriffe der Unternehmer auf die Leistungen der beiden Versicherungen zurückweist und für eine rechtzeitige und ausreichende Sanierung eintritt. In der UV. ist zu diesem Zweck die Einführung einer Gemeinlast für alle Träger der Berufsgenossenschaft und die Ersparnis an Verwaltungskosten anzustreben, die heute 10,07 Prozent der Gesamtausgaben betragen. Ebenso sind die Ausdehnung des Geltungsbereiches und die Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geeignet, die Tragfähigkeit der UV. zu stärken.

In der IV. sind eine Steigerung des Beitragsaufkommens insbesondere auch durch Auffüllung weiterer Beitragsklassen und Reichszuschüsse unerläßlich. Gegenüber dem Verlangen auf Rentenkürzung verweist der Parteitag auf die Tatsache, daß heute die Durchschnittssätze der Renten nur 36 Mark monatlich betragen und 30 Prozent der Invalidenrentner die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen müssen. Der Versuch, in der Unfall- und Invalidenversicherung Ersparnisse auf Kosten der Rentner machen zu wollen, müßte zur weiteren Belastung der gemeindlichen Wohlfahrt führen.

Der Parteitag hält die Sanierung der Invalidenversicherung um so dringlicher, als sie die Voraussetzung für den längst notwendig gewordenen Ausbau der Versicherungsleistungen ist.

Der Parteitag fordert für die gesamte Sozialversicherung die Schaffung unabhängiger Selbstverwaltungskörperschaften unter maßgeblicher Mitwirkung der Versicherten.

Der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen wurde

7. Berlin. Die Millionenzahl der Arbeitslosen und die Verelendung der breiten Massen des Volkes machen einschneidende Hilfsmaßnahmen nötig. Die dringendste Forderung der Gegenwart ist die Wiedereinführung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm und der auf der Grundlage der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes einzuführenden gesetzlichen 40-Stunden-Woche.

Ferner fordert der Parteitag:

1. Die Beseitigung des Überstundenwesens.
2. Zwangsweise Anmeldung aller offenen Stellen.
3. Gesetzliche Bestimmung zur Einschränkung des Doppelverdienens, der Schwarzarbeit und Zusatzarbeit der in Beschäftigung stehenden Personen.
4. Gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit, der Sonntagsruhe und des Urlaubs der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren.
5. Die Einführung des neunten Pflichtschuljahres unter Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen.

9. Hamburg. Die ungeheure Arbeitslosigkeit, eine Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems, stellt die Sozialdemokratie und alle ihr nahestehenden Organisationen vor die Aufgabe, die Interessen der arbeitenden Menschen mit denen der arbeitslosen fester denn je zu verbinden.

Der Parteitag verpflichtet alle Organe der Partei, insbesondere die Reichstagsfraktion, unablässig und mit gesteigerter Energie für die Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche zu kämpfen, um so die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß zu ermöglichen.

Er fordert zugleich alle der Sozialdemokratie befreundete Organisationen eindringlich auf, die Partei und die freien Gewerkschaften in diesem Kampfe mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

12. Zittau. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, einen Agitationsplan für die Bedarfswirtschaft aufzustellen. Er soll darin bestehen, die Wirtschaftszweige festzustellen, bei denen die Entwicklung der Produktion bereits einen Grad der Vergesellschaftung angenommen hat, daß für die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Volksgemeinschaft organisatorische Schwierigkeiten nicht mehr bestehen.

Des weiteren wird der Vorstand beauftragt, die wirtschaftlichen, finanziellen und betriebsorganisatorischen Erfordernisse derjenigen Wirtschaftszweige zu prüfen, die für eine Sozialisierung der Gütererzeugung reif sind.

14. Nürnberg. Die Sozialisierung der Wirtschaft ist in den Vordergrund unseres wirtschaftlichen Programmes zu stellen und stärker als bisher zu propagieren.

Es wird sofort eine Kommission eingesetzt mit dem Auftrage, den Begriff der Sozialisierung scharf zu umreißen, ihre Bedingungen zu erforschen und ihre Verwirklichung unter besonderer Berücksichtigung des Rationalisierungsprozesses und der internationalen Verflechtungen vorzubereiten.

16. Hamburg. Der Parteitag beauftragt Reichstagsfraktion und Parteivorstand, den Problemen der europäischen Wirtschaftseinheit und der Vereinigten Staaten von Europa gesteigerte Aufmerksamkeit zuzuwenden und dem nächsten Parteitag einen Bericht über den Stand dieser Frage vorzulegen.

37. Berlin. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, beim nächsten Zusammentritt des Reichstags einen Gesetzentwurf einzubringen, der eine grundsätzliche Festsetzung aller Spitzengehälter der höheren Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden sowie bei der Reichsbank und der Reichseisenbahn vorsieht. Richtunggebend für die Abstufungen der nach unten festzusetzenden Gehälter aller Beamten muß sein, daß die Gehälter des Reichskanzlers, des Reichsbankpräsidenten und des Reichseisenbahnpräsidenten nicht 40 000 Mark übersteigen dürfen.

38. Nienburg (Saale). Die Reichstagsfraktion wird ersucht, auf eine Neuregelung der Reichsbesoldungsordnung hinzuwirken mit dem Ziele, die Riesengehälter und Pensionen erheblich zu kürzen. Sie stehen jetzt in keinem Verhältnis zu der Not und wirken erbitternd auf die notleidenden Massen.

39. Annaberg. Die Parteifraktionen sind verpflichtet, überall entschieden gegen die hohen Gehälter, Pensionen und Gutachtergebühren vorzugehen.

40. Zwickau. Von der Reichstagsfraktion wird ein entschlossenes Vorgehen gegen die hohen Gehälter und Pensionen verlangt. Gehälter über 12 000 Mark und Pensionen über 6000 Mark sollen nicht gezahlt werden.

41. Köln. Ein Abbau der Gehälter von 600 Mark an aufwärts sowie der Pensionen von 400 Mark an aufwärts soll vorgenommen werden. Insbesondere ist zu berücksichtigen, daß die ganz hohen Einkommen den heutigen Verhältnissen entsprechend belastet werden.

42. Beuthen. Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen bestimmt, daß die Höhe der Zuschläge der Gemeinden zu den Steuergrundbeträgen der Gewerbesteuer bis zum Jahre 1933 in der für das Jahr 1930 gültigen Höhe zu belassen sind. Die Verordnung sieht Abweichungen von dieser Bestimmung nicht vor. Eine solche ist jedoch in vieler Hinsicht geboten. Die strikte Innehaltung der Verordnung in manchen Gemeinden würde zu nicht rechtzufertigenden Härten gegenüber den Bürgersteuerpflichtigen, vor allem den niedrigst besteuerten Zensiten führen.

Die Ortsgruppe Beuthen richtet deshalb an den zu Leipzig stattfindenden Parteitag folgenden Antrag:

Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, unverzüglich Maßnahmen zu treffen und die Reichsregierung zu veranlassen, in entsprechender Weise die Mißstände, die durch strikte Innehaltung der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 eintreten können und auch eingetreten sind, zu beseitigen.

43. Berlin. Der Bezirksparteitag sieht in der Methode der Reichsregierung, wichtige Gebiete des politischen und kulturellen Lebens auf dem Wege der Notverordnung zu regeln, eine schwere Gefahr für die demokratische Entwicklung.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitung, die kurz nach der Vertagung des Reichstags verkündet wurde, muß wegen ihrer weitgehenden und vieldeutigen Bestimmungen, insbesondere auch wegen ihrer Bevorzugung der Religionsgesellschaften bei dem starken Ansteigen der kulturellen Reaktion zu Mißbräuchen führen und hat bereits heute zu schweren politischen Mißgriffen und zu schikanöser Handhabung gegen wandernde Jugend geführt.

Der Bezirksparteitag fordert daher die Partei und Reichstagsfraktion auf, sich für die Aufhebung dieser Verordnung einzusetzen. Bis zur Aufhebung der Verordnung ist sofort darauf zu drängen, daß der Reichsminister des Innern durch eindeutige Bestimmungen den groben Mißgriffen entgegenwirkt, insbesondere, daß die Freidenkerbewegung und die wandernde Jugend nicht zum Opfer dieser Notverordnung wird.

44. Schwerin (Mecklenburg). Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion werden beauftragt, bei der Reichsregierung die Aufhebung der Ziffer 3 Abs. 2 des § 1 im ersten Abschnitt der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung vom 28. März 1931 mit aller Energie zu erstreben.

45. Ratingen. Der Parteivorstand wird aufgefordert, die Reichstagsfraktion zu veranlassen, unverzüglich die Einberufung des Reichstags zwecks Aufhebung der Notverordnung zu fordern.

46. Aachen. Der Parteitag bittet die Reichstagsfraktion, alles daranzusetzen, damit die Notverordnungen soviel wie möglich beschnitten werden zugunsten des schaffenden Volkes.

47. Rudolstadt. Alle durch die Notverordnungen herbeigeführten Verschlechterungen in der Sozialversicherung sind baldigst wieder zu beseitigen.

48. Lappersdorf. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sofort dahin zu wirken, daß die Notverordnung aufgehoben wird.

49. Duisburg. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, für die schnellste Schaffung eines Ausführungsgesetzes zum Artikel 48 der Reichsverfassung zu sorgen, um weitere Übergriffe und Mißbräuche mit dem Artikel 48, besonders durch die jetzige Regierung, vorzubeugen.

50. Meißen. Es wird gefordert, alles daranzusetzen, daß die Bedrohung der Rechte, insbesondere Werberechte der Dissidenten durch Polizeimaßnahmen verhindert werden.

Die Erhaltung und der weitere Ausbau der Invaliden- und Altersversicherung sind zum Gegenstand besonderer parlamentarischer und außerparlamentarischer Kampfmaßnahmen zu machen. Ziel solcher Maßnahmen muß sein:

1. durch Reichszuschüsse etwa vorhandene Fehlbeträge der Versicherung zu decken, um die bisherigen Leistungen nicht zu gefährden;

2. eine Erweiterung der Leistungen zu ermöglichen, damit über 60 Jahre alten, erwerbslosen Versicherten nach dem Beispiel der Angestelltenversicherung Renten gewährt werden können;

3. eine Herabsetzung der jetzt geltenden Altersgrenze von 65 Jahren zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes nachdrücklichst zu propagieren.

51. Zwickau. Die Reichstagsfraktion möchte sich wieder dafür einsetzen, daß die Pensionierung und Inruhestandsetzung mit dem 60. Jahre erfolgt.

60. Rudolstadt. Die Reichstagsfraktion hat zur Deckung von Rüstungsausgaben eine entschädigungslose Abgabe von Aktienbesitz an das Reich zu beantragen. Die Höhe des Prozentsatzes wird der Fraktion überlassen.

62. Probstzella. Die Reichstagsfraktion wird verpflichtet, unzweideutig und energisch für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel einzutreten.

63. Berlin. Die Wirtschaftskrise hat den Kampf des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse verschärft. Um den verheerenden Wirkungen dieser kapitalistischen Krise entgegenzuwirken, hat die Sozialdemokratie die politische Aufgabe, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

1. Sicherung der Arbeitslosenversicherung und energische Abwehr aller Abbaubestrebungen, Entlastung der Gemeinden und Sicherung der Wohlfahrtsunterstützten durch Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der Fürsorge für Wohlfahrtserwerbslose.

2. Durchgreifenden Ausbau der Invalidenversicherung; Herabsetzung der Altersgrenze.

3. Wiederherstellung der durch die Notverordnung eingeschränkten Rechte der arbeitenden Klasse auf dem Gebiete der Krankenversicherung; insbesondere Vereinheitlichung der Krankenversicherung.

4. Sicherung und Erhöhung des Rentenanspruchs auf dem Gebiete der Unfallversicherung.

5. Ausbau des Arbeitsrechts.

64. Stettin. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, mit aller Macht dahin zu wirken, daß so schnell wie möglich die Wohlfahrts- und Krisenunterstützung zusammengelegt wird.

65. Eisleben. Die Reichstagsfraktion der Partei möge die Frage einer Verbesserung des geltenden Wahlsystems positiv und aktiv behandeln.

67. Nienburg (Saale). Die Reichstagsfraktion wird ersucht, eine Änderung der Fürsorgepflichtverordnung herbeizuführen. Der Ortsverein Nienburg (Saale) steht auf dem Standpunkt, daß die Fürsorgepflichtverordnung aus dem Jahre 1924 überholt ist. Sie ist reformbedürftig. Aus dem § 9 der Verordnung ergeben sich in der Praxis große Härten. Sie wirken erbitternd auf solche Arbeiterfamilien, die man zwingt, für die Leistungen der Bezirksverbände ihr kleines Häuschen zu verpfänden. Die Rückvergütung ist nur dort zu fordern, wo wirkliche Vermögenswerte vorhanden sind. Den Behörden muß untersagt werden, für die Gewährung von Unterstützungen Sicherheitshypotheken auf solche Grundstücke eintragen zu lassen, die nur den reinen Wohnbedürfnissen der Arbeiterfamilie genügen. In solchen Fällen sind die Unterstützungen, wie bei Unterstützungsempfängern ohne jeden Vermögenswert, à fonds perdu zu leisten.

68. Lüneburg. Die Krisenfürsorge ist für die ländlichen Arbeitslosen zu erwirken.

69. Bremerhaven. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit der Regierung in Verbindung zu treten, um zu erreichen, daß die Absetzbarkeit der Richter im Interesse des Ansehens der Republik zeitweise durchzuführen, ermöglicht wird. Die Unabhängigkeit der Richter darf nicht dazu ausarten, das Ansehen der Republik und des Staates zu untergraben.

70. Frankfurt a. M. Dem Reichstag ist durch die Fraktion folgender Antrag zu unterbreiten:

Die Reichsregierung wird ersucht, gemäß dem Antrag der SPD. vom 27. Dezember 1930 umgehend den gewünschten Gesetzentwurf betr. Doppelverdiener dem Reichstag vorzulegen.

71. Frankfurt a. M. Da der Lohnabbau auf der ganzen Linie durchgeführt wird, der Preisabbau aber nur in ungenügendem Maße erfolgt ist, wird von der Reichstagsfraktion erwartet, daß sie sich energisch dafür einsetzt, daß die für die Arbeiterschaft viel zu hohe gesetzliche Miete ebenfalls abgebaut wird. Daß nicht nur der Staat, sondern auch der Hausbesitzer von seinem Gewinn einen entsprechenden Anteil am Abbau tragen muß.

72. Frankfurt a. M. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür einzutreten, daß sich die Sparmaßnahmen nicht auf die nichtbeamteten Angestellten auswirken, die vielfach restlos entlassen werden.

73. Berlin. Die Reichstagsfraktion muß auf die schnellste Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages drängen und auf die Niederreißung der Zollmauern tatkräftig hinarbeiten.

74. Schmalkalden. Die Reichstagsfraktion wird aufgefordert, mit der Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfes eine Aktion für die längst fällige Reichsreform im Parlament durchzuführen.

75. Köln. Der Parteitag wolle die amtlichen Stellen und die Öffentlichkeit erneut mit aller Eindringlichkeit auf die unheilvollen Auswirkungen des maßlos übertriebenen „Berechtigungswesens" aufmerksam machen und die Parteifraktionen in Reich, Ländern und Gemeinden anhalten, daß sie durch Parlamentsbeschlüsse für die Einschränkung bzw. Abschaffung der Berechtigungen sorgen.

76. Breslau. Die parlamentarischen Fraktionen und im Amte befindlichen parteigenössischen Minister der Länder werden ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Prügelstrafe in den Volksschulen dort, wo sie noch zugelassen ist, abgeschafft wird. Bis zur Erreichung dieses Zieles ist in den Schulen und Schulverwaltungen die Anwendung der körperlichen Züchtigung von allen parteigenössischen Lehrern und Beamten auszumerzen.

77. Reuth. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, im Reichstag den Antrag zu stellen, daß in Zukunft den Reichstagsabgeordneten, die aus unberechtigten Gründen die Sitzungen auf längere Zeit versäumen, die Diäten entzogen werden.

92. Berlin. Der Parteitag ersucht die Abgeordneten des Reichstags, dahin zu wirken, daß der den Arbeitslosen usw. gewährte Erlaß der Krankenschein- und Arzneigebühr auch auf die Familienversicherung und Kurzarbeiter ausgedehnt wird.

95. Magdeburg. Der Parteitag wolle eine Kommission einsetzen, die einen Gesetzentwurf an den Reichstag vorzubereiten hat, in dem die Vereinheitlichung des gesamten Sozialversicherungswesens gefordert wird. Es wird ein Versicherungsträger geschaffen, der umfaßt die gesamte Kranken-, Knappschafts-, Alters- und Invalidenversicherung sowie Unfall-, Angestellten- und Arbeitslosenversicherung. Durch die Zusammenfassung wird eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung und der Rechtsprechung erzielt.

96. Magdeburg. Der Parteitag nimmt Kenntnis davon, daß auf Grund einer Verordnung vom 28. März 1931 die Zuckerindustrie zu einer Zwangsorganisation zusammengeschlossen wird. Er vermißt zunächst in der Verordnung die Voraussetzung zur Wahl einer Vertretung der Arbeiterschaft. Besonders aber wird vermißt die Vorschrift zur Entschädigung der durch Zusammenlegung von Betrieben brotlos gewordenen Arbeiterschaft, da für die Aktionäre der Betriebe gesorgt ist, dadurch, daß sie entweder ihre Lieferungsanteile übertragen, oder ihre Aktien austauschen können. Der Parteitag erwartet deshalb, daß dem vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands gestellten Antrage, daß die zur Entlassung kommenden Arbeiter genau so wie in der Zündholz- und Kaliindustrie entschädigt werden, entsprochen wird. Er erwartet, daß die Reichstagsfraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringt.

193. Kuhnt. In einem Strafprozeß gegen Nationalsozialisten hat Adolf Hitler kürzlich als Zeuge eidlich bekundet, daß zwischen den führenden Nationalsozialisten, dem Reichsminister Treviranus und der Reichswehrleitung Verhandlungen über ein Zusammenwirken stattgefunden hätten. Hitler hat weiter erklärt, Einzelheiten hierüber wegen Gefährdung der Staatssicherheit nur in nichtöffentlicher Sitzung wiedergeben zu können.

Die Reichstagsfraktion wird vom Parteitag beauftragt, vom Reichskanzler und Reichswehrminister Aufklärung über diese Besprechung zu verlangen.

Den Länderfraktionen zur Berücksichtigung überwiesen wurde Antrag:

61. Eisleben. Die Fraktionen der Partei im Reich und in den Ländern werden verpflichtet: 1. energisch in der Richtung einer radikalen Säuberung der Reichspost-, Reichsfinanzverwaltung und der Justizverwaltungen von staatsfeindlich eingestellten Beamten und Angestellten zu wirken; 2. im Sinne eines entschieden republikanischen Kurses in der Personalpolitik wirksam zu sein, damit der Wille zur republikanischen Selbstbehauptung auch endlich in der Personalpolitik erkennbar werde; 3. mehr als bisher den zuverlässigen und energischen Beamten gegenüber reaktionären Quertreibereien und Intrigen den erforderlichen Rückhalt zu bieten; 4. auf eine Ausdehnung der notwendigen Demokratisierung der Verwaltung auf die mittleren und unteren Funktionen staatlicher Verwaltungen hinzuwirken; 5. dem Bemühen entschiedenen Widerstand zu leisten, das in der staatlichen Verwaltung das Außenseitertum ausschalten will.

79. Stettin. In Preußen und in den anderen deutschen Ländern ist bei den zuständigen Kultusministern auf eine Erleichterung bei der Anstellung dissidentischer Lehrer hinzuwirken.

174. Berlin. Der Parteitag wendet sich entschieden gegen die Entrechtung und dauernde Benachteiligung der dissidentischen Staatsbürger. Im besonderen fordert der Parteitag die sofortige Anstellung der dissidentischen Lehrer und Lehrerinnen und verpflichtet die Genossen der preußischen Landtagsfraktion und des preußischen Staatsministeriums, sich mit aller Energie für die Durchführung dieser Forderung einzusetzen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, Partei und Jugend, wurde angenommen:

Resolution des Referenten.

I. 182. Die gesellschaftliche Entwicklung hat zu einer ständig wachsenden Teilnahme der Jugend an den politischen und sozialen Auseinandersetzungen und zu einem scharfen Kampf um die Jugend auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens geführt. Dieser Kampf gewinnt dadurch eine besondere Bedeutung, daß die Jugend selbst zu den Problemen ihrer Zeit Stellung zu nehmen sucht. Immer eindeutiger wenden sich große Teile der jungen Generation ab von den alten Idealen der bürgerlichen Welt. Über die Kreise der arbeitenden Jugend hinaus ist in der Jugend die Überzeugung lebendig, daß nur durch eine radikale Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft die ungeheure Not unserer Tage gebannt werden kann. Das politische Lebensziel dieser jungen Menschen ist die Mitarbeit am Aufbau einer neuen sozialen Ordnung, die allen Mitgliedern des Volkes Arbeit, Brot und Wohnung und damit die elementarsten Voraussetzungen für ein höheres, sinnvolleres Gemeinschaftsleben sichert.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch den Sozialismus. Der Sozialismus weist den Weg zur Befreiung der Menschheit aus der Bedrängnis der kapitalistischen Gegenwart, er vereinigt unter seinen Fahnen die stärkste politische Macht, die organisierte Arbeiterklasse, er führt durch seine politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen einen ständigen Kampf für die Erreichung seines Zieles, und er entwickelt in immer steigendem Maß Formen und Inhalt der kommenden sozialistischen Gemeinschaft.

Die politische Organisation des Sozialismus ist die Sozialdemokratie. Sie richtet an die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen in Stadt und Land, an die jungen Angestellten, an die Jugend der Hochschulen, an die geistig und künstlerisch schaffende Jugend, an alle jungen Menschen, die den Anbruch einer neuen Zeit ersehnen und die an der Gestaltung neuer höherer Formen menschlichen Gemeinschaftslebens mitarbeiten wollen, den Appell, unter Ablehnung aller kommunistischer und nationalsozialistischer Irrwege, in den Reihen der Sozialdemokratie für die Erfüllung ihres Ideals, für den Sozialismus zu kämpfen.

II. Die Sozialdemokratie will die unmittelbare verantwortliche Mitarbeit der jungen Generation im politischen Leben. Eine wichtige Voraussetzung dafür bildet die planmäßige Eingliederung der jungen Parteimitglieder in die Parteiarbeit. Der Parteitag verpflichtet daher alle Organisationsgliederungen der Partei, jungen, befähigten Parteigenossen und -genossinnen, die sich durch ihre Tätigkeit das Vertrauen der Parteigenossen erworben haben, die Möglichkeit zu verantwortlicher Mitarbeit zu schaffen. Darüber hinaus ist dem Bedürfnis der jungen Parteigenossen nach Meinungsaustausch, politischer Schulung und nach kulturellen und geselligen Veranstaltungen durch einen Ausbau der Bildungsarbeit unter Hinzuziehung junger Parteigenossen Rechnung zu tragen.

In der Gegenwart erfordert auch die sozialistische Erziehung der Arbeiterkinder und der schulentlassenen Arbeiterjugend die besondere Aufmerksamkeit der Partei. Eine planmäßige sozialistische Erziehung der Kinder und Jugendlichen der Arbeiterschaft steigert die Kampfkraft der Arbeiterklasse und schafft gleichzeitig die unerläßlichen physischen, geistigen und moralischen Voraussetzungen für das Aufbauwerk des Sozialismus. Der Parteitag erneuert deshalb die Verpflichtung für alle Organisationen der Partei, die Organisationen der Kinderfreunde und der Sozialistischen Arbeiterjugend stets nach besten Kräften ideell und materiell zu unterstützen.

Der Parteitag anerkennt das Recht der Sozialistischen Arbeiterjugend als Erziehungsorganisation auf pädagogische und organisatorische Selbständigkeit im Sinne der Parteitagsbeschlüsse von Weimar und Kiel. Diese Selbständigkeit entbindet jedoch die Parteiorganisationen nicht von der Verantwortung für die Parteimitglieder, die in der Jugendorganisation tätig sind. Diese Parteimitglieder müssen für ihre Tätigkeit in der Jugendorganisation das Vertrauen der Jugend und der Partei besitzen.

Der Parteitag richtet an alle parteigenössischen Mitarbeiter in den sozialistischen Jugendorganisationen die Aufforderung, unermüdlich im Sinne einer engeren freundschaftlichen Zusammenarbeit dieser Organisation tätig zu sein und neue Zersplitterungen innerhalb des sozialistischen Erziehungswerkes zu verhindern.

183. Parteivorstand und Parteiausschuß.

Der Beschluß des Kasseler Parteitages betr. Einrichtung von Jungsozialisten-Gruppen ist aufgehoben.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung, Bericht des Parteivorvorstandes, wurde angenommen:

26. Hamburg. Die Erörterungen und Entschließungen über parteiorganisatorische und parteitaktische Fragen erfolgen ausschließlich in den Mitgliederversammlungen usw. der Parteiorganisationen.

97. Berlin. Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, auf die Republikanisierung der Verwaltung und Justiz sein besonderes Augenmerk zu richten.

184. Parteivorstand und Parteiausschuß.

Richtlinien für die Zusammenfassung der sozialdemokratischen Arbeiterkreise.

1. Zur Heibeiführung größerer organisatorischer Einheitlichkeit und sachgemäßer Mitarbeit in der Partei und zur wirksameren Werbung wird der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit die Arbeitsgemeinschaften der sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen, Ärzte, Juristen, die Sozialistische Hochschulgemeinschaft und ähnliche Arbeitskreise in geeigneter Weise in sein Arbeitsgebiet einbeziehen.

2. Im Rahmen des Reichsausschusses nehmen die Arbeitskreise an den allgemeinen Aufgaben der sozialistischen Bildungsarbeit teil. Daneben sollen sie im Zusammenwirken mit dem Reichsausschuß auf Grund ihrer sachlichen Eignung die besonderen Aufgaben fördern, die der Partei aus dem Erziehungs- und Schulproblem, aus der Rechtspflege und dem Verwaltungsproblem, aus dem Gesundheitswesen und aus sonstigen Sonderproblemen des öffentlichen Lebens erwachsen. Zu diesen Zwecken können mit Zustimmung des Reichsausschusses sachliche Arbeitsgruppen gebildet, Bildungskurse eingerichtet, Gutachten erstattet, Sonderberatungen veranstaltet und sonstige geeignete Maßnahmen getroffen werden. Falls der Partei dadurch Kosten entstehen, ist in jedem Einzelfall die Zustimmung des Reichsausschusses notwendig.

3. Für die Arbeitskreise gelten folgende Bestimmungen:

Ihre Mitglieder müssen der Partei angehören,
sie haben in ihren Kreisen neue Mitglieder für die Partei zu werben,

Rundschreiben der Arbeitskreise sind dem Reichsausschuß regelmäßig zuzusenden, wichtige Veröffentlichungen vor der Weitergabe an die Presse.

4. Die Zusammenfassung der Arbeitskreise nach Orten oder Bezirken richtet sich nach den Bedürfnissen und ist an die Zustimmung der zuständigen Parteiinstanzen gebunden. Sie hat innerhalb der Orts- und Bezirksbildungsausschüsse zu erfolgen.

5. Die „Sozialistische Bildung" ist gemeinsames Organ der Arbeitskreise.

185. Parteivorstand und Parteiausschuß.

Richtlinien für eine sozialistische Hochschulgemeinschaft.

1. Die Sozialistische Hochschulgemeinschaft will die Hochschulpolitik der Sozialdemokratischen Partei fördern und ihre studierende Jugend geistig, gesellschaftlich und wirtschaftlich stützen.

2. In die Sozialistische Hochschulgemeinschaft werden alle bestehenden oder in Bildung begriffenen Vereinigungen eingegliedert, die die sozialistischen Studenten und ihre Einrichtungen unterstützen oder die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der sozialistischen Praxis fördern sollen.

3. Mitgliedschaft in der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft setzt die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei voraus. Die Satzungen der Sozialistischen Studentenschaft bleiben hiervon unberührt.

4. Die Organe der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft sind: das Präsidium, der Arbeitsausschuß, der Sozialistische Hochschultag.

Das Präsidium, an dessen Spitze ein Hochschullehrer stehen soll, beruft der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.

Der Arbeitsausschuß besteht aus 15 Mitgliedern. 7 Mitglieder werden vom Sozialistischen Hochschultag gewählt, davon müssen 4 dem geschäftsführenden Hauptvorstand der Sozialistischen Studentenschaft angehören. Weitere 7 Mitglieder beruft das Präsidium. Den Vorsitz führt der Präsident; er bestellt als ständigen Vertreter ein Mitglied des Präsidiums.

Der Sozialistische Hochschultag wird von Präsidium und Arbeitsausschuß einberufen.

205. Parteivorstand und Parteiausschuß.

Als Ergänzung des Beschlusses des Magdeburger Parteitages betr. Sonderbeiträge (§ 8 Abs. 5—7 des Organisationsstatuts) beschließt der Parteitag, daß von den sozial bessergestellten Parteimitgliedern entsprechend ihrem Einkommen neben dem üblichen Mitgliederbeitrag monatlich ein Zuschlagsbeitrag zugunsten der Bezirkskasse nach folgender Staffel zu erheben ist:

Bei einem Brutto-Monatseinkommen

von	400— 500 Mark . . .	2 Mark	Zuschlagsbeitrag
von	500— 600 Mark . . .	3 Mark	Zuschlagsbeitrag
von	600— 700 Mark . . .	5 Mark	Zuschlagsbeitrag
von	700— 800 Mark . . .	8 Mark	Zuschlagsbeitrag
von	800— 900 Mark . . .	12 Mark	Zuschlagsbeitrag
von	900—1000 Mark . . .	16 Mark	Zuschlagsbeitrag
von	1000—1100 Mark . . .	20 Mark	Zuschlagsbeitrag
von	1100—1200 Mark . . .	25 Mark	Zuschlagsbeitrag

Für jede weiteren 200 Mark steigert sich der Zuschlagsbeitrag um 1 Prozent des Einkommens.

Kleine Abweichungen von dieser Staffel sind mit Zustimmung des Parteivorstandes zulässig.

Dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen wurde:

16. Hamburg. Der Parteitag beauftragt Reichstagsfraktion und Parteivorstand, den Problemen der europäischen Wirtschaftseinheit und der Vereinigten Staaten von Europa gesteigerte Aufmerksamkeit zuzuwenden und dem nächsten Parteitag einen Bericht über den Stand dieser Frage vorzulegen.

65. Eisleben. Das Problem der Wahlreform soll in den Organen der Partei (Zeitungen und Zeitschriften) und in den Mitgliederversammlungen zur freien Diskussion gestellt werden, damit die Partei in der Frage der Wahlreform, die für die Sicherung der Demokratie von großer Bedeutung ist, führend vorangehen kann.

93. Salzungen. In allen Orten, in denen Parteigruppen und Ortsausschüsse des ADGB. bestehen, sind Beratungsstellen für Erwerbslose einzurichten.

98. Berlin. Es ist mit allem Nachdruck an unsere besoldeten Vertreter in den Gemeinden — Staat — und Reichsämtern zu appellieren, in ihrer Tätigkeit eine konsequente Personalpolitik zu treiben, um den Kontakt nicht mit den ihnen unterstellten Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie mit der Partei zu verlieren.

110. Dresden. Der Reichsparteitag beauftragt den Parteivorstand, mit befreundeten Arbeiterorganisationen Stellung zu nehmen gegen die Überorganisation in der Arbeiterbewegung.

115. Sulzfeld. Die Beilage zur Parteipresse „Der Arbeitslose" soll nicht mehr mit der Parteipresse erscheinen, sondern regelmäßig und unentgeltlich denjenigen Ortsvereinen, in deren Ort eine Auszahlungsstelle für Erwerbslose besteht, zugestellt und unter die Arbeitslosen verteilt werden.

118. Hamburg. Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist als besonderer Tagesordnungspunkt zu setzen: „Die deutsche Reichsreform". Der Bericht der vom Kieler Parteitag eingesetzten Kommission ist baldigst den Parteiorganisationen zugänglich zu machen.

119. Probstzella. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, kurzgehaltene Programmpunkte an die Wählermassen herauszugeben, in denen aufgezeigt wird, welche Maßnahmen die Sozialdemokratie — an die Macht gekommen — zur Behebung der Not der breiten Massen ergreifen wird.

120. Weißstein. Sportvereine und Kulturvereine sind zunächst in zwei große Gruppen zusammenzufassen. Auch für Gewerkschaften und Partei müßte sich eine Rationalisierung möglich machen lassen. Die vielen Jugendvereine sind in zwei große Gruppen (Sport- und kulturpolitische) zusammenzufassen.

121. Leipzig. Der Parteivorstand wird beauftragt, eine große illustrierte Zeitung, welche zum Massenvertrieb geeignet ist, herauszugeben.

122. Essen. Die von der Partei herausgegebenen Zeitschriften „Der Wahre Jacob", „Die Frauenwelt", „Kinderland", „Volk und Zeit" werden zu einer Tiefdruckbeilage zusammengefaßt, welche aller acht Tage erscheint und nicht mehr wie 20 Pfennige pro Exemplar kosten darf. Der Umfang soll 16 Seiten pro Nummer nicht übersteigen. Die Parteidruckereien, welche bisher „Volk und Zeit" gedruckt haben, werden mit der Herstellung beauftragt. Format Großquart.

124. Trupermoor. Der Parteivorstand wird beauftragt, eine landwirtschaftliche Wochenzeitung herauszugeben; für die Parteipresse müßte eine landwirtschaftliche Beilage geschaffen werden.

125. Hindenburg (Oberschl.). Der Parteitag verweist auf die schwierigen Grenz- und wirtschaftspolitischen Fragen an der deutschen Ostgrenze. Erörterungen der Grenzfragen, der noch nicht beendigte Zollkampf mit Polen,

Streitigkeiten über den Minderheitenschutz beunruhigen fortgesetzt die Grenzbevölkerung. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand sowie die Reichstagsfraktion, den Ostfragen dauernde größte Aufmerksamkeit zu widmen und unter Hinzuziehung der preußischen Landtagsfraktion eine innerpolitische Ostkommission zu bilden, welche die Ostfragen besonders zu bearbeiten hat.

133. Magdeburg. Der Bezirksparteitag Magdeburg bittet den Parteivorstand, eine Bauernzeitung herauszugeben. Weite Kreise der Bauernschaft haben zum Reichslandbund das Vertrauen verloren, da die Politik dieses Verbandes offensichtlich vom Großgrundbesitz bestimmt wird. Die Partei ist verpflichtet, die Kleinbauern und kleinen Pächter mit den Zielen der Partei bekanntzumachen und die „Taten" des Reichslandbundes aufzuzeigen. Unsere Parteipresse kommt an diese Schichten nicht heran; es muß ein Blatt sein, welches auf die Verhältnisse dieser bäuerlichen Menschen eingehen kann.

154. Stettin. Die Genossen, die ein Einkommen von 300 Mark monatlich und mehr haben, haben den Verdienst vom 1. Mai an die Ortsparteikasse abzuführen.

156. München. Der Parteivorstand wird beauftragt:

1. Verhandlungen einzuleiten, um die zwischen dem Parteivorstand und dem Bundesvorstand des ADGB. getroffene Vereinbarung vom Oktober 1930 über die Unterstützung der ausgesteuerten arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder durch Erhebung eines Sonderbeitrages der Angestellten der Arbeiterbewegung sinngemäß auch durch den AfA-Bund und ADB. zur Anwendung zu bringen.

2. In eine Prüfung mit den freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen einzutreten, um eine angemessene Erhöhung der Sonderbeiträge gegenüber den bestehenden Sätzen zu vereinbaren und eine möglichst umfassende Durchführung der Vereinbarung im einzelnen zu sichern.

3. Vierteljährlich eine Gesamtabrechnung über die geleisteten Sonderbeiträge mit den freigewerkschaftlichen Spitzenverbänden zu vereinbaren und zu veröffentlichen.

161. Arnstadt. Die Bezüge der Parteiangestellten sind nach Tarifgruppen geordnet fortlaufend im Geschäftsbericht des Parteivorstandes zu veröffentlichen.

172. Arnstadt. Als Zeichen der Solidarität gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise wird das vom Parteiausschuß beschlossene Notopfer weiterhin beibehalten. Die Abzüge für die höheren Einkommen sind zu erhöhen. Das Notopfer ist an die Arbeiterwohlfahrt abzuführen.

177. Leichlingen (Rhld.). Der nächste Reichsparteitag soll im Bezirk Niederrhein, in Düsseldorf, abgehalten werden.

178. Köln. Die Kölner Delegierten zum Leipziger Parteitag werden beauftragt, den nächsten Parteitag nach Köln einzuladen.

179. Mainz. Der nächste Reichsparteitag findet in Mainz statt.

180. Altona. Der nächste Parteitag soll in Altona (Elbe) stattfinden.

Zusatzantrag Weise zur Jugendresolution Nr. 182.

206. Unsere Zeit schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse erleichtert die Umwertung aller Anschauungen. Dadurch wird gerade die Jugend in besonderem Maße der Gefahr ausgesetzt, zum Spielball radikaler Mächte, die mit scheinradikalen Phrasen an die Öffentlichkeit treten, zu werden. Der Parteitag sieht diese Gefahr. Er erkennt die Notwendigkeit der Steigerung der Aktivität der Jugend an. Um in verstärktem Maße die Werbekraft der Jugend in den Dienst der Partei stellen zu können, sind Maßnahmen zu einer intensiven politischen Schulung der jungen Parteigenossinnen und -genossen zu treffen.

Der Parteivorstand wird beauftragt, unter Hinzuziehung geeigneter Mitarbeiter Richtlinien für diese Tätigkeit auszuarbeiten.

Ergebnis der namentlichen Abstimmung

Mit Ja haben gestimmt:

Luise Aelter, Edwin Adam, Kurt Adams, Lisa Albrecht, Karl Andritzke, Marie Ansorge, Karl Arndt, Marie Arning, Artur Arzt, Erhard Auer, Fritz Baade, Friedrich Bartels, Karl Bartosch, Paul Baum, Fritz Baumgarten, Karl Baumgarten, Heinrich Becker, Georg Beckmann, Fritz Behschnitt, Karl Berg, Adolf Biedermann, Karl Bielig, Louis Biester, Helene Blosfeld, August Blume, Wilhelm Bock, H. Böckler, Walter Böhme, Klara Boldt, Friedrich Böttcher, Wilhelm Brandes, Otto Braun, H. Brechling, Minna Breitkopf, August Brey, Emil Brinkmann, Frau Brune, Otto Buchwitz, Paul Bugdahn, Guido Chemnitzer, Artur Crispien, Siegfried Crummenerl, Helene Daum, Willi Dehnkamp, Joseph Dennstädt, Georg Dietrich, Georg Dirschedl, Wilhelm Dittmann, Adolf Döhnert, Klemens Dölitzsch, Paul Dölz, Fritz Döring, Emma Drewanz, Hugo Eberle, Friedrich Ebert, Oskar Edel, Karl Engelbrecht, Adam Essinger, Karl Etienne, Alfred Faust, Gottlob Fauth, Bruno Fehlisch, Emil Feldmann, Gustav Ferl, Paul Fleischmann, Willi Fliege, Karl Förster, Friedrich Frank, Otto Frank, Wilhelm Franke, Rudolf Freidhof, Kurt Freyer, Therese Friedrich, August Frölich, Franz Garvens, Otto Garz, Paul Gerlach, Erich Gierke, Ludwig Glunk, Ernst Göbel, Gottlob Gresse, Adolf Guth, Johanna Haß, Richard Hammer, Hugo Hamprecht, Friedrich Hansen, Richard Hansen, Alfred Haude, Heinrich Hauschild, Ernst Henkel, Ernst Heilmann, Kurt Heinig, Rudolf Heyer, Wilhelm Heyd, Karl Helfenberger, Fritz Henßler, Eugen Hertel, Karl Herrmann, Dr. Paul Hertz, Wilhelm Hesse, Karl Hildenbrand, Dr. Rudolf Hilferding, Joseph Hirn, Otto Hoche, Heinrich Höcker, Wilhelm Hoegner, Oskar Hoffmann, Robert Hoffmeister, Leo Hofmann, Max Homa, Franz Hund, Oskar Hünlich, Moritz Jahn, Marie Jankowski, Ehrhardt Janotta, Toni Jensen, Willi Jesse, Marie Juchacz, Hubert Jungherz, Paul Junke, Bernhard Junker, Helene Kabelitz, Elisabeth Kaeser, Gottlieb Kamm, Paul Kämpf, Helene Kaisen, Willi Karbaum, Paula Karpinski, Robert Keller, August Kempke, Käthe Kern, Franz Kerneck, Paul Kießlich, Gustav Kinner, Adolf Kirch, Karl Kirchner, Wilhelm Kirchner, Karl Kirchmann, Franz Klinger, Franz Klupsch, Gustav Knipping, Willi Knothe, Bernhard Knoth, Anna Kühn, Franz Künstler, Otto Kunze, Heinrich König, Karl Koch, Karl Koch, Marie Koine, Georg Koser, Paul Krieg, Berta Kröger, Wilhelm Krüger, Fritz Krull, Charlotte Lange, Franz Lange, Karl Langebeck, Paul Langer, August Langnickel, Emmy Lanzke, Dr. Walter Lamp'l, Johannes Lau, Dr. Julius Leber, P. Lehmann, Leo Leibgirries, Max Leuteritz, Fritz Lewerenz, Hermann Liebmann, Richard Lipinski, Paul Löbe, Julius Lotzmann, Bruno Lösche, Georg Lowig, Frieda Löwe, Otto Lück, Johann Ludewig, Otto Lüttke, Wunibald Lutz, Ernst Mandel, Dr. Ludwig Marum, Dr. Jean Meerfeld, Wilhelm Meißner, Karl Meitmann, Artur Mertins, Franz Metz, Adolf Möller, Dr. Julius Moses, Karl Mössinger, Joseph Mühlmann, E. R. Müller, Fritz Müller, Karl Müller (Stendal), Anna Nemitz, Paul Neue, Heinrich Niedergesäß, Johannes Nitsche, Hans Nimmerfall, Fritz Nohl, Heinrich Nöll, Professor Dr. Erik Nölting, Friedrich Nowack, Anna Ortlepp, Fritz Ostmann, Alex Pagels, Johann Panzer, Max Peschel, Franz Peters, Wilhelm Peters, Ernst Pirner, Hans Podeyn, Michael Poeschke, Rudolf Pucalka, Elsbeth Puschmann, Karl Raloff, Georg Reinbold, Karl Reitz, Joh. Reitze, Dr. Adam Remmele, Willi Renner, Anna Richter, Georg Richter, Lorenz Riedmiller, Willi Riese, Heinrich Rinne, Paul Röhle, Georg Roboom, Rudolf Roß, Erich Roßmann, Wilhelm Rothenberg, Elfriede Ryneck, Emma Sachse, Emil Sankowski, Minna Sattler, Rudolf Scharrer, Gustav Schiffer, Artur Schiller, Hugo Schimke, M. Schinabeck,

Anton Schmidt, Fritz Schmidt, Georg Schmidt, Max Schmidt, Johann Schmitt, Hubert Schmitz, Karl Schneeberg, Willi Schneider, Ernst Schneppenhorst, Adolf Schönfelder, Georg Schöpflin, Erwin Schöttle, Walter Schrader, Ad. Schreiber-Krieger, Karl Schröder, Ernst Schumacher, G. Schumann (Stettin), Peter Schultheiß, Berta Schulz, Heinrich Schulz, Wilhelm Schweizer, Paul Seele, Hans Segitz, Willi Seifert, Dr. Karl Severing, Adolf Sieber, Georg Simon, Georg Sittig, Jakob Sommer, Franz Sonnenburg, Erna tum Suden, Emil Stahl, Friedrich Stampfer, Gustav Steinbrecher, Heinrich Steinfeldt, Max Steinhöfel, Johannes Stelling, David Stetter, Hanna Stolten, Olga Stolten, Anna Strohsahl, Anton Taiber, Hermann Tempel, Berta Thiel, Otto Thielemann, Martin Treu, Oskar Trinks, Elise Thümmel, Jean Uebel, Helene Ullmann, Anna Ulrich, Wilhelm Verdieck, Hans Vogel, Heinrich Vogel, Franz Vogt, Max Wagner, Otto Wallis, Max Wardin, Wilhelm Waterstrat, Heinrich Weber, Wilhelm Weber, Kurt Weckel, Oskar Wegener, Martha Wehner, Klara Weich, Viktor Weigelt, Wilhelm Weis, Hans Weise, Otto Wels, Max Westphal, Hermann Wilke, Karl Willam, Kurt Wimmer, Dr. Rudolf Wissell, Otto Witte, Bruno Wittig, Alfred Wolf, Felix Wolf, Grete Wöhrmann, Grete Zabe, Max Zelck, Wilhelm Zimmerer, Artur Zimmermann, Reinhold Zumtobel, Wilhelm Zunker.

Mit Nein haben gestimmt:

Lore Agnes, Rose Ahnert, Kurt Baldauf, Paul Becker, Albert Bergholz, Paul Bergmann, Fritz Bieligk, Karl Böchel, Martin Bräuer, Bruno Ditties, Ernst Eckstein, Karl Fischer, Hermann Fleißner, Johannes Frank, Flora Franken, Engelbert Graf, Hermann Harnisch, Richard Hille, Wilhelm Hohmann, Martha Hornoff, Otto Jenssen, Paul Kierstein, Dr. Richard Kleineibst, Edwin Kneiff, Erna König, Emil Krauß, Ernst Kreiner, Bernhard Kuhnt, K. Lewin, Erich Mäder, Max Seydewitz, August Siemsen, Franz Starker, Bruno Steinert, Kläre Steiniger, Dr. Margarete Stegmann, Heinrich Ströbel, Paul Ungethüm, Fritz Thurm, Fritz Waldheim, Karl Schwarz, Otto Schubert, Henri Schubert, Hans Schreiber, Fritz Schmidtchen, Max Schlosser, Dr. Kurt Rosenfeld, Heinrich Riegel, Hermann Pieper, Andreas Portune, Franz Petrich, Karl Palmer, Anna Paersch, Fritz Ohlhoff, Walter Oettinghaus, Erich Naumann, Rosa Müller, Robert Müller, Karl Müller (Solingen), Lisbeth Meyer, Mathilde Wurm, Hans Ziegler.

An der Abstimmung haben nicht teilgenommen:

Siegfried Aufhäuser, Dr. Rudolf Breitscheid, Hans Dietl, Karl Litke, Fritz Schütte, Tony Sender, Gustav Trampenau, Georg Wendt.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Aelter, Luise	Aken a. d. Elbe	Bez. Magdeburg-Anhalt
Adam, Edwin	Hannover	Bez. Hannover
Adams, Kurt	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Agnes, Lore	Düsseldorf	Kontrollkommission
Ahnert, Rose	Wittgensdorf b. Chemn.	Bez. Chemnitz
Albrecht, Lisa	Berlin	Parteiausschuß
Andritzke, Karl	Rahlstedt b. Hamburg	Bez. Schleswig-Holstein
Ansorge, Marie	Ried.-Salzbrunn	Parteiausschuß
Arndt, Karl	Dresden	Bez. Dresden
Arning, Marie	Magdeburg	Parteiausschuß
Arzt, Arthur	Rähnitz-Hellerau	Reichstagsfraktion
Auer, Erhardt	München	Parteiausschuß
Aufhäuser, Siegfried	Berlin	Reichstagsfraktion
Baade, Fritz	Charlottenburg	Reichstagsfraktion
Baldauf, Kurt	Altmittweida b. Mittw.	Bez. Leipzig
Bartels, Friedrich	Berlin	Parteivorstand
Bartosch, Karl	Neustrelitz	Mecklenburg-Lübeck
Baum, Paul	Bitterfeld	Bez. Halle
Baumgarten, Fritz	Bahrendorf	Bez. Hannover
Baumgarten, Karl	Ahaus i. W.	Bez. Westl. Westfalen
Becker, Heinrich	Herborn (Dillkr.)	Reichstagsfraktion
Becker, Paul	Berlin	Bez. Berlin
Beckmann, Georg	Gießen	Bez. Hessen-Offenbach
Behschnitt, Fritz	Nürnberg	Bez. Franken
Berg, Karl	Neesen b. Porta	Bez. Oestl. Westfalen
Bergholz, Albert	Zeitz	Bez. Halle
Bergmann, Paul	Hamburg	Reichstagsfraktion
Biedermann, Adolf	Hamburg	Reichstagsfraktion
Bielig, Karl	Meißen	Bez. Dresden
Bieligk, Fritz	Leipzig	Bez. Leipzig
Biester, Louis	Hoisbüttel	Reichstagsfraktion
Blosfeld, Helene	Dessau	Bez. Magdeburg-Anhalt
Blume, August	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Bock, Wilhelm	Gotha	Kontrollkommission
Böchel, Karl	Chemnitz	Parteiausschuß
Böckler, Hans	Köln	Reichstagsfraktion
Böhme, Walter	Ammendorf	Bez. Halle
Boldt, Klara	Leipzig	Bez. Leipzig
Böttcher, Friedrich	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Brandes, Wilhelm	Wesermünde-G.	Bez. Hamburg-Nordwest
Bräuer, Martin	Erfurt	Bez. Thüringen
Braun, Otto	Berlin	Reichstagsfraktion
Brechling, Dr.	Wismar	Bez. Mecklenburg-Lübeck
Breitkopf, Minna	Bielefeld	Bez. Oestl. Westfalen
Breitscheid, Dr. Rudolf	Berlin	Reichstagsfraktion
Brey, August	Hannover	Kontrollkommission
Brinkmann, Emil	Roßlau	Bez. Magdeburg-Anhalt
Brune, Elise	Gladbeck	Bez. Westl. Westfalen
Buchwitz, Otto	Görlitz	Bez. Görlitz
Bugdahn, Paul	Altona	Bez. Schleswig-Holstein

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Chemnitzer, Guido	Grimma	Bez. Leipzig
Crispien, Arthur	Berlin	Parteivorstand
Crummenerl, Siegfried	Magdeburg	Kontrollkommission
Daum, Helene	Wuppertal	Bez. Niederrhein
Dehnkamp, Willy	Aumund	Bez. Hamburg-Nordwest
Dennstädt, Josef	Bamberg	Bez. Franken
Dietl, Hans	Landshut	Bez. Oberpfalz
Dietrich, Georg	Erfurt	Parteiausschuß
Dirschedl, Georg	München	Bez. Oberbayern-Schwab.
Dittes, Bruno	Planitz	Bez. Zwickau
Dittmann, Wilhelm	Berlin	Parteivorstand
Döhnert, Adolf	Berlin	Bez. Berlin
Dölitzsch, Clemens	Dresden	Bez. Dresden
Dölz, Paul	Tönning	Bez. Schleswig-Holstein
Döring, Fritz	Rauden	Bez. Görlitz
Drewanz, Emma	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Eberle, Hugo	Görlitz	Parteiausschuß
Ebert, Friedrich	Brandenburg a. d. H.	Reichstagsfraktion
Eckstein, Ernst	Breslau	Bez. Breslau
Edel, Oskar	Dresden	Parteiausschuß
Engelbrecht, Karl	Luckenwalde	Bez. Brandenburg-Grenzmark
Essinger, Adam	Dortmund	Bez. Westl. Westfalen
Etienne, Karl	Neunkirchen a. d. Saar	Bez. Obere Rheinprovinz
Faust, Alfred	Bremen	Bez. Hamburg-Nordwest
Fauth, Gottlob	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Fehlisch, Bruno	Liegnitz	Bez. Görlitz
Feldmann, Emil	Detmold	Bez. Östl. Westfalen
Ferl, Gustav	Magdeburg	Parteiausschuß
Fischer, Karl	Riesa	Bez. Dresden
Fleischmann, Paul	Nowawes	Bez. Brandenburg-Grenzmark
Fleißner, Hermann	Dresden	Bez. Dresden
Fliege, Willi	Dortmund	Bez. Westl. Westfalen
Förster, Karl	Ohlau	Bez. Breslau
Frank, Friedrich	Bergedorf	Bez. Hamburg-Nordwest
Frank, Johannes	Thalheim	Bez. Chemnitz
Frank, Otto	Berlin	Parteivorstand
Franke, Wilhelm	Dresden	Bez. Dresden
Franken, Flora	Zeitz	Bez. Halle
Freidhof, Rudolf	Kassel	Parteiausschuß
Freyer, Kurt	Wohlau	Bez. Breslau
Friedrich, Therese	Nürnberg	Bez. Franken
Frölich, August	Weimar	Reichstagsfraktion

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Garvens, Franz	Hannover	Bez. Hannover
Garz, Otto	Salzwedel	Bez. Magdeburg-Anhalt
Gerlach, Paul	Düsseldorf	Parteiausschuß
Gierke, Erich	Ladeburg	Bez. Brandenburg-Grenzmark
Glunk, Ludwig	Ettlingen	Bez. Baden
Göbel, Ernst	Hirschberg	Bez. Hessen-Nassau
Graf, Engelbert	Bad Dürrenberg	Bez. Leipzig
Gresse, Gottlob	Hannover	Bez. Hannover
Guth, Adolf	Spandau	Bez. Berlin
Haas, Johanna	Worms	Bez. Hessen-Offenbach
Hammer, Richard	Ludwigshafen a. Rh.	Parteiausschuß
Hamprecht, Hugo	Gifhorn	Bez. Hannover
Hansen, Friedrich	Itzehoe	Bez. Schleswig-Holstein
Hansen, Richard	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Harnisch, Hermann	Berlin	Bez. Berlin
Haude, Alfred	Görlitz	Bez. Görlitz
Hauschild, Heinrich	Elmshorn	Bez. Schleswig-Holstein
Henkel, Ernst	Pritzwalk	Bez. Brandenburg-Grenzmark
Henßler, Fritz	Dortmund	Bez. Westl. Westfalen
Heilmann, Ernst	Berlin	Reichstagsfraktion
Heinig, Kurt	Berlin	Reichstagsfraktion
Heyer, Rudolf	Leer	Bez. Oldenburg
Heyd, Wilhelm	Neckargartach	Bez. Württemberg-Hohenzollern
Helfenberger, Carl	Hemelingen	Bez. Hamburg-Nordwest
Hertel, Eugen	Kaiserslautern	Bez. Pfalz
Herrmann, Karl	Kassel	Bez. Hessen-Kassel
Hertz, Dr. Paul	Berlin	Reichstagsfraktion
Hesse, Wilhelm	Stadthagen	Bez. Oestl. Westfalen
Hildenbrand, Karl	Berlin	Parteivorstand
Hilferding, Dr. Rud.	Berlin	Parteivorstand
Hille, Richard	Berlin	Bez. Berlin
Hirn, Josef	Stuttgart	Bez. Württemberg-Hohenzollern
Hoche, Otto	Kissenbrück	Bez. Braunschweig
Höcker, Heinrich	Herford	Bez. Oestl. Westfalen
Hoegner, Dr. Wilh.	München	Bez. Oberbay.-Schwaben
Hoffmann, Oskar	Wuppertal	Bez. Niederrhein
Hoffmeister, Robert	Nienburg	Bez. Hannover
Hofmann, Leo	Regensburg	Bez. Oberpfalz
Hohmann, Wilhelm	Duisburg	Bez. Niederrhein
Homa, Max	Senftenberg	Bez. Brandenburg-Grenzmark
Hornoff, Martha	Dresden	Bez. Dresden
Hund, Franz	Ludwigshafen a. Rh.	Bez. Pfalz
Hünlich, Oskar	Wilhelmshaven-Rüstr.	Parteiausschuß

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Jahn, Moritz	Borna	Bez. Leipzig
Jankowski, Marie	Berlin	Bez. Berlin
Janotta, Erhardt	Oppeln	Parteiausschuß
Jensen, Toni	Kiel	Parteiausschuß
Jenssen, Otto	Gera	Bez. Thüringen
Jesse, Willi	Rostock	Bez. Mecklenburg-Lübeck
Juchacz, Marie	Berlin	Parteivorstand
Jungherz, Hubert	Köln	Bez. Obere Rheinprovinz
Junke, Paul	Braunschweig	Parteiausschuß
Junker, Bernhard	Aschaffenburg	Bez. Franken
Kabelitz, Helene	Sandsee b. Reppen	Bez. Brandenburg-Grenzmark
Kaeser, Elisabeth	München	Bez. Oberbay.-Schwaben
Kaisen, Helene	Bremen	Bez. Hamburg-Nordwest
Kamm, Gottlieb	Schorndorf	Bez. Württemberg-Hohenzollern
Kämpf, Paul	Merseburg	Bez. Halle
Karbaum, Willi	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Karpinski, Paula	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Keller, Robert	Eisleben	Bez. Halle
Kempke, August	Lübeck	Bez. Mecklenburg-Lübeck
Kern, Käthe	Berlin	Bez. Berlin
Kerneck, Franz	Malchow	Bez. Mecklenburg-Lübeck
Kirstein, Paul	Breslau	Bez. Breslau
Kießlich, Paul	Wurgwitz	Bez. Dresden
Kinner, Gustav	Reichenbach	Bez. Breslau
Kirch, Adolf	Zittau	Bez. Dresden
Kirchner, Karl	Frankfurt	Bez. Hessen-Nassau
Kirchner, Wilhelm	Bautzen	Bez. Dresden
Kirchmann, Karl	Stralsund	Bez. Pommern
Kleineibst, Dr. Richard	Löbau	Bez. Dresden
Klinger, Franz	Leipzig	Bez. Leipzig
Klupsch, Franz	Dortmund	Parteiausschuß
Kneiff, Edwin	Breslau	Bez. Breslau
Knipping, Gustav	Essen	Bez. Niederrhein
Knoth, Bernhard	Hainichen	Bez. Leipzig
Knothe, Willy	Wetzlar	Bez. Hessen-Nassau
Koch, Karl	Aschersleben	Bez. Magdeburg-Anhalt
Koch, Karl	Gandersheim	Bez. Braunschweig
Koine, Marie	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
König, Erna	Breslau	Bez. Breslau
König, Heinrich	Bochum	Bez. Westl. Westfalen
Koser, Georg	Neu-Isenburg	Bez. Hessen-Offenbach
Krauß, Emil	Schneeberg	Bez. Zwickau
Kreiner, Ernst	Hohndorf	Bez. Chemnitz
Krieg, Paul	Leipzig	Bez. Leipzig
Kröger, Bertha	Harburg-Wilhelmsburg	Bez. Hannover
Kröger, Wilhelm	Rostock	Parteiausschuß
Krüger, Wilhelm	Berlin	Parteiausschuß

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Krull, Fritz	Bielefeld	Bez. Östl. Westfalen
Kühn, Anna	Leipzig	Bez. Leipzig
Kuhnt, Bernhard	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Künstler, Franz	Berlin	Parteiausschuß
Kunze, Otto	Stolp	Bez. Pommern
Lange, Charlotte	Hannover	Parteiausschuß
Lange, Franz	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Langebeck, Karl	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Langer, Paul	Striegau	Bez. Breslau
Langnickel, August	Burg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Lanzke, Emmi	Hannover	Bez. Hannover
Lamp'l, Dr. Walter	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Lau, Johannes	Hannover	Parteiausschuß
Leber, Dr. Julius	Lübeck	Reichstagsfraktion
Lehmann, P.	Breslau	Parteiausschuß
Leibgirries, Leo	Tilsit	Bez. Ostpreußen
Leuteritz, Max	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Lewerenz, Fritz	Krefeld	Bez. Niederrhein
Lewin, Karl	Berlin	Bez. Berlin
Liebmann, Hermann	Leipzig	Bez. Leipzig
Lipinski, Richard	Mark-Ottendorf	Parteiausschuß
Litke, Carl	Berlin	Reichstagsfraktion
Löbe, Paul	Berlin	Kontrollkommission
Lösche, Bruno	Berlin	Bez. Berlin
Loßmann, Julius	Nürnberg	Bez. Franken
Löwe, Frieda	Neuhaldensleben	Bez. Magdeburg-Anhalt
Lowig, Georg	Nürnberg	Bez. Franken
Lück, Otto	Berlin	Bez. Brandenburg-Grenzmark
Ludewig, Johann	Bremen	Bez. Hamburg-Nordwest
Lüttke, Otto	Gleiwitz	Bez. Oberschlesien
Lutz, Wunibald	Worms	Bez. Hessen-Offenbach
Mäder, Erich	Altenburg	Bez. Thüringen
Mandel, Ernst	Brand-Erbisdorf	Bez. Dresden
Marum, Ludwig	Karlsruhe	Reichstagsfraktion
Meerfeld, Dr. Jean	Köln-Lindenthal	Parteiausschuß
Meißner, Wilhelm	Königsberg	Bez. Ostpreußen
Meitmann, Karl	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Meyer, Lisbeth	Berlin	Bez. Berlin
Mertins, Arthur	Mühlhausen	Bez. Ostpreußen
Metz, Franz	Frankfurt	Reichstagsfraktion
Möller, Adolf	Obervellmar	Bez. Hessen-Kassel
Moses, Dr. Julius	Berlin	Parteivorstand
Mössinger, Karl	Saarbrücken	Bez. Obere Rheinprovinz
Mühlmann, Joseph	Berlin	Bez. Berlin
Müller, E. R.	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Müller, Fritz	Kirchmöser	Bez. Magdeburg-Anhalt
Müller, Karl	Solingen	Bez. Niederrhein
Müller, Karl	Stendal	Bez. Magdeburg-Anhalt
Müller, Robert	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Müller, Rosa	Schönau	Bez. Chemnitz
Naumann, Erich	Crimmitschau	Bez. Zwickau
Nemitz, Anna	Berlin	Parteivorstand
Neue, Paul	Wilhelmshaven	Bez. Oldenburg
Niedergesäß, Heinrich	Osnabrück	Bez. Oldenburg
Nitsche, Johannes	Kassel	Bez. Hessen-Kassel
Nimmerfall, Hans	München	Bez. Oberbay.-Schwaben
Nohl, Fritz	Gummersbach	Bez. Obere Rheinprovinz
Nöll, Heinrich	Anspach	Bez. Hessen-Nassau
Nölting, Prof. Dr. Erik	Frankfurt	Bez. Hessen-Nassau
Nowack, Friedrich	Harburg-Wilhelmsburg	Reichstagsfraktion
Oettinghaus, Walter	Milspe	Bez. Westl. Westfalen
Ohlhoff, Fritz	Mainz	Bez. Hessen-Offenbach
Ortlepp, Anna	Ronneburg	Bez. Thüringen
Ostmann, Fritz	Nordhausen	Bez. Thüringen
Paersch, Anna	Berlin	Bez. Berlin
Pagels, Alex	Berlin	Bez. Berlin
Palmer, Karl	Berlin	Bez. Berlin
Panzer, Johann	Bayreuth	Bez. Franken
Peschel, Max	München	Bez. Oberbay.-Schwaben
Peters, Franz	Halle	Parteiausschuß
Peters, Wilhelm	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Petrich, Franz	Gera	Bez. Thüringen
Pieper, Hermann	Bochum	Bez. Westl. Westfalen
Pirner, Ernst	Nürnberg	Bez. Franken
Poeschke, Michael	Erlangen	Bez. Franken
Podeyn, Hans	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Portune, Andreas	Frankfurt	Bez. Hessen-Nassau
Pucalka, Rudolf	Berlin	Bez. Berlin
Puschmann, Elsbeth	Görlitz	Bez. Görlitz
Raloff, Karl	Hannover	Bez. Hannover
Reinbold, Georg	Mannheim	Parteiausschuß
Reitz, Karl	Nürnberg	Parteiausschuß
Reitze, Johanna	Hamburg	Parteiausschuß
Remmele, Dr. Adam	Karlsruhe	Reichstagsfraktion
Renner, Willy	Gelsenkirchen	Bez. Westl. Westfalen
Riegel, Heinrich	Darmstadt	Bez. Hessen-Offenbach
Riese, Willi	Berlin	Bez. Berlin
Rinne, Heinrich	Alfeld	Bez. Hannover
Rynek, Elfriede	Berlin	Parteivorstand
Richter, Anna	Bernburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Richter, Georg	Düsseldorf	Bez. Niederrhein

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Riedmiller, Lorenz	Köln	Bez. Obere Rheinprovinz
Roboom, Georg	Hildesheim	Bez. Hannover
Röhle, Paul	Frankfurt	Parteiausschuß
Rosenfeld, Dr. Kurt	Berlin	Bez. Thüringen
Roß, Rudolf	Volksdorf	Bez. Hamburg-Nordwest
Roßmann, Erich	Stuttgart	Parteiausschuß
Rothenberg, Wilhelm	Bielefeld	Parteiausschuß
Sachse, Emma	Altenburg	Parteiausschuß
Sankowski, Emil	Kammin	Bez. Pommern
Sattler, Minna	Dortmund	Bez. Westl. Westfalen
Scharrer, Rudolf	Hof	Bez. Franken
Schiffer, Gustav	Breslau	Bez. Breslau
Schiller, Artur	Landeshut	Bez. Görlitz
Schimke, Hugo	Buxtehude	Bez. Hamburg-Nordwest
Schinabeck, Max	Regensburg	Parteiausschuß
Schlosser, Max	Klingenthal	Bez. Zwickau
Schmidt, Anton	Waiblingen	Bez. Württemberg-Hohenzollern
Schmidt, Fritz	Guben	Bez. Brandenburg-Grenzmark
Schmidt, Georg	Berlin	Reichstagsfraktion
Schmidt, Max	Bramfeld	Bez. Schleswig-Holstein
Schmidtchen, Fritz	Berlin	Bez. Berlin
Schmitt, Johann	Bielefeld	Bez. Östl. Westfalen
Schmitz, Hubert	Soest	Bez. Westl. Westfalen
Schneeberg, Karl	Schwerin	Bez. Mecklenburg-Lübeck
Schneider, Willy	Berlin	Bez. Berlin
Schneppenhorst, Ernst	Nürnberg	Bez. Franken
Schönfelder, Adolf	Hamburg	Kontrollkommission
Schöpflin, Georg	Karlsruhe	Reichstagsfraktion
Schöttle, Erwin	Münster	Bez. Württemberg-Hohenzollern
Schrader, Walter	Bernburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Schreiber, Hans	Haardt	Bez. Pfalz
Schreiber-Krieger, A.	Berlin	Reichstagsfraktion
Schröder, Karl	Osterode	Bez. Hannover
Schubert, Henri	Wiesbaden	Bez. Hessen-Nassau
Schubert, Otto	Leipzig	Bez. Leipzig
Schulz, Berta	Herne	Parteiausschuß
Schulz, Heinrich	Grunewald	Parteivorstand
Schultheiß, Peter	Reutlingen	Bez. Württemberg-Hohenzollern
Schumacher, Ernst	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Schumann, G.	Stettin	Parteiausschuß
Schütte, Fritz	Halberstadt	Bez. Magdeburg-Anhalt
Schwarz, Karl	Berlin	Bez. Berlin
Schweizer, Wilhelm	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Seele, Paul	Weimar	Bez. Thüringen
Segitz, Hans	Fürth	Bez. Franken
Seifert, Willy	Pirna	Bez. Dresden

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Sender, Tony	Berlin	Bez. Dresden
Severing, Dr. Carl	Berlin	Reichstagsfraktion
Seydewitz, Max	Zwickau	Parteiausschuß
Sieber, Adolf	Bohrauseifersdorf	Bez. Görlitz
Siemsen, August	Jena	Bez. Thüringen
Simon, Georg	Augsburg	Bez. Oberbayern-Schwaben
Sittig, Georg	Würzburg	Bez. Franken
Sommer, Jakob	Mannheim	Bez. Baden
Sonnenburg, Franz	Suhl	Bez. Thüringen
Stahl, Emil	Berlin	Parteivorstand
Stampfer, Friedrich	Berlin	Parteivorstand
Starker, Franz	Bremen	Bez. Hamburg-Nordwest
Stegmann, Dr. Marg.	Dresden	Bez. Dresden
Steinbrecher, Gustav	Braunschweig	Bez. Braunschweig
Steinert, Bruno	Niederneuschönberg	Bez. Chemnitz
Steinfeldt, Heinrich	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Steinhöfel, Max	Berlin	Bez. Berlin
Steiniger, Cläre	Plauen	Bez. Zwickau
Stelling, Johannes	Berlin	Parteivorstand
Stetter, David	Berlin	Bez. Brandenburg-Grenzmark
Stolten, Hanna	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Stolten, Olga	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Ströbel, Heinrich	Berlin	Bez. Chemnitz
Strohfahl, Anna	Cuxhaven	Bez. Hamburg-Nordwest
tum Suden, Erna	Volksdorf	Bez. Hamburg-Nordwest
Taiber, Anton	Fellhammer	Bez. Breslau
Tempel, Hermann	Leer	Reichstagsfraktion
Thiel, Berta	Leipzig	Parteiausschuß
Thielemann, Otto	Braunschweig	Bez. Braunschweig
Thümmel, Elise	Dresden	Parteiausschuß
Thurm, Fritz	Berlin	Bez. Berlin
Trampenau, Gustav	Wehlau	Bez. Ostpreußen
Treu, Martin	Nürnberg	Kontrollkommission
Trinks, Oskar	Karlsruhe	Bez. Baden
Uebel, Jean	Bad Lauterberg	Bez. Hannover
Ulrich, Anna	Brandenburg	Bez. Brandenburg-Grenzmark
Ungethüm, Paul	Thurm	Bez. Zwickau
Ullmann, Helene	Greifenhagen	Bez. Pommern
Verdieck, Wilhelm	Kiel	Parteiausschuß
Vogel, Hans	Berlin	Parteivorstand
Vogel, Heinrich	Hamburg	Parteiausschuß
Vogt, Franz	Harburg	Bez. Hannover
Wagner, Max	Glogau	Bez. Görlitz
Waldheim, Fritz	Berlin	Bez. Berlin

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Wallis, Otto	Oels	Bez. Breslau
Wardin, Max	Königsberg	Parteiausschuß
Waterstrat, Wilhelm	Lübeck	Bez. Mecklenburg-Lübeck
Weber, Heinrich	Pirmasens	Bez. Pfalz
Weber, Wilhelm	Offenbach	Parteiausschuß
Weckel, Kurt	Radebeul	Bez. Dresden
Wegener, Oskar	Frankfurt	Bez. Brandenburg-Grenzmark
Wehner, Martha	Mannheim	Bez. Baden
Weich, Klara	München	Reichstagsfraktion
Weigelt, Viktor	Steinach	Bez. Thüringen
Weis, Wilhelm	Schweinfurt	Bez. Franken
Weise, Hans	Leipzig	Bez. Leipzig
Wels, Otto	Berlin	Parteivorstand
Wendt, Georg	Berlin	Bez. Berlin
Westphal, Max	Berlin	Parteivorstand
Wilke, Herm.	Stettin	Bez. Pommern
William, Carl	Berlin	Bez. Berlin
Wimmer, Kurt	Dessau	Bez. Magdeburg-Anhalt
Wissell, Dr. Rudolf	Berlin	Reichstagsfraktion
Witte, Otto	Wiesbaden	Reichstagsfraktion
Wittig, Bruno	Friedberg	Bez. Hessen-Offenbach
Wöhrmann, Grete	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Wolf, Alfred	Görlitz	Bez. Görlitz
Wolf, Felix	Glatz	Bez. Breslau
Wurm, Mathilde	Berlin	Parteiausschuß
Zabe, Grete	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Zelck, Max	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Ziegler, Hans	Breslau	Bez. Breslau
Zimmerer, Wilhelm	Durach	Bez. Oberbayern-Schwaben
Zimmermann, Artur	Altenburg	Bez. Thüringen
Zumtobel, Reinhold	Freiburg	Bez. Baden
Zunker, Wilhelm	Trier	Bez. Obere Rheinprovinz

Nicht abstimmungsberechtigt

Fechner, Max	Berlin	Kommunalpolitische Zentralstelle
Glocke, Theodor	Berlin	Verlag „Vorwärts“
Gotthelf, Herta	Berlin	„Die Genossin“
Haberlag, Aribert	Berlin	„Das Freie Wort“
Harder, Marie	Berlin	Film- und Lichtbilddienst
Hauschildt, Richard	Berlin	Parteikorrespondenz
Heine, Fritz	Berlin	Werbeabteilung
Jäger, Hugo	Berlin	Aufsichtsrat der Konzentration

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Lemke, Lotte	Berlin	Arbeiterwohlfahrt
Lipschitz, Dr. Arnold	Berlin	Agrarpolitische Zentrale
Löwenstein, Dr. Kurt	Berlin	Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde
Maecker, Otto	Berlin	Inseraten-Union
Meier, Otto	Berlin	Vorsitzender der Pressekommission des „Vorwärts“
Ohlig, Fritz	Berlin	Sozialistische Arbeiterjugend
Ollenhauer, Erich	Berlin	Parteitagsreferent
Rupprecht, Adolf	Berlin	Konzentration A.-G.
Schulz, Adolf	Berlin	Verlag J. H. W. Dietz Nachf.
Sollmann, Wilhelm	Köln	Parteitagsreferent
Stein, Alexander	Berlin	Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit
Tarnow, Fritz	Berlin	Parteitagsreferent
Weimann, Richard	Berlin	Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit
Weinberger, Hans	Berlin	Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde

Ausländische Gäste des Parteitags

Austerlitz, Friedrich	Wien V	Soz. Arbeiterpartei Deutschösterreichs
Longuet, Jean	Paris	Sozialistische Partei Frankreichs
Buchinger, Emanuel	Budapest VIII	Sozialdemokratische Partei Ungarns
Dan, Theodor	Berlin	Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands
Grumbach, Sascha	Paris 9e	Sozialistische Partei Frankreichs
Hansen, Viggo	Hadersleo	Sozialdemokratische Partei Dänemarks
Heller, Dr. Karl	Teplitz-Schönau	Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei
Huysmans, Camille	Antwerpen	Arbeiterpartei Belgiens
Kern, Karl	Reichenberg	Deutsch-Tschechoslowakischer Jugendverband
Korrink, Koos	Amsterdam	Soz. Jugend
Liebenstein, Elieser	Berlin	Jüdische Arbeiterpartei Palästinas

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Mau, Johannes	Danzig	Sozialdemokratische Partei der Freien Stadt Danzig
Möller, Gustaf	Stockholm	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens
Saragat, Dr. Joseph	Paris	Italien
Soukup, Dr. Fr.	Prag II	Tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei
Stivin, Jos.	Prag II	Tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei
Vandervelde, Emile	Brüssel	Soz. Arbeiter-Internationale
Wallin, Emil	Stockholm	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens
Woudenberg, C.	Amsterdam	Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Niederland

Deutsche Gäste des Parteitags

Donau, Wilhelm	Berlin	Internationales Arbeitsamt
Gellert, Cornelius	Leipzig	Abeiter-Turn- und -Sportbund
Höltermann, Karl	Magdeburg	Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Jeuthe, Gustav	Dessau	Arbeiter-Turn- und -Sportbund
Leipart, Theodor	Berlin	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Schubert, Hermann	Leipzig	Arbeiter-Turn- und -Sportbund
Wildung, Fritz	Berlin	Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege E. V.

Von den Delegierten sind aus wichtigen Gründen vor Schluß des Parteitages abgereist:

Martin Treu, Nürnberg . . . . . am 5. 6. 1931
Emilie Daum, Wuppertal . . . . am 5. 6. 1931
Karl Böchel, Chemnitz . . . . . am 5. 6. 1931
Otto Garz, Salzwedel . . . . . am 4. 6. 1931.

Zur Beachtung!

Das Parteiprogramm, das Agrarprogramm, die Richtlinien zur Wehrpolitik sowie das Organisationsstatut können Interessenten beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, I. Hof, IV Treppen, kostenfrei erhalten.

Sprechregister des Parteitages

Arndt 20.
Auer 77.
Aufhäuser 142, 275.
Austerlitz 26.
Baade 75.
Bartels 243, 275
Berlowitz 209.
Bielig 61, 260.
Böchel 167, 268.
Bock 255.
Breitscheid 23, 87, 169.
Buchinger 28.
Crispien 58, 136.
Dan 29.
Dietrich 21, 218.
Dittmann 65, 134, 168.
Eckstein 151, 174.
Edel 216.
Ferl 266.
Fleißner 138.
Fliege 222.
Frölich 156.
Graf 54, 228.
Grumbach 27.
Hammer 123.
Hansen 31.
Heinig 74.
Heller 30.
Hertz 153.
Hoegner 132.
Hoffmann 271.
Hohmann 262.
Hünlich 21.
Huysmans 25.
Jensen 56, 149.
Juchacz 64, 248.
Keller, 225.
Kern 150.
Kirchmann 145, 167, 188.
Kirchner 70, 155.
Kirstein 73.
Kleineibst 22, 71, 212.
Koser 163.
Krüger 187, 189, 277.
Künstler 22, 134.
Liebmann 26, 221.
Lipinski 7, 32, 65, 87, 123, 153, 166, 168, 169, 188, 213, 214, 259, 262, 271, 278.
Longuet 25.
Löwenstein 206.
Mäder 62.
Meitmann 219.
Metz 78.
Möller 31.
Müller, R. 230.
Nölting 68, 214.
Oettinghaus 161, 168, 270, 271.
Ollenhauer 190, 228.
Petrich 21, 59.
Pirner 224.
Portune 158.
Renner 226.
Richter 263, 271.
Riegel, 144, 271.
Röhle 160, 168.
Rosenfeld 130, 139, 185.
Roßmann 147.
Schulz 252.
Schulze 20.
Sender 128.
Seydewitz 124, 169.
Siemsen 164, 168.
Sollmann 108, 177.
Soukup 26.
Stelling 265.
Stein 230.
Ströbel 52.
Taiber 80.
Tarnow 32, 81.
Vandervelde 26.
Wels 10, 21, 22, 23, 25, 68, 97, 123, 159, 162, 167, 169, 185, 189, 213, 222, 230, 242, 273, 274, 279.
Westphal 231, 271.
Zabe 259.
Ziegler 67.

Sachregister des Parteitages

Abrüstung 180.
Akademiker 159, 173, 183.
Agrarwirtschaft 35, 55.
Alters- und Berufsstatistik 245.
Anträge, Abstimmungen über, 87, 186, 231, 272, 275, 279.
Anträge, Erledigte, 283.
Arbeiterwohlfahrt 250.
Arbeitsleistung, Steigerung der, 35.
Arbeitslosenzählung 12.
Arbeitslosigkeit 12.
Arbeitslosenversicherung 116.
Außenpolitik 84, 109.
Ausschlüsse aus der Partei 246.

Beschwerdekommission, Bericht der, 277.
Beschwerden 256.
Begrüßungsansprachen 20, 25, 31.
Begrüßungsschreiben 32, 65, 279.
Beamtenorganisationen 262, 265.
Büro des Parteitags 4.

Dank der Partei 11, 280.
Delegiertenverzeichnis 301.
Demokratie 105, 128, 152, 162, 174.
Diktatur 162, 166.
Disziplin 119, 124, 131, 135, 144, 157, 162, 164, 176, 281.

Ehrengäste 177.
Erklärung zum Protokoll 222.
Eröffnungsreden 7—20.

Faschismus 87, 169.
Festkultur 254.
Filmverbote 252.
Frauenbewegung, 150, 248.
Frauenerwerbsarbeit 64, 250 259, 284.
Freidenker 165, 287.
Fünfjahresplan 17, 61, 64.

Gehälter 42.
Gewerkschaftskämpfe 233.

Jugend 100, 101, 106, 190.

Jungsozialisten 200, 214, 216, 228, 230.
Italien 89, 170.

Kapitalbildung 37.
Kapitalismus, Am Krankenlager des, 45, 67, 70, 73, 82, 158.
Kapitalismus, Zusamenbruch des, 46, 56, 83.
Kapitalsperre 40.
Kartellkontrolle 60.
Kaufkraftausfall 53.
Kassenbericht 243.
Kinderfreunde 207.
Koalition, Große, 112.
Kommunisten 17, 235, 240.
Konkordat 165.
Kontrollkommission, Bericht der, 255.
Kontrollkommission, Wahl der, 243.
Konstituierung des Parteitags 20.
Korreferate, Anträge auf, 21.
Krieg, Zerstörung durch den, 36.
Krise, Überwindung der, 47.
Krisenopfer, Versorgung der, 50.

Lohnabbau, 42, 79, 118.

Mandatsprüfungskommission, Bericht der, 187.
Mitgliederbewegung 244.
Monopolkapitalismus 39, 48, 81, 125.
Müller, Hermann, 10, 108.

Namentliche Abstimmung 187, 299.
Nationalsozialisten 13, 51, 68, 114.
Notverordnung 115, 121, 129, 144, 168, 175, 273.

Organisationsstatut 260, 266, 275, 312.

Papstbrief 52, 166, 183.
Panzerkreuzer 119, 124, 134, 140, 156, 167, 176.

Parteibeiträge 276.
Parteivorstandswahl 242.
Parteigeschäfte 246.
Parteipresse 246.
Parteiprogramm 312.
Partei und Jugend 190, 294, 298.
Parteitagsaktion der KPD. 186.
Parteivorstand, Berichte des,
a) Allgemeines 231.
b) Organisation und Kasse 243.

Rationalisierung 53, 56, 59.
Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit 252.
Reichsbanner 25, 236, 267.
Reichstagsauflösung 113.
Reichstagsfraktion, Bericht der, 108.
Reparationsfrage 58, 109, 133.
Rundfunk 253.

Schulungsarbeit 246.
Schlußansprache 279.
Sonderbeiträge 296.
Sozialisierung 57.
Sozialistische Arbeiterjugend 190.
Sozialistische Studenten 209.
Sozialismus, Aussicht des, 49.
Sozialpolitik 111, 179, 288.
Sowjetrußland 46, 55, 58, 61, 66, 79, 85, 110.
Sprechregister 313.
Stahlhelm 108.
Steuergemeinschaften 71, 84.
Strukturwandel im kapitalistischen System 39.

Tagesordnung des Parteitags 5.
Tolerierung 142, 174.
Totenehrung 10.

Vierzigstundenwoche 44, 247.
Volkseinkommen 37.

Wahl der Kontrollkommission 243.
Wahl der Mandatsprüfungs- und Beschwerdekommission 21.
Wahl der Parteitagsschriftführer 21.
Wahl der Parteitagsvorsitzenden 20.
Wahl des Parteivorstandes 242.
Währungsfrage 63, 75, 85.
Wehrpolitik, Richtlinien zur, 312.
Weltanschauung 206.
Werbebeitrag 248.
Wirtschaft, Produktivität der, 33.
Wirtschaft, Russische, 46, 55.
Wirtschaftsbetriebe, Umsatz der öffentlichen, 50.

Zeichnungs- und Vollmachtsberechtigung 242.
Zeitschrift „Der Rote Kämpfer“, 238, 264, 270, 271.
Zölle 49, 138, 156, 178.
Zollunion 54, 110.

Pietro Nenni

Todeskampf der Freiheit

Dieses viel zitierte Buch steht jetzt im Mittelpunkt der Diskussion über die richtige Art, den Faschismus zu bekämpfen. Preis M. 2.75

Friedrich Stampfer

Grundbegriffe der Politik

Breitscheid sagte in seinem Schlußwort: „. . . ich empfehle Ihnen Stampfers Grundbegriffe . . . "

Überarbeitete Neuauflage.

Gebunden M. 4.50, kartoniert M. 3.60

J. H. W. Dietz Nachfolger, G. m. b. H., Berlin

Weitere wichtige Bücher

Magdeburger Protokoll

Parteitag 1929. Gebunden M. 4.—. Brosch. M. 2.90

Heidelberger Programm der SPD.

Mit Erläuterungen von Kautsky u. a. M. 1.—

Karl Renner: Wege der Verwirklichung

Betrachtungen über politische Demokratie, Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus.
Gebunden M. 3.30. Kartoniert M. 2.60

Karl Kautsky: Der Bolschewismus in der Sackgasse

Gebunden M. 3.40, Kartoniert M. 2.40

Eduard David: Referentenführer

Einführung in die Kunst der Rede
Gebunden M. 2.40. Kartoniert M. 1.60

J. H. W. Dietz Nachfolger, G. m. b. H., Berlin